clc96000409 (cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 769 0	195	451	DD 249-I-DD249-XII

5. Extraausgabe Sonnabend, den 9. November 1918

X-DD 249. I-1

Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Reichstag-Berlin, den 9. November 1918.

An alle Militärpersonen von Groß-Berlin!

Der Soldatenrat tagt im Reichstagsgebäude, Zimmer 17.

Vorläufiger Vorsitzender:
Baumann, Regt. Augusta, 7. Komp.

Stellvertreter:
Pommer, Regt. 95, 2. Komp.
Gelberg, 2. Garde-Fuß-Artillerie Regt., Garnison-Batterie.

Soldaten bleibt in Euren Kasernen, Ihr werdet dort verpflegt. Zapfenstreich 10 Uhr.

Wir bitten Euch im Interesse unserer großen Sache Ruhe und Ordnung zu halten und den Soldatenräten in den Kasernen unbedingt Folge zu leisten.

Vorstehendes genehmigt.

Eigenhändige Unterschrift:

Baumann. Pommer. Charles Gelberg.

Gegengezeichnet: Köhre.

2. Extraausgabe Sonnabend, den 9. November 191

X-DD 249 I-2

Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschloss dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die r der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzichte Seiner Kais lichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Rei und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbunden Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennu des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage ein Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen f eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlag der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Vo einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgren wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. **Der Reichskanzle**
Prinz Max von Bade

Es wird nicht geschossen

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der W kein Gebrauch gemacht werde.

Parteigenossen! Arbeiter! Soldaten!

Soeben sind das Alexanderregiment und die vierten Jäger schlossen zum Volke übergegangen. Der sozialdemokratische Reic tagsabgeordnete Wels u. a. haben zu den Truppen gesproch Offiziere haben sich den Soldaten angeschlossen.

Der sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat

5. Extraausgabe Sonnabend, den 9. November 1918

ADD 249-I-3

Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Reichstag-Berlin, den 9. November 1918.

An alle Militärpersonen von Groß-Berlin!

Der Soldatenrat tagt im Reichstagsgebäude, Zimmer 17.

Vorläufiger Vorsitzender:

Baumann, Regt. Augusta, 7. Komp.

Stellvertreter:

Pommer, Regt. 95, 2. Komp.

Gelberg, 2. Garde-Fuß-Artillerie Regt., Garnison-Batterie.

Soldaten bleibt in Euren Kasernen, Ihr werdet dort verpflegt. Zapfenstreich 10 Uhr.

Wir bitten Euch im Interesse unserer großen Sache Ruhe und Ordnung zu halten und den Soldatenräten in den Kasernen unbedingt Folge zu leisten.

Vorstehendes genehmigt.

Eigenhändige Unterschrift:

Baumann. Pommer. Charles Gelberg.

Gegengezeichnet: **Göhre.**

X-00 249
I-4

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten.

Die **neue Regierung** wird **eine Volksregierung** sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den **Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen** hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich **bitte Euch alle um Eure Unterstützung** bei der schweren Arbeit, die unser harrt, Ihr wißt, wie schwer der Krieg die **Ernährung des Volkes**, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die **erste Pflicht Aller** in Stadt und Land bleiben, die **Produktion von Nahrungsmitteln** und ihre **Zufuhr in die Städte** nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: **Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!**

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.

Ebert.

X-DD 249 I-5

Berliner!

Ein ungeheurer Volksbetrug wird heut in Berlin versucht. Unabhängige und Spartakusse wollen uns die lächerliche Lüge aufschwätzen, es sei eine Gegenrevolution im Gange.

Laßt Euch nicht beschwindeln!

Schamlose Bluthetzer haben seit Wochen zum Bürgerkrieg getrieben. Sie wollen ihre

Blutdiktatur

aufrichten und Deutschland den Franzosen und Engländern ans Messer liefern. Verhetzte Massen schicken sie vor und bleiben selbst

am sicheren Ort.

Wenn dabei den von der Front gekommenen Kameraden, die nichts als Ruhe, Arbeit und Brot wollen, die Geduld ausgeht, so ist das berechtigte Abwehr gegen das unverantwortliche Bluttreiben.

Die Gegenrevolution kommt nicht von ihnen. Sie kommt von den Propheten der Blutdiktatur!

Sichert den baldigen Frieden, Freiheit, Recht und

Brot für alle!

Jede Regierung, die das will, muß tatkräftig unterstützt werden!

Sichert die Revolution!

X-DD 249 I-6

Nr. 344. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 6,75 Mk., monatl. 2,25 Mk. frei ins Haus; vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezugsmonatlich 2,25 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3,60 Mk., für das übrige Ausland 9,00 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 40 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 40 Pfg. zulässig 2 fettgedruckte Worte, jedes weitere Wort 20 Pfg. Stellengesuche und Gelegenheitsanzeigen das erste Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 30 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonntag, den 15. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Sozialdemokratischer Sieg in Gross-Berlin.

In Berlin haben heute die Delegiertenwahlen zur Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, die am 16. Dezember in Berlin tagen wird, stattgefunden. Sie endeten, trotz der vielen dunklen Manöver gegen die sozialdemokratischen Listen, mit einem vollen Sieg für uns.

Bei den Arbeiterratswahlen

wurden abgegeben für die

sozialdemokratische Liste . . .	349 Stimmen
unabhängige Liste	281 „
Liste der freien Berufe . . .	79 „

Die Sozialdemokraten erhalten 7 Delegierte (Lüdemann, Adolf Cohen, Matern, Brand, Gustav Richter, Rene, Bratasch; die Unabhängigen erhalten 5 Delegierte (Eichhorn, Nowakowski, Neumann, Matthias, Laukant); und die freien Berufe 1 Delegierten (Flügel).

Bei den Soldatenratswahlen

wurden abgegeben für die

sozialdemokratische Liste . . .	204 Stimmen
unabhängige Liste	121 „

Gewählt sind 4 Sozialdemokraten (Gerber, Birk, Arndt, Vogt) und 2 Unabhängige (Szmilinski, Lost).

Der Streit über das Erbe Oesterreichs.

Die Südslawen nach den Tschechen.

Wien, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Aus Klagenfurt wird berichtet, daß die Verhandlungen zwischen dem Landesausschuß von Kärnten und der Krainer Regierung in Laibach als ergebnislos abgebrochen wurden. Die Vertreter Krains haben jede provisorische Abmachung in Bezug auf territoriale Abgrenzung usw. abgelehnt. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß das von den Südslawen besetzte Gebiet Kärntens südslawisches Gebiet bleiben werde und daß die Besetzung durch die Südslawen nicht nur provisorisch sei. Von einer späteren Volksabstimmung könne gar keine Rede sein. Auch Klagenfurt werde besetzt werden.

Die Tschechen fahren bekanntlich rücksichtslos fort, deutschböhmisches Gebiet zu besetzen und fremde Völkerstämme sich untertan zu machen. Jedes Wort der Vernunft prallt an ihnen ab. Es hat sich ein slawischer Imperialismus herausgebildet. Was die Tschechen im Norden tun, machen die Slowenen im Süden. Gewiß ist das südliche Kärnten slawenisch bevölkert. Aber Klagenfurt ist eine ganz deutsche Stadt. Die Friedenskonferenz wird den slawischen Länderhunger gehörig Grenzen ziehen müssen.

Die Bilanz einer Woche.

Von Philipp Scheidemann.

„Ich warte keine Woche mehr," sagt Scheidemann.

Es hätte dieser Artikel-Ueberschrift im roten „Tag" nicht bedurft, um mich an meine Worte in der Versammlung vom letzten Sonntag zu erinnern. Sie waren der berechtigte Ausdruck des Protestes gegen die Versuche, die Revolution zur Anarchie entarten zu lassen und die Straße zu Parlament und Regierung zugleich zu machen. Nun ist die Woche vergangen, und wenn man daran geht, die Bilanz zu ziehen, so läßt sich eine Weise von Ereignissen und Entschlüssen feststellen, die alle ein Merkmal gemeinsam haben: Zweckbierung! Am Anfang der Woche, am Sonntag nachmittag, als Nachhall der Vorkommnisse vom Freitag, schien es noch, als ob die tumultuarische Phrase das einzige Argument im politischen Kampf Deutschlands gebieten sei. Heute steht auf demselben Blatt wie diese Bilanz die Verordnung des Rats der Volksbeauftragten, die in knapp bemessener Zeit die Ablieferung jedweden sich im Privatbesitz befindlichen Heeresgeräts anordnet und damit die Gewalt aus der politischen Auseinandersetzung entfernt. Wer für seine angeblichen Ideale nicht anders zu

X-DD 249 I-7

20. XII

Umtriebe der Gegenrevolution!

Arbeiter, Genossen, Bürger.

Die Gegenrevolution beginnt zu arbeiten. Die Alldeutschen und ihre Kreaturen haben nicht genug daran, das deutsche Volk in diesen unseligen Krieg gestürzt zu haben, sie wollen es jetzt in einen noch unseligeren Bürgerkrieg hineinhetzen. Sie handeln nach der alten Taktik: „Entzweie und herrsche". Sie wollen Euch in 2 Lager spalten, welche sich gegenseitig bekämpfen, damit sie ihre dunklen Pläne alsdann besser zur Ausführung bringen können. So hetzen sie jetzt gegen Regierung und Juden in der Absicht, daß die Arbeiter und Bürger, welche bisher zusammenhielten, um die Früchte der Revolution und der neuen Freiheit zu sichern, sich gegenseitig zu bekämpfen beginnen.

Arbeiter, Genossen, Bürger.

Bedenket, daß falls den Alldeutschen ihre Pläne gelingen, der **Anfang des Bürgerkrieges** da ist und unsägliches Elend über das deutsche Volk kommt.

Laßt Euch nicht durch diese schwarzen Machenschaften verführen, reißt den Reaktionären die Maske vom Gesicht.

Straft die Schufte, welche die gute Sache des Proletariats verraten und ihren Namen derartigen Machenschaften leihen und so Euch in den Rücken fallen.

Helft uns die Gegenrevolution niederzwingen.

Schon in ihrem Beginn sieht man klar, worauf die ganze Hetze hinausgeht:

Vernichtung der Revolution, Wiederaufrichtung des militärischen Preußens, Herrschaft der Alldeutschen und der Militärkaste.

Euch droht nicht Judenherrschaft, sondern der Militarismus.

Schützt die Revolution, schützt die Freiheit!

Es lebe die geeinigte sozialistische Republik Deutschland!

Herausgeber, Drucker und Verleger Emil Streisand, Berlin SW. 68.

X-DD 249 I-8

Der Vollzugsrat der Soldatenräte

Wie entstand er?

Führerlos geworden, waren wir Kameraden vor die Aufgabe gestellt — wir, die wir einander fremd gegenüberstanden — aus unserer Mitte binnen weniger Stunden unsere Vertrauensleute zu wählen. Die Wenigsten unter uns waren sich der Bedeutung dieser Wahl bewußt: **So war der Vollzugsrat der Soldatenräte ein Zufallsprodukt.**

Was tat er?

Er tagte hinter verschlossenen Türen, händelte, statt zu handeln — hat uns und unsere hohen Ziele vor Volk und Regierung schmählich herabgewürdigt und sich selbst um das ihm freiwillig im reichsten Maße geschenkte Vertrauen gebracht!

Was unterließ er?

Uns Soldaten eine feste Organisation zu geben, Anschluß zu suchen an die Soldatenräte in Nord und Süd und West und Ost. Einen Ersatz zu schaffen für die in Trümmern gegangene einheitliche Kommandogewalt.

Zu sorgen für die Sicherung der Ostgrenze und die Erhaltung der Werte, die der Zusammenbruch des alten Systems uns übrig ließ.

Was verhinderte er?

Jede planmäßige praktische Arbeit, die die wenigen organisatorisch befähigten Kameraden leisten wollten.

Soll es so bleiben?

Die Soldatenräte des Gardekorps und III. Armeekorps.

X-DD 247 I-9

Die neuen Männer



Staatssekretär
Dr. Solf



Reichskanzler Prinz Max von Baden



Staatssekretär

28. XI. 918

Ueber die Pflicht!

X-DD 249
III-10

Was ist Eure Pflicht?

Antwort: Das Vaterland, für das Ihr vier Jahre Eure Gesundheit geopfert habt, vor dem Untergang zu bewahren.

Was ist Eure Pflicht?

Dafür zu sorgen, daß **Ruhe und Ordnung** in unserm Lande einkehren.

Dafür zu sorgen, daß eine **starke Regierung** geschaffen wird, welche dem Lande **Frieden und Brot** bringt.

Wie erfüllt Ihr diese Pflicht?

Antwort: Indem Ihr gegen Liebknecht und Genossen Front macht.

Indem Ihr geschlossen wie ein Mann hinter der Regierung steht.

Indem Ihr die Regierung zwingt, gegen jeden Terror, er mag kommen woher er wolle, einzugreifen.

Zentral-Druckerei, Berlin NW 6.

29. XII. 1918

X-DD 249
III - 11

Was wird sein, wenn Spartakus zur Regierung kommt?

1. Das Reich löst sich auf.
   Die Provinzen sagen sich von Berlin los.
   Ganz Süddeutschland, die Rheinprovinz, Oberschlesien fallen sofort vom Reiche ab.
2. Infolgedessen wird Berlin von der Lebensmittel- und Kohlenzufuhr abgeschnitten werden.

Berlin wird hungern!
Berlin wird frieren!

3. Bürgerkrieg, Terror, Anarchie werden über das Land kommen.
   Deutsche werden gegen Deutsche stehen, wie Ihr am Dienstag gesehen habt.
   Blut wird fließen!
   Das Leben in den Städten wird ertötet!
4. Die Entente wird dem deutschen Volk keinen Frieden geben!
   Die Entente wird uns keine Lebensmittel schicken!
5. Die Fabriken werden stille stehen, wie seit einem Jahre in Rußland.
   Handel und Gewerbe werden stille stehen!
   Das Volk wird keine Arbeit finden!
   Frauen und Kinder werden kein Brot finden!

Was werden Liebknecht und Genossen bringen, wenn sie zur Regierung kommen?

Antwort: Hunger, Verderben und Untergang.

Buchdruckerei, Berlin NW 6.

X-DD 249
III-12

12. I. 18 Arbeiter- und Soldat

Arbeiter, Soldaten, Bürger!

Heute um 1 Uhr sind **3000 Mann mit starker Artillerie und Maschinengewehren** durch Berlin und Charlottenburg marschiert. Die Regierung hat durch sie gezeigt, daß sie die Macht hat, **Euern Willen durchzusetzen,** der von ihr ein Ende der Räubereien und des Blutvergießens verlangt.

Auch heute hofft sie noch, daß ihre feste Entschlossenheit den

Terror abschrecken

wird, daß die Spartakisten einen Kampf um die geraubten Gebäude nicht aufnehmen, sondern die Schauplätze ihrer Schandtaten räumen werden.

Täuscht diese Hoffnung auf eine Besinnung im letzten Augenblick,

dann ist die Geduld der Regierung ebenso wie Eure erschöpft.

Ihr müßtet sie wegjagen, wenn sie auch nur einen Tag noch zögerte. **Im Osten plündern spartakistische Banden** im Auto mit vorgehaltenem Revolver die Straßen, **ein Haus ums andere,** während die Eichhornschen Sicherheitswehrmänner Wache stehen. Die letzte Maske, als handle es sich um eine politische Bewegung, ist gefallen.

Raub und Plünderung entpuppt sich als letztes und einziges Ziel der Aufrührer.

Arbeiter!

Die Reichsregierung hat mir die Führung der republikanischen Soldaten übertragen.

Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Macht der sozialistischen Republik.

Ihr kennt mich und meine Vergangenheit in der Partei. Ich bürge Euch dafür, daß **kein unnützes Blut vergossen** wird.

Ich will säubern, nicht vernichten.

Ich will Euch mit dem jungen republikanischen Heer die Freiheit und den Frieden bringen.

Die Einigkeit der Arbeiterklasse muß gegen Spartakus stehen, wenn Demokratie und Sozialismus nicht untergehen sollen.

Der Oberbefehlshaber
Noske.

X-DD 249
III-13

Wach auf!



Der Bolschewismus bedroht dein Leben!

X-DD 249
III-14

Bolschewi



X-00 249
III - K

18. II. 19

Berlin W., 1. Febr. 1919.

Sehr geehrter Herr!

Wir sind der Ansicht, daß die schlimmen Folgen, die aus dem unter so eigenartigen Umständen erfolgten Tode Karl Liebknechts erwachsen müssen, nur dann verhindert werden können, wenn möglichst bald völlige Klarheit geschaffen wird.

Bei der Gleichgültigkeit weitester Kreise gegenüber der Rechtsfrage scheint uns eine Aufrüttelung der öffentlichen Meinung nicht überflüssig; wir verfaßten daher den folgenden Aufruf und legten ihn den umstehend Verzeichneten vor, die ihn auch unterzeichneten.

Wir wenden uns nunmehr an einen weiteren Kreis und würden uns freuen, wenn auch Sie auf beiliegender Postkarte Ihre Unterschrift senden würden.

Hochachtungsvoll

Georg Fr. Nicolai. Helene Stöcker.

X-DD 249
III-16

Bolschewismus

I.

Was ist Bolschewismus?

Bolschewismus heißt wörtlich: äußerste, größte oder radikalste Richtung des Kommunismus.

Kommunismus ist nicht dasselbe wie Sozialismus.

Der **Sozialismus** will eine möglichst **gerechte Verteilung des Ergebnisses jeder Produktion** verwirklichen, entsprechend der Leistung eines jeden: Der **Kommunismus** dagegen **strebt eine mechanische gleichmäßige Verteilung der irdischen Glücksgüter** unter alle ohne Rücksicht darauf, was der Einzelne leistet, und messen er bedarf.

Diesen Kommunismus hat der Bolschewismus auf seine Fahne geschrieben.

Der Bolschewismus kommt von Rußland, aber man merke es sich, daß er **keine rein russische Erfindung ist,** die in Deutschland nicht Boden fassen könne.

Der Bolschewismus ist vielmehr eine allgemeine menschliche Geistesverfassung und Seelenstimmung: er ist **Schwarmgeisterei auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.**

Diese Schwarmgeisterei verwechselt Mittel und Zweck.

Der **wahre, vernünftige Sozialist, der Realist,** sieht im Sozialismus das Mittel, um die Lebens- und Entwickelungsbedingungen der werktätigen Bevölkerung zu heben. Leistung und Bedarf sollen maßgebend dafür sein, welchen Anteil ein jeder vom Volkseinkommen erhält. Allmmäßig, ohne Zerstörung wirtschaftlicher Werte und ohne Unterbrechung der wirtschaftlichen Produktion will dieser Sozialismus die Verhältnisse dahingehend umgestalten, daß fürderhin die Wirtschaft um der Menschen willen, nicht umgekehrt, wie es bisher vielfach der Fall war, die Menschen um der Wirtschaft willen da seien.

Der **Bolschewist** dagegen sieht im **Kommunismus ein Allheilmittel** so wertvoller Art, daß er darüber sogar die **vorhandenen Lebensbedingungen der Bevölkerung** mißachtet und diese dem Elend preisgibt. Das haben wir nicht nur in Rußland erfahren, **sondern wir spüren es auch schon bei uns selber.** Nichts gilt den Bolschewisten der ruhige Fortgang der Produktion, nichts die Versorgungsmöglichkeit der Bevölkerung, nichts die Steigerung unserer ohnehin schon gräßlichen Not. **Sie wollen das Chaos, damit aus dem Chaos die Verwirklichung ihrer schwärmerischen Ideen geboren werde.**

Bolschewismus ist Götzendienst in Politik.

Ganz wie im heidnischen Götzendienst werden hier **Menschenleben geopfert. Rußland beweis durch die Tat, bei uns wird es erst gelehrt, die aber soll folgen.**

Dazu bedürfen die Bolschewisten der politischen M

Der **Bolschewismus** fußt bei seinen politischen S nahmen auf keinem Rechtsgedanken, sondern er ist **Machtfrage.**

Beinahe kann man sagen: die **Bolschewisten die umgekehrten Alldeutschen.**

Ganz wie die Alldeutschen ihre Ziele nur mit walt durchsetzen wollten, so **will der Bolschewis seine Allrevolution mit Gewalt durchführen.**

Die **Bolschewisten** sind **Allrevolution** denen Gewalt vor Recht geht.

II.

Wie können die Bolschewisten oder Vertreter in Deutschland die Spartakusleute, Macht in Deutschland gelangen?

Der Weg ist folgender:

Nach jahrelangem Kriege ist unsere **Versorgung Nahrungsmitteln und Rohstoffen äußerst mangell** Durch die uns aufgezwungenen **Waffenstillsta bedingungen** ist außerdem noch die Volksernährung f die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Fried wirtschaft weiter erschwert, ja sogar gefährdet. Die V wirtschaft der gewesenen Machthaber hat eine **gewal Unzufriedenheit und Gährung** hervorgerufen.

Bei dieser Lage gehen nun die Bolschewisten, uns **Spartakusleute** genannt, wie folgt vor: greifen planlos hier und da und da und dort in industr und landwirtschaftliche Betriebe ein, drängen die Gen schaften, weil sie ihnen zu „rückständig" erschei d. h. in Wirklichkeit, weil es praktische Leute mit ruhi Kopfe sind, beiseite, rufen **wilde Streiks mit ungehe Lohnforderungen** hervor und bringen dadurch das sich schon gefährdete Wirtschaftsleben noch mehr herun Der schon lange kranke Wirtschaftskörper gerät in wi Fieber.

Wirtschaftlicher Wirrwarr bei Rohstoffmangel bede **Arbeitslosigkeit.**

Arbeitslosigkeit ruft **Hunger** hervor.

X-DD 249
III-17

17. 2. 19.
Montags P. Versammlung.

Die Spartakusherrschaft wankt

Es ist vorbei mit dem russisch-bolschewistischen Terror. Die Regierung hat gezeigt, daß sie das gefährliche Treiben des Straßengesindels nicht mehr länger dulden will. Die Berliner Arbeiter haben sich erhoben, die ganze Garnison steht treu zur Regierung Ebert-Scheidemann.

Ein Spartakusnest nach dem andern wird ausgeräuchert.

Die Marinesoldaten haben ihre früheren Führer zum Teufel gejagt und sich für die Ordnung erklärt.

Der Marstall ist für die Spartakisten verloren!

Auch in der Reichsdruckerei hatten sich bewaffnete Anhänger Liebknechts festgesetzt, aber sie sind schon wieder hinausgeworfen. Ohne Widerstand zu leisten, flüchteten sie, als die Regierungstruppen plötzlich anrückten.

Heute ist die Reichsdruckerei wieder in vollem Betrieb!

Die Spartakusleute werden sie nicht noch einmal zurückerobern.

Langsam bessern sich auch die Verhältnisse in den Straßen. Es wird reine Bahn gemacht in Berlin.

Wir wollen Ordnung in den Straßen, wir wollen Freiheit zum Arbeiten in den Betrieben.

Wir wollen vor allem Freiheit zum Wählen am 19. Januar

X-DD 249
III-18

Wie lange
wollt ihr noch untätig zusehen?

Aus der Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Spartakus erklärt dem deutschen Volk den Krieg.

In der Reichskonferenz des Spartakusbundes erklärte Dr. Levy:

„Wir müssen die physische Gewalt in dem Orte haben, wo die Nationalversammlung tagt. Dadurch können wir mit Waffengewalt erscheinen und die Versammlung sprengen."

Rosa Luxemburg erklärte:

„Unsere Hauptaktion beruht auf der Straße. Die Straße muß zum vollen Erfolge kommen."

Die Reichskonferenz des Spartakusbundes erklärte mit großer Stimmenmehrheit:

„Massenterror ist das Losungswort!"

Deutsche Arbeiter! Deutsche Familienväter, die Ihr unserem heimgesuchten Lande den Untergang, grenzenlosen Jammer, grenzenloses Unglück fernhalten wollt,

X-DD 249
III-19

Die russische Probe aufs Exempel!

Die deutsche Revolution ist am Jahrestag des russischen Bolschewiki-Aufstandes ins Werk gesetzt worden. Für die Kosten der Vorbereitung hat die Bolschewiki-Regierung nach dem Zugeständnis des unabhängigen sozialdemokratischen Unterstaatssekretärs Dr. Cohn den deutschen revolutionären Sozialdemokraten mehr als acht Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die auf Grund der deutschen Revolution geschaffenen Einrichtungen und ihre Bezeichnungen: „Volksbeauftragte", „Arbeiter- und Soldatenräte", „Volksgesetz" usw. stellen einen

seinen Abklatsch des russischen Vorbildes

dar. Jetzt wird, wiederum genau nach russischem Muster, von den in Deutschland regierenden Revolutions-Gewalthabern die „schleunige Sozialisierung" der großen Industrie- und Bankbetriebe und — bei nichtrevolutionärem Ausfall der Wahlen — die gewaltsame Sprengung der Verfassunggebenden Nationalversammlung angekündigt.

Die deutsche Revolution ist erst wenige Wochen alt. Und doch hat sie schon entsetzliches Unheil angerichtet. Sie machte uns völlig wehrlos und erzwang dadurch unsere Unterwerfung unter die haarsträubenden Waffenstillstandsbedingungen der Feinde. Wir werden das ohnmächtige Opfer aller, die Deutschland zerstückeln, versklaven und niedertreten wollen. Unordnung, Willkür, Gewaltherrschaft, trostlose Zustände überall! Der Berliner Soldatenrat hat recht: bis jetzt hat die Revolution in Deutschland

nichts als Trümmerhaufen

geschaffen. Doch das ist erst der Anfang des Jammers. Was wird uns weiter blühen? Das Schicksal Rußlands zeigt es uns!

Schon die große französische Revolution bietet das gleiche Bild, das alle diese Staatsumwälzungen zeigen: das schrittweise Hinabgleiten bis zum äußersten, wildesten Umsturz. Auf die parlamentarische Monarchie folgten die Girondisten, auf diese die Jakobiner, bis die wilde Schreckensherrschaft im Blute der Bürger ertrank. Genau ebenso kamen in

Rußland

nach dem Sturze des Zaren die demokratisch-republikanische Kadettenregierung, dann Kerenski und die Sozial-Revolutionäre und endlich die Bolschewiki, die den grauenvollsten Bürgerkrieg entfesselten und die blutigste Schreckensherrschaft aufrichteten.

Seit die Bolschewiki zur Regierung kamen, sind in Rußland die Demokratie, die Preßfreiheit, die Volksvertretung, die bürgerlichen Grundrechte beseitigt. Die sozialdemokratische „Internationale Korrespondenz" berichtete:

„Praktisch gibt es

keine Gesetze mehr,

weder Zivilgerichte noch Strafgerichte arbeiten. Soweit die Macht der Bajonette reicht, ist es eine Gewaltherrschaft sondergleichen; täglich werden eine Menge Leute ohne Urteil erschossen, wegen antirevolutionärer Umtriebe" [illegible]

Ausnahme der reinbolschewistischen sind verboten. Die Lebensmittelversorgung ist elend. Die Verkehrsverhältnisse spotten jeder Beschreibung."

Der bekannte russische Sozialdemokrat Axelrod richtete an Scheidemann, den Schriftführer der sozialdemokratischen Internationalen Konferenz, ein Schreiben, das vom „Vorwärts" (1918 Nr. 54) wiedergegeben wurde. Darin heißt es:

> „Der Rat der Volksbeauftragten ist nichts anderes als eine Deckung, hinter der sich die Diktatur Lenin-Trotzki versteckt, die sich auf die Bajonette der Soldaten stützt und von zweifelhaften Gestalten, Abenteurern oder gar Verbrechern umgeben ist. Diese Diktatur hält sich nur durch rücksichtslose

Schreckensherrschaft."

Wie ist es zu solchen Zuständen gekommen? Die Bolschewiki, vor allem ihre Führer Lenin und Bronstein, genannt Trotzki, sind ebenso wie Ebert und Scheidemann, Haase und Ledebour, Liebknecht und die Luxemburg Anhänger von Karl Marx. Sie stellten sich demgemäß die Aufgabe, das von Marx bezeichnete Endziel der sozialdemokratischen Partei zu verwirklichen: die „Vergesellschaftung" oder

Verstaatlichung der Arbeitsbetriebe und Arbeitsmittel.

Am 24. November 1917 wurden von der Bolschewiki-Regierung alle Banken, industriellen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Betriebe hinsichtlich der gesamten Geschäftstätigkeit unter Staatsüberwachung gestellt. Die von den Beauftragten der Regierung getroffenen Bestimmungen wurden als bindend für die Besitzer aller Betriebe erklärt und diesen Beauftragten Strafgewalt über die Unternehmer erteilt.

Das führte in der Folge dazu, daß die Anforderungen an die Unternehmer immer höher gesteigert und diese schließlich samt den Betriebsleitern, soweit sie nicht von selbst auf die weitere Betätigung verzichteten, von ihren Plätzen verjagt wurden. Bald indes erwies sich die „Diktatur des Proletariats" als unfähig, die industrielle und kaufmännische Arbeit mit Erfolg weiterzuführen. Man rief die früheren Besitzer und Betriebsleiter zurück. Aber vergebens!

Das wirtschaftliche Leben Rußlands ist vernichtet.

Das ist selbst im „Berliner Tageblatt" (nach einem Ausspruch des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Lensch), dem „freiwilligen Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie", festgestellt worden. Hans Voigt berichtete hier im September und Oktober über seine Beobachtungen in Rußland. Er zeigte, wie die Arbeiter fortdauernd maßlose Erhöhungen der Löhne und Verkürzungen der Arbeitszeit durchsetzten. Natürlich stiegen demgemäß die Preise sämtlicher Waren ins Ungemessene. Was wurde erreicht? Rückgang des Absatzes, endlich Stillstand der Arbeit infolge der Unmöglichkeit, die Betriebskosten herauszuwirtschaften. Was war die Folge?

Arbeitslosigkeit, Verelendung!

X-DD 249
III-20

Volksgenossen!

Arbeiter! Soldaten!

Wölfe im Schafspelz sind die **Spartakus-Bolschewisten,** die Euch ein Schlaraffenland versprechen und Euch zu frechen Gewalttaten mißbrauchen!

In dem bösen Wirrwarr dieser Tage rettet doch wenigstens **Euren eigenen Verstand!**

Die Spartakisten sind nicht idealgesinnte Sozialisten, wie sie naiven Leuten einzureden versuchen, sondern ganz gewöhnliche Abenteurer, deren offen erklärte Absicht es ist,

mit den Russen gemeinsam am deutschen Rhein
gegen Franzosen und Engländer zu kämpfen!
Also nicht Frieden und Brot, sondern neuen
blutigen Krieg und verschärfte Hungersnot!

Wer bisher gleichgültig dem wüsten Treiben der Liebknecht-Luxemburg-Sippschaft zusah, muß nunmehr **endlich erkennen,** was uns bevorsteht, wenn die Bolschewisten und ihre verlogenen Hintermänner die Oberhand bekommen:

Arbeiter, Soldaten, die ihr den grausigen Krieg aus eigener Erfahrung kennen gelernt habt!

Westdeutschland wird Kriegsgebiet!

Das bedeutet Verwüstungen und Verheerungen wie in Flandern und Nordfrankreich. Städte und Dörfer werden in Trümmer sinken, namenloses Unglück ihren Bewohnern bereitend!

Das ganze Reich wird Aufmarschgelände und Etappengebiet für die russischen Heere!

Denkt an die russischen Greueltaten in Ostpreußen 1914. **Berlin wird Hauptquartier** der russischen „roten Armee", **der Trotzki, Lenin** und der anderen Räuberhauptmänner des asiatischen Terrors! — Die selber Hunger leidenden Russen sollen uns mit Lebensmittel versorgen! Wer glaubt dies?

Deutschland soll ein zweites Rußland werden,

d. h. völliger politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch, allgemeine Arbeitslosigkeit, größte Not und schlimmstes Massenelend!

Massenmord und Seuchen würden unser Land bald in einen großen Friedhof verwandeln! Damit wäre das „Ideal" der anti-sozialen Terroristen verwirklicht!

Arbeiter! Soldaten! **Erkennt die Gefahr** solange es noch Zeit ist!

Genossenschaftsdruckerei und sozialpolitischer Verlag Berlin SW.

X-00 249
III-21

Flugblatt 2.

Arbeiter! Soldaten!

Hört, was Euch Liebknecht verspricht!

Liebknecht verspricht Euch Frieden.

Den Frieden nach **außen** diktieren uns die Feinde.

Liebknecht rechnet auf ein Uebergreifen der Revolution auf die alliierten Länder.

Kameraden, wenn Ihr den Verlauf der Weltgeschichte verfolgt, könnt Ihr sehen, daß Revolutionen stets nur in Ländern gelungen sind, die im tiefsten Elend daniederlagen. Das **nationale** und **soziale** Elend ist der einzig fruchtbare Boden für die Revolution. Dieser Boden ist bei unseren bisherigen Feinden absolut nicht vorhanden.

Denn so sind sie die Sieger. Ihre Regierungen haben sie zum Siege geführt.

Glaubt Ihr, daß sie im Siegesjubel diese Regierungen stürzen werden?

Ihr soziales Elend ist erstens halb so groß, wie das Rußlands und Deutschlands, zweitens hoffen sie, durch die Früchte ihres Sieges, durch die Aussaugung des verhaßten Deutschland das Elend ganz zu beheben.

Bei ihnen herrscht eine viel kapitalistischere Gesellschaftsordnung als bei uns.

Glaubt Ihr, sie werden mit einem Liebknechtischen Deutschland Frieden schließen?

Nimmermehr!

Wenn Liebknecht bei uns siegt, werden die siegesstolzen Truppen der Feinde bei uns einziehen, um Ordnung zu schaffen. Sie werden drakonische Ordnungsgesetze erlassen, sie werden den Rest des ehemaligen deutschen Reichtums für sich sicherstellen, und was für uns das Schlimmste ist, sie werden mit dem Schwerte des Belagerungszustandes die Gegenrevolution durchführen.

Das wäre die **Folge** von Liebknechts fanatischem Irrtum.

Glaubt Ihr, daß Liebknechts Programm den inneren Frieden bringen wird?

Glaubt Ihr, daß die Millionen von Bürgern, die jetzt ängstlich zusammengedrückt in ihren Häusern sitzen, auf die Dauer solche Zustände vertragen würden?

Glaubt Ihr, daß auch der Handwerker, daß überhaupt ein Mensch, der durch jahrelange mühselige Arbeit seiner Hände oder seines Geistes sich und den Seinen eine Existenz geschaffen hat, ruhig zusehen würde, wie alles im Chaos zusammenbricht?

Arbeiter und Soldaten, auch den meisten jetzigen Spartakusanhängern würde ein Licht aufgehen, wenn es zu spät wäre.

Dann aber würde der schlimmste Bürgerkrieg ausbrechen.

Dann würden die Bürger, die jetzt zitternd und noch hoffend in ihren Häusern sitzen, mit dem Mute der Verzweiflung auf die Straße stürmen.

Dann haben wir die Anarchie, das Chaos, Deutschlands äußeren und inneren Untergang.

Merkt Ihr den Fehler in Liebknechts Rechnung?

Arbeitsstelle Berliner Studenten.

Dieses Flugblatt wurde am vergangenen Sonntag in Berlin verteilt. Die Demonstrationen dieses Tages haben bewiesen, daß die Berliner Bevölkerung vom Spartakus-Gedanken noch nicht vergiftet ist, sondern daß die bürgerlichen Parteien im Verein mit den Mehrheitssozialisten einer terrorisierenden Minderheit gegenüber wohl noch ihren Willen zum Ausdruck bringen können.

Arbeitsstelle Berliner Studenten.

X-DD 249
III-22

18.1.19

An die deutschen Wählerinnen!

Der Tag der Entscheidung naht heran! Bald sollen alle über 20 Jahre alten Deutschen die Verfassunggebende Nationalversammlung wählen, die unser Vaterland neu aufzubauen hat. Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand der Wählerinnen! Sie machen die starke Mehrheit der Wahlberechtigten aus. Es wäre darum geradezu gewissenlos, wenn eine Wählerin nicht zur Urne ginge.

Wahlrecht ist heute Wahlpflicht!

Können sich die Frauen die Sache nicht leicht machen, indem sie einfach ebenso stimmen wie ihre Männer? Nein! Wozu hat man ihnen denn das Wahlrecht gegeben, wenn nicht zu dem Zweck, daß sie nach ihrer

eigenen Ueberzeugung

stimmen?

Der sozialdemokratischen Partei gehörten im Frühjahr 1914 175 000 weibliche Mitglieder an: drei Jahre darauf waren es nur noch 67 000, ein ganz winziger Bruchteil der 21 Millionen deutscher Frauen und Mädchen. Der Krieg hat also eine

Massenflucht der Frauen aus der Sozialdemokratie

gebracht, obgleich nach dem Parteibericht „der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen: Frauenerwerbsarbeit, größere wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau, Lebensmittelnot und Teuerung günstige Vorbedingungen" für die sozialdemokratische Werbung unter den Frauen geschaffen hatte. Die große Mehrzahl der Frauen, die sich zum Anschluß an die Sozialdemokratie verlocken ließen, kehrte ihr wieder den Rücken, sobald sie diese Partei näher kennen gelernt hatte!

Viel mögen hierzu die sozialdemokratischen Führerinnen beigetragen haben. Die bekannteste unter ihnen ist

Rosa Luxemburg,

eine polnische Jüdin, die von den Genossen meist die „blutige Rosa" genannt wird. Auf dem Jenaer Parteitag warf ihr der Führer der Partei, der Abgeordnete Bebel, „Verdrehungen", „Unwahrheiten", „vollständige Unterschlagung" und „Niedertracht" vor, und der Münchener sozialdemokratische Führer und jetzige Minister Auer bezeichnete ihr Auftreten als

„bodenlose Gemeinheit".

Trotzdem spielte Rosa Luxemburg nach wie vor die erste Rolle in der sozialdemokratischen Partei. Heute steht sie gemeinsam mit Karl Liebknecht, dem Sohn einer ferbischen Jüdin, der schon lange vor dem Kriege vom Reichsgericht wegen Landesverrats auf die Festung geschickt wurde, an der Spitze der „Spartakusgruppe", die sich bemüht, den blutigen Bürgerkrieg in Deutschland zu entfesseln.

Die Frauen haben die schweren Mängel unserer Ernährungswirtschaft am gründlichsten kennen gelernt. Wer aber trägt dafür die Verantwortung? Diese Einrichtungen sind nach den Wünschen der Sozialdemokratie geschaffen und unter der Leitung des sozialdemokratischen Staatssekretärs Dr. August Müller ausgebaut worden. Jetzt wollen die Führer der Sozialdemokratie trotz aller üblen Erfahrungen

die Kriegswirtschaft im Frieden aufrechterhalten und noch weiter ausdehnen

Die Frauen und Mädchen haben aber selbstverständlich den Wunsch, daß der freie Handelsverkehr und damit die frühere, bessere Versorgung mit Lebensmitteln bald wiederhergestellt werde.

Wo ist denn das Paradies, das der Umsturz dem Volke bringen sollte? Heeresbedarf im Werte von vielen Milliarden und ungeheure Lebensmittelvorräte, die in der Heimat dringend notwendig gewesen wären, sind an die Feinde verschleudert oder einfach ihrem Schicksal überlassen worden. Die durch die Revolution neugeschaffene Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, eine Nachäffung des russischen Bolschewiki-Unwesens, hat sich sehr schnell als die

entsetzlichste Schandwirtschaft

erwiesen. Bereits in den ersten vier Wochen haben diese Herrschaften, wie der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Schiffer feststellte, mehr als eine Milliarde in die Luft gehen lassen, d. h. annähernd denselben Betrag, den wir vor dem Kriege in einem Jahre für Heer und Flotte ausgegeben haben! Die Mitglieder des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte haben sich selbst für den Kopf monatlich 1500 Mark bewilligt, ihren guten Freunden, die sie als sogenannte „Kuriere", d. h. Boten, einstellten, 1200 Mark monat-

X-DD 249
II-23

Arbeiter! Bürger! Soldaten! Genossen!

Die Spartakusbanden haben heute versucht, ihre Gewaltherrschaft über Berlin auszudehnen. Liebknecht hat den „Kampf bis aufs Messer“ gegen die übrige Bevölkerung proklamiert. Eine Anzahl Toter und Verwundeter sind bereits durch spartakistische Mörderhand gefallen. Kurz nach Eintritt der Dunkelheit wurde die Uebergabe der Reichskanzlei innerhalb 10 Minuten gefordert. Unter nichtswürdigem Mißbrauch der weißen Fahne, die sie mit sich führten, eröffneten die Spartakisten jedoch bereits vor Ablauf der Frist den Feuerangriff, welcher abgeschlagen wurde.

Mitbürger! Genossen! Kameraden! Wir müssen jetzt den uns aufgezwungenen Kampf aufnehmen! Schon zu lange haben wir gezögert!

Erscheint am Dienstag wieder in Massen vor dem Hause der Reichsregierung, Wilhelmstraße 77. Rüttelt alle Lauen auf! Ihr müßt jetzt bereit sein, Euch mit Eurer ganzen Person für die revolutionäre Ordnung einzusetzen. Zu diesem Zweck fordern wir Euch auf, eine freiwillige republikanische Schutzwehr zu bilden. Bringt Eure Partei- und gewerkschaftliche Legitimation mit. Nähere Anweisungen werden Euch gegeben.

Wir dürfen nicht eher ruhen, als bis die Ordnung in Berlin wiederhergestellt und dem ganzen Volke der Genuß der revolutionären Errungenschaften gesichert ist.

Nieder mit den Mördern und Verbrechern!

Hoch die sozialistische Republik!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß Berlins. (S. P. D.)

Theodor Fischer. Franz Krüger. August Pattloch.

X-DD249
III-24

6.I.1919.
Stadtarchiv Leipzig

Flugblatt 1.

Arbeiter! Soldaten!

Hört, was Euch Liebknecht verspricht!

1. Er verspricht Euch die höchsten Löhne.

Wie macht er das?

Er nimmt einfach den Reichen das Kapital weg und gibt es Euch.

Wißt Ihr, wo die Reichen ihr Geld haben? Sicher nicht zu Hause im Strumpf, denn da läge es tot da und brächte keine Zinsen.

Nein, das Geld steckt in Aktien, Hypotheken, kurz da, wo es arbeitet, wo es in die pulsierenden Adern des Wirtschaftslebens fließt, wo es also der Allgemeinheit zugute kommt. Zum Beispiel:

In einer Stadt soll eine Bahn gebaut werden. Der Reiche beteiligt sich daran, indem er eine Aktie kauft, also sein Geld für den Bau zur Verfügung stellt. Wenn die Bahn läuft, kriegt der Reiche Zinsen sein Geld aber steckt im Material der Bahn, ist für Arbeitslohn verausgabt, kurz: das Geld arbeitet, und der Reiche besitzt lediglich den Aktienschein.

Nun kommt Liebknecht und will auf seine Art sozialisieren. Er will die ganzen Papiere in den großen Staatstopf werfen und in Form hoher Löhne verteilen.

Liebknecht vergißt, daß wir ein vom Kriege zerschmettertes, verarmtes Volk sind, daß unser Gold ins neutrale Ausland und der Rest jetzt zum Feinde gewandert ist, daß wir nur eben diese Papiere besitzen Und diese Papierstücke haben nur einen Wert, einen Zukunftswert, wenn die Betriebe, für die sie ausgeschrieben sind, arbeiten.

Und Liebknecht predigt Streik.

Merkt Ihr den Fehler in seiner Rechnung?

2. Liebknecht verspricht Euch Brot.

Brot kommt vom Lande in die Stadt.

Schon jetzt haben die Landbewohner ganz Deutschlands ein Grausen, eine Angst vor den Umtrieben in den Großstädten, besonders in Berlin.

Schon wagen die Bauern kaum, ihre Erzeugnisse in den Hexenkessel der Großstadt zu bringen.

Wenn Liebknecht's Programm zur Ausführung kommt, wenn zur gewaltsamen Enteignung geschritten wird, wenn Läden und Banken geplündert werden, wird nicht nur der größte Teil der Vorräte in den Schmutz getreten und verschleudert werden, nein, dann wird kein Landwirt mehr seine Waren in die Stadt schicken; die Stadt wird, wenn die Vorräte verzehrt sind, elendiglich verhungern, und zwar zuerst die Arbeiter selbst. Wenn Liebknecht's Scharen mit Gewalt zu den Bauern kommen, werden die Folgen Kämpfe und ein Stillstehen auch der landwirtschaftlichen Betriebe sein. Die Hungersnot wird sich also über das ganze Land ausbreiten.

Liebknecht verspricht Euch Brot. — Ja, für acht Tage.

Dann kommt der Tod. Glaubt Ihr, daß Amerika in ein Land, wo solche Zustände herrschen, sein Getreide schicken wird? Wo es fürchten muß, daß die Hälfte geraubt, die andere Hälfte in den Schmutz getreten wird?

Wenn Ihr Euch darauf verlaßt, seid Ihr verlassen!

Merkt Ihr auch diesen Fehler in Liebknecht's Rechnung?

Arbeitsstelle Berliner Studenten.

Dieses Flugblatt wurde am vergangenen Sonntag in Berlin verteilt. Die Demonstrationen dieses Tages haben bewiesen, daß die Berliner Bevölkerung vom Spartakus-Gedanken noch nicht vergiftet ist, sondern daß die bürgerlichen Parteien im Verein mit den Mehrheitssozialisten einer terrorisierenden Minderheit gegenüber wohl noch ihren Willen zum Ausdruck bringen können.

Arbeitsstelle Berliner Studenten.

X-DD 249
III 25

Die

Garde-Kavallerie-Schützen-Division

ist in Berlin einmarschiert.

Berliner!

Die Division verspricht Euch, nicht eher die Hauptstadt zu verlassen, als bis

die Ordnung endgültig wieder hergestellt ist.

X-DD 249
III-26

14 I 19

Die tollsten Lügen

werden jetzt von **Spartakus** verbreitet. Überall, auf Straßen und Plätzen, stehen seine Jünger und predigen dem Volke. **„Und was er spricht, ist Schrecken, und was er schreibt, ist Blut"**, kann man mit dem Dichter sagen. Dinge werden da aufgetischt, die geradezu haarsträubend sind. Aber auch Spartakus weiß: Nichts ist so dumm, es findet doch sein Publikum. Und um sich die Sache leichter zu machen, hat er ja kurzerhand die **meisten Zeitungen einfach unterdrückt.** So können sie nicht für die Wahrheit eintreten. Spartakus hat freies Feld! Da wird denn drauf los gelogen,

daß die Schwarte knackt.

So z. B.: Ebert-Scheidemann, die „Bluthunde", haben Waggons mit russischem Getreide einfach wieder nach Rußland zurückgeschickt, weil es von den Bolschewisten kam. Nach ihrem Willen soll das deutsche Volk eher verrecken, als russisches Brot essen. Oder: Nur gegen die Personen der jetzigen Regierung richtet sich der ganze tolle Rummel, den wir erleben. Gehen sie, so werden aus den reißenden Wölfen, als die wir Liebknecht und seine Genossen jetzt erleben, friedliche Lämmer, die Ruhe und Ordnung schützen, nicht mehr harmlose Passanten niederschießen und auch nicht mehr plündern und stehlen wollen. Solche und ähnliche Geschichten werden erzählt. Aber alles ist natürlich

erstunken und erlogen.

Da stehen nun die Leute und hören solches Geschwätz, und keiner reißt diesen Volksverführern die Maske vom Gesicht. Wie leicht wäre es dabei, mit ein, zwei Sätzen das ganze Lügengebäude zusammenstürzen zu lassen und

Spartakus wie einen begossenen Pudel heimzuschicken.

Aber keiner nimmt sich die Mühe. Man horcht und geht weiter. **Das ist verfehlt, das ist grundfalsch!** Sie hören keinen Widerspruch, und der Kamm schwillt ihnen noch mehr. Schließlich bleibt doch etwas hängen von den Lügen und Verleumdungen. Deshalb tue jeder, dem daran liegt, daß Ruhe, Ordnung und gesittete Zustände wieder einkehren, auch auf diesem Gebiete

seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit!

Wo so ein spartakistischer Volksredner an der Straßenecke steht, da geht hin und führt ihn ab. Zeigt den gedankenlosen Zuhörern die ganze Erbärmlichkeit der Lügen und Phrasen, die sie eben gehört haben. Wie viele unserer Brüder gegen Spartakus zum Schwerte greifen, so müssen die andern, die das aus irgendeinem Grunde nicht können, mit den geistigen Waffen kämpfen. Der Kampf ist leicht. Er muß nur beherzt aufgenommen werden. Es lohnt wirklich der Mühe. Denn auch dieser Kampf dient in hohem Maße dem Vaterlande, dient der Ruhe und Ordnung, dient uns allen.

Drum auf gegen Lug und Trug!

X-DD 249
III-27

Spartakistisch



Pressefreiheit!

X-DD 249
III-28

Kameraden!

Die **Soldaten** waren es, die zusammen mit den **Arbeitern** die **Revolution** machten.

Die **Soldaten** waren es, die eine paritätisch zusammengesetzte **sozialistische Regierung** erzwangen.

Die **Soldaten** haben bisher für **Einigkeit** und **gemeinsame Arbeit** aller **Sozialisten** gekämpft. Umsonst! **Spartakus** hat den **Bruderzwist** auch in die Reihen der Soldaten getragen. Darum gilt es klar und unzweideutig Stellung zu nehmen. Die

Regierung Ebert—Scheidemann

wird durch den Terror einer kleinen, aber bewaffneten Minderheit

bedroht!

Wer nicht die **Zerstückelung Deutschlands**, wer nicht **Anarchie** und **Bolschewismus** und **neuen Krieg** mit der **Entente** will, der trete entschlossen hinter die

Regierung Ebert—Scheidemann.

Kameraden, die von uns **erwählten Führer** sind durch Waffengewalt bedroht. Mit **Waffengewalt** müssen wir sie schützen. Dies können niemals Offiziere und Truppen des alten Systems, sondern nur **sozialistische Soldaten** und **Arbeiter**.

Kameraden und **Genossen!** Meldet Euch sofort bei den **mehrheitssozialistischen freiwilligen Regimentern im Reichstag, Portal 5.**

Legitimierung durch **Mitgliedsbuch** der **mehrheitssozialistischen Partei** erforderlich.

Kameraden! Es gilt den Willen der **Mehrheit des deutschen Volkes** vor der **Vergewaltigung** durch eine **verbrecherische Minderheit** zu schützen.

Es geht um Frieden — Freiheit — Brot!

Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Baumeister. **Henk.**

X-DD 249
III.-29

9. I. 19.

Einwohner Berlins!

Der **Spartakusbund** hat am Sonntag Abend die Betriebsgebäude des **Verlages Rudolf Mosse** mit einer großen Zahl **bewaffneter Anhänger** besetzt und verhindert seitdem mit Waffengewalt das Erscheinen der von diesem Verlage herausgegebenen Blätter **„Berliner Tageblatt", „Berliner Volks-Zeitung"** und **„Berliner Morgen-Zeitung".**

Gegen diese **brutale Vergewaltigung** erheben sämtliche Arbeiter, Angestellte und Redakteure des Betriebes **den schärfsten Protest.**

Sie haben einmütig jedes Paktieren mit den Spartakus-Leuten abgelehnt!

Das deutsche Volk hat **ein Recht auf seine Presse,** das es sich nicht nehmen lassen darf.

Berlin ist nun schon seit fünf Tagen von jedem politischen Zusammenhang mit der übrigen Welt abgeschnitten, und das in einer Zeit, in der die größten Entscheidungen für Deutschlands Zukunft fallen.

X-DD 242
III-30

9.5.19.

An die Bevölkerung von Groß-Berlin!

Am Sonntag Abend erschien vor dem Gebäude des Verlages Ullstein & Co. ein Haufen Bewaffneter, drang in das Haus ein und erklärte, daß er das Erscheinen der Zeitungen verhindern und das Haus in Besitz nehmen werde.

Da wir alle ein Blutvergießen vermeiden wollten, zogen wir Arbeiter, Angestellte, Redakteure und Mitarbeiter der Blätter des Verlages aus dem Hause, in der Erwartung, daß es unmöglich sei, die Freiheit der Presse, das wichtigste Gut des Volkes, auf die Dauer zu unterdrücken.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Bis zum heutigen Tage stehen die Zeitungen unter dem Druck einer Gewalt, die jede freie Meinungsäußerung verhindert.

Mehr als 5500 Arbeiter und Angestellte unseres Betriebes und deren Familien, Handarbeiter und Geistesarbeiter, sind durch diesen Gewaltstreich aus der Arbeit verdrängt worden!

Es handelt sich nicht mehr um die Angelegenheit eines einzelnen Betriebes, auch nicht allein um das Wohl und Wehe dieser Tausende Proletarier, sondern was mehr bedeutet, um die grundsätzliche Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit und der Freiheit der Arbeit.

Darf es erlaubt sein, daß eine kleine Zahl von Leuten, die sich mit den mörderischsten Errungenschaften der modernen Waffentechnik ausrüsten, einer ganzen Stadt, ja, einem ganzen Reich ihren Willen aufzwingen?

Unsere junge Republik hat die Aufgabe, allen Ideen der Freiheit Ehre zu machen und der Welt zu beweisen, daß die

Gleichberechtigung der Volksgenossen in der Republik

eine dauernde Stütze gefunden hat.

Statt dessen ist die Schande über die Republik gekommen.

In der Hauptstadt der Republik werden mehr als 3 Millionen Menschen einseitig von einer kleinen Gruppe nach deren Gutdünken über die Ereignisse des Tages und die Ziele der Republik unterrichtet.

Jede andere Meinung ist unterdrückt.

Jeder Meinungsaustausch ist unmöglich gemacht.

Arbeiter sind von ihren Arbeitsstätten vertrieben, Proletarier, die daheim und im Felde vier Jahre lang den schwersten Leiden sich haben unterwerfen müssen, denen jetzt bei verständigem,

X-DD 249
III-31

19.119.

Die Kämpfe in Berlin und die Regierung.

Am 8. November hat Prinz Max von Baden, der damalige Reichskanzler, als er sah, daß sich die revolutionäre Umwälzung nicht mehr vermeiden ließ, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dem Reichstagsabgeordneten Ebert, den er durch seine stille gewissenhafte parlamentarische Arbeit seit langer Zeit schon schätzte, das Reichskanzleramt in die Hände gegeben.

Tags darauf dann brach alles zusammen, was bisher gewesen war, und **die Sozialdemokratie sah sich vor die schwere Aufgabe gestellt, rasch die Zügel zu ergreifen, um Ordnung zu schaffen, wenn der Wirrwarr nicht alles zertrümmern sollte.**

Man glaubte zunächst im Interesse rascher Ordnungsarbeit genötigt zu sein, auch Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit an der Regierung zu beteiligen. Damit wurde aber die Ordnung erschwert und die für unser Volksleben so dringend nötige Ruhe gefährdet. Auf der Straße fanden fortgesetzt **lärmende Demonstrationen der Spartakusleute** statt,

die mit harter Faust alles zertrümmern wollten, was unseres Volkes Zukunft sicherstellen sollte.

Die Unabhängigen in der Regierung waren ein dauerndes Hindernis, diesem Treiben und der unvernünftigen Streikbewegung der Arbeiter ein Ende zu machen. Durch ihr schwankendes Verhalten und ihre fortgesetzte Rücksichtnahme auf die Vorgänge auf der Straße, durch ihre ängstliche Zurückhaltung gegenüber den offenen Absichten der Liebknechtleute, sich Waffen zu beschaffen und blutige Zusammenstöße vorzubereiten, wuchs die Gefahr für unser Volk von Tag zu Tag.

Nachdem es in den Weihnachtstagen in den Straßen Berlins zum Blutvergießen gekommen war, konnten die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsleitung Ebert, Scheidemann und Landsberg nicht mehr zögern. Sie mußten eingreifen, um die Interessen des Volkes zu schützen, und ihr energischer Wille, alles für diesen Zweck aufzubieten, führte zum

Austritt der unabhängigen Sozialdemokraten aus der Regierung.

Nun war der Weg für die Regierung frei und offen, die revolutionäre Entwicklung so zu gestalten, daß

das ganze Volk

sich an der neuen Ordnung beteiligen konnte, und daß raschestens freie allgemeine Wahlen für alle Volksteile gesichert werden konnten.

Die Regierung Ebert-Scheidemann wollte die Nationalversammlung.

Die Spartakusleute, die mit russischem Gelde arbeiteten und Deutschland das Unglück des Bolschewismus bescheren wollten, suchten nun mit verstärkter Energie rasch eine Entscheidung herbeizuführen,

um Deutschland unter den Willen einer kleinen Minderheit des Volkes zu pressen.

Darin wurden sie von weiten Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie unterstützt. Sie sammelten Waffen, um eine blutige Entscheidung herbeizuführen, und als die

Nicht zerreißen! — Aufbewahren!

X-DD 249
III-32

12.1.19

Soldaten, Arbeiter, Bürger!

Spartakus schickt Wanderredner durch die Straßen.

Obgleich Apostel des Terrors, kommen sie als harmlose Spaziergänger und ziehen wie zufällig Vorübergehende ins Gespräch. Sie geben sich als Mehrheitssozialisten, als Demokraten, sogar als Nationale aus.

In allen Fällen heucheln sie schwerste Enttäuschung über die Unfähigkeit der Regierung.

Zum Schluß, wenn sich genügend Menschen angesammelt haben, fordern sie zum sofortigen Sturz von Ebert-Scheidemann auf.

Laßt Euch nicht betrügen!

Antwortet nach Gebühr!

Für unsere Regierung! Gegen den Terror!

X-DD 249
III-33

Arbeiter, Bürger, Soldaten!

Die Spartakusbanden haben heute versucht, ihre Gewaltherrschaft über Berlin auszudehnen. Liebknecht hat den „Kampf bis aufs Messer“ gegen die übrige Bevölkerung proklamiert. Eine Anzahl Toter und Verwundeter sind bereits durch spartakistische Mörderhand gefallen. Kurz nach Eintritt der Dunkelheit wurde die Uebergabe der Reichskanzlei innerhalb 10 Minuten gefordert. Unter nichtswürdigem Mißbrauch der weißen Fahne, die sie mit sich führten, eröffneten die Spartakisten jedoch bereits vor Ablauf der Frist den Feuerangriff, welcher abgeschlagen wurde.

Mitbürger! Genossen! Kameraden!

Wir müssen jetzt den uns aufgezwungenen Kampf aufnehmen — schon zu lange haben wir gezögert.

Erscheint am Dienstag wieder in Massen vor dem Hause der Reichsregierung, Wilhelmstraße 77. Rüttelt alle Lauen auf! Ihr müßt jetzt bereit sein, Euch mit Eurer ganzen Person für die revolutionäre Ordnung einzusetzen. Zu diesem Zweck fordern wir Euch auf, eine **freiwillige republikanische Schutzwehr** zu bilden. Bringt Eure Partei- und gewerkschaftliche Legitimation mit. Nähere Anweisungen werden Euch gegeben.

Wir dürfen nicht eher ruhen, als bis die Ordnung in Berlin wieder hergestellt und dem ganzen Volke der Genuß der revolutionären Errungenschaften gesichert ist.

Nieder mit den Mördern und Verbrechern.
Hoch die sozialistische Republik!

Berlin, den 6. Januar 1919.

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlins
(S. P. D.)

Theodor Fischer. Franz Krüger. August Pattisch.

X-DD 249
III-34

9.1.19
Karleton

Die Verschwörung im Marstall!

Abkehr der Volksmarine vom Spartakus.

Am frühen Morgen des gestrigen Tages kam nach der Kommandantur die Meldung, daß in der Französischen Straße und in der Richtung des Marstalls **Feuergefechte** stattfänden. Stabskommandant Leutnant Fischer begab sich daraufhin nach dem Marstall, um sich über die **Stimmung der Matrosen** zu unterrichten, zumal das Gerücht ging, **die Regierung solle mit Hilfe der Volksmarinedivision noch an diesem Tage gestürzt werden.** Fischer fand das Haus mit **bewaffneten Zivilisten** überfüllt. In ein Zimmer eintretend, traf er **Dorenbach** mit **Liebknecht** in eifrigem Gespräch. Er merkte sofort, daß Verrat am Werke sei und wollte den Raum gleich wieder verlassen. Er wurde aber zurückgehalten und von Dorenbach in ein Gespräch gezogen. Auf die Frage, was hier vorgehe, erklärte Dorenbach, es bestehe **ein Geheimvertrag zwischen der Volksmarinedivision und Spartakus,** den auch Radek unterzeichnet habe. Fischer wurde dann wieder in ein Nebenzimmer geführt, wo sich

Liebknecht, Pieck und Eichhorn

befanden. Diese erklärten, nachdem Fischer Einblick in die Dinge genommen habe, wäre es höchste Unklugheit, ihn frei zu lassen. Fischer müsse dableiben. Er müsse aber Befehl geben, daß die **Alarmbereitschaft der Truppen** aufgehoben sei. Fischer antwortete, einen solchen Befehl könne er doch nur geben, wenn man ihn wieder nach der Kommandantur gehen lasse. Darauf wurde ihm erwidert, nein, er müsse den Befehl telefonisch erteilen. Auf die erneute Frage Fischers, was dies alles zu bedeuten habe, wurde ihm von dem Kleeblatt geantwortet, das Volk „in seinen besten aufgeklärten Teilen" habe beschlossen,

noch heute die Regierung zu stürzen

und die Diktatur zu verkünden. Fischer entgegnete, die Mehrheit des Volkes werde sich diese Diktatur nicht gefallen lassen, es werde also Mord und Totschlag und schreckliches Blutvergießen geben. Darauf wurde ihm erwidert, hier hätten **nicht Gefühle, sondern politische Tatsachen** zu entscheiden.

Fischer erklärte, wenn die Dinge so ständen, müsse er jede Verantwortung ablehnen. Er wurde daraufhin in ein Zimmer eingeschlossen.

Um 10 Uhr vormittags erschienen drei Vertreter der Kommandantur im Marstall und teilten mit, der Marstall würde gestürmt werden, wenn Fischer nicht freigegeben werde. Man begann nun über die Freilassung zu verhandeln. Eichhorn, Pieck und Liebknecht verlangten als Bedingung der

X-DD 249
III-35

18.1.19

Genossen!

Die Spartakusleute haben sich den Kopf eingerannt an der Mauer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins. Wie ein Mann hat diese sich gegen die Blutherrschaft der Wenigen empört, die ihr den „Vorwärts“ geraubt, die Bahnhöfe und Proviantämter besetzt haben, um durch Unterbindung der Ernährung das Chaos herbeizuführen und die seit Sonntag Abend in einer durchaus friedlichen Stadt Maschinengewehre und Handgranaten als Mittel des politischen Kampfes eingeführt haben. Niemand dachte daran, gegen die eigenen Brüder an die Waffen zu appellieren, nur sie!

Jetzt merken sie, daß sie **nicht durchkommen.** Der Ruf der Regierung an die wahrhaft sozialdemokratischen Massen hat viele Tausende in die Werbebüros der Mehrheitspartei geführt. Die Blätter lügen, welche behaupten, die Regierung rufe „Offiziere, stellenlose Bürgersöhnchen“ und die Kriegshetzer der bürgerlichen Presse“ zu ihrer Unterstützung. **Der klassenbewußte Arbeiter, der Parteigenosse ist es, der den Kampf gegen die Vergewaltigung aufgenommen hat, um ihr ein für allemal ein Ende zu machen.** Spartakus sieht sein blutiges Spiel verloren. Schon hat er nach Moskau telegraphiert, der Kampf müsse möglichst bald abgebrochen werden, die Berliner Arbeiterschaft sei noch nicht reif für die Diktatur des Proletariats, das heißt:

Die Berliner Arbeiterschaft weist Terror und Bürgerkrieg mit Entrüstung von sich!

Nun erhebt sich der „Schrei nach Einigung“.

Genossen!

Die Regierung hat tagelang verhandelt, um diese Einigung zu erzielen, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. Währenddessen hat Spartakus die Regierung und seine Freunde, die Unabhängigen, beschimpft und verhöhnt und für sich **jegliche Verhandlung abgelehnt.** Nur eine Bedingung hat die Regierung und der Zentralrat als selbstverständliche Voraussetzung für die Verhandlungen gestellt:

Wiederherstellung der Pressefreiheit!

Und dazu haben sich die Räuber der Berliner Zeitungsbetriebe nicht verstehen wollen, zu der Erfüllung jener einfachen Forderung der Demokratie.

Gestern haben Arbeiter der A. E. G. und der Schwartzkopff-Werke die Forderung als **berechtigt** anerkannt und erklärt, daß sie, die teils der S. P. D., teils der U. S. P. D., teils der K. P. angehören, sich für ihre Erfüllung einsetzen wollten, um die Einigung zu ermöglichen. Das war gestern abend. Bis heute nachmittag haben sie **nichts von sich hören lassen,** ob ihr Vermittlungsvorschlag bei den andern Parteien auf ebensoviel Bereitwilligkeit gestoßen ist, wie bei der Regierung und Zentralrat.

Genossen! Ist der „Schrei nach Einigung“ echt?

Dürfen wir, dürft Ihr an seine Wahrhaftigkeit glauben? Wie stimmt zu ihm der **Aufruf zum Generalstreik,** der von den revolutionären Obleuten, dem Berliner Zentralvorstand der U. S. P. und vom Spartakusbund unterzeichnet ist?

Können wir glauben, daß die mit uns sich einigen wollen, die uns in diesem Aufruf **„Verräter des Proletariats,** elende Handlanger der kapitalistischen Blutsauger, die Verkörperung der Gegenrevolution“ nennen? Die schamlos genug sind, zu behaupten: „die vom Urteil des Volkes gerichteten Mörder geben das verruchte

X-DD 249
III-36

Eine Kundgebung der Regierung.

Mitbürger!

Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahm gelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten- und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung.

Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissell.

X-DD 249
III-37

10.I.19
Z. Komm. Leipzig

Mitbürger!

Spartakus kämpft jetzt um **die ganze Macht.** Die Regierung, die binnen 10 Tagen die **freie Entscheidung des Volkes** über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll **mit Gewalt** gestürzt werden.

Das Volk soll nicht sprechen dürfen, seine Stimme soll unterdrückt werden.

Die Erfolge habt ihr gesehen!

Wo Spartakus herrscht ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben.

Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt.

Die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die **Regierung** trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber **gründliche** Arbeit getan werden und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld. Seid zuversichtlich, wie wir es sind und nehmt euren Platz entschlossen bei denen ein, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden. **Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden.** Die organisierte Gewalt des Volkes wird der **Unterdrückung** und der **Anarchie** ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung.

Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung:

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

X-DD 249
III-38

16. 1. 19.
4 Imm B

Kameraden!

Als unbesiegte deutsche Männer seid ihr heimgekehrt aus dem gewaltigsten aller Kriege. Die Heimat bietet Euch ihren Willkommengruß. Wehende Fahnen grüßen Euch von allen Dächern und leuchtende Augen danken Euch für Eure Hingabe, für Euer Heldentum, das ihr so herrlich bewahrt habt.

Willkommen, Kameraden, in der Heimat! Das Evangelium der Weihnacht „Friede auf Erden" — endlich ist es zur Wahrheit geworden. Friede auf Erden, Friede im Lande, Friede in der Heimat!

Und steht alle ein für den Frieden! Ihr habt ihn redlich verdient. Ihr habt genug des Kämpfens und Streitens. **Lacht denen ins Gesicht, die Euch durch Wort und Schrift aufzuhetzen versuchen zu neuem Grauen und Blutvergießen.** Denkt an Eure Väter, Mütter, Frauen, Schwestern, Brüder, Kinder! Umstürzler, ehrgeizige Volksaufwiegler, Phantasten und raublustige Burschen fordern täglich und stündlich auf zum Bürgerkrieg. **Die kaum gewonnene revolutionäre Freiheit wollen sie in eine wilde Zwangsherrschaft verwandeln. Liebknecht, Rosa Luxemburg** und die anderen **— sie wollen die Diktatoren des deutschen Volkes werden,** sie, die den Bolschewismus predigen, jenen Bolschewismus, der Rußland ausgehungert und zu einem Lande des furchtbarsten grauenhaftesten Elends gemacht hat.

Sie fordern nicht nur gewaltsame Ausrottung des Kapitalismus durch den Bruderkrieg, sie fordern auch auf zur Verhaftung der Offiziere, erkennen diese — im Zeitalter der Freiheit und Gleichheit — jede Existenzberechtigung ab . . .

Warum sollt ihr die Offiziere verhaften? Weil einige unreife Burschen durch die Ungerechtigkeit des alten Regierungsprinzips imstande waren Euch gegenüber ihre Gewalt zu mißbrauchen? **Wollt ihr, um ein paar Ungerechten ihre Willkür zu vergelten, viele Tausende von Gerechten leiden lassen?** Wollt Ihr Eure Offiziere, die mit Euch im Graben vor Verdun lagen, im Granatloch von Bapaume, in den Sumpfwiesen Rußlands, in dem Schnee der Karpathen — wollt Ihr sie jetzt ausstoßen aus der bürgerlichen Gemeinschaft, wollt ihr denen die Gleichberechtigung aberkennen, die Euch geführt haben nach bestem Wissen und Gewissen, die wahrlich keine Drückeberger waren, sondern immer mit Euch vorn im Feuer?

Oder glaubt Ihr den Hochverrätern wie Liebknecht und Konsorten, die den Einmarsch der Entente provozieren?

Hat nicht das deutsche Bürgertum auch seine besten Söhne hingegeben, geopfert, so, wie der Arbeiterstand seine Söhne opferte? Sind Arbeitersoldat, Bürgersohn und Offizier nicht in gleicher Stun der feindlichen Kugel getroffen worden?

Gewiß . . . es gab Offiziere, die Euch ge hahen. Die während des Kampfes im Kasino Aber — gab es nicht **auch unter Euch,** Kam **solche, die nicht mithielten** mit Euch? Sol fortliefen?

Jawohl! **Und sie, die Feiglinge, die Dese sie sind es heute, die Euch abermals in einen hetzen wollen,** in einen Bruderkrieg. Sie aber di von heute, werden morgen ebenso fortlaufen un den Bruderkampf kämpfen lassen, wie sie von de desertiert sind.

Darum hütet euch vor Sp takus, dem Wolf im Schafspe

Um ihrer selbstsüchtigen Ziele w wollen auch Liebknechts Anhänge den blutigen Revolutionskrieg he Sie wollen, daß Ihr sie zu Diktat macht. Damit sie Euch diktieren kön

Diktieren, bis die Entente einmarschiert und Sklavenarbeit verschleppt werdet nach Belgien, nach reich . . . wohin es dem Feinde gefällt.

Ihr aber wollt nicht Knechtschaft und Krieg **wollt Frieden und Brot. Ihr wollt Arbeit i Heimat, keine Hungerkatastrophe, keinen Terr**

Darum nieder mit Spartak nieder mit dem Bolschewism

Jeder einzelne Soldat hat die P auf der Hut zu sein vor Putsch suchen feiger Mordbuben. Er ha Pflicht für Frieden im Lande zu sor Er hat die Pflicht die Freiheit Revolution sich und dem deut Volke zu bewahren!

Durch einiges Zusammenarbeiten aller Stän schießt das — durch Erfüllung der Revolutions Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Kameraden! Es lebe der Friede! Laßt Euch nic brauchen von Feiglingen als Sturmtrupps im Bürger

Parole sei:

Durch Arbeit zur Freiheit, zum Frieden, zur Demokra

Generalsekretariat, Lützowstraße 107.

X-DD 242
II-39

Bolschewismus.

I.

Was ist Bolschewismus?

Bolschewismus heißt wörtlich: äußerste, größte oder radikalste Richtung des Kommunismus.

Kommunismus ist nicht dasselbe wie Sozialismus.

Der **Sozialismus** will eine möglichst **gerechte Verteilung des Ergebnisses jeder Produktion** verwirklichen, entsprechend der Leistung eines jeden: Der **Kommunismus** dagegen **strebt eine mechanische gleichmäßige Verteilung der irdischen Glücksgüter** unter alle ohne Rücksicht darauf, was der Einzelne leistet, und wessen er bedarf.

Diesen Kommunismus hat der Bolschewismus auf seine Fahne geschrieben.

Der Bolschewismus kommt von Rußland, aber man merke es sich, daß er **keine rein russische Erfindung ist,** die in Deutschland nicht Boden fassen könne.

Der Bolschewismus ist vielmehr eine allgemeine menschliche Geistesverfassung und Seelenstimmung: er ist **Schwarmgeisterei auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.**

Diese Schwarmgeisterei verwechselt Mittel und Zweck.

Der **wahre, vernünftige Sozialist, der Realist,** sieht im Sozialismus das Mittel, um die Lebens- und Entwickelungsbedingungen der werktätigen Bevölkerung zu heben. Leistung und Bedarf sollen maßgebend dafür sein, welchen Anteil ein jeder vom Volkseinkommen erhält. Planmäßig, ohne Zerstörung wirtschaftlicher Werte und ohne Unterbrechung der wirtschaftlichen Produktion will dieser Sozialismus die Verhältnisse dahingehend umgestalten, daß fürderhin die Wirtschaft um der Menschen willen, nicht umgekehrt, wie es bisher vielfach der Fall war, die Menschen um der Wirtschaft willen da seien.

Der **Bolschewist** dagegen sieht im **Kommunismus ein Allheilmittel** so wertvoller Art, daß er darüber sogar die **vorhandenen Lebensbedingungen der Bevölkerung** mißachtet und diese dem Elend preisgibt. Das haben wir nicht nur in Rußland erfahren, **sondern wir spüren es auch schon bei uns selber.** Nichts gilt den Bolschewisten der ruhige Fortgang der Produktion, nichts die Versorgungsmöglichkeit der Bevölkerung, nichts die Steigerung unserer ohnehin schon gräßlichen Not. **Sie wollen das Chaos, damit aus dem Chaos die Verwirklichung ihrer schwärmerischen Ideen geboren werde.**

Bolschewismus ist Götzendienst in der Politik.

Ganz wie im heidnischen Götzendienst werden auch hier **Menschenleben geopfert. Rußland beweist es durch die Tat, bei uns wird es erst gelehrt, die Tat aber soll folgen.**

Dazu bedürfen die Bolschewisten der politischen Macht.

Der **Bolschewismus** faßt bei seinen politischen Maßnahmen auf keinem Rechtsgedanken, sondern er ist eine **Machtfrage.**

Beinahe kann man sagen: die **Bolschewisten sind die umgekehrten Alldeutschen.**

Ganz wie die Alldeutschen ihre Ziele nur mit Gewalt durchsetzen wollten, so **will der Bolschewismus seine Allrevolution mit Gewalt durchführen.**

Die **Bolschewisten** sind **Allrevolutionäre, denen Gewalt vor Recht geht.**

II.

Wie können die Bolschewisten oder ihre Vertreter in Deutschland die Spartakusleute, zur Macht in Deutschland gelangen?

Der Weg ist folgender:

Nach jahrelangem Kriege ist unsere **Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen äußerst mangelhaft.** Durch die uns aufgezwungenen **Waffenstillstandsbedingungen** ist außerdem noch die Volksernährung sowie die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft weiter erschwert, ja sogar gefährdet. Die Mißwirtschaft der gewesenen Machthaber hat eine **gewaltige Unzufriedenheit und Gährung** hervorgerufen.

Bei dieser Lage gehen nun die Bolschewisten, bei uns **Spartakusleute** genannt, wie folgt vor: Sie greifen planlos hier und da und da und dort in industrielle und landwirtschaftliche Betriebe ein, drängen die Gewerkschaften, weil sie ihnen zu „rückständig" erscheinen, d. h. in Wirklichkeit, weil es praktische Leute mit ruhigem Kopfe sind, beiseite, rufen **wilde Streiks mit ungeheuren Lohnforderungen** hervor und bringen dadurch das an sich schon gefährdete Wirtschaftsleben noch mehr herunter. Der schon lange kranke Wirtschaftskörper gerät in wirres Fieber.

Wirtschaftlicher Wirrwarr bei Rohstoffmangel bedeutet **Arbeitslosigkeit.**

Arbeitslosigkeit ruft **Hunger** hervor.

X-DD 249
III-40

Aufruf an alle wehrfähigen Mä

Regierungstreue Männer Berli

Bürger! Arbeiter!

Nun habt Ihr zur Genüge mit **eigenen** Augen gesehen und mit ei gehört, wie Liebknechts Massen dabei sind, unser gedemütigtes Vaterland in Verfall zu bringen, unsere Städte in Schutthaufen, unsere bis jetzt ruhigen Mit wild tobende oder angstzitternde, arbeitslose und hungernde Masse zu verwandel

Unsere provisorische Regierung hat jetzt eingesehen, daß es nicht m Verblendeten mit Güte zur Ruhe zu bringen.

Spartakus ist bewaffnet, und unsere Treuen können bis h Fäuste ballen.

Jetzt könnt **Ihr** zu den Waffen greifen, um die heilige Ordnung in namentlich in Berlin, zu schirmen. Vier Verbände nehmen Euch sofort auf willigen Regierungstruppen.

Es sind die Werbestellen:

1. **Regiment Reinhard, Moabit, Kaserne des 4. Garde-Regime zu Fu**
2. **Garde-Kavallerie-Division, Dahlem, Podbielskiallee 73,**
3. **Landesjägerkorps Zossen, Kommandantur Truppenübungsplatz (Kaupin**
4. **Division Hülsen, Werder, Zernsee 11.**

Die Bedingungen sind:

Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade,
5 Mark Handgeld für Kopf und Tag,
freie Verpflegung und Unterbringung,
kürzeste Kündigungsfrist,
Treugeld, Entlassungsgeld, Entschädigungen.

Zaudert nicht! Stellt Euch sofort, wie Ihr es 1914 getan habt. Die Gefahr ist grösser als damals.

Kommt, soweit wie möglich in **Uniform,** und bringt mit, was Ihr an **Ausrüstung** besitzt.

Ihr werdet Eurem früheren Dienstgrade und Eurer Waffengattung e disziplinierte Verbände eingeteilt. Auf Eure persönlichen Wünsche wird die Rücksicht genommen. Darum kommt

sofort!

Ihr Bürgerlichen, kommt auch her Euren Häusern und stellt Euch Schul

X-DD 249
III-41

Schuld oder Sühne?

Liebknecht verhaftet und beim Transport auf der Flucht niedergeschossen, Rosa Luxemburg getötet, das Bureau der Unabhängigen durch einen Trupp Soldaten zerstört. Verhaftungen durch eingelne Kommandos ohne Befehl — wo soll das hinführen? Ist das nicht Gegenrevolution und Reaktion?

Selbstverständlich kann man das Ansätze dazu nennen, und die Regierung muß mit ihren Kommandostellen gemeinschaftlich ganz energisch dafür sorgen, daß nicht ein Leutnant mit einigen Mann selbstständig Politik mache und aus eigener Machtvollkommenheit richten darf.

Wir wollen aber auch jetzt Gefühl und Zunge kurz halten und die Sache

mit kaltem nüchternen Verstand beurteilen.

Zum ersten: Die Tatbestände müssen in allen Fällen, wo es sich um Uebergriffe handelt, gründlich, unparteiisch und energisch untersucht werden. Die Regierung hat den Willen dazu. Aber damit ist nichts geschehen, daß ein einzelner womöglich in die Wüste geschickt wird; Krankheiten werden nur dadurch beseitigt, daß man ihre Wurzeln aufsucht und diese zerstört.

Zum zweiten: Der Terror war uns im Deutschland der Revolution bis vor kurzem unbekannt. Die Welle vom 10. November schlug mit Riesenmacht jeden Gedanken daran nieder. Hinter der Energie der stürmenden Vortrupps rückte die breite Mauer der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes heran, alles beiseite drängend, was sich etwa anzustemmen versuchte.

Das Fundament dieser Mauer war die Einigkeit der Arbeiter. Obwohl die Unabhängigen nur eine Minderheit von ihnen musterten, erhielten sie in der Regierung ebensoviel Plätze wie die Mehrheitssozialisten. Sie hielten aber nicht stand, sie ließen sich nach links abdrängen. Die Organisation der Berliner Unabhängigen lieferte die Massen, die Rückendeckung für die Spartakusbewegung. Die Führung der Unabhängigen ließ mit sich geschehen, was eine Parteiführung niemals zulassen darf: sie ließ — führerlos! — zwischen zwei Steinen ihre Massen zerreiben.

Spartakus, die neue Minderheit, die die Revolution über sich selbst hinaus und damit ins Reaktionäre treiben wollte, führte den Terror ein; an ihren Folgen erstickten Liebknecht und Rosa Luxemburg!

Erinnern wir uns doch: Die Spartakisten ließen die sozialdemokratische Presse und die bürgerlichen Zeitungen nicht erscheinen, aber die mit ihnen sympathisierenden Zeitungen und die reaktionären Blätter durften während der Zeit ihrer skrupellosen Herrschaft in Berlin die Oeffentlichkeit beeinflussen und unterrichten.

Jeder Terror ist reaktionär, weil er große Teile des Volkes mit ihrem Willen zur Mitbestimmung ausschaltet, niederknüppelt. Spartakus machte es wie die berüchtigsten Reaktionäre, er versuchte die Volksmeinung durch Maschinengewehre zu erdrücken. Ein reichliches Teil Schuld an dieser Entwicklung hat die gedankenlose Hetze einiger Berliner spartakusfreundlicher Zeitungen, und die unbeständige, unklare Haltung des Organs der Unabhängigen. Beides förderte den Terror.

Wie ist's denn heute dort, wo Spartakus herrscht? Im Moment regiert er in Bremen.

Er hat über Bremen das Standrecht verhängt.

Schon Personen, bei denen Waffen gefunden werden, verfallen dem Standrecht. Jede Meinung, gegen Spartakus in der Abwehr, mit der Waffe durchgesetzt, wird als Hochverrat mit sofortigem Erschießen bestraft!

Die gesamte Presse ist unter Vorzensur gestellt.

Die Zeitungen müssen ohne Kommentar aufnehmen, was ihnen Spartakus liefert.

Das ist Spartakus, das ist Terror,

das ist Reaktion.

Solche Maßnahmen müssen bei der Gegenseite Empörung auslösen, und wer will es wagen, heute, wo Hunderttausende und Millionen, zum großen Teil ungeschult oder zum ersten Male praktisch in politische Auseinandersetzungen eingreifen, Bürgschaften für die Gerechtigkeit jeder einzelnen Handlung zu übernehmen, daß immer nur geschieht, was verständig und recht, was demokratisch und gesund ist?

Es gibt nur ein wirkliches Recht, eine wahre Gerechtigkeit, und das ist

die Entscheidung der Demokratie.

Die Regierung, aus der Mehrheit des Volkes geboren und mit den übergroßen Massen des Volkes hinter sich, muß dafür sorgen, daß der Wille ihrer Wähler und nur dieser Wille in Wirklichkeit umgesetzt wird. Die Befehle der Regierung, kontrolliert vom allgemeinen Volkswillen, müssen ausgeführt werden. Jeder, der darüber hinausgeht, verfällt der gerechten Strafe. Minderheiten, die anderer Auffassung sind als die Mehrheit des Volkes, müssen mit den ihnen zur Verfügung stehenden geistigen Waffen sich durchzusetzen versuchen. Aber Terror löst immer wieder Terror aus. Entfesselte Instinkte links erwecken nicht berechtigte Wildheiten rechts, und deswegen ist das traurige, ja entsetzliche Schicksal Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs eine der dunklen Folgen der Spartakusherrschaft. Auf Spartakus fällt die intellektuelle Urheberschaft des traurigen Sterbens ihrer beiden Führer zurück.

Deswegen, Ihr Arbeiter, besinnt Euch, leistet nicht dem Terror Gefolgschaft. Die Schatten seiner Taten sind blutige Schuld an der deutschen Revolution.

X-OD 249
III-42

1.3.19

Es hat keinen Wert, um Dinge die sind, herumzureden:
Es ist feige — daher undeutsch — Tatsachen auszuweichen, die täglich frecher sich zeigen:

Der Bolschewismus ist der neueste Trumpf der Juden.

Spartakus

ist nichts weiter als der

Judaskuss,

den die als Schnorrer zu uns gekommenen Hebräer dem christlichen deutschen Volke um fremdes Geld aufdrückten! Ihrem Moderatem fügten die Juden aller Branchen die holde Zunft der Marodeure Zuhälter, und des Berliner Pöbels hinzu, um ihre brutale, **staat- und kirchenfeindliche**

jüdische Gewaltherrschaft

auf den Trümmern friedlicher deutscher Heimstätten aufzubauen!

Wie lange soll das Treiben noch angehen?

Hat das verratene, aus unzähligen Wunden blutende und von außen und innen mehr denn je bedrohte Deutschland noch nicht genug gelitten?

Wollen wir, die wir alles, alles opferten, uns noch in den Bürgerkrieg hetzen lassen, uns zerfleischen, während das Volk Israel unsere heiligsten Werte schamlos mit Füßen tritt?

Bolschewismus ist die neueste Fabrikmarke für Judaismus!

Das merkt Euch, Deutsche Männer und Frauen, in Stadt und Land. —
Es hat keinen Wert, um Dinge die sind, herumzureden!

Wache auf, deutsche Christenheit!
Schütze Deine Heiligtümer!

X-DD 249
III-43

18.1.19

Was wollen die Massen?

Spartakus kämpft wie alle Gewaltmächte mit den Mitteln der Verleumdung und der Lüge.

Obgleich er nur eine kleine Minderheit hinter sich hat, behauptet er frech: Wir vertreten die Massen!

Berliner Arbeiter, laßt euch die Lüge nicht länger gefallen! Zieht die Verleumder zur Rechenschaft!

Ihr seid die Massen, **ihr** habt für die Freiheit gekämpft, **ihr** seid der Sozialismus.

Die **Massen** wollen die **Freiheit.** Sie wollen keine spartakistische Gewaltherrschaft.

Die Massen wollen die **Ordnung.** Sie wollen nicht das russische Chaos der Bolschewisten.

Die Massen wollen **Arbeit** und **Brot.** Sie wollen keine wilden Streiks und die allgemeine Hungersnot, wenn es keine Kohlen, keine Industrie, keine Feldbestellung mehr gibt.

Die Massen wollen den **Sozialismus.** Sie wollen nicht den Sozialismus totschlagen und die Schreckensherrschaft von Räuberbanden an die Stelle setzen.

Die Massen wollen ein **freies Deutschland.** Sie wollen keine Reaktion, die dem Siege der Spartakisten auf dem Fuß folgen würde.

Nieder mit Spartakus, dem Todfeind der Arbeitermassen!

X-DD 249
III-44

17.1.19,
9te vom Polizeipräs.

80 000 Mark russisches Bestechungsgeld.

Je mehr Spartakus die gesamte Bevölkerung aufbringt, um so mehr sucht er, im krampfhaften Bemühen, den verlorenen Posten zu halten, durch Bestechung und Aufreizung der niedrigsten Instinkte auf die Massen Einfluß zu gewinnen. Es zeigt den gesunden Geist der Berliner Bevölkerung, daß sie nicht auf die Mätzchen seiner Agitatoren reinfallen. Man kann es jetzt öfter in den Straßen beobachten, daß die besoldeten Hetzer von den Gruppen, die sie einseifen wollen, jämmerlich vermöbelt werden.

Ein bezeichnender Fall, der wieder ein Beweis der Vasallenschaft der Spartakiden vom Bolschewismus ist, ereignete sich gestern nachmittag in Schöneberg. Dort wurde eine russische Agitatorin in dem Augenblick festgenommen, als sie einem Soldaten eine größere Bestechungssumme anbot. Sie kam aber an den Verkehrten. Der Soldat veranlaßte ihre Verhaftung.

In ihrem Besitz fand man 80 000 Mark.

X-DD 249
III-45

14.1.19
3 Min Posten
Nur St

Wo stehen die Soldaten?

Spartakus, der mit russischem Geld und gestohlenen Waffen arbeitet, verbreitet die Lüge, die Soldaten ständen auf seiner Seite.

Die Ereignisse der letzten Tage beweisen, auf welcher Seite die Soldaten stehen.

Mit allen Mitteln der Verleumdung hat die Garde Liebknechts zum Brudermord gehetzt, hat die Soldaten gegen ihre eigenen Kameraden aufzuwiegeln versucht.

Aber die gewissenlosen Hetzer sind entlarvt!

Wie die ganze Berliner Arbeiterschaft, soweit sie es mit der Revolution ehrlich meint, sich entrüstet von den Söldlingen der russischen Bolschewisten abgewandt hat, so stellten sich jetzt auch die Soldaten, stellt sich die Berliner Garnison auf die Seite Ebert—Scheidemann.

Die Berliner Soldaten sind gegen Spartakus!

Die Berliner Soldaten kämpfen für die Regierung!

Selbst die Volksmatrosen-Division, die bisher die stärkste Stütze Liebknechts war, lehnt von jetzt ab jede Gemeinschaft mit den bewaffneten Spartakusbanden ab. Sie hat Fischer, der verhaftet werden sollte, befreit und ihren bisherigen Führer Dorenbach abgesetzt. Sie verweigert dem bewaffneten Verbrechertum den Aufenthalt im Marstall.

Keiner von ihnen will mit Meuchelmördern und Plünderern Gemeinschaft machen!

Druckerei Lehmann, Berlin SW.

X-DD 242
III-46

17.I.19.

Die Berliner Sicherheitswache

die sich eine zeitlang von **Eichhorn** einfangen ließ, hat nunmehr ihre Haltung geändert und

ist entschlossen zur Regierung übergegangen.

Eine Abordnung von ihnen erschien im Reichskanzlerpalast und teilte mit, daß ihre 14 Kompagnien in Stärke von 3600 Mann für Ebert-Scheidemann kämpfen wollen.

Die ganze Berliner Garnison ist für die Regierung!

Alle Schwankenden haben sich jetzt von Spartakus abgewandt. An den Kasernen sieht man Schilder:

„Für die Regierung Ebert-Scheidemann".

Die Mannschaften sind in erhöhter Alarmbereitschaft, die Kasernen durch Kanonen und Maschinengewehre geschützt, Alles ist bereit, den Terror zu zerschlagen.

Soldaten, Arbeiter, Bürger! Seid beruhigt um die nächste Zukunft.

Die Abrechnung naht, die Stunde der Befreiung ist gekommen!

Druckerei Lehmann, Berlin SW.

12.1.19

Soldaten, Arbeiter, Bürger!

Y 00 249
III-47

Spartakus schickt Wanderredner durch die Straßen!

Obgleich Apostel des Terrors

kommen sie als harmlose Spaziergänger und ziehen sie zufällig Vorübergehende ins Gespräch. Sie geben sich als Mehrheitssozialisten, als Demokraten, sogar als Nationale aus.

In allen Fällen heucheln sie schwerste Enttäuschung über die Unfähigkeit der Regierung.

Zum Schluß, wenn sich genügend Menschen angesammelt haben, fordern sie zum sofortigen Sturz von Ebert—Scheidemann auf.

Laßt Euch nicht betrügen!
Antwortet nach Gebühr!
Für unsere Regierung!
Gegen den Terror!

Zentral-Druckerei, Berlin W. 8.19

X-DD 249
III-48

17.1.19

Gewalt gegen die Nationalversammlung.

Nicht Demokratie sondern Despotie.

Spartakus will die Wahlen verhindern.

Am Montag hat eine **Versammlung der Spartakusleute** einstimmig beschlossen, am 19. Januar, dem Tag der Wahl zur Nationalversammlung, den Generalstreik zu erklären und **mit allen möglichen Mitteln die Wahl zu hintertreiben.**

Hört es, Arbeiter und Bürger! Das kostbarste Gut der Revolution, die **politische Freiheit**, die **Demokratie**, das **Selbstbestimmungsrecht** unseres Volkes soll durch freche **Konterrevolution** von links zerstört werden.

Auf die Schanzen! Heraus ihr Alle! **Es gilt die heiligste Errungenschaft der Revolution zu verteidigen.**

Druckerei Behmann, Berlin SW.

A-00 249
III-49

10. 1. 19.
Finn
Potsdam

Wer schießt mit Kanonen?

Bombardement der Pionierkaserne.

7,5 cm-Geschütze.

Die Gardepionierkaserne wurde von **Spartakisten** mit 7,5 cm-Geschützen energisch bombardiert. Die Pioniere verteidigten das ihnen anvertraute Gut bis zum äußersten, mußten aber der brutalen Gewalt weichen.

Druckerei Brümann, Berlin SW

X-DD 249
III-50

9.1.1919
Potsdamerstr

Wer schießt mit Kanonen?

Bombardement der Pionierkaserne.

7,5 cm Geschütze.

Die Gardepionierkaserne wurde von

Spartakisten

mit 7,5 cm Geschützen energisch bombardiert. Die Pioniere verteidigten das ihnen anvertraute Gut bis zum äußersten, mußten aber der brutalen Gewalt weichen.

Druckerei Lehmann, Berlin SW

X-DD 249

18.1.19

III-51

Karl Liebknecht

und

Rosa Luxemburg

die Führer des Spartakusbundes, sind am 15. Januar den aufgestachelten Leidenschaften zum Opfer gefallen. Noch herrscht Dunkel über den genauen Hergang. Fest steht nur, daß dieses entsetzliche Ereignis geboren wurde aus einer Stimmung wüster Volksverhetzung, die die Gefahr der Gegenrevolution in ihrem Schoße birgt.

Wer trägt die Schuld?

Das Organ der Unabhängigen, die **„Freiheit"**, hat diese Frage bereits beantwortet. Kein geringerer als **Karl Kautsky** schreibt über diese gegenrevolutionäre Stimmung, wie sie sich nach den blutigen Ereignissen der zweiten Januarwoche herausgebildet hatte, wörtlich: **„Leider ist sie heraufbeschworen worden gerade durch**

die Politik der Spartakusse".

Wer aber hat diese Politik **mit verschuldet**, sie Tag für Tag durch Zeitungsartikel, Resolutionen, Aufrufe, durch eine wüste Hetze gegen die bis zum letzten Augenblick um Einigung bemühte Regierung gestützt, gefördert, vorwärtsgetrieben und alle Stimmen der Vernunft durch den **Appell an die brutale Gewalt** überschrie?

Die Unabhängigen

und ihre Berliner Vertrauensmänner,

die revolutionären Obleute.

11.5.19.
X-DD 249
III-52

Was wollen die Massen?

Spartakus kämpft wie alle Gewaltmächte mit den Mitteln der Verleumdung und der Lüge.

Obgleich er nur eine kleine Minderheit hinter sich hat, behauptet er frech: Wir vertreten die Massen!

Berliner Arbeiter, laßt euch die Lüge nicht länger gefallen! Zieht die Verleumder zur Rechenschaft!

Ihr seid die Massen, ihr habt für die Freiheit gekämpft, ihr seid der Sozialismus.

Die **Massen** wollen die **Freiheit.** Sie wollen keine spartakistische Gewaltherrschaft.

Die Massen wollen die **Ordnung.** Sie wollen nicht das russische Chaos der Bolschewisten.

Die Massen wollen **Arbeit** und **Brot.** Sie wollen keine wilden Streiks und die allgemeine Hungersnot, wenn es keine Kohlen, keine Industrie, keine Feldbestellung mehr gibt.

Die Massen wollen den **Sozialismus.** Sie wollen nicht den Sozialismus totschlagen und die Schreckensherrschaft von Räuberbanden an die Stelle setzen.

Die Massen wollen ein **freies Deutschland.** Sie wollen keine Reaktion, die dem Siege der Spartakisten auf dem Fuß folgen würde.

Nieder mit Spartakus, dem Todfeind der Arbeitermassen!

X-DD 249
III-53

13.619
Stinnes Archiv

Soldaten! Arbeiter! Bürger!

Der „Vorwärts" ist genommen!

Die Verluste auf unserer Seite sind glücklicherweise gering. 300 Spartakusleute haben wir gefangen genommen, auch **Büxenstein** ist wieder frei.

Die Lage bessert sich von Stunde zu Stunde, sodaß wir hoffen dürfen, in Kürze die ungeheure Schmach dieses Bruderkrieges beendet zu sehen. Die **Verantwortung** für das vergossene **Blut fällt auf Spartakus** und die von ihm Verführten.

Die **Gewerkschaften von Hamburg** haben **den aus Unabhängigen bestehenden Soldatenrat gestürzt** und die **Konstituante für den 7. Februar zusammenberufen.** Das „Hamburger Echo" ist befreit.

Arbeiter, Bürger, Soldaten!

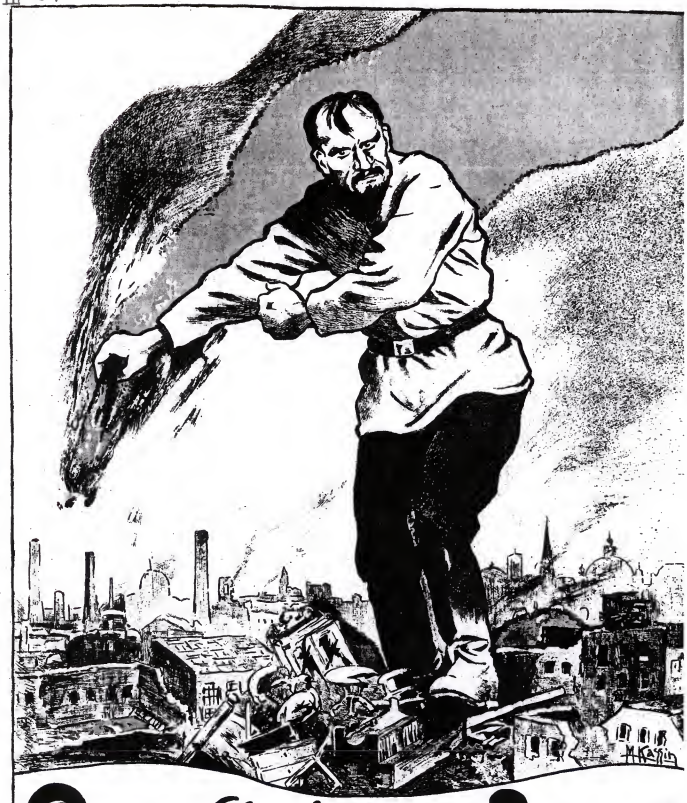
Je fester und entschlossener Ihr hinter der Regierung steht, desto eher werden wieder Ruhe und Ordnung in Berlin herrschen!

Die Einigung der Arbeiterklasse muß sich durch Vernichtung des Terrors vollziehen!

Einigung mit Jedem, der zur Demokratie und Sozialismus steht, mit Keinem, der Diktatur und Blutvergießen predigt!

Central-Druckerei, Berlin NW 6.

X-HD 249
III-54



Deutschlands ideale Zukunft
unter der Herrschaft des Bolschewisten

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewis

Berlin W 9, Schellingstraße 2 + + + + + Telephon: Amt Kurfürst Nr. 51

X-DD 249
III-55

Deutsche Frauen!

Ahnt ihr, womit euch der Bolschewism und Spartakismus bedroht?

Der Bolschewismus will die Sozialisierung der Frauen Er degeneriert das gesamte weibliche Geschlecht!

Ein russisches Anarchistendekret zeigt, welch entsetzlichem dirnenhaften Schicksal euch diese jeglic Menschentums entarteten Bestien entgegenführen wollen.

1. Das Eigentumsrecht auf Frauen zwischen 17 und 32 Jahren wird aufgehoben.
2. Diesem Dekret zufolge sind alle Frauen Eigentum des Volkes.
3. Die bisherigen Eigentümer behalten außer der Reihe das Recht auf ihre Frauen.
4. Jeder Mann, der ein Exemplar des Volkseigentums benutzen will, bedarf einer Bescheinigung vom Arbeiterkomitee.
5. Der Mann hat kein Recht, eine Frau öfter als dreimal wöchentlich und länger als drei Stunden für sich in Anspruch zu nehmen.
6. Jeder ist verpflichtet, die sich widersetzenden Frauen anzuzeigen.
7. Jeder nicht zur Arbeiterklasse gehörende Mann hat für das Recht zur Benutzung dieses Volkseigentums monatlich 100 Rubel zu zahlen.

Glaubt ihr nicht, daß auch bei uns der menschliche Wahnwitz es zu solchen tierischen Bestimmunc kommen lassen kann, wenn erst einmal Spartakus König ist?

Darum zeigt, daß ihr den Ernst der Zeit erkennt, schließt auch ihr euch gegen Bolschewismus und Spartakismus zusamme

Leistet auch ihr Arbeit, ein Jeder nach seinem Vermöge

Wendet euch an uns, wir werden euch den Weg weisen, wie ihr helfen könnt.

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus

X-DD 249
III-56

Aus dem Eden des Bolschewismus.

Von einem Sozialdemokraten, der es miterlebt hat.

Wer könnte nicht voll und ganz den idealen Theorien des Bolschewismus zustimmen und sie sich zu eigen machen? Bedeuten sie doch nicht mehr und nicht weniger, als die Verwirklichung der reinen Christenlehre hier auf Erden! Aber wie sieht dieses Ideal in der Wirklichkeit aus? Es ist

ein grausiges Zerrbild

der Lehre von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Denn der ideale Bolschewismus operiert eben mit idealen Menschen, um nicht „Engeln" zu sagen, und da es diese nicht gibt, muß das Experiment, das Paradies auf Erden aufbauen zu wollen, zu dem werden, was es in Rußland geworden ist:

zu einer grauenvollen Karikatur des Ideals,
der zügellosen Willkürherrschaft des Proletariats,
der Knebelung der Persönlichkeit,
der Vernichtung alles Bestehenden und
der völligen Unfähigkeit, auf den Trümmern des Alten Neues, Besseres erstehen zu lassen!

Demzufolge

völlige Verarmung und ein
qualvoller Hungertod!

Das Wort „Bolschewismus" kommt von dem russischen Wort „bolsche" gleich mehr, im Gegensatz zu „menshe" gleich weniger, daher „Bolschewik" und „Menschewik", d. h. die mehrfordernden, ganz radikalen Sozialisten im Gegensatz zu den gemäßigteren.

Die Freiheit haben die russischen Bolschewisten ausschließlich für sich allein gepachtet und verstehen sie dahin, daß nur sie selbst ungehindert und ungestraft nach Belieben schalten und walten können. Jede freiheitliche Regung Andersdenkender wird schonungslos durch die Todesstrafe unterdrückt. Kein bürgerliches oder sozialdemokratisches Blatt darf erscheinen, sondern nur die Zeitungen der bolschewistischen Sowjetregierung, in denen die Taten der Bolschewisten verherrlicht, die Zustände im Auslande, besonders in Deutschland, in bolschewistischem Sinne entstellt werden. So brachten z. B. die bolschewistischen Zeitungen bei Ausbruch der deutschen Revolution die offizielle Nachricht, an der Spitze der deutschen Republik stehe Liebknecht und sämtliche „Scheidemänner" seien zum Teufel gejagt, Wilhelm II. sitze im Gefängnisse usw. Dies geschah, um die in Rußland lebenden Deutschen für den Bolschewismus zu gewinnen.

Aber nicht allein gegenwärtige freiheitliche, d. h. nicht bolschewistische Regungen und Meinungsäußerungen werden durch die „Allrussische Außerordentliche Kommission" in Moskau, Petersburg und anderen Hauptstädten Rußlands schonungslos unterdrückt, sondern auch frühere Anhänger und Angestellte des zaristischen Regimes werden erbarmungslos niedergeschossen, so z. B. frühere Offiziere, Polizeibeamte, Priester und Fabrikanten. Die „Allrussische Außerordentliche Kommission", auf russisch „Wserossijskaja Tscherespitschainaja Kommissija", ist das höchste ausführende Vollzieorgan der Sowjetregierung, ja noch mehr: sie ist die höchste Macht im bolschewistischen Rußland, denn als die Leiter der Regierung — Lenin, Trotzki, Tschitscherin, Karachan und Radek — welche den Massenterror, also das massenweise Hinschlachten Andersdenkender gepredigt hatten, selbst von Grauen über das schonungslose Hinmorden Tausender ergriffen, dem Treiben der „Außerordentlichen Kommission Einhalt gebieten wollten; da sahen sie, daß die Geister, die sie einst beriefen, stärker waren als sie, daß die Macht ihnen bereits aus den Händen geglitten war. Der Vorsitzende der „Außerordentlichen Kommission", ein Kommissar, namens Dscherschinski, sowie ein Unterkommissar, ein Lette, namens Peters, 22 Jahre alt, erließen im Regierungsorgan einen geharnischten Aufruf gegen jegliche Bestrebungen, die Tätigkeit der „Außerordentlichen Kommission" beschränken zu wollen, da nur durch sie die Gegenrevolution niedergehalten werden könnte, und unentwegt setzt sie ihre blutrünstige Tätigkeit fort, Grauen und Zittern in allen Schichten der Bevölkerung erregend. Die Kommission besteht nicht etwa aus Russen, sondern ist aus Letten und Juden zusammengesetzt, denn was liegt diesen Leuten daran, was aus Rußland wird, wenn sie nur ihren Mordtrieb, ihren Blutdurst und nicht zuletzt ihre Geldgier befriedigen können. Sie wissen sehr wohl, daß auch ihre Tage gezählt sind und deshalb wird gemordet, geraubt und geplündert, soviel man nur irgend kann, um später, wenn das Gericht mal einst über sie hereinbricht, sich noch Möglichkeit der rächenden Nemesis „wohlverdorat" entziehen zu können. Die Führer der „Außerordentlichen Kommission", Dscherschinski und Peters, haben die unbeschränkte Macht über das Leben ihrer Mitbürger und eine wahre Lust am Morden! Diese „Außerordentliche Kommission" hat sich ganz außerhalb des Gesetzes gestellt, wenn von einem solchen in Rußland überhaupt noch die Rede sein kann. Wer ihr in die Hände fällt — ganz gleich, ob Männer, Greise, Frauen oder Kinder —, ist rettungslos verloren! Denn die „Außerordentliche Kommission" kennt kein Erbarmen! Ohne Untersuchung, ohne auch nur den Schein eines Gerichtsverfahrens. Wie ihn doch die französische Revolution wenigstens zu wahren suchte, werden die Opfer eingekerkert und nach längerer oder kürzerer Haft kurzerhand erschossen. Die unglücklichen Opfer werden nachts zu dem außerhalb Moskaus gelegenen „Petrowski-Park" hinausgeführt und dort bei Bogenlampenbeleuchtung in einer Reihe aufgestellt und von fettsichen oder chinesischen Söldnern und Matrosen erschossen. Dort spielen sich oft die grauenvollsten Szenen ab. Viele der Opfer müssen mit Gewalt zur Richtstätte geschleppt werden. Nachdem die Söldner eine Salve abgegeben haben, entfernen sie sich und lassen ihre Opfer tödlich verwundet in ihren Qualen liegen. Später werden sie dann in ein riesiges Massengrab, das nur halb zugeschüttet wird, um Platz für weitere Opfer zu lassen, geworfen. Man begräbt alle, ohne sich darum zu kümmern, ob sie auch ihren letzten Seufzer schon ausgehaucht haben oder nicht. Zwei frühere Offiziere, welche nach Abgabe der Salve schwer verwundet zusammenbrachen, schleppten sich, nachdem die Henker sich entfernt

X-DD 249
III.57

Volkskraft-Bund



X-DD 249
III-58

Der Putsch der Spartakusleute in Neukölln.

Den Bürgern, Arbeitern, Soldaten und heimkehrenden Kriegern zur Aufklärung!

Ihr alle habt durch die roten Anschläge an den Säulen erfahren, was viele von Euch schon wußten, daß der seit dem Tage der Revolution in Neukölln rechtmäßig gewählte und eingesetzte Arbeiter- und Soldatenrat aufgelöst ist und Spartakus nun hier unumschränkt regiert. Unsere Stadt hat den traurigen Ruhm, eines der ersten deutschen Gemeinwesen zu sein, das den Boden für die verzweifelten Experimente der deutschen Bolschewiki abgeben soll. Von hier hofft Karl Liebknecht sein Schreckensregiment über Berlin und ganz Deutschland ausbreiten zu können, von hier aus soll die Diktatur des Spartakus ihren Siegeslauf nehmen, die das Signal zu mehrjährigem Bürgerkrieg geben und Deutschland zu einem Trümmerhaufen machen würde.

Sehr geschickt hat man es angefangen, um hier ans Ruder zu kommen und die Vertreter der **Mehrheitssozialisten** und **64er**, die für die wahre demokratische Freiheit eintreten, zum Teufel zu jagen. Die Spartakusleute entsandten zu dem aus Vertretern der Garnison bestehenden Soldatenrat gewandte Agitatoren, die vorgaben, die Interessen der in Neukölln ansässigen Urlauber und Deserteure schützen zu wollen. Obwohl diese Elemente in keinem deutschen Soldatenrat, dem nur Vertreter der ortsansässigen Garnison angehören, aufgenommen worden sind, waren die 64er trotzdem bereit, um des lieben Friedens willen die Vertreter der Urlauber und Deserteure zu praktischer Mitarbeit in ihrer Mitte aufzunehmen. Bald stellte sich aber heraus, daß hier Leute unter dem Deckmantel, praktische Arbeit leisten zu wollen, auf bedenkliche politische Ziele hindrängten und alle Vorschläge verwarfen, die ihnen nicht in den Kram paßten. Ihr wahres Gesicht zeigten sie erst in der Vollsitzung des A.- und S.-Rates am 21. November im Rathaus, wo die Herren Urlauber und Deserteure im Bunde mit den Spartakusleuten unter wüsten Lärmszenen jeden Beschluß der Mehrheitssozialisten und Garnisonvertreter zunichte machten, sodaß sich die Versammlung resultatlos auflösen mußte.

Spartakus hatte seinen Zweck erreicht und die Sitzung gesprengt. Bald darauf erschienen die rührigen Leutchen beim Berliner Vollzugsrat, dem sie einen Wisch präsentierten, der von den [illegible]

X-DD 249

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus
Berlin W 9, Schellingstraße 2 + + + + Telephon: Amt Kurfürst Nr. 5173

Deutsche Frauen!

Ahnt ihr, womit euch der Bolschewismus und Spartakismus bedroht?

Der Bolschewismus will die Sozialisierung der Frauen! Er degeneriert das gesamte weibliche Geschlecht!

Ein russisches Anarchistendekret zeigt, welch entsetzlichem dirnenhaften Schicksal euch diese jeglichen Menschentums entarteten Bestien entgegenführen wollen.

1. Das Eigentumsrecht auf Frauen zwischen 17 und 32 Jahren wird aufgehoben.

X-DD 249
III-60

Schuld oder Sühne?

Liebknecht verhaftet und beim Transport auf der Flucht niedergeschossen, Rosa Luxemburg getötet, das Bureau der Unabhängigen durch einen Trupp Soldaten zerstört, Verhaftungen durch einzelne Kommandos ohne Befehl — wo soll das hinführen? Ist das nicht Gegenrevolution und Reaktion?

Selbstverständlich kann man das Ansätze dazu nennen, und die Regierung muß mit ihren Kommandostellen gemeinschaftlich ganz energisch dafür sorgen, daß nicht ein Leutnant mit einigen Mann selbständig Politik mache und aus eigener Machtvollkommenheit richten darf,

Wir wollen aber auch jetzt Gefühl und Zunge kurz halten und die Sache

mit kaltem nüchternen Verstand beurteilen.

Zum ersten: Die Tatbestände müssen in allen Fällen, wo es sich um Uebergriffe handelt, gründlich, unparteiisch und energisch untersucht werden. Die Regierung hat den Willen dazu. Aber damit ist nichts geschehen, daß ein einzelner womöglich in die Wüste geschickt wird; Krankheiten werden nur dadurch beseitigt, daß man ihre Wurzeln auffucht und diese zerstört.

Zum zweiten: Der Terror war uns im Deutschland der Revolution bis vor kurzem unbekannt. Die Welle vom 10. November schlug mit Riesenmacht jeden Gedanken daran nieder. Hinter der Energie der stürmenden Vortrupps rückte die breite Mauer der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes heran, alles beiseite drängend, was sich etwa anzustemmen versuchte.

Das Fundament dieser Mauer war die Einigkeit der Arbeiter. Obwohl die Unabhängigen nur eine Minderheit von ihnen musterten, erhielten sie in der Regierung ebensoviel Plätze wie die Mehrheitssozialisten. Sie hielten aber nicht stand, sie ließen sich nach links abdrängen. Die Organisation der Berliner Unabhängigen lieferte die Massen, die Rückendeckung für die Spartakusbewegung. Die Führung der Unabhängigen ließ mit sich geschehen, was eine Parteiführung niemals zulassen darf: sie ließ — führerlos! — zwischen zwei Steinen ihre Massen zerreiben.

Spartakus, die neue Minderheit, die die Revolution über sich selbst hinaus und damit ins Reaktionäre treiben wollte, führte den Terror ein; an ihren Folgen erstickten Liebknecht und Rosa Luxemburg!

Erinnern wir uns doch: Die Spartakisten ließen die sozialdemokratische Presse und die bürgerlichen Zeitungen nicht erscheinen, aber die mit ihnen sympathisierenden Zeitungen und die reaktionären Blätter durften während der Zeit ihrer skrupellosen Herrschaft in Berlin die Oeffentlichkeit beeinflussen und unterrichten.

Jeder Terror ist reaktionär, weil er große Teile des Volkes mit ihrem Willen zur Mitbestimmung ausschaltet, niederknüppelt. Spartakus machte es wie die berüchtigsten Reaktionäre: gewehre zu erdrücken. Ein reichliches Teil Schuld an dieser Entwicklung hat die gewissenlose Hetze einiger Berliner spartakusfreundlicher Zeitungen, und die unbeständige, unklare Haltung des Organs der Unabhängigen. Beides förderte den Terror.

Wie ist's denn heute dort, wo Spartakus herrscht? Im Moment regiert er in Bremen.

Er hat über Bremen das Standrecht verhängt.

Schon Personen, bei denen Waffen gefunden werden, verfallen dem Standrecht. Jede Meinung, gegen Spartakus in der Abwehr, mit der Waffe durchgesetzt, wird als Hochverrat mit sofortigem Erschießen bestraft!

Die gesamte Presse ist unter Vorzensur gestellt.

Die Zeitungen müssen ohne Kommentar aufnehmen, was ihnen Spartakus liefert.

Das ist Spartakus, das ist Terror,

das ist Reaktion.

Solche Maßnahmen müssen bei der Gegenseite Empörung auslösen, und wer will es wagen, heute, wo Hunderttausende und Millionen, zum großen Teil ungeschult oder zum ersten Male praktisch in politische Auseinandersetzungen eingreifen, Bürgschaften für die Gerechtigkeit jeder einzelnen Handlung zu übernehmen, daß immer nur geschieht, was verständig und recht, was demokratisch und gesund ist?

Es gibt nur ein wirkliches Recht, eine wahre Gerechtigkeit, und das ist

die Entscheidung der Demokratie.

Die Regierung, aus der Mehrheit des Volkes geboren und mit den übergroßen Massen des Volkes hinter sich, muß dafür sorgen, daß der Wille ihrer Wähler und nur dieser Wille in Wirklichkeit umgesetzt wird. Die Befehle der Regierung, kontrolliert vom allgemeinen Volkswillen, müssen ausgeführt werden. Jeder, der darüber hinausgeht, verfällt der gerechten Strafe. Minderheiten, die anderer Auffassung sind als die Mehrheit des Volkes, müssen mit den ihnen zur Verfügung stehenden geistigen Waffen sich durchzusetzen versuchen. Aber Terror löst immer wieder Terror aus. Entfesselte Instinkte links erwecken nicht berechtigte Wildheiten rechts, und deswegen ist das traurige, ja entsetzliche Schicksal Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs eine der dunklen Folgen der Spartakusherrschaft. Auf Spartakus fällt die intellektuelle Urheberschaft des traurigen Sterbens ihrer beiden Führer zurück.

Deswegen, Ihr Arbeiter, besinnt Euch, leistet nicht dem Terror Gefolgschaft. Die Schatten seiner Taten sind blutige Schuld an

X-DD 249
III-61

Flugblatt 2.

Hört, was Euch Liebknecht verspricht

Liebknecht verspricht Euch Frieden.

Den Frieden nach außen diktieren uns die Feinde.

Liebknecht rechnet auf ein Uebergreifen der Revolution auf die alliierten Länder. Kameraden wenn Ihr den Verlauf der Weltgeschichte verfolgt, könnt Ihr sehen, daß Revolutionen stets nur in Länder gelungen sind, die im tiefsten Elend daniederlagen. Das nationale und soziale Elend ist der einzig fruchtbar Boden für die Revolution. Dieser Boden ist bei unseren bisherigen Feinden absolut nicht vorhanden.

Erstens sind sie die Sieger. Ihre Regierungen haben sie zum Siege geführt.

Meint Ihr, daß sie im Siegesjubel diese Regierungen stürzen werden?

Ihr sozialer Elend ist erstens halb so groß, wie das Rußlands und Deutschlands, zweitens hoffen sie durch die Früchte ihres Sieges, durch die Aussaugung des verhaßten Deutschland das Elend ganz zu beheben.

Bei ihnen herrscht eine viel kapitalistischere Gesellschaftsordnung als bei uns.

Glaubt Ihr, sie werden mit einem Liebknechtischen Deutschland Frieden schließen?

Nimmermehr!

Wenn Liebknecht bei uns siegt, werden ihre siegestollen Truppen bei uns einziehen, um Ordnung zu schaffen. Sie werden drakonische Ordnungsgesetze erlassen, sie werden den Rest des ehemaligen deutschen Reichtums für sich sicherstellen, und was für Euch das Schlimmste ist, sie werden mit dem Schwerte des Belagerungszustandes die Gegenrevolution durchführen.

Das wäre die Folge von Liebknecht's fanatischem Irrtum.

Glaubt [illegible], daß Liebknecht's Programm den inneren Frieden bringen wird?

Glaubt [illegible]hr, daß die [illegible]en von Bürgern, die jetzt ängstlich zusammengekauert in ihren Häusern sitzen, auf die Dauer solche Zustände vertragen würden?

Glaubt Ihr, daß auch der Handwerker, daß überhaupt ein Mensch, der durch jahrelange mühselige Arbeit seiner Hände oder seines Geistes sich und den Seinen eine Existenz geschaffen hat, ruhig zusehen würde wie alles im Chaos zusammenbricht?

Kameraden, auch den meisten jetzigen Spartakusanhängern würde ein Licht aufgehen, wenn es nicht zu spät wäre.

Dann aber würde der schlimmste Bürgerkrieg ausbrechen.

Dann würden die Bürger, die jetzt zitternd und noch hoffend in ihren Häusern sitzen, mit dem Mut der Verzweiflung auf die Straße stürmen.

Dann haben wir die Anarchie, das Chaos, Deutschlands äußeren und inneren Untergang.

Merkt Ihr den Fehler in Liebknecht's Rechnung?

Arbeitsstelle Berliner Studenten.

X-DD 249
III-62

29 X.

„Studentenwehr."

Auf Grund des nunmehr abgeschlossen vorliegenden Beweismaterials, d eidlich erhärtet werden kann, muß folgendes festgestellt werden:

1. Es ist unwahr,

daß es sich bei der „Studentenwehr" um irgendeinen parteipolitischen Geheimbund handelt,

denn sämtliche für eine militärische Organisation maßgeblichen Behörden waren über die „Studentenwehr" und ihre Bestrebungen unterrichtet!

2. Es ist unwahr,

daß die „Studentenwehr" irgendwelchen gegenrevolutionären Bestrebungen dienen sollte,

denn sie sollte lediglich zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufgestellt werden und nur zu diesem Zwecke unter Angliederung an den bestehenden Sicherheitsdienst militärisch eingekleidet und bewaffnet werden. Sie umfaßte Angehörige all.: politischen Gruppen von den rechtsstehenden bis zur sozialistischen Parteirichtung!

3. Es ist unwahr,

daß die „Studentenwehr" auf dem Boden einer gegenrevolutionären Regierung stand,

denn ihre vornehmste Aufgabe war die Unterstützung der gegenwärtigen Regierung!

4. Es ist unwahr,

daß die „Studentenwehr" antisemitischen Tendenzen huldigte,

denn sie hatte in ihrem Ausschuß Juden und stand in Verbindung auch mit rein jüdischen Kreisen!

5. Es ist unwahr,

daß die „Studentenwehr" irgendwelche geheimen Waffenlager hatte,

denn alle Nachrichten darüber sind nachweislich erfunden!

6. Es ist unwahr,

daß die „Studentenwehr" einen gefährlichen Reaktionär an ihrer Spitze hatte,

denn Doktor Sad hat öffentlich und auch im engsten Freundeskreise erklärt, daß sich jeder auf den Boden einer loyalen Demokratie stellen!

7. Es ist unwahr,

daß die „Studentenwehr" in Verbindung stand mit den Führern des sogenannten Hentigputsches.

Denn der vorgefundene Brief mit der Adresse „Potsdamer Straße 45" liegt sich auf eine im Anfange von Kapitelgesellen vorgenommene Erfindung!

8. Es ist unwahr,

daß ein Organisationsplan mit Alarmplätzen, Munitionsdepots usw. bestanden hat,

denn alle diesbezüglichen vorgefundenen Meldungen zogen sich auf von der „Studentenwehr" entdeckte Waffenlager usw. der Spartakuspartei!

9. Es ist unwahr,

daß die Studenten ins Hotel Bristol kamen, um Gewehre Empfang zu nehmen,

denn die Betreffenden wurden bei telephonischer Anfrage nach dem Stande der Dinge ins Hotel Bristol, wo keine Gewehre waren, gelockt und dort festgenommen!

10. Es ist unwahr,

daß die „Studentenwehr" mit dem Kriegswucheramt in Verbindung stand,

denn das öfters erwähnte K.W.A. heißt Kaiser-Wilhelms-Akademie, wie aus den Namen der dabei erwähnten Herren hervorgeht!

---

1. Wahr ist,

daß in der Nacht zum Sonntag, dem 8. Dezember, Polizeipräsident Eichhorn an der Spitze von Zivilisten, Matrosen und Sicherheitssoldaten in das Hotel Bristol eindrang, einige Herren der „Studentenwehr" versammelt waren, das Ergebnis einer Unterredung des abwesenden Dr. Best mit dem Herrn Kriegsminister und den Herrn Volksbeauftragten Ebert zu erwarten!

2. Wahr ist,

daß die Eingedrungenen das Vorweisen jeglicher Legitimationen und Angabe der Gründe ihres Eindringens zurückwiesen!

3. Wahr ist,

daß die Eingedrungenen sich durchweg als Spartakusleute bezeichneten und daß ihr Führer wiederholt äußerte: Es herrscht Spartakus!

4. Wahr ist,

daß Polizeipräsident Eichhorn beim Hinweis auf den Kasernenerlaß Wels erklärte, derselbe habe gar nichts zu sagen, und daß derselbe jeden anderen Hinweis auf andere Regierungsbefehle nur als beschämendes Eingeständnis gelten ließ!

X-DD 249
III-63

Liebknech

Der Agent Rußland:

Anhänger Liebknechts für wen kämpft ihr?

Streitet Ihr nur für Liebknechts Jdeal
Oder merkt Ihr bereits, für wen Ihr Eu
Leben hergebt?

**Wißt Ihr, warum Radek nach Berlin geeilt i
Wißt Ihr, daß und warum viele Russische Sow
vertreter in Berlin weilen?**

Damit sie Deutschland zum Kriegsschauplatz russisch bolschewistischer Ideen u. Idea

13 I

Reg

X-DD 249

III-64

Soldaten!

Ruhmbedeckt seid Ihr heimgekehrt. Die Schrecken des Krieges, Mord, Brand und Verwüstung habt Ihr uns d
Euer Aushalten erspart. Aus Not und Entbehrung kommt Ihr, neue Not und neue Kämpfe erwarten Euch.
böser Feind ist dem deutschen Volke erstanden: **Spartakus und der Spartakusbund.** Ein Hetzer ohnegleic
der fanatische Vorkämpfer einer falschen Lehre. Karl Liebknecht reizt seine Gefolgschaft zum Bürgerkrieg

Wer ist diese Gefolgschaft? Es sind Leute, die nichts zu verlieren haben, aber viel zu gewinnen hoffen.
Arbeitsscheuen, die von Revolutionswegen befreiten Insassen der Gefängnisse, die Deserteure, die falschen Kamera
die Euch draußen in den Rücken gefallen sind, die Euch verraten haben, dieser Auswurf zusammen mit einer An
Verblendeter ist es, der in Spartakus sein Heil sieht und nur auf den Augenblick der allgemeinen Unordnung
Bestürzung wartet, um zu rauben und zu plündern.

Die Spartakusleute unterscheiden sich in nichts, aber auch in garnichts von den Bolschewisten, die Rußland in
Abgrund getrieben haben. Sie verkörpern den Bolschewismus in Deutschland und werden von russischen Geldern
sweist. Ihre ständigen und nahen Beziehungen zu den Henkern Rußlands sind nachweisbar. Ihr oberstes Ziel
Auf Kosten der Fleißigen und Arbeitsamen leben. Mit Recht nennt darum der „Vorwärts" ihr Programm
„Militarismus der Faulenzer". Sie versuchen mit allen Mitteln eine Gewaltherrschaft in Berlin aufzurich
gegen die Polizei, Regierung und Truppen einmütig und entschlossen vorgehen müssen. Spartakus will die regul
Truppen entwaffnen, **seine Anhänger aber hat er mit massenweise gestohlen Waffen, insbesondere Maschinengewehren, versehen.**

Wollt auch Ihr Euch die Waffen, die Ihr vier Jahre lang ruhmvoll geführt, vom Großstadtgesindel aus der H
schlagen lassen? Wollt Ihr Euch der frechen Gewalt einer Minderheit fügen? Wollt Ihr, die Ihr einer Welt
Feinden Stand gehalten, Euch vom Janhagel der Großstadt überwältigen lassen?

**Kameraden, zeigt, daß Ihr noch Ehre im Leibe und Kraft im Arm habt! Auf Euch blickt heute g
Deutschland voller Erwartung. Rettet es aus schwerer Not, aus Unordnung und Willkürherrsch**

Helft die neue Ordnung sichern!
Schützt die Volksregierung!
Duldet keine Diktatur der Gasse!
Tretet geschlossen ein für Recht und Freiheit
Helft aufbauen!

Wer sich Eurem heiligen Werk entgegenstemmt, der ist Euer und unserer aller Feind!
Behandelt ihn als Feind!
Das ganze deutsche Volk verlangt von Euch:

Rettet das Vaterland bevor es zu spät ist!

X-DD 249
III-65

Alle Zahlungen sind unter genauer Bezeichnung des nachstehenden Kontos unmittelbar an die Bank zu leisten: Rechtsanwalt Kodlin wegen Deutsche



Gesellschaft f. internationale Regelung der Bevölkerungspolitik. Diskonto-Gesellschaft, Berlin W, Potsdamerstr. 129/30, Depositenkasse.

Bolschewisten!

Ihr ahnt das Ziel. Euer Weg ist falsch.

Was ihr wollt, habe ich bereits 1912 als das einzige erdenkliche Weltziel hingestellt.

Alles, was seit damals geschehen ist, habe ich im Prinzip vorausgesagt. Die Weltentwicklung konnte nur den Weg nehmen, den sie genommen hat. Aber sie muß im Chaos enden, **in dem auch ihr untergehen werdet,** wenn das erreichbare Ziel nicht endlich klar erkannt und der Weg abgesteckt wird, der zu ihm führt.

Es sind zu viel Menschen da. Aber es ist ein Fehler, den Überschuß totzuschlagen. Es ist beinahe eine Dummheit. Nicht Ausbau des Menschenabschubes, sondern Abbau der Menschenproduktion! Totgeschlagen würden diejenigen zuerst, die noch am besten aus dem Chaos herausführen können, sobald sie ihren Irrtum begriffen haben werden, um euch, euren Nachkommen ein Paradies zu schaffen, soweit ein solches auf Erden möglich ist. Es wird nicht vollkommen sein. Vollkommenes gibt es nicht. Aber es wird das Beste sein, was auf irgendeine Weise erreichbar ist. Und vor allem: es ist erreichbar. Nur international. Nur nach Erkenntnis der Grundidee!

Achtstündige Arbeitszeit?

Einstündige Arbeitszeit werden eure Nachkommen haben, wenn die Menschheit sich zweckmäßig organisiert und ihre sinn- und zwecklose Expansion einstellt. Das ist nicht Utopie! Es ist realste Möglichkeit. Dieses Ziel aber **auf einmal** erreichen wollen, ist der bestimmteste Weg, es **nie** zu erreichen.

Der Bolschewismus enthält mehr Berechtigung und innere Wahrheit als jene törichte Bevölkerungspolitik, die sich selbst den Hut auf dem Kopfe anzündet (siehe oben). Diese ist es, welche die Welt in ein Brand- und Leichenfeld verwandelt und eine grundverkehrte Selektion herbeiführt. Besser, die Welt brennt ab, als daß sie zu einem Krämerladen und zu einem organisierten Schlachthof wird.

Das Grundübel war der Erkenntnisfehler: Nicht, wie angenommen wurde, diejenige Zahl von Menschen darf produziert werden, die allenfalls ernährt werden kann, sondern eine durch ganz andere Faktoren bestimmte und begrenzte. Nähere Aufklärung gibt die Broschüre **„DIE LÖSUNG DES WELTPROBLEMS“**, eine kurze Übersicht aus dem Buche:

RAUM FÜR ALLE HAT DIE ERDE!

Der Verfasser hat eingesehen, daß die Stunde gebietet, mit seinen Gedanken auf die Straße zu gehen. Schriftliche, nur wirklich interessierte Zustimmungserklärungen zwecks Gründung einer Völkerliga auf Grund des Zahlgesetzes (einer internationalen Beschränkung der Menschenzahl), (Name u. Adresse genügt) sind zu richten an W. Doms, Berlin W 30, Barbarossastr. 57. Einzelauskünfte können in keinem Falle persönlich oder telephonisch erteilt werden.

Sobald deren Zahl zu genügen scheint, um einen Zusammenschluß erfolgreich erscheinen zu lassen, wird eine entsprechende Benachrichtigung erfolgen. — Der Ertrag des Buches sowie der Broschüre wird vom Verfasser als Beitrag der zu errichtenden Liga gewidmet.

„Die Lösung des Weltproblems“, Preis 20 Pf., liegt auf u. a. in den Buchhandlungen: Amelang, Kantstr. 164, J. B. Neumann, Kurfürstendamm 232, Gsellius, Mohrenstr. 52, Goethe-Buchhandlung, Friedrichstr. 195, W. Weber, Charlottenstr. 48, Bahr, Linkstr. 43, Vorwärts, Lindenstr. 3, Maass & Plank, Chausseestr. 120. Zu beziehen vom Verfasser.

„RAUM FÜR ALLE HAT DIE ERDE“, erschienen bei Georg Müller, München, Preis M. 2.50, ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

X-DD 242
III-66

Spartakus

eine Gefahr für die deutsche Frau

Ihr Frauen, wacht auf! Die höchste Not!
Sie gebe Euch Stärke des Geistes,
nicht seelischen Tod.
Betet zu Gott, rettet Euer Glück.
In Mildern und Verstehen
Müßt Eure Pflicht Ihr sehen!
Nur so kehrt Frohsinn Euch zurück.

Kampf gegen Spartakus!

Generalsekretariat, Lützowstraße 107.

X-DD 242
III-67

Sind wir Bolschewisten?

Die Regierung der Länder, mit denen wir jetzt über den Frieden verhandeln wollen, drohen mit schärfster Maßregelung. Sie wollen die furchtbarste Hungersnot über uns verhängen, wollen ihre militärische Gewalt an uns ausüben und ihre Soldateska bei uns einmarschieren lassen.

Diese drakonischen Maßregeln würden unseren ganzen Produktionsmechanismus zerstören, Seuchen würden unsere Frauen und Kinder dezimieren und Degeneration würde unser ganzes Geschlecht zur Verkümmerung bringen.

Da haben wir ein Recht zu fragen: **Sind wir Bolschewisten?**

Und wir werden die Antwort geben, ohne uns vor der brutalen Übermacht der kriegerischen Mordgeräte der kriegführenden Länder zu fürchten.

Die Revolution hat in Deutschland ihren siegreichen Einzug gehalten. Die Massen der Arbeiter, die vier Jahre lang zum Hunger und zur Kirchhofsruhe verurteilt waren — die Massen der Soldaten, die vier Jahre lang für die Macht- und Profitgelüste einer kleinen regierenden Kaste zur Schlachtbank getrieben wurden, sie haben das furchtbare Werkzeug der Unterdrückung, den

preußischen Militarismus, zerbrochen.

Überall haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.

Was ist nun mit ihrer Hilfe errungen worden?

Eine deutsche Volksrepublik.

Gleiches Wahlrecht! Frauenwahlrecht! Wahlrecht vom 20. Jahre an! Das privilegierte Herrenhaus ist beseitigt. Das preußische Dreiklassenabgeordnetenhaus ist mit Schimpf und Schande davongejagt. Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit und freie Religionsübung, alles Dinge, die uns von den verbrecherischen Dunkelmännern des alten Regimes verweigert worden waren, haben wir mit einem Schlage erobert. Der Gewissenszwang, unter dem wir alle gelitten haben, ist aufgehoben.

Wir sind das freieste Volk der Welt!

Wir werden unsere Freiheit zu gebrauchen wissen. Wir werden selbst darauf achten, daß sie nicht mißbraucht wird.

Dort, wo im Übereifer gegen schändliche Verleumdungen und niederträchtige absichtliche Verdrehung von Tatsachen zu scharf vorgegangen wurde, ist die Freiheit des Wortes wiederhergestellt worden.

Und nun unsere **soziale Umgestaltung!** Die gleiche Kost für Offizier und Mann, die Erhöhung der Mannschaftslöhne, die sofortige Entlassung der alten Leute — sind das etwa bolschewistische Maßnahmen? Nein, das ist nur die Erfüllung von gerechten und unbedingt notwendigen Forderungen.

Und unsere anderen sozialen Errungenschaften — auch sie sind nicht bolschewistisch. Auch sie stehen zu einem guten Teil auf dem sozialpolitischen Programm der Arbeiterparteien aller Länder. Zuerst der Achtstundentag, das ist die alte sozia-

X-DD 249
III-68

Kameraden!

7. XII

Schützt die Errungenschaften der Revolution!
Ruhe und Ordnung ist nötig!
Sonst kommt der Hunger ins Land!
Ohne Ruhe und Ordnung Hungersnot!
Gewissenlose Leute verhetzen den Frontsoldaten!
Liebknecht redet Blödsinn!
Er gibt Euch keine Arbeit! Er nimmt Euch das Brot!
Wollt Ihr Krieg im eigenen Lande!
Wollt Ihr die Heimat verwüsten lassen!
Denkt an Ypern, Bapaume, St. Quentin!
Soll's bei uns auch so aussehn!
Nur Feinde des Volkes wollen das!

Nieder mit Spartakus!
Liebknecht ins Irrenhaus!
Weg mit Rosa Luxemburg und Levy.

X-DD 249 III-69

Deutsche Proletarier!

Benutzt Eure Macht so, dass sie Glück und Wohlstand bringt! Die Industrie ist Euer Erbteil und muss es immer mehr werden! Euer

Kampf gegen den Kapitalismus

darf deshalb nicht zu einem

Kampf gegen die Industrie

ausarten.

Denkt an das warnende Beispiel Russlands! Das russische Proletariat hat die Betriebe verstaatlicht, ehe der Staat dazu vorbereitet war, sie zu übernehmen und zu verwalten. Durch regellose und masslose Lohnsteigerungen hat das russische Proletariat einen wirtschaftlichen Betrieb der Fabriken unmöglich gemacht. So hat das Russische Proletariat die Industrie ruiniert und

den Ast abgesägt, auf dem es sitzt.

Die Fabriken stehen still. Arbeitslosigkeit, Hunger, Frost und Elend treiben die russische Arbeiterschaft in Massen aus den Städten auf das Land.

Die Bevölkerung Petersburgs
ist in dreiviertel Jahren
von 2 700 000 Einwohner
auf 1 200 000 Einwohner,
also um weit mehr als die Hälfte gesunken.

So hat das russische Proletariat seine eigene Existenz vernichtet.

Der russische Proletarier kann aber wenigstens in die zahllosen Dörfer des weiten, Ackerbau treibenden Landes flüchten und dort Verpflegung und Unterkunft finden.

Im deutschen Industriestaat
ist das städtische Proletariat viel zahlreicher
und der Ackerbau viel geringer als in Russland.

Deshalb müsste das deutsche Proletariat im Elend verkommen, wenn es nicht mehr durch seine Industrie ernährt werden könnte.

Deutsche Proletarier!

Bei allem, was Ihr tut, denkt daran, dass Euer Los sich nur bessern kann, wenn Eure Industrie blüht.

Druck: Hermann Klokow, Berlin S 14.

X-DD 249
III-70

Gewalt gegen die Nationalversammlung.

Nicht Demokratie sondern Despotie.

Spartakus will die Wahlen verhindern.

Am Montag hat eine **Versammlung der Spartakusleute** einstimmig beschlossen, am 19. Januar, dem Tag der Wahl zur Nationalversammlung, den Generalstreik zu erklären und **mit allen möglichen Mitteln die Wahl zu hintertreiben.**

Hört es, Arbeiter und Bürger! Das kostbarste Gut der Revolution, die **politische Freiheit**, die **Demokratie**, das **Selbstbestimmungsrecht** unseres Volkes soll durch freche **Konterrevolution** von links zerstört werden.

Auf die Schanzen! Heraus ihr Alle! **Es gilt die heiligste Errungenschaft der Revolution zu verteidigen.**

Druckerei Leßmann, Berlin SW.

X-DD 249
III-71

Wo stehen die Soldaten?

Spartakus, der mit russischem Geld und gestohlenen Waffen arbeitet, verbreitet die Lüge, die Soldaten ständen auf seiner Seite.

Die Ereignisse der letzten Tage beweisen, auf welcher Seite die Soldaten stehen.

Mit allen Mitteln der Verleumdung hat die Garde Liebknechts zum Brudermord gehetzt, hat die Soldaten gegen ihre eigenen Kameraden aufzuwiegeln versucht.

Aber die gewissenlosen Hetzer sind entlarvt!

Wie die ganze Berliner Arbeiterschaft, soweit sie es mit der Revolution ehrlich meint, sich entrüstet von den Söldlingen der russischen Bolschewisten abgewandt hat, so stellten sich jetzt auch die Soldaten, stellt sich die Berliner Garnison auf die Seite Ebert—Scheidemann.

Die Berliner Soldaten sind gegen Spartakus!

Die Berliner Soldaten kämpfen für die Regierung!

Selbst die **Volksmatrosen-Division**, die bisher die stärkste Stütze Liebknechts war, lehnt von jetzt ab jede Gemeinschaft mit den bewaffneten Spartakusbanden ab. Sie hat Fischer, der verhaftet werden sollte, befreit und ihren bisherigen Führer Dorenbach abgesetzt. Sie verweigert dem bewaffneten Verbrechertum den Aufenthalt im Marstall.

Keiner von ihnen will mit Meuchelmördern und Plünderern Gemeinschaft machen!

Druckerei Lehmann, Berlin SW.

X-DD 249

III-72

Hört! Hört!

Die allgemeine Sozialisierung der Betriebe, die maßlosen Lohnsteigerungen der Arbeiterschaft, die gesamte bolschewistische Wirtschaftspolitik hat in Rußland zu erschreckenden Ergebnissen geführt.

Ein Beispiel für viele aus der russischen Papierindustrie. Die Herstellungskosten für ein Pud (16 Kilogr.) Papier betrugen im Frieden 2 Rubel 81 Kopeken, im Jahre 1915/16 4 Rubel 27 Kopeken, im Jahre 1916/17 9 Rubel 36 Kopeken.

Im Jahre 1918, nachdem die Bolschewiki noch nicht drei Monate regiert hatten, betrugen die Herstellungskosten für ein Pud Papier nach amtlichen Quellen schon 32 Rubel 47 Kopeken und im September 1918 64 Rubel 49 Kopeken.

Bei der Kalkulation der Herstellungskosten betrug auf das Pud Papier der Arbeitslohn vor dem Kriege 34 Kopeken, im September 1918 10 Rubel. Diese Tatsache erklärt sich ebenfalls nach amtlichen russischen Quellen einerseits durch die Erhöhung der Arbeitslöhne, andererseits durch die Verminderung der Arbeitsleistung.

Die Zahl der Arbeitskräfte für dieselbe Leistung ist von 1913 bis 1918 um das Doppelte bis Dreifache gestiegen.

Alle diese Umstände haben das völlige Darniederliegen der russischen Papierindustrie im Gefolge. Sobald aber die Grenzen Rußlands wieder geöffnet werden, und ausländisches Papier eingeführt werden kann,

ist die russische Papierindustrie
mit einem Schlage ganz erledigt,
weil sie die Konkurrenz mit den um
ein Vielfaches billigeren Preisen
des ausländischen Papiers nicht
aufnehmen kann.

Dann müssen sämtliche Arbeiter dieser russischen Industrie brotlos werden, obgleich Rußland an dem Rohstoff dafür, an Holz, Ueberfluß hat.

Von der maßlosen Steigerung der Löhne haben die Arbeiter aber keinen Vorteil gehabt, weil die Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs noch schneller gestiegen sind als die Löhne.

Druck: Hermann Klokow, Berlin S 14.

X-DD 249
III-73

Aufruf.

Auf! Gegen den Bolschewismus.

Zurück zu geordneten Verhältnissen. — Das Vaterland braucht Euch. Soldaten und Wehrfähige, bereits gediente Männer aller Waffengattungen (Offiziere und Mannschaften)

Meldet Euch sofort

für die 1. Landesschützenbrigade.

(Inf., Kav., Art., Pioniere, Funker, Kraftfahrer.)

Bedingungen:

Mobiles Gehalt oder Löhnung für Mannschaften und alle Dienstgrade: 5 M. Zulage täglich. — 14 tägige Kündigungsfrist. — Entlassungsgeld.

Entschädigungen des Feldheeres.

Möglichst Uniform und sonstige Milärstücke mitbringen.

Höchste Eile tut Not!

Meldestelle: Joachimsthalerstraße 3, am Bahnhof Zoo, Hof Hochparterre rechts.

X-DD 249
III-74

Es hat keinen Wert, um Dinge die sind, herumzureden:
Es ist feige — daher undeutsch — Tatsachen auszuweichen, die täglich frecher sich zeigen:

Der Bolschewismus ist der neueste Trumpf der Juden. Spartakus

ist nichts weiter als der

Judaskuss,

den die als Schnorrer zu uns gekommenen Hebräer dem christlichen deutschen Volke um fremdes Geld aufdrückten! Ihrem Moderatent fügten die Juden aller Branchen die holde Zunft der Marodeure Zuhälter, und des Berliner Pöbels hinzu, um ihre brutale, staat- und kirchenfeindliche

jüdische Gewaltherrschaft

auf den Trümmern friedlicher deutscher Heimstätten aufzubauen!

Wie lange soll das Treiben noch angehen?

Hat das verratene, aus unzähligen Wunden blutende und von außen und innen mehr denn je bedrohte Deutschland noch nicht genug gelitten?

Wollen wir, die wir alles, alles opferten, uns noch in den Bürgerkrieg hetzen lassen, uns zerfleischen, während das Volk Israel unsere heiligsten Werte schamlos mit Füßen tritt?

Bolschewismus ist die neueste Fabrikmarke für Judaismus!

Das merkt Euch, Deutsche Männer und Frauen, in Stadt und Land. —
Es hat keinen Wert, um Dinge die sind, herumzureden!

Wache auf, deutsche Christenheit!
Schütze Deine Heiligtümer!

X-DD 249
IV-75

1.1.19

Es hat keinen Wert, um Dinge die sind, herumzureden:
Es ist feige — daher undeutsch — Tatsachen auszuweichen, die täglich frecher sich zeigen:

Der Bolschewismus ist der neueste Trumpf der Juden.

Spartakus

ist nichts weiter als der

Judaskuss,

den die als Schnorrer zu uns gekommenen Hebräer dem christlichen deutschen Volke um fremdes Geld aufdrückten! Ihrem Moderatem fügten die Juden aller Branchen die holde Zunft der Marodeure Zuhälter, und des Berliner Pöbels hinzu, um ihre brutale, **staat- und kirchenfeindliche jüdische Gewaltherrschaft**
auf den Trümmern friedlicher deutscher Heimstätten aufzubauen!

Wie lange soll das Treiben noch angehen?

Hat das verratene, aus unzähligen Wunden blutende und von außen und innen mehr denn je bedrohte Deutschland noch nicht genug gelitten?

Wollen wir, die wir alles, alles opferten, uns noch in den Bürgerkrieg hetzen lassen, uns zerfleischen, während das Volk Israel unsere heiligsten Werte schamlos mit Füßen tritt?

Bolschewismus ist die neueste Fabrikmarke für Judaismus!

Das merkt Euch, Deutsche Männer und Frauen, in Stadt und Land. —
Es hat keinen Wert, um Dinge die sind, herumzureden!

Wache auf, deutsche Christenheit! Schütze Deine Heiligtümer!

X-DD 249
IV-76

Deutsche Christen

Laßt Euch nicht von der Lüge betören! Sie war die Ursache des v
lorenen Krieges, sie ist die unseligste Saat für die Zukunft.

Die **rechtsstehenden Parteien,** die **nie eine Sinn für die Volksrechte** hatten, spielen sich jetzt, um Stimm zu fangen, als **„Volksparteien"** auf; sie, die **deutsch Würde** dem Gespött der Welt **preisgaben** und in ihrer Gewa politik **weit entfernt von jedem Christentum** war gebärden sich heute als die einzigen Hüter des bedrohten Deutschtums u Christentums.

Lest, was ein **evangelischer Geistlicher der preußischen Landeskirc** Euch darüber zu sagen hat, und damit Ihr wißt, mit wem Ihr es zu tun hal Dieser evangelische Geistliche gehört nicht, wie bekannt ist, zu denen, die na der Revolution mit einem Male ihr demokratisches Herz entdeckten. Sch während des Krieges hat er für demokratische Ideen, gegen Kriegsverlänge und für einen schnellen Frieden mit Wort und Schrift gekämpft.

Der Stimmenfang vor den Kirchtüren

Von **Lic. Dr. Aner,** Pfarrer an der Berliner Trinitatiskirche.

Am Neujahrstag wurden nach meiner Predigt an den Ausgängen der Trinitatiskirche Werbezettel der **„Deutschen Volkspartei"** verteilt. Dasselbe geschieht zurzeit wohl allgemein **vor Großberliner Kirchen,** auch vonseiten der **„Deutsch-nationalen Volkspartei".** Weder die Geistlichen noch die kirchlichen Gemeindekörperschaften haben die Möglichkeit, diese Maßnahme zu verbieten. Ihre Ordnungsbefugnis erstreckt sich nicht auf den Platz vor dem Kirchengebäude. Eine Verteilung im Innern des Kirchenraums oder auf den Stufen zu demselben würde selbstverständlich mit dem Charakter der Andachtsstätte unvereinbar sein. Ich halte es jedoch für meine Pflicht, öffentlich auszusprechen, daß ich **auch an dem inhalt dieser Flugblätter Anstoß** nehme.

Abgesehen von dem unerträglichen Phrasenschwall und dem sachverdrehenden Schelten auf die „nichtdeutschen Elemente", die uns in den Abgrund gestürzt hätten — waren Tirpitz und Ludendorff etwa keine Deutschen? — empört mich das **Getue mit deutschem Wesen und deutscher Würde.** Wo war denn Euer Gefühl für deutsche Würde, ihr Männer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, als unsere militaristische Gewaltpolitik alte Verträge brach, als die berüchtigte „Auffassung" des Herrn Michaelis der Widerspruch zwischen der kaiserlichen Antwort an den Papst und der heimatlichen Pazifistenhetze, der Brester Friede u. a. dem deutschen Wort den Makel der Zweideutigkeit anhefteten? Wo war Eure Achtung vor dem deutschen Volk, als Eure Führer ihm leichtfertige Siegesphantasien vorzugaukeln oder die preußische Wahlrechtskomödie vorzuspielen für gut befanden?

Nicht minder empört mich **die religiöse Draperie jener Wahlaufrufe.** Wo war denn Euer Christentum während des Krieges? Hat Eure Presse die Friedenswilligen, die es in aller Welt gab, gestärkt oder hat sie nicht vielmehr nur Haß und Rachgier im Innern wie beim Feind geschürt? Euer „Christentum" vertrug sich sowohl mit annexionistischer Vergewaltigung des Rechts und beschimpfte mit seichtem Spott die heiligen Ideen des Völkerbundes und Weltfriedens. Euer „Christentum" war nichts als nationalistischer Siegesgla und weit entfernt von dem echt religiösen Glauben, dem mut und Ergebung wesentlich sind. Euer „Christentum" stem sich von jeher gegen Reformen des wirtschaftlichen Lebens, aus dem Geist der Brüderlichkeit hervorgehen, und wird a weiterhin unter der Maske „Schutz dem Privateigentum" Ueberwindung des kapitalistischen Egoismus durch einen rechten und weitblickenden Sozialismus widerstreben.

Der Stifter der christlichen Religion hatte nichts ü für die Frömmigkeit der großen Worte; eins seiner Gleichn stellt sogar den Sohn, der zuerst im Weinberg des V zu arbeiten sich weigert, dann aber doch hingeht, hoch l den andern, der sich sofort mit dem Munde bereit erl aber hernach sein Versprechen zu umgehen weiß. Deutsche Volkspartei wirft heute der Deutschen Demok schen Partei vor: sie habe für die idealsten Lebensintere des deutschen Volks kaum ein Wort übrig, und deutet in niedrigster Weise als Rücksicht auf jüdisches Geld Liebäugeln mit der Sozialdemokratie. Von jenem Gleic Jesu aus könnte man jedoch geneigt sein, **das was Christentum heute in ganz anderen Kreisen suchen als bei den Parteien, die sich als Hüter christlichen Religion aufspielen!**

Man sucht den braven Kirchenchristen graulich machen. „Die Kirche ist bedroht! Unser Heiligstes ist in fahr! Die christliche Religion soll aus dem Herzen des Vo gerissen werden!" Nun Ihr reitet sie nicht — weder d erzwungenen Religionsunterricht noch durch eure bet Kirchlichkeit. Die **Religion** Jesu trägt die **Kraft** der W heit **in sich** und kann darum nicht untergehn. Sie wird a die wieder anziehen, die heute ihr den Rücken kehren, politischer Mißbrauch sie ihnen verekelte. Zumal gegen Kirche hat sich ein tiefes Mißtrauen in breiten Schichten getressen; der Heilungsprozeß will seine Zeit haben. Vor a dienen heute gewisse Kreise der Religion wie dem Vaterla gefühl am meisten, wenn sie von beidem schweigen.

Aus der „Neuen Zeit" (Charlottenburger Zeitung) vom 4. Januar 1919.

Herausgeber, Druck und Verlag: Fritz Paschtar, Berlin S., Blücherstr. 53.

Nachdruck und Abdruck in Zeitungen erwünscht.

X-DD 249
IV-77

„Die Partei des Judentums

ist die Deutsche demokratische Partei. Jüdische Wähler und Wählerinnen tut am Wahltage Eure Pflicht!"

So zu lesen in Berliner Zeitungen und ähnlich auf Tausenden von Plakaten. Vor diesen Plakaten standen aber überall Juden, die mit ihren Stöcken oder Fingernägeln das Wort „Juden" austrafen. Warum diese sonderbare Verschämtheit? Sollten sich etwa die Juden der Deutschen demokratischen Partei schämen, oder ist es vielleicht umgekehrt? Fast scheint es so, denn in der Abendausgabe des Berliner Tageblattes vom Sonnabend, den 18. Januar 1919, wird in einem langen Schmähartikel seitens der Deutschen demokratischen Partei versichert, daß sie unschuldig sei an der Missetat dieser Kundgebung. Wie peinlich, bedauern zu müssen, daß man es nicht gewesen ist, der die Wahrheit gesagt hat.

Aber noch weit, weit toller gebärdet sich das Blatt des Herrn Mosse, früher Moses genannt, in einem langen Artikel gegen unsere Flugblätter „Die Juden, Deutschlands Vampyre" und „Die Wahrheit ist heraus". Eine Flut von Beschimpfungen wird darin gegen die Deutsch-Nationalen und gegen uns geschleudert. Das zeigt auf das Klarste, wie trefflich unsere Hiebe gesessen haben. Was für Hiebe waren das? Nun, wir erlaubten uns, **den unwiderleglichen Beweis** dafür zu führen, **daß die Juden einen Landesverrat frevelhaftester Art** gegen uns begangen haben: Trotzki (Braunstein) und Radek (Sobelsohn) erzeugten in Rußland den Bolschewismus, Joffe und Oskar Cohn führten ihn in Deutschland ein und der Frankfurter Jude Stern — in England zum Lord Northcliffe erhoben — sorgte im Verein mit Rosa Luxemburg dafür, daß von der Heimat aus unsere Westfront mit diesem Gifte durchtränkt und von ihm bis zum Zusammenbruch zermürbt wurde. **Braunstein, Sobelsohn, Joffe, Cohn, Stern, Rosa Luxemburg — Juden, nichts als Juden!**

Warum dieser Frevel?

Weil Deutschland das grösste Hindernis für Israel auf dem Wege zur Weltherrschaft war.

Hatte doch der internationale Judenbund, die Alliance israélite universelle, **bereits vor dem Weltkriege** frohlockend verkündet, daß er nicht mehr weit hiervon entfernt sei. Wie **furchtbar wäre anderswo der ungeheuerliche Frevel dieses Landesverrats** gerächt worden — und bei uns? Bei uns nehmen zur Belohnung für ihn die Juden $^4/_5$ aller hohen Regierungsstellen ein, obwohl sie nur $^1/_{100}$ der Bevölkerung Deutschlands ausmachen!

Wie lange sollen wir noch so feig und erbärmlich sein, uns das gefallen zu lassen?

Das soll und muß anders werden!

Nicht durch Pogrome und Gewalttätigkeiten gegen einzelne Juden! **Das ist auf das Entschiedenste zu verwerfen!** Aber auf gesetzlichem Wege dadurch,

daß wir nur echte deutsche Männer wählen, nicht Juden und Judenknechte!

X-DD 249
IV-78

Geschäftsstelle: Oranienburgerstr. 65 I.

Postscheck-Konto: No. **48458.**

Bank-Konto:
Dresdner Bank, Depositenkasse Q.

12.1.19

„Steh nicht gleichgiltig abseits beim Blute Deines Nächsten.
(Levit. 19, 16.)

Geehrte Glaubensgenossen!

Ein großes Unglück hat unsere Glaubensbrüder in Galizien betroffen. In wenigen Tagen haben die Polen in einem großen Teile Galiziens ein furchtbares Blutbad angerichtet.

In ca. 60 Orten sind Tausende ermordet worden, Zehntausende zu obdachlosen Bettlern gemacht.

In **einem einzigen Tage** sind allein **in Lemberg 960 Pogromopfer** beerdigt worden. Noch konnten die Witwen und Waisen auch nicht annähernd gezählt werden.

Das Elend ist furchtbar!
Dazu treten Hunger und Kälte!

Geldmittel sind dringend nötig! **Es werden allein für Lemberg zur Speisung der Notleidenden 10000 Kronen an einem Tage gebraucht.**

In allen größeren Orten Galiziens sind Lokalcomités gegründet worden, die mit verzweifelten Telegrammen und Briefen um sofortige Hilfe bestürmen.

Es ist daher **Pflicht des gesamten Judentums** bei denen, **nur ihres Judentums wegen** so entsetzlich gelitten, hilfreich beizuspringen.

Auch an Sie, geehrter Glaubensgenosse, ergeht der Ruf zu helfen. **Schnell und großzügig muß geholfen werden!**

Eine Abordnung von uns, die mit den einschlägigen Verhältnissen genau vertraut ist, wird die Verteilung vornehmen. **Niemand darf zurückbleiben! Niemand darf das jüdische Herz verleugnen!**

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Hilfsausschuß
galizischer und bukowiner Juden für die Pogromopfer in Galizien.

J. Engländer	E. Pilpel	A. J. Grebler	S. Drexler
1. Vorsitzender	2. Vorsitzender	Rendant	Schriftführer.

Diesem Aufrufe haben sich folgende Herren bereitwilligst und warm befürwortend angeschlossen:

gez. Rabb. Dr. Bergmann
„ Rabb. Dr. L. Blumenthal
„ Rechtsanw. Dr. A. Barth
„ Joseph Chaim
„ Justizrat Dr. J. Dzialoczynsky
„ Frau Rabb. Dr. Eschelbacher
„ Dr. Meyer Hildesheimer
„ Rabb. Dr. Hochfeld
„ Rechtsanw. Dr. A. Hantke
„ Rabb. Dr. Kellermann
„ Prof. Dr. Kalischer

gez. Jacob Klausner
„ Georg Lachmann
„ Prof. Dr. Heinrich Loewe
„ Moritz A. Loeb
„ Chefredakteur Isidor Landau
„ Samuel Mugdan
„ Rabb. Dr. Munk
„ Bankier Aloys F. Marcus
„ Dr. Alfred Nossig
„ Rabb. Dr. Petuchowski
„ Moritz Posen

gez. Dir. Max Stein
„ Dir. Heinrich Stahl
„ Rabb. Dr. Stier
„ Hermann Struck
„ Rabb. Dr. Singermann
„ Rabb. Dr. S. Weisse
„ Rabb. Dr. M. Warschauer
„ Prof. Dr. O. Warburg
„ Siegfried Weinbaum
„ Rabb. Dr. R. Wohlberg

Dem Hilfsausschuß gehören folgende Herren an:

J. Baron
M. Friedmann
M. Hefter
E. Reich
J. Rubin

L. Koppel
A. Kestenbaum
J. Kormes
M. Kreisberg
J. Pollak

J. Nussbaum
M. Reinhard
J. Richter
D. Spritzer
S. Schönwetter

J. Schneeberg
P. Schmelzer

X-00 249
IV-79

Was die Berliner Anschlagsäulen erzählen!!

An den Anschlagsäulen in Berlin war in den letzten Tagen ein Aufruf der **Deutschnationalen Volkspartei** zu lesen. Es hieß darin:

„Wen wählt Ihr?

Nicht das katholische Zentrum, das sich heute christliche Volkspartei nennt und Euch für Roms Zwecke wirbt.

Nicht die deutsche demokratische Partei, die dem jüdischen Weltkapitalismus, der seit 2000 Jahren heimatlosen goldenen Internationale, das Deutschtum opfert.

Wir wollen keinen römischen Kirchenstaat in parlamentarischer Verkleidung!

Wir wollen keine jüdische Geldsackrepublik!"

Mitbürger und Mitbürgerinnen! Was soll **diese niedrige Verhetzung** in den Stunden, wo Bruderblut unser Pflaster färbt? Ist unsere Geschlossenheit noch nicht genug untergraben zu einer Zeit, wo der habgierige Feind unser gequältes Vaterland zertreten will? Ist es nicht jedem Vernünftigen sonnenklar, daß

nur Einigkeit und immer wieder Einigkeit

uns vielleicht noch vor dem Abgrunde retten kann.

In solcher Entscheidungsstunde hat die Deutschnationale Volkspartei die Stirn, **unseren katholischen und jüdischen Mitbrüdern Vaterlandsverrat vorzuwerfen,** während tausende und abertausende katholischer und jüdischer Brüder ihr Blut für die Heimat verspritzten. Welcher billigdenkende Mitbürger wird **unsern katholischen Christen** verwehren, religiöse Beziehungen zu ihrem Oberhaupte in Rom zu pflegen? Das **Judentum** soll dem Kapitalismus frohnen, während jeder von uns zahlreiche jüdische Familien kennt, die in mühseliger Arbeit sich ihr Stück Brot verdienen.

Mitbürger und Mitbürgerinnen! Wer in diesen todesernsten Tagen noch nicht gelernt hat, daß im

neuen Deutschland Glaubens- und Rassenhass keinen Platz mehr haben dürfen,

daß das Wort:

Dem Tüchtigen freie Bahn,

sei er evangelisch, katholisch oder jüdisch, erster Staatsgrundsatz sein muß, **der ist ein Verblendeter oder ein Pharisäer.**

Nieder mit aller Verhetzung!

Weg von denen, die Glaubenshaß gegen Katholiken und Juden auf ihre Fahne geschrieben haben!

Herausgeber und Drucker: Anton Nikleniewicz, Neukölln, Wildenbruchstr. 6.

X-DD 249
IV-80

Tatsachen. **Arbeiter!** Tatsachen.

Hirsch, Landsberg, Simon und viele andere sind monatelang an der Regierung gewesen und haben Berkwerke, Landwirtschaft und andere Großbetriebe sozialisieren wollen.

An die sehr leichte Sozialisierung von Warenhäusern, Versicherungs-Gesellschaften und Groß-Banken hat kein Jude gedacht.

Warum nicht? Weil hier überall haufenweise jüdische Besitzer und Direktoren sitzen.

Die Berliner Zeitungen, die sich fast alle in jüdischem Besitz befinden, sind durch Zuweisung von großen Anzeigen bestochen und schweigen.

Hunderte von Milliarden Mark bleiben von der Sozialisierung unberührt.

Arbeiter, denkt nach!

Ein Arbeiter.

X-DD 249
IV-81

Tatsachen. **Arbeiter!** Tatsachen.

Hirsch, Landsberg, Simon und viele andere sind monatelang an der Regierung gewesen und haben Bergwerke, Landwirtschaft und andere Großbetriebe sozialisieren wollen.

An die sehr leichte Sozialisierung von Warenhäusern, Versicherungs-Gesellschaften und Groß-Banken hat kein Jude gedacht.

Warum nicht? Weil hier überall haufenweise jüdische Besitzer und Direktoren sitzen.

Die Berliner Zeitungen, die sich fast alle in jüdischem Besitz befinden, sind durch Zuweisung von großen Anzeigen bestochen und schweigen.

Hunderte von Milliarden Mark bleiben von der Sozialisierung unberührt.

Arbeiter, denkt nach!

Ein Arbeiter.

X-QD 249
IV-82.

Judenhetze in Berlin?

Arbeiter und Soldaten!

Man hetzt gegen die Juden, weil Marx, Lassalle, Haase, Bernstein, Rosa Luxemburg, Viktor Adler u. a. Juden sind!

Man belügt Euch jetzt, wie man Euch stets belogen hat. Die Juden sollen den Krieg gemacht und verlängert haben!

Wer saß zu Beginn des Krieges an der Regierung? Wer im Auswärtigen Amt? Wer in den Gesandtschaften?

Kein Jude!

Wer saß im Kriegsministerium? Wer im Militärkabinett? Wer im Generalstab?

Kein Jude!

Wer hat den Krieg verlängert? Wer hat während des Krieges am lautesten den deutschen Schwert- und Machtfrieden gefordert? Wer hat jeden Verständigungsfrieden als Hungerfrieden und Judenfrieden geschmäht?

Etwa die Juden?

Die Juden sollen sich aus dem Schützengraben gedrückt haben. Glaubt Ihr, daß es Frontsoldaten sind, die so etwas schreiben? Weiß nicht jeder Frontsoldat, wie unzählige Juden als Eure treuen Kameraden draußen begraben sind?

Unter den Machthabern der **Reaktion** gab es **keine Juden!**

Unter denen, die für **Freiheit und Recht** eintreten, gibt es **viele Juden!**

Was ist der **Zweck der Hetze?**

Die Aufmerksamkeit von den **Schuldigen** abzulenken!

Was wollen die **Hetzer? – Unruhen anzetteln!**

Sie wissen, daß die Ordnung mit allen Mitteln geschützt werden wird, für wen und gegen wen es immer sei!

Man hetzt gegen die Juden, man meint die **Volksherrschaft,** die **Republik!**

Die Reaktion, die ihr Spiel noch nicht verloren glaubt, versucht es noch einmal, diesmal mit der Judenhetze!

Arbeiter und Soldaten Berlins!

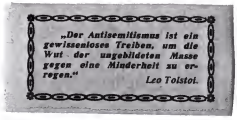
Laßt Euch nicht betrügen!

Laßt Eure neue Freiheit nicht beschmutzen!

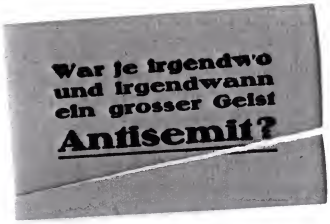
Druck: Deutscher Städteverlag G. m. b. H., Berlin.

A 89 249
DF-63

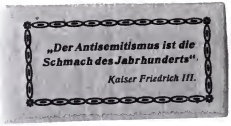



„Der Antisemitismus ist ein gewissenloses Treiben, um die Wut der ungebildeten Masse gegen eine Minderheit zu erregen."
Leo Tolstoi.

X-DD249
IV-84


War je irgendwo
und irgendwann
ein grosser Geist
Antisemit?

X-DD249
IV-85


„Der Antisemitismus ist die
Schmach des Jahrhunderts".
Kaiser Friedrich III.

X-DD 249
IV-86


X-DD 249
IV-87
Wer darauf
fällt hinein,
muß
riesendämlich sein!


Ueber den Antisemitismus kann
ich nichts sagen, weil die ganze
Bewegung mir völlig unverständ-
lich und unbegreiflich ist.
Henrik Ibsen

X-DD 249
IV-88

Nicht wegwerfen!
Sorgfältig lesen!
Dann weitergeben!

X-DD 249
IV 89

Juden, Kommuniſten, Antiſemiten.

Zur Beachtung für Nachdenkliche!

Lieber Freund!

Alſo auch Dir ſind die Blätter ins Haus geflogen, welche die Juden ſo arg anfeinden, welche keck behaupten, daß an all dem Unheil, welches über unſer gequältes Volk hereingebrochen iſt, nur die Juden ſchuld ſeien. Und Du fragſt mich, was an dieſen ſchweren Vorwürfen denn wahr ſei, und ob wir Juden wirklich die Volksverderber ſeien, als die wir nun ſo ſelbſtverſtändlich hingeſtellt werden. So komm denn! Laß uns — Du ein Chriſt, ich ein Jude — ruhig und ſachlich die Beſchwerden durchgehen, welche gegen uns Juden erhoben worden ſind.

Da wird immer und immer behauptet, die Juden haben die Revolution gemacht.

Iſt die Revolution überhaupt gemacht?

Nein, ebenſowenig wie ein Gewitter oder ein Erdbeben gemacht werden. Iſt nicht jahrzehntelang am deutſchen Volke geſündigt worden? Durfte nicht nur der am einflußreichſten wählen, der den dickſten Geldbeutel hatte? Iſt je ein Stadtrat oder Bürgermeiſter beſtätigt worden, der im Geruche ſtand, Sozialdemokrat zu ſein, mochte er auch an Tüchtigkeit um Haupteslänge andere Bewerber überragen! Waren nicht alle hohen und höchſten Aemter im Staate faſt nur für die reſerviert, durch deren Adern blaues Blut rann? Und was konnte der Reſerveleutnant und Korpsſtudent an Amt und Würden erreichen, und wie wenig galten der Fleiß und die Strebſamkeit deſſen, der einen ehrſamen Metalldreher oder einen braven Poſtboten als Vater hatte.

Dann kam der Krieg unſeligen Gedenkens, und obwohl hoch und niedrig, arm und reich, Chriſt und Jude begeiſtert für das Vaterland ihr Leben einſetzten — es wurde weiter geſündigt. Es liegt mir völlig fern und es wäre arge Ungerechtigkeit, unſern Offiziersſtand anzugreifen. Jeder billig Denkende weiß, mit welcher Begeiſterung und Tapferkeit zehntauſende Offiziere ihr Leben dem Vaterland dargebracht haben. Viele haben ſicher die beſte Abſicht gehabt, durch ſtraffe Disziplin bis ins Kleinſte dem Ganzen zu dienen; aber herrſchte nicht den Soldaten gegenüber zumeiſt ein Ton, wie er ſechsjährigen Schulbuben angemeſſen war und nicht vierzigjährigen Familienvätern?, Mannſchaftsverpflegung und Offizierseſſen — wie meilenweit verſchieden, trotz des guten Willens mancher Offiziere, die gegen Hochmut und Abſchluß nicht aufkamen. Und daheim lief die einflußreichſte Rechtspartei Sturm gegen gerechte Neuerungen eines Wahlrechtes, das dem Bordellbeſitzer durch ſein ekles Geld unendlich mehr Einfluß verſchaffte als dem kleinen Handwerker mit all ſeiner Strebſamkeit und Ehrbarkeit, aber mit kleiner Geldtaſche.

X-DD 249
IX-90

20. XII.

Mitbürger!

Der Krieg ist verloren, er hat namenloses Elend über uns gebracht. Das Vaterland droht zu zerfallen. Das Gespenst des Hungers steht vor der Tür. Die das Vaterland ins Unglück gestürzt haben, fürchten Strafe und nun suchen sie Sündenböcke und schieben alle Schuld auf die Juden. Sie säen Zwietracht und hetzen gegen die Juden, um im Trüben zu fischen und die durch die Revolution verlorene Herrschaft wieder an sich zu reissen.

An allem Elend und Leid sollen die Juden schuld sein; die Juden sollen den Krieg angestiftet, den Krieg verlängert, den unglücklichen Waffenstillstand geschlossen haben.

Deutsche Brüder! Wird wirklich der Irrwahn des Mittelalters Euch betören, dass es die Juden sind, die Pest gebracht und Brunnen vergiftet haben? Ist jemand unter Euch so einfältig zu glauben, dass

eine halbe Million Juden 70 Millionen Deutsche

vergewaltigen kann?

Wir fragen Euch: Waren es die Juden, die uns in den Krieg getrieben haben oder waren es die Alldeutschen, Chauvinisten und Antisemiten?

Wären der Zar und die Grossfürsten, die Delcassée's, Iswolski's und Northcliffe Juden? — Nein!

Sind die Juden Schuld daran, daß die ganze Welt sich auf die Seite unserer Gegner gestellt, dass Italien und Rumänien von uns abgefallen, kein neutraler Staat zu uns herübergekommen ist? — **Nein!**

Sind die Juden Schuld daran, dass man Deutschland in der ganzen Welt hasst, dass keine Stimme sich jetzt zu unseren Gunsten erhebt, wie sich keine Stimme zu unseren Gunsten erhoben haben würde, auch wenn wir den Krieg gewonnen hätten? — **Nein!**

Sind die Juden Schuld daran, dass die Frontsoldaten und Offiziere über die Ueberhebung und Prassereien der Etappe in Empörung gerieten? — **Nein!**

Sind die Juden Schuld daran, dass nach dem Frieden von Brest-Litowsk den Alldeutschen zuliebe hunderttausende deutscher Soldaten in die Ukraine, nach Finnland, nach Odessa gejagt wurden, anstatt die bulgarische und türkische Front vor dem Zusammenbruch zu schützen? — **Nein!**

X-DD 247
IV-91

20/15

An die

Mitglieder des Centralvereins!

Die Tatsachen, die wir seit Jahren voraussagten und denen wir mit größter Besorgnis entgegensahen, sind jetzt eingetreten.

Der **Antisemitismus,** unterstützt von allen Krälen der **Reaktion,** der **Alldeutschen, Gegenrevolutionäre und andern Dunkelmännern,** hat **mit verdoppelter Wucht** sein Haupt erhoben und sucht nun mit der **Kraft der Verzweiflung** die Abrechnung für die unfaßliche **Blutschuld,** die sie auf sich geladen hat, von ihren Schultern auf die Schultern der Juden abzuwälzen.

Das Judentum steht einer ungeheuren Sturmflut des Antisemitismus gegenüber, die alles und alle zu verschlingen droht.

Die Ereignisse, auf die wir hier anspielen, sind wohl jedem bekannt. Einzelheiten mitzuteilen, erübrigt sich daher. Sollte ein Mitglied jedoch den Wunsch nach näheren Ausführungen haben, so sind wir gern bereit, ihm ausführliche Mitteilungen zugehen zu lassen.

Zugleich mit der Stunde der höchsten Not des Vaterlandes hat auch die Stunde höchster Gefahr für das Judentum geschlagen.

Deutsche Juden — helft — rettet, solange es nicht zu spät ist.

Zur Abwehr der heranbrandenden Sturmwelle brauchen wir einen

Schutzdamm aus Geld!

Gebt, gebt schnell, gebt was Ihr irgend entbehren könnt!

Bedenkt, jede Mark, die Ihr uns gebt, gebt Ihr Euch selbst zum Schutze Eures Heims, Eurer Frauen, Eurer Kinder!

Denkt an Warschau, denkt an Lemberg!

Wir bitten deshalb, uns nicht nur selbst umgehend durch Postanweisung, Postscheck-Konto (Nr. 30472) oder Banküberweisung, Dresdener Bank, Linkstraße 7, einen größeren Betrag zuzusenden, **sondern auch in den Kreisen aller Freunde und Bekannten für Mitgliedschaft im Centralverein,** für Erhöhung der Beiträge und für eine einmalige außerordentliche Spende zu wirken.

Wir wissen, daß dieser Appell bei unsern jüdischen Mitbürgern nicht ungehört verhallen wird. Denke jeder an seine Pflicht für sich und seine Familie und zeichne schnellstens und nach Kräften.

Centralverein deutscher Staatbürger jüdischen Glaubens
Berlin SW., Lindenstraße 13.
Postscheck Nr. 30472.

X-DI 249
IV-92

10. XII

Mitbürger, Soldaten, Frauen!

Vor dem Kriege hat es in Deutschland **keinen einzigen jüdischen Diplomaten, keinen einzigen jüdischen Botschafter im Auslande, keinen einzigen jüdischen aktiven Offizier, keinen jüdischen Minister oder hohen Reichsbeamten gegeben.**

Können da die Juden den Krieg verschuldet haben? Nein!

Während des Krieges haben **jüdische** Kreise, **die das Ausland kannten,** vor dem unbedingten U-Boot-Krieg gewarnt. An der **maßgebendsten Stelle** hat der Jude Ballin **vergeblich** davor gewarnt, durch den U-Boot-Krieg uns den Haß Amerikas zuzuziehen.

Haben also die Juden den U-Boot-Krieg verschuldet? Nein!

Von jüdischer Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß wir einen ehrenvollen Frieden ohne Eroberungen schließen sollten, um unser Vaterland nicht einem Zusammenbruch in die Arme zu treiben. Was hat man auf den Wunsch nach einem **rechtzeitigen, ehrenvollen Frieden** geantwortet? „Ihr Juden wollt keinen Sieg, Ihr liebt Euer Vaterland nicht, Ihr wollt einen schmählichen Frieden, einen **Judenfrieden**".

Haben also die Juden den rechtzeitigen Frieden verhindert? Nein!

Ist es Schuld der Juden, daß trotz der U-Boote am Anfang dieses Jahres die **amerikanischen Millionentransporte ungehindert den Ozean überquerten?** Nein!

Wer waren die Blutsauger im Kriege?

Blos die Schleichhändler und Wucherer oder diejenigen, die die **Lebensmittel zurückgehalten,** auf dem Lande Butter, Eier, Kartoffeln und Fleisch aufgespeichert und nicht abgeliefert haben?

Waren das Juden? Nein!

Wer hat aus der Herstellung von Munition und aus der Kriegsindustrie Gewinn gezogen? **Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie!**

Gehört dazu nur ein Jude? Nein!

Nachdruck und Abdruck in Zeitungen erwünscht.

X-DD 249
IV-93

„Die Partei des Judentums

ist die Deutsche demokratische Partei. Jüdische Wähler und Wählerinnen tut am Wahltage Eure Pflicht!"

So zu lesen in Berliner Zeitungen und ähnlich auf Tausenden von Plakaten. Vor diesen Plakaten standen aber überall Juden, die mit ihren Stöcken oder Fingernägeln das Wort „Juden" auskratzten. Warum diese sonderbare Verschämtheit? Sollten sich etwa die Juden der Deutschen demokratischen Partei schämen, oder ist es vielleicht umgekehrt? Fast scheint es so, denn in der Abendausgabe des Berliner Tageblattes vom Sonnabend, den 18. Januar 1919, wird in einem langen Schmähartikel seitens der Deutschen demokratischen Partei versichert, daß sie unschuldig sei an der Missetat dieser Kundgebung. Wie peinlich, bedauern zu müssen, daß man es nicht gewesen ist, der die Wahrheit gesagt hat.

Aber noch weit, weit toller gebärdet sich das Blatt des Herrn **Mosse**, früher Moses genannt, in einem langen Artikel gegen unsere Flugblätter „Die Juden, Deutschlands Vampyre" und „Die Wahrheit ist heraus". Eine Flut von Beschimpfungen wird darin gegen die Deutsch-Nationalen und gegen uns geschleudert. Das zeigt auf das Klarste, wie trefflich unsere Hiebe gesessen haben. Was für Hiebe waren das? Nun, wir erlaubten uns, **den unwiderleglichen Beweis** dafür zu führen, daß **die Juden einen Landesverrat frevelhaftester Art** gegen uns begangen haben: Trotzki (Braunstein) und Radek (Sobelsohn) erzeugten in Rußland den Bolschewismus, Joffe und Oskar Cohn führten ihn in Deutschland ein und der Frankfurter Jude Stern — in England zum Lord Northcliffe erhoben — sorgte im Verein mit Rosa Luxemburg dafür, daß von der Heimat aus unsere Westfront mit diesem Gifte durchtränkt und von ihm bis zum Zusammenbruch zermürbt wurde. **Braunstein, Sobelsohn, Joffe, Cohn, Stern, Rosa Luxemburg — Juden, nichts als Juden!**

Warum dieser Frevel?

Weil Deutschland das grösste Hindernis für Israel auf dem Wege zur Weltherrschaft war.

Hatte doch der internationale Judenbund, die Alliance israélite universelle, **bereits** vor dem Weltkriege frohlockend verkündet, daß er nicht mehr weit hiervon entfernt sei. Wie furchtbar wäre anderswo **der ungeheuerliche Frevel dieses Landesverrats** gerächt worden — und bei uns? Bei uns nehmen zur Belohnung für ihn die Juden $^4/_5$ aller hohen Regierungsstellen ein, obwohl sie nur $^1/_{100}$ der Bevölkerung Deutschlands ausmachen!

Wie lange sollen wir noch so feig und erbärmlich sein, uns das gefallen zu lassen?

Das soll und muß anders werden!

Nicht durch Pogrome und Gewalttätigkeiten gegen einzelne Juden! **Das ist auf das Entschiedenste zu verwerfen!** Aber auf gesetzlichem Wege dadurch,

daß wir nur echte deutsche Männer wählen, nicht Juden und Judenknechte!

X-DD249
IV-94.

Die Hintermänner

Die innere Zerrissenheit ist eine alte Krankheit der Deutschen. Als Napoleon I. durch die Befreiungskriege gestürzt war, stimmte bei uns die Begeisterung für ein einiges großes Deutsches Reich auf, aber die Fürsten verhinderten die Reichseinheit. Vergebens kämpften damals deutsche Männer gegen die unwürdigen Zustände des deutschen Vaterlandes an, das nach außen schwach, nach innen zerspalten, auch vielfach staatlicher Willkür ausgesetzt war. Das war aber der Boden, auf dem die Juden ihr Ziel geschickt weiter ausbauten.

Wann die Juden nach Deutschland gekommen sind, das weiß niemand zu sagen; die meisten strömten im Mittelalter aus Rußland, Polen und Galizien herein und drängten sich schmeichlerisch an die Machthaber, die hohen Herren. Im Mittelalter hatte jeder der 800 reichsunmittelbaren Fürsten seinen Hofjuden; in Württemberg spielte noch im 18. Jahrhundert der Hofjude Süß Oppenheimer eine so schändliche Rolle, daß er wegen seiner wucherischen Verbrechen vom Volke schließlich aufgehängt werden mußte; und die Rothschilds, die sich Milliarden in allen europäischen Königreichen, besonders aber in Deutschland, errafft haben, kamen durch hessische Fürsten hoch. Dem berechtigten Drange des deutschen Volkes nach Rettung und Freiheit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts benutzten nun Juden, wie Heinrich (Zeimann) Bückeburg-Heine und der Literat Ludwig Börne (geb. Löb Baruch), um dabei zugleich für ihre eigenen Rassegenossen alle die Schranken niederzureißen, die gegen sie errichtet worden waren. Wenn man ihnen 1812, ohne ihre gegen andere Völker feindlich gesinnte „Religion" ordentlich geprüft zu haben, die Ausübung ihrer Gebräuche gestattet hatte, so gab man den Juden durch die Revolution 1848, die den deutschen Staaten die Verfassung brachte, noch die volle bürgerliche Gleichberechtigung dazu. Damit war das eingeschlichene Fremdvolk plötzlich mit uns Deutschen selber gleichberechtigt geworden; der Jude war deutscher Staatsbürger.

Man sollte annehmen, daß die Juden mit diesem Geschenk der Liberalen hätten zufrieden sein müssen, aber sie wollten mehr als Gleichberechtigung, wollten die Vorberechtigung. 1836 verfaßte der aus Deutschland geflüchtete Jude Karl Marx, der in Wirklichkeit Mordechai hieß, in England ein Buch „Das Kapital"; und damit beginnt die Sozialdemokratie! Marx empfahl die Verstaatlichung, aber noch lange nicht die allgemeine. Der Deutsche hat den Trieb und die Lust, zu schaffen und zu erschaffen; überall, wo er auftritt, ist er Landbauer, Handwerker, Arbeiter oder ein Führer von Arbeitern, Arbeitgeber d. h. Industrieller. Nun sollen gerade Landbau und Industrie, also diejenigen schaffenden Tätigkeiten, darin der Deutsche tüchtig ist, nach dem Vorschlage des Juden Marx verstaatlicht werden; dagegen soll der ganze Warenhandel, in dem die raffenden Juden vorwiegend tätig sind, nicht verstaatlicht werden. Es läge doch z. B. so nahe, den Kornhandel zu verstaatlichen, weil das Korn uns das tägliche Essen gibt, aber davon spricht der Jude Marx nicht; es läge nahe, das Bankwesen zu verstaatlichen, denn es ließe sich leicht einheitlich führen, und auf dem einheitlichen Kredit beruht doch das Gesamtwohl des Landes; aber auch das Bankwesen will Marx durchaus nicht verstaatlichen. Er will eben schlauerweise nur alles das verstaatlichen, worin der schaffende Deutsche tätig ist, und will das nicht verstaatlichen, in dem die raffenden Juden tätig sind. Man kann aber nicht einsehen, warum das Kapital einer großen Industriegesellschaft auf einmal gefährlich und das einer Bank gar nicht gefährlich sein soll; wenn eine Bank 100 Millionen Mark Kapital hat und der Tagelohn 5 Mark beträgt, so arbeitet die Bank mit einer Kraft von 100 : 5 = 20 Millionen Arbeitskräften; oder auf 300 Arbeitstage hindurch verteilt, arbeitet sie mit der Kraft von 66 000 Tagelöhnern. Dieser jüdische Einfluß soll also bleiben, dagegen soll das Kapital, das sich in deutschen Händen befindet, zerstört werden. So hat Marx Mordechai die Aufgabe tadellos gelöst, die deutschen Kreise zu treffen, dagegen seine Rassegenossen, die reichen Juden, die Geld-, Waren- und Zwischenhändler, zu schonen.

Eingeführt hat dann in Deutschland den Sozialismus der Jude Ferdinand Lassalle nannte. Vom ersten Augenblick an hat sich das gesamte Judentum des Sozialismus bemächtigt, um dadurch das deutsche Bürgertum zu stürzen, dasselbe liberale deutsche Bürgertum, das in seiner Gutmütigkeit den Juden die volle Gleichberechtigung verschafft hatte. Wenn der Sozialismus nur den Adel, die „Junker" vernichten zu wollen behauptet, so trifft er in Wirklichkeit das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme der jüdischen Millionäre und Millliardäre, die denn auch still und offen stets den Sozialismus unterstützt haben. Dabei haben sie im Grunde ihres jüdischen Herzens für den deutschen Arbeiter nichts übrig; der schwerreiche Konfektionär Pinkus Singer, genannt Paul Singer, ein langjähriger Führer der Sozialdemokratie, hat sein Geld durch den Schweiß unzähliger Mäntelnähterinnen gemacht; er war der Kompagnon jenes Herrn Rosenthal, der den etwas mehr Lohn fordernden, ausgebeuteten Mädchen erklärte, sie könnten ja, um Geld zu verdienen, abends auf die Straße gehen, d. h. Dirnen werden.

Kurz vor dem Kriege zählte die deutsche Sozialdemokratie im Reichstage 110 Mitglieder, darunter waren jüdischen Blutes u. a.: Bernstein, Dr. Cohn-Nordhausen, Cohen (Reuß), Davidsohn, Frank, Grabnauer, Haase, O. Herzfeld, Gumpel Hoch, Landsberg, Liebknecht (mit jüdischer Frau geb. Paradies), Simon, Stadthagen, Dr. Weill, Emanuel Wurm.

Man darf dabei zwischen Juden und Geheimjuden oder Taufjuden keinen Unterschied machen; viele bezeichnen sich als konfessionslos, religionslos, andere als „christlich". Man kann das Judentum nur dadurch feststellen, daß man den Betreffenden auf sein Aeußeres, die Heiraten, die Familie und besonders auf sein politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Gebaren

X-DD 249
IV-95

Die Juden – Deutschlands Vampyr

In England zur beherrschenden Macht gelangt, haben die Juden unablässig gegen Deutschland gehetzt, König Eduard war ihr Werkzeug. Warum taten sie das? **Weil Deutschland der feste Block war, welcher ihrer Weltherrschaft im Wege stand,** und weil sie bei einem Weltkrieg im Trüben fischen wollten. **Aus letzterem Grunde hetzten** und trieben sie auch in Deutschland zum Weltkriege. Sie haben ihr Ziel erreicht: Deutschland liegt zerschmettert am Boden, 72 Millionen sind während des Weltkrieges aus den Händen der Christen in die der Juden übergegangen. Neun Zehntel des beweglichen Kapitals, drei Viertel aller industriellen Unternehmungen sind in ihren Händen. Zum den Grundbesitz haben sie sich noch nicht so zu eigen machen können, wie sie es möchten.

Den Vorteil vom Weltkrieg haben einzig und allein die Juden!

Haben wir darum unsere Söhne und Brüder, unsere Männer und Verlobten hingegeben? Haben wir darum vier lange lange Jahre hindurch gedarbt und gehungert?

Wahrlich nicht!

Und haben die Juden etwa die Lasten des Weltkrieges mit uns getragen? Nein! Von Beginn des Krieges an hatten sie die Lebensmittelversorgung in der Hand, sorgten für ihre Küche und für ihren Tisch, ließen die Braten in ihrer Pfanne schmoren, buken Kuchen und strichen sich die Butter fingerdick auf das Brot, während wir mit Gemüse ohne Schmalz, mit Kartoffeln und ekelerregender Margarine vorlieb nehmen mußten.

In die Schützengräben mochten die Juden nicht, da wäre ja ihr kostbares Leben in Gefahr gekommen. Und es gab jüdische Aerzte genug, die grundsätzlich nur Christen für k. v. erklärten. Aber in Kriegsämtern und Kriegsgesellschaften, wo man immer sein säuberlich reklamiert wurde, oder in den Etappen, wo man gut aß und genau und hinten herum „schöne Profitchen" in die Tasche stecken konnte, da hockten diese Leute, und wenn Germanen aus Versehen sich unter sie hineinwagten, dann geschah es nicht lange, bis sie hinausgebissen waren. Bei den Freiwilligen, die jetzt friedliche Bürger vor Mord und Plünderung bewahren sollen, sind sie wieder nicht zu finden.

Fast ein und eine halbe Million deutscher Brüder haben ihr Leben auf dem Schlachtfelde lassen müssen. Und was ist das Ende? Lest noch einmal Hindenburgs Aufruf gegen die Frauenmacherei, deren Hauptträger die Juden waren, deren Feigheit ja weltbekannt ist. Gedenkt daran, daß die total verjudete russische Botschaft in Berlin es war, die mit Hilfe des Juden Dr. Kohn das bolschewistische Gift in Deutschland einführte und dafür sorgte, daß es von zahllosen Urlaubern an die Front getragen wurde. Dort zermürbte es unser stolzes und tapferes Heer, und der Welt bot sich das noch nie dagewesene Schauspiel, daß die Sieger in so vielen Schlachten in die Heimat zurückfluten mußten, gleich als hätten sie die schwerste Niederlage erlitten. Den schmachvollen Waffenstillstand, in dem Deutschland mit gebundenen Händen dem Feind sich überlieferte und dem zweifellos ein nicht minder schmachvoller Friede folgen wird!

Wem danken wir das? Dem jüdischen Landesverrat!!!

Wer das bestreiten oder beschönigen möchte, der sei daran erinnert, daß vor wenig Tagen erst Lloyd George den Lord Northcliffe, der als Jude Stern in Frankfurt a. M. geboren wurde, öffentlich gelobt hat, daß er seine Sache in Deutschland so gut gemacht hätte! Schlagendere Beweise kann es nicht geben.

Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Wie endet die bekannte Prophezeiung aus dem Kloster Xenia, die bisher so wunderbar ihre Erfüllung gefunden hat? „Dann" — **nach dem tiefen Fall Deutschlands — „wird Juda seine Hand nach der Krone ausstrecken und überall ausgerottet werden!"**

Juda hat nach der Krone gegriffen, wir werden regiert von den Landsberg und Haase, von **dem Kohn** und **Davidsohn,** von **Levy** und von **Rosa Luxemburg!**

Wahrlich, deutsches Volk, du hast es weit gebracht!

Ohne kriegstüchtiges Heer und Flotte, ohne Waffen gegen feindlichen Uebermut und im Innern regiert von den schlimmsten Vampyren, die du je gehabt hast.

Machtlos, wehrlos, ehrlos!

Und von denen, die das vollbracht, die dich in tiefste Schmach und Erniedrigung gestürzt, von denen sollst du weiter dich regieren, dich am Narrenseil herumführen lassen?

Nein, nie und nimmer!

Wache auf, deutsches Volk, und treibe hinaus aus den Sitzen der Regierung die, welche sie schänden!

Darum dürfen kein deutscher Mann und keine deutsche Frau ihre Stimme den Kandidaten der deutschen demokratischen Volkspartei geben, der Judenpartei, die mit jüdischem Kapital begründet ist und unter Leitung des Juden Theodor Wolff vom Berl. Tageblatt steht!

Wenn Deutschland sich wieder erholen soll von den furchtbar schweren Wunden, die der ungeheure Frevel des jüdischen Landesverrats ihm geschlagen hat, so kann dies nur geschehen durch seinen Wiederaufbau auf nationaler Grundlage. Eine einzige Partei aber gibt es nur, welche diesen Aufbau auf nationaler Grundlage uns sichert:

das ist die deutschnationale Volkspartei!

Darum fordern wir alle unsere Mitglieder und alle unsere Gesinnungsgenossen in Nord und Süd, in Ost und West auf:

Wählt keine andere Abgeordneten, als solche der Deutschnationalen Volkspartei!

Deutscher Volksbund,

An unsere heimkehrenden Brüder!

X-DD 249
IV-96

An das deutsche Vol

Der Jude Oskar Cohn

aus Berlin, Lewezowstr. Nr. 16a, Rechtsanwalt, Berliner Stadtverordneter, Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Nationalversammlun wie man weiß, mit russischem Gelde, welches er von dem russischen Juden **Joffe** erhalten hat, der jetzt wieder mit **Radek** und einem Stabe russischer, jüdischer Agenten hier in Berlin seine niederträchtige, unheilvolle Hetzarbeit treibt, in Gemeinschaft mit anderen **Dr. Levin, Haase, Barth, Dittmann, Landsberg, Bernstein, Wurm, Dr. Helphant, Lewinsohn** usw. die Revolution vorbereit gemacht, unserem unvergleichlich tapferen Heere damit den Sieg entrissen und den Heeren der von den Juden der ganzen Welt gegen uns Krieg gehetzten Völker den Einmarsch in die Rheinprovinz und in Elsaß-Lothringen verschafft. Diesem „Bruder" und seinen Judengenossen v das deutsche Volk den ganzen Zusammenbruch, die Schmach des Mordfriedens von Versailles.

Und dieser Wicht lebt noch! Er lebt, sich selber zur Schmach!

Ledebour hat öffentlich erklärt, daß er **zusammen mit den Obengenannten** seit Mitte 1916 die Soldaten an der Front bearbeit in langer, heimtückischer Arbeit die todsichere Armee der Welt zerfetzt und die kampfkraft des deutschen Heeres zermürbt hat da wagt es die Judenmischpoke noch zu behaupten, die Revolution wäre nicht von ihnen gemacht worden!

Am 9. November 1918 haben **Scheidemann, Liebknecht, Ledebour, Barth** und Genossen die Republik ausgerufen, Stelle unseres Ordnungsstaates eine **jüdische Wucher-, Schacher-, Raub- und Misswirtschaft gesetzt.** Dr. Haase, Landsberg, Wurm, Bernstein spielten die erste Violine dabei!

Der Jude Dr. Oskar Cohn hat dann unter die aus dem Felde heimkehrenden Soldaten, die sich nach Ruhe und sehnten, diese Tausende von Hetz-Flugblättern verbreitet, welche die Soldaten **zum Kampf die Bürger aufhetzten.** Er schreibt:

Das Ganze halt! Soldaten, es ist ein falsches Signal!

„Auf zum Kampf lautet die Losung".

Dieser **Hetz-Jude Cohn,** einer unter den vielen dunklen jüdischen Ehrenmännern der Republik von Verbrechers- und Deserteurs- nennt sich Volksbeauftragter; wer hat ihn beauftragt? Das deutsche Volk etwa? Nein! Er ist ein Beauftragter des russischen Juden des Juden-Volkes, das wie ein Vampyr und Blutegel uns aussaugt.

Und dieser Jude Oscar Cohn sitzt jetzt als Mitglied im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, erdreistet sich, über unsern Hind zu Gericht zu sitzen, den Hindenburg abzuurteilen, der vier Jahre lang die Schrecken des Krieges von unserem Vaterlande fernhielt, Ot den von den russischen Horden säuberte, die die Entente auf Betreiben der jüdischen Hochfinanz gegen uns zu Felde geführt hatte. Doch Geselle, der sich heute unter dem Schutze einer Soldatesk von Meuterern, Marodeuren und erkauften Söldlingen ausbläht und über verdienstvollsten Feldherrn zum Richter aufgeworfen hat, dieser Landesverräter wird sich auch noch eines Tages, setze wie das ganze Ju von Natur aus ist, bibbernd nach einem Mauseloch umsehen, um dem gerechten Zorn des Volkes zu entgehen, wenn unsere heute noch verbl und betörten Stammesgenossen von der jüdischen Hypnose erwachen, den Wahn und Lug und Trug der Schwindelsehre vom auserwählten Juda erkennen und die wahren Verbrecher vor ein unbestechliches deutsches Volksgericht ziehen werden.

Dann aber, Volksgenossen, paßt auf, wie er den Ignoranten hetzen wird!

Dann vergeßt nicht die Schrecken der Spartakuswochen, in die er Euch hineinhetzte.

Soldaten und Arbeiter wurden aufgehetzt zum Aufruhr! Das deutsche Volk sollte sich gegenseitig zerfleischen, damit die Juden d des deutschen Volksvermögens an sich reißen können, den sie unter der immerhin noch straffen Ordnung in unserm Lande während d Kriegsjahre nicht ergaunern konnten.

Es hat ihnen nicht genügt, daß die internationalen Juden alle Völker in den Krieg auf die Schlachtbank gehetzt haben; es h Judenspitze auch nicht genügt, daß sie an den Kriegslieferungen Milliarden-Riesengewinne ergaunerten, während die Söhne aller Völker sich seitig zur Beförderung des Reichtums Judas abschlachten mußten; sie wollten eben das ganze Nationalvermögen ergaunern, sie waren lüste der Beute, die die Heeresbehörde boten, die unserm deutschen Volke als Nationalgut verblieben wären, wenn unser Heer nach ordnungsmäß geleiteitem Waffenstillstande und anschließend vollzogenem Friedensschlusse, der unseren zahlreichen Erfolgen entsprochen hätte, von seinen er Führern in die Heimat zurückgeführt und sachgemäß demobilisiert worden wäre.

Der Friedensvertrag von Versailles,

dieses Schandwerk, ausgeheckt von jüdischen Verbrecherehirnen, unterzeichnet von landesverräterischen Judengenossen und Verbrecher-Minister sich noch in der Regierung breit machen, hat unser Volk, uns, unsere Söhne, Kinder und Enkel ehrlos, rechtlos, wehrlos gemacht, zu Ausbeutungsobjekt für gemeinste Erpresserwollust.

Wo ist Friede, Freiheit, Brot?

Hohnvoll hatten die Verbrecher vom 9. November unser Brandenburger Tor mit ihrem jüdisch-freimaurerischen Firlefanz geschmückt, nichts wurden unsere heimkehrenden und sieg'en Truppen unter diesem jüdischen Triumphschmuck in die Stadt zur Bewillkommnung hereingeholt, von Burschen, die unter demselben Triumphbogen am siebsten die Ententeherren hätten einziehen lassen, die sie insgeheim überhaupt erw

Wo aber blieb Friede, Freiheit, Brot? Wo Ruhe? Wo Arbeit?

Der Bruderkrieg tobte in Berlin und im ganzen deutschen Lande!

Ueberall von Juden geschürt.

In dem Bürgerkrieg zwischen den Berliner Aufrührern Eichhorn, Spartakus und unabhängigen Sozialisten gegen die sozialdemok provisorische Regierung vermittelten die unabhängigen Sozialisten, die Juden **Dr. Cohn, Haase, Dittmann, Kautsky** und verfuchten die R zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. **Warum wieder Juden?**

Die von ihren jüdischen Führern verhetzten sogenannten unabhängigen sozialistischen Arbeiter der großen Werke zogen in endlosen mit Schildern **„Für Eichhorn!" „Nieder mit Scheidemann!"** durch die Straßen und hetzten mit zum Bürgerkrieg. **Arbeiter gegen Ar** Bluthunden wüchsen, schoben, stahlen und raubten die Juden.

Hunderte haben durch diese Hetzereien ihr Leben verloren, noch mehr sind verwundet worden, darunter viele unschuldige Männer, und Kinder. Ungeheurer Schaden an Gebäuden, Läden und Wohnungen ist angerichtet.

Barth hetzt in München! **Rädie** und **Lewinsohn** in Leipzig.

X-DD 249
W-97

Nachdruck und Abdruck in Zeitungen erwünscht.

Die Partei des Judentums

ist die Deutsche demokratische Partei. Jüdische Wähler und Wählerinnen tut am Wahltage Eure Pflicht!"

So zu lesen in Berliner Zeitungen und ähnlich auf Tausenden von Plakaten. Vor diesen Plakaten standen aber überall Juden, die mit ihren Stöcken oder Fingernägeln das Wort „Juden" austrakten. Warum diese sonderbare Verschämtheit? Sollten sich etwa die Juden der Deutschen demokratischen Partei schämen, oder ist es vielleicht umgekehrt? Fast scheint es so, denn in der Abendausgabe des Berliner Tageblattes vom Sonnabend den 18. Januar 1919 wird in einem langen Schmähartikel seitens der Deutschen demokratischen Partei versichert, daß sie unschuldig sei an der Missetat dieser Kundgebung. Wie peinlich, bedauern zu müssen, daß man es nicht gewesen ist, der die Wahrheit gesagt hat.

Aber noch weit, weit toller gebärdet sich das Blatt des Herrn Mosse, früher Moses genannt, in einem langen Artikel gegen unsere Flugblätter „Die Juden, Deutschlands Vampyre" und „Die Wahrheit ist heraus". Eine Flut von Beschimpfungen wird darin gegen die Deutsch-Nationalen und gegen uns geschleudert. Das zeigt auf das Klarste, wie trefflich unsere Hiebe gesessen haben. Was für Hiebe waren das? Nun, wir erlauben uns, **den unwiderleglichen Beweis** dafür zu führen, daß **die Juden einen Landesverrat frevelhaftester Art** gegen uns begangen haben: Trotzki (Braunstein) und Radeck (Sobelsohn) erzeugten in Rußland den Bolschewismus, Joffe und Oskar Cohn führten ihn in Deutschland ein und der Frankfurter Jude Stern — in England zum Lord Northcliffe erhoben — sorgte im Verein mit Rosa Luxemburg dafür, daß von der Heimat aus unsere Westfront mit diesem Gifte durchtränkt und von ihm bis zum Zusammenbruch zermürbt wurde. **Braunstein, Sobelsohn, Joffe, Cohn, Stern, Rosa Luxemburg — Juden, nichts als Juden!**

Warum dieser Frevel?

Weil Deutschland das größte Hindernis für Israël auf dem Wege zur Weltherrschaft war.

Hatte doch der Internationale Judenbund, die **Alliance israëlite universelle**, bereits vor dem Weltkriege frohlockend verkündet, daß sie nicht mehr weit von hier entfernt sei. Wie furchtbar wäre anderswo **der ungeheuerliche Frevel dieses Landesverrats** gerächt worden — und bei uns? Bei uns nehmen zur Belohnung für ihn die Juden $^4/_6$ aller hohen Regierungsstellen ein, obwohl sie nur $^1/_{100}$ der Bevölkerung Deutschlands ausmachen!

Wie lange sollen wir noch so feig und erbärmlich sein, uns das gefallen zu lassen?

Das soll und muß anders werden!

Nicht durch Progrome und Gewalttätigkeiten gegen einzelne Juden! Das ist auf das Entschiedenste zu verwerfen! Aber auf gesetzlichem Wege dadurch, daß wir nur **echte deutsche Männer** wählen, **nicht Juden und Judenknechte!**

Die Sicherheit aber dafür, dass wir es nicht mit solchen zu tun haben, bietet uns ausschliesslich die Deutsche nationale Volkspartei.

Um diese Partei zu bekämpfen, ist den Juden jedes Mittel recht: Sie verleumden die Deutsch-Nationalen als Kriegsgewinnler und Kriegsverlängerer, während gerade das **Judentum** es ist, das im Weltkriege nicht weniger als **72 Milliarden Mark Profit** gemacht hat.

„Haltet den Dieb" schreit ja auch der beim Diebstahl Ertappte, indem er ausreißt! So machen es die Juden auch. Sie stehen aber auch fest zusammen und bauen nach ihrem eigenen Geständnisse bei den Wahlen einen „Schutzwall aus Geld" um sich. Die Deutschen aber zersplittern und bekämpfen sich gegenseitig und nur zögernd geben sie ein paar Mark zum Kampfe gegen das Judentum, gegen den gefährlichsten aller Feinde Deutschlands!

Trotz alledem! Wir, die wir im vordersten Treffen der heißen Schlacht stehen, wir wanken und weichen nicht!

Zu uns, wer ein echter Deutscher ist, wer das Herz auf dem rechten Flecke hat!

Deutschland den Deutschen!

Bezugspreis
100 Stück Mk. 3.—, 1000 Stck. Mk. 25.—

Deutscher Volksbund, Berlin-Schöneberg, Vorbergstrasse 4.

X-DD 249
I-98

15.11.19

Extrablatt!

Die Vorfriedensverhandlungen stehen vor der Tür!

Mitbürger!

Die Friedensdelegation steht vor ihrer Abreise!

Ihre Aufgabe ist es, den Frieden zu sichern, den sie schließt!

Deshalb darf sie nur einen Frieden unterzeichnen, der die Revanche-Idee für immer ausschließt!

Sie darf durch ihre Tätigkeit nicht das deutsche Volk zum Mitschuldigen an neuen Kriegen machen, indem sie die Macht als Recht anerkennt!

Die Friedensdelegation darf nicht dulden, daß irgend einem Volke das geraubt wird, was aus nationalen und geschichtlichen Gründen sein unbestreitbares Eigentum ist!

Die Reaktionäre und Chauvinisten aller Länder lauern nur auf die Gelegenheit, mit blutrünstigen Revanche-Ideen die Jugend aufs neue zu vergiften!!

Mitbürger!

Deutschland will keine Revanche-Idee!

Die Welt muß einem dauernden Frieden entgegensehen dürfen! Sie sehnt sich nach Erlösung!

Ihr müßt von Euern Führern verlangen, daß sie jede Gewaltpolitik grundsätzlich ablehnen!!

Nieder mit allen Revanche-Ideen!

Nieder mit jeder Art von Gewaltpolitik!

Druck von Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68.

X-DD 249
I-99

8.E. 19. Bln
Potsdamer Platz

Heraus mit unseren Gefangenen!

Aufruf!

Erwacht, Ihr Volksgenossen! Besinnt Euch!

Ist es möglich, daß Ihr kalt, gleichgültig und teilnahmslos bleibt, wenn Hunderttausenden Eurer Brüder namenloses und endloses Elend droht?

800 000 Deutsche warten als Kriegs- und Zivilgefangene auf die Heimkehr in ihr Vaterland, zu ihren Angehörigen.

In Elend, Krankheit und Not, in der Verbitterung und Verzweiflung von vier Jahren hat sie die Hoffnung auf die Heimkehr nach Ende des Krieges vor völligem Zusammenbruch bewahrt. Und diese letzte große Hoffnung ist zur letzten furchtbarsten Enttäuschung geworden. Der Krieg ist aus. Die Gefangenen, die in Deutschland waren, sind in ihr Vaterland zurückgekehrt, das deutsche Heer ist aufgelöst. Weder die Möglichkeit noch der Wille einer Erhebung Deutschlands ist da.

Keinen Grund gibt es mehr, den Männern die Heimkehr zu verweigern,

die länger denn vier Jahre die furchtbarsten seelischen Qualen erlitten, die länger denn vier Jahre unter den dürftigsten und elendesten Bedingungen gelebt haben. Und doch wird ihnen die Rückkehr versagt! — Aus welchem Grunde, zu welchem Zwecke? Nur Lust am Leiden Wehrloser kann Grund, nur Vernichtung deutscher Volkskraft kann Zweck sein.

Deutsche, wollt Ihr das schweigend mitansehen, wollt Ihr Eure Pflicht als Blutsbrüder, Eure Pflicht als Menschen versäumen?

Bei den **Vorfriedensverhandlungen** sollte die Heimsendung der deutschen Gefangenen geregelt werden. Das Versprechen ist unseren Unterhändlern bei Abschluß des Waffenstillstandes gegeben worden. Das **Versprechen ist gebrochen.** Die Regelung der Heimsendung ist auf den **Hauptfriedensschluß,** auf ungewisse Zeit verschoben. **Einen Vorfrieden gibt es nicht mehr.** Ein Frieden der **Gerechtigkeit** ist uns und der Welt versprochen worden. Seine Einleitung ist die jeder Menschlichkeit und Gerechtigkeit widersprechende Zurückhaltung von 800 000 Menschen!

X-DD 249
V 100

Zeichnen und nicht halten?

Politische Narren propagieren die Idee, Deutschland solle das nächste Angebot unserer Feinde annehmen, auch wenn die Bedingungen für das deutsche Volk undurchführbar und unerträglich sind. Man tröstet sich mit dem Gedanken, den gezeichneten Vertrag nicht zu halten und scheut keine gewissenlose Unterschrift, weil sie in der Not erfolgt.

Wer so denkt, besorgt die Geschäfte Englands!

England will die Krüppelung Deutschlands durch Abtretung der Grenzgebiete und wichtiger Kohlenquellen, es will die deutsche Handelsflotte, die Kolonien und die Vernichtung des deutschen Außenhandels. Diese Ziele sind sofort nach Unterzeichnung erreicht, damit ist das Todesurteil für Deutschlands Wirtschaftsleben vollstreckt. Hunger und Elend auf lange Jahre hinaus sind die unausbleibliche Folge. Selbstverständlich werden wir unter solchen Umständen niemals irgend eine versprochene Kriegsentschädigung zahlen können. Aber das spielt für England keine Rolle; die Leidtragenden, die auf unsere Kriegsentschädigung angewiesen sind, sind Frankreich und Belgien. England wird es begrüßen, wenn seine kontinentalen Bundesgenossen **nicht** wiederhergestellt und entschädigt werden, weil auch sie dann dauernd von England abhängig bleiben.

Nichts kann also England besser passen, als daß wir einen Vertrag zeichnen mit der ausgesprochenen Absicht, die unmöglichen Zahlungsverpflichtungen niemals zu erfüllen!! England hat seinen Vorteil, Deutschland ist vernichtet, obendrein vertragsbrüchig, Frankreich und Belgien bleiben englische Domänen.

Aus diesem Grunde wird mit englischem Geld für die Zeichnung jeglichen Friedens Stimmung zu machen versucht. Unruhen und Putsche dürfen uns nicht über den wahren Sachverhalt täuschen, — von ehrlosem Gesindel, das mit englischem Gelde agitiert, dürfen wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Behalten wir unsere Nerven und bleiben standhaft, nur einen Frieden zu zeichnen, der für das deutsche Volk erträglich ist und den wir mit deutscher Treue ehrlich ausführen können, — dann werden die englischen Machenschaften zunichte, — dann werden die Verhandlungen ein befriedigendes Resultat erbringen.

Nur wenn wir uns weigern, einen unerträglichen Frieden zu zeichnen, nur wenn wir uns endlich zu einem entschiedenen „Nein!“ aufraffen, werden die Feinde ehrlich mit uns verhandeln und sich zu einem Frieden bereit finden, der unsere Existenz gewährleistet.

Das Gebot der Stunde heißt: Geduld, Nerven behalten und sich der feindlichen Agitatoren erwehren — sonst droht sicherer Untergang!!

X-DD 249
V-101

Ultimatum oder verhandeln?

Die Mitteilungen aus Frankreich, England und Amerika zeigen deutlich, daß die feindlichen Unterhändler in zwei Lager geteilt sind. Die eine Partei will mit Deutschland verhandeln, die andere Partei jede Abänderung des Vertrages ablehnen und uns ein kurzfristiges Ultimatum stellen. Kommt es zwischen diesen beiden Parteien zur Einigung? Bisher sind unsere Feinde stets einig geblieben, weil Deutschland alles angenommen hat, was ihm geboten ist. Daraus werden die Feinde ihre Lehren ziehen. Kein Mensch in Deutschland kann sich wundern, wenn jetzt von feindlicher Seite ein Ultimatum kommt. Die beiden feindlichen Parteien werden sich verständigen unter der Formel:

„Zunächst der Versuch eines Ultimatums — Deutschland hat bisher ja stets alles angenommen —, versagt das Ultimatum, erst dann wird verhandelt!"

Läßt Deutschland sich durch ein Ultimatum verblüffen, dann unterschreibt es sein eigenes Todesurteil. Lehnt es das Ultimatum ab, so ist nicht eine Fortsetzung des Krieges die Folge — auch unsere Feinde brauchen dringend Frieden —, die Folge sind Verhandlungen, deren Ergebnis ein Fortbestehen Deutschlands unter erträglichen Bedingungen sein wird.

X-DD 249
V-102

Die Lüge vom monarchistischen Putsch!

Die Presse der alten Regierung scheut sich nicht, noch heute in ihren Morgenblättern die nationale Bewegung, die zum Rücktritt der alten Parteiregierung führen mußte, als einen monarchistischen Putsch hinzustellen. Sie sagt damit bewußt die Unwahrheit. Nicht die Wiederaufrichtung der Monarchie, sondern die Erfüllung der dem Volke gegebenen Versprechungen sind das Ziel der neuen Machthaber. Im besonderen muß den unsinnigen Gerüchten entgegengetreten werden, als wolle die neue republikanische Regierung die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen. Das widerspräche dem Friedensvertrag. Noch weniger beabsichtigt die neue Regierung neue Kriege anzuzetteln. Mit solchen Behauptungen suchen frivole Hetzer das Volk zu betören. Anstatt wie die alte Regierung eine Politik der Verschleppung zu treiben, wird es die erste Aufgabe der neuen Machthaber sein, nach den praktischen Bedürfnissen des Staates und des Volkes in seiner Gesamtheit zu regieren. Jede Klassenbevorzugung, sei es nach rechts oder nach links, soll endlich aufhören. Menschenwürdige Lebensbedingungen für jeden Einzelnen zu schaffen, eine Volksvertretung zu haben, die der wahre Ausdruck des Volkswillens ist, den Friedensvertrag loyal durchzuführen unter Wahrung der deutschen Ehre und soweit er nicht Selbstvernichtung bedeutet, sind die Kernpunkte des neuen Programms. Wer dazu mithilft, hilft seinem Vaterlande! Gehe jeder friedlich seiner Arbeit nach. Heute ist Arbeit die vornehmste Pflicht für Jedermann.

v. J.

Nicht Umsturz, sondern Aufbau ist die Parole!!!

X-DD 249
V-103

Berliner

Protestiert gegen das ungeheu
Unrecht der Friedensbedingunge

Glaube keiner in verblendeter Eigensucht, daß die Folgen des Krieges gerade ihn nicht treffen. Unser Protest gegen das Unrecht ohnegleichen, ohne Beispiel in der Weltgeschichte wird das Schicksal der Völker in den kommenden Jahrhunderten bestimmen.

Fordert Gerechtigkeit!

Geht in Massen in die Protestversammlunge

Sonntag, den 18. Mai, 11 Uhr vormitta

am Reichstag, Germania - Prachtsäle, Palast-Theater am Zoo, Sophiensäle, Konzerthaus Kaiserhallen (Moritzplatz), Prachtsäle des Westens.

Redner: **Bernstein, Davidsohn, Dominicus, Hirschfeld, Kuckhoff, Michaelis, Pfe Rade, Rickelt, Rüffer, Mihal-Slahn, Adele Schreiber, Wallauer**

Schließt Euch den Demonstrationszügen

Einberufen von der

Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildu Berlin W 8.

Selbst... Überzeugung des Herrn Professor Schiemann, aus der hervorgeht, daß Deutschland das Opfer jeg...

Illusionspolitiker

geworden ist, die an Wilson und an die Internationale glaubten. Es ist euch nicht daran zu denken, daß Amerika den Versailler Vertrag Deutschlands wegen verwerfen wird.

Deutsche Männer und Frauen, kommt darum zur

Deutschen Volkspartei,

deren Führer rechtzeitig, aber damals leider vergeblich, vor dem Abgrund gewarnt haben, in den Deutschland hineingetaumelt ist.

Wahlkreisverband Berlin, Zimmerstraße 72-74
Fernspr.: Zentrum 2626, 12475, 12747.

Wählt Liste:

1. Professor Kahl.
2. Verbandsdirektor v. Raumer.
3. Stadtrat Oberlehrer Benecke.
4. Telegraphengehilfin Rüdiger.
5. Arbeiter Klähn.
6. Brunnenbaubermeister Bitterhof.
7. Schlossermeister Lentz.
8. Oberin Lübben.
9. Stadtsekretär Schalldach.
10. Diplom-Ingenieur Berndt.
11. Pfarrer Kroepelin.
12. Arzt Dr. Falkenberg.
13. Lehrer Grapentin.
14. Kaufmann Stodwasser.
15. Schriftstellerin Frau Else Frobenius.
16. Oberverwaltungsgerichtsrat v. Cynern.

Ich erkläre hiermit meinen ***Beitritt*** *zur Deutschen Volkspartei, Wahlkreisverband Berlin, Geschäftsstelle Zimmerstrasse 72—74, mit einem*

Vierteljahresbeitrag / Jahresbeitrag von Mark .....

o'r ***Beitrag zum Wahlsohatz*** *spende ich Mark* .....

Diese Beträge werden überwiesen auf das Postscheckkonto der Deutschen Volkspartei, Wahlkreis Berlin, Konto Nr. 52098 — Preuss Staatsbank (Seehandlung), Konto B 90737

Name: ..... *Postamt:* .....

Strasse: ..... *Fernsprecher:* .....

Beruf: .....

X-UD 249
X-104

Der Tag der Abrechnung!

(Amerikanische Urteile.)

Die New Yorker Monatsschrift „Viereckx the American Monthley", November 1919, bringt eine Reihe höchst beachtenswerter politischer Artikel, von denen Prof. Schiemann zwei in längeren Auszügen in der „Täglichen Rundschau" wiedergibt. Der erste behandelt die Schuldfrage im allgemeinen, der zweite rechnet mit Wilson ab.

I. Die Schuldfrage.

Herr Silvester Viereck beginnt folgendermaßen: Bekenntnisse abzulegen, mag der Seele wohltun. Aber es fällt schwerer, einen sittlichhaltigen Grund für die hysterischen Anklagen gewisser Deutscher zu finden, welche die Schuld am Kriege dem eigenen Vaterland aufzubürden versuchen.

Große Kriege entstehen wie große Erdbeben

aus vielen Ursachen, die sich menschlicher Kontrolle entziehen. Ökonomische und Rassenfragen spielen mit, die bei den Schauspielern auf der politischen Bühne, wenn überhaupt, so doch nur im Unterbewußtsein vorhanden sind.

Aber die Deutschen sind nicht die einzigen, die sich so erniedrigen: auf Oesterreicher, Engländer, die Russen zumal fällt die gleiche Schuld, wenn anders man Schuld nennen darf, was alle tun. Aus dem Zeugnis ihrer eigenen Staatsmänner müssen wir schließen, daß erstens Rußland, zweitens England, drittens Deutschland, viertens Oesterreich schuldig sind, den Krieg begonnen zu haben. Aber das ist nicht alles. Die Schuld Serbiens ist klar erwiesen durch den mörderischen Schuß, der von Serajewo aus einen Widerhall in der ganzen Welt fand.

Der französische Schrei nach „Revanche",

der 40 Jahre lang wiederholt wurde, während Deutschland den Frieden Europas aufrecht erhielt, macht eine französische Beichte überflüssig, obgleich die französischen Sozialisten ihren anklagenden Finger gegen den französischen Imperialismus erhoben. Im Jahre 1911 hat der Franzose François Delaisi

das englisch-französische Komplott,

das Deutschland zerschmettern wollte, in seinem „Inevitable War" enthüllt, das in englischer Sprache 1915 bei Small, Maxquard u. Co. erschien. Die Herausgeber unterdrückten später das Buch, aber die einmal ausgesprochene Wahrheit kann nicht geleugnet werden.

Eine andere, keineswegs unbedeutende Ursache des Krieges war das unsichere Gleichgewicht auf dem Balkan. Der ganze Balkan mag nicht die Knochen von Bismarcks pommerschen Grenadieren wert sein. Trotzdem sind die Funken des Balkanbrandes in die Pulvermagazine von sechs Kontinenten geflogen. Wir müssen deshalb zu den Urhebern des Krieges fünftens die Balkanslawen (speziell Serbien) und sechstens Frankreich rechnen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß

die russische Autokratie hoffte,

sich durch einen erfolgreichen Krieg vor der drohenden Revolution zu retten. Wir wissen, daß die russische Mobilisierung, trotz des Gegenbefehls des Zaren, der zu spät erfolgte und von seinen Untergebenen ignoriert wurde, die deutsche Kriegserklärung unvermeidlich machte. „Dies ist mein Krieg", erklärte der russische Botschafter Iswolski voller Stolz in Paris. Aber Iswolski muß seine Schuld (oder seinen Stolz) mit König Eduard teilen, dessen

Politik der Einkreisung Deutschlands

eine geistige Atmosphäre schuf, die notwendig zum Konflikt führen mußte. Eduard VII. war jedoch das Werkzeug von Ministern, die stärker waren als er, und von denen er nicht einmal eine schwache Vorstellung hatte. Auch muß Eduard seine Lorbeeren mit Sir Edward Grey teilen, dem neuen britischen Botschafter in Washington. Dafür haben wir nicht nur das

X-DD 249
V-105

Das Sühnopfer der Flotte

Die alten Helden vom Skagerrak

haben unter den feindlichen Kanonen
die deutsche Flagge gehißt,
die Flotte versenkt.

Die als Erste Schmach und Schande über das deutsche Volk gebracht,
weil bestochene Verräter sie verführt,

haben sich als Erste auf sich selbst besonnen.

Die Welt achtet sie wieder.

Dank ihnen!

* * *

Alte Helden von Tannenberg u. Lüttich

von den Dardanellen, von Tarnow, Belgrad und Kut-el-Amara,
vom Argesul und Isonzo, von Tanga, [illegible] und Helsingfors,

Besinnt Euch!
Rettet die Ehre!

Die Welt harrt!

Die deutschen Frauen.

X-DD 249
I-106

Nicht behalten, bitte weitergeben!!!

Aufruf!

Auf Grund unzähliger aus allen deutschen Gauen eingetroffener Zuschriften hat der unterzeichnete Bund beschlossen, auch die Auslieferung der Heerführer, U-Bootskommandanten und der übrigen Opfer zwecks Wahrung der deutschen Nationalehre mit allen Mitteln zu hintertreiben.

Eigentlich müßten die alliierten und assoziierten Regierungen nunmehr, nachdem sich ihr hysterischer Siegestaumel einigermaßen gelegt hat, zur Einsicht gekommen sein, daß sie durch eine Bestrafung des Kaisers, der Heerführer usw. nicht nur uns, sondern vor allem sich selbst unzerstörbare Schanddenkmäler errichten würden.

Fest steht schon jetzt, daß sich gegebenenfalls die Feinde die Verlangten selbst holen müssen, **denn kein Deutscher wird sich dazu hergeben,** die frevelhafte Festnahme bezw. den Transport jener getreuen deutschen Staatsbürger zu bewerkstelligen. Schwerlich dürfte man in Paris oder London darauf rechnen, daß sich die deutsche Reichsregierung zum Büttel der Entente machen wird, um der ihr aufgezwungenen

„Judas Ischariot-Aufgabe"

gerecht zu werden.

Unschuldige haben im allgemeinen keine Veranlassung, sich zu weigern, einer gerichtlichen Ladung Folge zu leisten. Da es aber von vornherein klar erkennbar ist, daß die Betroffenen keinen vorurteilsfreien, gerechten Richtern überantwortet werden, so stellt hiermit der Bund im Namen der Millionenzahl seiner Mitglieder an jene Entente-Opfer die energische Forderung, sich unter allen Umständen zu verbergen bezw. ins neutrale Ausland zu flüchten. Persönliche Anschauungen müssen vollständig in den Hintergrund treten, denn in einer derartig bedeutungsvollen Vaterlandsangelegenheit darf es naturgemäß nur heißen:

„Geschlossen einer für alle"

Wenn du dich stellst, muß sich voraussichtlich auch Deutschlands greiser Eckehard, und Hinden-

X-DD 249
X 107

Heraus mit unseren Gefangenen!

Aufruf!

Erwacht, Ihr Volksgenossen! Besinnt Euch!

Ist es möglich, daß Ihr kalt, gleichgültig und teilnahmslos bleibt, wenn Hunderttausenden Eurer Brüder namenloses und endloses Elend droht?

800 000 Deutsche warten als Kriegs- und Zivilgefangene auf die Heimkehr in ihr Vaterland, zu ihren Angehörigen.

In Elend, Krankheit und Not, in der Verbitterung und Verzweiflung von vier Jahren hat sie die Hoffnung auf die Heimkehr nach Ende des Krieges vor völligem Zusammenbruch bewahrt. Und diese letzte große Hoffnung ist zur letzten furchtbarsten Enttäuschung geworden. Der Krieg ist aus. Die Gefangenen, die in Deutschland waren, sind in ihr Vaterland zurückgekehrt, das deutsche Heer ist aufgelöst. Weder die Möglichkeit noch der Wille einer Erhebung Deutschlands ist da.

Keinen Grund gibt es mehr, den Männern die Heimkehr zu verweigern,

die länger denn vier Jahre die furchtbarsten seelischen Qualen erlitten, die länger denn vier Jahre unter den dürftigsten und elendesten Bedingungen gelebt haben. Und doch wird ihnen die Rückkehr versagt! — Aus welchem Grunde, zu welchem Zwecke? Nur Lust am Leiden Wehrloser kann Grund, nur Vernichtung deutscher Volkskraft kann Zweck sein.

Deutsche, wollt Ihr das schweigend mitansehen, wollt Ihr Eure Pflicht als Blutsbrüder, Eure Pflicht als Menschen versäumen?

Bei den **Vorfriedensverhandlungen** sollte die Heimsendung der deutschen Gefangenen geregelt werden. Das Versprechen ist unseren Unterhändlern bei Abschluß des Waffenstillstandes gegeben worden. Das **Versprechen ist gebrochen.** Die Regelung der Heimsendung ist auf den **Hauptfriedensschluß,** auf ungewisse Zeit verschoben. **Einen Vorfrieden gibt es nicht mehr.** Ein Frieden der **Gerechtigkeit** ist uns und der Welt versprochen worden. Seine Einleitung ist die jeder Menschlichkeit und Gerechtigkeit widersprechende Zurückhaltung von 800 000 Menschen!

X-DD 249
I-108

Aufruf!

An das Deutsche Volk!

Eine Minderheit von Memmen und Verrätern
will unter

Verhöhnung der Verfassung, welche die Mehrheit des deutschen Volkes sich selbst gegeben hat,

das ganze deutsche Volk zu ehrlosen Verbrechern stempeln,

indem sie, ohne die Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben,

den von dem kapitalistischen Entente-Imperialismus diktierten Schmach- und Gewaltfrieden unterzeichnet.

Sie will das Volk glauben machen, daß, wenn sie ihre Namen unter den sogenannten Friedensvertrag setzen, das Reich erhalten bleibe, Frieden sei und die Gefangenen zurückkehren werden.

Dieser sogenannte Friede bedeutet aber die Vereinigung des Krieges, er bedeute

Hunger und Tod für Millionen, Zerfall des Reichs, ewige Ehrlosigkeit für alle Deutschen.

Der Vertrag enthält das Eingeständnis, daß Deutschland von ehrlosen Verbrechern bewohnt ist, er verlang die **Auslieferung deutscher Bürger zur Aburteilung durch unerbittliche Feinde und durch jeden Raubstaat, der eine Auslieferung verlangt.** Durch die wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages wird es

unmöglich, die Renten der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen zu bezahlen

und das ganze deutsche Volk wird zum ewigen Frohndienst für die Ententekapitalisten verurteilt.

Der Vertrag bestimmt nicht nur, daß die Entente über alles deutsche Hab und Gut im Inland frei verfügen kann, sondern auch, daß aller deutscher Besitz im Ausland eingezogen wird und daß der Deutsche im Ausland keinen Handel mehr treiben kann. Er bedeutet also auch

die Preisgabe aller Deutschen im Auslande.

Die Verräter am Deutschen Volke, die unterzeichnen wollen, behaupten, daß bei Unterzeichnung der feindliche Einmarsch unterbleiben werde. Das ist eine Lüge. Der Vertrag bestimmt, daß die Entente einmarschieren darf, um die Sicherung ihrer Forderungen durchzusetzen. Da aber jeder, auch die Verbrecher, die unterzeichnen wollen, weiß, daß die Forderungen nicht erfüllbar sind, so ist es klar, daß

der Einmarsch erfolgt, auch wenn unterzeichnet wird.

Der Vertrag bringt **12 Millionen Deutsche unter ein fremdes Sklavenjoch.**

Der Osten wird sich das nicht gefallen lassen. Er wird abfallen, und so ist es gleichfalls klar, daß

das Reich zerfällt, gerade wenn unterzeichnet wird.

Wollt ihr das Reich vernichten helfen? Wollt ihr verhungern? Wollt ihr ehrlose Sklaven sein für ewige Zeiten?

Niemals!

Deutsche aller Parteien vereinigt Euch!
Nieder mit dem Schmach- und Gewaltfrieden!
Nieder mit den Verrätern, die unterzeichnen wollen!

Vereinigung für soziale Aufklärung.

X-DD 249
Y-109

Die Grundzüge des neuen Friedensentwurfs der Entente

Die von der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge zugestandenen wenigen Abänderungen ihres ersten Vertragsentwurfes sind durchweg ganz geringfügiger Art. Sie ändern nichts an dem Charakter des Gewaltfriedens und halten unerschütterlich an den Zielen der

Zerstückelung und Versklavung Deutschlands

fest. Die gegnerische Antwort bestimmt im einzelnen:

1. Völkerbund.

An dem Völkerbundstatut wird nichts geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Völkerbund erst eine Art Probezeit durchmachen, und wenn es seine Vertragstreue bewähre und Gewähr für sein Wohlverhalten gäbe, soll nichts mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzu ferner Zeit in den Völkerbund aufgenommen wird.

2. Die territorialen Bedingungen.

In bezug auf die territorialen Fragen wird **nichts geändert an den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsaß-Lothringen und Deutsch-Oesterreich.** Für das Saargebiet war schon vorher in dem Notenwechsel die finanzielle Bestimmung über den Rückkauf der Minen geändert worden. Bezüglich **Westpreußens, Danzigs und Ostpreußens,** und zwar sowohl bezüglich der **südlichen Kreise bei Allenstein** sowie auch **Memels** wird **nichts geändert.** Nur die Garantien für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen sind verstärkt und präziser gefaßt worden. Eine **Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands** ist insofern zugestanden, daß nicht mehr gewisse Teile **Pommerns** in das polnische Gebiet fallen sollen. Für **Oberschlesien** soll eine **Volksabstimmung** in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Bis dahin wird das Land von alliierten Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zungunsten Deutschlands ausfällt, sollen Garantien für den Bezug der oberschlesischen Kohle dahin geschaffen werden, daß Deutschland ebenso wie Polen in Oberschlesien Kohle erwerben kann. **In Schleswig ist auf Antrag von Dänemark** die dritte, die südliche Abstimmungszone, fallen gelassen worden.

3. Galizien

4. Unser Verhältnis zu Rußland.

Auch die Bestimmungen über unser Verhältnis zu Rußland werden nicht geändert.

5. Die wirtschaftlichen Bedingungen.

In bezug auf die deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, also Außenhandel und Schiffahrt, sind keinerlei Konzessionen gemacht worden. Es bleibt bei dem Vertragsentwurf hinsichtlich der deutschen **Handelsflotte.** Das gleiche gilt für die Grundlagen unserer **Schadensersatzpflicht.**

Unser finanzieller Gegenvorschlag ist nicht akzeptiert worden,

die früheren Bedingungen haben in ihrem Wortlaut selbst keine Aenderung erfahren. Nur wird in dem Memorandum zugesagt, daß Deutschland innerhalb vier Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, feste Vorschläge zu machen. Aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine **neutrale Instanz** über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine ebensolche deutsche Kommission neben der Commission des Reparations wird zugelassen behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission neben der „Wiedergutmachungskommission" **wird** zugelassen **behufs Verhandlungen** mit dieser Kommission. Aber bindende **Entschlüsse** hat **allein die letztere zu fassen.** Dagegen wird festgestellt, daß die Friedensbedingungen **nicht** einen unmittelbaren Eingriff der Wiedergutmachungskommission **in die deutsche Verwaltung bezwecken, jedoch kann die gegnerische Kommission unser Budget prüfen und Reichsausgaben streichen.** Ausdrücklich wird erklärt, daß eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse einzelner Fabriken nicht stattfinden soll.

Unsere Gegenvorschläge werden nicht erweitert,


FREICORPS
LOESCHEBRAND
DER GARDE KAVALLERIE SCHÜTZEN DIVISION
OFFIZIERE UNTEROFFIZIERE MANNSCHAFTEN ALLER WAFFEN
MELDET EUCH KAISERSTR. 46 G. 2.09
MONATLICHE GEHALT FÜR ALLE DIENSTGRADE 3 MARK 50 PFG. ZULAGE FREIE VERPFLEGUNG
UNTERKUNFT BEI BERÜCKSICHTIGUNG FAMILIENVERHÄLTNISSE

X DD 249
V-110



X-DD 249
V-111

X-DD 249
V-112

16.12

Was verlangt das Volk von der Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte?

Festigung der deutschen Republik, des deutschen Sozialismus.
Nicht durch Terror —
Nicht durch Pressionen, die zum Bürgerkrieg führen
Nicht durch Diktatur einer kleinen verwirrten und verirrten Gruppe
Nein, nur durch die ehrliche Demokratie,

durch den unverfälschten Volkswillen!

Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz.
Des Volkes Wille ist:
Schaffen am Friedenswerk der deutschen Republik
Heilung der Wunden, die uns der verbrecherische Kriegswahnsinn in vier blutigen Jahren geschlagen
Ausbau des freien Volksstaates.
Unser aller Wille verlangt stürmisch:

Gebt dem Gegner keinen Anlaß zum Einmarsch!!

Ihr seht am okkupierten Gebiet des linken Rheinufers, was uns dann droht:
Die Kirchhofsruhe unter der Säbelherrschaft der westlichen Imperialisten.
Aufhebung der Soldatenräte.
Beseitigung des Achtstundentages und aller sozialen und politischen Errungenschaften!
Wir sind jetzt das freieste Volk der Welt und wollen diese Freiheit erhalten wissen. Darum sorgt, daß Ihr uns die Freiheit nicht verspielt.

Beruft die Nationalversammlung, ehe es zu spät ist.

Schlagt uns die Revolution nicht kaputt!
Wir wollen mit ihr leben, nicht an ihr sterben!
Stoßt das Tor auf ins helle Land der Zukunft!

Vereinigte Kunstanstalten A. G., Berlin-Schöneberg

X-DD 249
V-113



Das deutsche Hilfswerk
für die Kriegs- und Zivilgefangenen wendet sich gelegentlich der Lebensmittelkartenverteilung an Sie mit der Bitte:

Helft den Gefangenen!

Eure Not ist groß, die Not der Gefangenen noch viel größer! 800 000 deutsche Volksgenossen, im blühendsten Mannesalter, stehen vor dem körperlichen u. seelischen Zusammenbruch!

Darum gebe jeder! Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Jedem Haushalt werden Zeichnungslisten vorgelegt. Der Ertrag dient dazu, das Los unserer bedauernswerten Brüder zu erleichtern, ihre Not zu lindern und ihnen nach ihrer Rückkehr helfend zur Seite zu stehen. Über die Verwendung der Mittel entscheidet ein Arbeitsausschuß bei der Reichszentralstelle, sodaß Gewähr für die sachgemäße Verwendung gegeben ist.

Deutsches Hilfswerk für die Kriegs- u. Zivilgefangenen
Reichszentralstelle für die Kriegs- und Zivilgefangenen.
Haupt-Geschäftsstelle: Berlin C 2, Schloßplatz 1.
Fernsprecher: Centrum 4900 und 4901. / Postscheckkonto: Berlin 53 407.
Sammelausschüsse in allen Vororten. / Alle Banken und Sparkassen nehmen Zahlungen an.

X-DD 249
V-114

7/12

Unsere Kriegsgefangenen.

Die **fremden** Kriegsgefangenen dürfen nach Hause.
Die Russen wandern schon.
Die Esten, Letten, Litauer dürfen heim.
Die Engländer und Franzosen drängen aus den Lagern.

Die deutschen Kriegsgefangenen aber??

Die **bleiben** in Feindesland.
Das **darf** nicht sein.
Es ist **gegen Völkerrecht.**
Es ist **gegen Menschenrecht.**
Sie **stritten** für uns!
Sie **litten** für uns!
Sie **trugen** entsetzliche Qual für uns!
Arbeiter sind es,
Bauern,
Handwerker,
Angestellte,
Lehrer,
Künstler!

Deine Söhne sind's, deutsche Frau.

Heim sollen sie.
Heim zu uns.
Heim nach **Deutschland.**

Druck der Danziger Allgemeinen Zeitung, Akt.-Ges., Danzig.

X-DD 249
V-115

Gewaltfrieden macht friedlos!

Gewaltfrieden bringt Unterdrückung, Haß, Rachsucht, Aufruhr und endlich

neuen Krieg!

Lernt aus der Geschichte den Gewaltfrieden kennen:

Der Friede von Preßburg (1805), der Österreich von Napoleon I. aufgezwungen wurde, führte zum Aufstand der Tiroler und zum unglücklichen Kriege 1809; der darauf folgende, noch härtere Friede von Schönbrunn (1809) zum Befreiungskrieg von 1813.

Aus dem Frieden von Tilsit (1807), der Preußen verstümmelte, ergab sich, nachdem die Aufstände Schills, Dörnbergs, des Herzogs von Braunschweig mißlungen waren, der Befreiungskrieg von 1813.

Der Wiener Kongreß (1815) unterwarf, ohne sich um den Willen der Völker zu kümmern, Oberitalien der österreichischen, Belgien der holländischen Herrschaft. Die Folge war der holländisch-belgische Krieg 1830—1839 und vier Kriege Österreichs mit Italien: 1848, 1859, 1866, 1915.

Der Friede von Frankfurt (1871), durch den Elsaß-Lothringen ohne Befragung des Einvernehmens von Deutschland annektiert wurde, erweckte in Frankreich die Revanche-Idee und war damit eine der wesentlichsten Ursachen zum Weltkrieg 1914.

Der Friede von Bukarest (1913) beraubte Bulgarien seiner mazedonischen Stammesgenossen und verursachte damit Bulgariens Teilnahme am Weltkrieg 1915.

Und zu welchem Kriege wird der Friedensschluß von 1919 führen, wenn er ein Gewaltfrieden wird?

Wenn Ihr nicht wollt, daß eine deutsche Revanche-Idee entsteht, wenn Ihr nicht wollt, daß die Chauvinisten einen Vorwand finden, Euch und Eure Kinder von Neuem in das namenlose Elend des Krieges zu stürzen und Deutschland endgültig zu vernichten, —

dann verlangt von Eurer Regierung, daß sie keinen Gewaltfrieden von der Entente hinnimmt,

dann besteht auf einen Frieden der Gerechtigkeit!

Druck von Rudolf Mosse, Berlin. 181

X-DD 249
VI -116

Männer und Frauen des neuen Deutschland!

Nach einem entsetzensreichen Kriege gehen wir durch die Wirren einer gewaltigen Revolution. Ein Staatssystem, das unbezwingbar schien, ist fast widerstandslos zusammengebrochen, die Dynastien sind beseitigt, die Säulen der alten Macht sind gestürzt. Das alles ist unrettbar tot. Niemand weckt es wieder auf.

Arbeiter und Soldaten haben durch die Kraft, die aus dem engen Zusammenhalten der Massen sich ergibt, diese Umwälzung herbeigeführt. Aber der Geist der Erneuerung hatte von überall, von allen Gruppen des Volkes her, seinen Aufstieg genommen, und überall hatte man begriffen, daß die Gewalten von gestern dem Untergang verfallen seien. Sollen Millionen Männer und Frauen, überrascht und erschreckt durch das revolutionäre Schauspiel, furchtsam sich in die Ecke drücken und tatenlos zusehen, wie die Ereignisse vorüberziehen? Das darf nicht geschehen.

Am 9. November sind auch die alten Parteiformen zerbrochen. Die lange pietätvoll gehüteten Parteiprogramme sind bedeutungslos geworden, und auch viele, die als Führer des geistigen Lebens galten, sind hinter dem Geschwindschritt der Geschichte zurückgeblieben und stehen seit langem dem Denken und Wollen der tatkräftiger vordringenden Generationen fern. Wir wünschen die Vereinigung all' derjenigen Kreise, der Männer und Frauen, die heute nicht in Untätigkeit verharren, sondern die neugeschaffenen Tatsachen anerkennen und ihr Recht zur Mitwirkung betonen wollen. Was aus solcher Vereinigung hervorgehen muß, ist eine

große demokratische Partei für das einige Reich.

Wir stellen heute kein Programm auf, aber durch gemeinsame Grundsätze müssen diejenigen, die sich uns anschließen wollen, verbunden sein.

Der erste Grundsatz besagt, daß wir uns auf den Boden der **republikanischen Staatsform** stellen, sie bei den Wahlen vertreten und den neuen Staat gegen jede Reaktion verteidigen wollen, daß aber eine unter allen nötigen Garantien gewählte **Nationalversammlung** die Entscheidung über die Verfassung treffen muß.

Der zweite Grundsatz besagt, daß wir die Freiheit nicht von der Ordnung, der Gesetzmäßigkeit und der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen zu trennen vermögen, und daß wir jeden bolschewistische reaktionären oder sonstigen Terror bekämpfen, dessen Si nichts anderes bedeuten würde als grauenvollstes Elei und die Feindschaft der ganzen zivilisierten, vom Recht gedanken erfüllten Welt.

Wir wissen, daß heute nur kühne Mittel helfen könne und daß von allen Besitzenden große Opfer zu forde sein werden, wenn aus dem Trümmerfelde eine glückliche Zukunft sich erheben soll. Die Zeit erfordert die Gestaltu einer neuen sozialen und wirtschaftliche Politik. Sie erfordert für monopolistisch entwickel Wirtschaftsgebiete die Idee der Sozialisierung aufz nehmen, die Staatsdomänen auszuteilen und zur Ei schränkung des Großgrundbesitzes zu schreiten, damit d Bauerntum gestärkt und vermehrt werden kann. N wendig sind stärkste Erfassung des Kriegsgewinnes, ei malige progressive Vermögensabgabe, andere liefaxeifen Steuermaßnahmen, gesetzliche Garantierung der Arbeite Angestellten- und Beamtenrechte, Sicherung der A sprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Wais Stützung der selbständigen Mittelschicht, Freiheit für d Aufstieg der Tüchtigen und die internationale Dur führung eines sozialpolitischen Mindestprogramms. B verwerfen den lebensfremden, tötenden Doktrinarism und sind überzeugt, daß alle Stände, Arbeiter wie Bürg und Bauern, sich nur dann wieder emporraffen könn wenn man die deutsche Wirtschaftspolitik vor bolsc wistischen und bureaukratischen Experimenten bewahrt.

Viele andere Reformen werden mit starkem Hinw schreiten über die seelenlos gewordenen Begriffe v gestern vollbracht werden müssen, um den neuen Staa bau geschickt aufzurichten und mit einem hellen, wal haftigen Geiste zu erfüllen. Reformen können u dürfen nur durch die vom ganzen Volke gewählte ges gebende Versammlung geschaffen werden, nicht du Willkür und Diktatur. Wir fordern zu den V bereitungen für die **Nationalversammlung** den Z sammenschluß all derjenigen, die eine Gewähr dafür biet daß sie durch die Gleichheit der Grundsätze uns nahesteh Zur Mitarbeit an den großen Aufgaben der Zuku zur Sicherung der neuen Freiheit und zur Abwehr je Reaktion und jeder terroristischen Vergewaltigung ru wir Deutschlands Männer und Frauen a

Schließt Euch an!

Beitrittserklärung zur Deutschen demokratischen Partei

Name: _____ **Vorname:** _____ **Beruf:** _____

Wohnort: _____ **Straße u. Hausnummer:** _____ **Fernspr.:** _____

Einmalige Beitragsverpflichtung: Mk. _____ **Jährliche Beitragsverpflichtung: Mk.** _____

Wollen Sie sich im Parteiinteresse betätigen? Wie? _____

Bemerkungen: _____

Deutsche demokratische Partei

Berlin SW. 11
Köthener Straße 15
Eingang Bernburger Straße

Bankkonto: „Demokratischer Wahlschatz"
1. bei sämtlichen Kassen der Deutschen Bank.
2. bei sämtlichen Kassen der Nationalbank für Deutschland.

Fernspr.: Nr. 964, 965, 16
Telegrammadresse: Demopar

X-DD 249
VI-117

Wie lange noch?!

Bürger, Beamten, Arbeiter! Wie lange noch soll der gesetzlose Zustand in Berlin andauern! Wie lange noch soll Berlin, unsere einst so stolze Reichshauptstadt, ein Hohn und Spott vor Deutschland und der ganzen Welt sein?

Wie lange noch, — — und es folgen auf das Blutvergießen in den Straßen, auf ungesühnten Mord und ungestrafte Plünderung, die schon jetzt begonnen haben, auf den Stillstand der Betriebe, auf die maßlosen Lohnforderungen Hunger und Not.

So also sieht die Glückseligkeit des sozialistischen Staates aus!

Unsere Regierung, die sich durch Gewalt an die Spitze des Staatswesens gestellt hat, ist machtlos gegen dieses Treiben. Sie hat es ja nicht einmal verhindern können, daß die Polen sengend und mordend durch deutsches Land ziehen und deutsches Gebiet gewaltsam besetzen. Allein durch den polnischen Aufstand ist eine der reichsten und wichtigsten Ernährungsquellen Groß Berlins verlegt. Wie soll das werden?

In der Zeit der Not hat die Regierung versagt.

Sie hat uns Frieden versprochen, und statt dessen kämpfen Arbeiter gegen Arbeiter, Soldaten gegen Soldaten in den Straßen von Berlin.

Sie hat uns Freiheit versprochen, und sie selbst ist unsrei gegenüber dem Terror der Straße.

Sie hat uns Brot versprochen, und es droht die Hungersnot.

Wer soll uns regieren?

Das deutsche Volk ist in vier Jahren des Kampfes und der Entbehrung reif geworden, sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Es braucht sich nicht von der Diktatur einer einzelnen Klasse regieren zu lassen.

Fort mit der Klassenherrschaft!

Wählt in die Nationalversammlung Männer und Frauen, die eine festere Hand haben als die von der täglichen Angst um die **Spartakusse** kraftlos gemachte sogenannte Volksregierung. Sie hat sich unfähig gezeigt.

Wen wählen wir?

Die demokratische Volkspartei? Die Partei der **Juden** vom Berliner Tageblatt? Die sich eine Bürgerliche Partei nennt und weiter nichts ist als eine Schleppenträgerin der Sozialdemokratie? Lange genug ist diese „bürgerliche" Demokratie mit der Sozialdemokratie durch Dick und Dünn gegangen, daß nun endlich auch der letzte Wähler einsehen mußte, was hinter den Versprechungen dieser Partei steckt. „Die demokratische Partei kann ein gut Stück Weges mit der Sozialdemokratie zusammengehen", so erklären die Gründer der Partei. Der Vorsitzende der demokratischen Partei in Treptow hat erklärt: „Wir wollen ein freundnachbarliches Verhältnis zu der sozialdemokratischen Partei pflegen, mit deren Zielen wir einverstanden sind und von der wir uns bei der Lösung der Aufgaben nur in dem einzuschlagenden Tempo unterscheiden." So sieht das wahre Gesicht der demokratischen Volkspartei aus.

Wen wählen wir?

Die deutsche Volkspartei, in der sich ein Teil der Nationalliberalen zusammengefunden hat, hat **in Berlin** nur geringen Boden und keine Aussicht, einen Erfolg zu erzielen. Die meisten Nationalliberalen **in Berlin** haben sich daher der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen.

21,54 X-DD 249
VI 118

Rede

des Volksbeauftragten Scheidemann

beim Einzug der Truppen am Brandenburger Tor

am 12. Dezember 1918.

Kameraden! Zum drittenmal hat sich die Reichshauptstadt aufgemacht, um an ihrem Tor Euch, ihre Helden, zu begrüßen. Unzählige Eurer Landsleute vereinen sich mit mir in Liebe und Stolz, wenn ich Euch zurufe: **„Wir danken Euch von ganzem Herzen,** wir heißen Euch von ganzem Herzen willkommen, wir brauchen Euch, wenn wir und unser **Volk,** daß Euch hier jubelnd umdrängt, nicht untergehen sollen."

Das festliche Tor, durch das ihr einzieht, trägt die Inschrift:

„Frieden und Freiheit!"

Beides wollten wir Euch als Ehrengabe bescheeren, wenn Ihr aus dem Felde heimkehren würdet. Nun seid Ihr heimgekehrt — und **noch haben wir keinen Frieden!** Ihr gliedert Euch wieder in das arbeitende Volk ein — und **noch ist die Freiheit nicht gesichert!** Deshalb müssen wir trotz der großen Rechte, die wir für Euch erstritten haben, in der ersten Stunde, die uns wieder vereinigt, von Euren Pflichten reden. Den Frieden konntet Ihr mit all Eurem Heldenmut gegen die Übermacht einer Welt nicht erkämpfen; jetzt müßt Ihr ihn in der Heimat uns verschaffen helfen. **Die Freiheit** haben wir daheim **angebahnt;** jetzt müßt **Ihr von der Front sie uns sichern helfen.** Frieden und Freiheit können nur Hand in Hand kommen, und Ihr, das Frontheer, müßt beiden **den Weg bereiten.**

Am **9. November** hat das Volk, haben Arbeiter und Soldaten der **Sache der Freiheit zum Sieg verholfen.** Am 16. Dezember soll der zweite Hammerschlag fallen, vor dem Veraltetes zerbrechen und das Neue fester geschmiedet werden muß. Am 16. Dezember treten die **Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen Reiches** zusammen. Ihre Aufgabe ist es den **dritten und größten Tag** zu bestimmen: den Tag der

Nationalversammlung.

Ein ungeheures Maß von Verantwortung legt sich damit auf Euch, kaum, daß Ihr heimgekehrt seid. Kameraden, Ihr werdet mit zu bestimmen haben, wenn der wichtigste Tag für Euer Vaterland festgelegt wird, Ihr werdet das weiße Kalenderblatt ausfüllen müssen, auf dem der **Geburtstag des neuen Vaterlandes, der einigen deutschen Republik,** stehen soll. Mit ehernen Lettern habt Ihr Eure Kriegstaten ins Buch der Geschichte eingeschrieben, nun tragt ebenso unvergänglich Eure erste Friedenstat in die Geschichte Eures Volkes ein.

Die Nationalversammlung muß **wahr machen,** was dort weithin leuchtend steht: **Frieden und Freiheit!** Sie muß das Wort wahr machen:

„Deutschland hat ewigen Bestand
es ist ein kerngesundes Land"

ein wahres **Vaterland für alle Volksgenossen,** eine **Werkstätte für jeden Fleiß,** eine **dankbare Mutter für jeden in Krieg oder Frieden verdienten Sohn,** die **Verwirklichung des großen Ideals von der Freiheit und der Gleichheit und der Brüderlichkeit!**

Buchdruckerei Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

X-DD 249
VI-119

An alle Arbeitslosen und heimkehrenden Krieger!!!

Im Abgeordnetenhause erschienen vor einigen Tagen beim Vollzugsrat eine Anzahl von der Front zurückgekehrter Soldaten in der Hoffnung, hier eine Arbeitsvermittlungsstelle zu finden. Als sich zeigte, daß dies nicht der Fall war, gerieten die Erschienenen in Erregung, die sich erst legte, als Mitglieder des Vollzugsrates sie über diesen Irrtum aufklärten. Der Vollzugsrat benutzte diese Gelegenheit, um allen Arbeitslosen, und alle die in diese traurige Lage noch kommen werden, zu sagen, daß er außerstande sei, an der Stätte seiner Tätigkeit eine Arbeitsvermittlungsstelle einzurichten.

Der Vollzugsrat arbeitet daran, zu verhindern, daß die von allen Seiten erwartete Arbeitslosigkeit für die Betroffenen gar zu schmerzlich in Erscheinung tritt und hat den Verhältnissen schon zahlreiche Erfolge abgerungen. Die bestehenden Arbeitsnachweise werden ausgebaut, wenn es notwendig ist, werden neue geschaffen. Der paritätische Arbeitsnachweis der Stadt Berlin arbeitet fieberhaft. Die Betriebsräte sind in den Betrieben angewiesen, für Arbeitsmöglichkeit der Zurückkehrenden zu sorgen. Die Herabsetzung der Arbeitszeit zur Verhinderung von Entlassungen ist von den Arbeitgebern bewilligt und eines der sichersten Mittel, überstürzte Entlassungen zu verhüten. Die Rückleitung der Munitionsarbeiter in ihre alten Berufe ist im Gange.

Der Vollzugsrat ist sich aber bewußt, daß auch diese Maßnahmen nicht genügen werden, die Folgen des Zusammenbruchs auszugleichen. Sowie die Demobilisierung einigermaßen beendigt ist, und Transportmittel frei werden, was um so rascher erfolgen wird, je enger die Soldatenräte mit den Zentralstellen zusammenarbeiten, sollen große Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, die alle Arbeitslosen befriedigen können.

Eine Erwerbslosenunterstützung für die in Groß-Berlin ansässigen Personen besteht bereits, worauf besonders die heimkehrenden Krieger aufmerksam gemacht werden.

Der Vollzugsrat
der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin.

X-DD 249
XI - 120

Unser politisches Bekenntnis

1. Die Armee verlangt unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe in der Heimat, damit die Ernährung d Volkes gesichert bleibt und jeder Stand seiner Arbeit nachgehen kann. Sie verpflichtet sich zur genauesten Einhaltung der e lassenen Demobilmachungsvorschriften.

Das deutsche Volk ist ein armes Volk geworden, schwer und drückend ist unsere Lage, so schwer sie ab auch ist, so sicher ist es, daß wir uns wieder emporringen werden durch unser Pflichtgefühl und unsere Arbeit freudigkeit. Diese beiden Eigenschaften brauchen wir heute nötiger als je und müssen sie schützen gegen d Treibereien des Bolschewismus, die jede Arbeitsmöglichkeit vernichten.

Erinnert Ihr Euch, wie es in Rußland anfing? Dort warf der Bolschewismus alles aus dem Geleise, ur Seuchen und Hungersnot raffen die Bevölkerung dahin. Dabei ist Rußland ein Land mit nur 10% industriell Bevölkerung, das sich in Friedenszeiten stets selbst ernähren konnte. Deutschland mit seiner hochentwickelten Industr könnte einen derartigen Zustand keine 4 Wochen ertragen und wäre zu elendem Untergange verurteilt. Desha **Ruhe, Ordnung** und **Arbeitsmöglichkeit** für jeden einzelnen!

2. Unbedingte Einhaltung des festgesetzten Termins zur Abhaltung der **Wahlen zur Nationalversammlung** auf Grui des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten **Wahlrechts für Männer und Frauen.**

Weshalb brauchen wir die Nationalversammlung? Die alte Regierung ist gestürzt, ohne Regierung kann ke Volk leben. Die neue Regierung soll dem ganzen Volke zu seinem Rechte verhelfen, dieses Recht aber kann n auf der Nationalversammlung zum Ausdruck kommen, und darum brauchen wir sie und brauchen sie so schnell wie möglic

3. Die Armee bekämpft mit allen Mitteln **jeden Versuch einer Diktatur,** sei er monarchischer oder terroristisch Natur, und jede Hinausschiebung oder Verhinderung der Wahlen zur Nationalversammlung.

Diktatur ist die Herrschaft einer Minderheit über das ganze übrige Volk. Wir haben sie gehabt und darunt schwer gelitten. Wir wollen sie niemals wieder haben.

4. Die Armee erwartet von allen Behörden und Kommandostellen tatkräftige Unterstützung der Regierung Ebert-Haas bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung.

Ein jeder Beamter, ob hoch oder niedrig, gleichgültig welcher politischen Richtung, hat die Pflicht, während des gegenwärtigen Zwischenzustandes seinen Dienst gewissenhaft zu versehen.

5. Die Armee fordert baldigste Herbeiführung eines Präliminarfriedens und Ergreifung aller Maßregeln, die zum en gültigen Frieden führen.

Der vorläufige Friede soll uns Lebensmittel ins Land führen, Arbeitsmöglichkeiten geben. Der endgültige Frie kann nur durch die auf Grund der Nationalversammlung vom Volke erwählte Regierung geschlossen werde Unsere Feinde haben erklärt, daß sie mit einer Regierung, hinter der nicht das ganze Volk stehe, niemals Friede schließen werden. Die Nationalversammlung bedeutet also: **Freiheit** und **Frieden.**

6. Die Armee verlangt Erfassung sämmtlicher Kriegsgewinne zur Deckung der Lasten und schärfste **Heranziehur und Bestrafung der Kriegswucherer.**

Wer sich durch den Krieg bereichert hat, gebe den übermäßigen Gewinn heraus, denn er ist **Blutgeld** Wer aber die Not des ganzen Volkes ausgenützt hat, wer Kriegswucher betrieben hat, der werde mit hohe Geldstrafen belegt und entsprechend seinem Vergehen zur Verantwortung gezogen.

7. Weitgehendste Unterstützung aller Kriegsopfer durch Ausbau der Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Witwen-, Waise und Arbeitslosenunterstützung.

Die erste Pflicht des Landes, das wir mit unseren Leibern 52 Monate geschützt haben, ist Sorge für d Opfer des Krieges, welcher Art sie auch seien.

8. Klärung der Schuldfrage und **Einsetzung eines Staatsgerichtshofes,** der aus Mitgliedern der Nationalversammlu zu bestehen hat.

Wer in Kenntnis der Lage das Volk zur Verlängerung des Krieges verleitet hat, der verfalle dem Staat gericht. Auch wollen wir wissen, wie der Krieg entstanden ist und Lehren daraus ziehen für die Zukunft d Menschheit.

Das ist der Sinn des politischen Programmes der 4. Armee, hinter dem 500 000 Frontkämpfe stehen, durchglüht von dem heiligen Willen, auch ferner das Ihre zum Wohle des freien deutsche Volkes beizutragen.

Der Soldatenrat der 4. Armee

Vereinigte Kunstinstitute A. G. v.m. Otto Troitzsch, Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 59

X-DD 249
VI-121

Preis 10 |

Extrablatt

Freie Presse

Geschäftsstelle und Expedition: Spittelmarkt 7.

Ungefähr

200—250 Tote

soll man allein durch die Kämpfe im Zeitungsviertel zu beklagen haben. Die Feuerwehr hilft die Toten und Verwundeten bergen. Es sind

Viele Passanten getötet,

und mehr oder weniger schwer und leicht verletzt. Die Neugierde und Unvernunft fordert rasend Opfer unter der unbeteiligten Zivilbevölkerung.

Weitere Regierungstruppen im Anzuge

gegen Rudolf Mosse und ist die Erstürmung, da schonungslos vorgegangen werden soll, in den nächsten Stunden zu erwarten. Es ist bedauerlich, daß man diese verblendeten Menschen nicht durch andere Mittel, wie Aushungerung zur Uebergabe zwingen kann. Die Regierung sollte doch dazu in der Lage sein, durch Umzingelung eine weitere Versorgung mit Proviant und Munition unmöglich zu machen.

Rücktritt der Regierung?

Der Zentralrat der Marine läßt durch Flugzeuge Flugblätter abwerfen und fordert den Rücktritt der Regierung, denn Arbeiterblut sei kostbarer wie ein Regierungssitz. Diese Tatsache wird wohl jedermann, der noch ein Herz für das Volk hat, gerne bestätigen.

Vorwärts und Büxenstein in den Händen der Regierungstrup

300 Tote,

da die ganzen Besatzungen niedergemacht wurden.

Rosa Luxemburg gefangen

Rosa Luxemburg befand sich im „Vorwärts" und dort gefangen genommen.

Das Eingreifen der Unabhängi

scheint bevorzustehen und werden für die Nacht u kommenden Morgen am Alexanderplatz schwere E erwartet. Bei den linksstehenden Parteien mach Bildung der Bürgerwehr sehr böses Blut, denn diese sich, wie man annimmt, in der Hauptsache darau Errungenschaften der Revolution dem Proletariat zu entreißen und hofft die Bürgerwehr, dieses dur jetzige Verwirrung am leichtesten erreichen zu k Ihr Proletarier und Freunde der Revolution seid auf Hut und laßt euch nicht für die Zwecke der Re mißbrauchen. Die Stunde ist furchtbar ernst.

Spartakus in Wilmersdorf-Friedenau.

Auf den Tennisplätzen in allernächster Nähe des bahnhofes Wilmersdorf—Friedenau haben sich Spar anhänger mit Kanonen und Maschinengewehren versc um die Truppen der Regierung, die dort ausgeladen w und Munition herbeischaffen, zu bekämpfen. In Frie und Steglitz war in den Morgenstunden von 6 bis heftiges Schießen hörbar.

Berichterstatter gesucht.

X-DD 249
VI-122

20. XII. 18

Die Waffen nieder!

Kameraden von der Front!

Vier furchtbare Jahre liegen hinter uns. Wie anders hatten wir, die draußen ihr Leben fürs Vaterland einsetzten, uns die Heimkehr gedacht.

Wir ahnten ja nicht, wie wir betrogen worden sind, und wie infam jede freie Meinungsäußerung während des Krieges von unserer Regierung unterdrückt wurde. Ich spreche als einer zu Euch, der nach ihm aufgezwungener Entlassung aus den Sommekämpfen, weil er für die Rechte seiner Mannschaft eintrat, über Jahr und Tag in der Heimat bis aufs Blut verfolgt, unter anderem über neun Monate in Haft gehalten, mit lebenslänglichem Zuchthaus und Tod bedroht wurde. Das geschah, weil ich nach Erkenntnis der wahren Sachlage nicht dulden wollte, daß Ihr Euch weiter für eine verbrecherische Regierung opfertet und, daß unser Volk an den Wahnsinnstaten seiner Verantwortlichen zu Gründe ging. Die elende Lüge vom deutschen Verteidigungskriege ist das verhängnisvollste, vom Reichstage geduldete Verbrechen unserer nun endgültig beseitigten Gewaltregierung.

Nun müssen wir den furchtbaren Zusammenbruch dieser durch und durch verlogenen und in frevelhaftem Verbrechermut bis zum äußersten fortgeführten Gewaltpolitik erleben.

Vor aller Welt sind wir geschändet und bloßgestellt. Unser armes Volk muß grausam büßen, daß es so spät zu spät erkannte, wie die Dinge in Wahrheit lagen, weshalb fast die ganze Welt gegen uns stand, und daß es sich erst im militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Befreiung von seinen Peinigern aufraffte.

Liebe Kameraden, laßt Euch trotzdem das Herz nicht verbittern, bewahrt in dieser harten Zeit um alles Eure Geduld, bewahrt sie auch in treuem Gedenken an die, die alles hingaben und verloren!

Laßt nicht zu, daß das Andenken unserer gefallenen Kameraden durch Gehässigkeit, Gewalt und Brudermord in der Heimat geschändet wird. Nun und nimmer darf das sein!

Fanatische Hetzer, meist aus dem Lager der Militaristen und Kapitalisten, versuchen in der allgemeinen Verwirrung den Zorn des Volkes feige von sich abzulenken, indem sie immer wieder Klassen- und Rassenhaß zu entfachen und damit eine unheilvoll aufgereizte Stimmung zu verbreiten suchen, die niemals der so notwendigen inneren Verständigung dienen kann. Wenn je, so ist heute Zielklarheit, Geduld und Ruhe, verbunden mit unerschütterlichem Willen, in brüderlicher Einigkeit ein neues Deutschland zu bauen, unsre Pflicht.

X-DD 249
VI-123

Evangelische Männer und Frauen!

Ernste Gefahren bedrohen das Erbe der Reformation, deren vierhundertjähriges Bestehen wir noch im vorigen Jahre feierten. Der Revolution blieb es vorbehalten, mit dem Sturze des deutschen Kaisertums auch die evangelische Kirche aufs schwerste zu erschüttern.

Die Sozialdemokratie ist fest entschlossen, die Uebergangszeit ihrer gesetzwidrigen **Diktatur auch gegen das Christentum** auszunützen. **Die Sozialdemokratie** erklärt die Religion für Privatsache, **verzichtet** also **auf die lebendige Quelle des Evangeliums.** Ihre Führerschaft besteht fast ausschließlich aus Religionslosen oder Nichtchristen. Wie wenig die Sozialdemokratie die Gefühle anderer schont, lehrt die **Ernennung des Zehngebote-Hoffmanns zum Kultusminister.**

Adolf Hoffmann ist kein ebenbürtiger Gegner des Christenglaubens, Hohn und Spott ist seine verächtliche Waffe. Schon hat er, als Beauftragter der Sozialdemokratie, die Axt an die Wurzel des christlichen Religionsunterrichts gelegt. **Ein seichter, öder Moralunterricht soll das Gemüt unserer Kinder verflachen, verwirren.** Den großen Erzieher der Menschheit, **unsern Heiland Jesus Christus, verbannt man aus der Schule.** Christliche Weihnachtslieder darf unsere Schuljugend nicht mehr lernen, nicht mehr singen.

Die Kirche, die dem Staate von jeher unbegrenzte ewige Kräfte zuführte, die in den Tagen der Erniedrigung Preußens dem Staate aus ihrem Besitze bedeutende Vermögenswerte vorstreckte, verfallene Darlehen, die niemals zurückgezahlt wurden, **die Kirche soll nach dem Willen einer Minderheit vom Staate getrennt werden.**

Eure katholischen Mitchristen finden in dem trutzigen Zentrumsturme der Christlich-Demokratischen Volkspartei sichere Zuflucht, machtvollen Schutz.

Wohin wollt ihr euch wenden, ihr deutsch-evangelischen Christen?

Etwa zu der Deutschen Demokratischen Partei Theodor Wolffs und des Berliner Tageblatts? Das könnt, das dürft ihr nicht! Die **Kerntruppe der Demokratie** bildet **der Freisinn,** den Bismarck den **Wegbereiter,** die **Vorfrucht der Sozialdemokratie** nannte. **Die hervorragendsten Rufer der Demokratie** sind wie bei der Sozialdemokratie **Nichtchristen, Nichtdeutsche.**

Die anderen kleineren Parteigruppen sind viel zu schwach oder ohne ausreichendes Verständnis für die Gewissensnöte und Zukunftssorgen der deutsch-evangelischen Christenheit.

Volles Verständnis bringt der Kirche allein

die Deutschnationale Volkspartei

entgegen. Schon in ihrem ersten Aufruf vom 22. November stellte sie sich entschieden auf christlichen Boden. Wie eine befreiende Erlösung aus lähmender Sorge wirst du es empfinden, evangelischer Christ, evangelische Christin, wenn die Gründer der Deutschnationalen Volkspartei feierlich versichern:

> „Im Mittelpunkte von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. **Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein.“**

Dieser Partei mußt du deine Stimme geben. Aber das allein genügt noch nicht. **Du gehörst hinein in diese Partei!** Der einzelne ist ohnmächtig, nur der enge Zusammenschluß macht stark. Wir werben nicht bloß um deine Stimme. **Dich selbst wollen wir haben,** deine ganze christliche Persönlichkeit. Komm zu uns, hilf mit, daß die Deutschnationale Volkspartei in der Nationalversammlung einen gewichtigen Einfluß in die Wagschale werfen kann.

Wenn du **das Vermächtnis Martin Luthers, die Evangelische Landeskirche,** bewahren willst vor den Händen anmaßender Gottesleugner,

werde, wähle deutschnational!

Deutschnationale Volkspartei

X-DD 242
VI-124

Klarheit in der U.S.P.D.!

Die Revolution ist in Gefahr!

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Konterrevolution mit allen Mitteln arbeitet. Wir sehen sie täglich an der Hetze, die gegen die Träger der Revolution, insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, getrieben wird, an der Schlammflut anonymer Blätter, an jenen infamen und verleumderischen Artikeln der bürgerlichen Presse, die die ihnen gewährte Preßfreiheit weidlich ausnutzt, während sie früher den Militarismus anwedelte. Wir sehen sie an der Haltung der regierungssozialistischen Blätter, die sich in nichts von der schäbigsten Bourgeois-Presse unterscheiden, wir sehen sie in der Sabotage und der Gegenarbeit, die die Anhänger des alten Regimes treiben, wie im Auswärtigen Amt, das die Hetze gegen Eisner veranstaltete, weil dieser die Schuld des Militarismus aufgedeckt hat. Wir sehen sie in dem hochverräterischen Verhalten der westdeutschen Großindustriellen, besonders aber in dem provozierenden Vorgehen vieler Frontgeneräle. Und wir haben endlich das offene Hervortreten der Gegenrevolution in Hamburg und in Berlin gesehen. Wir haben das Blutbad vom 6. Dezember erlebt, zu dem der Kommandant von Berlin, „Genosse" Wels, durch seinen Befehl die Veranlassung gegeben hat, und den Putschversuch auf den Vollzugsrat, an welchem nach den neuesten Enthüllungen die Regierungs-Sozialisten mitgewirkt haben.

Wir sehen als Träger der Konterrevolution nicht nur die Alldeutschen, die Militaristen, die Bourgeoisie an, sondern auch die meisten angeblichen „Demokraten", die seit einigen Wochen eine ausgesprochen reaktionäre Haltung angenommen haben. Einen besonderen Platz aber nehmen die Regierungs-Sozialisten ein. Sie waren es, die jene infame Kriegshetze getrieben, die alles daransetzt haben, die Arbeiterschaft und überhaupt die ganze Bevölkerung zu einem willfährigen Werkzeug des preußischen Militarismus zu machen. Sie waren es, die in erster Linie an der ewigen Fortsetzung des brudermörderischen Völkerkrieges Schuld tragen. Sie waren es auch, die alles daransetzten, eine Revolution zu verhindern. Als diese nun gegen ihren Willen doch kam, schlossen sie sich ihr nachträglich an, um sie zu verraten, wie sie den Januarstreik 1918 verraten haben.

Die ganze Hoffnung der Alldeutschen und der Bourgeois sind jetzt die „Kaiser-Sozialisten", und die Ereignisse vom 6. Dezember sowie die Sprache der Scheidemänner beweisen, daß ihre Hoffnungen nicht vergeblich sind.

Die Scheidemänner benutzen die Taktik, die Spartakusanhänger als Bolschewisten hinzustellen und mit dem Popanz des Bolschewismus nicht nur die besitzenden Klassen, sondern auch das Kleinbürgertum, die Angestellten und weite Kreise der Arbeiterschaft in das Lager der Konterrevolution hineinzutreiben.

Daran, daß den Scheidemännern und überhaupt aller Reaktionären eine solche Taktik möglich ist, sind unsere „Linksradikalen" mit Einschluß vieler „Unabhängigen" nicht unschuldig. Sie haben seit Beginn der Bolchewistenherrschaft in Rußland in ihren Blättern, besonders in dem „Mitteilungsblatt von Groß-Berlin", das System der Bolschewisten kritiklos verherrlicht. Die Aufhebung der Streikfreiheit, der Preßfreiheit und aller andern Freiheiten seitens der russischen Bolschewisten ist von deutschen „Linksradikalen" begrüßt worden. Die Einführung eines „Sozialismus" in Rußland, der in Wirklichkeit nur die Diskreditierung eines solchen ist, wird hier als nachahmenswertes Beispiel hingestellt. Sogar die von den Bolschewisten eingeführte Festnahme unschuldiger Menschen als „Geiseln" und ihre Niederschießung, ein Verfahren, das aller Menschlichkeit, geschweige gar dem Sozialismus ins Gesicht schlägt, ist nur von sehr Wenigen und auch nur mit einem schwachen Protest beantwortet worden. Die Erschießung von vielen ehrlichen revolutionären Sozialisten, die man einfach als „Gegenrevolutionäre" bezeichnete, wurde von den deutschen Freunden der Bolschewiki durchaus begrüßt.

Es ist daher kein Wunder, daß das deutsche Volk einschließlich einer Anzahl der deutschen Arbeiter der Meinung ist, daß die deutschen „Linksradikalen", wenn sie zur Macht kommen, ein ähnliches System einführen werden.

Die „Linksradikalen", besonders der Spartakus-Bund, haben bisher nicht klar ausgesprochen, wie sie sich den Uebergang zum Sozialismus vorstellen. Aus ihrer Presse jedoch und aus ihren Versammlungsreden wird von vielen der Schluß gezogen, daß sie den „Sozialismus" ohne jede Berücksichtigung der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage einführen wollen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes fürchtet davon den Niedergang der Produktion und den Ruin der deutschen Wirtschaft. Wenn die Furcht auch sicherlich übertrieben ist, da man annehmen kann, daß der Spartakus-Bund, zur Macht gekommen, einen klügeren Gebrauch von seiner Herrschaft machen und den derzeitigen Stand der deutschen Volkswirtschaft berücksichtigen wird, so

X-DD 249
XI-125

29. XII.

Sozialisierung.

Mit einer ungeheuren Last auf unseren Schultern schreiten wir in die Zukunft.

Vier Jahre lang haben wir Krieg geführt gegen die ganze Welt, haben alles, was wir hatten, das Blut unserer Söhne, die Kraft unserer Männer, das Leben selbst unserer verhungernden Frauen und Kinder in den Kampf geworfen, haben unsere blühende Industrie, unseren erdumspannenden Handel, unsere Nahrung spendende Landwirtschaft bis zum Weißbluten erschöpft, haben uns mit dem Haß der Menschheit beladen, und sind, unbesiegt durch Waffen, jäh und furchtbar zusammengebrochen, sind plötzlich von dem Gipfel unserer Macht zu äußerster Ohnmacht herabgesunken.

Lüge und Täuschung haben uns vier entsetzliche Jahre verblendet, aber den Vorhang, der zwischen uns und der Wahrheit hing, haben wir mit eigener Hand zerrissen, und klar und nüchtern sehen wir die Dinge, wie sie wirklich sind.

Wir sind ein armes, verschuldetes Volk geworden, die Quellen unseres Wohlstandes hat der Krieg auf Jahre hinaus verschüttet, unersetzliche Volkskraft ist vernichtet, und nun kommt ein erbarmungsloser Feind und zwingt uns fast unmögliche Friedensbedingungen auf.

Haben wir da noch ein Recht, auf eine bessere Zukunft zu hoffen?

Oder ist die Verzweiflung das einzige, was uns geblieben ist?

Nun, den ersten Schritt zum Bessern haben wir schon getan, indem wir entschlossen mit allem gebrochen, was uns bisher ins Unglück gestürzt hat.

Wir sind ein freies Volk geworden, frei zu neuem Schaffen, zu neuer Stärke, zum Aufbau unserer großen Volksgemeinschaft.

Und wenn auch noch manches wie ein Chaos aussieht, wir haben dieses Chaos nicht geschaffen, wir haben es übernehmen müssen und werden auch durch diese traurige Erbschaft der Vergangenheit hindurchkommen. Bald werden wir ein Parlament haben, das **freieste** Parlament der Welt. Männer und Frauen unseres Vertrauens werden zusammentreten, sie werden mit einer Regierung, hinter der der Wille **des** ganzen Volkes steht, beraten und arbeiten und einen Ausweg finden aus Wirrsal und Not zu einem erträglichen Dasein und zur Morgenröte einer glücklichen Zukunft.

Wir dürfen wieder hoffen, wenn wir uns selbst nicht aufgeben, wenn wir in dieser dunkelsten Zeit uns schwören, unser **Bestes** und **Letztes** für unser Volk und unser Vaterland hinzugeben.

Gerade in diesen schweren Tagen wollen wir uns frei von aller Überhebung auch wieder daran erinnern, was für ein starkes, fleißiges und begabtes Volk wir gewesen sind. An diese gewaltige und wahrhaft unbesiegliche Volkskraft, an die Arbeitskraft jedes einzelnen wollen wir apellieren, sie hervorholen aus der Tiefe, sie neu beleben, organisieren und auf das große Ziel der Zukunft richten.

Stolz wollen wir sein in der Erniedrigung, stark trotz der äußeren Schwäche und froh, weil uns das Unglück zu neuem Glücke zwingt.

Ein Deutschland, das sich selbst nicht aufgibt, kann niemals untergehen.

Natürlich müssen wir unser ganzes wirtschaftliches Leben von Grund auf ändern. Gleichgültig, welche Partei die beherrschende Macht haben wird, gleichgültig, ob sozialistische oder bürgerliche Ideen bestimmend, mit dem bisherigen Wirtschafts- und Steuersystem können wir die gewaltigen Mittel nicht aufbringen, die zum Wiederaufbau erforderlich sind. Selbst eine Reaktion, wenn sie möglich wäre, selbst eine Zwangsbewirtschaftung durch unsere Feinde, wovor uns das Schicksal bewahre, sie müßten alle dieselben Wege gehen.

Früher oder später werden wir zur Sozialisierung kommen. **Wir müssen uns klar machen, was Sozialisierung bedeutet,** wir müssen ihr mit allen Folgen ins Auge sehen und wir brauchen uns vor ihr nicht zu fürchten.

Sozialisierung ist **Vergesellschaftung** unserer Betriebe, und sie wird überall da eintreten, wo sie wirtschaftlich notwendig oder zweckmäßig ist. Unser ganzer Staat soll ja **ein großer, gemeinsamer Interessenbetrieb** werden, der nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet wird, alle Lasten möglichst gleichmäßig verteilt und so jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Sozialisierung ist Ausbau, aber kein Umsturz,

keine Zertrümmerung unserer bisherigen Wirtschaftsordnung. Zerstört und vernichtet hat nur der Krieg. Wir aber, die wir das unglückselige Erbe dieses Krieges übernehmen müssen, wir wollen heilen, instand setzen, neu errichten.

X-DD 249
VI-126

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Soldaten! Arbeiter!

Am Freitag nachmittag haben sich Mannschaften einer Abteilung Flammenwerfer durch Vorgesetzte verführen lassen, einen Putsch zu unternehmen.

Sie haben das Abgeordnetenhaus umzingelt und den Versuch gemacht, den Vollzugsrat der A.- u. S.-Räte zu verhaften. Ihre Führer erklärten dabei, im Auftrage der Regierung Ebert-Haase zu handeln. Die Regierung habe ferner den Auftrag gegeben, Liebknecht sofort aufgreifen zu lassen. Sogleich sollte, wiederum auf angeblichen Befehl der Regierung Ebert-Haase, Ebert zum Präsidenten der Republik ausgerufen werden.

Alle diese Befehle waren erlogen!

Die Führer der Soldaten waren entweder Betrüger oder leichtfertig Betrogene. Die Soldaten selbst waren in der unerhörtesten Weise genasführt worden.

Soldaten!

Nur die Besonnenheit des Vollzugsrates und die Ruhe der sofort herbeigeeilten Sicherheitsmannschaften und Kompagnien verhüteten ein Blutbad.

Soldaten! Der Vorfall beweist, daß sinnlose und skrupellose Elemente beinahe die Möglichkeit hatten, militärische Mannschaften zu den tollsten und gewagtesten Abenteuern zu mißbrauchen.

Diesem Zustande muß sofort ein Ende gemacht werden, soll es nicht dennoch zu blutigen Straßenunruhen kommen.

Ihr dürft künftig nicht mehr das blinde Werkzeug konterrevolutionärer Elemente sein! Ihr dürft ihnen nicht mehr zu reaktionären Putschen Gefolgschaft leisten! Wo und von wem euch immer befohlen wird, gegen den Vollzugsrat oder die Spartakusgruppe vorzugehen, dürft ihr sofort glauben, daß man euch zu einem verbrecherischen Handstreich zu verleiten sucht.

Traut auch nicht einem papiernen Wisch, der euch vorgezeigt wird. Zieht zuvor selbst Erkundigungen ein bei der Regierung Ebert-Haase oder bei dem Büro der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Berlin, Schiffbauerdamm 19.

Soldaten!

Die Reaktion sucht in tausend Formen zu putschen. Seid auf eurer Hut!

Erstickt im Keime jeden neuen Anschlag!

Die Parteileitung
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Druck: Linden-Druckerei u. Verlags-Ges. m. b. H., Berlin NW. 6.

X-DD 249
XI-127

Berlin kann nicht leben

ohne Kohlen aus Schlesien — Kartoffeln aus Posen Brot aus Ostpreußen — Fleisch aus den Marschen!

Das alles muß nach Berlin kommen! Aber es kann nur kommen, solange

die Eisenbahnen ungestört fahren,

die Kameraden in den Bergwerken fördern,

die Bauern zur Ablieferung angehalten werden,

die Reichsmaschine ungestört funktioniert.

Trotz der Revolution!

Die Revolution hat das politische Deutschland weggefegt. Die Revolution wird das wirtschaftliche Deutschland sozialistisch umbilden. Aber nicht durch planloses Niederreißen, nicht durch wildes Zerstören produktiver Kräfte, nicht durch den Kampf aller gegen alle, sondern durch **planmäßige Organisation.** Das begreift jeder Sozialdemokrat.

Unter dem alten Regime hat die Sozialdemokratie durch Organisation vier und ein viertel Millionen Wähler zusammengehalten. Zeigt, was 50 Jahre der sozialdemokratischen Parteiarbeit uns gelehrt haben:

Frei, aber organisiert zu sein!

Dank der sozialdemokratischen Organisation beherrschen wir heut das Reich. Wir können die Herrschaft nur durch eins verlieren: **durch die Uneinigkeit!**

Der Sozialismus bringt Freiheit und Brot, der Bolschewismus — wie in Rußland — die Knechtschaft des Hungers! Jahrelang haben wir den Bourgeois zugerufen:

Wer satt ist, ist auch frei!

Heut muß es heißen: **Wer hungert, ist unfrei,** auch bei der größten politischen Freiheit!

Die politischen Rechte sind erkämpft, nun brauchen wir die wirtschaftliche Sicherung dieser Rechte. **Diese Sicherung heißt Organisation!**

Wie früher dem Kapitalismus, so muß es jetzt dem Hunger und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch gegenüber heißen:

Proletarier, Hand- und Kopfarbeiter, organisiert Euch!
Beamte und Angestellte, schließt Euch uns an!

Sozialdemokraten brauchen wir, keine Bolschewisten!

Tretet der sozialdemokratischen Partei bei, lest die Parteipresse!

Anmeldungen an Th. Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei
Bezirk Groß-Berlin.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

X-DO 249
VI-128

Was will die Sozialdemokratie

1. Demokratie.

Der Wille des Volkes soll oberstes Gesetz im Staate sein.

Die Sozialdemokratie fordert daher als Grundlage des Verfassungslebens **ein aus allg meinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenes Parlament,** zu d alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen wahlberechtigt sind.

Aus der Mitte dieses Parlaments soll die Regierung gebildet werden, sie soll sich in ih Amtsführung auf das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments stützen.

Die Sozialdemokratie **verwirft jede Diktatur,** d. h. jeden Zustand, bei dem **der Wille d Volksmehrheit ausgeschaltet** ist. Sie strebt deshalb mit aller Macht, eine Wiederkehr d alten Klassenherrschaft zu verhindern. Sie will aber auch nicht, daß diese überwundene Herrsch durch eine andere Form der Diktatur ersetzt wird, bei der gleichfalls der Wille der Volksmehrh nicht den Ausschlag geben würde.

Die Sozialdemokratie erkennt die **Macht des Geistes** als alleinige und höchste Instanz d Politik an, **nicht die rohe Gewalt,** nicht die Macht der Bajonette und Gewehre, in wess Händen sie sich auch befinden.

Die Sozialdemokratie steht mit dieser Auffassung fest und treu auf dem Boden des **Erfurt Programms,** das vor dem Kriege von allen Sozialdemokraten ohne Unterschied der Richtu als verbindlich anerkannt wurde.

2. Sozialismus.

Der Sozialismus soll das Mittel sein, **Glück und Wohlstand der gesamten arbeitende Bevölkerung** — Kopf- und Handarbeiter — gegenüber den Zuständen des kapitalistische Wirtschaftssystems zu **erhöhen.** — Jedem Arbeiter soll **der volle Ertrag seiner Arbeit** gesich werden. Die **kapitalistische Ausbeutung ist zu beseitigen. Die Produktivität der Arbe muß auf die höchste Stufe gebracht** werden.

Die Sozialisierung der Betriebe ist gemäß der auf der Lehre von Marx und Engel beruhenden wirtschaftlichen Erkenntnis überall dort durchzuführen, wo die kapitalistische Produktio den **Reifegrad** erlangt hat, der die Voraussetzung des Sozialismus bildet.

Dies ist schon **heute** in einer **ganzen Reihe von Betrieben** der Fall. Auf dem Gebie des Verkehrswesens — Eisenbahn, Schiffahrt, Straßenbahnen —, in der Erzeugung von Licht un Kraft — Elektrizitätswerke, Gasanstalten —, dem Bergbau usw. ist das Prinzip der Staats- od Gemeindewirtschaft schon vielfach verwirklicht; hier heißt es nur **ausbauen** und **verallgemeinern** Aber auch andere wichtige Zweige der Volkswirtschaft — Versicherungswesen, Banken, Hütten betriebe — sind **reif** für die **Sozialisierung.** Und hier wird die Sozialdemokratie mit feste Hand, **ohne Rücksicht** auf das Geschrei und den Widerstand **eigensüchtiger** Kapitalistenkreise zugreifen und die Interessen der **werktätigen Bevölkerung** wahren.

Wer diese Ziele als die seinigen anerkennt und fördern will, der trete der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands** bei. Leitstern ihrer Politik ist **das Wohl aller arbeitenden Menschen** ihre Befreiung von jeder wirtschaftlichen, politischen und geistigen Knechtschaft und Unterdrückung

Kämpft mit uns für diese Ziele!
Werdet Mitglied der Sozialdemokratischen Partei!

Anmeldungen an Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Vorwärts Buchdruckerei, Berlin S.W. 68.

X-DD 249
VI-129

Demokratie und Sozialism

Rede des Volksbeauftragten Ebert am 1.12

„Vorwärts" Nr. 331 vom

Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Knechtschaft über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Die Diktatur der Junker und des Militarismus hat unser Land ins Unglück gestürzt, eine neue Willkürherrschaft erträgt unser Volk nicht. **Politische Freiheit ist Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts.** Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen ist Aufgabe der **Nationalversammlung,** zu der wir am 16. Februar wählen werden. Auf Recht und Vernunft soll die junge deutsche Volksrepublik aufgebaut werden. Für die Sozialdemokratie ist dazu der Weg klar vorgezeigt. Das Erfurter Programm der Partei sagt:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

Für diese Grundsätze hat die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre gekämpft. Dazu muß sie auch heute stehen, wenn sie sich nicht selbst untreu werden will. Sie kämpft nicht nur den Klassenkampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern auch den großen idealen Menschheitskampf gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung. Unter diesem Zeichen sind wir bisher siegreich vorgebrungen, unter diesem Panier werden wir auch den großen

Wahlkampf zur Konstituante

führen und wir werden siegen. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder fest zusammenfassen. **Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme dauernd zu entzweien,** oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Alle sind wirtschaftlich untrennbar mit einander verbunden. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller, als der Rückfall in mittelalterliche Kleinstaaterei mit ihrer naturgemäßen wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Krähwinkelei. Nicht Separatismus, sondern **energische einheitliche Zusammenfassung** aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger

Arbeit ist das Gebot der Stunde.

Was auch kommen mag, **kein Volk ist verloren, das sich nicht selbst aufgibt.** Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung. Von ihr erwarten wir den **endgültigen Frieden.** Nach der überstürzten Räumung der besetzten Gebiete hängen wir noch mehr von der feindlichen **Nahrungsmittelhilfe** ab, als zuvor. Wir müssen **Rohstoffe** haben, soll nicht allgemeine Arbeitslosigkeit und tiefstes Elend Herr über unser ganzes Volk werden. Schon heute ist die Lebenskraft unseres Volkes schwer angegriffen. Nur **zähe, leidenschaftliche Hingabe und eiserne Energie** können das zerstörte Werk wieder aufbauen. Überzeugung und Notwendigkeit gebieten uns das im weitesten Sinne nach sozialistischen Regeln zu tun. **In grundsätzlichem sozialistischen Geiste wollen wir Gebiete des wirtschaftlichen Lebens vergesellschaftlichen die dazu reif sind. Das soll nach wohlüberlegter wissenschaftlicher Einsicht** unter Mitwirkung der Praktiker auf großangelegter Basis geschehen. Der Sozialismus ist **nicht Selbstzweck,** er ist **nur ein Mittel,**

Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes

zu erhöhen. Nur dort wo die sozialistische Wirtschaftsweise Erträge bringt, dem Volke **weniger Arbeitslast auferlegt, Möglichkeiten des Verbrauchs und der Freude** erschließt, der Sozialismus am Platze, nur dort kann er sich bewähren und haupten. Von links her wird behauptet, man müsse erst sozialisieren und dann wählen; das Volk sei angeblich zum wählen noch nicht reif. Solche **junkerliche Geringschätzung des Volkes** ist revolutionär schlecht zu Gesicht. Diese Parole ist ebenso unklug wie gefährlich. Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben können nur zum Schaden der Arbeiter und Diskredit des Sozialismus ausschlagen.

Sozialismus bedeutet die planmäßige Ordnung der Wirtschaft durch die Gesamtheit, zum Nutzen der Allgemeinheit.

Sozialismus schließt jede Willkür aus, er ist Ordnung auf der Basis, **Unordnung, persönlicher Wille und Gewalt** sind die **Todfeinde des Sozialismus.** Es ist sehr bezeichnend, Lenins letzte Schrift den Titel trägt: „Ordnung, Disziplin, Arbeit müssen jetzt die Sowjetrepublik retten!" Dazu dürfen wir nicht kommen. **Deshalb sind schon jetzt**

beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Ordnung, Disziplin und Arbeit unerläßlich.

Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen wir nicht besorgt zu sein. Der Kapitalprofit wird scharf gefaßt, **möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen Ein**kommens erstrebe wir, die Kriegsgewinne müssen möglichst restlos eingezogen, die **Erbschaftssteuer** verschärft und das **Erbrecht** der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und ihr Werk gesichert werden, dann muß **jede politische und wirtschaftliche** Putschtaktik abgelehnt und **aufs entschiedenste bekämpft** werden. Die deutschen Arbeiter mögen **nach Rußland sehen und** sich warnen lassen. Das **hochentwickelte Wirtschaftsleben Deutschlands** kann auf die **Dauer nicht mit Maschinengewehren** und Brownings **vergewaltigt werden. Wir wollen** ein dauernd innerlich gesundes Werk schaffen, **das** eine gesicherte Existenz der Wirtschaft und ein kräftiges Volksleben ermöglicht.

Freiheit in Wort und Schrift gleiches Recht für alle,

das sind und bleiben unsere Grundlagen. Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung bleibt unverrückbar unser Ziel. Jetzt gilt es das deutsche Volk **nicht** in Hunger und Not und Elend **untergehen** zu lassen. Was uns für die Zukunft vor Augen steht ist ein **freies, gesundes, frohes Volk,** das keine Schmach und Elend mehr kennt. Wer das gleiche will, kämpfe mit uns gegen **jede Gewaltpolitik von wem sie auch komme,** für Demokratie und Sozialismus, für volle Befreiung des Menschengeschlechts.

X-DD 249 VI-130

Habt einen Willen und zeigt einen Willen!

Deutsche Proletarier!

Wollt Ihr, daß die Regierung der freien sozialistischen Republik stark sei?

Wollt Ihr, daß sie künftighin vor den Ueberfällen der verbrecherischen Liebknechtgruppe geschützt werde?

Wollt Ihr, daß Eigentum und Leben vor Plünderung und Mord gesichert sei?

Wollt Ihr Frieden, Brot und Freiheit?

Dann gibt es nur Eines:

Beweist durch Euren geschlossenen Willen, daß Ihr wie ein Mann hinter der Regierung steht!

Zeigt immer wieder in geschlossenen Kundgebungen, daß die Regierung die überwältigende Mehrheit des Volkes und der Soldaten hinter sich hat.

Zeigt immer wieder in

geschlossenen Kundgebungen,

daß die Regierung das ausführende Organ Eures Willens ist!

Seid wachsam!

Glaubt nicht, daß die Gefahr der Liebknechtgruppe beseitigt ist.

Schützt die Regierung vor der Reaktion von rechts und vor dem Umsturz von links!

Proletarier!

Macht die Regierung stark!

Es lebe die freie, sozialistische Republik!

Zentral-Druckerei, Berlin NW 6.

X-DD 249
VI-131

Eduard Bernstein

Was ist Sozialisierung?

Es wird heute viel gerufen nach Sozialisierung, nach Vergesellschaftung. Aber in diesem Ruf, wie er vielfach ausgesprochen wird, wie er sich zeigt in der ungeduldigen Frage:

„Warum wird nun nicht sofort sozialisiert?"

steckt ein Stück Wunderglauben an die unmittelbare Wirkungskraft der Vergesellschaftung, eine Verkennung der Schwierigkeiten, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Wege stehen.

Eine so große Sache kann doch unmöglich das Werk von Wochen und Monaten sein.

Heute, wo unsere Industrie stockt, wo sie mit den größten Schwierigkeiten kämpft, und wo ihr noch weitere Schwierigkeiten bevorstehen, deren Umfang wir gar nicht abmessen können, weil wir die Bedingungen nicht kennen, die das Ausland uns im Friedensvertrag auferlegen wird – heute gehört wirklich ein Wunderglaube dazu sich vorzustellen, daß wenn wir einfach erklären, diese oder jene Industrie ist vergesellschaftet, sozialisiert, daß sich dann irgend etwas für den Arbeiter oder für die Gesamtheit im gegenwärtigen Augenblick wesentlich verbessern wird.

Die Verstaatlichung oder Verkommunalisierung sind die allgemeinen Formen der Vergesellschaftung. Sie sind aber nicht Selbstzweck: sie sind nur Mittel zum Zweck. **Der Zweck ist das höchst mögliche allgemeine Wohl, und**

die Hauptsache bei der Vergesellschaftung ist, daß wir die Produktion, das Wirtschaftsleben unter die Kontrolle der Allgemeinheit stellen,

unter eine viel stärkere Kontrolle als sie bisher bestanden hat. Wir haben in Deutschland zurzeit in unserem Wirtschaftsleben, von der Landwirtschaft abgesehen, rund 3 Millionen Betriebe sehr verschiedener Art. Gut die Hälfte davon sind Kleinbetriebe, Einzelbetriebe oder Betriebe mit vielleicht einem Gehilfen, die nicht in Betracht kommen. Sagen wir zwei Drittel sind es, dann bleibt noch eine Million Betriebe verschiedenster Art, mittlere, große und Riesenbetriebe. **Glaubt jemand im Ernst, daß daran etwas verbessert wird, wenn man da statt der Unternehmer überall schlechtweg Beamte hinstellt?** Man muß untersuchen, welche Wirtschaftszweige oder Betriebsgruppen geeignet sind, zunächst am besten, am schnellsten, mit der größten Wirkungskraft von der Gesellschaft übernommen und bewertet werden können, und was wird man einstweilen noch in Privathänden lassen müssen, damit das Wirtschaftsleben im ganzen in seinem Gang weitergeht, damit die Produktion nicht stockt, von der ja unser Volk lebt, das heute mehr auf die Arbeit angewiesen ist, als je zu einer früheren Zeit.

Vor dem Kriege war Deutschland als Ganzes genommen **ein reiches Land.** Heute, nach dem Kriege, ist es ein **armes Land,** genötigt zu derjenigen Wirtschaftspolitik, wie sie arme Länder treiben. Es ist, weil es Rohprodukte und teilweise auch Nahrungsmittel im Werte von zusammen Milliarden einführen muß, um überhaupt wirtschaften zu können, genötigt, fertige Produkte auszuführen. Denn Produkte zahlt man schließlich nur mit Produkten. Geld ist bald erschöpft und unsere Geldzeichen, die wir drucken, nimmt uns draußen niemand ab.

Caprivi hat seinerzeit gesagt: **Wir müssen entweder Waren ausführen oder Menschen.** Nun, die Menschenausfuhr heißt mit anderen Worten: **Auswanderung. Ich fürchte, ein sehr erheblicher Teil unserer Arbeiter wird zur Auswanderung gezwungen sein.** Aber wir müssen die Zahl nicht künstlich noch vergrößern. Wir müssen danach streben, die Zahl derjenigen Arbeiter, die das Ausland aufsuchen, so niedrig wie nur möglich zu halten.

X-DD 249
VI-132

Was hat uns die Revolution gebracht?

Eine Volksrepublik!
Gleiches Wahlrecht! Frauenwahlrecht!
Wahlrecht vom 20. Jahre an!

Alle Dynastien
und ihr Hof verschwunden! Eine sozialistische Regierung!

Arbeiter- und Soldatenräte überall!
Das privilegierte Herrenhaus beseitigt!
Das Dreiklassen-Abgeordnetenhaus aufgelöst!

Versammlungsfreiheit!
Koalitionsfreiheit! Preßfreiheit! Freie Religionsübung!
Aufhebung der Schulaufsicht!

Zerschmetterung des Militarismus!
Gleiche Kost für Offizier und Mann! Erhöhung der Mannschaftslöhne!
Sofortige Entlassung aller alten Leute und der Berufswichtigen!

Achtstundentag!
Arbeitslosenfürsorge! Arbeitgeber und Arbeiter gleichberechtigt!

Gemeinsame Verwaltung
der Arbeitsnachweise durch Arbeitgeber und Arbeiter!
Alle Arbeiterschutzbestimmungen wieder eingesetzt!

Aufhebung der Gesindeordnung!
Landlieferungsverbände für Siedelungsland!
Aufhebung der Gutsbezirke!

Erhöhung der allgemeinen Brotration!
Öffnung der Grenzen für Lebensmittel!

So viel ist schon errungen —
viel mehr muß noch erreicht werden!
Schließt die Reihen! Hütet Euch vor Zersplitterung!

Einigkeit!

X-DD 249
VI-133

Was ist das Bleibende

Regierung oder Vollzugsrat!

Die deutsche Revolution ist der Schrei nach Beendigung der Kriegsgreuel, Hungersnot und der Knebelung jeder freien Regung in Wort, Schrift und Handlung. Die Massen der Soldaten, der Arbeiter, Angestellten und Kleinbürger hatten des Drucks des alten Obrigkeitsstaates übergenug. Sie wollten Freiheit und Luft, sie wollten eine Form des Staates, in der ihre Ideale von Menschlichkeit und Demokratie verwirklicht werden sollten. Und sie wollen eine feste, einheitliche Führung zu diesem Ziele.

Die wohldisziplinierten Fähigkeiten des deutschen Volkes haben einen Umschwung von unerhörter Tragweite ins geradezu musterhafter Ordnung und Ruhe herbeigeführt. Das konnte natürlich nicht hindern, daß bei der nervösen Aufwühlung der Menge sich viele gefährliche Elemente aus den tiefsten Tiefen an die Oberfläche drängten, daß durch Handlungen des Lumpenproletariats, des Verbrecher- und Zuhältertums, die bei der geschwächten Staatsautorität Befriedigung ihrer niedrigsten Wünsche suchten, das Werk der Revolution bisweilen diskreditiert wurde.

Doch das sind Begleiterscheinungen, die bisher noch bei keiner Revolution gefehlt haben. Und deren Eindruck kann leicht verwischt werden, wenn der Aufbau durch die Regierung von allen Seiten rückhaltlos unterstützt wird.

Die große Masse des Volkes in Zivil und Uniform hat, von edler Begeisterung erfüllt und von edlen Zielen erhoben, den Sturz der alten Herrschaft herbeigeführt und hat sofort alles getan, um den Schutz der Persönlichkeit und des Eigentums und der Ruhe und Ordnung im Staate sicherzustellen.

Die deutsche Revolution ist eine Sondererscheinung! Sie ist keiner früheren vergleichbar.

Sie hat mit der letzten russischen Revolution nur insofern Aehnlichkeit, daß sie aus Kriegsmüdigkeit aus dem Druck überlegener feindlicher Armeen heraus, aus Verzweiflung über die krasse Unterernährung, über die drohende Gefahr der Hungersnot und die rettungslose Erschöpfung des Volkes sich erhoben hat. Diese Aehnlichkeit aber ist es auch, die im Moment des Zusammenbruchs und der überschäumenden Gärung rasch zu

einigen äußerlichen Organisationsformen der russischen Revolution

reifen ließ, um der neuen Herrschaft schnellstens eine Form zu geben.

Revolutionen sind spontane Zusammenbrüche politischen Regierungssystems. Die Staatsmaschinerie setzt plötzlich aus und ganz neue Triebkräfte müssen ohne planmäßige Vorbereitung und ohne Uebergänge sofort eingeschaltet werden, wenn nicht das Wohl der ganzen Volksgemeinde in einem anarchischen Chaos ersticken soll. Die deutsche Revolution hat vom ersten Tage der Uebernahme der politi Gewalt an die spezifische Eigenart des deutschen V charakterts gezeigt, der zu

starker Konzentration auf O nung und ehrliche Freiheit

gerichtet ist. Die Revolution ist ein Werk der Arbeiter Soldaten. Und als unter ihrem gemeinsamen eisernen W die alte Feste des Obrigkeitsstaats und der Freiheitsfeind keit niederbrach, da war es natürlich, daß sie die provi rische Gewalt ausübten und die Verantwortung die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, für die Neuordn auf sich nehmen mußten.

Die Soldaten und Arbeiter bildeten Vertrauensmänn körper, die Arbeiter- und Soldatenräte, und breit damit ein Netz von vorläufigen Ordnungsorganisationen i ganz Deutschland aus. In den einzelnen Landeshauptstäd setzten die Arbeiter- und Soldatenräte mit den Vertretern ü politischen Interessenorganisation gemeinsam die provisori Regierung ein und in Berlin, der Reichshauptstadt, t sie das für das ganze Reich. Damit war ihre Hau arbeit, die Festigung der Ordnung, get Darüber hinaus mußten sie natürlich bis zur Einrichtung neuen Staats- und Sicherheitsorganisation und zur V bereitung ihrer besonderen Wünsche beisammenbleiben mußten sich auch zur Herstellung der engen Fühlungnah zwischen den Trägern der Revolution und den Volksbe trugten bereit halten. Und dazu bildeten sie ihre oder Vertrauenskörper, die Vollzugsräte.

So weit — so gut!

Jede Uebergangszeit hat ihre l sonderen Formen.

Die Zentralgewalt ist nun seit mehr als einem Monat

in den festen Händen der v läufigen Regierung.

Sie ist der konzentrierte Ausdruck des Wollens, der Hoffnu und der Wünsche des Volkes. Sie hat freudig die überge Verantwortung dieses Vertrauens auf sich genommen. D nun muß alles getan werden, um die

Ungestörtheit und Einheitlichk der ferneren Entwicklung

zu sichern.

1)

X-DD 249

VI-134

Proklamation.

1. Die britischen Truppen besetzen militärisch diese Region und verlangen die Aufrechterhaltung der Ordnung.

2. Soviel wie möglich, sollen die Lokalbehörden ihre Aemter weiterführen.

3. Die Einwohnerschaft unterstellt sich den in Kraft stehenden Bürgergesetzen.

4. Im Falle feindseliger Handlungen der Einwohner ist der Bürgermeister vollkommen dafür haftbar und werden nötigenfalls Vergeltungsmassnahmen gegen Personen sowie Eigentum der Einwohner vorgenommen.

5. Folgende Bestimmungen müssen von den Einwohnern genau beobachtet werden:

   a/ Es ist ausdrücklich verboten, ohne einen von der Militärbehörde unterzeichneten Passierschein, in der von den Truppen besetzten Region ein und auszuwandern.

   b/ Die Zirkulation innerhalb der besetzten Zone ist gestattet, jedoch ist der Gebrauch von Fahrrädern und Kraftwagen sowie das Reiten ausdrücklich verboten.

   c/ Die Einwohner dürfen ihre Wohnungen nicht verlassen innerhalb 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

   d/ Nach 10.30 Uhr darf in keinem Hause mehr Licht brennen.

   e/ Das Quartierlegen der Truppen geschieht nach den Bestimmungen der Militärbehörde.

   f/ Das Ansammeln von mehr als 10 Personen auf den Strassen ist verboten.

6. Feuerwaffen aller Gattungen sowie Munition müssen sofort den Bürgermeister zwecks Uebergabe an die britische Behörde ausgeliefert werden.

7. Alle Fernsprech- und Telegrafenstationen werden von der Militärbehörde besetzt; den Einwohnern ist es untersagt sich ihrer zu bedienen.

8. Der Verkauf von Alkohol ist verboten.

9. Alle sich in dieser Zone befindenden deutsche Soldaten sind sofort an die Militärbehörde einzuliefern und werden diejenigen Personen streng bestraft welche deutsche Soldaten verbergen.

Weitere Bestimmungen folgen.

Auf Befehl,

2. XII 1918

Der General - Kommandant
der 9. Kavallerie - Brigade.

X-DD 249
XI-135

Achtung! Achtung!

Kameraden! Arbeiter! Kriegsbeschädigte!

Stellt Euch geschlossen hinter **eine feste sozialistische Regierung!** Seid ernstlich gewillt, die **Ordnung und Einheit des Reiches** aufrecht zu erhalten! Duldet **keine neuen Eingriffe** in die Gewalt der Volksbeauftragten. Stimmt alle, der **Entwaffnung** derjenigen, welche sich **unrechtmäßig in Waffenbesitz** gesetzt haben,

X-DD 249
FM-136

Sonder-Ausgabe.

Nr. 1.
Erste Dezember-Ausgabe
1918.

Der Galgen

Preis 15 Pfg.

Internationale Zeitschrift für alle kulturellen Interessen.

Offizielles Publikationsorgan der „Deutschen Sozialaristokratie" (Ortsgruppe Berlin) (Bund des Freien Deutschlands.)

Bezugspreis für 10 aufeinanderfolgende Ausgaben Mk. 2.—

Herausgeber: Adolf Pfeffner, Berlin.

Manuskripte und Zuschriften sind an die Redaktion, Berlin O 27, Blumenstraße 45 zu senden.

100 000 Mark für Liebknecht's Leiche.

Selten habe ich einer so ruhigen und würdevollen Versammlung beigewohnt wie neulich Sonntag Vormittag in der Patzenhofer-Brauerei in Moabit. Sie war, mein lieber Galgenleser, höre und staune, vom Spartacusbunde einberufen und der Referent Doktor Dunker referierte über das Thema: Was will der Spartacusbund? Eine tausendköpfige, aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzte Menge lauschte andachtsvoll den sachlichen, trefflichen Ausführungen des Redners und außer mir gingen wohl Viele mit der Überzeugung heim, daß man sich von den Spartacisten doch eine ganz falsche Vorstellung gemacht habe, und daß den Blättern der Bürgerlichen und Mehrheitssozialisten daran gelegen sei, absichtlich Unwahrheiten über Liebknecht, die blutige Rosa und den Spartacusbund zu verbreiten.

In dieser Versammlung nun berichtete Dr. Dunker, daß für die Beseitigung Liebknechts ein Kopfpreis von 100 000 Mark ausgesetzt sei, und ich bin überzeugt, daß ein so ernst zu nehmender Mann wie Dunker, eine solche Behauptung sich nicht aus den Fingern saugt, sondern tatsächlich aus Unterlagen besitzt. Tatsächlich lesen wir ja auch täglich die greulichsten Hetzen gegen Liebknecht, vom „Vorwärts" angefangen bis zum „Berliner Tageblatt" und der „Kreuzzeitung". Die „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung" läßt in den Straßen Berlins einen Artikel „Liebknecht, der Totengräber Deutschlands" ausbrüllen und an den Litfaßsäulen und Katernenpfähle kleben Zettel, in denen gefordert wird die Auslieferung der Spartacusführer verlangt wird. Selbst in einer Versammlung der „Deutschen Demokratischen Partei", die dieser Tage nach Hatorfer einberufen war, und in welcher noch einer Rede ehrlich: **Wieviel Tränen und Elend wären uns erspart geblieben, wieviel Väter und Söhne wären nicht verblutet, wenn die Revolution nicht erst im November 1918 sondern im Jahre 1915 gekommen wäre!!** Glaubt Jemand, daß wir damals einen schlechteren Frieden bekommen hätten als heute? Liebknecht und der Spartacusbund haben systematisch auf den Frieden hingearbeitet, immer wieder kleine Anfragen im Reichstage eingebracht und gegen Alle Annexionisten gekämpft. Die Zuchthäuser und Gefängnisse füllten sich mit denen, die für die Wahrheit und gegen den Wahnsinn des Massenmordes auftraten. Und endlich hat die Geduld des Volkes ein Ende. Ein hohles Gebäude, ein Lügengemebe bricht zusammen, die Revolution bricht aus, die Märtyrer werden aus den Gefängnissen befreit und umjubelt. Kaum acht Tage später beginnt die Hetze derer, die um ihre ermellenen Groschen fürchten, die Angst haben, daß sie arbeiten müssen.

Der Galgen

will das Sprachrohr aller Freien sein und rücksichtslos Alles und Alle an den „Galgen" bringen, die es verdient haben.

Der Galgen

steht im Dienste keiner politischen oder religiösen Partei. Er ist vollständig unabhängig von Inserenten oder Verlegern, weitester Verbreitung in Beamtenkreisen ist daher unbedingte Pflicht eines jeden

Straflosigkeit der Abtreibung — Mittel für Schwangerschafts-Verhütung.

Zwei Forderungen des „Galgen."

Von Prof. E. Hardy.

Dieser Aufsatz bildet eine Artikelserie ein, die sich mit der hochaktuellen Frage der „gewollten Empfängnis" befaßt. Gründe in anderer Zeit ist das Problem besonders akut und es wird das enge Zusammenschaffen aller Freien Deutschlands bedürfen, um die barbarischen Strafen, welche dieser Weltere trifft, zu Fall zu bringen. Der Verfasser hat sich bereit erklärt, jeder der sich mit ihm in den nächsten Nummern des „Galgen".

Man wird mir zweifellos Recht geben, daß die Frau Herrin ihres Körpers sein soll. In Wirklichkeit findet sich jedoch ihre geschlechtliche Freiheit durch soziale Bestimmungen, moralische und gesetzliche Hindernisse und durch die Mutterschaft behemmt. Die öffentliche Meinung kann sie schließlich verachten, Sitte und Gesetz trotzen: das ist Sache ihrer Charakter-Eigenschaft, ihres Willens und selbständiger Handelns! Aber gleichwohl, möge sie in freier oder gesetzlicher Ehe leben, immer wird sie gegen das größte Hindernis anzukämpfen haben: die Mutterschaft! Das unterliegt einer intimen Gesundheitspflege . . . aber man muß sie kennen.

Die Frau ist nicht Herrin ihres Körpers, wenn sie den Augenblick, da sie Mutter sein wird, nicht selbst bestimmen kann, sie ist nicht frei, wenn sie die Mittel der Nicht-Empfängnis nicht kennt.

Im Moment, wo man den Grundsatz gutheißt: „Die Frau soll Herrin ihres Körpers sein!" gibt man auch zu: „Die Frau soll Herrin ihres Zeugungstriebes sein!" Folglich erkennt man an, daß es nützlich, moralisch und menschlich ist, den Gewarren den Mor-

X-DD 249
VII-137

Morgen-Ausgabe.

Nr. 9. 36. Jahrg.

Bezugspreis: Wöchentlich 4,75 Mk., monatl. 3,25 Mk. frei ins Haus, sonntags zahlen. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Feldpostabonnement 3,25 Mk., exkl. Bestellungsgeld. Unser Abonnement für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,50 Mk., für das übrige Ausland 9,00 Mk., bei täglich einmaligem Zustellung 7,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Organ der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins.

10 Pfennig

Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Nonpareillezeile kosten 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 40 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Geschäftsanzeigen kosten das erste Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zuschriften erhöhen den Preis um 20 Pfg. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, aufgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1510—15197.

Montag, den 6. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Arbeiter! Parteigenossen!

Heraus aus den Betrieben! Erscheint in Massen!

Um 11 Uhr in der Sieges-Allee.

Die Revolution ist in Gefahr!

X-DD 249
VII-138

Abend-Ausgabe.

Nr. 10. 36. Jahrg.

Bezugspreis: Vierteljährl. 4.75 M., monatl. 1.65 M. bei der Post 1.65 M. ausschließlich Postgebühren. Postzeitungsliste Nr. 1. Erscheint Wochentags 7 Uhr morgens. Sonntags 11 Uhr vormittags. Einzel-Verkaufspreis 10 Pfennig. Sonntags 20 Pfennig. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Ausgabestellen und die Postanstalten. Postzeitungsliste Nr. 1. Erscheint Wochentags 7 Uhr morgens. Sonntags 11 Uhr vormittags. Einzel-Verkaufspreis 10 Pfennig. Sonntags 20 Pfennig. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, die Ausgabestellen und die Postanstalten.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Organ der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins.

10 Pfennig

Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Kommerzielle Petitzeile kostet 40 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste Wort 40 Pfg. (jedes weitere Wort 20 Pfg.). Stellenanzeigen und Geschäftsanzeigen das erste Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigenpreis 80 Pfg. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 30 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 6. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 117 53—54.

An die Leser des „Vorwärts!"

Arbeiter! Genossen!

Wie schon aus der Morgenausgabe des „Vorwärts" ersichtlich, hat die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins, die rechtmäßige Besitzerin des „Vorwärts", von ihrem Eigentum wieder Besitz genommen. Wollen ihn die Ebert-Scheidemänner wieder stehlen, wie im November 1916, so wird ihnen der Diebstahl dieses mal nicht leicht werden. Ohne Kampf wird er ihnen nicht wieder in die Hände fallen. An die Leser des „Vorwärts," an alle revolutionären Arbeiter richten wir das dringende Ersuchen:

unterstützt uns.

X-DD 249
VII-139

...ne
...it + uns +
...eitung)

Nr. 10 Morgen-Ausgabe

Berlin, Dienstag, 7. Januar 1919

Anzeigenpreis: Die 3 mm hohe und 44 mm breite Zeile oder deren Raum 70 Pf. Familienanzeigen (ohne technischen Aufwand) und Stellenanzeigen die zweispaltige Nonpareillezeile (7 mm hoch und 89 mm breit) 40 Pf. Die 3 mm hohe und 89 mm breite Reklamezeile oder deren Raum 1.40 M. — Die 3 mm hohe und 89 mm breite Reklamezeile oder deren Raum 2 M. — Für die Aufnahme in bestimmte Ausgaben und an bestimmten Tagen wird keine Gewähr geleistet. Fernsprecher: Amt Nollendorf 2014 und 2015. — Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Dessauer Straße 24/25. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Postscheckkonto: Berlin Nr. 37536. Zentralheizung: Berlin, Bankkonten: Nied- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse, Berlin W 8, Wilhelmstraße 6, und Dresdner Bank, Depositenkasse B, Berlin W 8, Potsdamer Str. 20. Postscheckkonto: Berlin Nr. 33245.

Zeitung

ine Ruhe!“

...ipttelegraphenamt im Besitze von Spartakus.

...n für die Regierung.

...tschlossenen Haltung der Behörden vorauszusehen. Wir hatten die ...ständigen Ministers wiederholt auf die Machenschaften der Polen ...nd den Wert ihrer Zusicherungen hingewiesen und die Entsendung ...ausreichenden militärischen Schutzes in die Ostmark gefordert. ...leider sind unsere Warnungen nicht befolgt worden. Unterstaatssekretär v. Gerlach und Minister Drews haben sich von den Polen ...einen Sand streuen lassen. Sie trugen in erster Linie die schwere ...Verantwortung, daß Posen, ein Land Jahrhunderte alter deutscher ...Kultur und Sitte, mit seinen 822 000 deutschen Einwohnern, zu ...Polen die Bevölkerungskammer Preußens, dem Deutschen Reiche und ...Preußen verloren gehen soll.

Die Zornesröte steigt uns ins Gesicht, wenn wir die Worte des Ministers Ernst lesen, daß Posen vor 14 Tagen noch zu retten gewesen wäre. Damit wird die unverantwortliche Schwäche der Reichsleitung in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes zugegeben. Schon haben die Polen die Kultur von Lebensmitteln aus der Provinz gesperrt. Bald wird der Hunger an die Tore Berlins klopfen, das zu einem vollen Drittel auf die Zufuhr aus Posen angewiesen ist. Wenige wird das Ausbleiben der oberschlesischen Kohlen die Berliner Bevölkerung und Industrie in die größte Notlage bringen. Der Behauptung des Ministers ...ernst müssen wir widersprechen, daß Posen und Oberschlesien ...ur uns jetzt verloren sind. Noch sind dort mehr deutsche als polnische Soldaten; aber sie sind schwach und ihrer Führer gemacht durch ...en Befehl der obersten Posener Militärbehörde, daß die Offiziere ...Posen zu verlassen haben. Einer diszipliniert deutschen Truppe wird es ein leichtes sein, die deutsche ...errschaft im Osten wieder herzustellen.

Eine solche Truppe muß unter allen Umständen umgehend geschaffen werden, wenn uns Posen deutsches Land erhalten ...leiben soll.

Darum wenden wir uns an euch, deutsche Soldaten und Offiziere! Tretet in die Reihen des Heimatschutzes! Ist Ihr ...sondere ihre Soldaten und Offiziere aus der Ostmark! Schützt ...Vaterland und die Heimat vor Schande und Not. Der ...gilt nur den Polen, sie mit landesverräterischer Hand sich ...unserem Vaterlande verpflichten. Vierundvierzig Jahre hat ihr ...nken einem weit überlegenen Feinde in furchtbaren Kämpfen ...gerungen standgehalten. Wollt ihr, daß heute deutsches Land an die ...olen verloren geht? Das kann und wird nicht sein!

Polnischer Wahlschwindel.

Nach zuverlässigen Mitteilungen bestürmen die Polen ...e deutschen Grundbesitzer in der Provinz Posen, sich zur ...ahl eines Polen zu verpflichten: dann

die Stahlhelme trugen und mit Handgranaten ausgerüstet wurden. Niemand wurde hineingelassen, außer den Betriebsvertrauensleuten, die um 10 Uhr zu einer Besprechung mit den Vertretern der Reichsregierung zusammentraten. Um 11 Uhr verließen einige Vertreter der „Vorwärts“-redaktion das Tor, die sofort von der Masse umringt wurden. Ein Redakteur des „Vorwärts“ wurde von zwei Soldaten auf die Schultern gehoben und hielt eine kurze Ansprache, in der er dringend Waffen von der Regierung forderte. Die Umstehenden brachen auf seine Aufforderung in den dreimaligen Ruf aus „Regierung gib uns Waffen!“ Bald darauf wurde im nördlichen Flügel des Gebäudes ein Fenster geöffnet, und es erschien, jubelnd begrüßt der

Volksbeauftragte Scheidemann.

Er hielt eine Ansprache, in der er seine Freude über das Erscheinen der Massen ausdrückte, die für die Regierung demonstrieren wollten. Er bat die Erschienenen, Geduld zu haben, die Regierung stehe vor folgenschweren Entschlüssen. Er könne daher nicht lange reden. Aber er gebe die Versicherung ab, daß die Regierung mit aller Energie gegen die Minderheit vorgehen werde. Sie müsse unterdrückt werden, und wenn es sei, mit Gewalt. Die Regierung würde die Soldaten aufrufen zu ihrem Schutze. Die Tausende und Abertausende Arbeitsbrüder würden zum Schutz der Regierung aufgerufen werden. Als vereinzelte Rufe: Waffen, Waffen! ertönten, erwiderte Scheidemann mit erhobener Stimme: Ja wohl, wir werden diese Massen ausrüsten! Natürlich nicht mit einem Knüppel in der Hand, sondern mit Waffen. Die Waffen sollten geduldig ausharren. Binnen kurzem würde die Regierung die Parole ausgeben, der sie dann mit dem Einsatze ihres Lebens Folge leisten sollten.

Unter Hochrufen trat Scheidemann ab. Während dessen sprach Landsberg von einem Fenster des südlichen Flügels des Gebäudes. Kurz darauf machte sich eine lebhafte Bewegung in der Menge bemerkbar. Die „Suppenkarre“ kommt, hieß es, und wirklich kamen in strammem Schritt wohl bewaffnete Mannschaften etwa in der Stärke

X-DD 249
XII-140

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 2 | Mittwoch, den 8. Januar 1919 | Nummer 2

Gescheiterte Vermittlungsversuche

Spartakus will keine Pressfreiheit.

Aufruf zur Bewaffnung des Volkes.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Vereinigung hat soeben veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt:

Arbeiter! Bürger! Soldaten! Genossen!

Keine Stunde vergeht ohne neue Gewaltaten, ohne neue Verbrechen der Spartakusliniе und ihrer verbrecherischen Helfershelfer.

Hier nur eine kleine Auswahl der Schandtaten aus den letzten Stunden:

Am Montagabend meldete sich, gestützt von Lebedour, eine Deputation der revolutionären Obleute, um unter Vermittlung einiger Unabhängiger Verhandlungen mit der Regierung zu führen. Während die Regierung auch jetzt noch bereit und gewillt jedes unnötige Blutvergießen zu vermeiden, in die Verhandlungen eintrat, schritt die spartakistische Mörderbande zu neuen Taten.

Die Kaserne der Gardejäger, einer als regierungstreu bekannten Truppe, in der Nähe der Straße, wurde von bewaffneten Haufen, ausgerüstet mit Flammenwerfern, gestürmt, mit Kanonen beschossen und schließlich von den Spartakisten besetzt.

In der Noabdruckerei Druckerei, wo eines unserer Flugblätter gedruckt wurde, drangen bewaffnete Haufen und zwangen mit vorgehaltenem Revolver das Druckereipersonal, die Arbeit einzustellen, während die fertigen Flugblätter gerauft wurden.

Die Landendruckerei, wo eine Extraausgabe des „Vorwärts“ hergestellt wurde, wurde ebenfalls von Spartakisten gestürmt, die rung und der Zentralrat hätten sich um jeden Kredit gebracht, wenn sie auf ein so merkwürdiges Verlangen eingegangen wären. Daß die Beseitigung eines widerrechtlichen An- und Eingriffs, wie es die Besetzung der Eisenbahndirektion war, von den revolutionären Obleuten zu einem Angriff der Regierungstruppen umgedeutet wird, grenzt ebenfalls die verkehrte Welt, in der die Unruhestifter Berlins leben. Es sei nur noch hinzugefügt, daß die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnbetriebes, also aller Nahrungsmittel- und Kohlenzufuhr gedroht hätte, wenn die Eisenbahndirektion nicht schleunigst wieder in den Besitz der rechtmäßigen Behörden gekommen wäre.

Die revolutionären Obleute werden sich möglicherweise noch heute abend zu neuen Verhandlungen im Reichskanzlerhaus einfinden. Die Regierung hat ihren Bedingungen nichts hinzuzufügen und wird sich nichts abhandeln lassen.

Erbitterte Kämpfe ums Brandenburger Tor.

Jetzt fest in der Hand der Regierung.

Gestern mittag ist es den Spartakisten gelungen,

Die Nervenprobe.

Die schaffende Bevölkerung Großberlins steht seit zwei Tagen unter der härtesten Nervenprobe. Sie sieht in den Straßen der Reichshauptstadt ein Treiben sich entwickeln, das sie aus dem tiefsten Grund ihrer Seele verabscheut und steht ihm — leider muß offen — bis zu diesem Augenblick noch fast tatenlos gegenüber.

„Die Gewalt ist stets reaktionär gewesen!“ Dieses Wort Wilhelm Liebknechts findet heute, wo sein entarteter Sohn über Berlin Gewalt zu üben versucht, volle Bestätigung. Die erste Revolution, die sich fast gewaltlos vollzog, brachte uns die Befreiung von der Herrschaft der alten Autoritäten, brachte uns die Freiheit der Meinungsäußerung und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes durch das allgemeine Stimmrecht. Die „zweite Revolution“, als die man den schmählichen Putsch dieser Tage bezeichnet, beruht auf der Gewalt, die von einer verwegenen Minderheit gegen die ungeheure Mehrheit ausgeübt versucht wird, sie bringt zugleich die empfindlichste Beschränkung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, die sich denken läßt. Ein großer Teil der Presse ist gewaltsam unterdrückt, der andere unter Spartakus-Zensur gestellt, und das Recht der Berliner Bevölkerung, zur deutschen Nationalversammlung wählen zu dürfen, ist aufs äußerste gefährdet.

Die Unabhängigen haben es vermittels versucht. Die

X-DD 249
VII -141

Morgen-Ausgabe.

Nr. 9. 36. Jahrg.

Bezugspreis: Wöchentlich 4,75 Mk. monatl. 20,25 Mk. freiins Haus. Postabholer. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug Monatlich 3,25 Mk. exkl. Bestellungsgebühr. Unser Postbezug für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4,50 Mk., für das übrige Ausland 9,00 Mk. bei täglich zweimaliger Zustellung 7,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Ausgenommen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Organ der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins.

10 Pfennig

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonpareillezeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 40 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 20 Pfg. Stellengesuche und Familienanzeigen das erste Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 6. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Arbeiter! Parteigenossen!

Heraus aus den Betrieben! Erscheint in Massen!

Um 11 Uhr in der Sieges-Allee.

X-DD 249
VII-142

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 3 — Donnerstag, den 9. Januar 1919 — Nummer 3

Die Abrechnung naht.

Der Entscheidungskampf.

Die Reichsregierung hat uns Recht verkündet. Spartakus entwaffnet mit Gewalt. Also muß die Gewaltentscheiden.

Die Regierung hat dem Volk versprochen, daß es am 19. Januar sich noch dem freiesten Wahlrecht der Welt eine Volksvertretung wählen soll. Spartakus will es verhindern. Wollen sehen, ob er es kann!

Die Regierung hat jedem das Recht gegeben, seine Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern. Von rechts bis links durfte jeder sagen und schreiben, was er wollte. Spartakus hat den Belagerungszustand wieder verhängt, hat sich als Oberkommando etabliert, hat die sozialdemokratische Presse unterdrückt und nur für die im Interesse der Reaktion wirkende Presse — zu ihr gehört die „Rote Fahne“ genau so wie die „Kreuzzeitung“ — das Weitererscheinen gestattet. Also auch das muß vorübergehen.

Die Regierung hat die Sicherheit des Eigentums gegen gewaltsame Eingriffe garantiert. Spartakus raubt und plündert.

Die Regierung sorgt für einen raschen Frieden, Spartakus will einen zweiten Weltkrieg.

Spartakus will die Regierung mit Gewalt stürzen. „Heute nacht“ Liebknecht, Pieck und Ledebour haben es dem Stadtkommandanten Fischer in scharfer Abendsitzung erklärt. Warum stürzen? Da zwei Wochen unsere jetzige Regierung ganz von selber gehen, wenn sich der Bolschewismus gegen sie entfesselt sollte. Um sie zu stürzen, dazu bedarf es seiner Machtorganisation und seiner Handgranaten, seines Meuchelbürgers in den Straßen Berlins. Es bedarf dazu nur der friedlichen Einwirkung auf die Köpfe — wenn das Volk selbst, wird die Regierung gehorchen. Aber vor dem Verbrechertum der Straße räumt sie nicht ihren Platz.

Aufruf der Regierung.

Mitbürger!

Spartakus Kampf geht um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen, seine Stimme soll erstickt werden. Die Urheber dieses Anschlags sind Spartakus und Liebknecht. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt, Zelle Berufs und die Stätte stolzer Kämpfe, andere sind schon ohne Waffen und Licht. Proletarier werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zerschmettern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber dringlich gebeten werden, daß die Arbeit geleistet werden, und die Ordnung bei denen, die Ruhe Festigkeit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt besiegt werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in häßlichster Weise ausgebeutet werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Berlin, 8. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske.

Ergebnis der gestrigen Verhandlungen

Die Verhandlungen mit der Vermittlungskommission der revolutionären Obleute sind gestern Vormittag vorgelegt worden. Die Vermittlungskommission überreichte folgendes Schreiben:

Seitens Parteien haben sich am Mittwoch den 8. Januar, grundsätzlich bereit erklärt, die Vermittlung anzunehmen und haben für den Eintritt in die Verhandlungen keinerlei Bedingungen gestellt. Daraus haben die Vermittlungskommissionen am Dienstag, den 7. Januar 1919 abends in ihren Sitzungen festgestellt.

Um Blutvergießen zu verhüten haben wir, obgleich wir diese Verhandlungen noch jetzt als richtig anerkennen, folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht: Die Verhandlungskommission der Berliner Arbeiterschaft soll ohne den Beginn der Verhandlungen abzuwarten, veranlassen, daß die bürgerliche Presse sofort freigegeben wird; alle anderen Fragen sollen zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. Dabei wird bemerkt, daß eine beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des „Vorwärts“ sich erschließen würde, die die Verhandlungskommission bereits am 7. Januar zugestanden hat.

Die Verhandlungskommissionen haben sich schwerer Bedenken, aber von dem Bestreben geleitet, Blutvergießen zu vermeiden, diesen unseren Vermittlungsvorschlag grundsätzlich angenommen und sind ermächtigt folgendes zu erklären: Die Vertrauensmännerkommission der Berliner Arbeiterschaft beschließt die Freilassung der bürgerlichen Presse sofort zu veranlassen, sofern die Regierung auch ihrerseits sich bereit erklären, nach Durchführung dieses Verlangens unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschließlich des „Vorwärts“ einzutreten. Die unterbreiteten den Vermittlungsvorschlag hiermit dem Zentralrat und den Vollzugsausschüssen und empfehlen die Annahme dringend.“

Der Zentralrat ist darauf in Beratung eingetreten und hat der Vermittlungskommission folgendes geschrieben:

X-DD 249
VII-143

Berliner Notizenblatt

Nr. 1 Berlin, den 10. Januar 1919

Ruhig Blut und gesunden Menschenverstand

brauchen wir jetzt. In neun Tagen sind Wahlen zur Nationalversammlung. Der Stimmzettel ist die Waffe, mit der die Schlacht um die Zukunft der sozialistischen Republik Deutschland geschlagen wird.

Jeder soll mitbestimmen, aber keiner soll uns vergewaltigen. Mit Flinten und Maschinengewehren lassen wir uns nicht überzeugen; rohe Gewalt wird mit fester Hand gebändigt werden.

Überlegt doch: Freche Schießereien Irrsinniger können ja garnicht eine Regierung stürzen.

Bedenkt: Die Regierung arbeitet ganz systematisch an der Säuberung Berlins. Jetzt sind wir so weit, Hunderttausende stehen zu ihrer Verfügung. Sie haben in gerechtem Zorn zur Verteidigung Deutschlands gegen den Wahnsinn des Bolschewismus und seiner Folgen — der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten, noch härterer Friedensbedingungen — sich zusammengefunden. Die Unabhängigen lassen sich leider immer noch von den Spartakisten als Mittäter benutzen. Unabhängige, verlangt von Euren Führern reinliche Scheidung von den Spartakisten. Sofort werdet Ihr sehen, wie bedeutungslos Liebknecht ist und was für eine Sorte Anhänger er hat. Es sind ja gar keine Sozialisten, Reaktionäre sind's! Sie knebelten die Presse, sie lassen nur reaktionäre Zeitungen erscheinen; sie wollen dem Volke ihre Meinung mit Handgranaten beibringen.

Wir verlangen Freiheit für die Nationalversammlung! Haltet fest an der Regierung Ebert-Scheidemann. Wehrt Euch! Schützt Euch!

Stellt Euch hinter die Regierung. Laßt Spartakus nicht hetzen, antwortet. Weicht nicht den Großmäulern aus, sie müssen überall heimgeschickt werden. Die Regierung steht hinter Euch, sie kommt Euch zu Hilfe, sie sorgt für Ruhe und Ordnung.

Nicht nur nörgeln, auch handeln

muß Du! Überall wo man hinhört, wird über die Sauwirtschaft in Berlin geschimpft.

Du stellst Dich natürlich auch mit hin, hörst erst nochmal, ob nicht etwa ein Spartakusgroßmaul mit dabei ist, dann nörgelst Du mit.

Du verlangst, daß die Regierung für Dich Ordnung schafft, aber Du drückst Dich in die Ecke und bist still, wenn einer anfängt zu reden, der anderer Meinung ist als Du.

Du nennst die Regierung schlapp, weil sie Dir nicht genug Soldaten heranholt und nach Deiner Meinung nicht genug schießt, schimpfst nochmal energisch, dann gehst Du scheuenigst nach Hause.

Für Dich sollen aber Tausende ihr Leben einsetzen, um Ordnung zu schaffen, noch härteren Frieden abzuwenden, um ein durch den wahnsinnigsten Krieg nervenzerrüttetes Volk zu beruhigen.

Dazu mußt Du aber auch Dein Teil tun!

Unterstütze doch die Regierung, die Ruhe schaffen will.

Antworte doch, wenn wild gewordene Großmäuler und weltfremde Idealisten Allheilmittel ausschreien!

Wehre Dich doch!

Mache doch die unabhängig sozialistischen Arbeiter darauf aufmerksam, daß ihre Führer immer noch nicht den Mut zur reinlichen Scheidung von Spartakus aufgebracht haben, daß sie selbst den wenigen Spartakusleuten durch gedankenloses Mitlaufen helfen.

Sei ein Mann, der für seine Regierung, die Friede, Freiheit und Brot schaffen will, wenigstens mal den Mund auftut, aber da, wo es notwendig ist.

Daß der Zustand so nicht bleiben darf, das weiß die Regierung auch ohne Dich.

Das gründlich Ordnung gemacht werden muß, wissen Ebert und Scheidemann. Auch Noske schläft nicht, verlaß Dich darauf.

Aber die vernünftigste Regierung ist machtlos, wenn Du schläfst, wenn das Volk sich alles gefallen läßt und jeden Hirnverbrannten ruhig reden läßt.

Bekämpfe auch Du den Terror.

Spartakus ist reaktionär.

Spartakus ist tätig gewordener Irrsinn. Es ist eine Folge des Kriegswahnsinns.

Tue Deine Pflicht als freier Bürger der sozialistischen Republik.

* * *

Alte Erfahrung. Es ist eine alte Erfahrung, die sich in allen Revolutionen immer wieder bewahrheitet hat: Ein Putsch kann nur gelingen, wenn er in den ersten Stunden zum Erfolg geführt hat.

Was in allen Revolutionen der Fall war, trifft auch für den Putsch der Spartakisten in Berlin zu. Sie haben ihr Ziel, nämlich die Erstürmung der Reichsämter, nicht erreicht, werden es nicht erreichen und sind schon geschlagen. Wollte die Regierung von all ihren Machtmitteln ohne Rücksicht auf das dabei zu vergießende Blut Gebrauch machen, so könnte sie in wenigen Stunden alle Positionen, die die Spartakisten noch halten, erobern. Wenn sie es nicht tut, so nur aus dem einen Grunde, daß sie nicht unnütz Blut vergießen will.

* * *

Gerüchtopathie. Die Krankheit stammt von 1914 her. Es wurde alles geglaubt: Die Cholerabazillen der französischen Offiziere, die 20 Millionen Gold, die ein

XDD 249
VII-144

11.1.19.

Nr. 1
Erste Januar-Ausgabe
1919.

Der Galgen

Preis 15 Pf.

Internationale Zeitschrift für alle kulturellen Interessen.

Offizielles Publikationsorgan der „Deutschen Sozialaristokratie" (Ortsgruppe Berlin)

(Bund der Freien Deutschlands)

Bezugspreis für 10 aufeinanderfolgende Nummern Mk. 2.— inkl. freier Zustellung.

Sprechstunde des Herausgebers Mittwoch und Sonnabend von 9—12 Uhr Vormittags. Manuskripte und Zuschriften sind an die Redaktion „Der Galgen", Berlin C 2, Burgstraße 30 (Börsenhaus Börse) zu senden.

Anzeigenpreis 80 Pf. die 7 gesp. Nonpareillezeile zuzügl. 20% Teuerungszuschl.

Tinten-Attentate der Alldeutschen.

Die Arbeitslosigkeit muß wohl auch bei den Alldeutschen groß sein. Ich schließe das aus den anonymen Zuschriften, die mir mit fast jeder Post zugehen und meist in einer Ausführlichkeit gehalten sind, zu der Jemand, der Arbeit hat, kaum Zeit haben dürfte. Die Handschrift und die Briefbogen beweisen mir, daß diese Briefe aus den Kreisen der sogenannten „Gebildeten" stammen, und doch, davon werden sich die „Galgen"-Leser bald überzeugen, haben diese Tintenattentäter noch nicht einmal das Maß von Bildung, wie es unser einfachster Arbeiter besitzt. Was soll man beispielsweise zu so'gendem Briefe sagen:

Ueber ein zweites Thema, das Sie in Ihrem Blatte berührten, möchte ich mich bei dieser Gelegenheit auch äußern und das betrifft den Kultus der Schüler des Königl. Prinz Heinrich-Gymnasiums. Als ehemaliger Mitschüler dieser Anstalt und als Gesinnungsgleicher bin ich mit dem Inhalte desselben durchaus einverstanden. Wie die Verfasser, deren Namen mir sehr gut bekannt sind, sehr richtig feststellen, ist es unumgänglich nötig, das alte Verhältnis zwischen Schüler und Lehrer zu wahren. Das macht der „Schülerrat" — eine lächerliche Ausgeburt des Selbstständigkeitsgefühls — unmöglich. Es wird dem Lehrer ganz und gar die Eigenschaft des Erziehers genommen und der Mann, dessen Wissen den Schülern Achtung einflößen sollte, verliert ein Wesentliches seines Ansehens. Glauben Sie mir, daß ich als immer noch Erziehungsbedürftiger, bei den Eltern der Schüler einen großen Anhang in dieser Gesinnung habe. Ich muß — aufrichtig

Alle andern Nationen sind genau so schuld wie Sie!"

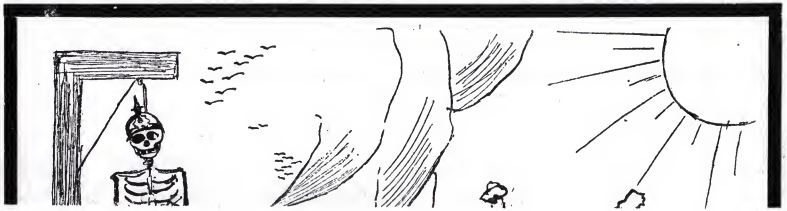
Und zum Thema der 18- und 19jährigen Leutnants, bitte lesen Sie noch einmal, es heißt da:

„Wir haben während des Krieges von Primanern und auch jüngeren Schülern Heldentaten gesehen . . . ."

Ist das nicht deutlich, ist das auch wieder eine Schmähung?

Und wenn Sie schreiben:

„Fälle, in denen alte Leute von diesen „wie dumme Jungens" behandelt wurden, sind mir



X-DD 249
XII-145

12.I.19
m. Hagen

Berliner Notizenblatt

Nr. 2 Berlin, den 11. Januar 1919

Verständigung oder nicht?

Tausende von Berliner Arbeitern haben eine „Verständigungsaktion" eingeleitet, um dem von den Spartakisten in ihrer politischen Verrantheit und moralischen Verantwortungslosigkeit herbeigeführten Blutvergießen ein Ende zu machen. Sie tun das mit dem Schlachtruf, daß „die Führer uneinig, die Massen im Grunde genommen einig" seien. Könnten sich die Führer nicht verständigen, so müßten sie abgesetzt werden, dann sei Friede und Freundschaft auf allen Seiten wieder hergestellt.

Nichts ist irriger und verhängnisvoller als diese Meinung. Soweit sie als ein taktischer Schachzug aufgebracht worden ist, um die Niederlage der Spartakisten und der Unabhängigen zu bemänteln, brauchen wir uns damit gar nicht abzugeben. Solche Manöver werden durchschaut und von allen verständigen Menschen abgelehnt. Aber es gibt auch gutgläubige Anhänger des Verständigungsgedankens. Diese Gutgläubigen mögen bedenken, daß alle Verständigung an dem trotzigen Willen der Spartakisten scheitert.

Die Spartakisten wollen den Krieg — wir wollen den Frieden.

Die Spartakisten wollen Unordnung, Hunger, Zusammenbruch — wir wollen Ordnung, Brot, Wiederaufbau.

Die Spartakisten wollen die Herrschaft des Maschinengewehrs in der Hand der Minderheit — wir wollen die Ordnung des Staatswesens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens nach dem Willen der Mehrheit.

Die Spartakisten wollen die Nationalwahlen verhindern — wir wollen sie gegen ihren Terrorismus ermöglichen.

Die Spartakisten wollen „Er-Pressfreiheit" — wir wollen freie Meinungsäußerung für jedermann im Volke.

Die Spartakisten wollen sich nicht von den Elementen freimachen, die auf Raub, Mord und Totschlag ausgehen — wir wollen einen Zustand der Gesellschaft herbeiführen, der ein friedliches Zusammenwirken Aller mit Allen ermöglicht.

Gibt es da eine Verständigung? Gibt es da auch nur eine Möglichkeit des Zusammenkommens?

Nein.

Aber etwas anderes muß dabei erwogen werden: Nicht alle, die sich Spartakisten nennen, gehen auf Raub und Mord aus; nicht alle, die sich Spartakisten nennen, wollen Krieg statt Frieden — kurzum, viele, viele Mitläufer von Spartakus sind irregeführt, glauben einer guten Sache zu dienen, sind bereit, für diesen ihren Glauben persönlich jedes Opfer zu bringen. **Mit diesen irregeführten, aber gutgläubigen Anhängern von Spartakus ist, wenn sie erst einmal den Irrsinn der spartakistischen Lehre eingesehen haben, selbstverständlich Verständigung und späteres kameradschaftliches und genossenschaftliches Zusammenleben möglich.** Wenn sie erst den Glauben an den Terror der Minderheit abgetan haben, wenn sie erst wieder zu ruhigem Nachdenken über Menschen und Welt gelangt sind, werden sie das alle selbst erkennen und sich bei der Frage erstaunt und reuig an den Kopf greifen, **wie sie nur einmal so unvernünftig sein konnten.**

Mit diesen Leuten wollen und müssen wir wieder zusammenleben. Wir werden ihnen in der Werkstatt und im Kontor wieder begegnen, wir werden ihnen die Hand nicht verweigern. Aber wenn sie sich nicht freimachen von jenen Spartakisten, die wir oben gekennzeichnet haben, dann bleibt es dabei: **Mit denen ist keine Verständigung denkbar.**

* * *

„Einigung."

Ganz merkwürdige Dinge gehen jetzt vor!

In ganz Berlin ist eine Bewegung im Gange, **die Arbeiter zu mißbrauchen.** Niemand begrüßt mehr eine Protestbewegung gegen den gräßlichen Bruderkrieg als die sozialistische Regierung Ebert-Scheidemann. Aber was wird jetzt verlangt? Unter der Überschrift „Einigung" verlangt man die **Absetzung** der Regierung! Ist das eine Einigung? Das ist doch Terror in anderer Form.

Wie verworren dabei die Bewegung selbst ist, geht daraus hervor, daß z. B. ein Arbeiterrat des Siemenskonzerns es für notwendig hält, daß alle einer Vereinigung im Wege stehenden Personen aller in Frage kommenden Parteien verschwinden und daß eine **Einigung auf dem Boden des Erfurter Programms** die Früchte der Revolution sichert. Das ist auch unsere Meinung, aber die Regierung steht auf dem Boden des Erfurter Programms und hindert nicht die Einigung, sondern die **terroristischen Revolutionäre** mit ihren Maschinengewehren und ihrer Knebelung der Pressfreiheit.

Dann fordern Arbeiter von Ludwig Löwe, daß sich die bisherige Regierung **einer Volksabstimmung unterwerfen** soll und daß bei einer Nichtverständigung der drei Parteien zur Gründung einer neuen sozialistischen Partei zu schreiten sei. Ja, die Volksabstimmung werden wir **ja am 19. Januar haben.** Sie wird mit vernichtender Schärfe Wahrheit und Klarheit ergeben.

Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte Berlin I fordern kurz und bündig, daß die jetzige Regierung unbedingt zurücktreten muß. Die „Freiheit" druckt diese Forderung ganz selbstverständlich auch unter denen nach Einigung ab!

Das ist keine Einigung, das ist der Terror auf dem Umweg, das ist Terror unter Mißbrauch der ehrlichen Unterstützung der Berliner Arbeiter.

Wie demagogisch dabei solche Blätter wie die „Freiheit" vorgehen, geht daraus hervor, daß sie auch mit Behagen — das drückt sich in fettem Druck aus — Beschlüsse bringt, die zum Generalstreik auffordern als Mittel, die

X-DD 2
VII-146

Preis 10 Pfennig

Preis 10 Pfennig

Republikanische Schutztruppe

Mitteilungsblatt der Freiwilligen Hilfskorps in Berlin

Erscheint täglich einmal ✪ Der Überschuß aus dem Verkauf ist zum Besten der Truppen bestimmt ✪ Erscheint täglich einmal

Nr. 3 ✪ 1919 | Fernsprecher: Amt Zentrum, Reichstag ✪ Schriftleitung Fritz Henck, z. Zt. Reichstag ✪ Fernsprecher: Amt Zentrum, Reichstag | 16. Januar

Der Bankrott des Bolschewismus.

Nachstehender Artikel ist eine Uebersetzung der hier erscheinenden russischen Zeitung „Wremja" und wurde uns zum Abdruck zur Verfügung gestellt.
Die Redaktion.

Es gibt zwei Gesichtspunkte, unter welchen der Bolschewismus publizistisch behandelt werden kann.

Der erste, der bis jetzt im politischen Leben den größeren Anklang gefunden hat, ist die Behandlung dieser Bewegung als eine eminent wichtige soziale und ideale Erscheinung, mit welcher das gesamte kulturelle, wirtschaftliche und politische Leben der Welt zu rechnen hat.

Nachdem die bolschewistische Gewalt in Rußland ihr erstes Jubiläum gefeiert und die letzten Vorgänge in Berlin stattgefunden haben, scheint eine andere, nach unserer Meinung mehr berechtigte Anschauung über das Wesen und die Methoden des Bolschewismus Platz zu greifen. Das deutsche Volk konnte sich in den blutigen Januartagen davon überzeugen, daß der Bolschewismus nicht nur im Prinzip keine ausschließlich geistige Bewegung darstellt, sondern auch Grundsätze verficht, die nicht nur antidemokratisch, sondern auch anti-kulturell sind. — Auf diese Frage wird noch später zurückzukommen sein.

Augenblicklich interessiert uns die erste Jahres-Bilanz des Bolschewismus in Rußland und die Resultate seiner „Volks- und völkerbeglückenden" Tätigkeit in diesem Lande, wo ihm keine Hindernisse zur Durchführung seiner Prinzipien und Methoden im Wege standen.

Der am meisten verführerische Punkt im Programm der russischen Bolschewisten war die Aufteilung des Landes an die Bauern-Bevölkerung. Was die industrielle Arbeiterschaft anbetrifft, so waren sie schon längst von den bolschewistischen Behörden in der ersten Zeit requiriert worden. —

In dem dunklen Sinn des Bauern sing an die Erkenntnis zu dämmern, daß der reelle Gewinn von seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit bei dem früheren Regime eigentlich größer war, da er damals doch ab und zu die Möglichkeit besaß, sich einzukleiden und nicht nur das Notwendigste anzuschaffen, sondern auch etwas für bescheidenen Luxus auszugeben. Somit verwandelten sich für ihn die „Volksbeglücker" in diabolische Verführer und Volksbetrüger.

Nicht minder war die Enttäuschung unter den städtischen Arbeitern. Es ist nicht zu leugnen, daß ihr Verdienst zehn- bis zwanzigmal höher ist als vor zwei bis drei Jahren; seine wirkliche wirtschaftliche Lage hat sich während der Herrschaft der Bolschewiki aber bedeutend verschlechtert. Was bedeutet für ihn ein Tagelohn von 50 Rubel, wenn das Pfund Brot mit 15 bis 18 Rubel bezahlt werden muß? Das Pfund Fleisch kostet 30 Rubel, ein Paar Stiefel 1000 Rubel, ein Anzug 2000 Rubel, ein Pfund Zucker 30 Rubel, ein Pfund Butter 40 Rubel, ein Pfund Kartoffeln 2 Rubel, ein Pfund Salz 5 Rubel, ein Pfund Seife 20 Rubel, ein Pfund Kerzen 30 Rubel, ein Pfund Petroleum 20 Rubel, ein Pfund Streichhölzer 5 Rubel, ein Pfund Tee 200 Rubel, ein Pfund Kaffee 100 Rubel, ein Pfund Tabak 50 Rubel, ein Pfund Kohle 5 Rubel, ein Pfund Holz 2 Rubel, ein Pfund Heu 2 Rubel, ein Pfund Stroh 1 Rubel, ein Pfund Hafer 2 Rubel, ein Pfund Gerste 2 Rubel, ein Pfund Roggen 2 Rubel, ein Pfund Weizen 2 Rubel, ein Pfund Mehl 2 Rubel, ein Pfund Reis 2 Rubel, ein Pfund Hirse 2 Rubel, ein Pfund Buchweizen 2 Rubel, ein Pfund Erbsen 2 Rubel, ein Pfund Bohnen 2 Rubel, ein Pfund Linsen 2

X-DD 2[illegible]9
VII-147

Rühret Euch!

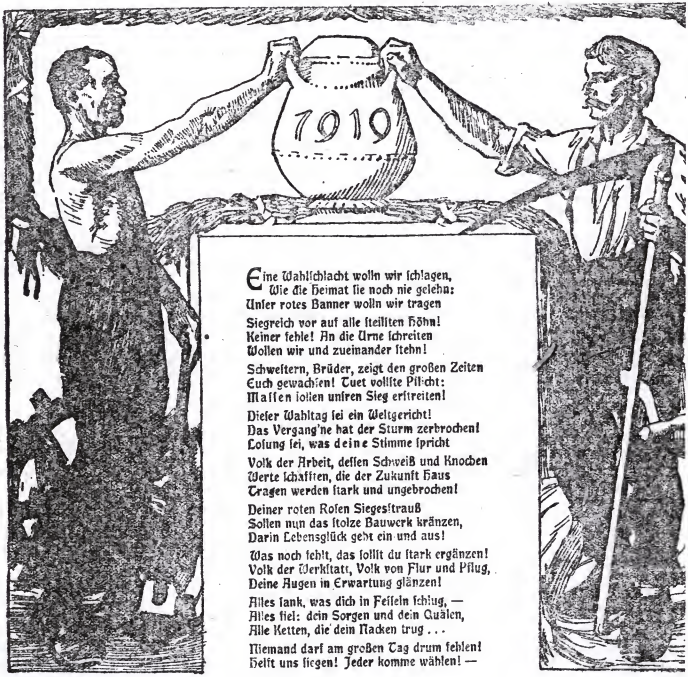
zum 19. Januar 1919



X-DD 249
VII-148

Vorherts 18.I

Der Tag der Wahl



Eine Wahlschlacht wolln wir schlagen,
Wie die Heimat sie noch nie gesehn:
Unser rotes Banner wolln wir tragen
Siegreich vor auf alle steilsten Höhn!
Keiner fehle! An die Urne schreiten
Wollen wir und zueinander stehn!

Schwestern, Brüder, zeigt den großen Zeiten
Euch gewachsen! Tuet vollste Pflicht:
Massen sollen unsren Sieg erstreiten!

Dieser Wahltag sei ein Weltgericht!
Das Vergang'ne hat der Sturm zerbrochen!
Losung sei, was deine Stimme spricht

Volk der Arbeit, dessen Schweiß und Knochen
Werte schafften, die der Zukunft Haus
Tragen werden stark und ungebrochen!

Deiner roten Rosen Siegesstrauß
Sollen nun das stolze Bauwerk kränzen,
Darin Lebensglück geht ein und aus!

Was noch fehlt, das sollst du stark ergänzen!
Volk der Werkstatt, Volk von Flur und Pflug,
Deine Augen in Erwartung glänzen!

Alles sank, was dich in Fesseln schlug, —
Alles fiel: dein Sorgen und dein Quälen,
Alle Ketten, die dein Nacken trug ...

Niemand darf am großen Tag drum fehlen!
Helft uns siegen! Jeder komme wählen! —

Die deutsche Revolution.

Von Erwin Barth.

X-DD 249
XII-149

Preis 10 Pfg.

Freie Presse

Wochenschrift.

Für schrankenlose Freiheit. — Für rücksichtslose Bestrafung der Militaristen und Volksverräter.

Herausgeber, Verleger u. verantwortlicher Schriftleiter: Hans Bär. Expedition u. Geschäftsstelle: Spittelmarkt 7

Nachdruck sämtlicher Artikel verboten.

Inserate: Die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., Reklamezeilen 1,25 Mk.

Nr. 3. Berlin, den 23. Januar 1919. (Wegen Papiermangel verspätetes Erscheinen) 1. Jahrgang.

Afri Tonfol!

X 00 243
VII-150

Eigentlich unbezahlbar!

Der Partei, nicht dem Vaterlande.

Sorantierte Auflage: 1 Exemplar.

Rückwärts

Über 20 Lügen in Berlin für 10 Pf.

Regelmäßige Schreibungswut! Unregelmäßig.

Inserate werden honoriert

Abonnenten werden gesucht

Hochpolitisches Schwindelblatt von Stuß und geleerten Sachen

Hauptorgan der christlich-kommunistischen, demokratisch-nationalen Arbeiter-Volkspartei

Nr. 18 | Berlin, 3—30. Januar 1919. | 14. Jahrg.

Die Entente verlangt Liebknechts Auslieferung

Die Berliner Vorgänge.

Der Geist von 1914.

Da die Weihnachtsgeschehnisse die unmittelbare Ursache der gegenwärtigen Vorgänge zu sein scheinen, dürften die nachfolgenden Aufklärungen auch jetzt noch nicht der Aktualität entbehren.

Von einer gewissen, gewiß unbeteiligten Seite, von Frau Holle, die durch ihre Wohnung einen gewissen Ueberblick haben dürfte, geht uns nämlich über die Ereignisse, die seinerzeit zu dem Weihnachtsgemetzel führten, folgende Darstellung zu:

Wie Sie sich noch erinnern werden, hatte ich vor Weihnachten nicht viel zu tun. Meine Wäsche hatte ich schon vorher aufgeschüttelt, und so wollte ich mir zum Zeitvertreib ein Späßchen erlauben.

Ich hatte von der Revolution in Deutschland gehört und wollte auch daran übergeugen, ob denn meine lieben deutschen Freunde nun wirklich so viel aufgeweckter geworden sind als Anno 14.

Ich las zunächst mal alle Zeitungen von der „Deutschen Tageszeitung" bis zur „Roten Fahne" und war zunächst, obwohl ich meine Schneebeile auf hatte, von all den entsetzlichen Lügen wie gelähmt. Ich war angenehm enttäuscht und dann, was zuerst von der deutschen Revolution zu mir gedrungen war; aber da ich weiß, daß meine lieben deutschen Freunde einen für Satire haben, so nahm ich an, daß jetzt alle Zeitungen als Witzblätter erschienen. Ihr geehrtes Witzblatt kam mir nämlich nicht unter die Augen.

Ich wollte also mal feststellen, wie die Lüge, das Gerücht, nicht schwarz auf weiß gedruckt, sondern von Mund zu Mund im Privatgebrauch wirkt.

haben worden ist. Einem Hr. z. B., oder der Butter, die man früher mit einem Groschen aber einer Mark beleidigte, erweist man jetzt seine Reverenz durch Bezahlung einer Mark, begegnet seiner Achtung, indem man das Pfund mit 20 bis 30 Mark bewertet aber sie vor Respekt womöglich weder zu kaufen noch zu essen wagt. Wenn wir nach ein kleines Weilchen gewartet und die Absperrung vom Weltmarkt konsequent durchgeführt hätten, Deutschland wäre in kürzester Zeit das reichste Land der Erde geworden.

Ein anderes materiell kulturelles Moment des Krieges war, daß er zehn Millionen Menschen direkt und der doppelten oder dreifachen Zahl indirekt ein auskömmliches Dasein schuf und sie dadurch der Sorgen darum enthob. Wenn diese Menschen jetzt wieder sogenannte produktive Arbeit leisten, d. h. solche, die nicht dem radikalen Vernichtungskonsum verfällt, sondern solche, aus der wiederum neue Produkte erschaffen werden, so entsteht eine Ueberproduktion, eine Ueberschwemmung des Marktes, die ein Sinken der Preise, damit eine Verringerung des Nationalvermögens und schließlich eine gräßliche Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß. Wir sind nun einmal zu viel Menschen auf der Welt und laut Malthus schon vor 120 Jahren genug hat, scheinen die Sozialisten, scheint Herr Wissen, der uns mit dem Völkerbund bedroht, nicht begreifen zu können. Dabei sprechen die Zahlen der Arbeitslosen für sich. In Berlin allein sind es (Säuglinge indegriffen) vierhunderttausend. Ist so etwas während des Krieges vorgekommen? Der Aberwitz der Völker war also schon von diesem Gesichtswinkel aus zu klein, der Krieg zu kurz!

Und nun zu den ideellen nicht greifbaren Faktoren!

Zur militärischen Lage.

Von Richard Göb-dasjemandwasan!

Wir wollen einmal ehrlich sein — obwohl Ehrlichkeit am längsten währt, bis sie sich durchsetzt —, wir wollen gestehen, daß wir jetzt alle die feindliche Besetzung herbeiwünschen, um einmal aus Wissenschaft Ruhe und Ordnung herzustellt zu sehen: jene Ordnung, die wir seinerzeit in Polen, Belgien und Rumänien angeordnet hatten.

Dieser Wunsch lebt schon seit Wochen in und, und, obwohl von weitesten Kreisen der öffentlichen Meinung und öffentlichen Stellen in diesem Sinne gearbeitet wurde, bis es noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die Aufrufe der berühmten Einladungen, der Vorführung nicht vorgekommener Ereignisse, mußte sich, da bisher so wenig, als verlebt erweisen. Auch jetzt, da man daran gegangen ist, einen Boden für Ereignisse zu schaffen und diese zu effektuieren, verzweifeln wir und kaum einen Erfolg, da die Verhältnisse im Grunde genommen doch eigentlich wenig verändert sind.

Des weiteren darf man nicht vergessen, daß Deutschland zur Zeit ein offenes Land ist, daß infolgedessen ein siegreicher Herr, das gewohnt ist, Widerstand zu brechen, gar nicht in der Lage ist, einzumarschieren, ohne feindliche Widerstände vorhanden sind, die zum irgendeinen Krieg bieten könnten. Nur wo ein Druck ausgeübt wird, erfolgt ein Gegendruck.

Folgerichtig ist daher die Aufstellung des sogenannten Westschutzes, und von seiner straffen Durchorganisation und seinem vollen Ausbau hängt es ab, ob es für die Gegner

Abgeschrieben 1919

X-DD 249
VII 151

6. Juni 1920

Preis 20 Pfenn'g

Wähler-Zeitung

für den Wahlkreis **Potsdam II** (Teltow-Beeskow — Storkow — Charlottenburg — Wilmersdorf — Schöneberg — Neukölln)

Ausgegeben vom Zentralwahlausschuß, Berlin NW 6, Kronprinzenufer 27, als Sonderausgabe zum 6. Juni 1920

Wie wird gezählt?

Anweisungen zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920.

Auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 27. April 1920 (Reichsgesetzblatt S. 627) und der vom Reichsminister des Innern unter dem 1. Mai 1920 erlassenen Reichswahlordnung wird bekannt gemacht:

1. Wählen kann nur, wer in einer Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Nach § 9 der Wahlordnung ist auf Antrag der Wahlschein dem Wähler auszuhändigen,
   a) wenn er in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Pflicht am Wahltag außerhalb seines Wohnorts sich aufhält oder verreisen in Ausübung seines Berufs oder denselben so früh zurückkehrt, daß er innerhalb der Wahlzeit dort nicht mehr wählen kann (Schiffer und Schiffsleute, Flößführer, Floßleute, Bahn- und Postbedienstete, Geschäftsreisende, Wahlhelfer),
   b) wenn er am Wahltag zu Kur- und Erholungszwecken außerhalb seines Wohnorts sich aufhält,
   c) wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder eines Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist.

   Bei Wahlzurückweisung nach Ablauf der Auslegungsfrist der Wählerliste ist der Wähler berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen. Zuständig zur Ausstellung des Wahlscheins ist die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts. Die Anforderung des Wahlscheins kann bis zum 5. Juni einschließlich erfolgen.

2. **Die Wahlhandlung beginnt am Sonntag, 6. Juni,** entsprechend § 42 der Wahlordnung **um 8 Uhr vormittags. Sie wird um 6 Uhr nachmittags beendet** (§ 50). Es dürfen nach 6 Uhr nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die in diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren.

3. Zur Stimmabgabe hat der Wähler folgendes zu beachten:
   a) Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand zu diesem ausschließlichen Zwecke bestellt. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wahlraum dazu bestimmt sind, daß er seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag. Nach Einlegung des Stimmzettels in den Umschlag tritt er an den Tisch, der Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne zu legen hat.
   b) Besitzen von Wahlscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Wahlschein dem Wahlvorsteher, der ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiterreicht.
   c) Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimme selbst einzukuvrieren, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

4. Stimmzettel, die nicht in den abgestempelten Umschlag gelegt sind oder die in einen mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, müssen vom Wahlvorsteher ebenso zurückgewiesen werden wie die Stimmzettel von Wählern, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

5. Um den Verlust der abgegebenen Stimme zu vermeiden, hat der Wähler darauf zu achten, daß es im § 84 der Wahlordnung heißt:

   Ungültig sind Stimmzettel,

   1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
   2. die nicht von weißem Papier sind;
   3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
   4. die keinen Namen oder keine Angabe, aus der die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist, und auch keine oder keine erkennbare Bezeichnung eines Kreiswahlvorschlags mit der Nummer aus den amtlichen Bekanntgabe enthalten;
   5. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten;
   6. die Namen auf verschiedenen Kreiswahlvorschlägen oder Bezeichnungen verschiedener Kreiswahlvorschläge enthalten;
   7. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekanntgegebenen Kreiswahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

   Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Kreiswahlvorschläge lautende Stimmzettel sind ungültig.

Der 6. Juni!

Betrachtungen zur Reichstagswahl in Potsdam II.

Am nächsten Sonntag soll das deutsche Volk den ersten Reichstag der Republik wählen. Ein Wahlkampf von großer Heftigkeit ist im Gange. In unserem Wahlkreis Potsdam II, der die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Neukölln, sowie die Landkreise Teltow und Beeskow-Storkow umfaßt, sind so ziemlich alle Parteien mit Bewerberlisten auf den Plan getreten. Die Rechte und die äußerste Linke haben sich stark gesplittert und diese Zersplitterung wird zu mancherlei Ueberraschungen führen. Die Sozialisten haben sich dreimal gespalten: neben der alten Mehrheitssozialdemokratie treten die Unabhängigen und die Kommunisten auf. Die Rechtsparteien gehen sogar in fünffacher Zersplitterung vor. Neben der konservativen Deutschnationalen Volkspartei und der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei sind auf dem Plan erschienen eine „Wirtschaftliche Vereinigung", eine Wirtschafts- und Kulturpartei" und die Nationalsozialistische Partei des radikalen Oberantisemiten Lebius. Ebenso sind geschlossen steht in der Mitte die stärkste bürgerliche Partei unserer Wahlkreises: **die Deutsche demokratische Partei.**

Sie präsentiert auch ihre alten bewährten Abgeordneten wieder. Da ist Dr. Bernhard Dernburg, der frühere Kolonialstaatssekretär und Reichsfinanzminister, einer der besten Kenner unseres Wirtschaftslebens. Als zweiter steht der bisherige Abgeordnete Hauptschriftleiter Otto Nuschke auf der Liste, der vorwärtsweisende Führer der demokratischen Jugend und warmherzige Sozialpolitiker. Den dritten Platz nimmt wieder Frau Elli Heuß-Knapp ein, eine Frau von hoher politischer Begabung und glänzendem Redetalent, deren Wohl belohnen auch darum zu wünschen ist, weil sie eine berufene Vertreterin der deutschen Mütter und Hausfrauen ist. An vierter Stelle steht wieder der erprobte Angestelltenführer E. Richard Schubert. Auch die übrigen Namen des demokratischen Stimmzettels bringen Männer und Frauen von politischem Ruf, anerkannter Sachkenntnis und reicher praktischer Lebenserfahrung.

Bei den anderen Parteien hat es um die Kandidatenliste heftige Kämpfe gegeben. So drängte die alldeutsch-antisemitische Richtung bei den Deutschnationalen

X-DD 249
XII-152

Eduard Bernstein

Was ist Sozialisierung?

Es wird heute viel gerufen nach Sozialisierung, nach Vergesellschaftung. Aber in diesem Ruf, wie er vielfach ausgesprochen wird, wie er sich zeigt in der ungeduldigen Frage:

„Warum wird nun nicht sofort sozialisiert?"

steckt ein Stück Wunderglauben an die unmittelbare Wirkungskraft der Vergesellschaftung, eine Verkennung der Schwierigkeiten, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Wege stehen.

Eine so große Sache kann doch unmöglich das Werk von Wochen und Monaten sein.

Heute, wo unsere Industrie stockt, wo sie mit den größten Schwierigkeiten kämpft, und wo ihr noch weitere Schwierigkeiten bevorstehen, deren Umfang wir gar nicht abmessen können, weil wir die Bedingungen nicht kennen, die das Ausland uns im Friedensvertrag auferlegen wird – heute gehört wirklich ein Wundergläube dazu sich vorzustellen, daß wenn wir einfach erklären, diese oder jene Industrie ist vergesellschaftet, sozialisiert, daß sich dann irgend etwas für den Arbeiter oder für die Gesamtheit im gegenwärtigen Augenblick wesentlich verbessern wird.

Die Verstaatlichung oder Verkommunalisierung sind die allgemeinen Formen der Vergesellschaftung. Sie sind aber nicht Selbstzweck: sie sind nur Mittel zum Zweck. **Der Zweck ist das höchst mögliche allgemeine Wohl, und**

die Hauptsache bei der Vergesellschaftung ist, daß wir die Produktion, das Wirtschaftsleben unter die Kontrolle der Allgemeinheit stellen,

unter eine viel stärkere Kontrolle als sie bisher bestanden hat. Wir haben in Deutschland zurzeit in unserem Wirtschaftsleben, von der Landwirtschaft abgesehen, rund 3 Millionen Betriebe sehr verschiedener Art. Gut die Hälfte davon sind Kleinbetriebe, Einzelbetriebe oder Betriebe mit vielleicht einem Gehilfen, die nicht in Betracht kommen. Sagen wir zwei Drittel sind es, dann bleibt noch eine Million Betriebe verschiedenster Art, mittlere, große und Riesenbetriebe. **Glaubt jemand im Ernst, daß daran etwas verbessert wird, wenn man da statt der Unternehmer überall schlechtweg Beamte hinstellt?** Man muß untersuchen, welche Wirtschaftszweige oder Betriebsgruppen geeignet sind, zunächst am besten, am schnellsten, mit der größten Wirkungskraft von der Gesellschaft übernommen und bewirtet werden können, und was wird man einstweilen noch in Privathänden lassen müssen, damit das Wirtschaftsleben im ganzen in seinem Gang weitergeht, damit die Produktion nicht stockt, von der ja unser Volk lebt, das heute mehr auf die Arbeit angewiesen ist, als je zu einer früheren Zeit.

Vor dem Kriege war Deutschland als Ganzes genommen ein reiches Land. Heute, nach dem Kriege, ist es ein armes Land, genötigt zu derjenigen Wirtschaftspolitik, wie sie arme Länder treiben. Es ist, weil es Rohprodukte und teilweise auch Nahrungsmittel im Werte von zusammen Milliarden einführen muß, um überhaupt wirtschaften zu können, genötigt, fertige Produkte auszuführen. Denn Produkte zahlt man schließlich nur mit Produkten. Geld ist bald erschöpft und unsere Geldzettel, die wir drucken, nimmt uns draußen niemand ab.

Caprivi hat seinerzeit gesagt: **Wir müssen entweder Waren ausführen oder Menschen.** Nun, die Menschenausfuhr heißt mit anderen Worten: **Auswanderung. Ich fürchte, ein sehr erheblicher Teil unserer Arbeiter wird zur Auswanderung gezwungen sein.** Aber wir müssen die Zahl nicht künstlich noch vergrößern. Wir müssen danach streben, die Zahl derjenigen Arbeiter, die das Ausland aufsuchen, so niedrig wie nur möglich zu halten.

X-DD 249
VIII-153

Für Recht – gegen Gewalt!

B. 27

Arbeiter, Volksgenossen!

Der Terrorismus einer kleinen Minderheit droht unser Elend noch zu vergrößern, uns vollends ins Unglück zu stürzen und dem Volk die Früchte der Revolution zu entreißen.

Von Tag zu Tag erhebt die Spartakusgruppe frecher ihr Haupt, von Tag zu Tag tritt sie offener mit Putschversuchen und Gewaltakten hervor. Dabei beruft sie sich nicht auf das Recht der Ueberzeugung, sondern lediglich auf das Recht der Waffen, der Maschinengewehre, der brutalen Gewalt.

Die Reichsregierung wird von ein paar hundert Aufständischen kurzerhand gefangen gesetzt, die Redaktion des „Vorwärts", hinter dessen Haltung das Einverständnis vieler hunderttausend Leser und Abonnenten steht, von einem bewaffneten Haufen gestürmt. Wenn es so weitergeht, wird es in Berlin bald überhaupt keine Ordnung und Sicherheit mehr geben.

Was werden die sicheren Folgen sein?

Statt des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft werden wir völligen Zusammenbruch erleben. Die Produktion wird gestört, der Verkehr unterbrochen, die Zufuhr unentbehrlicher Nahrungsmittel in Frage gestellt werden. Statt des aufbauenden, organisierenden Sozialismus, wie ihn die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt, werden Chaos und Anarchie herrschen. Die Demokratie, das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung, wird untergehen zugunsten einer Diktatur weniger phantastischer Hitzköpfe, und das Ende davon ist die Wiederkehr der Reaktion, der

Verlust der revolutionären Errungenschaften!

Durch die blutrünstigen Hetzartikel der „Roten Fahne", durch die verleumderische Herabsetzung aller Maßnahmen unserer Volksbeauftragten wird das Volk verwirrt, das Vertrauen zu den Führern erschüttert und die Einigkeit der Massen gefährdet. Jede Uneinigkeit der Revolutionäre stärkt den Mut der Reaktion! Wird durch den zugespitzten Bruderstreit der politische Wille des arbeitenden Volkes gespalten, so werden die verjagten Träger der alten Gewaltherrschaft und die Vertreter des kapitalistischen Ausbeutertums bald wieder Oberwasser bekommen. Die Gegenrevolution würde immer frecher ihr Haupt erheben, durch die Schuld einer kleinen gewalttätigen Gruppe würden die ganzen Erfolge der Revolution in Frage gestellt.

Wollen wir uns das gefallen lassen?

Nein, und abermals Nein! Die große Mehrheit des Volkes hat das Recht und die Pflicht, sich dagegen mit äußerster Entschiedenheit zur Wehr zu setzen, daß ihr Wille von einer kleinen Minderheit vergewaltigt wird. Zu Unrecht berufen sich jene auf das Recht der Revolution. Das Recht der Revolution ist kein anderes als das Recht der vollen Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Dieses Recht erfordert aber, daß die Minderheit, unbeschadet ihres Rechts, weiter ihren Standpunkt zu propagieren, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterwirft

X-DD 249
VIII-154

Frauen, Religion, Politik!

Am 9. November, in der Stunde der höchsten Not, hat die Sozialdemokratie eine neue deutsche Regierung gebildet und eine der ersten Taten dieser Regierung war, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, das **freie und gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Männer und Frauen über 20 Jahre** zur Nationalversammlung zu proklamieren.

Sobald es sachlich möglich ist, sollen die Wähler ihre Vertreter zu einer gesetzgebenden **Nationalversammlung** bestimmen. Zu diesem Zweck ist das Reich in 38 Wahlbezirke eingeteilt, worin die Vertreter des Volkes nach dem System der **Verhältniswahl** gewählt werden. Das bedeutet, daß jede Partei in jedem Bezirk so viel Vertreter erhält, wie ihr nach der **Gesamtstimmenzahl**, die sie erhalten hat, zustehen. Das ist ein Wahlsystem, **das den** Willen des Volkes zur Geltung bringt und noch **von keiner** Regierung zur Anwendung gebracht wurde.

Vom kommenden Wahltage und von der Zusammensetzung der Nationalversammlung hängt es ab, in welcher Gestalt eine neue Ordnung aus den Trümmern der alten Zeit ersteht. Wenn die Wähler und Wählerinnen es bestimmen, wird das Schicksal Deutschlands von da ab eine starke und **geordnete Entwicklung** zum Sozialismus nehmen.

Nie vorher war eine so große Entscheidung in die Hand des deutschen Volkes gegeben. Vierzig Millionen Wähler und Wählerinnen dürfen diesmal daran teilnehmen. Und zum erstenmal wählen auch Deutschlands **Frauen** — **kraft der Verfügung durch die Sozialdemokratie** — als vollständig Gleichberechtigte.

Bei der letzten Reichstagswahl, zu der 14½ Millionen Männer das Wahlrecht besaßen, stimmten 35 Proz. der Wähler sozialdemokratisch. Die Sozialdemokratie ist längst die weitaus stärkste Partei in Deutschland. Sie erreichte bei der letzten Wahl 4 250 000 Stimmen. Alle anderen Parteien standen tief unter ihr. Selbst die **zweitgrößte**, das Zentrum, erreichte nicht halb soviel Stimmen wie die Sozialdemokratie, nämlich nur 2 035 290. Dank der Erfahrung des Volkes in diesen Kriegsjahren ist diesmal ein

überwältigender sozialdemokratischer Sieg

zu erhoffen.

Das wissen auch ihre Gegner, und deshalb sind sie in vollem Gange, die Sozialdemokratie in einer nie gesehenen **Weise** unter der alten Parole: „Die Religion ist in Gefahr!“ zu bekämpfen.

Darum schrieb die „Germania“, das Berliner Hauptblatt des Zentrums, das seinen **Namen** schnell in „Christlich-Demokratische Volkspartei“ umwandelte: Vor allem die Geistlichen müßten als **Wahlmacher** der Bevölkerung beibringen, daß auf dem Spiele stehe die Einheit des Vaterlandes, Religion, Kirche, Schule, Jugend, Familie, alles.

Sie versprechen sich davon besonders **unter den Frauen** eine Wirkung. Die Frauen stellen ja fast **2 Millionen Wähler mehr als die Männer:** 22 Millionen stehen gegen 18 Millionen. Kein Wunder, daß die bürgerlichen Parteien ihr Glück noch mehr in der raffinierten Beeinflussung **der Frauenmassen** als in der Gewinnung der Männer versuchen, — **der Frauen, die sie im Punkte der politischen Aufklärung bisher so schmählich ver-**

Schon berichten eine ganze Reihe unserer Blätter, wie katholische und auch evangelische Geistliche den Kirchendienst und den Schulunterricht zur Agitation gegen die Sozialdemokratie gebrauchen; wie die Geistlichen auf dem Lande besondere **Frauenversammlungen** einberufen, worin gesagt wird, der Sozialismus werde den Landwirten die Grundstücke wegnehmen, werde ihnen nur noch ein kleines Stück als Pächter geben, so daß sie nichts mehr als Sklaven sind. Als ein echter Sozialdemokrat wird ihnen ein mit Gott und der Welt zerfallener Mensch geschildert, der auf seinen Arbeitgeber und die Arbeit schimpft, seine Frau und die Kinder quält und mit der gleichen Roheit auch der Kirche und ihren Dienern gegenüber steht. Der Sozialismus, so wird gesagt, wolle es dahin bringen, daß die Kirchen nur noch vormittags und mit Genehmigung der Ortsbehörden benutzt werden dürften, nachmittags seien Kino- und Theatervorstellungen darin und abends würde vielleicht noch gar darin getanzt werden. Womöglich würden die Kirchen noch niedergebrannt. Kirchengüter würden eingezogen, die Klosterfrauen und Klosterbrüder vertrieben usw. Nicht nur auf dem Lande, sogar in der Großstadt Berlin verbreitet man ähnliche Verdrehungen über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion.

Von einer solchen absichtlichen Verzerrung sozialistischer Forderungen ist zu sagen: Wir verurteilen durchaus das rüde Treiben der sogenannten Spartakuspartei, aber es steht fast auf keiner tieferen Stufe als diese gewissenlose Verhetzung durch sogenannte christliche Parteien.

Denn ihre Führer wissen ganz genau, daß das sozialdemokratische Parteiprogramm fordert, daß die Religion **zur Privatsache** erklärt werden soll, derart, daß keine **öffentlichen** Mittel **zu kirchlichen** und **religiösen Zwecken** mehr verwendet werden sollen, sondern daß die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften, private Vereinigungen sein sollen, die ihre **Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen und selber** die notwendigen Gelder dafür aufbringen.

Was soll das bedeuten? Das heißt mit anderen Worten: Der Staat soll die katholische, die protestantische, die jüdische Kirche und jede andere Religionsgemeinschaft weder mit **Zuckerbrot** noch mit der **Peitsche** behandeln. Der Staat soll Jeden wegen seiner Religionszugehörigkeit in Frieden lassen; er soll keine Religion bevorzugen und aus Staatsmitteln unterhalten, **aber die Staatsgewalt soll auch keine Religion verbieten und drangsalieren dürfen.**

Würde die sozialdemokratische Forderung heute oder morgen erfüllt, so müßten die Kirchen ihre finanziellen Bedürfnisse fortan aus den **freiwilligen Gaben ihrer Angehörigen decken.** Aus der **Staatskasse könnten sie dann nicht** mehr schöpfen. Aber im übrigen hätten sie volle Freiheit. Sie könnten ihre Tätigkeit entfalten wie sie **wollten, könnten** sich ihr kirchliches Leben und seine Einrichtungen so reich **gestalten,** wie sie immer Lust dazu hätten, könnten auch ihre Angestellten, die Geistlichen, so hoch besolden, wie es ihnen beliebte, das alles hätten die Anhänger der Kirche allein unter sich abzumachen, aber sie **würden es auch allein bezahlen müssen.**

Wer kann sagen, daß darin etwas Unrechtes liegt? Keinem Katholiken oder Protestanten würde es gefallen, beispielsweise zu müssen zur Unterhaltung der jüdischen Kirche oder der sogc-

X-DD 249
XIII-155

6.I.19

Arbeiter! Bürger! Soldaten! Genossen!

Zum zweiten Male haben bewaffnete Banditen des Spartakusbundes den „Vorwärts“ gewaltsam besetzt. Die Führer dieser Banden proklamierten heute in öffentlichen Reden erneut den gewaltsamen Sturz der Regierung, Mord und blutigen Bürgerkrieg und Errichtung der Spartakusdiktatur. Dem deutschen Volk und insbesondere der Arbeiterschaft drohen die schlimmsten Gefahren. **Anarchie und Hunger würden die Folgen der Spartakusherrschaft sein.**

Jetzt ist unsere Geduld zu Ende!

Wir wollen uns nicht länger von Irrsinnigen und Verbrechern terrorisieren lassen. Es muß endlich Ordnung in Berlin geschaffen und der ruhige Aufbau des neuen revolutionären Deutschland gesichert werden.

Wir fordern Euch auf, zum Protest gegen die Gewalttaten der Spartakusbanden die Arbeit einzustellen und

sofort

unter Führung Eurer Vertrauensleute vor dem Hause der Reichsregierung, Wilhelmstraße 77, zu erscheinen.

Arbeiter! Bürger! Genossen! Soldaten!

Erscheint in Massen!

Zeigt, daß Ihr Manns genug seid, aus eigener Kraft Eure Freiheit, Euer Recht und Euer Parteieigentum zu schützen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß Berlins. (S. P. D.)

Theodor Fischer. Franz Krüger. August Pattloch.

X-DD 249
VIII-156

Lesen und weitergeben!

Die Strömungen im Sozialismus

„Vorwärts" Mitte November 1918.

Bernhard Bülow, der nicht in allen Dingen ein guter Prophet war, sagte einmal, keine Regierung könne den Krieg wollen, da alle wüßten, daß letzten Endes die Sozialdemokratie Siegerin bleiben würde. Diese Prophezeiung war richtig, und jetzt werden sich alle Blicke auf die siegreiche deutsche Sozialdemokratie, das ganze Volk richtet, daß die Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung für seine Zukunft von ungeheurer Bedeutung ist.

Die vor dem Krieg einige deutsche Sozialdemokratie ist durch den Krieg in drei Gruppen gespalten worden, deren stärkste unsere Partei ist, der die Partei der Unabhängigen in gemeinsinnen Rußland folgt, während die dritte, die Spartakus-Gruppe, einen geringen Prozentsatz der Unabhängigen darstellt.

Vor dem Krieg gab es zwei Strömungen in der Partei: die radikale und die reformistische. Die erste wollte mit einem plötzlichen Umsturz aller Verhältnisse alles noch stärker, weil zuvor gestürzt, als nur vorsichtig an. Die zweite betrachtete die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische als einen langwierigen, stufenweise sich vollziehenden Entwicklungsprozeß. Infolgedessen war die zweite Richtung der Mitarbeit innerhalb der bestehenden gesellschaftsordnung geneigt, während die andere sie ablehnte und die Partei nur als ein Sammelbecken revolutionärer Energien betrachtete.

Die Spaltung vollzog sich aber dann unter ganz anderen Gesichtspunkten. Es ging um Bewilligung oder Verweigerung der Kriegskredite, und da zeigte sich, daß eine ganze Reihe radikaler Marxisten zu den gesetzlichen Mitarbeitern, während gemäßigte Reformisten mit den Verweigerern gemeinsame Sache machten. Aber die ersteren waren keine Auffassung der marxistischen Theorie ausschlaggebend, wonach dem für den Sozialismus unvermeidlichen Staat auch im Kriege die Palme des Siegers gebühre, und als solchen betrachteten sie Deutschland. Die letzteren glaubten, wegen der äußeren Schuld der deutschen Politik am Kriege die Kredite ablehnen zu müssen. Das Hinstreben mancher Parteigenossen, deren sozialistisch-internationales Denken durch die kriegsschüsse getrübt schien, bestärkte sie in ihrer Haltung. Die Masse der Sozialdemokraten stand dagegen auf dem Standpunkt, daß auch der sozialdemokratische Reichstag über Bewilligung entscheiden müsse, wo es galt, die Heimat gegen drohende Gefahr eines Eroberungskrieges abzuwenden.

Das ist nun vorbei. Die Stellung zu den Kriegskrediten kann keine dauernde Spaltung der Sozialdemokratie bewirken, weil es nicht immer Kriegskredite zu bewilligen gibt. An Stelle dieses verschwundenen Problems treten jetzt ganz andere an uns heran, und dementsprechend muß sich auch die Konstellation innerhalb des Sozialismus verändern.

Wenn es nicht schon zu einer organisatorischen Einigung mit den Unabhängigen gekommen ist, so liegt das daran, daß die Wunden, die ein Bruderkrieg geschlagen hat, nicht so leicht vernarben. Alte Freunde standen während des Krieges sich zueinander, daß sie für gegensätzliches Handeln nicht mehr verstanden. Die Unabhängigen waren zugleich in der Notlage, ihre Sonderexistenz dadurch rechtfertigen zu müssen, daß sie die alte Partei als einen wahren Abgrund der Verworfenheit darstellten. Karl Kautsky, daß noch immer die alten Gefühle nachgrollen, und daß manche Anhänger der Unabhängigen eine „Charakterlosigkeit" ihrer Führer darin erblicken wollen, daß sie sich in der Stunde höchster Not mit den früheren Kampfgenossen zur Rettung des deutschen Volkes zusammenfanden.

Neben dieser mehr gefühlsmäßige Opposition gegen das Wiederzusammengehen tritt eine grundsätzliche. Ein kleiner Teil der Radikalen von einst hat den Boden des sozialdemokratischen Programms verlassen und führt einen blutigen Kampf gegen alle, die noch auf diesem Boden stehen, nämlich gegen die Sozialdemokraten und den größten Teil der Unabhängigen.

Das Programm der Sozialdemokratie fordert die Erkämpfung der demokratischen Staatsverfassung mit allen gesetzlichen Mitteln. Sie traten vor dem Kriege nicht nur Radikale, sondern auch Reformisten dafür ein, das gleiche Wahlrecht in Preußen durch einen Generalstreik und auf der Straße, also mit revolutionären Machtmitteln, zu erkämpfen. War aber dem Volk sein Selbstbestimmungsrecht errungen, so sollte dieses selbst durch seine Mehrheit entscheiden, wie es in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung regiert zu werden, richtiger, sich selbst zu regieren wünsche. Die Sozialisierung der Gesellschaft hat nach dieser Auffassung zur Voraussetzung, daß erstens einmal der Mehrheitswille des Volkes die Möglichkeit habe, sich durchzusetzen, und daß zweitens dieser Mehrheitswille der sozialistischen Reorganisationsarbeit eine ungerbrechliche Stütze gebe.

Im schroffsten Gegensatz zu dieser sozialdemokratischen Auffassung steht die putschistische Machttheorie des sog. Spartakusgruppe. Diese sagt, daß in Klassenkämpfen die siegreiche Minderheit, die entschieden habe, die siegreiche Klasse sei oder das Proletariat, somit habe dieses die Alleinherrschaft zu übernehmen und könne die Gesellschaft nach ihren Wünschen gestalten. Wir haben schon in anderem Zusammenhang gesagt, daß dies nichts anderes als eine Uebersetzung des Generals Hoffmann aus dem Nationalen ins Soziale ist: „Wir sind die Sieger!"

Der Irrtum der Spartakusleute besteht darin, daß sie gar nicht die Sieger sind und daß sie sich mit der ganzen Arbeiterklasse verwechseln. Sie glauben jetzt, die Revolution gemacht zu haben, obwohl man Revolutionen nach marxistischer Auffassung überhaupt nicht machen kann. Nicht ihre Stärke, sondern seine eigene im Krieg zutage getretene Schwäche hat den Niederbruch des alten Systems verursacht. Und die Arbeiterklasse steht auch nicht auf dem Boden von Spartakus, sondern sie weiß, daß sie ihren letzten entscheidenden Sieg nicht auf der Straße, sondern nur bei der Abstimmung an der Urne erringen kann, für die es jetzt mit voller Kraft zu arbeiten gilt.

Ob wir bei diesen Basen mit den bisherigen Unabhängigen in einer Kampfreihe stehen werden, oder ob es nach den verschiedenen Ersatzwahlen noch einmal zu einer allgemeinen Kraftprobe zwischen den beiden Richtungen kommen wird, wissen wir nicht. Wir wünschen das erste und setzen als selbstverständlich voraus, daß sich auch im zweiten Falle eine gemeinsame Kampffront gegen die Gegner des Sozialismus ergeben wird. Als Sozialisten sind wir daran interessiert, daß in erster Reihe von uns selbst, in zweiter Reihe aber auch von den Unabhängigen eine möglichst große Anzahl in die konstituierende Nationalversammlung und die ihr folgenden Volksvertretungen gelangt.

Darum muß uns die unklare Haltung, die ein Teil der Unabhängigen gegenüber der Spartakusgruppe einnimmt, Sorge machen. Anhänger der Einigung nicht erst von gestern, haben wir schon wiederholt, noch vor der entscheidenden Wendung nach einer Klarstellung dieses Verhältnisses gedrängt. In einer Frage von so ungeheurer Bedeutung muß eine Partei einheitlich und fest Stellung nehmen, sonst laufen ihre Anhänger verwirrt auseinander.

Nachdem sich sämtliche sozialistische Regierungen, die des Reichs und aller Bundesstaaten, für die konstituierende Nationalversammlung und damit für die Lösung der schwebenden Probleme im Sinne des sozialdemokratischen Programms ausgesprochen haben, dürfte eben sollte jede Unklarheit auch bei den Unabhängigen verschwunden sein. Für uns gibt es nur einen Weg: Durch Demokratie zum Sozialismus!

Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. 68.

X-DD 249
VIII-157

14.1.1.

Arbeiter! Soldaten! Bürger!

Vor acht Tagen begann Spartakus den Bürgerkrieg. „Kampf bis aufs Messer" erklärte Liebknecht der übrigen Bevölkerung. Heute liegen diese Vertreter der rohen Gewalt am Boden. Die treu zur sozialistischen Regierung stehenden republikanischen Truppen und zahlreiche Freiwillige aus dem Volke haben den Vergewaltigungen der Pressefreiheit und der persönlichen Freiheit ein Ziel gesetzt. Wir danken ihnen von Herzen für ihre Opferbereitschaft; sie haben die sozialistische Republik gerettet.

Mit Entsetzen wendet sich das Volk von den Spartakisten ab, die das Blutvergießen verursacht haben. Aber mit ganz besonderem Abscheu weisen wir die Bemühungen der Unabhängigen Sozialisten zurück, uns die Schuld am Bruderkampf zuzuschieben. Angeblich wollten die Unabhängigen vermitteln, unterschrieben aber gleichzeitig die Spartakus-Aufrufe zu den Waffen und zum Straßenkampf. Die „Rote Fahne" hat ihre unglücklichen fanatischen Anhänger in den Tod getrieben. Die „Freiheit" hat hierbei Helferdienste geleistet und will die lebendigen sozialdemokratischen Massen durch ihre Lügen in neue Uneinigkeit und Zersplitterung treiben. „Der Terror herrscht in Berlin", schreibt sie. Jawohl, seit ihre Anhänger aus Berliner Gebäuden todspeiende Festungen gemacht haben. Heute noch verbreitet die „Freiheit" den blutigen Schwindel, die Gefangenen aus dem „Vorwärts" würden vor ein Kriegsgericht gestellt und standrechtlich erschossen werden.

Arbeiter! Kein Wort davon ist wahr.

Weder ist einer der Festgenommenen standrechtlich erschossen worden, noch wird es geschehen. Wir kennen nur eine Gerechtigkeit: Die der ordentlichen Gerichte. Die sozialistische Regierung arbeitet nicht mit den Roheiten des Belagerungszustandes, der die Freiheit aufhebt, sondern wir wollen den geistigen, politischen Kampf. Befreit von jeder Gewalt und Bedrückung soll sich dieser Kampf in wirklicher Freiheit abspielen.

Arbeiter! Bürger!

Richtet einmal an die Lügenpropheten der Unabhängigen Sozialisten und der „Freiheit" die Frage: was sagen sie zu dem Mord an den 10 regierungstreuen Matrosen, die von Spartakisten an die Wand gestellt und „standrechtlich" niedergeknallt wurden? Das ist nur eine aus der Reihe von Mordtaten, mit denen die Schützlinge der „Freiheit" die junge sozialistische Republik befleckt haben.

Jeder Jubel über das Niederschlagen der Spartakusgewalt liegt uns fern. Die Regierung hat ihre harte Pflicht getan, die das Volk von ihr verlangen durfte.

Sorgt jetzt dafür, daß nie wieder Bruderblut fließen darf.

Aus den Massen dringt immer stärker der Ruf nach Einigung. Laßt Euch aber nicht durch das dumme Schlagwort von den „kompromittierten Führern" irreleiten. Die Einigung scheitert nicht an Ebert-Scheidemann. Gibt es kompromittiertere Führer als Liebknecht, Ledebour, Eichhorn, Haase usw.? Diese aber haben bisher jede Einigung abgelehnt.

Arbeiter! Soldaten! Bürger!

Lernt aus den Lehren dieser Januarwoche:

Freiheit, nicht Terror.
Demokratie, nicht Diktatur.
Deutscher Sozialismus, nicht russischer Bolschewismus.

Einigt Euch dort, wo Sozialismus und Demokratie seit einem halben Jahrhundert ihre feste, ihre einzige Stütze haben, in der sozialdemokratischen Partei.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlins.

Theodor Fischer. Franz Krüger. August Pattloch.

X-DD 249
XIII-158

17.I.19.
Amtsgr. Potsdamer

An die

Bevölkerung Gross-Berlins!

Eine niederträchtige Bande ruchloser Verbrecher und eine unbedachte Schar blinder Nachbeter hält seit eine Woche ganz Berlin in Angst und Spannung.

Ein grenzenloser Terror sucht die Oberhand zu gewinnen, und man schreckt vor keinem Mittel zurück, große Massen zur Gefolgschaft zu zwingen.

Betriebe werden zerstört, Geschäfte geplündert, Leute ausgeraubt.

Damit nicht genug! Die verbrecherische Tätigkeit gewissenloser Elemente geht bereits so weit, daß man regierungstreue Soldaten nach Habhaftwerden ohne Verhör standrechtlich **erschossen** hat!

Das ist Bolschewismus, wie wir ihn in Rußland sehen, ein Zustand, an dem ein Land in kurzer Zeit aushungern und verbluten muß.

Mitbürger! Genossen!

Die Würfel sind gefallen! Wir müssen uns **geschlossen** gegen diese Umtriebe wehren.

Eilt darum zu den Formationen, die sich der Regierung zur Verfügung gestellt haben. Wir **schaffen** es, wenn wir schnell und entschlossen handeln.

Helft uns durch Rat und Tat!

Anmeldungen im

Werbebüro Reichstag, Portal V.

Freiwilliger Helferdienst der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Baumeister. Henck.

X-DD 249
VIII-159

Mitgl. Danzigerstr

Frauen und Mädchen!

Hütet Euch vor falschen Freunden!

Hütet Euch vor falschen Freunden! Glaubt nicht, was die nationale Volkspartei Euch sagt. Sie ist nichts anderes als die bisherige konservative Partei, die sich jetzt, wo das Volk über die alte Regierung gesiegt hat, auch einen volkstümlichen Anstrich geben möchte.

Die konservative Partei ist noch nie für Volksrechte oder Frauenrechte eingetreten, sie wird es auch unter dem neuen Namen nicht tun, dieser ist nur darauf berechnet, um Unkundige irre zu führen.

Auf die in politischen Angelegenheiten unkundigen Frauen hat man es jetzt abgesehen. **Bisher hat die konservative Partei sich bei allen Versuchen, den Frauen Rechte zu verschaffen, ablehnend verhalten.** Nun, wo die Frauen das Wahlrecht haben, wollen sie ihre Stimmen für die Wahlen zur Nationalversammlung ködern.

Ihren Zweck suchen sie dadurch zu erreichen, daß sie **allerlei Unwahrheiten** verbreiten, um auf diese Weise Zwietracht unter die Volksgenossen zu säen.

Deutsche Frauen und Mädchen!

Es ist nicht wahr, daß die der Sozialdemokratie angehörenden Teile der Bevölkerung den anderen Schichten feindlich gegenüberstehen. **Auch die Sozialdemokraten lieben ihr Vaterland, auch sie haben den Wunsch nach Frieden, Arbeit und Brot!** Aber die Sozialdemokratie will das Vaterland so gestalten, daß **wirklich** Friede, Freiheit und Glück für **alle** Volksgenossen erblüht.

Es ist nicht wahr, daß der schnelle Abschluß des Waffenstillstandes uns die schlechten Bedingungen gebracht hat, unter denen wir leiden. Der Waffenstillstand ist abgeschlossen worden auf Wunsch der obersten Heeresleitung, er **mußte** abgeschlossen werden, weil sonst noch weitere Ströme Blutes vergossen wären, ohne daß für das Vaterland ein Nutzen daraus erwachsen wäre.

Es ist nicht wahr, daß wir hätten siegen können, wenn wir nur noch länger durchgehalten hätten. Bedeutende Generäle haben bewiesen, daß es schon im Herbst **1914** nach der unglücklichen Schlacht an der Marne entschieden war, daß wir den Krieg **nicht** gewinnen konnten.

Trotzdem hat man diesen Krieg noch vier volle Jahre fortgesetzt! Hat uns vier volle Jahre belogen und betrogen!

Die konservative und die nationalliberale Partei sind es gewesen, die diesen organisierten Völkermord so lange fortgesetzt haben.

Unsagbares Elend haben sie über das deutsche Volk gebracht!

Deutsche Frauen und Mädchen!

Habt Ihr noch nicht genug Blutopfer gebracht? Sollten noch mehr blühende Männer ins Grab sinken?

Sollten noch mehr Eurer Gatten, Väter, Söhne und Brüder als elende Krüppel ihr unglückliches Leben fristen müssen?

Habt Ihr selbst noch nicht genug gehungert und gedarbt? Eure schwachen Körper noch nicht genug ruiniert bei **Arbeiten**, die Eure Kräfte weit überstiegen?

Wenn Ihr Eure Stimme der nationalen Volkspartei gebt, so stimmt Ihr für **Kapitalismus und Militarismus.** Damit ist die **Vordedingung für einen neuen Krieg geschaffen!**

Nur der Sozialismus, der die Völkerverbrüderung anstrebt, kann uns den Weltfrieden garantieren!

Deutsche Frauen und Mädchen!

Seid froh, daß die sozialistische Regierung gekommen ist! Sie hat dem entsetzlichen Morden, das uns nur immer tiefer ins Verderben führte, ein Ende gemacht. Wenn wir alle treu zu ihr halten, wird sie in unserem Vaterlande Zustände schaffen, unter denen wir endlich wieder am trauten häuslichen Herde unseres Lebens froh werden können.

Wählt am 19. Januar 1919 die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

X-DD 249
VIII-1/60
12

17.1.19.

Sozialdemokratie und Nationalversammlung.

Auf zur Wahl am 19. Januar!

Das alte Deutschland ist tot. Durch die Wahl zur Nationalversammlung soll die Grundlage für ein neues Deutschland geschaffen werden.

Niemals gab es eine Wahl so wichtig wie diese. Die Revolution hat alle alten Zwingburgen, die bisher den freien Volkswillen hinderten, beseitigt. Zum ersten Male hat das deutsche Volk die Entscheidung über seine Zukunft ganz allein in **seiner Hand.**

Die Revolution war eine Notwendigkeit, sie mußte kommen. Das alte Regierungssystem und ebenso die bürgerlichen Parteien haben schon vor dem Weltkriege und noch mehr während des Weltkrieges

ungeheure Verfehlungen

auf sich geladen. Sie haben unser Volk durch Uebermut und Unverstand in unsagbares Unheil gestürzt. Sie sind die Schuldigen an den furchtbaren Opfern des Krieges und an dem Zusammenbruch. Sie haben auch noch bis zuletzt die Erfüllung der freiheitlichen Forderungen der Arbeiterschaft zu vereiteln versucht. Auf all dies verbrecherische Treiben der Gewaltpolitiker gab schließlich die Revolution die Antwort!

So wurde die Sozialdemokratie zur politischen Macht berufen. Die Arbeiterschaft mußte in die Bresche treten, um unser schwergeprüftes Volk vor völligem Untergang zu erretten.

Nun gilt es, durch die Wahl am 19. Januar dafür zu sorgen, daß die Errungenschaften der Revolution nicht wieder verlorengehen, daß sie vielmehr endgültig sichergestellt und ausgebaut werden.

Die sozialdemokratischen Volksregierungen im Reich und in den Einzelstaaten haben von dem gestürzten Junker- und Militärregime

eine überaus üble Erbschaft

übernehmen müssen. Nach der militärischen Niederlage und unter den Bedrohungen der siegreichen Gegner soll der Friede herbeigeführt werden. Aus der Verelendung und dem Hunger soll der Neubau unseres Wirtschaftslebens aufgeführt werden. Was das alte System verschuldigt hat, das soll die Sozialdemokratie wieder in Ordnung bringen — wahrlich eine unendlich schwierige Aufgabe. Aber die Sozialdemokratie scheut diese Aufgabe nicht und sie ist überzeugt, daß sie mit der Unterstützung aller, die guten Willens sind, diese Riesenaufgabe bewältigen und unser Volk wieder zu besseren Zeiten emporführen wird.

Die Sozialdemokratie hat während des Krieges unentwegt für den Abschluß eines gerechten, kein Volk vergewaltigenden Verständigungsfriedens gekämpft. Sie Protest zu erheben. Die Sozialdemokratie **fordert mit höchster Entschiedenheit einen Frieden, der das deutsche Volk politisch und wirtschaftlich lebensfähig erhält und die Möglichkeit der Wiederaufrichtung aus dem jetzigen Elend gewährleistet.**

Es wird die erste Aufgabe der Nationalversammlung sein, einen solchen Frieden herbeizuführen. Wird er erreicht, dann wird die deutsche Sozialdemokratie, getreu ihren stets vertretenen Grundsätzen und im Verein mit der wiederaufzurichtenden Internationale, an erster Stelle stehen, um den Völkerhaß auszurotten, um die Weltrüstungen nicht wieder aufkommen zu lassen, um den Bund der freien Völker Europas und der ganzen Welt zu verwirklichen!

Die weitere Aufgabe der Nationalversammlung ist

die Schaffung der neuen Verfassung

für das Deutsche Reich. Die Sozialdemokratie fordert, daß die überlebte Kleinstaaterei überwunden und Deutschland zu einem möglichst einheitlichen Staatswesen ausgestaltet wird. Das hindert nicht, daß die einzelnen Teilgebiete durch weitgehende Selbstverwaltung ihre kulturellen Eigenarten bewahren und fördern. Die Sozialdemokratie fordert ferner, daß durch die Nationalversammlung als Staatsform Deutschlands die demokratische Republik für alle Zeit fest und sicher begründet wird.

Wähler und Wählerinnen! Beachtet es wohl: Noch ist der deutsche Freistaat, noch ist das gleiche Wahlrecht für alle öffentlichen Vertretungen nicht gesichert. **Erst wenn Ihr am 19. Januar die Nationalversammlung richtig zusammensetzt,** wird das, was die Revolution mit elementarer Macht gebracht hat, **gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen gesichert sein!**

Die Sozialdemokratie erstrebt nicht nur die demokratische Republik, sie erstrebt

die soziale, die sozialistische Republik.

Die kapitalistischen Parteien wollen hiervon nichts wissen. Sie sind eifrig am Werke, die Bevölkerung mit Angst vor der „Enteignung des Privateigentums" zu erfüllen. Die alten Lügengeschichten vom „Teilen" und vom „Wegnehmen der Spargroschen" werden hervorgesucht.

Wähler und Wählerinnen! Laßt Euch von diesen albernen Märchen nicht betören! Gerade der Kapitalismus war es und ist es, der den kleinen Handwerker und Handelsmann niederkonkurriert, und der kapitalistische Weltkrieg war es, der Hunderttausende kleine Selbständige um ihre Existenz brachte. Der Sozialis-

X-DD 249
VIII-161

18.1.19

Frauen und Mädchen im Wahlkampf!

Ein Werben um die Gunst der Frauen und Mädchen am Tage der Wahl hat schon bei allen bürgerlichen Parteien eingesetzt. Sie stehen jetzt alle auf dem Boden des Frauenstimmrechts, obwohl sie bis in die letzten Tage vor der siegreichen Revolution dagegen waren, und auf das sie sonst so tapfer schmälen konnten. **Jetzt miteinem malhaben sie alle ihr Herz entdeckt für Demokratie, für das parlamentarische System, für die Verhältniswahl und auch für das Frauenstimmrecht.**

Es ist nicht Ueberzeugung, die sie für diese schönen Dinge jetzt so schwärmen läßt, viele verwünschen sie aus tiefstem Herzensgrund, aber sie müssen sich nun zu ihnen bekennen, weil sie anders keine Anhänger mehr finden können. Und so tun sie es in der letzten Hoffnung, das **Frauenwahlrecht möge ihnen die Schutzwehr sein, hinter der sie vor den sozialdemokratischen Stimmzetteln der Männerwelt eine Deckung finden.** Die Frauen und Mädchen, die das nicht sofort durchschauen, brauchen sich nur einmal der Haltung der bürgerlichen Parteien bis in die allerletzten Zeilen hinein zu erinnern oder sie kennen zu lernen.

Bis vor wenigen Wochen war es die Sozialdemokratie **ganz allein**, die der **Sehnsucht der Frauen nach freiem Menschentum Ausdruck verlieh und das gleiche Wahlrecht und die volle Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten forderte!**

Wo aber standen bis dahin alle anderen Parteien?

Wir blättern etwas zurück in der Chronik unserer **Frauenwahlrechtskämpfe. Da** haben wir den eindrucksvollen sozialistischen Frauenwahlrechtstag im Jahre 1911. Damals schrieb unser großer Vorkämpfer Georg Vollmar in der Frauenwahlrechtszeitung, daß niemand sie ernst nahm, als er und seine Kollegen schon in den 80er Jahren im bayerischen Landtag zuerst für Frauenrechte eintraten. **Der Führer des Zentrums meinte,** die Weiber sollten doch lieber Hemden nähen, als sich um „solche Sachen" kümmern. **Die Kammer stimmte dieser Weisheit in allgemeiner Heiterkeit zu und die Geschichte schien damit erledigt für diese Gesellschaft.** Als die erste Aerztin in München erschien, da gab selbst der Führer der Liberalen, selber ein Arzt, den für Frauengleichberechtigung eintretenden Sozialdemokraten den guten Rat, die Frau Doktorin möge nur schnell machen, daß sie wieder weiter käme, weil man die Ausübung ihres Berufs auf keinen Fall dulden werde.

Da titulierte die **„Germania"**, das Berliner Blatt der Katholiken und der alten Zentrumspartei, unsere Genossinnen, die sich eifrigst bemühten, eine Bewegung zugunsten des Frauenstimmrechts in Fluß zu bringen, als **„Stimmrechtsweiber", als „Wahlrechtsamazonen", die sich anmaßen, „über Krieg und Frieden entscheiden zu wollen".** Da lehrten katholische Priester, daß die neuzeitlichen Forderungen der Frauen, wie Wahlrecht usw., gegen die Gebote Gottes seien. Da schrieben konservative Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung" und andere: Wer auf dem Boden der konservativen Weltanschauung stehe, der müsse das Frauenwahlrecht **grundsätzlich** verwerfen. Da taten sich besondere Frauenvereine, wie der „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation" und der „Deutsch-Evangelische Frauenbund" auf, die sich ausdrücklich zu dem Bestreben bekannten, die Politisierung der Frau verhindern zu helfen.

Da lehnte auch der sogenannte linksstehende Liberalismus, die fortschrittliche Volkspartei, im Jahre 1912 auf dem Parteitage zu Mannheim es ab, die Forderung der staatsbürgerlichen Gleichheit der Frauen in das Parteiprogramm aufzunehmen. Da stimmten noch im Januar 1914 alle bürgerlichen Parteien im Reichstag **gegen** den Antrag der Sozialdemokraten, ein Gesuch des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstag zu gewähren, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Konservativen und Freikonservativen erklärten: „Wir sind dagegen! und bringen das durch ein Votum auf Uebergang zur Tagesordnung zum Ausdruck!" Der Zentrumsredner erklärte: „Solchen radikalen Strömungen treten wir entgegen, solche radikalen Maßnahmen mißbilligen wir!" Und der liberale Fortschrittsredner bekannte: seine Partei sei in dieser Frage **keiner einheitlichen Meinung!** Und tatsächlich stimmten auch nur einige von seiner Fraktion dem von der Sozialdemokratie befürworteten Antrage bei. Alle übrigen stimmten für ein Begräbnis zweiter Klasse und ließen die Petition der Regierung nur „zur Kenntnisnahme" überweisen.

Doch man braucht nicht in ferne Jahre zu schweifen: **Noch im Januar dieses Jahres 1918 hatten wir das Schauspiel, daß alle Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses die sofortige Einführung des Frauenstimmrechts** ablehnten, mit Ausnahme der Vertreter der Sozialdemokratie.

Und diese selben bürgerlichen Parteien, von denen **vor** der Revolution **keine** das Frauenwahlrecht voll und ehrlich auf ihrer Rechnung hatte, von denen auch in Zukunft **keine** es aus freier Wahl gegeben haben würde, sie finden sich jetzt damit ab, weil sie müssen, und **treten nun unter allerlei Verkleidungen auf,** um ihren Verwirrungs-Apparat spielen zu lassen.

Die Organe des Zentrums, das sich bereits zur **„Christlich-Demokratischen Partei"** umtaufte, bringen schon zum Ausdruck, nachdem das Frauenstimmrecht jetzt einmal da sei, müsse man es frisch anfassen und für die Zentrumsinteressen dienstbar machen! Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt: „Alle Frauenvereine, auch die nichtpolitischen, müssen die Mitglieder auf die Ausübung des neuen Rechts vorbereiten, sie darüber aufklären." Ihr Schwesterblatt, die „Kölnische Zeitung", das große Organ der alten Nationalliberalen, beschwört die Frauen: **„Schaltet Euch nicht bei der Mitbestimmung unserer Zukunft aus; tut Eure Pflicht, d. h. wählt nationalliberal!**

X-DD 249
VIII-162

Die Augen auf!

weit:
e heutige Volksregierung muß gestützt
n, denn sie ist Fleisch von Eurem Fleische! Mit ganzer
üßt Ihr Euch hinter diese Regierung stellen, damit die
verhandlungen gefördert werden, und damit wir nach der
g der politischen Revolutionserfolge mit der wirt-
tlichen Umgestaltung, dem Sozialismus, beginnen

ritt:
r die Nationalversammlung muß agitiert
n, damit sie eine starke sozialistische Mehrheit erhält,
r durch sie kann der Erfolg der Revolution dauernd ge-
werden.

wird Euch im Glauben an die Erfolgsmöglichkeit des
nus irre zu machen suchen. Man wird Zweifel und
nung gegen das neue System in Eure Herzen säen
aber dann vergeßt nicht, daß die Ver-
dieses Neuen die furchtbarste Erb-
übernahmen, die je eine hankerotte,
ändig abgewirtschaftete Regierung hin-
sen hat. Deutschlands Bevölkerung ist zermürbt
ot und Tod eines vierjährigen Krieges, — Mißmut und
lung erheben überall ihr Haupt, Deutschlands Finanzen
lig zerrüttet, sein Wirtschaftsleben liegt in Trümmern,
und Arbeitslosigkeit, Mangel an Wohnung und Kleidung
vor der Tür.
lieser furchtbaren Situation die Leidenschaften Einsichts-
fzupeitschen, fällt dem Gegner von rechts und von links
wer. Deshalb müssen wir Aufklärung darüber verbreiten,
chon ein großes ist, wenn es der Regierung gelingt, ohne
ießen den Weg zu gesicherten Zuständen zu finden. Mag
ht alles zur Zufriedenheit aller geregelt werden — niemand
s können —, so wollen wir doch nie vergessen, daß
er der alten Gewalten das Wohl des Volkes nie und
vertreten, und daß die Quertreiber, die sich Kommunisten
rtakisten nennen, das Glück nicht bringen können. Der
n Wohl des Volkes, zu Freiheit und Sicherheit geht
ie nach dem freien und gleichen Wahlrecht gewählte
versammlung.
dieses Recht der Selbstbestimmung des Volkes, für
tische Demokratie, hat die Sozialdemokratie immer, so
bestehe, den Kampf geführt. Vom Boden der Demo-
is kann die Sozialdemokratie gesichert ihre wirtschaft-
iele verwirklichen. Sie kann eine neue Ära der Wirt-

X-DD 249

schaftsentwicklung einleiten mit ausgesprochen sozialistischer Zielrichtung. Der Sozialismus kann nicht durch ein paar Gesetze dekretiert, noch durch eine Erhebung verzweifelter Menschen aus den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf einmal fix und fertig errichtet werden; er muß in einer sorgfältigen planvollen Entwicklung etappenweise entstehen. Allein zur scharfen, vom Staat bewußt geförderten Anbahnung dieser Entwicklung brauchen wir die Zustimmung der Mehrheit des Volkes. Mit ihr werden wir so schnell und so weit zum Sozialismus gelangen, wie das Volk von seiner Vorteilhaftigkeit überzeugt werden kann, und wie die Verhältnisse reif für ihn sind.

Und wir zweifeln gar nicht, daß wir von der unumgänglichen Notwendigkeit des Sozialismus noch ganz andere Kreise als nur die eigentlichen Arbeiter überzeugen werden. Es wird sich zeigen, daß der Sozialismus ein so starkes Volksbedürfnis, eine so allgemeine nationale Angelegenheit geworden ist, daß jeder, der in Zukunft seinem Volke dienen will, praktischer Sozialist sein muß. Der Sozialismus drängt sich dem Staate ganz von selbst auf als eine Notstandsmaßnahme staatlicher Selbsterhaltung. Da ist die ungeheuere, durch den Krieg herbeigeführte Verschuldung des Reichs; die Renten der Siechen und Krüppel, die im Kriege ihre Arbeitskraft ganz oder teilweise eingebüßt haben, die Renten der Frauen und Kinder, die ihren Ernährer verloren haben, die Zinsen der Kriegsanleihen müssen aufgebracht werden, der Arbeitslose muß eine Unterstützung erhalten. Wir brauchen nicht nur die scharfe Anfassung der großen Vermögen, wir brauchen Sozialismus, schon um unseren staatlichen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Daneben steht das revolutionäre Recht, stehen die Forderungen und Bedürfnisse der großen unbemittelten Mehrheit des Volkes. Gerade an sie haben früher Staat und Gesellschaft die unglaublichsten Anforderungen gestellt, sie hat jetzt ein sittliches Recht auf weitgehendste Gegenforderungen. Bringt man ihr die Überzeugung bei, daß der Sozialismus eine viel höhere Stufe der Produktivität zum Wohle der Allgemeinheit, eine Hebung der Volkskraft und des Volksglückes nach jeder Richtung bedeutet, dann wird sie kraft ihres demokratischen Selbstbestimmungsrechts die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise zur Abschaffung bringen. Reich, Staaten und Gemeinden, Gewerkschaften und Genossenschaften werden dann einheitlich und auf die zweckmäßigste Weise im Interesse der Allgemeinheit den Sozialismus durchführen.

X-DD 249
VIII-163

Mappe Karlstadt

Frauen Berlins, seid wach!

Es geht um Eure Menschenrechte. Der Krieg ist zu Ende. Furchtbar war die hinter uns liegende Zeit, schwer wird die Zukunft sein. Millionen blühender Männer, junge Söhne trauernder Mütter, Lebensgefährten einsam gewordener Frauen, Ernährer jetzt auch so blasser Kinder deckt die Erde. Wir Frauen trauern um alle, die den Frieden nicht erleben. Schwer haben Frauen und Kinder unter den Entbehrungen und Sorgen des Krieges gelitten.

Wie ein drohendes Gespenst steht in diesem Augenblick der Hunger in seiner schrecklichsten Gestalt vor uns.

Unsere an sich schon furchtbare Lage wird zur Unerträglichkeit gesteigert durch das Vorgehen der spartakistischen und kommunistischen Arbeitergruppen. Nicht die Anarchie, nicht der Bruderkampf, nur Ruhe und Besonnenheit können unserem Volke das Furchtbarste ersparen.

Die Revolution vom 9. November hat uns die politische Freiheit gebracht. Sie wird gefährdet durch das wüste Vorgehen der Spartakusleute.

Frauen, laßt Euch nicht beirren; glaubt nicht, daß es Sozialdemokraten sind, die jetzt gegen die Regierung hetzen und das Zustandekommen der Nationalversammlung durch gewalttätiges Vorgehen hindern wollen. Es sind Quertreiber, die mit den Bestrebungen der wirklichen Sozialdemokratie nichts zu tun haben und der Sache des Sozialismus den größten Schaden zufügen.

Mit dem Sturze der alten Gewalt haben auch die Frauen Deutschlands ihre politische Freiheit erhalten. Die sozialistische Regierung hat, getreu der alten sozialdemokratischen Programmforderung verordnet, daß alle zwanzigjährigen deutschen Männer und

Frauen zur gesetzgebenden Nationalversammlung wahlberechtigt und wählbar sein sollen.

Damit ist der vornehmste Grundsatz der Demokratie, wonach das gesamte Volk sein eigenes Geschick formen soll, durchgeführt.

Die Frauen haben das Wahlrecht zur Nationalversammlung. Jahrtausend altes Unrecht ist damit abgeschafft. Wollen die Frauen das Wahlrecht behalten, dann müssen sie am 19. Januar sozialistisch wählen, sonst bringen sie sich selbst um ihre Rechte, weil die Nationalversammlung entscheiden wird über das Frauenwahlrecht der Zukunft.

Die Sozialdemokratie war es, die den Frauen das Wahlrecht gegeben hat; bringen die deutschen Frauen eine sozialdemokratische Mehrheit in die Nationalversammlung

dann haben sie einmal gewählt — sie wählen vorläufig nicht wieder!

Die Herren, die den Frauen nur das Revolution heißt Recht geben wollten, werden sie ihnen sofort entziehen oder für stürzen, wenn sie die Macht dazu bekommen. Diese Macht dürfen die Frauen ihnen nicht geben.

Wir Frauen sind mitberufen, über das Schicksal des ganzen Volkes zu entscheiden; nur tragen nun aber auch wir an der Verantwortung für die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Die Geschichte wird über uns urteilen. Richten wir heute unser Tun danach ein, daß wir uns einst verantworten, daß wir, die Trägerinnen der lebendigen Zukunft, unseren Kindern einst voll in die Augen schauen können.

Die Mütter, die das werdende Leben hegen und pflegen dürfen den menschenvernichtenden Krieg nicht mehr wollen. Nur auf dem Wege zum Sozialismus kommen wir zu Völkerbund und damit zu dauerndem Frieden. Darum seid Euch Eurer Verantwortung vor der Zukunft, vor Eure Kindern bewußt.

Schwer haben die Frauen vor dem Krieg und während des Krieges unter Ausbeutung, Entbehrung und Überarbeitung gelitten. Die Sozialdemokratie wird, wenn dauernd zur Macht gelangt, dafür sorgen, daß auch die Hausfrauen und Müttern ihr Recht wird.

Politische Freiheit ist nicht wirtschaftliche Freiheit!

Sie wird erst gewonnen durch den Sozialismus, er allein bringt auch den Frauen die volle Unabhängigkeit. Soll die Revolution dem Sozialismus die Tore öffnen, müssen die Frauen dabei unser Teil erfüllen.

Hinein in die Sozialdemokratische Partei

Das muß heute die Losung für alle Frauen sein.

Unsere Stimmen gehören am 19. Januar der

Sozialdemokratischen Partei!

Richtung: Ebert-Scheidemann!

X-DD 249
VIII-164

18.1.19

Kinder der Arbeiter, Angestellten, Handlungsgehilfen und Beamten

Bittet Eure Eltern, Verwandten und Bekannten, daß bei der Wahl vor allem an Euch denken

Denn Euch gehört die Zukunft!

Die alte Gesellschaftsordnung bevorzugt die kleine Zahl von Kindern wohlhabender Eltern.

Die neue Gesellschaftsordnung gewährt jedem Kinde die gleichen Mittel für Erziehung u. Ausbildung

Der kapitalistische Staat macht das Vorwärtskommen abhängig von dem Zufall der Geburt, von der Größe des väterlichen Geldsacks.

Der sozialistische Staat sichert volle Entfaltung jeder Begabung schafft freie Bahn dem wirklich Tüchtigen ohne Rücksicht auf Herkunft oder Vermögen

Darum, Jugend, ruf es laut allen Wählern zu:

Denkt an uns!

Wählt die

Listen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S. P. D.)

B

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

X-DD 249
VIII-165

18.1.19

Richtig wählen

B

Heißt seine Stimme derjenigen Partei geben, von der man die beste Wahrung seiner Interessen, die beste Erfüllung seines politischen Wollens erwarten kann.

Wähler und Wählerinnen

werdet Euch in letzter Stunde darüber klar, **was Ihr wirklich wollt**, wofür Ihr am 19. Janu den Zettel in die Urne legt.

Nicht um Tagesfragen, nicht um Parteienmacht geht diesmal der Kampf, es handelt sich u die Grundfrage, ob das alte, in der Revolution zusammengebrochene, reaktionäre Herrschaftssyste künstlich zu neuem Leben erweckt werden, oder ob durch den **kraftvollen** Ausdruck Eures Willens e **neues**, ein **besseres**, ein **glücklicheres Deutschland** erstehen soll.

Wer will, daß wieder eine **kleine Schicht** von **Privilegierten** die Masse d Volkes **beherrscht** und **knechtet**, daß **Geburt** und **Besitz** allein Ma und Ansehen verleihen, daß durch **Klassenwahlen** und **Klassenjus** die staatsbürgerliche **Freiheit vergewaltigt** wird,

Wer will, daß weiter die Macht des **Geldsackes** über das Recht der **Persönlichk** triumphiert, daß ein **profitgieriges** Unternehmertum **Frauen** u **Kinder** in die **Fron** der Fabrikarbeit und Heimindustrie zwän daß ein **brutales Ausbeutertum** Kopf- und Handarbeiter um d **vollen Ertrag** ihrer Arbeit **prellt**,

Wer will, daß natürliches Vaterlandsgefühl in einen **verlogenen, phrasenhaft** Nationalismus umgefälscht wird,

daß **brutale Machtpolitik** uns der Kulturgemeinschaft der **Völ entfremdet**,

daß **leichtfertig** und im Interesse einer **skrupellosen** Schwerindust **Kriege** entfesselt werden, die **Millionen** unserer Volksgenoss **hinschlachten** oder zu **Krüppeln** machen,

der gebe seine Stimme den alten konservativen oder liberalen Parteien, die heute unter Betonu ihrer Volksfreundlichkeit und demokratischen Gesinnung sich Deutsche Volkspartei, Deutschnationa Volkspartei oder Deutsche demokratische Partei nennen.

X-DD 249
VIII.-166

19.1.19.

73.3

Frauen!

Schützt Eure Religion

Vor denen, die aus der Religion eine politische Parole machen,

Vor denen, die Eures Herzens stilles Glühen für hohes, hehres u. heiliges hinauszerren in die schmutzüberkrusteten Gefilde politischer Kämpfe!

Wir wollen niemand zu einem religiösen Bekenntnis pressen. —

Wir wollen, daß die Religion nicht zu einem Machtmittel des Staates mißbraucht wird.

Wir wollen daß jeder seinen Glauben seine religiöse Überzeugung behalten und frei bekennen darf.

Darum stimmt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

X-DD 249
XIII-167

Wer ist Proletarier

Proletarier ist **nicht** nur der Fabrikarbeiter; **Proletarier** ist, wer nichts als seine pr
das heißt auf deutsch: seine Nachkommenschaft, hinterläßt.

Proletarier ist jeder, der nur von seiner eigenen Arbeit lebt, statt andere für sich arbeiten zu l

Proletarier ist in der heutigen kapitalistischen Welt, da es nur zwei Möglichkeiten gibt: auszub
oder ausgebeutet zu werden — **Proletarier** ist heute jeder, der ausgebeutet wird. **Proletarier** ist, wer
zurücklegen kann; wer von seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit lebt: jeder, der kein **Kapital** anhäufen
ist **Proletarier.**

Proletarier sind also auch viele, die es selbst noch nicht wissen, die nicht bemerken, wie weit sie
proletarisiert sind. Hier gibt es keine Neutralität arbeitender Proletarier oder kapitalistischer Bürger —
von beiden mußt Du, eins von beiden muß jeder sein.

Keiner braucht sich zu entscheiden: es ist schon über jeden entschieden. Du kleiner Angestellter mit e
Gehalt, das nicht erhöht wird; Du Beamter, der Du Dich an allen Deinen grauen Tagen für die kapitalis
Gesellschaft arbeitest — merkt Ihr denn nicht, wie Ihr vom Bürgertum abhängig seid?

Wer aber vom Bürgertum abhängt, ist nicht mehr Bürger: der ist Proletarier.

Darum bist Du, Handwerker, kein Bürger mehr und viele sogenannte Kleinbürger und viele Int
tuelle sind keine Bürger mehr:

Ihr seid Proletarier!

Die Weltanschauung des gesamten Proletariats aber ist der Sozialismus. Nur der Sozialismus
nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung eine neue Wirtschaft, eine neue Welt heraufführen; nu
Sozialismus kann die Proletarier, kann die Menschen retten.

Also:

Ihr Alle, die Ihr Proletarier seid,
auch Ihr Proletarier, die Ihr Euch noch nicht so nenn

wählt sozialistisch

X-DD 249
VIII-168

19.11.19

Akademiker!

Wir sozialistischen Studenten und Akademiker fordern Euch auf, für die Nationalversammlung Sozialisten zu wählen.

Denn Ihr seid auch Proletarier!

Ihr Ingenieure, Erfinder, Redakteure, Angestellte industrieller und kaufmännischer Betriebe, Ihr seid ausgeschlossen vom Besitz der Produktionsmittel, Ihr müßt Eure Arbeitskraft verdingen und für den Unternehmer Mehrwert produzieren.

Ihr **Lehrer, Richter, Staatsbeamte** aller Art, Euer Mehrwert einziehender Unternehmer ist der **Staat**, der seine Macht nicht im Interesse der Gesamtheit, sondern zum **Schutze der herrschenden Klasse** verwendet. Hat er nicht mit Eurer Arbeitskraft den gewaltigen Apparat der Unterdrücker geschaffen, hat er Euch **Verwaltungsbeamten** nicht Vorgesetzte gegeben, die, **Epigonen des Rittertums**, ihre **führende Stellung** nicht ihrem Können, sondern dem **Adelsprädikat Ihrer Väter verdanken**? Habt nicht Ihr **Lehrer** durch Verblendung der Jugend die Atmosphäre schaffen müssen, die das Heer zum Werkzeug der Herrschenden machten, dieses Schein-Volksheer, dessen Führer den Verständigungsfrieden ablehnten, weil sie Longwy und Brie annektieren wollten? Ihr wurdet Funktionäre des Kapitals und des Rittertums, weil Eure Bildung Euch nicht anders ernährte als in ihrem Dienste.

Wollt ihr länger Eure Intelligenz in schnödem Handel dem Meistbietenden verkaufen?
Soll Geist und Klugheit eine Ware bleiben, die das Kapital kaufen kann?

Der Verkauf der Intelligenz an das Kapital ist Prostitution des Geistes!

Wie kann das anders werden?

Dadurch, daß die Produktionsmittel Eigentum der Gesellschaft werden. Denn dann gibt es keinen Mehrgewinn.

Dadurch, daß der Staat zum Inbegriff der Gesellschaft wird.

Denn dann sind die Interessen des Staates Eure Interessen und die der Gesamtheit des Volkes!

Akademiker, warum schließt Ihr Euch aus von dem Klassenkampf des Proletariats?

Erkennt Euren natürlichen Bundesgenossen im Proletarier!
Geht zu ihnen und nehmt teil an seinem Kampf!
Stellt Euer technisches Können in den Dienst seiner großen Bewegung!
Helft ihm in der Nationalversammlung die Mehrheit gewinnen!

Akademiker! Wählt Sozialisten!

Die sozialistische Studentenpartei.

Ernst Leitritz. Dr. Hans Reichenbach. Alfred Seidel. Karlaugust Wittfogel.

Geschäftsstelle:
Berlin NW. 23, Holsteiner Ufer 10, I.

„Aaba-Expreß", Buchdruckerei des Westens, Arthur Noweck, Großgörschenstr. 41

X-DD 249
VIII-169

19.19

Deutsch-nationale Lügenmanöver!

Junker und Militaristen im alten schlimmen Sinne, Alldeutsche und Kriegsgewinnler,

die Schuldigen an Deutschlands Unglück und Niederlage,

haben sich zur

Deutsch-nationalen Volkspartei

zusammengetan und besitzen die Frechheit, Flugblätter voll der gemeinsten Lügen unter das Volk zu werfen.

Ein gänzlich verlogenes Machwerk,

das sich an die Soldaten wendet, behauptet:

die Revolution habe dahin geführt, daß die Feinde unsern Soldaten jetzt hohnlachend den Fuß auf den Nacken setzen;

die furchtbare Niederlage statt eines Friedens der Verständigung;

Knechtschaft statt Freiheit;

Hungersgefahr statt Brot;

gefährlichste Auflösung statt fruchtbarer Arbeit

das habe uns die Revolution gebracht!

Gemeine Lügen und Verleumdungen, von der schuldigsten politischen Partei in die Welt gesetzt, um unleugbare Tatsachen verschwinden zu machen, die den Soldaten draußen verheimlicht wurden!

Es war allein die Sozialdemokratie,

die von Anfang des Krieges an den Verständigungsfrieden erstrebte, — und es waren

Deutsch-nationalen Junker und die Alldeutschen,

die jeden Verständigungsfrieden niederkämpfen, niederringen, niederdonnern haben.

Die Deutschland durch ihre Anmaßung die ganze Welt zum Feinde gemacht.

Die gejubelt haben, daß der Krieg begonnen wurde.

Die jede neue Kriegserklärung mit Hurra begrüßten.

Die nicht ruhten und rasteten, bis sie auch Amerika zur Kriegserklärung getrieben und damit die Niederlage Deutschlands besiegelt hatten.

Es war

Ludendorff,

der sechs Wochen vor der Revolution der Reichsregierung erklärte, es sei kein Tag zu versäumen, sie müsse einen sofortigen Waffenstillstand herbeiführen, die Front halte nur noch Tage aus.

Bulgarien abgefallen, Oesterreich am Ende aller seiner Kräfte, unsere Grenze im Rheinland, in Schlesien, Sachsen, Bayern vor dem Einmarsch der Entente nicht mehr zu sichern — diese furchtbare Situation, die uns zur Annahme der entsetzlichen Waffenstillstandsbedingungen zwang, verdanken wir nicht der Revolution — die war noch nicht vorhanden, als der volle Zusammenbruch von allen Seiten erfolgte — wir verdanken die vollendete Niederlage nur der Heeresleitung, der Monarchie, dem Junkertum und den Alldeutschen, nach deren diktatorischen Wissen der Krieg bis über den Zeitpunkt hinaus geführt worden ist, an dem ein Verständigungsfrieden noch zu erlangen gewesen wäre.

Sie schrieen ja stets, daß ein „starker" Friede notwendig sei, daß man mit Gottes Hilfe „zeigen" werde, daß der Krieg „von Monat zu Monat günstiger" für uns stehe, daß der „letzte Mann an die Front" hinaus müsse — der letzte Mann von den „anderen" natürlich; sie, die das Schreien besorgten, zogen es vor, Amerikaner mit „geistigen" Waffen zu bekämpfen.

Sie sind zuletzt nicht davor zurückgeschreckt, der Reichsregierung in den Rücken zu fallen; sie haben, als die Waffenstillstandsverhandlungen bereits im Gange waren, 80 000 Matrosen in den sicheren Tod hetzen wollen, um damit die Waffenstillstandsverhandlungen zunichte zu machen und das Signal zu einem vollständig aussichtslosen Verzweiflungskampf — immer wieder der „anderen" zu geben.

Mit diesen zu allen Fähigen, mit diesen Mit-, vielleicht Hauptschuldigen am Weltkrieg hat die siegreiche Entente keinen Waffenstillstand schließen wollen. Wenn uns noch einige Hoffnung auf einen erträglichen Frieden winkt, für den Wilson im Kampfe gegen die gesinnungsverwandten Brüder der Deutschnationalen, der Militaristen und Alldeutschen im Ententelager eintritt, so verdanken wir das der Revolution, der Sozialdemokratie, die im Lande für Demokratie und Verfassung eintritt.

Die Junker- und Alldeutschenklique aber hat gegen das Wahlrecht, den Parlamentarismus, die Volksregierung, stets mit allen und jeden Mitteln gehetzt und Sturm gelaufen. Sie haben die alten klassenregierungen aufgepeitscht, sie solle gar keine Rücksicht auf die Sozialdemokraten nehmen. „Die Sozialdemokraten bekämen jetzt Feuer auf den Frack", so hat einer dieser skrupellosen Gesellen damals hohnlachend ausgerufen.

Diese Gesellschaft, die sich jetzt an die Soldaten wendet, würde das Soldatenwahlrecht sofort wieder beseitigen, sobald sie die Soldaten für die reaktionären Zwecke eingefangen und ausgenutzt hätten.

Wie diese Kreise als Klasse sich gegenüber den Soldaten fühlen, das haben sie ja draußen bewiesen,

wo sie es waren, die die Feldgrauen schikanierten.

Die unsere 40, 45 Jahre alten Leute wie Schuljungen herumgejagt, beschimpft und gedrillt haben.

X-DD 249
VIII-170

25.5.

Was wollen die Parteien?

Die Deutschnationale Volkspartei (früher Konservative)
will die **Wiederherstellung** der **Junkerherrschaf**

Die Christliche Volkspartei (früher Zentrum)
will die **Wiederherstellung** der **Pfaffenherrschaf**

Die Deutsche Volkspartei (früher Nationalliberale)
will die **Wiederherstellung** der **völkerverhetzende Machtpolitik.**

Die Deutsche Demokratische Partei (früher Fortschrittliche Volksparte
will die **Wiederherstellung** der **Geldsackherrschaf**

Alle diese Parteien wollen die **Wiederherstellung** des

alten reaktionären Systems,

wollen **Ausbeutung, Unterdrückung** und **Entrechtung** des Volkes zugunsten kleiner bevorzugter Schichten.

Aber auch

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei — das gefügige Wer zeug der berüchtigten Spartakusrotte —
will **nicht** Freiheit und Selbstbestimmungsrecht des ganz Volkes, sondern kämpft für die skrupellose **Gewaltherr schaft terroristischer Minderheiten.** — Nur

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.

will die Herrschaft des ganzen Volkes, da Recht aller geistig und körperlich Schaffende verwirklichen.

Deshalb wähle ich

sozialdemokratisch!

X-DD 249
VIII-171

Das alte und das neue Preußen

Das alte Preußen ist zu Grabe getragen. Es war das **Urbild des Obrigkeitsstaates** und hat als **Polizeistaat** in der ganzen Welt einen traurigen Ruhm erworben. Kein Volk auf der ganzen Erde hat bei gleich hoher wirtschaftlicher und zivilisatorischer Entwicklung, bei gleich hohen geistigen Qualitäten eine ähnliche **Bevormundung** und **Abtötung jeder selbstständigen Regung** erleiden müssen, wie das preußische. Der Landesfürst und eine kleine Gruppe seiner Vertrauten haben teils nach den Weisungen des im Parlament **bevorrechteten Großgrundbesitzes**, teils aus **eigener Willkür** im Staate geherrscht und die breite Masse des Volkes vollkommen ausgeschaltet. Dieser Zustand gehört der Vergangenheit an.

Jetzt stehen wir vor der großen Aufgabe,

das neue Preußen

zu bilden. Ein Staatswesen muß geschaffen werden, das für **alle** Volksteile **gleich wohnlich** ist, und in dem das **Volkes Wille** zum **höchsten Gesetz** erhoben wird.

In Zukunft darf es nicht mehr sein, daß die verschiedenen Volksstämme Preußens ohne Rücksicht auf ihre Eigenart von einer Polizeizentrale aus gemeistert und ihre besonderen Interessen mißachtet werden.

In diesen Tagen ist der Verfassungsentwurf für das neue Deutsche Reich der Oeffentlichkeit übergeben worden. Darin wird allen nationalen Wünschen, dem Charakter und der völkischen Eigenheit der einzelnen Gebietsteile voll Rechnung getragen. Aufgabe der preußischen Nationalversammlung wird es sein, im Rahmen der neuen Reichsverfassung auch dem preußischen Volk ein neues Wohngebäude zu errichten. Zu diesem Ziele ist erforderlich:

Neugestaltung der preußischen **Verfassung**, Reform des **Gemeindewesens**, der **Kreis-** und **Provinzial**verwaltung im Sinne der demokratischen und sozialistischen Grundsätze, die die Revolution für ganz Deutschland gebracht hat.

Schutz der **deutschen** Kultur in den bedrohten Gebieten des Ostens unter Wahrung der vollen **Gleichberechtigung** fremdsprachiger Stämme.

Planmäßiger Ausbau des **Schul**wesens nach den Grundsätzen der fortgeschrittenen Unterrichtswissenschaft und den Forderungen durchgreifender sozialer Fürsorge. Einheitsschule! Freie Gestaltung des Rechtsverhältnisses der **Lehrerschaft**. Fachaufsicht und kollegiale Schulverfassung.

Neuordnung des Verhältnisses der **Kirche** zu Staat Schule. Sicherung voller **Gewissens- und Glaubensfrei** für jedermann.

Neuregelung des **Beamtenrechts** mit dem Ziele de staatsbürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheit. - Erhaltung erworbenen Rechte. Erhöhung der Bezüge besonders für Niedrigbesoldeten. Kollegiale Gestaltung des Dienstverh nisses. Freie Bahn für jeden Tüchtigen.

Wiederaufbau der Volkskraft durch Besserung der **Ernährung**, planmäßige **Gesundheitspflege** und **Kin fürsorge**.

Durchgreifende Reform des **Wohn-** und **Siedlungswes** Neugestaltung der **landwirtschaftlichen** Besitzverhältn Volle Rechtsgleichheit für die landwirtschaftlichen **Arbei**

Die Aufbringung der Mittel für diese Zwecke und die Deck der schweren Lasten, die das niedergebrochene System Staatskasse auferlegt hat, werden eine gründliche Umgestalt des **Steuerwesens** mit kraftvoller Erfassung der leistu fähigen Einkommen, Vermögen und Erbschaften, ferner die weiterung der staatlichen Einnahmequellen durch **Verst lichung** von kraftsquellen und Bodenschätzen erforderlich.

Eine Fülle von Aufgaben — wer kann sie lösen?

Nicht die alten Parteien des preußischen Landtages, Schuldigen an den alten Zuständen, deren ganze Geisteswelt auch für das neue Preußen die denkbar größte Gefahr bi Soll im neuen Staate **Freiheit** und **Demokratie** herrs soll nicht wieder nach den Gesichtspunkten besonders be rechtigter Gesellschaftsgruppen Politik gemacht werden, sollen **Stimme des Volkes** und seine Bedürfnisse Ausgangsp für alle staatliche Wirksamkeit sein, dann muß am Wahl dafür gesorgt werden, daß Männer mit neuen Ideen, di glüht von Freiheitsdrang und Liebe zum Volke, gewählt wer

Die **sozialdemokratische Partei** (Mehrheitspartei) hat d ihr Wirken während des Krieges und in den Tagen der volution den Beweis erbracht, daß ihre Männer es sind, allein uns auf gesundes Neuland hinüberleiten können.

Ihre **Vergangenheit**, ihr **Programm**, ihre **Tätigkeit**, tiefe, heiße Liebe zum Volk sind der Boden, auf dem allein Glück für die Zukunft unseres Volkes fest verankert werden k

Deshalb, Wähler und Wählerinnen, wollt Ihr mithelfen am Aufbau des schöneren, gl licheren, des **neuen Preußens**, dann gebt am 26. Januar Eure Stimme den Kandidaten

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Liste Paul Hirsch

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

X-DD 249
VIII-172

Die Rätediktatur und das Streikrecht der Arbeiter in Rußland!

Die Wahrheit bricht sich Bahn!

Bisher wurde von den russischen Sowjetgewaltigen das Wort von der Diktatur des Proletariats mit Fanfarentönen in die Welt hinausposaunt, und die Pressеorgane derselben redeten von Sowjetrußland als von der werbenden Fackel der Weltrevolution. Die Arbeiter der ganzen Welt (auch wir Sozialdemokraten, die wir jede Gewaltdiktatur schon aus Prinzip verwerfen) blickten mit einem tröstlichen Gefühl nach Rußland, wo sich ja die Idee einer Aufrichtung der reinen Proletarierherrschaft bewahrte. Zwar wußte man, daß die Rätediktatur Rußland keinen Segen gebracht hat, daß die russische Wirtschaft zerrüttet wurde, daß in den Dörfern Anarchie herrscht, die Industrie lahmgelegt ist, der Verkehr stockt, und der Arbeiter am Hungertuch nagt, allein — so tröstete man sich — der Arbeiter nimmt die Leiden freiwillig auf sich. Er sieht es vor, als freier Mann, der sein eigenes Schicksal bestimmt, zu darben, als sich als Lohnsklave an den Fleischtöpfen des Kapitalismus gütlich zu tun.

Was verschlug es, daß angesehene Führer der russischen Sozialdemokratie, wie der greise Lehrer des russischen Sozialismus Paul Axelrod, die Führer der Sozialistenrevolutionäre Rubanow, Suchomlin und Dmitry Gawronsky die Arbeiter über den wahren Charakter der russischen Rätediktatur aufzuklären versuchten, daß sie durch eine ganze Reihe von Tatsachen und Belegen nachgewiesen haben, daß es ein grausamer Hohn sei, von einer Herrschaft des Proletariats und des Sozialismus in Rußland zu reden, indem ja die Arbeiter unter derselben Fuchtel leiden, wie die Bürger und Bauern und ebenso wie diese ihrer primitivsten Menschenrechte beraubt sind? Die Arbeiter außerhalb Rußlands hörten nicht auf diese Stimmen, so sehr waren sie von der Vorstellung, die sich in dem Worte „Proletarierherrschaft in Rußland" ausdrückt, geblendet. Die im russischen Solde stehenden Agitatoren trugen das ihre dazu bei, um die wirklichen Tatsachen zu verdunkeln und die Wahrheit zu unterdrücken.

Aber die Wahrheit läßt sich nicht ewig hinter eisernen Gittern einkerkern. Früher oder später muß sie in das Bewußtsein der Massen dringen. So bricht jetzt die russische Eiterbeule, genannt „Rätediktatur" auf und man blickt in eine offene Wunde voll Blut und Schmutz: Schmutz der bestochenen Machthaber und Blut der vergewaltigten und sich gegen ihre Peiniger empörenden Arbeiter.

Schon seit einem Jahre sickern ab und zu Nachrichten durch über Arbeiterunruhen in den russischen Industriezentren und ihre blutige Unterdrückung durch die aus Letten und Chinesen sich zusammensetzenden rote Ordnungstruppen. (Die opfern.) Die verbürgten, aus dem Munde bewährter russischer Genossen stammenden Berichte erzählen von Hunderten und Tausenden von Arbeiteropfern, die in den Straßen durch Maschinengewehre hinweggemäht und in den Fabriken niederkartätscht wurden, weil sie es gewagt haben, gegen die rohe Willkür der Sowjetgewalt zu protestieren und ein freies Wahlrecht in die Arbeiterräte zu fordern. In seiner Anklageschrift gegen die bolschewistischen Regierungskommissare, die der greise Lehrer der russischen Sozialdemokraten Paul Axelrod an das Internationale sozialistische Bureau gerichtet hat, konnte er darum mit vollem Recht den Satz niederschreiben:

„Die jetzigen Inhaber der Gewalt in Rußland, die sich eine Regierung der Arbeiter und Bauern nennen, vergießen in Strömen das Blut eben dieser Arbeiter und Bauern."

So lange es ging, verschwieg die in der Botmäßigkeit der Kommissare stehende bolschewistische Presse (jede andere Presse ist in Rußland verboten) diese Tatsachen totzuschweigen. Aber endlich war auch diese Presse durch die Wucht der Ereignisse gezwungen, über die Unruhe in der Arbeiterschaft das eine und das andere verlauten zu lassen. Die Diskussion wurde immer breiter und nun ist über das Schicksal des russischen Arbeiters dank der bolschewistischen Presse selber ein gewisses Licht gebreitet.

Vor wenigen Wochen gingen besonders merkwürdige Ereignisse vor sich: Die Arbeiter der Petersburger Putilowwerke, die die rote Armee mit Kriegsbedarf versorgen, diese privilegierte und darum besonders verlässliche Arbeiterschicht, nach der „Prawda" der „Glanz und der Stolz der russischen Revolution", traten in den Streik. Sie hielten Versammlungen ab, in welchen die Sprecher — nach den bolschewistischen Zeitungen — folgendes zum Ausdruck brachten: „Die Kommissare und sogenannten Armee-Komitees herrschen unumschränkt. Der einzelne kommunistische Beamte repräsentiert dem Arbeiterbürger gegenüber das Gesetz. An die Spitze der Komitees werden nur extreme Bolschewisten gestellt: Agitatoren, keine Arbeiter. Auf diese Weise hat die bolschewistische Regierung jede Fühlung mit der Arbeiterschaft verloren. Während der Arbeiter furchtbar hungert, bereichert sich der bolschewistische Beamte durch Annahme von Bestechungsgeldern und durch Schiebungen mit den für die Arbeiter bestimmten Lebensmitteln. Täglich verschwinden mehrere Waggons mit Lebensmitteln spurlos. Protestieren hilft nichts der Einfluß der Arbeiterschaft in den Räten ist gleich Null, denn dort sitzen nur Beamte und keine Arbeiter. Die gröbsten Amtsmißbräuche, Bevorzugungen des Volksvermögens, die schmutz-

X-DD 249
VIII -173

Diktatur des Proletari

Diktatur des Proletariats — das ist ein Wort, welches in den Ohren mancher Arbeiter gut klingt. Haben doch Marx und Engels in den Schriften ihrer Jugendzeit die Herrschaft des Proletariats als die Grundmauer des sozialistischen Zukunftsstaates hingestellt. Diese beiden großen Begründer des modernen Sozialismus hatten aber, wie aus ihren späteren Schriften klarer hervorgeht, nur die Herrschaft des Proletariats als Volksmehrheit im Auge. Sie meinten ein Proletariat, welches sich in der Schule der Organisation und des Kampfes für die Ideale des Sozialismus allmählich zu höherem Menschentum entwickelt hat, das dann infolge seiner erreichten Kulturhöhe die morschen Säulen des faul und unfähig gewordenen Kapitalismus umstürzt, um auf den Trümmern die Gesellschaft freier, gleicher und brüderlicher Menschen aufzubauen.

Wir waren von dieser Epoche nicht mehr weit entfernt. Der furchtbare Krieg, der die Sünden und die Unfähigkeit der kapitalistischen Welt bloßgelegt hat, hat die Entwicklung beschleunigt. Nicht lange mehr hätte es gedauert, und die sozialistische Mehrheit des deutschen Volkes konnte an den Aufbau der einigen, großen, deutschen, sozialistischen Republik herangehen. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung hatten gezeigt, daß die Sozialdemokratie nur noch eines einzigen Atemholens bedarf, um als die Mehrheit des deutschen Volkes die Geschicke des Reiches in ihre Hände zu nehmen. Die von jedem klassenbewußten deutschen Arbeiter lange erträumte deutsche sozialistische Republik wäre zur Tatsache geworden.

Aber da erschienen neue Propheten auf der Bildfläche, die das verführerische Wort von der Diktatur des Proletariats fälschten, den Arbeiter damit blenden und ihn zu falschen, unsozialistischen Taten verführen wollen. Nicht eine geschlossene, organisierte, sozialistisch geschulte Volksmehrheit soll die loyale Macht durch ihre Vertrauensleute ausüben, sondern eine kleine, zusammengewürfelte, buntscheckige Zufallsminderheit soll sich dem deutschen Volk im Nacken festbeißen, um es durch Ausübung einer brutalen Gewaltherrschaft zu erniedrigen und zu schänden.

Wer schreit heute am lautesten nach der Diktatur des Proletariats? Nicht die in der Schule des Sozialismus aufgewachsenen, sondern die **Sozialisten von gestern**, die Revolutionssozialisten, die „gelben" Sozialisten, alle jene, die einer festgefügten, auf freiwillig geübter Disziplin beruhenden Organisation abgeneigt sind. Leute, die borniert mit dem Kopf durch die Wand wollen, die Sozialismus durch Radikalismus verwirklichen zu können glauben. Die alten Gewerkschaften, die Keimzellen des Sozialismus, sollen nach dem Willen dieser Phrasendrescher

sondern sie wird und muß in dem dauern
der Diktatur des Säbels und des Maschine
starren. Denn wo die freie Meinungsä
damit der Ausgleich der Gegensätze nicht m
tung kommen können, tritt früher oder spät
tung innerhalb der herrschenden Minderheit
Basis der die Macht ausübenden Diktatoren
sich mehr und mehr. Aus der Diktatur des
entwickelt sich — wie wir es jetzt in Rußl

eine Diktatur über das Prolet

Da aber Diktatoren zur Beherrschung der
starke bewaffnete Macht nicht entbehren kö
raten sie selbst in eine immer größere Abhä
denjenigen, die die Waffen führen. Es entst

eine Diktatur über die Diktat

Die Diktatur verliert ihren sozialistischen
ständig und

artet in den wüstesten Terror

So geschah es in Rußland. Dort hat die „
liche Kommission zur Bekämpfung der Ge
und der Spekulation" die tatsächliche Gewalt
den, und selbst die Volkskommissäre sind m
ihr Wüten. Und sie wütet etwa bloß
sitzenden Klassen und die wirklichen Gegen
und die Minimalisten, sondern überhaupt
Arbeitergruppen, die im Geiste des Sozialis
sich gegen den Ungeist der Gewalt und ge
bavergehorsam wehren und auflehnen. De
Gardisten oder Sowjetbeamten geworde
tyrannisiert seinen Kollegen, der bei der Arb
dem er früher jahrelang Schulter an Schulter
zusammen geschafft hat. Lettische und chinesi
Kommandos richten unter Arbeitern, die
Streikrecht Gebrauch machen wollen, Blutbä
Arbeiterräte haben längst aufgehört, der
Willens der Arbeitermassen zu sein. Der
vom Arbeiter nicht mehr als politische Pfl
nur noch nach Diktat von oben ausgeführt.
sitzen dann auch nur noch sehr wenige wirkli
dort machen sich heute die Parteigitatoren u
jetbureaukratie breit. So ist der russische
im Anfang der Revolution mit unwiderstehli
die Waffen gegen seine Bedrücker ergriff u
Sache, für den Sozialismus, auf der Straß
blut verspritzte, völlig abgestumpft und pol
gültig geworden.

Und warum dies? Weil es im Wesen

X-DD 249
26-I-9
VIII-174

Die stärkste Partei

in der deutschen Nationalversammlung ist die Sozialdemokratische Partei. Sie wird es auch in der preußischen Nationalversammlung sein.

Warum?

Weil sie die einzige Partei ist, die die Rechte aller geistig und körperlich Schaffenden vertritt, **ohne Rücksicht auf Herkunft oder Vermögen.**

Weil sie die einzige Partei ist, die für die volle Gleichberechtigung der Frau eintritt, die das Glück ihrer Kinder, den freien Aufstieg der wirklich Tüchtigen verbürgt, — **ohne Rücksicht auf Herkunft oder Vermögen.**

X-DD 249
VIII-175

Am 19. Januar

muß es sich zeigen, ob das deutsche Volk die Rechte und Freiheiten verdient, d
am 9. November von revolutionären Arbeitern und Soldaten erobert word
sind. Die alten Machthaber sind gestürzt, der preußisch-deutsche Militarism
ist zusammengebrochen, das reaktionäre Unterdrückungssystem der Junker u
Großkapitalisten liegt zerschlagen am Boden. Der Weg ist frei für eine glückliche
Zukunft. Das deutsche Volk mag jetzt beweisen, daß es imstande ist, diesen Weg
beschreiten und von seiner neuen Freiheit den richtigen Gebrauch zu machen. D

Selbstbestimmungsrecht des

muß gegen jeden Angriff geschützt und in der neuen Reichsverfassung so verank
werden, daß jeder Rückfall in das verhaßte alte System für alle Zeiten ausgeschloss
ist. Gewaltige Kräfte schlummern in unserem Volke. Sie zu wecken und aus all
Schichten **den Tüchtigsten Gelegenheit zum Aufstieg** und zur Mitarbeit a
Wohle des Ganzen zu geben, das ist unsere Aufgabe. Nur eine wirklich **fre
Staatsordnung** und in ihrem Rahmen eine **demokratische Politik** und ei

sozialistische Wirtschaf

können eine solche Entwicklung zum Besten unseres Volkes gewährleisten. N
eine Partei, die unbeirrt von vergänglichen Tagesmeinungen und unbekümm
um Angriffe von rechts oder links, von alten oder neuen Gewaltpolitikern, die
Ziel verfolgt, verdient das Vertrauen des Volkes; nur sie kann diese
waltige Aufgabe lösen. Deshalb, Mitbürger und Mitbürgerinnen, begreift
Bedeutung dieser Tage, tretet ein in die Reihen der entschlossenen Kämpfer
ein neues freies, für ein sozialistisches Deutschland, gebt **am 19. Janu**

jede Stimme
der sozialdemokratischen P
(S. P. D.)

X-DD 249
XIII - 176

Was ist Sozialismus?

Das will der Sozialismus!

Seit dem 9. November 1918 ist Deutschland eine sozialistische Republik. Ohne Widerstand sind die bisherigen Gewalthaber gewichen. Alle 22 Monarchen des bisherigen Deutschen Reiches sind auf Nimmerwiedersehen vom Schauplatz abgetreten. Die auf Grund eines veralteten Wahlrechts, das einzelnen Klassen die Uebermacht über die anderen verschaffte, gewählten Volksvertretungen sind aufgelöst. Das freieste und gerechteste Wahlrecht der Welt wird künftig in Deutschland gelten.

Damit ist die staatsbürgerliche Volksfreiheit, die Beseitigung aller Vorrechte, die volle Rechtsgleichheit aller Volksgenossen errungen, die Demokratie durchgesetzt.

Aber politische Rechte heißen der großen Masse des Volkes nichts, wenn nicht zugleich alle wirtschaftliche Knechtung und Ausbeutung von Grund aus ausgerottet wird.

Nach seiner Lehre will er eine gerechtere und glücklichere Zeit schaffen, in der nicht mehr eine kleine Minderheit von Besitzenden ausschließlich über die Mittel des Erwerbes und den Ertrag der Arbeit anderer verfügt, sondern die Allgemeinheit alle Mittel der Gütererzeugung besitzt und ihren Ertrag der Gesamtheit der Arbeiter der Hand und des Kopfes, also aller schaffenden Stände, der ungeheuren Mehrheit des Volkes, zukommen läßt. Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel sollen grundsätzlich in gesellschaftliches Eigentum übergehen und die heutige Warenproduktion in eine sozialistische umgewandelt werden. Der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit soll für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der Wohlfahrt und der harmonischen Vervollkommnung werden. Eine gerechte Verteilung des Nationaleinkommens soll in der sozialistischen Gesellschaft jeden Volksgenossen vor Hunger und Elend schützen. Jedermann hat nach der Lehre des Sozialismus die Pflicht zur Arbeit, aber auch ein

Recht auf Arbeit und ihren Ertrag.

Sozialismus bedeutet planmäßige Ordnung der Wirtschaft durch die Gesamtheit zum Nutzen der Allgemeinheit.

Brutale Willkürakte einzelner Arbeiter oder Gruppen, die sich selbst zu eigenem Nutzen lediglich an die Stelle der bisherigen Nutznießer setzen wollen, schlagen dem Geiste des Sozialismus ins Gesicht. Sein erstes Gebot ist: Unterordnung unter die Gesamtheit. Selbst-Disziplin, Ordnung und Organisation.

X-DD 249
VIII-177

Für Recht – gegen Gewalt!

B. 27

Arbeiter, Volksgenossen!

Der Terrorismus einer kleinen Minderheit droht unser Elend noch zu vergrößern, uns vollends ins Unglück zu stürzen und dem Volk die Früchte der Revolution zu entreißen.

Von Tag zu Tag erhebt die **Spartakusgruppe** frecher ihr Haupt, von Tag zu Tag tritt sie offener mit **Putschversuchen** und **Gewaltakten** hervor. Dabei beruft sie sich nicht auf das Recht der Ueberzeugung, sondern lediglich auf das Recht der Waffen, der Maschinengewehre, der **brutalen Gewalt.**

Die **Reichsregierung** wird von ein paar hundert Aufständischen kurzerhand **gefangen gesetzt,** die **Redaktion des „Vorwärts"**, hinter dessen Haltung das Einverständnis vieler hunderttausend Leser und Abonnenten steht, von einem **bewaffneten Haufen gestürmt.** Wenn es so weitergeht, wird es in Berlin bald **überhaupt keine Ordnung und Sicherheit** mehr geben.

Was werden die sicheren Folgen sein?

Statt des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft werden wir **völligen Zusammenbruch** erleben. Die Produktion wird gestört, der Verkehr unterbrochen, die **Zufuhr unentbehrlicher Nahrungsmittel** in Frage gestellt werden. Statt des aufbauenden, organisierenden Sozialismus, wie ihn die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt, werden **Chaos und Anarchie** herrschen. Die Demokratie, das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung, wird untergehen zugunsten einer Diktatur weniger phantastischer Hitzköpfe, und das Ende davon ist die **Wiederkehr der Reaktion,** der

Verlust der revolutionären Errungenschaften!

Durch die blutrünstigen **Hetzartikel der „Roten Fahne"**, durch die verleumderische Herabsetzung aller Maßnahmen unserer Volksbeauftragten wird das Volk verwirrt, das Vertrauen zu den Führern erschüttert und die Einigkeit der Massen gefährdet. **Jede Uneinigkeit der Revolutionäre stärkt den Mut der Reaktion!** Wird durch den zugespitzten Bruderstreit der politische Wille des arbeitenden Volkes gespalten, so werden die vertagten Träger der alten Gewaltherrschaft und die Vertreter des kapitalistischen Ausbeutertums bald wieder Oberwasser bekommen. **Die Gegenrevolution** würde immer frecher ihr Haupt erheben, durch die Schuld einer kleinen gewalttätigen Gruppe würden die ganzen Erfolge der Revolution in Frage gestellt.

Wollen wir uns das gefallen lassen?

Nein, und abermals Nein! Die große Mehrheit des Volkes hat das Recht und die Pflicht, sich dagegen **mit äußerster Entschiedenheit zur Wehr zu setzen,** daß ihr Wille von einer kleinen Minderheit vergewaltigt wird. Zu Unrecht berufen sich jene auf **das Recht der Revolution. Das Recht der Revolution ist kein anderes als das Recht der vollen Demokratie,** das Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Dieses Recht erfordert aber, daß die Minderheit, unbeschadet ihres Rechts, weiter ihren Standpunkt zu propagieren, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterwirft.

X-DD 249
VIII-178

Wo sind die Sozialdemokraten?

Wenige Wochen nur sind vergangen, seitdem der Parteitag der U. S. P. in Leipzig beschlossen hat, aus der zweiten sozialistischen Internationale auszutreten. Man will versuchen, gemeinsam mit den russischen Bolschewisten und den gleichgesinnten Parteigruppen anderer Länder eine neue (vierte) Internationale zu schaffen. Gelingt das nicht, so wird sich die U. S. P. der dritten Internationale der Bolschewisten in Moskau anschließen. Damit ist zwar noch nicht formell, aber doch in den grundsätzlichen Anschauungen die

Verschmelzung der U. S. P. mit den Kommunisten

vollzogen.

Diese Beschlüsse von Leipzig bedeuten eine Stärkung der Reaktion und aller antiproletarischen Parteien, sie die Einigung der deutschen Arbeiterschaft für einige Zeit in die Ferne gerückt haben. Aber die gesamte deutsche Arbeiterschaft für die widersinnigen Beschlüsse eines Parteitages der Unabhängigen und für die Unfähigkeit der „Führer", die dort zu Worte gekommen sind, verantwortlich machen, das kann nur jemand tun, der wirklich in dem Wahn befangen ist, die deutsche Arbeiterschaft stehe zum größeren Teile mit ihren Sympathien im Lager der Unabhängigen. Die maßlos aufgebauschte Propaganda der Unabhängigen war allerdings ganz dazu angetan, unserer öffentlichen Meinung diese falsche Ansicht aufzudrängen. In Wirklichkeit bemühen sich die Anhänger der U. S. P. lediglich, ihre Wünsche überall mit mehr oder minder „sanftem" Druck durchzusetzen, selbst wo sie nur eine kleine Minderheit sind.

Welche widerspruchsvollen Ansichten in der U. S. P. vereinigt sind, hat der Parteitag schlagend bewiesen. Zur Begründung des neuen kommunistischen Programms der U. S. P. und der Diktatur führte der Vorsitzende Crispien aus:

„Deshalb muß die Eroberung der politischen Macht erstrebt werden, und dazu verlangen wir

die Diktatur des Proletariats.

Da kommen die Noske-Sozialisten und sagen, das sei nicht mehr sozialistisch. Entweder sind wir so dumm, oder sie sind bewußte Betrüger. Denn sie haben selbst das Erfurter Programm anerkannt, das die Diktatur bereits enthält. Wir fordern mit aller Entschiedenheit und mit voller Ueberzeugung die Diktatur des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Demokratie setzt voraus, daß die Lebensinteressen einer Minderheit nicht verletzt werden. Das kann erst in der sozialistischen Gesellschaft der Fall sein. Darin sind alle Klassen aufgehoben und Mehrheitsbeschlüsse können keine Minderheit vergewaltigen. Deshalb sagen wir, die Diktatur des Proletariats ist notwendig, um die bürgerliche Demokratie niederzuzwingen."

Crispien ist also der Meinung, daß eine Minderheit vor einer „Vergewaltigung" ihrer Lebensinteressen durch die Demokratie unbedingt geschützt werden muß, er hält es deshalb für gerechter, mit Hilfe der Diktatur die Mehrheit des Volkes zu vergewaltigen. Unabhängige Logik!

Ihm antwortet sein eigener Parteigenosse, der unabhängige Abgeordnete Seeger:

„Ich vermisse in Crispiens Ausführungen die Erfahrungen, die seit der Revolution in taktischen Fragen gemacht wurden. Es hätte mit aller Deutlichkeit gesagt werden müssen, daß auch den Genossen die im Räterätsem und im Antiparlamentarismus nicht das Allheilmittel suchen, nicht die revolutionäre Ueberzeugung abgesprochen wird. Mit den Tatsachen ist zu rechnen. Auch unsere Politik muß die Politik des Möglichen sein. (Lebhafter Widerspruch.) Besonders die Diktatur ist so eine Art Glaubensbekenntnis. (Nawohl!). Aber sich auf Marx zu berufen, ist ganz unerhört. (Lebhafter Widerspruch.) Der Begriff Diktatur des Proletariats hat bei Marx den Sinn, daß das Proletariat als Klasse der Bourgeoisie gegenübertritt, nicht als einzelne Gruppe. Man darf nicht gegen den Gedanken des Parlamentarismus ankämpfen, auch das Räteparlament ist ein Parlament, wenn auch zu anderen Zwecken. Durch Dekrete schafft man nichts. Viel wichtiger als der Kampf nach rechts ist der Kampf nach links, denn von dort droht die Gefahr! (Widerspruch.)

Und gar Hilferding erklärt:

„Es ist notwendig zu sagen, daß der Boden der demokratischen Republik der günstigste des Klassenkampfes ist und daß wir die Demokratie und die Republik mit Hörnern und Zähnen verteidigen müssen." (Sehr richtig!)

Trotz alledem fegte auf dem Parteitag die radikale Phrase der Diktaturheiden.

Die Ernüchterung derjenigen, die eine trübe Welle unserer wirren Zeit in das Lager der Unabhängigen trieb, hat auch bereits zu wirken angefangen. Und gerade der Verlauf und die Ergebnisse des Leipziger Parteitages haben viel dazu beigetragen, die Verhältnisse zu klären, so daß denjenigen Arbeitern, die seinerzeit der unabhängigen Propaganda erlagen, endlich die Besinnung wiederkehrt.

Diese „unabhängigen" Arbeiter mußten eines Tages erwachen und feststellen, daß sie sich

nicht mehr Sozialdemokraten nennen dürfen.

Ihre „Führer" hatten sie, ohne sie danach zu fragen, der Sozialdemokratie entführt und sie einfach vor den Wagen der Spartakisten und russischen Bolschewisten gespannt. Nur ein letzter Rest von Scham hinderte den Parteitag, den Anschluß an die Moskauer Internationale sofort zu vollziehen und Lenin und Trotzki unter die Führer der Unabhängigen aufzunehmen. Im großen ganzen wurde aber Parteieinheit mit Parteisichtern des Bolschewismus dirigiert und es wurde ein theoretisches und taktisches Programm angenommen, das dem der Kommunisten wie ein Ei dem anderen gleicht.

Ueber Nacht ist der „unabhängige" Arbeiter nicht mehr Mitglied der großen weltumfassenden Sozialdemokratie, sondern er ist gegen seinen Willen Kampfgenosse der blutbefleckten russischen Bolschewisten geworden.

Ja, er ist der Handlanger jener Leute geworden, die das unglückliche Rußland in zweijähriger Herrschaft durch verbrecherische Experimente zerrüttet, korrumpiert und in Blut getränkt haben und jetzt nach vollständigem wirtschaftlichen Zusammenbruch drauf und drau sind, den Kapitalismus wieder Tür und Tor zu öffnen, um sich noch einige Zeit notdürftig am Leben erhalten zu können. Die „Freiheit" kennzeichnet die „befreiende" Arbeit der Bolschewisten (Kommunisten) in Rußland, die Diktatur des Proletariats, als sie von Lenin angegriffen wurde, in ihrer Nummer 609 vom 12. Dezember 1919 selbst folgendermaßen:

„Aber man muß gegenüber diesen ewigen Banalitäten doch einmal fragen, wofür denn die Bolschewiki die Legitimation zu ihren Machtesprüchen herleiten. Wenn man einmal gefragt werden, daß ihre Prinzipienreiterei wesentlich ein Exerzierstil ist, während sie in Rußland selbst zu allen möglichen Konzessionen bereit sind. Wir brauchen dabei gar nicht von ihrer Stellungnahme gegenüber dem Parlament, wo sie zunächst die Wahlbeteiligung verwarfen und dann wieder abgeschworen, genügt die Einberufung der Nationalversammlung stürmisch zu bekämpfen und dann sie anderenfalls zu begrüßen. Das waren alles taktische Rücksichten, worüber sie sich auch nicht weiter mit den sozialistischen Grundsätzen" haben nicht die Bolschewiki das sozialistische Agrarprogramm vollständig fallen gelassen und sind sie nicht bereitwigen gewesen, die das bäuerliche Privateigentum am Grund und Boden unangetastet und damit das Prinzip des Privateigentums entgegen allen sozialistischen Grundsätzen in Rußland anerkennen? Haben sie nicht auch die Arbeiterkontrolle in den Betrieben, die Produktivgenossenschaften, den Technikern und sonstigen hochqualifizierten Arbeitskräften, entgegen ihrem ursprünglichen Programme, die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht, so daß heute in der russischen Praxis weder die allerstärksten Extremunterschiede vorhanden sind?

Die Bolschewiki können mit Recht sagen, daß sie sozialistische Grundsätze auf diesen Gebieten nicht verwirklichen konnten, weil der Stand der ökonomischen Verhältnisse dem entgegenstand. Aber die Bolschewiki wissen recht gut, daß die sozialistische Taktik

X-DD 249
VIII-179

Das alte und das neue Preußen!

Das alte Preußen ist zu Grabe getragen. Es war das **Urbild des Obrigkeitsstaates** und hat als **Polizeistaat** in der ganzen Welt einen traurigen Ruhm erworben. Kein Volk auf der ganzen Erde hat bei gleich hoher wirtschaftlicher und zivilisatorischer Entwicklung, bei gleich hohen geistigen Qualitäten eine ähnliche **Bevormundung** und **Ertötung jeder selbständigen Regung** erleiden müssen, wie das preußische. Der Landesfürst und eine kleine Gruppe seiner Vertrauten haben teils nach den Weisungen des im Parlament **bevorrechteten Großgrundbesitzes**, teils aus **eigener Willkür** im Staate geherrscht und die breite Masse des Volkes vollkommen ausgeschaltet. Dieser Zustand gehört der Vergangenheit an.

Jetzt stehen wir vor der großen Aufgabe,

das neue Preußen

zu bilden. Ein Staatswesen muß geschaffen werden, das für **alle** Volksteile **gleich wohnlich** ist, und in dem des **Volkes Wille zum höchsten Gesetz** erhoben wird.

In Zukunft darf es nicht mehr sein, daß die verschiedenen Volksstämme Preußens ohne Rücksicht auf ihre Eigenart von einer Polizeizentrale aus gemeistert und ihre besonderen Interessen mißachtet werden.

In diesen Tagen ist der Verfassungsentwurf für das neue Deutsche Reich der Oeffentlichkeit übergeben worden. Darin wird allen nationalen Wünschen, dem Charakter und der völkischen Eigenheit der einzelnen Gebietsteile voll Rechnung getragen. Aufgabe der preußischen Nationalversammlung wird es sein, im Rahmen der neuen Reichsverfassung auch dem preußischen Volk ein neues Wohngebäude zu errichten. Zu diesem Ziele ist erforderlich:

Neugestaltung der preußischen **Verfassung**, Reform des **Gemeindewesens**, der **Kreis-** und **Provinzialverwaltung** im Sinne der demokratischen und sozialistischen Grundsätze, die die Revolution für ganz Deutschland gebracht hat.

Schutz der **deutschen** Kultur in den bedrohten Gebieten des Ostens unter Wahrung der vollen **Gleichberechtigung** fremdsprachiger Stämme.

Planmäßiger Ausbau des **Schul**wesens nach den Grundsätzen der fortgeschrittenen Unterrichtswissenschaft und den Forderungen durchgreifender sozialer Fürsorge. Einheitsschule! Freie Gestaltung des Rechtsverhältnisses der **Lehrerschaft**. Fachaufsicht und kollegiale Schulverfassung.

Neuordnung des Verhältnisses der **Kirche** zu Staat u Schule. Sicherung voller **Gewissens- und Glaubensfreih** für jedermann.

Neuregelung des **Beamten**rechts mit dem Ziele voll staatsbürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheit. Erhaltung d erworbenen Rechte. Erhöhung der Bezüge besonders für d Niedrigbesoldeten. Kollegiale Gestaltung des Dienstverhä nisses. Freie Bahn für jeden Tüchtigen.

Wiederaufbau der Volkskraft durch Besserung der Volk **ernährung**, planmäßige **Gesundheitspflege** und Kinde **fürsorge**.

Durchgreifende Reform des **Wohn-** und **Siedlungs**wesen Neugestaltung der **landwirtschaftlichen** Besitzverhältnis Volle Rechtsgleichheit für die landwirtschaftlichen **Arbeite**

Die Aufbringung der Mittel für diese Zwecke und die Deck der schweren Lasten, die das wiederbrochene System d Staatskasse auferlegt hat, werden eine gründliche Umgestaltu des **Steuer**wesens mit kraftvoller Erfassung der leistung fähigen Einkommen, Vermögen und Erbschaften, ferner die E weiterung der staatlichen Einnahmequellen durch **Verstae lichung** von Kraftquellen und Bodenschätzen erforderlich.

Eine Fülle von Aufgaben — wer kann sie lösen?

Nicht die alten Parteien des Preußischen Landtages, d Schuldigen an den alten Zuständen, deren ganze Geistesrichtu auch für das neue Preußen die denkbar größte Gefahr bild Soll im neuen Staate **Freiheit und Demokratie** herrsch soll nicht wieder nach den Gesichtspunkten besonders bev rechtigter Gesellschaftsgruppen Politik gemacht werden, sollen **Stimme des Volkes** und seine Bedürfnisse Ausgangspu für alle staatliche Wirksamkeit sein, dann muß am Wahltr dafür gesorgt werden, daß Männer mit neuen Ideen, dur glüht von Freiheitsdrang und Liebe zum Volke, gewählt werd

Die **sozialdemokratische Partei** (Mehrheitspartei) hat du ihr Wirken während des Krieges und in den Tagen der R volution den Beweis erbracht, daß ihre Männer es sind, allein uns auf gesundes Neuland hinüberleiten können.

Ihre **Vergangenheit**, ihr **Programm**, ihre **Tätigkeit**, i tiefe, heiße Liebe zum Volk sind der Boden, auf dem allein d Glück für die Zukunft unseres Volkes fest verankert werden kan

Deshalb, Wähler und Wählerinnen, wollt Ihr mithelfen am Aufbau des schöneren, glü licheren, des **neuen Preußens**, dann gebt am 26. Januar Eure Stimme den Kandidaten d

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Liste Paul Hirsch

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

X-DD 249
III-180

Schwankende Gestalten

Die **Deutsche Volkspartei** ist die erste der nach der Novemberrevolution von 1918 neugebildeten Parteien gewesen, die sich ein Programm zulegte; sie hat auch mit zu den ersten Parteien gehört, die in der jetzigen Reichstagswahlbewegung mit einem Aufruf an die Wähler herauszukommen ist. Nun, da wäre ja wohl alles in Ordnung. Da wissen die Wähler jetzt ganz genau, wie sie mit der Deutschen Volkspartei daran sind, denn sie haben es ja von ihr Schwarz auf Weiß.

Ja, wenn das nur so einfach wäre! Wenn man nur bei der Deutschen Volkspartei auch immer wüßte, daß sie länger als 24 Stunden an dem festhält, was sie sagt! Damit hapert es aber ganz bedenklich. *Diese Partei spricht und handelt heute so, morgen aber sagt und tut sie* unter Umständen *das gerade Gegenteil.* Sie weiß eben nicht, was sie will — oder vielmehr: sie will nur eins: *Wähler fangen.* Und zu diesem Zweck paßt sie sich der jeweiligen Konjunktur an und verbrennt, wenn es sein muß, heute, was sie gestern angebetet hat, um das anzubeten, was sie gestern verbrannt hat.

Wähler, werdet Ihr einer Partei, die derartig haltlos **ohne** feste Grundsätze hin und her schwankt, die Stimme geben? Werdet Ihr Euch nicht, nachdem Ihr das Spiel durchschaut,

mit Entrüstung abwenden?

Damit sich jeder selbst über die unsichere und widerspruchsvolle Haltung der Deutschen Volkspartei ein Urteil bilden kann, seien einige Tatsachen aus der Geschichte dieser nunmehr anderthalb Jahre alten Partei kurz erwähnt.

Da ist zunächst die Frage des

Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie!

Als Herr Stresemann im Dezember 1918 die Deutsche Volkspartei gründete, rechtfertigte er seine Absonderung von der Deutschen Demokratischen Partei in erster Linie mit der verschiedenen Auffassung über das Verhältnis zur Sozialdemokratie. Er warf der Deutschen Demokratischen Partei vor, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammen eine parlamentarische Mehrheit bilden wolle, während die Deutsche Volkspartei ihre Ziele nicht im Bündnis mit der Sozialdemokratie, sondern

„im Kampf gegen die Sozialdemokratie"

zu erreichen suche. Nun muß man wissen, daß Dr. Stresemann es gewesen ist, der *im alten Reichstag* als Nationalliberaler **zusammen mit der sozialdemokratischen Partei** dem Mehrheitsblock angehörte und sich dabei sehr wohl fühlte. Im Dezember 1918 war seine Abneigung aber gegen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten so groß, daß er deswegen lieber eine besondere Partei gründete. Diese Partei erklärte damals in einer offiziellen Kundgebung im Januar 1919:

„Deshalb sind wir **unter keinen Umständen** gewillt, der **Sozialdemokratischen Partei** zur *Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit die Hand zu reichen.*"

So im Januar 1919! Im Januar 1920 aber hatte sich die Deutsche Volkspartei schon wieder zu der entgegengesetzten Fassung durchgerungen, und Dr. *Stresemann* erklärte in der „Täglichen Rundschau":

„Man darf auch *nicht vor dem Gedanken zurückschrecken*, einmal im neuen Deutschland mit **Sozialdemokraten**, die sich auf den Boden eines ordnungsmäßigen Wiederaufbaus stellen, **in einem Kabinett zusammen** zu sitzen."

In zwei Jahren also haben Dr. Stresemann und seine Anhänger in Bezug auf die Stellung zur Sozialdemokratie zweimal ihre Meinung gewechselt!

Sehr lehrreich ist auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei zum

Betriebsrätegesetz.

In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei im April 1919 erkannte Dr. Stresemann an, daß in dem Rätesystem ein „*gesunder Gedanke*" liege. Der sich anschließende Parteitag der Deutschen Volkspartei nahm sogar eine Resolution zugunsten der

„Fruchtbarmachung des Rätegedankens"

an. Demgemäß erklärte auch in der ersten Lesung des Betriebsrätegesetzes der Vertreter der Deutschen Volkspartei, seine politischen Freunde seien „zu jeder Zeit bereit, an diesem Gesetz — das er als das „*größte soziale Gesetz*" rühmte — **mitzuarbeiten,** um das Gesetz so zu gestalten, daß *es den Wünschen und dem Wohle der Allgemeinheit entspricht.*" Obwohl nun der Regierungsentwurf im Ausschuß und in den darauf folgenden Lesungen der Vollversammlung gerade in der Richtung des Allgemeinwohls umgestaltet wurde, erklärte sich die Deutsche Volkspartei im Januar 1920 **gegen** das Gesetz, und ihr Wortführer strafte sogar ausdrücklich seinen Fraktionskollegen, den Redner bei der ersten Lesung, Lügen, indem er erklärte, es liege überhaupt **kein Anlaß** im Wirtschaftsleben vor, eine solche Gesetzgebung (er nannte sie jetzt mit einem Mal „*wirtschaftliche Revolution*") ins Werk zu setzen.

Auch die

Beamten

wissen von der stets schwankenden Haltung der Deutschen Volkspartei ein Lied zu singen. Bei der Beratung des *Reichs-Etats für 1919* und bei anderen Gelegenheiten floß die Deutsche Volkspartei über von *Wohlwollen und Fürsorge* für die Beamten. Als es nachher aber zum Klappen kam, *stimmte die Partei gegen den Etat* und suchte damit, was an ihr lag, alle Gehaltsaufbesserungen, alle Stellenvermehrungen und alle sonstigen sozialen Maßnahmen, die der Etat zugunsten der Beamten vorsah, zunichte zu machen. Das schönste aber war, daß

X-DD 249
VIII-181

Reichstagswähl

Warum muß das deutsche Volk fi Kandidaten der sozialdemokratis Partei Deutschlands stimmen

Aus Scheidemanns Rede, gehalten auf der Reichskonferenz der S. P. D., am !

Im Oktober 1917, vor zweieinhalb Jahren, waren wir in Würzburg beisammen. Es war ein Jahr vor dem Ende, die großen und kleinen Herren von Gottesgnaden saßen noch fest auf ihren Thronen, und der Militarismus, Scheinsieger auf allen Schlachtfeldern, verkündete uns die **herrlichen Zeiten**, denen er uns entgegenführen wollte. **Wir waren** damals in Würzburg **nicht** so hochgestimmt,

wir sahen das, was kommen mußte,

klarer voraus, als die damals noch herrschenden Mächte. Wie klar wir uns darüber waren, darf ich vielleicht an einigen Sätzen erhärten. Ich sagte damals, daß sich durch den Krieg eine **Machtverschiebung im Klassenkampf zugunsten des** Proletariats vollziehe und daß die **Sozialdemokratie** durch den Krieg eine **Partei** geworden sei **mit der unmittelbaren** Anwartschaft auf

die Macht im Staate.

Deutschland werde nach dem Kriege ein **demokratisches** Staatswesen sein, und die **ersten Wahlen nach dem Kriege** würden darum eine ganz andere Bedeutung haben als alle Wahlen zuvor. Ich sagte weiter wörtlich:

„Wir werden nach den ersten Friedenswahlen im Reiche das sein, **wozu das Volk uns macht**, und wir werden die Aufgaben zu übernehmen haben, die das Volk uns auferlegt. Wir wissen zwar heute nicht, wie die Wahlen ausfallen werden, aber wir dürfen damit rechnen, daß wir mit einer sehr bedeutenden Macht daraus hervorgehen werden, mit einer so großen Macht, daß es uns nicht gestattet sein wird, die Annehmlichkeiten der Opposition zu genießen und den anderen die Verantwortung zu überlassen."

Die Alldeutschen schilderten uns damals noch die Herrlichkeiten des Sieges. Alle Schätze Indiens und Amerikas sollten wir durch ihn erwerben. Wir waren uns schon damals klar darüber, daß wir in dem Augenblicke des Kriegsschlusses, der zugleich der Augenblick unserer Machtergreifung sein würde,

einen Trümmerhaufen vorfinden und eine Wüste betreten

würden, und daß wir uns auf den Bänken der Macht zurücksehnen würden nach der Zeit, da wir noch rechtlos und verfolgt waren. „Keine Macht der Erde," sagte ich damals,

die Revolution die Lebensretterin D

gewesen ist. Nach dem vollkommenen Ba Systems gab es auf den alten Bahnen überh kommen mehr, da gab es gar nichts anderes **Sprung**, mochte man auch mit zerbrochenen ankommen. **Die Schuld an allem, was d hatte und noch leidet, trifft die, die es so wei hineingehetzt hatten, bis es eben keinen aud als diesen.** Und noch in einem Punkt erlebt täuschung. Wir hatten alle, die einen laut, d lich, gehofft, die Not der Zeit würde

die Arbeiterbewegung wieder zur

zusammenschmieden. Der Einheitstraum s vember in Erfüllung zu gehen, aber er dor Woran ist er gescheitert? Er ist gescheitert **stand der Linken der Unabhängigen Partei,** schaft mit den Kommunisten an dem gewalt Regierung arbeitete, in der ihre eigene Par damaligen Schwäche — mit uns mit gleic Diese **Linksunabhängigen und Kommunisten Zeit nicht.** Sie sahen in der Demokratie nu lehte bürgerliche Regierungsform, glaubten flut der sozialen Revolution, die alle Länd reichen, überschwemmen würde, und sahen in licher Verblendung im bolschewistischen Ru Vorbild, nach dem sich alsbald die ganze würde. In ihrem Abergiauben, alles mü überall so kommen wie in Rußland, sehen si blicklichen Stand der Dinge nur eine „R Statt die reine Arbeiterregierung,

die rein sozialistische Regierung des 9.

zu stützen und ihr eine demokratische, dane ihrer Macht zu schaffen, gingen sie gegen mit gewalttätigem Fanatismus vor. Sie aber nur zweierlei: die **Notwendigkeit der** und die Notwendigkeit jener Politik, die sie P Politik nannten.

Im Januar 1919 gab es für die Regi

Frauenrechte in der Republik

X-DD 249
VIII-182

Wählerinnen! Bei der diesmaligen Reichstagswahl gilt es, Eure Rechte in der Republik zu verteidigen und zu festigen!

Zum ersten Male, seit sich das deutsche Volk in der deutschen Republik eine Verfassung gegeben hat, tretet Ihr an die Wahlurne.

Zum ersten Male haben Frauen an einer Verfassung mitgearbeitet.

Zum ersten Male werden in dieser Verfassung den Frauen die gleichen politischen Rechte gegeben wie den Männern, denn „die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt".

Zum ersten Male wird auf Grund der Verfassung festgestellt, daß die Frauen vor dem Gesetz den Männern gleichgestellt sind,

denn:

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich."

Zum ersten Male wird aber auch festgestellt, daß die Frauen nicht nur Pflichten, sondern auch staatsbürgerliche Rechte haben, denn

„Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte u. Pflichten."

Zum ersten Male wird durch die Verfassung die Heiligkeit der Mutterschaft betont,

und zwar jeder Mutterschaft, **auch der außerehelichen.**

„Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates."

Und welcher Mutter vieler Kinder, die unter schweren Sorgen leidet, wäre es nicht ein Trost, daß die Verfassung betont: „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge." Aber es wird auch jeder Mutter von Wert sein, daß sie bei ihrem Streben, ihre Kinder zu gesunden, tüchtigen Menschen zu erziehen, durch die Verfassung geschützt wird, denn:

„Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht."

Auch der Jammer und die Not der unverheirateten Mutter um die Erziehung ihres Kindes wird durch Verfassungsbeschluß behoben, denn

„Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebu die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelich Kindern."

Durch diese Bestimmung ist die Ausnahmstellung, die das uneheliche Kind schuldl bisher einnehmen mußte, aufgehoben.

Jede Frau, jede Mutter wird auch die Bestimmu freudig begrüßen, daß die heranwachsende Jugend die **besondere Fürsorge des Staates** genießen soll, denn:

„Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittli geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Sta und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen treffen."

Auch die Betätigung der Frauen in allen öffentlichen Aemtern ist durch die Verfassung ermöglicht, denn

„Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßga der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihr Leistungen zu den öffentlichen Aemtern zugelassen."

Die Frauen, die in dienstlichen Stellungen bisher u unter Zurücksetzung zu leiden hatten, die auf Grund ihr unzureichenden Vorbereitung entlassen oder die keinen Zul zu höheren Stellen erhielten, sollen jetzt auch als Beamte d Männern gleichberechtigt sein, denn:

„Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Jede Mutter hat auf Grund der Verfassung das Rec ihre Kinder in voller Glaubens- und Gewissensfreiheit zu e ziehen. Dem weiblichen Geschlecht sichert die Verfassung d Möglichkeit gleicher Bildung wie dem männlichen, im Gege satz zu der bisher vielfach üblichen Zurücksetzung, denn:

„Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut s das mittlere und höhere Schulwesen auf."

Nicht Geschlecht und nicht Stand solle hinderlich sein für den Zugang zu höhere Schulen, denn

„Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittlere und höheren Schulen sind durch Reichsländer und Gemeinde öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehung beihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildu

X-DD 249
VIII-193

Kameraden!

Die **Soldaten** waren es, die zusammen mit den **Arbeitern** die **Revolution** machten.

Die **Soldaten** waren es, die eine paritätisch zusammengesetzte **sozialistische Regierung** erzwangen.

Die **Soldaten** haben bisher für **Einigkeit** und **gemeinsame Arbeit** aller **Sozialisten** gekämpft. Umsonst! **Spartakus** hat den **Bruderzwist** auch in die Reihen der Soldaten getragen. Darum gilt es klar und unzweideutig Stellung zu nehmen. Die

Regierung Ebert—Scheidemann

wird durch den Terror einer kleinen, aber bewaffneten Minderheit

bedroht!

Wer nicht die **Zerstückelung Deutschlands**, wer nicht **Anarchie** und **Bolschewismus** und **neuen Krieg** mit der **Entente** will, der trete entschlossen hinter die

Regierung Ebert—Scheidemann.

Kameraden, die von uns **erwählten Führer** sind durch Waffengewalt bedroht. Mit **Waffengewalt** müssen wir sie schützen. Dies können niemals Offiziere und Truppen des alten Systems, sondern nur **sozialistische Soldaten** und **Arbeiter.**

Kameraden und **Genossen!** Meldet Euch sofort bei den **mehrheitssozialistischen freiwilligen Regimentern im Reichstag, Portal 5.**

Legitimierung durch **Mitgliedsbuch** der **mehrheitssozialistischen Partei** erforderlich.

Kameraden! Es gilt den Willen der **Mehrheit des deutschen Volkes** vor der **Vergewaltigung** durch eine **verbrecherische Minderheit** zu schützen.

Es geht um Frieden — Freiheit — Brot!

Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Baumeister. Henck.

X-DD 249
WK - 154

Was wollen die Parteien?

Die Deutschnationale Volkspartei (früher Konservative)
will die **Wiederherstellung** der **Junkerherrschaft**

Die Christliche Volkspartei (früher Zentrum)
will die **Wiederherstellung** der **Pfaffenherrschaft**

Die Deutsche Volkspartei (früher Nationalliberale)
will die **Wiederherstellung** der **völkerverhetzenden Machtpolitik.**

Die Deutsche Demokratische Partei (früher Fortschrittliche Volkspartei)
will die **Wiederherstellung** der **Geldsackherrschaft**

Alle diese Parteien wollen die **Wiederherstellung** des

alten reaktionären Systems,

wollen **Ausbeutung, Unterdrückung** und **Entrechtung** des Volkes zugunsten kleiner bevorzugter Schichten.

Aber auch

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei — das gefügige Werkzeug der berüchtigten Spartakusrotte —
will **nicht** Freiheit und Selbstbestimmungsrecht des ganzen Volkes, sondern kämpft für die skrupellose **Gewaltherrschaft terroristischer Minderheiten.** — Nur

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.D.)

will die Herrschaft des ganzen Volkes, das Recht aller geistig und körperlich Schaffenden verwirklichen.

Deshalb wähle ich

sozialdemokratisch!

B. 3

X-DD 249
VIII-185

Frauen!

73.35

Schützt Eure Religion

Vor denen, die aus der Religion eine politische Parole machen,

Vor denen, die Eures Herzens stilles Glühen für Hohes, Hehres u. Heiliges hinauszerren in die schmutzüberkrusteten Gefilde politischer Kämpfe!

Wir wollen niemand zu einem religiösen Bekenntnis pressen. —

Wir wollen, daß die Religion nicht zu einem Machtmittel des Staates mißbraucht wird.

Wir wollen daß jeder seinen Glauben seine religiöse Überzeugung behalten und frei bekennen darf.

Darum stimmt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

X-DD249
VIII-186

Preußenwahl!

Frauen — Volksgenossen!

„Die Reichsschlacht ist geschlagen,
Die Preußenwahl hebt an:
Spannt vor den Siegeswagen
Euch nochmals, Weib und Mann!
Wir müssen's wieder zwingen,
Wie auch der Gegner droht!
Der Sieg muß voll gelingen!
Vorwärts: wir wählen rot!"

Die große Reichsschlacht ist geschlagen. Jedoch am 26. Januar bleibt noch der Kehraus mit der Reaktion in

Preußen

zu machen.

Nachdem die Sozialdemokratie alle Verfälschungen des Wahlrechts abgeschafft hat, kommt die wahre politische Meinung des Volkes zum Ausdruck. Die Folge ist, daß die Sozialdemokratie von allen Parteien die weitaus größte Stimmenzahl und den weitaus größten Stimmenzuwachs hat.

Die Sozialdemokratie hat in Anhalt und Mecklenburg bereits vollständig die Mehrheit des Volkes hinter sich. In Braunschweig verfügt sie mit den Unabhängigen zusammen über diese Mehrheit. In Baden, Württemberg und Bayern sind Zentrum, Konservative und Nationalliberale aus ihrer herrschenden Stellung gestürzt. Der Flügelschlag einer neuen Zeit rauscht über die Lande. Der Geist der alten Mächte wird vom Geiste der Freiheit und des Volkes verdrängt.

Tausendfacher Dank gebührt dafür den Massen, die getreu ihren stolzen Ueberlieferungen überall die glänzenden Fortschritte für die Sozialdemokratie errangen.

Auch die Frauen, denen die Sozialdemokratie in vollem Vertrauen das Wahlrecht gegeben hat, haben glänzend die nie gesehene Agitation der Gegner abgeschlagen, die fieberhaft in Stadt und Land gegen die angeblich religions- und christentumsfeindliche Sozialdemokratie wüteten.

Zu dieser rücksichtslosen Agitation von rechts gesellte sich zur Freude unserer Gegner ein Kampf von links, der von der

Unabhängigen Sozialdemokratie

gegen uns geführt wurde.

Aber die erdrückende Mehrheit des schaffenden Volkes hat sich hinter die alte Sozialdemokratie gestellt und die Politik der Unabhängigen abgelehnt.

Bei den Landtagswahlen in Baden, Württemberg und Bayern erhielt die alte sozialdemokratische Partei 1 705 000 Stimmen, die Unabhängigen dagegen nur 133 000.

In diesen drei Staaten errang die Sozialdemokrat 139 Mandate, während die Unabhängigen ganze 7 bekame

In Baden verloren sie sogar noch das einzige Mandat das sie dort bisher in Besitz hatten.

Dazu ist nun die Niederlage der Unabhängigen Sozialdemokratie im ganzen Reich gekommen.

Ueberall haben die Wähler und Wählerinnen bekundet daß sie die Republik und den sozialistischen Aufbau Deutschlands bei der sozialdemokratischen Partei in guten Händen wissen.

Wenn nun die Arbeiter und Arbeiterinnen, die, mißleitet von schlecht beratenen Führern, die Fahne der alten Sozialdemokratie verlassen haben, etwas lernen wollen, muß ihnen dieser Wahlausfall eine Mahnung und ein Fingerzeig für die Rückkehr in die alte sturmerprobte Partei sein.

Ihr gehört die Zukunft!

Der Sieg der sozialdemokratischen Partei würde noch viel überwältigender gewesen sein, wenn nicht die traurigen Vorkommnisse in Berlin gewesen wären. Jedermann weiß, daß zur Zeit der Revolution vier Fünftel des Volkes auf unserer Seite waren. Durch den Terror der Spartakisten und der Unabhängigen, hauptsächlich in Berlin, haben wir viel neue Anhänger verloren. In Tausenden von Privatgesprächen wurden die Vorgänge in Berlin gegen uns ausgespielt und in raffiniertester Weise in Rede, Wort und Bild gegen unsere Partei ausgenutzt. Kein Zweifel, daß die Tat der Spartakisten unserer Partei Millionen von Stimmen gekostet haben. Ohne den Spartakisten- und Unabhängigenterror würden die bürgerlichen Parteien von der Sozialdemokratie zermalmt worden sein.

Jetzt gilt es nun, die höchstmögliche

bürgerliche Niederlage in Preußen

herbeizuführen.

In Preußen bestand bis vor kurzem die weltberüchtigte Dreiklassenwahlrechtsschmach, die den Unwillen und die Verachtung aller fortgeschrittenen Völker erweckte.

Unter diesem elendesten aller Wahlsysteme gewann die Sozialdemokratie bei der letzten Preußenwahl im Jahre 1913 zwar 775 171 Stimmen und war damit auch in Preußen die weitaus größte Partei, aber sie erhielt trotz alledem nur 10 Landtagsmandate.

X-DD 249
VIII - 187

Ich bin ein Preuße

B

ich liebe meine Heimat, ich liebe dich, du mein deutsches Vaterland - doch ich liebe auch dich, du meine engere Heimat, mein Preußenland

Darum blutete mein Herz, wenn ich hörte, wie das „Preußentum" gehaßt und geschmä
wurde von unseren Volksgenossen außerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle, gehaßt und geschmä
auch von den anderen Völkern rund um uns her, wie gerade dieses „Preußentum" ei
friedliche Verständigung allezeit erschwerte und zuletzt vollends unmöglich machte.

Was verstand man denn unter diesem „Preußentum"?

Preußen war für den Außenstehenden:
das Rückgrat der Reaktion in Deutschland,
das Land des Dreiklassen-Wahl-Unrechts,
das Land der Junker und Agrarier,
der Hort des Militarismus,
der Polizeistaat schlechthin.

Dieses Preußen habe ich nie geliebt,
zu diesem Preußentum habe ich mich nie bekannt!

Meine Liebe und meine Sehnsucht gilt einem Preußen, in dem

nicht Geburt, Geld- oder Grundbesitz zur Besetzung der höchsten Aemter befähiger
nicht der Aufstieg wirklich Tüchtiger durch Gesetz oder Tradition unterbunden is
nicht das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verkümmert, die große Masse von jede
Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ausgeschlossen ist,
nicht die Zugehörigkeit zum Adel oder zum studentischen Korps einigen wenige
Begünstigten eine glänzende Karriere eröffnet,
nicht Zensur und Polizei die freie Meinungsäußerung und eine fortschrittliche Ent
wicklung unmöglich machen.

„Daß für die Freiheit meine Väter starben, Das deuten, merkt es, meine Farben an!"

Mein Preußen, mein Vaterland und meiner Kinder Land, soll ein **freies** Land sein, ein Land
in dem die Lasten **von den stärksten Schultern** getragen werden,
in dem der heimatliche Grund und Boden **der Allgemeinheit** gehört,
in dem jeder statt für den Geldsack einiger Begüterter **für das Volksganze** schaffend tätig sein kann

X-DD 249
VIII - 188

Arbeiter! Soldaten! Bürger!

Vor acht Tagen begann Spartakus den Bürgerkrieg. „Kampf bis aufs Messer" erklärte Liebknecht der übrigen Bevölkerung. Heute liegen diese Vertreter der rohen Gewalt am Boden. Die treu zur sozialistischen Regierung stehenden republikanischen Truppen und zahlreiche Freiwillige aus dem Volke haben den Vergewaltigungen der Pressefreiheit und der persönlichen Freiheit ein Ziel gesetzt. Wir danken ihnen von Herzen für ihre Opferbereitschaft; sie haben die sozialistische Republik gerettet.

Mit Entsetzen wendet sich das Volk von den Spartakisten ab, die das Blutvergießen verursacht haben. Aber mit ganz besonderem Abscheu weisen wir die Bemühungen der Unabhängigen Sozialisten zurück, uns die Schuld am Bruderkampf zuzuschieben. Angeblich wollten die Unabhängigen vermitteln, unterschrieben aber gleichzeitig die Spartakusaufrufe zu den Waffen und zum Straßenkampf. Die „Rote Fahne" hat ihre unglücklichen fanatischen Anhänger in den Tod getrieben. Die „Freiheit" hat hierbei Helferdienste geleistet und will die lebendigen sozialdemokratischen Massen durch ihre Lügen in neue Uneinigkeit und Zersplitterung treiben. „Der Terror herrscht in Berlin", schreibt sie. Jawohl, seit ihre Anhänger aus Berliner Gebäuden todspeiende Festungen gemacht haben. Heute noch verbreitet die „Freiheit" den blutigen Schwindel, die Gefangenen aus dem „Vorwärts" würden vor ein Kriegsgericht gestellt und standrechtlich erschossen werden.

Arbeiter! Kein Wort davon ist wahr.

Weder ist einer der Festgenommenen standrechtlich erschossen worden, noch wird es geschehen. Wir kennen nur eine Gerechtigkeit: Die der ordentlichen Gerichte. Die sozialistische Regierung arbeitet nicht mit den Roheiten des Belagerungszustandes, der die Freiheit aufhebt, sondern wir wollen den geistigen, politischen Kampf. Befreit von jeder Gewalt und Bedrückung soll sich dieser Kampf in wirklicher Freiheit abspielen.

Arbeiter! Bürger!

Richtet einmal an die Lügenpropheten der Unabhängigen Sozialisten und der „Freiheit" die Frage: was sagen sie zu dem Mord an den 10 regierungstreuen Matrosen, die von Spartakisten an die Wand gestellt und „standrechtlich" niedergeknallt wurden? Das ist nur eine aus der Reihe von Mordtaten, mit denen die Schäflinge der „Freiheit" die junge sozialistische Republik befudelt haben.

Jeder Jubel über das Niederschlagen der Spartakusgewalt liegt uns fern. Die Regierung hat ihre harte Pflicht getan, die das Volk von ihr verlangen durfte.

Sorgt jetzt dafür, daß nie wieder Bruderblut fließen darf.

Aus den Massen dringt immer stärker der Ruf nach Einigung. Laßt Euch aber nicht durch das dumme Schlagwort von den „kompromittierten Führern" irreleiten. Die Einigung scheitert nicht an Ebert-Scheidemann. Gibt es kompromittiertere Führer als Liebknecht, Ledebour, Eichhorn, Haase usw.? Diese aber haben bisher jede Einigung abgelehnt.

Arbeiter! Soldaten! Bürger!

Lernt aus den Lehren dieser Januarwoche:

Freiheit, nicht Terror.

Demokratie, nicht Diktatur.

Deutscher Sozialismus, nicht russischer Bolschewismus.

Einigt Euch dort, wo Sozialismus und Demokratie seit einem halben Jahrhundert ihre feste, ihre einzige Stütze haben, in der sozialdemokratischen Partei.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlins,

Theodor Fischer. Franz Krüger. August Pattloch.



K-DD 249
VIII-189

Wollt ihr

einen neuen Krieg,
neue Tote,
neue Krüppel,
neues Elend,

so wählt die Parteien der Kriegshetzer:

Deutschnationale oder Deutsche „Volkspartei"

Wollt ihr

Friede und Glück

so stimmt für die

Sozialdemokratische Partei

X-DD 249
VIII · 190

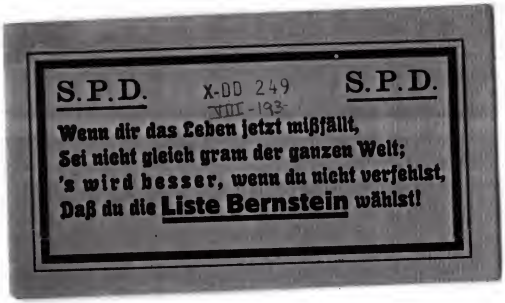


X-DD 249
XIII-191

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.D.)

Stadtrat und Schriftsteller Eduard Bernstein, Schöneberg.
Frau Elfriede Rynek, Baumschulenweg.
Geschäftsführer Franz Krüger, Cöpenick.
Redakteur Karl Wermuth, Neukölln.
Vorzellandreher Ernst Dalibor, Zeltow.
Verbandsvorsitzender Johannes Haß, Treptow.
Hilfsarbeiter im Landwirtschaftsministerium Dr. Max Bendiner, Schöneberg.
Frau Gertrud Scholz, Neukölln.
Schriftstellerin Adele Schreiber, Charlottenburg.
Sekretär des Landarbeiterverbandes Emil Woldt, Weißensee.
Kaufmann Robert Kohl, Wilmersdorf.
Bureauangestellter Franz Czeminski, Schöneberg.

X-DD 249
VIII-192


S.P.D.
X-DD 249
VIII-193
S.P.D.
Wenn dir das Leben jetzt mißfällt,
Sei nicht gleich gram der ganzen Welt;
's wird besser, wenn du nicht verfehlst,
Daß du die Liste Bernstein wählst!


X-DD 249 VIII-194
FRAUEN!
Dass Ihr wählen dürft, dankt ihr der Sozialdemokratie! Darum:
Wählt sozialdemokratisch!

X-DD 249
VIII-195

An die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes!

Gleichberechtigte Bürgerinnen seid Ihr mit dem 9. November 1918 geworden, als die Revolution in Deutschland mit Jahrhunderte altem Unrecht aufräumte.

Die Deutsche Republik,

geboren aus dem Sehnsuchtsdrang des gesamten Volkes nach

Freiheit, Frieden und Brot

erwartet Eure Mitarbeit, ja, sie braucht sie genau so dringend wie die der Männer.

Waret Ihr es nicht, die im Heimatheer der Arbeit vier lange Kriegsjahre schier übermenschliches geleistet habt? Doch nicht erst seit Kriegsausbruch mußtet Ihr arbeiten ums tägliche Brot. Standen doch schon im Jahre 1907

zehn Millionen Frauen und Mädchen

im Erwerbsleben. Der Kapitalismus hatte sie mit der Hungerpeitsche gezwungen, ihm ihre Arbeitskraft für billiges Geld zu verkaufen.

**Je geringer die Entlohnung,
desto größer der Unternehmerprofit!**

Hunderttausende von Euch haben Gesundheit, Jugend und Lebenskraft opfern müssen; unzählige Kinder waren schon im Mutterschoße zu Siechtum und frühem Tod verurteilt.

**Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn,
unzureichender gesetzlicher Schutz**

gegen die Gefährdung von Leben und Gesundheit, das war der Dank des kapitalistischen Klassenstaates. Und so gering dieser gesetzliche Arbeiterinnenschutz auch war, er wurde aufgehoben bei Kriegsausbruch und damit dem Unternehmertum

grenzenlose Ausbeutung

Eurer Arbeitskraft ermöglicht. Ueberall seid Ihr an die Plätze der Männer getreten, habt die gleiche Arbeit geleistet wie sie.

Doch nicht gleicher Lohn ward Euch dafür zuteil. Weil Ihr **Frauen** waret, wurdet Ihr schlechter bezahlt. Nichts wußtet Ihr von der **sozialdemokratischen Forderung**

gleicher Lohn für gleiche Leistung!

Eure **Arbeitstag hatte während der Kriegszeit oftmals 18 Stunden!** Wenn Ihr heimgekehrt waret aus der Werkstatt und Fabrik, da begann für Euch die Arbeit im Haushalt. **Zur körperlichen und geistigen Erholung blieb Euch keine Zeit.** Die **Sozialdemokratie** forderte den

**achtstündigen Arbeitstag,
Freigabe des Sonnabend nachmittag,**

auch während des Krieges. Vergeblich beantragte die Sozialdemokratie wiederholt im Reichstag die Aufhebung des Ausnahmegesetzes, das Euch schutzlos jeder Ausnutzung preisgab.

Keine der bürgerlichen Parteien nahm sich Eurer Not an, das tat nur die Sozialdemokratie! Wieder und immer wieder forderte sie für Euch, Ihr arbeitenden Frauen und Mädchen,

politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung,

auf die Ihr doch wahrlich vollen Anspruch erworben habt. Ohne Eure Mitarbeit wäre die ganze heimische Wirtschaft, Industrie wie Landwirtschaft, einfach zu Grunde gegangen. Dafür lobten Euch die nunmehr versagten Machthaber, aber **Rechte** wollten sie Euch **nicht** zugestehen.

X-DD 249
VIII-196

1.1.19

An alle Privatangestellten!

Die weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten Jahre haben ihre starke Einwirkung auf alle Schichten der Bevölkerung ausgeübt. So sind auch die

Kopfarbeiter in Bewegung

geraten. Es hat freilich erst des Erlebens der harten Kriegsjahre bedurft, um auch unsere Arbeitsbrüder und -Schwestern in Kontor und Laden allgemein von der vollen Erkenntnis ihrer politischen und ökonomischen Lage zu erfüllen.

Mehr als 50 Monate des blutigsten Völkerringens

und die damit verbundene Verwüstung an Land und Leuten hat die werktätige Bevölkerung über sich ergehen lassen müssen. Die Not lehrt denken. Auch der Indifferenteste unter den Angestellten mußte schließlich sehen, daß dieser Kriegswahnsinn lediglich

eine Folge des Imperialismus

ist, daß Tausende blühender Volksgenossen lediglich für die unersättlichen Träger des bisherigen kapitalistischen Wirtschaftssystems hingeopfert worden sind. Die Privatangestellten haben zu Tausenden die maßlosen Anstrengungen und Entbehrungen des Feldzuges teilen müssen. Sie haben aber nicht minder auch in der Heimat gerade in den Kriegsjahren

die kapitalistische Ausbeutung menschlicher Arbeitskräfte

am eigenen Leibe hart genug erfahren. Auf der einen Seite häuften sich

Millionen an Kriegsgewinnen,

die schon trotz der raffiniertesten Bilanzkunststücke nicht mehr verschleiert werden konnten, während auf der anderen

die Angestellten mit kärglichen Gehältern

abgespeist wurden. War es vielleicht ein Zufall, daß die Unternehmer in Industrie und Handel im Ueberfluß leben konnten, da zu derselben Zeit die Angestellten in eine wachsende Notlage geraten mußten? War es ein Zufall, wenn sich der Gegensatz zwischen arm und reich gerade in den Kriegsjahren in so erschreckender Weise verschärft hat? Es ist nur natürlich, daß in der Zeit des Weltkrieges, d. h. in der Zeit einer vom Weltmarkt isolierten deutschen Binnenwirtschaft die Abhängigkeit der Besitzlosen von den Besitzenden in besonders krasser Form in die Erscheinung treten mußte. Auch die Angestellten haben in der Kriegsnot ihre

Abhängigkeit von den Besitzern des Grund und Bodens, der Produktionsmittel und des Finanzkapitals

mit so verschärftem Ausdruck zu fühlen bekommen, daß auch sie in ihrer Masse heute die Beseitigung dieses kapitalistischen Systems und seine Ablösung durch den Sozialismus verlangen. Unter dem Schlagwort der **Landesverteidigung** hatten die Herrschenden durch die Mitwirkung von „sozialdemokratischen" Arbeiterführern immer wieder den Anschein erweckt, als hätten wir Arbeitnehmer „unseren Staat" gegen Angriffe von außen zu schützen. In Wirklichkeit mußten unsere Volksgenossen für die Erhaltung und Ausdehnung eines Staatswesens bluten, das nie und nimmer als „unser" Staat bezeichnet werden konnte.

Die bürgerliche Demokratie ist bestrebt, den Kapitalismus im Rahmen der jungen Republik erneut zu verankern, und sie versucht mit besonderem Eifer, die Angestellten vor ihren Wagen zu spannen. Die Agitation für die

Wahlen zur Nationalversammlung

bieten den Demokraten einen willkommenen Anlaß, diesen Gimpelfang unter den Kopfarbeitern mit besonderem Nachdruck zu betreiben. Man erweckt bei den Angestellten die Illusion, als wären sie keine reinen Arbeitnehmer, sondern ein Mittelding zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft, um sie so von der Masse der Handarbeiter zu trennen und für die Zwecke des Bürgertums gegen ihre eigenen Klassengenossen ausspielen zu können. Angestellte laßt Euch nicht täuschen, bleibt solidarisch!

Auch die **Mehrheitssozialisten** bieten den Angestellten keine Gewähr für die konsequente Ueberleitung des bisherigen Klassenstaates in den sozialistischen Volksstaat. Ihre Führer haben es mit verschuldet, wenn dieses unsinnige Krieg bis zum völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch

X-DD 249

17.1.19

VIII-197

Handlungsgehilfen! Techniker! Privatangestellte
Weibliche Angestellte!

Am Sonnabend, 18. Januar

3½ Uhr pünktlich

Massen-Versammlung

Friedrichshain-Spielplatz

Elbinger und Werneuchener Strasse

TAGES-ORDNUNG:

Angestellte u. Nationalversammlung

Ref: Aufhäuser, Breitscheid, Bublitz, Schmidt, Zietz

Angestellte, lasst Euch durch den „Demokratischen" Gimpelfang nicht für die Zwecke des Kapitalismus einfangen. Erscheint vollzählig.

Unabhängige sozialdem. Partei Berlin
Der Propaganda-Ausschuss

X-DD 249
VIII-198

Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land!

Aus finsterer Nacht des Krieges steigt wie das Morgenrot das Ideal eines sozialistischen Gesellschafts-Staates auf, das wir nun ernsthaft verwirklichen wollen.

Die Zeit bänglichen Zauderns ist vorbei, die Tage des Handelns sind gekommen.

Die Aufrichtung des sozialistischen Staaten-Ideals bedingt unverzügliche Inangriffnahme der Verstaatlichung des gesamten großkapitalistischen Privateigentums, denn dieses ist Uranfang des in die Tat umzusetzenden Sozialismus.

Denn nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums und Produktionsmittel — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vollkommenheit werde.

Auf der Arbeit und Gerechtigkeit beruht aller Fortschritt. Keine Richtsteuer und Dividendenschlucker soll und darf es in ferner Zukunft mehr geben, sondern nur noch Arbeiter der Hand und des Kopfes.

Sollen nun baldigste geregelte Zustände im neuen Wirtschaftsaufbau Deutschlands eintreten, um die unheilvollen Wunden, die der Krieg dem gesamten deutschen Volk geschlagen, zu heilen, soll das Unheil nicht noch größer werden, die das traurige Erbe jener fluchbeladenen Klassen des Großkapitals, ob es sich auf dem Lande oder der Stadt breitgemacht und zur Zeit noch herrscht, hinterlassen, so darf keine Minute mehr von den verantwortlichen Stellen einer sich jetzt sozialistisch nennenden Regierung versäumt werden. Sie muß ohne Schwanken und Zaudern kraftvoll das sozialistische Programm zu verwirklichen in Angriff nehmen, unbekümmert aller Hetze und Pressestimmen von seiten der Ausbeuter, Junker und Alt-Militaristen-Klassen.

Es ist nicht wahr, wenn es heißt: — wie es ein Staatssekretär August Müller und Gewerkschaftsführer Kräzig und noch einige andere tun — die „wirtschaftliche Konjunktur" sei für die Verwirklichung der Verstaatlichung angeführter Unternehmungen und Produktionsmittel nicht günstig.

Wohl wissen wir, daß die neue Gesellschaftsform nicht in einigen Tagen aufzurichten ist, daß sie nicht durch ein paar Regierungsparagraphen-Verfügungen wirksam werden kann, aber wir verlangen die möglichst sofortige Uebernahme der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum, soweit sie den höchstmöglichsten kapitalistischen Reifezustand erreicht haben, und das sind heute alle kartellierten und vertrusteten schwerindustriellen Unternehmungen, großlandwirtschaftlichen Betriebe, Großbanken und Versicherungsgesellschaften.

X-DD 249
VIII-199

Die nächsten Forderungen der 19.1.19

Unabhängigen sozialdemokratischen Partei

sind:

Errichtung einer wirklichen sozialistischen Republik.

Schnellste Sozialisierung aller, bereits vor dem Kriege zur Sozialisierung reif gewesener Betriebe.

Zur Deckung der Kriegsschulden, schnellste Heranziehung der großen Kapitalien und Kriegsgewinne.

Ausreichende Versorgung der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Erwerbsunfähigen.

Beseitigung aller Standes- und Klassenvorrechte. Abschaffung der Kommandogewalt und Beseitigung aller Rangabzeichen.

Sofortige Demobilisierung des gesamten Heeres und Schaffung einer sozialistischen Volkswehr.

Unsere Parole ist:

Arbeitsrecht u. Arbeitspflicht für jedermann!

X-DD 249
VIII-200

18.I.19 Abends Dauergewitter

Auf in den Wahlkampf

für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

Wähler und Wählerinnen zur Nationalversammlung!

Der Wahlkampf zur Nationalversammlung ist entbrannt. Die Parteien sind aufmarschiert. Sie fordern Stimme und Vertrauen von Euch. Seht Euch vor, wem Ihr sie am 19. Januar schenkt.

Werft zuvor einen Blick noch den bisherigen bürgerlichen Parteien, die ohne Ausnahme die blutige Kriegspolitik unterstützt haben, durch die Deutschlands Ruin verschuldet worden ist. Ihr werdet keine dieser Parteien mehr vorfinden. Sie haben schleunigst für altes Firmenschild in die Ecke geworfen. Gleichzeitig haben die verwandten Seelen unter ihnen sich zusammengeschlossen. Unter neuen Parteinamen treten sie jetzt in die Öffentlichkeit. Die alten Namen sind zu stark blutgefleckt und mit Schande bedeckt. Jetzt nennen sich alle diese neuen Gebilde **„Volkspartei"** oder **„demokratische" Partei.** Als wenn die Macher und Drahtzieher dieser famosen „Volksparteien" von heute nicht die schlimmsten Volksfeinde von gestern wären.

Wähler und Wählerinnen, seid auf der Hut! Seht Euch die Parteien, die jetzt um Eure Stimmen werben, genau an.

Wenn die

Deutschnationale Volkspartei

an Euch herantritt, so sagt Ihr: Gehe dich weg von mir! Was kann für uns Gutes kommen von dir, die du nichts bist als das Sammelbecken der früheren Reaktionsparteien, der Konservativen, Freikonservativen, Antisemiten und Landbündler?

Ihr wahrt, die junkerlichen und schwerindustriellen Volksbedrücker und gewissenlosen Kriegshetzer, an deren Händen das Blut von Millionen Dahingeschlachteter und Verstümmelter klebt, sie wären die Letzten, denen ein aufrechter Wähler aus dem werktätigen Volke seine Stimme geben könnte. Ebensowenig dürft Ihr den Leuten trauen, die als

Christlich-Demokratische Volkspartei

sich in Euer Vertrauen einzuschleichen versuchen. Diese neue Partei ist das alte Zentrum, ist die Partei des politischen Kuhhandels unter christlichem Deckmantel. Sie sucht Eure Stimmen zu ergattern unter dem Schlagwort, daß durch die Kirchenpolitik der Sozialdemokratie die Religion in Gefahr sei. Glaubt dieser Behauptung nicht! Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die Religion anzutasten. Sie achtet alle religiösen Bekenntnisse und gestattet allen religiösen Gemeinschaften die ungehinderte Ausübung des Gottesdienstes auf ihre Art, ganz gleich, ob es sich um Katholiken oder Protestanten, um Juden oder Türken oder um Freireligiöse handelt.

Jeder möge nach seiner Fasson selig werden. Niemand soll einem Staatsbürger eine Religion aufzwingen dürfen, auch der Staat nicht. Steuern für religiöse Zwecke sollen die Religionsgemeinschaften von ihren Mitgliedern erheben. In den Religionsunterricht soll niemand den Religionsgemeinschaften hineinreden dürfen. Es wird also niemand in seinen religiösen Anschauungen und Gefühlen verletzt, sondern jeder Staatsbürger bekommt dadurch erst die volle Freiheit in der Religionsübung.

Wähler und Wählerinnen! Das Zentrum hat gleich den Konservativen bis vor Jahr und Tag die unheilvolle Kriegspolitik unterstützt. Und wenn es sich jetzt blamabel „Christlich-Demokratische Volkspartei" nennt, so denkt daran, wie es im Gegensatz zu den christlichen Lehren zum Kriege gehetzt und den Massenmord verherrlicht hat.

Und was habt Ihr zu halten von der Partei, die als

Deutsche Demokratische Partei

an Euch herantritt? Sie entspricht sich bei näherem Ansehen als die alte Fortschrittspartei mitsamt einem Teil der Nationalliberalen, soweit diese nicht zur Deutschnationalen Volkspartei abgeschwenkt sind. Diese scheindemokratische Partei ist die Vertretung des kapitalistischen Bürgertums, das dem werktätigen Volke zwar gewisse Rechte und Freiheiten zugesteht, es aber ebenso wie die vorgenannten Parteien im Nach der kapitalistischen Lohnsklaverei niederhalten will. Diese Partei tritt mit hochtrabenden Redensarten von Volksfreiheiten und Volksrechten in der Presse und in den Versammlungen auf und hat es besonders auf den Stimmenfang im sogenannten neuen Mittelstand, dem Heer der Angestellten und Beamten abgesehen. Die Politik des Weltreisen zu Lande und zur See ist von Fortschrittlern und Nationalliberalen genau so eifrig unterstützt worden, wie von den Wortführern der übrigen bürgerlichen Parteien. Im Kriege gehörten sie zeitweilig zu den schlimmsten Kriegstreibern, und sie sind in hohem Grade mitschuldig an dem vierjährigen Menschenschlachten, das die Ursache unseres heutigen Elends ist.

Wähler und Wählerinnen! Alle bürgerlichen Parteien, in welchem Gewande sie auch auftreten mögen, wollen verhindern, daß das werktätige Volk in Stadt und Land die Früchte der Novemberrevolution ernten kann. Alle bürgerlichen Parteien wollen das kapitalistische Ausbeutungssystem aufrechterhalten. Sie sind höchstens zu kleinen und halben Zugeständnissen bereit, aber sie wollen nichts wissen von der Einführung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie wollen den Zustand fortbestehen lassen, daß eine Handvoll Großkapitalisten und Großgrundbesitzer aus der Arbeit der Volksmassen alljährlich Milliarden an Profit herauspreßt. Das kennzeichnet sie samt und sonders, im sozialen Sinne als gegenrevolutionäre Parteien, so sehr sie sich auch politisch radikal gebärden mögen. Sie sind die Vertreter des Kapitalismus, sie bilden in ihrer Gesamtheit den Block der sich dem Heer der Hand- und Kopfarbeiter in den Weg stellt bei der sozialen Umwälzung, die der politischen folgen muß.

Wähler und Wählerinnen! Ihr, die Ihr schwer arbeiten müßt mit Hand und Hirn, Ihr dürft keiner der kapitalistischen Parteien Eure Stimme geben, wenn Ihr nicht denen in die Hände arbeiten wollt, die sich dem Sozialismus entgegenstemmen.

Nur der Sozialismus kann Euch retten. Nur für den Sozialismus dürft Ihr daher wählen am 19. Januar!

Seht Euch auch die sozialistischen Parteien an, die um Eure Stimmen werben. Die von Liebknecht und Rosa Luxemburg neugegründete „Kommunistische

X-DD 249 X-DD 249
VIII-201

19.1.19

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Vor der Entscheidung!

Arbeiter! Soldaten! Frauen und Mädchen der erwerbstätigen Bevölkerung!

Am kommenden Sonntag, den 19. Januar, soll über die Vertretung zur deutschen Nationalversammlung entschieden werden. Alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Reichsangehörigen sind berufen, ihren politischen Willen zu bekunden.

Eine Reihe Parteien bewerben sich um Eure Stimmen:

Die Deutsch-nationale Partei will die alten Zustände wieder herstellen. Die demokratische Volkspartei will das Bürgertum sammeln. Mögen Sie es!

Die erwerbstätige Bevölkerung muß im Gegensatz zu diesen alten neu aufgefrischten Parteien ihre eigenen Wege gehen, sie hat mit diesen Parteien nichts zu tun.

Für sie bleibt nur die Wahl, Vertreter ihrer eigenen Interessen zu bestimmen, will sie nicht ihre eigenen Metzger wählen.

Welche Partei ist das?

Zwei sozialdemokratische Parteien werben um Eure Stimmen!

Und nun fragen wir?

Wer hat am 24. Dezember gegen die Matrosen Kanonen auffahren lassen?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

Wer hat am Weihnachts-Heiligenabend unnützerweise Blut vergießen lassen?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

Wer läßt die alten militärischen Machthaber, die Generäle und Offiziere in ihren Stellungen?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

Wer ist es, der die Bildung der neuen, aus Studenten- und Offizierskreisen zusammengesetzten arbeiterfeindlichen Garde veranlaßt und fördert?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

Wer trägt die Verantwortung dafür, daß die Reinhard- und Suppegarde in Berlin wütet, daß niemand mehr seines Lebens sicher ist?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

Wer richtet die alte Militärherrschaft wieder auf?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

Wer macht die Errungenschaften der Novemberrevolution zu nichte?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

Wer hat den Brudermord in der vorigen Woche auf dem Gewissen?

Die Regierung Ebert-Scheidemann!

X-DD 249
VIII-202

25. I. 19

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Auf, zur Wahl am 26. Januar!

Kaum sind die Wähler vom Wahltisch heimgekehrt und wiederum werden sie aufgerufen, am kommenden Sonntag zur Wahl zu erscheinen.

Diesmal handelt es sich darum, über die

Zusammensetzung der preußischen Landesversammlung

zu entscheiden.

Dieses Preußenparlament ist nicht weniger wichtig als die Nationalversammlung für das Reich.

Sein Schwerpunkt liegt mehr auf dem Gebiete der Verwaltung als auf dem der Gesetzgebung.

Das alte Preußen der Hohenzollerndynastie ist durch die Revolution hinweggefegt. Mangelhaft sind das Dreiklassenparlament und das Herrenhaus, aus dem der Moderduft vergangener Jahrhunderte ausströmte. Hier herrschte unumschränkt das Junker- und Muckertum; die Herren von und zu sahen hochmütig auf das Volk herab.

Das soll und muß anders werden!

Der alte Plunder muß fortgefegt werden. Der Obrigkeits- und Polizeistaat muß verschwinden. Ein neuer Geist muß einziehen. Noch arbeiten in Preußen die alten Behörden, die Oberpräsidenten, die Landräte, die Kreisausschüsse, die Amtsvorsteher. Noch üben sie nach wie vor ihre Macht unumschränkt aus, ohne daß die breite Masse etwas zu sagen hat.

Ein neues Preußen muß entstehen, ein Preußen, das nicht mehr der Hort der Reaktion und der Vorrechte ist,

ein Preußen, das seinem Namen wieder Achtung verschafft.

Und daran hat gerade die erwerbstätige Bevölkerung das größte Interesse.

Wir verlangen

Trennung der Kirche vom Staat.

Die Religionsausübung steht jedem frei; nicht aber soll der Staat auf allgemeine Kosten bestimmte kirchliche Richtungen begünstigen.

Wir verlangen ferner eine

gründliche Reform des Schulwesens.

Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten. Also freie Bahn den Tüchtigen!

Bei der

Reform des Steuerwesens

verlangen wir: Abschaffung aller indirekten Steuern. Befreiung der öffentlichen Anstalten durch direkte Steuern.

Die Rechtsprechung

muß von Grund auf geändert werden. Wir verlangen: Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Abschaffung der Todesstrafe.

X-DD 249
VIII-203

Wir und die Anderen!

Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Christliche Volkspartei: soviel **Volk** gibt es gar nicht, wie zurzeit in Deutschland an „Volks"parteien aufmarschieren. Besonders jetzt zu den Wahlen steigt alles zum Volke herab. **Die Leute, die sonst nur mit tiefster Verachtung vom Volke sprechen**, bevölkern diese „Volks"parteien, zahlen schwere Summen zu den Wahlkosten, halten flammende Reden über des Volkes Wohl, schreiben Bücher und Aufsätze über Deutschlands Zukunft. Aber man darf sich nicht von ihren Worten betören lassen, sondern muß nach ihren **bisherigen Taten fragen.**

Eines der bekanntesten nationalistischen Blätter, die „Rheinische Westf. Zeitung", hat kürzlich in außerordentlich treffender Weise

eine Kennzeichnung aller dieser Parteien

gegeben. In Nr. 818 vom 7. Mai sagte das Blatt, daß jetzt von allen Seiten gegen die Revolution geschrieben und geredet werde. Warum sei es aber so weit gekommen? **Weil dreißig Jahre lang eine wahnwitzige Politik getrieben worden sei.** Das Blatt fährt fort:

„Man muß es laut aussprechen: Diejenigen, die an dieser wahnwitzigen Politik schuldig sind, diejenigen, welche damals in führenden Stellungen waren oder welche politische Führer des Volkes waren und diese Politik mitgemacht haben, alle diejenigen, welche es verschuldeten oder duldeten, daß das deutsche Volk in einen Krieg gerissen wurde gegen sämtliche Großmächte und Weltmächte der Erde, sie mögen gehandelt haben aus Unkenntnis, aus Bequemlichkeit oder aus Feigheit, **sie alle sind unwürdig, auch heute noch das deutsche Volk zu leiten, sie sind unfähig, ein Staatsamt zu bekleiden oder vom Volke durch Wahlen empfangen zu werden.** Wie immer Staatsmänner mit Recht gestürzt sind, die uns in diese grausame Not hineingeleitet haben, so haben auch die ihre politische Zukunft verwirkt, die, welche als Politiker die Gefahr verkannt oder leichtsertig eingeschätzt haben. Die gilt natürlich zuerst von den Parteien, die am meisten an diesem unglücklichen Bündnis mit dem Hause Habsburg, an dem sich das weitere Bündnis mit der Türkei anschloß, schuldig sind, nämlich die gesamte „Demokratie" und das Zentrum; es gilt immer wieder gerade diesen Parteien entgegengeworfen werden, daß sie, welche heute in der Revolutionspolitik mitarbeiten, die Hauptträger dieser **wahnwitzigen Politik gewesen sind. Aber es gilt auch für die Rechtsparteien.**

Wer sind nun im einzelnen die Parteien, an denen diese berechtigte Kritik geübt wird?

Auf dem rechten Flügel steht die

Deutschnationale Volkspartei.

Sie hat sich dieses Firmenschild erst seit anderthalb Jahren beigelegt, nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch vom November 1918, als die alten Gewalten sich feige in alle Winkel verkrochen, weil sie die Rache des getäuschten und hintergangenen Volkes fürchteten. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich aus **der früheren Konservativen Partei, aus den Freikonservativen, aus Teilen des Bundes der Landwirte, aus den Antisemiten und aus mehreren anderen reaktionären Parteigruppen** gebildet. Den Ton geben bei ihr **die Junker und die Alldeutschen** an, dieselben Leute also, die bis zur Revolution in der Regierung gesessen oder die Regierung maßgebend beeinflußt haben.

Allen Erfordernissen der neuen Zeit stemmen sie sich entgegen. **Die Rechte der Arbeiterschaft** wurden von ihnen **mit allen Mitteln der Gewalt und der Lüge verkürzt**, nur ein Ziel galt ihnen, die Erhaltung der Privilegien ihrer eigenen Klasse.

Und was wollen die Deutschnationalen heute? **Die Rückkehr der Hohenzollern, die Wiederherstellung des alten schmachbedeckten Regimentes**, die Unterdrückung zu einem neuen Raubanfstieg, die Zurückwerfung der werktätigen Bevölkerung in die alte Rechtlosigkeit. Wer jetzt noch einen Deutschnationalen wählt, für den gilt das alte Wort: **„Die die allergrößten Kälber, wählen sich den Metzger selber."**

Dann kommt die den Deutschnationalen gesinnungsverwandte Partei,

die Deutsche Volkspartei.

Sie ist gleichfalls nach dem November-Zusammenbruch entstanden. Und zwar vor allen Dingen aus dem rechten Flügel der **nationalliberalen Partei.** Die Deutschnationale Volkspartei wird beherrscht von den großindustriellen Scharfmachern. Es ist durchaus kein Zufall, daß gerade dieser Partei die Makler der aus den Kreisen der Unternehmer in vielen Hunderttausenden zusammengebrachten Wahlfonds angehören. Der Reumann, von seinem Verband 50 000 Mark erhalten, damit er sie für seine Kandidatur zu den Reichstagswahlen verwenden soll. Herr Dr. Reumann will für die Deutsche Volkspartei auftreten. Er hat aber erklärt, daß er nach wenigen Hunderttausend Mark braucht, damit seine Kandidatur an erster Stelle geschiert werde. Wenn Herr Dr. Reumann ins Parlament einziehen sollte, so wird man bei diesem ehrenwerten Mitglied der Deutschen Volkspartei wissen, er ist der Vertreter des Schmutzkapitals, dem die bisherigen seltsam Gewinne noch nicht genügen.

Inzwischen hat sich ihm aber noch ein neuer Bundesgenosse hinzugesellt. Herr Dr. Hugo, der schon in der Nationalversammlung als Vertreter des Lebergroßhandels saß und bei dieser lohnende Beschäftigung auch im kommenden Reichstag wieder ausüben möchte. Dieser Dr. Hugo ist besoldeter Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Lebergroßhändler. Er hat in dessen Auftrag bei der Regierung die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder durchgesetzt, mit dem Erfolg, daß die Preise für Leder um das Fünf- bis Sechsfache stiegen und der Lederhandel und die Lederindustrie Gewinne bis zu 50 Prozent erzielen konnten. Herr Dr. Hugo hat für seine Bemühungen 50 000 Mark Entschädigung vom Verband der Lebergroßhändler erhalten. Dr. Hugo ist politisch Vertreter der Deutschen Volkspartei.

Noch andere kapitalistische Kreise sorgen für den Wahlfonds der Deutschen Volkspartei. Bayrische Brauereibesitzer haben 150 000 Mk. gestiftet, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat 200 000 Mk., der Hamburger Reederverband 50 000 Mk., die Schlesische Montangesellschaft 25 000 Mk. und so fort in langer Reihenfolge. Wer also seine Stimme der Deutschen Volkspartei gibt, der muß sich wohl oder bis Partei der politischen Korruption unterstützt. Er stärkt die Interessen des Großkapitals, er sorgt mit dafür, daß die werktätige Bevölkerung noch mehr als bisher vom Unternehmertum ausgebeutet wird!

Die Christliche Volkspartei

hat ja bezeichnenderweise das alte Firmenschild wieder aufgesetzt, so wie wieder zu ihrem alten Namen zurückgekehrt.

Das Zentrum ist die Vertreterin der katholischen Kirche. Es behauptet, daß es die Interessen aller katholischen Kreise in gleichmäßiger Weise wahrnehme. In Wirklichkeit wird die Politik des Zentrums von den katholischen Kapitalisten und von den katholischen Agrariern beherrscht. Diese Kreise haben dort die erste Rolle. Die Bedürfnisse aller anderen Volksteile, **insbesondere der Arbeiter**, sind von jeher vom Zentrum auf das gröbste **verletzt worden.** Die Religion und diese Partei als Sakramentel für ihre volksfeindlichen Ziele mißbraucht.

Die Geschichte der Zentrumspartei ist eine **Geschichte des Verrats an den Interessen der werktätigen Bevölkerung.**

Während des Krieges war das Zentrum der **getreue Schildhalter der deutschen Kriegführung.** Die Partei hat alle Kriegskredite bewilligt, sie hat trotz ihres angeblich christlichen Charakters nichts getan, um das unchristliche Völkermorden zu beenden. Im Gegenteil, ihre Führer haben sich im Reichstag ausdrücklich mit den Eroberungszielen der deutschen Regierung **einverstanden erklärt.**

Als „Partei des Bürgertums" tritt die

Deutsche Demokratische Partei

auf. Auch diese Partei ist kein neues Gebilde, sondern lediglich die Fortsetzung der alten Fortschrittspartei und Volkspartei mit dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei.

Die Liberalen waren von jeher die Vertreter des Bankkapitals und der verarbeitenden Industrie, also des sogenannten mobilen und des kleineren Industriekapitals. Für Liberalismus mußte stets in Kurt aufgehen, wenn er mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Berührung kam. Die Fortschrittler und besonders die Nationalliberalen haben denn auch schon vor dem Kriege nichts getan, um die immer rückschrittlicher auftretende Reaktion zu bekämpfen, sie haben sich aber bei allen Gelegenheiten mit der Reaktion verbündet, um die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu schädigen.

Nach den Revolutionstagen des November 1918, als die Liberalen die Demokratische Partei gründeten, zeigte es sich sofort, daß diese nur das eine Ziel hatten, die alte kapitalistische Wirtschaft wieder zu errichten und neu zu befestigen. Sie haben mit der langjährigen Tradition der Partei nicht gebrochen, sie haben die Revolution verraten, sie haben das Betriebsrätegesetz so unzulänglich, daß von den Rechten der revolutionären Arbeiterräte nichts mehr übrig blieb. Sie erwiesen sich als unfähig und unwillig, die Lasten des Krieges

X-DD 249
VIII-204

Wählerinnen und Wähler!

Ernst und schwer ist die Zeit. Verantwortungsvoll ist die Entscheidung, die Ihr am 6. Juni treffen sollt. Das Alte stürzt, die Gestaltung des Neuen kann nur Eure eigene Tat, der Entscheid Eures bewußten Wollens sein.

Eine schwere Wirtschaftskrise

erschüttert das deutsche Wirtschaftsleben. Der lange Krieg hat **ungeheure Werte vernichtet.** Wir entbehren das Dringendste. Trotzdem werden Werkstätten und Fabriken stillgelegt, in denen Schuhe, Kleider, Stoffe, Möbel erzeugt werden können. Die Presse sind so rasch gestiegen, daß die Güter nicht mehr gekauft werden können; das Einkommen der werktätigen Bevölkerung und der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist hinter der allgemeinen Preissteigerung weit zurückgeblieben. Deshalb können die Massen, so dringend ihr Bedarf ist, auch das Nötigste **nicht mehr anschaffen.** Und so erleben wir den Wahnwitz, daß zur selben Zeit, wo die Produktion aufs äußerste angespannt werden müßte, um das verarmte und von Gütern entblößte deutsche Volk mit dem Nötigsten zu versehen, **das Kapital Betriebe stillegt, die Arbeiter und Angestellten entläßt und die Produktion einschränkt.** So zeigt die Krise die

Schädlichkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft

in offenkundiger Weise. Euer Interesse erfordert deshalb **die planmäßige sozialistische Regelung der Erzeugung.** Dann wird es unmöglich sein, daß die Schuh- und Kleidererzeugung verringert wird, während die Bevölkerung zu einem großen Teil in zerrissenen Schuhen und abgenutzten Kleidern geht. Dann ist es unmöglich, daß Arbeiter arbeitslos darben müssen, während die Produkte ihrer Arbeit dringender als je benötigt werden.

Beseitigung des Kapitalismus, sozialistischer Neuaufbau

ist deshalb der einzige Rettungsweg, der die werktätige Bevölkerung aus der Armut und aus dem Elend zu lichteren Höhen führen kann. Darüber habt Ihr zu entscheiden, wenn Ihr am 6. Juni zur Wahl geht.

Alle bürgerlichen Parteien sind Gegner des Sozialismus. Sie wollen die Kapitalsherrschaft aufrecht erhalten, sie wollen die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter das Kapital. Nach wie vor soll der Besitz die schaffende Arbeit kommandieren und ihre Früchte sich zum größten Teil aneignen. **Aber auch die rechtssozialistische Partei hat versagt.** Als am 9. November 1918 die politische Macht auf das werktätige Volk übergegangen war, da wäre es möglich gewesen, einen entscheidenden Anfang mit der Sozialisierung der wichtigsten Industriezweige, des Bergbaues, der schweren Eisenindustrie, der Kraftgewinnung zu machen. Aber die Rechtssozialisten haben sich jeder energischen Sozialisierung widersetzt. Sie haben an dem Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, den Gegnern des Sozialismus festgehalten, und diesem

Bündnis den Sozialismus geopfert.

Vergebens hat die Unabhängige Sozialdemokratie den Beginn der Sozialisierung durchzusetzen versucht. Sie scheiterte dabei nicht nur an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien, sondern auch an dem der rechtssozialistischen Führer. „Unsere Wirtschaft ist bankrott, Schulden können nicht sozialisiert werden", das waren die Vorwände, mit denen sie jeden Schritt zum Sozialismus vereitelten. Seitdem haben

die Kapitalisten außerordentliche Profite eingeheimst

Die Dividenden der Aktiengesellschaften sind glänzend. Mit schweren Leiden und Entbehrungen aber hat die schaffende Arbeit diese Verzögerung der sozialistischen Organisation der Wirtschaft bezahlen müssen. Am 6. Juni habt Ihr zu entscheiden, ob diese Zustände andauern sollen. **Ihr habt** zu wählen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Fortdauer der Kapitalherrschaft oder Befreiung der arbeitenden Menschheit. **Keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Keine Stimme den rechtssozialistischen Rechnungsträgern u. Leistetretern! Stimmt für die energischen Vorkämpfer des Sozialismus, für**

die Unabhängige Sozialdemokratie!

Aber nicht nur in einer Zeit der wirtschaftlichen Erschütterung, sondern auch

inmitten einer politischen Krise

werdet Ihr zur Wahl schreiten. Die Stellung der herrschenden Klassen, der Junker und Kapitalisten, der hohen Militärs und Bürokraten ist erschüttert, aber nicht gebrochen. Freiwillig wollen sie nicht auf ihre Macht verzichten. Mit allen Mitteln wehren sie sich dagegen, daß die politische Macht von der Arbeiterklasse und im Interesse der Arbeiterklasse angewandt wird. Nachdem der erste Versuch der deutschnationalen Politiker und Militärs durch **den Putsch der Kapp und Lüttwitz** wieder ihre alte Macht zu befestigen mißglückt ist, bereiten sie einen neuen gewaltsamen Umsturz auf viel breiterer Grundlage, mit viel größeren Mitteln und viel gründlicher vor. Schon haben sie es erreicht, daß in Bayern eine ihnen genehme reaktionäre Regierung am Ruder ist. Von dort aus werden die Fäden nach Ostpreußen, Pommern und Schlesien vor allem aber auch nach den übrigen Teilen des Reichs gesponnen. Man will nicht nur wie im März mit reinen militärischen Mitteln vorgehen, sondern man sucht sich auch möglichst starke Stützpunkte in der Verwaltung zu schaffen. Man zählt auf die

Mitwirkung der Reichswehr

in der die alten reaktionären Generale und Offiziere noch wie vor herrschen, und auf die Mitwirkung eines großen Teils der Bürokratie. Die Arbeiterschaft sucht man durch infame Lockspitzeleien zum Losschlagen zu provozieren, um den Vorwand zu bekommen, die Militärmacht wieder auf die Arbeiterschaft loszulassen. Gleichzeitig wird eine wüste antisemitische Agitation getrieben, um die Bevölkerung zu verwirren. Den Juden wird die Schuld zugeschrieben für das Elend, daß das

X-DD 249
VIII-205

Frauen! Arbeiterinnen und weibl. Angestellte!

An Euch, Ihr Gedrückten und Geplagten, treten jetzt alle bürgerlichen Parteien heran und werben um Eure Stimmen. Zum zweiten Male sollt Ihr eine Entscheidung treffen, wer Eure Interessen im Parlament vertreten soll. Aber jetzt müßt Ihr endlich aus den Erfahrungen der Nationalversammlung gelernt haben, daß Ihr von den Vertretern der bürgerlichen und rechtssozialistischen Parteien verkauft und verraten wurdet, daß sie nur darauf bedacht waren, den Militarismus zu stärken, der Kirche wieder ihren Einfluß auf die Schule zu sichern, **daß sie aber aus**

Euren mühsam erworbenen Groschen

die ungeheuren Kriegsschulden und die Lasten des Militarismus bezahlen wollen.

Was aber hat die Nationalversammlung für die arbeitenden Mütter des Volkes geleistet? **Nicht nur die bürgerlichen Frauen,** sondern **sogar die rechtssozialistischen** haben die **Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie** niedergestimmt, **die verlangten,** daß die Frauen acht Wochen vor der Geburt und acht Wochen nach der Geburt des Kindes den ortsüblichen Tagelohn, unentgeltliche Aerzte- und Hebammenpflege, sowie ein Stillgeld in der Höhe des ortsüblichen Krankengeldes, mindestens aber 2,00 Mk. täglich während 26 Wochen erhalten sollen. Statt dessen wurde den Frauen das Wochengeld in der Höhe des ortsüblichen Krankengeldes, also 1,50 Mk. pro Tag zugestanden und 75 Pfg. Stillgeld während 13 Wochen. Wer kann es der schwergeplagten Proletarierfrau verdenken, wenn sie jeden Familienzuwachs verhindern will, da er nur eine Vermehrung ihrer Lasten und Sorgen bedeutet. Und in bezug auf diese Notlage kann man die Frage aufwerfen:

Wie kann sich da ein trautes Familienleben entwickeln.

Das neue Reichseinkommensteuergesetz, das von der Nationalversammlung **gegen die Stimmen der Unabhängigen Partei** angenommen wurde, bestimmt, daß die Unternehmer verpflichtet sind, 10 % von Euren Löhnen für den Steuerfiskus abzuziehen, der Zehent der hörigen Bauern ist wieder eingeführt. Aber nicht nur an direkten Steuern soll das Proletariat Milliarden aufbringen, die Umsatzsteuer und **die indirekte Besteuerung** aller **lebensnotwendigen Dinge belasten die arbeitende Bevölkerung noch viel mehr** als die Kapitalisten, die sie abwälzen können. Während es den Kapitalisten und Kriegsgewinnern durch die Nachsicht der bisherigen Regierung möglich war, den größten Teil ihrer Wuchergewinne ins Ausland zu verschieben, **werden Euch, Frauen und Mädchen, von Eurem karg verdienten Lohn solche großen Summen für den Staat abgezwungen, weil eine verbrecherische herrschende Klasse den Krieg anzettelte** und uns in so unabsehbares Elend stürzte.

X-DD 249 XIII-206

Wer wir sind und was wir wollen!

Ruf an die Reichstagswähler, an alle Arbeitenden in Stadt und Land!

In gewaltigen Zuckungen windet sich die ganze Welt, neue Kräfte ringen mit den alten um die Herrschaft. Ohne Schmerzen und Kämpfe wird nichts Großes geboren.

Aber auch nicht ohne die tätige Teilnahme aller. Eine neue Zeit dämmert. Sie kann eine bessere Zeit für euch, für die ganzen, für alle um so schneller werden, **als auch ihr erkennt, wollt und handelt.**

Seit in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft der Urkommunismus der primitiven Naturvölker infolge der Umwandlung der Produktionsverhältnisse durch das Zeitalter des Privateigentums an den Produktionsmitteln abgelöst wurde, begann die verhängnisvolle Entwicklung der Zerspaltung der Menschheit in Klassen, ihr deren Endstadium wir uns jetzt befinden. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln schuf vor allem nach der Ueberflügelung des handwerklichen Kleinbetriebes durch den kapitalistischen Großbetrieb die Zerklüftung der Menschen in Klassen, in Herrschende und Beherrschte, in Ausbeutende und Ausgebeutete, in Besitzende und Besitzlose. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln macht die Besitzlosen zu Sklaven der Besitzenden, der herrschenden Klassen.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln brachte und bringt es mit sich, daß alle technischen und ökonomischen Fortschritte nur einer kleinen Schicht Vorteil und vermehrten Reichtum brachten, die Armut und das Elend der Massen aber nicht minderten, sondern steigerten.

Das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht die Wertesschaffenden um die Früchte ihrer Arbeit, setzt die Nichtarbeiter, Großgrundbesitzer, Kapitalisten, Spekulanten in den Besitz des Produktes der Arbeiter. **Das kapitalistische Privateigentum bedeutet Planlosigkeit der Produktion, hat Krisen, Krieg, Elend zur naturnotwendigen Folge.**

Der Krieg, das Mittel und die direkte Folge der kapitalistisch-imperialistischen Gegensätze **hat die ganze Welt, hat vor allem uns ins tiefste Elend gebracht.** Die kapitalistische Produktion, bei der das Profitinteresse der Kapitalisten, Kaufleute, Schieber und Spekulanten die Form und den Umfang der Produktion bestimmt, hat dieses Elend noch verschärft.

Die Anarchie auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens hat es ermöglicht, daß riesige Vermögenswerte ins Ausland verschoben werden konnten, daß Waren planlos ins Ausland verschleudert, überflüssige Luxuswaren in riesigen Mengen eingeführt wurden. Nur die Beseitigung des kapitalistischen Systems, die Ueberführung des Besitzes an Produktionsmitteln (Bergwerke, Industrieanlagen, Großgrundbesitz, Banken, Warenhäuser) in den Besitz der Gesamtheit kann hier Wandel schaffen. Die Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, das heißt **Eigentum des ganzen Volkes,** bedeutet nicht nur Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern gleichzeitig **Steigerung der Produktion** durch zweckmäßige Organisierung derselben. Für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion und Warenverteilung, das ist Sozialismus.

Sozialismus ist die einzige Rettung, ist das Gebot der Stunde!

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die **Befreiung** nicht nur **der Arbeiter,** sondern **der ganzen Menschheit.** Aber sie kann und wird nur das Werk der Arbeitenden, der Wertesschaffenden selbst sein, denn alle übrigen sind aus egoistischen Motiven an der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände interessiert.

Der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung ist **notwendigerweise ein politischer Kampf.** Die ökonomische Umwandlung kann sich nur dann vollziehen, wenn diejenigen, welche die historischen Träger derselben sind, die politische Macht haben. Deshalb erstreben und fordern wir die **Diktatur des Proletariats!**

Männer und Frauen des werktätigen Volkes!

Ihr alle, die ihr mit Hand und Hirn arbeitet und Werte schafft, ihr Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Landleute, ihr, die ihr allein durch eure produktive Arbeit Staat und Gesellschaft aufrechterhaltet, erkennt die Gemeinsamkeit eurer Interessen!

Laßt euch nicht länger durch Worte betrügen!

Die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats ist ganz anders zu werten als jede Herrschaft einer anderen Klasse. Die anderen Klassen benutzten und benutzen ihre Macht, um andere auszubeuten und zu beherrschen. Jede Klassenherrschaft und Klassenbewegung war bisher stets eine Bewegung einer Minderheit im Interesse einer Minderheit. So befand sich im Jahre 1907 in Preußen **die Hälfte des gesamten Volksvermögens in den Händen von 2 Prozent der Bevölkerung, wogegen 80 Prozent ohne jeden Besitz waren.**

Die Klassenbewegung der Arbeiter ist die Bewegung der Mehrheit im Interesse der Mehrheit. Die Herrschaft der Arbeitenden, die Diktatur des Proletariats erstrebt nicht die Unterdrückung und Ausbeutung anderer, sondern die **Freiheit und Gleichberechtigung aller.** Nicht Klassenherrschaft, **sondern die klassenlose menschliche Gesellschaft, die wahre Demokratie ist ihr Ziel:** Demokratie und kapitalistische Gesellschaftsordnung aber sind unvereinbare Gegensätze. Politische ohne wirtschaftliche Demokratie ist weniger als eine Halbheit.

In der Periode des Ueberganges von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedeutet das von uns **erstrebte und geforderte Rätesystem** eine sehr erhebliche Annäherung an die Demokratie als die bestehenden Parlamente. Der unmittelbare Einfluß der Wähler auf die Gewählten ist viel größer, ihre Kontrolle viel schärfer, der Einfluß in jeder einzelnen Frage ist leicht geltend zu machen. **Dunkle Einflüsse interessierter Cliquen, die den bürgerlichen Parlamentarismus korrumpieren, sind unmöglich.** Die arbeitenden Menschen, die Träger des Wirtschaftslebens, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur sollen auch die Träger aller staatlichen Einrichtungen **und der politischen Gewalten sein.**

Der Sinn des Rätesystems ist: der politische Ausdruck zu sein für die Uebernahme der Macht durch die Arbeiterklasse, für die Durchgangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft, zur Verwirklichung des Sozialismus und der wahren Demokratie.

Es ist das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen in Betrieb, Gemeinde und Staat. Noch einmal, **Hand- und Kopfarbeiter,** Landleute und alle anderen, die ihr **arbeitet, die ihr Werte schafft,** laßt euch **nicht gegeneinander hetzen.**

X-DD 249
VIII-207

An die arbeitende Bevölkerung!

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Neuwahlen der Stadtverordneten am 20. Juni in Groß-Berlin

Die Wahlen zum deutschen Reichstag sind vorüber, und wieder wird die Bevölkerung zur Wahl aufgerufen; diesmal für **Groß-Berlin.**

Berlin ist mit seinen Vororten schon lange eng verwachsen; es war aber in viele einzelne Gemeinden zerrissen. Dieser Zustand wurde immer unhaltbarer und unerträglicher. Am meisten litt darunter die erwerbstätige Bevölkerung. Die zahlreichen Einzelverwaltungen bedingten einen gewaltigen und kostspieligen Verwaltungsapparat, ohne der Bürgerschaft merkbaren Nutzen zu bringen. Die arbeitende Bevölkerung hatte durch diese Zersplitterung nur Schwierigkeiten und Nachteile.

Das soll nun anders werden. Berlin soll mit seinen Vororten eine

einheitliche Stadtgemeinde

bilden. Am 1. Oktober soll dieses neue Gemeinwesen in Kraft treten. Aus diesem Grunde werden alle Gemeindevertretungen aufhören, eine **neue Stadtvertretung** für **Groß-Berlin** wird gewählt.

Diese Wahlen finden am 20. Juni statt. Es sind 225 Stadtverordnete zu wählen.

Zugleich sind aber auch Vertreter zu wählen für die neu geschaffenen **Verwaltungsbezirke.** An dieser Neuorganisation Berlins hat gerade die breite Masse der Bevölkerung das lebhafteste Interesse. Es kann ihr nicht gleichgültig sein, wie die neue Stadtgemeinde geleitet wird. Wie sie geleitet werden soll, darüber werden die Wähler am 20. Juni entscheiden.

In der Stadtgemeinde spielen, wie im Reich und Staat, Bank- und Börseninteressen eine große Rolle. Haus- und Grundbesitzer, Terraininhaber haben früher in den Gemeinden die Herrschaft ausgeübt. Alle diese Interessentengruppen haben nur die persönlichen Vorteile ihrer Kreise im Auge. Sie sind darauf aus, sich auf Kosten der großen Masse zu bereichern. Die großen reichen Gemeinden im Westen haben sich in der schärfsten Weise gegen das neue Groß-Berlin gewehrt. Sie fürchten, daß ihre reichen Einwohner zu den Lasten von Groß-Berlin stärker herangezogen werden könnten als bisher, wo sie in ihrer Gemeinde allein bestimmen konnten. Wie immer suchen sich die reichen Leute in der Gemeinde zu drücken, zu den Lasten der Allgemeinheit beizutragen.

Dem kann die erwerbstätige Bevölkerung begegnen, wenn sie am 20. Juni zur Wahl geht und ihren Vertretern, den

Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

ihre Stimme gibt.

Die reichen Leute schicken ihre Kinder auf besondere Schulen, privilegierte Schulen. Wir wollen die **allgemeine Volksschule.** Jedes Kind soll die Volksschule besuchen können, und nur die Kinder sollen in die höheren Schulen kommen, die dazu geeignet sind.

Heute ist es umgekehrt. Das Kind, das sich bei seiner Geburt reiche Eltern ausgesucht hat, hat kraft des Geldsackes der Eltern die Möglichkeit, in höhere Schulen zu gehen, auch dann, wenn es ein Strohkopf ist. Nur die Kandidaten der

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

bieten für ein freiheitlich ausgebautes Schulwesen Gewähr.

Die Erziehung unserer Kinder in unseren Schulen war bisher darauf gerichtet, sie in Demut, Unterwürfigkeit und Knechtseligkeit zu erziehen. Wir wollen eine Erziehung unserer Kinder zu **geraden, offenen, freien Menschen.** Unsere bürgerlichen Gegner wollen das Gegenteil. Sie haben Interesse an einer Generation, die willige, billige und gefügige Ausbeutungsobjekte abgibt.

Der verruchte Krieg hat die Gemeinden in **schwere finanzielle Bedrängnis** gebracht und ihnen erschwert, sich ihre Einwohnerschaft so zu sorgen, wie es notwendig wäre.

Wählt aber die Bevölkerung am 20. Juni bürgerliche Vertreter, so werden die dringendsten sozialen Maßnahmen noch weiterhin hintenangestellt und manche nützlichen Einrichtungen wieder beseitigt. Das darf nicht sein!

Das große Gebiet der **sozialen Fürsorge** muß vielmehr weiter ausgebaut werden. Das können aber nur Vertreter, die die Not und das Elend der breiten Massen der Bevölkerung kennen. Und das sind die Vertreter der

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

X-U 249 ...-...

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ortsverein Berlin-Wilmersdorf.

Zwei öffentl. Volksversammlungen

abends 7½ Uhr

Dienstag, den 1. Juni
Aula der Oberrealschule am Preußenplatz, Nassauische Straße

Donnerstag, den 3. Juni
Aula der Hertelschule Düsseldorfer Ecke Westfälische Straße

Referenten: **Ernst Däumig und Redakteur Rabold.**

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Der Vorstand und Wahlausschuß.
J. A.: E. Fabian.

Stadt- und Landarbeiter! Wenn Ihr gegen die Parteien des Kapitalismus und Militarismus, gegen die Urheber des Weltkrieges und des jetzigen Krieges, gegen die Scheinsozialisten, die Bundesgenossen der Bourgeoisie der Reaktion zu Hunderten stellt, wenn Ihr nicht nur Vertreter des revolutionären, internationalen Sozialismus, sondern

Liste Zubeil—Däumig!

X-DD 249 VIII - 209

Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands

Tel.: Mey. 3007 Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Sitz Berlin Tel.: Königst. 3750

Anmeldeschein zum Beitritt in den

sozialdemokratischen Bezirksverband .....

(Bitte Name, Wohnung und Geldsummen recht deutlich schreiben.)

Ich entrichte als Eintrittsgeld . . . . . 50 Pf.

als Beitrag für ..... Monat à ..... Pf. ..... Pf.

Sa. ..... Pf.

....., den 192

Vor- und Zuname .....

Beruf .....

Geburtstag und -Jahr ..... zu .....

Wohnung .....

(Straße, Nummer, Vorder-, Hinterhaus, Treppen)

Bei wem .....

(Wenn nicht eigene Wohnung, Wohnungsinhaber angeben)

Unabhängige sozialdemokratische Partei

Quittung

Von .....

wohnhaft .....

habe ich heute als Eintrittsgeld und Beitrag zum Sozialdemokratischen Bezirksverband Berlin-Brandenburg .....

..... M. ..... Pf. erhalten.

....., den 192

Name .....

Wohnung .....

Bitte wenden!

X-DD 249
VIII - 210

Emil Eichhorn, Redakteur, Berlin.
Hugo Haase, Rechtsanwalt, Berlin.
Gustav Laukant, Metallarbeiter, Berlin.
Luise Zietz, Sekretärin, Berlin.
Richard Herbst, Sekretär, Berlin.
Margarete Wengels, Berlin.
Dr. Hermann Weyl, Arzt, Berlin.
Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanw., Berlin.
Agnes Fahrenwald, Berlin.
Hermann Müller, Sekretär, Berlin.
Alfred Schwahn, Kaufmann, Berlin.
Hermann Clajus, Maler, Berlin.
Karl Siegle, Tischler, Berlin.
Wilhelm Thiel, Restaurateur, Berlin.

K-DD 249
VIII-211

11.19.

Flugblatt 11

Deutsche Frauen!

Unseres deutschen Volkes Schicksalsjahr ist angebrochen!

Zertrümmert liegt unseres Vaterlandes Kraft, liegt unseres Deutschen Reiches Staatsbau am Boden! In dieser schwersten Stunde sind wir deutsche Frauen gerufen worden, mitzuarbeiten an Deutschlands Neuaufbau.

Wir wollen mitarbeiten!

Mit unserer ganzen **Pflichttreue**, mit starkem **Verantwortlichkeitsgefühl** wollen wir darüber nachdenken, was unserem Vaterlande aus seiner tiefen Niederlage aufhelfen kann.

Die starke Kraft, die vier Jahre lang dem Feinde standgehalten hat, ist gebrochen. Durch die Forderungen **schrankenloser Freiheit**, die sich über alle Christengesetze hinwegsetzt, wird unser **Familienleben**, wird **die Reinheit unserer Jugend** zerstört. Durch **die Entfernung der Religion** aus Schule und Staatsleben wird unserem Volke die stärkste Quelle seiner moralischen Kraft genommen.

Eine **ungeheuere Last** ist uns aufgebürdet worden: 100 Milliarden eigene Schulden, harte Forderungen unserer Feinde müssen wir tragen.

Wie können wir das leisten, verarmt und ausgesogen, wie wir sind?

Wir müssen dafür sorgen, daß mit unserem Volksvermögen möglichst sparsam umgegangen wird. Es darf nicht sein, daß die A.- und S.-Räte so viel Geld verschwenden, daß **die arme Bevölkerung** von Gassenkirchen z. B. gezwungen wird, **doppelte Steuern** zu zahlen, um das wieder wett zu machen. Wir müssen dafür sorgen, daß **Handel** und **Industrie**, die Quellen unseres Reichtums, nicht vernichtet werden. Die immer wiederkehrenden **Streiks**, die verkürzte **Arbeitszeit**, die hohen **Lohnforderungen** treiben jedoch viele Betriebe in den Bankrott. Siemens z. B. muß 70 Millionen mehr Lohn zahlen bei einem Einkommen von 13¼ Millionen.

Dann werden die Betriebe **verstaatlicht**, sagt Ihr. Wie steht es denn um die Staatsbetriebe? Die preußisch-hessischen Eisenbahnen haben im laufenden Rechnungsjahr einen **Fehlbetrag von 118 Millionen Mark**, dabei aber eine **Mehrausgabe** an Löhnen **von 1309 Millionen Mark.**

Wer muß das denn bezahlen? Wir, indem die Fahrpreise für die Personen und die Fracht stark erhöht werden.

Krupp ist vom A.- und S.-Rat gezwungen worden, Bewachungsmannschaften für die Lebensmittelvorräte seiner Arbeiter anzunehmen, die ihm so viel Geld kosten, daß er dafür 500 aus dem Felde heimkehrende Beamten anstellen könnte.

Deutsche Frauen, denkt nach, w o h i n die Reise geht.

Deutschlands Grund und Boden kann nur 35 Millionen Menschen ernähren. Wird unsere Industrie zugrunde gerichtet, so müssen 30 **Millionen Menschen auswandern** und bei unseren **Feinden um ihren Lebensunterhalt betteln!**

Wie sollen wir unsere Schulden bezahlen?

Unser Geld hat im Ausland keinen Wert mehr. Tag und Nacht werden neue Scheine gedruckt, die bald nur noch den Wert von Papierlappen haben. Denn Geldscheine eines Staates sind Schuldscheine. Niemand in der weiten Welt glaubt aber, daß wir sie einlösen können, wenn so wie in den letzten vier Wochen unser **Wirtschaftsleben zugrunde gerichtet** wird. Unsere Feinde werden dann unsere Staatsbetriebe und unser Volkseigentum beschlagnahmen und wir dürfen nur noch als Lohnsklaven für sie arbeiten.

Wir aber, wir deutsche Frauen, wollen, daß aus den Trümmern ein neuer Volksstaat aufgebaut werde, in dem **Sitte und Recht, Freiheit und Achtung** vor dem Volksgenossen herrsche.

Wir wollen kämpfen gegen die wild zerstörende Macht, die mit **der Fahne der Freiheit unser Wirtschaftsleben vernichtet** und uns so dem Hunger und Elend, der erbärmlichsten Unfreiheit auszuliefert.

Wir wollen, daß durch stark ausgebaute **soziale Gesetzgebung** jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin **Schutz vor Ausbeutung, Hilfe in kranken und alten Tagen** werde.

Wir wollen durch starke **Innenkolonisation** ermöglichen, daß jeder Deutsche **auf eigenem** Grund und Boden in **seinem Heim** lebe.

Wir wollen, daß statt des Klassenkampfes und Hasses, den die Sozialdemokratie predigt, **Achtung und Vertrauen** das Verhältnis der einzelnen Volksgenossen regele.

Wir wollen uns auf den Boden des **Christentums** stellen, das **in Gott die Quelle alles Rechtes und aller Gerechtigkeit** verehrt, das die **Heiligkeit der Familie, die Achtung vor der Frau** als Gattin und Mutter, **das Recht der Eltern auf ihre Kinder** fordert.

Wir wollen am 19. Januar unsere Stimme dem

Zentrum, der Christlichen Volkspartei

geben, und wir sind sicher, daß auf dem Boden ihres Arbeitsprogramms die Wunden unseres Vaterlandes geheilt werden und daß ein neues, glücklicheres Deutschland erstehen wird.

Druck der Germania, Akt.-Ges., Berlin S. 68.

Kath. Frauenbund Deutschlands
Sekretariat Berlin W 57, Winterfeldtstraße 5/6.

X-DD249
VIII.-212

1. I. 19

Flugblatt 11

Neujahr 1919.

Deutsche Frauen, unseres deutschen Volkes Schicksalsjahr ist angebrochen!

Zertrümmert liegt unseres Vaterlandes Kraft, liegt unseres Deutschen Reiches Staatsbau am Boden!

In dieser schwersten Stunde sind wir deutsche Frauen gerufen worden, mitzuarbeiten an Deutschlands Neuaufbau.

Wir wollen mitarbeiten!

Mit unserer ganzen **Pflichttreue**, mit starkem Verantwortlichkeitsgefühl wollen wir darüber nachdenken, was unserem Vaterlande aus seiner tiefen Niederlage aufhelfen kann.

Die starke Kraft, die vier Jahre lang dem Feinde standgehalten hat, ist gebrochen. Durch die Forderungen schrankenloser **Freiheit**, die sich über alle Christengesetze hinwegsetzt, wird unser **Familienleben**, wird die **Reinheit** unserer **Jugend** zerstört. Durch die **Entfernung der Religion** aus Schule und Staatsleben wird unserem Volke die stärkste Quelle seiner moralischen Kraft genommen.

Eine **ungeheure Last** ist uns aufgebürdet worden: 100 Milliarden eigene Schulden, harte Forderungen unserer Feinde müssen wir tragen.

Wie können wir das leisten, verarmt und ausgesogen, wie wir sind?

Wir müssen dafür sorgen, daß mit unserem Volksvermögen möglichst sparsam umgegangen wird. Es darf nicht sein, daß die A.- und S.-Räte so viel Geld verschwenden, daß **die arme Bevölkerung** von Gelsenkirchen z. B. gezwungen wird, **doppelte Steuern** zu zahlen, um das wieder wett zu machen. Wir müssen dafür sorgen, daß **Handel** und **Industrie**, die Quellen unseres Reichtums, nicht vernichtet werden. Die immer wiederkehrenden Streiks, die verkürzte Arbeitszeit, die hohen **Lohnforderungen** treiben jedoch viele Betriebe in den **Bankrott**. Siemens z. B. muß 70 Millionen mehr Lohn zahlen bei einem Einkommen von 13¼ Millionen.

Dann werden die Betriebe **verstaatlicht**, sagt Ihr. Wie steht es denn um die Staatsbetriebe? Die preußisch-hessischen Eisenbahnen haben im laufenden Rechnungsjahr **einen Fehlbetrag von 118 Millionen Mark**, dabei aber eine **Mehrausgabe** an Löhnen **von 1309 Millionen Mark.**

Wer muß das denn bezahlen? Wir, indem die Fahrpreise für die Personen und die Fracht stark erhöht werden.

Krupp ist vom A.- und S.-Rat gezwungen worden, Bewachungsmannschaften für die Lebensmittelvorräte seiner Arbeiter anzuwerben, die ihm so viel Geld kosten, daß er dafür 500 aus dem Felde heimkehrende Beamten anstellen könnte.

Deutsche Frauen, denkt nach, wohin die Reise geht.

Deutschlands Grund und Boden kann nur 35 Millionen Menschen ernähren. Wird unsere Industrie zugrunde gerichtet, so müssen 30 **Millionen Menschen auswandern** und bei unseren **Feinden um ihren Lebensunterhalt betteln!**

Wie sollen wir unsere Schulden bezahlen?

Unser Geld hat im Ausland keinen Wert mehr. Tag und Nacht werden neue Scheine gedruckt, die bald nur noch den Wert von Papierlappen haben. Denn Geldscheine eines Staates sind Schuldscheine. Niemand in der weiten Welt glaubt aber, daß wir sie einlösen können, wenn so wie in den letzten vier Wochen unser Wirtschaftsleben **zugrunde gerichtet** wird. Unsere Feinde werden dann unsere Staatsbetriebe und unser Volkseigentum beschlagnahmen und wir dürfen nur noch als Lohnsklaven für sie arbeiten.

Wir aber, wir deutsche Frauen, wollen, daß aus den Trümmern ein neuer Volksstaat aufgebaut werde, in dem Sitte und Recht, Freiheit und Achtung vor dem Volksgenossen herrsche.

Wir wollen kämpfen gegen die wild zerstörende Macht, die mit **der Fahne der Freiheit unser Wirtschaftsleben vernichtet** und uns so dem Hunger und Elend, der entsetzlichsten Unfreiheit ausliefert.

Wir wollen, daß durch stark ausgebaute **soziale Gesetzgebung** jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin **Schutz vor Ausbeutung, Hilfe in kranken und alten Tagen** werde.

Wir wollen durch starke **Innenkolonisation** ermöglichen, daß jeder Deutsche auf **eigenem** Grund und Boden in **seinem Heim** lebe.

Wir wollen, daß die **Klassenunterschiede verschwinden** und statt des Klassenkampfes und Hasses, den die Sozialdemokratie predigt, **Achtung und Vertrauen** das Verhältnis der einzelnen Volksgenossen regele.

Wir wollen uns auf den Boden des **Christentums** stellen, das in **Gott die Quelle alles Rechtes und aller Gerechtigkeit** verehrt, das die Heiligkeit der **Familie**, die Achtung vor der Frau als Gattin und Mutter, **das Recht** der Eltern auf ihre Kinder fordert.

Wir wollen am 19. Januar unsere Stimme der

Christlichen Volkspartei

geben, und wir sind sicher, daß auf dem Boden ihres Arbeitsprogramms die Wunden unseres Vaterlandes geheilt werden und daß ein neues, glücklicheres Deutschland erstehen wird.

Kath. Frauenbund Deutschlands
Sekretariat Berlin W 57, Winterfeldtstraße 5/6.

Druck der Germania, Akt.-Ges., Berlin S. W.

X-NO 249
VIII - 213

12.I.19.

Soldaten!

Fahnen und Wimpel grüßen Euch, die Ihr heimkehrt aus tausend und abertausend Nöten und Gefahren! Euch grüßt die Heimat, für die Ihr gekämpft, gestritten und gelitten in Ost und West, in Süd und Nord!

Aber: nicht die alte Heimat ist es, die sich für Euch mit Flaggenzier geschmückt hat, —

eine neue Heimat, eine neue Zeit

ruft Euch „Willkommen!“ zu. — Mit schmerzlichem Lächeln grüßt Euch die Heimat, denn sie trägt Wunden, die ihr harte Kämpfe geschlagen haben, — Wunden, wie Ihr sie tragt.

Und sie ist es, die Euch zuruft:

„Helfet! · Heilet!“

Aus den Wirrnissen dieser grauen Dezembernebeltage will uns die Sonne einer glücklichen, gedeihlichen, neuen Zeit herüberleuchten, wenn es uns gelingt, die Wolken zu zerteilen, die sich schwer zusammengeballt haben.

Hunger droht uns! Der Feind steht im Lande!

Wollt Ihr es dulden, daß sie Euch, die Unbesiegten, zu ihren Sklaven machen? Daß Ihr Sronddienste leisten müßt, harte Sklavenarbeit?

Ihr wollt es nicht!

denn sonst hättet Ihr umsonst gekämpft und gelitten!

Und 1¼ Millionen Tote würden anklagend sich erheben! —

Ihr glaubtet in der Heimat zu finden

den Frieden,

den Ihr ersehnt in hoffenden, flehenden Stunden.

X-DD 249
VIII - 214

Wen wähle ich?

Was hat uns die Sozialdemokratie versprochen?

Freiheit und Friede

hatte sie am 9. November 1918 angekündigt. Was hat sie bis heute gehalten?

Nichts!

Nie wurde die überwältigende Mehrheit unseres Volkes schlimmer unterdrückt wie heute. Die Sozialdemokratie hat die wenigen Wochen ihrer Herrschaft, die sie in den Revolutionstagen an sich riß, dazu benutzt,

die Freiheit aller anderen Bürger zu knechten!

Friede

hat sie uns **nicht** gebracht, die Feinde verweigern jede Unterhandlung mit **dieser Regierung**, die sie nicht als Vertretung des deutschen Volkes anerkennen.

Welche **Freiheit** gab uns die Sozialdemokratie auf **politischem Gebiet?**

Keine!

1. Sie ließ nicht zu, daß der Reichstag, die einzig zuständige Vertretung des Volkes, einberufen wurde.
2. Sie erließ Gesetze, ohne die Volksvertretung zu fragen — oft in wenigen Stunden von wenigen Männern ausgedacht.
3. Die Schwäche, die sie ihren ehemaligen Freunden, den Unabhängigen und Spartakisten, gegenüber zeigt hat zu Aufruhr, Straßenkämpfen, Raub und Blutvergießen geführt. Weder Leben noch Eigentum ist im Freiheitsstaat sicher.
4. Unser Stolz, unser unbesiegtes Deutsches Reich zerfällt in machtlose Staaten, weil diese Regierung weder die innere Geschlossenheit wahren, noch den Feind von außen abwehren kann. Millionen deutscher Helden haben ihr Blut umsonst geopfert für unsere deutsche Heimat, weil die sozialdemokratische Regierung Deutschland innerlich und äußerlich zerfallen läßt.

Sie versprach Freiheit und Friede, und nahm sich die Alleinherrschaft, unbekümmert darum, daß der Staat dabei zugrunde geht.

A-DD 249
VIII -215

Zentrum und politische Neuordnung

Aufruf des Reichsausschusses der Zentrumspartei.

Durch gewaltsamen Umsturz ist die alte Ordnung Deutschlands zerstört, sind die bisherigen Träger der Staatsgewalt teils beseitigt, teils lahmgelegt worden. Eine neue Ordnung ist auf dem Boden der gegebenen Tatsachen zu schaffen, diese Ordnung darf nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik erhalten, sondern muß eine demokratische Republik werden.

An der großen und schweren Aufgabe mitzuarbeiten ist in erster Linie die deutsche Zentrumspartei berufen und bereit. Ihre alten, stürmerprobten Grundsätze bestimmen auch für die neuen Arbeitsziele Richtung und Maß.

Gerade in diesen furchtbaren Stürmen soll das deutsche Volk mehr als je erfüllt sein von dem Geist der christlichen Wahrheit, der das öffentliche, wie das private Leben durchdringen muß, wenn das Glück des Ganzen wie des Einzelnen erhofft werden will.

Es gilt, ein soziales Recht der Allgemeinheit zuzurichten, das jedem Staatsbürger für seine pflichtmäßige Arbeit und sein Eigentum einen gerechten und zuverlässigen Schutz gewährt.

Es gilt in dem Rahmen der christlichen Grundsätze und des gemeinen Rechts der bürgerlichen Freiheit Raum zu geben, die allein das Leben würdig zu gestalten vermag, indem sie jede Bevormundung und Willkür von seiten einer Bureaukratie, Klassen- oder Parteiherrschaft ausschließt.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf die Zentrumspartei der eifrigen Mitarbeit aller Parteiangehörigen.

Diese Zugehörigkeit zur Zentrumspartei als einer christlichen Volkspartei wird nicht begrenzt durch ein Religionsbekenntnis. Alle Staatsbürger christlicher Religion haben diese Grundlage politischer Arbeit gemeinsam.

Zum erstenmal treten diesmal auch die Frauen auf den politischen Kampfplatz; sie sind uns im Kampf für eine heilige Sache willkommen. Mögen auch sie an der Seite der Männer mit all ihrer Kraft eintreten

für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Die Parteiarbeit wird durch Einhaltung der beiliegenden, vom Reichsausschuß festgestellten Leitsätze erleichtert werden. Die Ausarbeitung eines Parteiprogramms und einer neuen Parteiorganisation wird vorbehalten.

Frankfurt a. M., den 30. Dezember 1918.

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei:
Gröber.

Leitsätze für die Politik der Zentrumspartei (Christliche Volkspartei).

Die Leitsätze der Zentrumspartei, wie sie am 30. Dezember in Frankfurt a. M. vom Reichsausschuß der Zentrumspartei unter Zugrundelegung der früher bereits veröffentlichten Richtlinien endgültig festgestellt worden sind, haben folgenden Wortlaut:

I. Verfassung.

1. Schleunige Schaffung einer neuen Verfassung für Reich und Bundesstaaten auf demokratischer, alle politischen Bevorzugungen ausschließenden Grundlage. Schutz der deutschen Nationalversammlung, die nicht in Berlin tagen kann, und Schutz der Durchführung ihrer Beschlüsse durch Truppen Freiwilliger.

2. Wahrung der Reichseinheit, Stärkung des Reichsgedankens. Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reichs zum Schutz der Eigenart der deutschen Stämme. Dem Reich ist die ausschließliche Regelung der wehrpolitischen und außenpolitischen Fragen, den Bundesstaaten die ausschließliche Regelung der kirchen- und schulpolitischen Fragen vorbehalten. Reichseinheit und Zusammenschluß mit allen anschlußbereiten deutschen Stämmen.

3. Gleiches Wahlrecht mit Verhältniswahl, Frauenwahlrecht und Wahlpflicht in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden.

4. Volksregierungen, die des Vertrauens der Volksvertretung für ihre Amtsführung bedürfen, mit starker Vollzugsgewalt in Reich und Bundesstaaten.

5. Ausbau der Selbstverwaltung und Schulung des Volkes für die gleichberechtigte Teilnahme aller Volksschichten an den öffentlichen Ämtern in Staat und Gemeinden ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung.

6. Erhaltung eines selbständigen Berufsbeamtentums, das durch eine den Bedürfnissen der Familie Rechnung tragende, gerechte Besoldungspolitik in seiner Lebensstellung gesichert und durch selbstgewählte Ausschüsse und Kammern an der würdigen Ordnung seiner Dienstverhältnisse beteiligt ist.

7. Grundrechte, welche allen Staatsbürgern ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses auf dem Boden des gemeinen Rechts und im Geist hochsinnig erfaßter Freiheit den ungehinderten Ausdruck ihrer Ueberzeugung in Wort und Schrift, sowie deren unbeschränkte Betätigung in Versammlungen, Vereinen und Genossenschaften aller Art gewährleisten.

II. Aussenpolitik.

8. Sofortige Herbeiführung eines Präliminarfriedens und baldigster Abschluß des Weltfriedens der Verständigung und Versöhnung der Völker.

X-DD 249
VIII -216

26.5.19

Aufruf

an deutsche Männer und Frauen!

Es ist zwingende Notwendigkeit, daß sich alle Kreise, die sich zum christlichen Glauben bekennen, für die Wahlen zur Nationalversammlung eng zusammenschließen.

Protestanten und Katholiken haben gemeinsame Ziele, sowohl im Staatsleben als in der Verteidigung ihrer Religionsbestrebungen.

Eine besondere Partei für Protestanten, Lutheraner usw. zu bilden, wäre ein aussichtsloses Beginnen. Viel leichter ist es, Vorhandenes auszubauen; größere Sicherheit bietet es, eine bestehende Macht zu stärken. Es kann nicht jeder Deutsche eine eigene Partei bilden!

Es gibt nur eine Partei, die alle Volkskreise umfaßt, in der Großgrundbesitzer, Bauern, Gelehrte, Künstler, Industrielle, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter vereinigt sind, — das Zentrum, die christliche Volkspartei.

Das Zentrum ist eine Macht! Nur Macht verbürgt Erfolg! Das Zentrum ist eine christliche und demokratische Volkspartei auf breitester Grundlage.

Das Zentrum hat stets eine wahrhaft volkstümliche Wirtschaftspolitik verfolgt und die Erhaltung geistlicher Lebens- und Kulturideale ist bei dieser Partei in sicherer Obhut.

Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei. Vom Zentrum werden nicht einseitig die Interessen der katholischen Kirche vertreten; unter hervorragenden Führern der Zentrumspartei befanden sich auch schon in der Vergangenheit Protestanten.

Erstarrung in Vorurteilen widerspräche den elementarsten Grundsätzen der christlichen Religion. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung auch nu

X-DD 249
VIII-217

2.I.9

Christliche Frauen u. Männer!

Wir wollen nicht rechtlos, nicht brotlos, nicht gottlos, nicht sittenlos werden!

Wir wollen nicht untergehen durch das Blutregiment eines ungezügelten Verbrechertums, das uns nach Räuberart bedroht auf Schritt und Tritt.

In Ruhe und persönlicher Sicherheit wollen wir als freie Staatsbürger unsere Pflichten erfüllen, unsere Rechte wahren.

Darum nieder mit den Wegelagerern aus dem Lager der Sozialisten.

Nicht verelenden wollen wir, nicht verhungern unter der allgewaltigen und doch machtlosen roten Pseudodiktatur, deren Freiheitsphrasen unerträgliche Entrechtung bedeuten, deren Gewaltherrschaft uns beschert hat:

ein wehrloses Deutschland, Auslieferung an unsere Feinde auf Gnade und Ungnade, den völligen Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftslebens, drohende Abschaffung allen Privateigentums, Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit, ungemessene Vergeudung des Staatsvermögens.

Gemeinsam mit allen Mitbürgern wollen wir unser tiefgebeugtes, unglückliches Volk wieder aufrichten, unser Vaterland wieder aufbauen, daß wir alle mit Fleiß und in Zufriedenheit unser Brot verdienen können und verzehren.

Darum nieder mit dem Sozialismus, der groß ist im Zertrümmern und im Zertreten, aber hilflos und willenlos im Aufbauen!

Wir protestieren gegen die Vernichtung des Christentums durch die Entchristlichung des Staates, protestieren gegen die Verbannung der Religion aus Schule und Erziehung, gegen die Verfolgung der Kirchen, gegen den Raub der Kirchengüter aller Konfessionen.

Was der Sozialismus geschworen seit Anbeginn: der Kultusminister Adolf Hoffmann hat mit unverfrorener Dreistigkeit es uns gezeigt, und keine Taktik eines Haenisch, die uns einlullen soll, kann uns täuschen.

Wir wollen, daß Gott und Gottes Gesetz walte im Leben der Völker und Staaten, wollen völlige Freiheit für praktisches Christentum.

Darum nieder mit der Sozialdemokratie, der Todfeindin des Christentums, des geistigen, religiösen und sittlichen Wohlstandes unseres Volkes!

Christliches Volk, bedenke, was uns droht, wenn wir keinen Gott mehr haben, keine christliche Schule mehr und keine Religion, wenn heranwächst ein ungläubiges und sittenloses Geschlecht. Fühlen wir nicht zum

X-DD 249
VIII-218

Wen wähle ich?

Was hat uns die Sozialdemokratie versprochen?

Freiheit und Friede

hatte sie am 9. November 1918 angekündigt. Was hat sie bis heute gehalten?

Nichts!

Wie wurde die überwältigende Mehrheit unseres Volkes schlimmer unterdrückt wie heute. Die Sozialdemokratie hat die wenigen Wochen ihrer Herrschaft, die sie in den Revolutionstagen an sich riß, dazu benutzt,

die Freiheit aller anderen Bürger zu knechten!

Friede

hat sie uns nicht gebracht, die Feinde verweigern jede Unterhandlung mit dieser Regierung, die sie nicht als Vertretung des deutschen Volkes anerkennen.

Welche Freiheit gab uns die Sozialdemokratie auf politischem Gebiet?

Keine!

1. Sie ließ nicht zu, daß der Reichstag, die einzig zuständige Vertretung des Volkes, einberufen wurde.
2. Sie erließ Gesetze, ohne die Volksvertretung zu fragen — oft in wenigen Stunden von wenigen Männern ausgedacht.
3. Die Schwäche, die sie ihren ehemaligen Freunden, den Unabhängigen und Spartakisten, gegenüber hat zu Aufruhr, Straßenkämpfen, Raub und Blutvergießen geführt. Weder Leben noch Eigentum ist im Freiheitsstaat sicher.
4. Unser Stolz, unser unbesiegtes Deutsches Reich zerfällt in machtlose Staaten, weil diese Regierung weder die innere Geschlossenheit wahren, noch den Feind von außen abwehren kann. Millionen deutscher Helden haben ihr Blut umsonst geopfert für unsere deutsche Heimat, weil die sozialdemokratische Regierung Deutschland innerlich und äußerlich zerfallen läßt.

Sie versprach Freiheit und Friede, und nahm sich die Alleinherrschaft, unbekümmert darum, daß der Staat dabei zugrunde geht.

X-DD 249
VIII-219

August Bebel: Christentum und Sozialismus vertragen sich wie Feuer und Wasser.

Christliches Volk, erkenne den Abgrund, vor dem du steh

Der Sozialismus hat sich in den Schriften seiner Gründer und Parteiführer, wie in seiner gesamten Presse stets so unzweideutig über seine Stellung zu Christentum und christlicher Weltanschauung ausgesprochen, daß es genügt, eine Anzahl von Aussprüchen zusammenzustellen, um sich ein klares Bild darüber zu machen. Nicht genug damit, daß er das Christentum lästert, bekämpft und ausrotten will, hat er auch stets den Kampf gegen jede Religion geführt.

§ 6 des sozialdemokratischen Erfurter Programms lautet: „Erklärung der Religion zur Privatsache". Wollte man hieraus schließen, daß in religiöser Hinsicht jeder tun und lassen könnte was er will, unbehelligt von staatlichen und privaten Eingriffen, so wäre man schwer im Irrtum. Die Verwendung „Religion ist Privatsache" hat nur den Zweck, die wahren Absichten zu verschleiern und das Volk zu täuschen. Denn der Sozialismus auf Bekämpfung und schließliche Ausrottung des Christentums und jeder Religion hinausgeht, ergibt sich klar und deutlich aus nachstehenden unzweideutigen Äußerungen seiner Gründer, Parteiführer und Preßorgane.

1. Stellung des Sozialismus zur Religion überhaupt.

Daß die wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus für keine Religion Platz gehabt haben, stellt Dr. Maurenbrecher in dem „Sozialistischen Monatshefte", 1911, fest, indem er sagt: „Im Gegenteil, sowohl Marx, Engels und Lassalle, als auch ihre Nachfolger Liebknecht, Schweitzer usw. sind immer der Meinung gewesen, daß die Religion im geistigen Leben der Menschen ihre Rolle ausgespielt und für den Sozialisten gar keine Bedeutung habe."

Der philosophische Nährvater des Sozialismus, Ludwig Feuerbach, sagt in seinem „Wesen des Christentums": „Außer der Natur und dem Menschen existiert nichts, und die höheren Wesen, die unsere religiöse Phantasie erschuf, sind nur die phantastischen Rückspiegelungen unseres eigenen Wesens."

Ganz entsprechend drückt sich Friedrich Engels in seinem Werke „Dührings Umwälzung der Wissenschaft" aus: „Alle Religion ist nichts als phantastische Widerspiegelung derjenigen Mächte in den Köpfen der Menschen, die ihr tägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen."

Mehring sagt in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie": „Wir haben der Religion und den religiösen Vorstellungen ein für allemal den Krieg erklärt und kümmern uns, wenig darum, ob man uns Atheisten oder sonstwie nennt."

W. Liebknecht erklärte in Erfurt (1891), daß der Satz „Religion ist Privatsache" „eine nur durch praktische Rücksichten gebotene Erklärung" sei.

Im „Volksstaat" 1875 erklärt derselbe W. Liebknecht: „Unsere Pflicht ist es, die Ausrottung des Gottesglaubens mit Eifer zu erfüllen, und niemand anders ist des Mannes eines Sozialisten würdig, als der, welcher — leicht Atheist die Ausbreitung des Atheismus mit allem Eifer betreibt" und später im „Protokoll des Parteitages zu Halle": „Wir wir einmal den sozialistischen Staat haben, werden wir le mit der Religion fertig werden."

Karl Marx nennt die Religion „Opium fürs Volk" erklärt, daß die Arbeiterpartei bestrebt sein müsse, „die-[Volk] wissen vom religiösen Spuk zu befreien".

August Bebel sagt in seinem Buche „Die Frau und Sozialismus": „Genau genommen ist ein Arbeiter, Klopfer auspumpt, um die Menschheit vor gesundheitsgefä lichen Miasmen zu schützen, ein sehr nützliches Glied der [Ge]sellschaft, wohingegen ein Professor, der gefälschte Geschi im Interesse der herrschenden Klassen lehrt, oder ein Th loge, der mit übernatürlichen, transzendenten Lehren die [Ge]hirne zu umnebeln sucht, ein äußerst schädliches [In]dividuum ist."

Am 16. September 1878 erklärte August Bebel im Reic tage: „Sie greifen, meine Herren, unsere Anschauungen bezug auf die Religion an, die atheistische und materialistis sein. Ich erkenne dies für richtig an . . . Ich glau fest, daß der Sozialismus schließlich zu Atheismus führen wird. . . . Wir haben atheistischen Absichten auf Grund unserer wissenschaftlichen Überzeugung adoptiert und halten uns für verpflichtet, weiter zu verbreiten und in die Massen zu tragen."

„Unsere Sozialdemokratie ist die notwendige Konsequenz einer religionslosen, nüchternen Denkungsweise", schre Dietzgen in seinem Buche „Religion der Sozialdemokrati

Nach einem Bericht des „Vorwärts" führte Bernstein einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin im M 1905 folgendes aus: „Die Emanzipation von der Religi sei die Voraussetzung politischer und wirtschaftlicher A klärung. Wenn sie den Menschen nicht aus dem ersten G dium seiner Entwicklung; den religiösen Vorstellungen befr ten, könnten sie ihn nicht zur politischen Reife fördern. D jenigen, welche in den religiösen Anschauungen stecken bleib seien Hindernisse ihrer Bewegung. Aus diesen Gründen di die Religion nicht als Privatsache gelten. Aus ihrer Forderu Trennung der Kirche vom Staat, ergebe sich die Konsequ daß sie auch gegen die Religion Stellung nehmen müßt denn Kirche und Religion seien untrennbar. Die ersten sozi demokratischen Führer seien fast alle Freidenker gewesen, die von der Religion und Kirche emanzipiert hatten. Als da die Partei größer wurde, habe sie mit Rücksicht auf das Hind nis, welches die religiöse Gesinnung der Bauern ihrer Agitati entgegensetzte, den Programmpunkt aufgestellt: Religion Privatsache. Also nur aus taktischen Rücksichten, vor all um Wahlstimmen zu gewinnen, sei dieser Punkt in das P gramm aufgenommen worden. Das sei nicht nur Widerspr sondern Heuchelei."

X-DD 249
VIII-220

Warum wähle ich nicht sozialistisch?

Ich bin zwar **Arbeitnehmer** und bekenne mich als solcher zu einer **demokratischen** und **sozialen** Politik.

Die Sozialdemokratie hat zwar mit bürgerlichen Parteien in der **Koalitionsregierung** zusammengearbeitet und dabei ihre früheren radikalen Forderungen zugunsten einer vernünftigeren Politik gemäßigt.

Die Sozialdemokratie hat zwar in der Koalitionspolitik auch Religion und Kirche gegenüber eine **tolerantere** Stellung als früher eingenommen.

Trotz alledem kann ich nicht der Sozialdemokratie beitreten, denn man darf ein **Regierungsprogramm**, auf das sich mehrere Parteien in der Volksvertretung durch **gegenseitiges** Nachgeben einigen, nicht mit einem grundsätzlichen **Parteiprogramm** verwechseln. Das Parteiprogramm der Sozialdemokratie aber stimmt in politischer, sozialer und religiöser Hinsicht nicht mit meiner Ueberzeugung überein.

Die Politik der Sozialdemokratie

war gemäßigter aus **Not**, nur weil sie gezwungen war, mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten, weil sie nicht allein regieren konnte. Ihr **Programm** aber ist **das alte** geblieben. Nach wie vor bekennt sie sich zum **Erfurter Programm**. Nach wie vor besteht die Mehrzahl ihrer Anhänger aus den alten waschechten Sozialdemokraten, die der überlegteren Politik ihrer Führer nur mit Widerwillen, ja oft mit heftigem Widerspruch folgen. Die Führer zweiter und dritter Güte im Lande operieren meist nicht **anders** wie die Unabhängigen. Diese ihrer Anhänger, insbesondere in Mitteldeutschland, bekennen sich zur **Diktatur des Proletariats**. Die fortschreitende **Zersplitterung und Spaltung** der früheren einheitlichen Sozialdemokratie hat klar ihr inneres Versagen gegenüber den politischen Aufgaben der Gegenwart gezeigt.

Das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie

ist der einseitigste **Sozialismus**. **Klassenkampf** bleibt auch ihre Parole, die Vergesellschaftung aller wichtigen Produktionsmittel ihr letztes Ziel. Nur in den Mitteln und im Tempo will sie sich von den Unabhängigen und den Kommunisten **unterscheiden**.

Auch wir verwerfen vom christlichen Standpunkte aus den **extremen Liberalismus** der Neuzeit. Auch wir sind **Feinde des kapitalistischen Geistes**, der ungezügelten Gewinnsucht, der schutzlosen Ausbeutung der Arbeiterschaft. Auch wir verwerfen **nicht** jede Sozialisierung. Eine **Sozialisierung der Gesinnung** verlangen wir schlechthin. Wir schaffen auch die nötigen Einrichtungen, um ihre Verwirklichung durchzusetzen: Betriebsräte, Wirtschaftsräte! Der Sozialismus beseitigt grundsätzlich **den Privatunternehmer** in allen wichtigen Erwerbszweigen. Auf die Weise glaubt er den Kampf zwischen Kapital und Arbeit allein beendigen und gleichzeitig die beste Wirtschaft einrichten zu können. Damit beraubt er uns der Erfinderkraft und der **Initiative des selbständigen Unternehmers**. Auch können wir das **Kleingewerbe** und erst **recht** den freien Bauern

X-DD 249
VIII-221

Beamte und Beamtinnen!

Wir kämpfen heute wie immer für Euch und Eure Forderungen!

Wer vertrat stets Euer Recht auf **Koalitionsfreiheit?**

Wer verlangte die **Offenlegung der Personalakten?**

Wer forderte eine zeitgemäße **Reform der Gehälter und Pensionen?**

Wer schützt Euch heute vor **politischer Abhängigkeit,** die Euch droht, wenn Liberale und Sozialdemokraten die **Wählbarkeit der Beamten** proklamieren?

Nur die Christliche Volkspartei (Zentrum)

Darum auf zur Wahl am 26. Januar! Stimmt für unsere Liste!

Unser Stimmzettel enthält in Stadt Berlin die vier Namen:

Professor Dr. Faßbender,
Pfarrer Haecker (Lutherkirche),
Arbeitersekretär Treffert,
Oberlehrerin Weitmann.

X-DD 249

IX-222

Was uns noch retten kann!

Das schwere Unglück, unter dem unser deutsches Vaterland jetzt leidet: es ist durch das alte, zusammengebrochene Regierungssystem verschuldet. In ihm hatte die konservative Partei einen fast unbegrenzten Einfluß: sie ist deshalb für die Sünden des alten Regierungssystems voll verantwortlich. Jetzt erscheint sie als Deutschnationale Volkspartei und geht in dieser Maske auf den Wählerfang aus. Aber diese Maske wird keine einsichtige deutsche Frau und keinen einsichtigen deutschen Mann täuschen! Niemand kann vergessen, daß diese „deutschnationale" Volkspartei es war, die Jahrzehnte lang den Gedanken eines einigen Deutschlands auf das heftigste bekämpfte und bis in die letzte Zeit bemüht war, das Reich in Abhängigkeit von dem von ihr beherrschten Preußen zu erhalten; jeder weiß, daß diese angebliche „Volkspartei" die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen mit allen Kräften verhindert hat. Die konservative Partei, deren Anhänger in Preußen die Verwaltung fast vollkommen beherrschten, hat die in der Verfassung verbürgte Gleichberechtigung aller Bürger durch Verwaltungsmaßnahmen aus der Welt geschafft, sie hat den Haß der verschiedenen Konfessionen geschürt, im Kriege die Ueberschätzung unserer Kraft genährt und zur unheilvollen Unterschätzung unserer Gegner am meisten beigetragen. Das deutsche Volk ist glücklich, daß nun endlich der unberechtigte Einfluß der konservativen Partei gebrochen ist, unser Volk wird sich hüten, auch wenn diese Partei als deutschnationale Volkspartei sich verkleidet, einen ihrer Kandidaten zu wählen und dadurch ihren Einfluß wieder zu stärken.

Das deutsche Volk muß aber auch bei der Wahl für die Nationalversammlung zur Rettung unseres Vaterlandes von der jetzigen Alleinherrschaft der Sozialdemokratie befreit werden. Was hat denn die Sozialdemokratie, die unter Ausschließung aller nichtsozialdemokratischen Volksschichten die oberste Regierungsgewalt ergriffen hat, getan, um Deutschlands Zukunft hoffnungsreicher zu gestalten? Mit ödem Parteigezänk hat sie die kostbarste Zeit vergeudet! Die Regierungssozialisten haben wohl scharfe Worte gegen die Unabhängigen und die Spartakusleute gefunden, sie haben es aber nicht verhindert, daß größte Unordnung und Unsicherheit jetzt bei uns herrschen, daß das Wirtschaftsleben unseres Vaterlandes einzuschlafen droht, daß Deutschland wehrlos seinen Feinden gegenübersteht, und daß fanatische russische Bolschewisten ihre verderblichen Lehren bei uns ausbreiten und unsere Volksgenossen verführen.

Rettung kann deshalb unserem Vaterlande nur werden, wenn wirkliche Freiheit anstelle der Alleinherrschaft der Sozialdemokratie bei uns eintritt, wenn mit eiserner Strenge Ordnung im Innern hergestellt wird, Handel und Gewerbe seinen ungestörten Fortgang nehmen kann!

Wer dies will, der wähle am 19. Januar die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei.

Die Deutsche demokratische Partei tritt ein:

für die Reichseinheit mit Einschluß von Deutsch-Oesterreich,
für schnellste Herbeiführung des Friedens und Sicherung der Republik,
für sofortige Schaffung eines genügenden, disziplinierten Volksheeres,
für Klassenversöhnung und gegen Klassenverhetzung,
für Arbeiterschutz, Angestelltenschutz und freies Beamtenrecht,
für Erhaltung des Handwerks und des Mittelstandes,
für Sicherung der Volksernährung und Hebung der Landwirtschaft,

9.I.1919
X-DD 249
IX-223

Aufheben, weitergeben!

Frauenausschuß der Deutschen demokratischen Partei.

Merkblatt.

Das Wahlrecht

Wer wählt?

Jeder deutsche Staatsbürger nach vollendetem 20. Lebensjahr: **Mann wie Frau.** Nur wer die bürgerlichen Ehrenrechte verwirkt hat oder entmündigt ist, bleibt ausgeschlossen.

Wer ist wählbar?

Jeder Wahlberechtigte, Mann wie Frau, der mindestens seit einem Jahr deutscher Staatsbürger ist.

Wie wählen wir?

Wir wählen nach **gleichem** Wahlrecht.

Die Stimme eines jeden, ob jung, ob alt, ob arm, ob reich, ob Handarbeiter oder Kopfarbeiter wiegt gleich schwer.

Wir wählen nach **direktem** Wahlrecht.

Wir wählen unmittelbar die Abgeordneten für die Nationalversammlung.

Nr. 81. 100 000

X-DD 249
IX-224

Wähler und Wählerinnen!

Wählt am 19. Januar die Liste der

Deutschen demokratischen Partei

die an erster Stelle den Namen

Friedrich Naumann

und dann die Namen enthält:

Gustav Hartmann, Verbandsvorsitzender
Dr. Marie Elisabeth Lüders
Dr. Otto Frentzel, Fabrikbesitzer
Albert Borchardt, Lehrer
Dr. Bruno Marwitz, Rechtsanwalt
Hugo Sommer, Handlungsgehilfe
Franz Rettig, Obermeister
Anna Schultze, Kaufmännische Angestellte
Dr. Max Apt, Syndikus
Anita Runze
Karl Löhning, Stadtrat
Max Madsen, Büroassistent
Richard Hildebrand, Töpfermeister

Die Deutsche demokratische Partei tritt ein:

für die Reichseinheit mit Einschluß von Deutsch-Oesterreich,
für schnellste Herbeiführung des Friedens und Sicherung der Republik,
für sofortige Schaffung eines genügenden, disziplinierten Volksheeres,
für Klassenversöhnung und gegen Klassenverhetzung,
für Arbeiterschutz, Angestelltenschutz und freies Beamtenrecht,
für Erhaltung des Handwerks und des Mittelstandes,
für Sicherung der Volksernährung und Hebung der Landwirtschaft,
für strengste Gerechtigkeit bei der Verteilung der Steuern und Abgaben.

X-DD 249
IX-225

An die weiblichen Angestellten.

Was bedeutet die sozialistische Republik?

Die sozialistische Republik bedeutet Klassenherrschaft. Sie wählt die Regierenden aus einer abgegrenzten Volksgruppe, sie behält einer bestimmten Schicht Macht und Einfluß vor. Damit nimmt sie Euch die Möglichkeit zu wirtschaftlichem Aufstieg, die persönliche Tüchtigkeit verliert jeden Antrieb. Die Sozialdemokratie zielt auf Verstaatlichung aller Betriebe, d. h. in der Folge Ausschaltung Deutschlands vom internationalen Wettbewerb, Niedergang von Handel und Industrie an Stelle von Wiederaufbau und Gesundung.

Was bedeutet die demokratische Republik?

Die demokratische Republik kennt nur Staatsbürger und Bürgerinnen verschiedener Berufe, sie vertritt keine Klasseninteressen. Sie erkennt jedem Tüchtigen das Recht zu, nach jedem Platz im Reiche zu streben, sie sichert dem Talent die Möglichkeit des Erfolges, gleichviel, ob sein Träger von unten oder oben herkommt, ob er ein Mann ist oder eine Frau. Sie will Deutschland seinen Platz auf dem Weltmarkt neu erobern und sichern, ohne zu verkennen, daß eine Anzahl von Betrieben zur Verstaatlichung reif ist. Sie erstrebt in erster Linie Wohlstand des Landes, d. h. Wohlstand des einzelnen Bürgers.

Die sozialistische Republik wird der Arbeiterin als Ziel dargestellt, als der einzige Weg zur Erfüllung ihrer Sonderforderungen, zur Wahrung ihrer Sonderinteressen.

Die demokratische Republik ist das Ziel aller Bürger und Bürgerinnen, aller berufstätigen Frauen, der Angestellten wie der Arbeiterinnen. Sie will jeder an ihrem Platz zu Aufstieg und Wohlstand verhelfen.

Klare Entscheidung ist das Gebot der Stunde!

Angestellte Frauen, merkt wohl auf, daß Ihr Euch dabei auf die richtige Seite stellt. Euer Platz ist da, wo jede von Euch als Bürgerin zu ihrem Recht kommt, wo man die besondere Art Eurer Arbeit zu begreifen und zu werten versteht.

Bedenkt, daß zum ersten Male Eure und Eurer Kinder Zukunft in Eure Hand gegeben ist.

Stützt die Partei, die allein die Euch gemäße Regierungsform,

die demokratische Republik

verwirklichen kann und will.

Entscheidet Euch für die Deutsche demokratische Partei!

X-DD 249
IX-226

Deutsche Frauen!

Warum sollt Ihr für die Deutsche demokratische Partei wählen?
Weil die Deutsche demokratische Partei eintritt für Freiheit, Ehre, nationale Würde, Vaterland, für Gerechtigkeit, Menschenliebe, Frauenrechte.

Freiheit ist freier Wille zu einem neuen Staatsgebilde, ist der Gegensatz zur Klassenherrschaft. Freiheit ist Jugend, Entwicklung, persönliches Leben! Freiheit bedeutet freie Entfaltung wahrhaft religiöser Gesinnung, bedeutet in der Berufswahl Euren Kindern Eröffnung aller Möglichkeiten.

Ehre kann nicht Waffengewalt zerbrechen, nicht wirtschaftliche Not angreifen. — Nationale Ehre ist der Stolz auf das Vaterland.

Die Deutsche demokratische Partei hält die Ehre unseres Volkes hoch: in der Nationalversammlung! im Friedensschluß! Die Deutsche demokratische Partei wahrt die nationale

Würde gegenüber dem Ausland. Sie wird nicht vor den Feinden betteln und winseln.

Vaterland ist das Land unserer Liebe. Die demokratische Frau lehnt für sich und ihre Partei den Vorwurf ab, als sei sie nicht national gesinnt. Ihr Grundsatz ist, daß das große Ziel des allgemeinen Völkerfriedens erst angestrebt werden kann, wenn die Nationen, die deutsche voran, in sich gefestigt, frei und fähig sind, ihre nationalen Güter zu wahren. Deutsche Frauen, mit schmerzvoller und mutiger Liebe umfassen wir das Vaterland in seiner Not.

Gerechtigkeit für Alle fordert die Deutsche demokratische Partei. Das neue Vaterland macht uns endlich zu gleichen Volksgenossen. Gerechtigkeit sei das Fundament des neuen Reiches, nicht Blut und Eisen. Arbeit sei der Adel der neuen Zeit.

Menschenliebe ist Opferung des kleinen Ich für die Gesamtheit. Wir wären im neuen Glück die ärmsten Bettler, wenn wir nicht mitzuteilen verstünden. — Menschenliebe ist Mitteilung der Persönlichkeit. — Die Deutsche demokratische Partei vertritt den Schutz der Persönlichkeit im freien Volksstaat.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Wir Frauen treten ein in die große Verantwortung, Staatsbürgerinnen zu sein. Unsere Rechte verpflichten. Darum wählen wir die Partei, die im Innern freiheitlich aufbauen will, die Deutsche demokratische Partei. — Sie ruft die Frauen nicht nur, um ihre Stimmen im Augenblick als Zahlen zu benutzen, sondern aus ehrlicher Erkenntnis, daß ihre Mitarbeit für alle Zeiten notwendig ist.

Wir Frauen fühlen es, unter aller Not, allem Chaos der Zeit: Die Epoche der Menschlichkeit ist angebrochen.

Demokratie ist Menschlichkeit!

Darum gebt Eure Stimme der Deutschen demokratischen Partei, der Partei der Frauen.

X-DD 249
IX-227

14.I.19.

Wähler und Wählerinnen von Teltow, Beeskow, Storkow, Charlottenburg (Potsdam X).

Unser Land iſt in bitterſter Not, unſere erſte Pflicht gilt darum dem Vaterlande.

Wer für einen würdigen Frieden auf der Grundlage des Rechts iſt und für ein ſtarkes Deutſchland,
Wer für einen deutſchen Freiſtaat auf demokratiſcher Grundlage,
Wer für Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen,
Wer für Erhaltung der Kirche und des Religions-Unterrichts in der Schule nach freier Wahl,
Wer für gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen eintritt,

der wählt die **Liſte** der

Deutſchen demokratiſchen Partei.

Wer nicht will, daß durch eine **ſozialiſtiſche Mehrheit,** die ſtändig unter dem Druck ihrer radikalen Elemente ſtehen würde, Deutſchlands Zukunft auf das Schwerſte gefährdet wird,
Wer nicht will, daß unſere Heimat in Stücke zerriſſen und vom Feinde dauernd beſetzt bleibt,
Wer nicht will, daß durch die andauernde Schwäche der gegenwärtigen Regierung Anarchismus und Bolſchewismus unſere wirtſchaftliche Grundlage aushöhlen und die Sicherheit unſerer Familien gefährden, wer **mit einem Wort** ein

ſtarkes Deutſchland der Ordnung, des Rechtes und des Friedens

will, der wählt die Liſte der

Deutſchen demokratiſchen Partei.

1. Staatsſekretär a. D. Dr. **Bernhard Dernburg,** Berlin-Grunewald, Erbacherſtraße Nr. 1
2. Hauptſchriftleiter **Otto Nuſchke,** Berlin-Steglitz, Schützenſtraße Nr. 14
3. Frau **Elly Heuss-Knapp,** Berlin-Schöneberg, Fregeſtraße Nr. 80
4. Privatangeſtellter **E. Rich. Schubert,** Berlin-Steglitz, Albrechtſtraße Nr. 38
5. Gemeindevorſteher **Guſtav Moſig,** Königswuſterhauſen
6. Lokomotivführer **Ernſt Gründel,** Berlin-Charlottenburg, Horſtweg 22
7. Buchdrucker **Max Ross,** Berlin-Neukölln, Kaiſer Friedrichſtraße Nr. 195
8. Frau **Regine Deutſch,** Berlin-Wilmersdorf, Pariſerſtraße Nr. 58
9. Stadtverordn. Architekt **Max Wenzke,** Berlin-Charlottenburg, Neue Kantſtraße Nr. 13

X-DD 242
IX-228

14.179

Wahlaufruf!

Das alte Regierungssystem in Deutschland ist zusammengebrochen. Drei Millionen Tote und Invalide, die Einbuße des größeren Teiles unseres Volksvermögens, der Verlust von Schiffahrt und Außenhandel, Hunger und Elend kennzeichnen das **Trümmerfeld,** das uns eine verfehlte äußere und innere Politik hinterlassen hat.

Die Bahn zum freien Volksstaat ist offen. Aber allzu lange schon dauert die mit der Revolution verbundene Unordnung und **Gesetzlosigkeit.** Erleben wir nicht die tägliche Bedrohung durch die Spartacus-Leute, die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens durch politische **Streiks** und **sinnlose** Lohnforderungen, die **Losreißung** deutscher Reichsgebiete durch die Polen, die würdelose **Zersplitterung** des Reiches im Innern? Wahrlich, die Geschicke Deutschlands sind schlecht aufgehoben, so lange nicht Ordnung und **Gesetzmäßigkeit** wiederkehren.

In dieser Not können nur **große** Parteien wirksam am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. In der

Deutschen demokratischen Partei

haben sich alle zusammengeschlossen, die, auf dem Boden der **Republik** stehend, bei den Wahlen zur Nationalversammlung das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen wollen.

Wir verlangen, daß die Wahlen zur **Nationalversammlung** mit größter Beschleunigung anberaumt werden.

Wir wollen die errungenen **politischen Freiheiten** nicht wieder preisgeben. Wir treten deshalb bei den Wahlen ein für die Errichtung einer **deutschen Republik,** in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des **souveränen Volkes** beruht. In ihr sollen die einzelnen deutschen Stämme ihre **Eigenart** selbständig und frei entwickeln können. Wir fordern die völlige **Gleichheit aller Staatsbürger** und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung, ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis, und verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller **Wahrung der Würde** und unter Sicherung der **finanziellen Selbständigkeit** der **Kirche.**

Der ordentlichen Arbeit gebührt als Lohn ein auskömmliches, lebenswertes Dasein und Teilnahme an den Gütern der Kultur. Staatliche Anerkennung der **Arbeiter-** und **Angestelltenverbände,** obligatorisches Schiedsgericht sowie Gewährleistung der durch Tarifverträge festgesetzten Arbeitsbedingungen, insbesondere auch der vereinbarten Mindestlöhne und Mindestgehälter, müssen hierzu verhelfen. Auch den wirtschaftlich Schwachen, vor allen den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen unserer Gefallenen, muß der Staat eine menschenwürdige Existenz schaffen. Den Tüchtigen dürfen weder Standesvorrechte noch Bureaukratismus, weder Geldmacht noch Klassenvorurteile am Aufstieg hindern. Der Staat hat allen Befähigten die gleiche Ausbildung jeder Art auf Schule und Hochschule zu verbürgen. Denn nur der Tüchtige **hat** in einer freien Demokratie gerechten Anspruch auf **Vorwärtskommen.**

Notwendig ist eine wirklich soziale **Steuerpolitik!** Einmalige progressive Vermögensabgabe, auf angemessene Zeit verteilt. Gestaffelte Einkommensteuer unter möglichster Schonung der kinderreichen Familien, des Arbeitseinkommens und der kleinen Vermögen. Allgemeine Erbschaftssteuer für jede größeren Nachlaß. Vor allem aber schärfste Erfassung des **Kriegsgewinne.** An diesem Kriege darf kein Deutscher sich bereichert haben.

Solche Lasten aber können nur getragen werden bei **Aufrechterhaltung des Privateigentums** und ein Wirtschaftsordnung, die das Interesse des Einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt. Die unerhörte Verschuldung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise sondergleichen. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten kann den Zusammenbruch verhindern. Darum verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt! Die Frage der Sozialisierung ist rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erzielt werden kann. Keinesfalls dürfen Staatseingriffe in der Form der Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens erfolgen.

Im Gegensatz zum Parteiprogramm der Sozialdemokrat sind wir von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des **Handwerks** und **Kleinhandels** überzeugt. Wir erstreben die Wiederaufrichtung des Handwerks durch schleunige Einführung von Rohstoffen, Kreditbeschaffung und Fürsorge für das Lehrlingswesen.

Die politische und wirtschaftliche Stellung der **Beamte** muß auf zeitgemäßer Grundlage gesetzlich aufgebaut werden. Ihre Freiheit muß durch Ausbau des Beamtenrechts gesichert

X-DD 249
IX-229

17.1.19

Männer und Frauen des Mittelstandes in Stadt und Land!

Die Wahlen zur Nationalversammlung finden am 19. Januar statt. Mit dem Stimmzettel gilt es jetzt, über die Zukunft unseres Vaterlandes zu entscheiden. Kein Stand hat unter den Folgeerscheinungen des Krieges so schwer gelitten wie gerade der Mittelstand. Handwerker und Klein-Kaufleute haben mit in erster Linie die schwere Teuerung der Rohstoffe und Lebensmittel verspürt. Sie litten unter dem Kriegssozialismus und stellten einen hohen Prozentsatz der Kriegsteilnehmer. Zahlreiche kleine Betriebe sind infolge der Einberufung ihres Inhabers zusammengebrochen. In vielen Fällen gelang es nur der angestrengten, opfervollen Arbeit der Frauen, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Für jeden geordneten Staatsaufbau ist ein kraftvoller, gewerblicher und kaufmännischer Mittelstand eine unbedingte Voraussetzung. Deshalb muß in Zukunft der Staat sich dieser unentbehrlichen Volksschicht mehr denn je annehmen.

Die **Sozialdemokratie** ist der **Todfeind des selbständigen Mittelstandes.** Nach dem Erfurter Programm, das heute noch für **alle** sozialdemokratischen Parteien gilt, verlangt die Sozialdemokratie die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, die privatwirtschaftliche Warenproduktion soll durch die sozialistische Erzeugung ersetzt werden, d. h. **die Sozialdemokraten wollen alle Werkzeuge und Rohstoffe, sowie den Warenvertrieb vergesellschaften. Damit würde der selbständige Handwerker und kleine Kaufmann beseitigt sein.**

Von den **Konservativen**, die nunmehr unter dem Namen „Deutschnationale Volkspartei" auftreten, kann dem Mittelstand ebensowenig Heil kommen wie von den übrigen rechtsstehenden Gruppen, die jetzt unter neuen Namen auftreten. Sie hatten stets nur Worte für den Mittelstand übrig. Durch die Ablehnung der **Wahlrechtsvorlage** vom vergangenen Sommer, durch ihre enge Verbindung mit den alldeutschen, eroberungssüchtigen Kriegshetzern haben alle jenen rechtsstehenden Gruppen sich an Eurem Unglück und dem des Vaterlandes **mitschuldig** gemacht.

Der selbständige Mittelstand in Stadt und Land gehört darum in die Deutsche demokratische Partei!

Nr. 81. 30000

X-DD 249
IX-230

15.I.19. mo Vogt.

Die Demokratie und die Frauen!

Die deutschen Frauen sind Staatsbürger geworden.

Sie sollen die Treue, die sie ihrem Vaterlande arbeitend und duldend in 52 Kriegsmonaten gehalten haben, ihm nun beweisen

als Wählerinnen,

die über die deutsche Zukunft bestimmen.

Was verlangt diese Treue?

Sie verlangt **Glauben an unser Volk**, entschlossenes Abwerfen einer überwundenen Vergangenheit, Bereitschaft zum Neubau nach dem Gebot der Stunde.

Worin besteht dieses Gebot?

Unser Volk bedarf vor allem des **inneren Friedens**, um in schaffender Arbeit wieder zu erstarken. Der innere Friede ist nur denkbar auf der einzigen Grundlage der **vollen sozialen und politischen** Gerechtigkeit für alle Volksgenossen, nicht durch Klassenkampf und Klassenherrschaft, nicht wenn irgend welche Teile unseres Volkes politisch abhängig bleiben und wirtschaftlich verkümmern.

Diese Politik der gleichen bürgerlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit vertritt die Deutsche Demokratische Partei.

Die Deutsche Demokratische Partei dient keiner Schicht im besonderen. **Sie dient der Gesamtheit.** Sie will jede Klassenherrschaft beseitigen und allen Teilen des Volkes zu einem lebenswerten Dasein auf der Grundlage werktätiger Arbeit verhelfen. Die Deutsche Demokratische Partei will jedem grundsätzlich die **Freiheit der wirtschaftlichen und kulturellen Betätigung** sichern, aber solche kapitalistische Machtbildung beschränken, die das Wohl der Gesamtheit bedroht.

Die Deutsche Demokratische Partei will durch eine **internationale** Rechtsordnung den Frieden der Menschheit begründen.

Frauen, die Ihr nach so viel Haß und Blutvergießen nichts sehnlicher wünscht als **den inneren Frieden,**

schließt Euch der Deutschen Demokratischen Partei an und werbt für sie.

Recht, Freiheit, Arbeit, Schutz und Wohlfahrt der Frauen ist nur in der wahren **Demokratie** gesichert. Die Deutsche Demokratische Partei ist die Partei der Frauen!

Die Frauen der Deutschen Demokratischen Partei.

Köthener Str. 35, Eingang Bernburgerstraße, Sprechstunde von 12 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr.

Druck: Wilhelm Wagner, Berlin S 42.

X-DD 249
IX-231

Frauen-Versammlung

der Deutschen demokratischen Partei

Freitag, den 17. Januar 1919,
abends ½ 8 Uhr im großen Saal

der Philharmonie

Bernburger Str. 22

Frl. Dr. Alice Salomon:

„Was verspricht uns die Deutsche demokratische Partei?"

Diskussions-Rednerinnen:

Fräulein Dr. Gertrud Klausner
Fräulein Clara Meinek
Fräulein Dorothee von Velsen

Frauenarbeits-Ausschuß Berlin SW 68
Zimmerstraße 5/6

X-DD: 249 | FX-232

16.I.19

Die Deutsche demokratische Partei des Reichswahlbezirks Berlin veranstaltet am

Freitag, den 17. Januar, abends 7½ Uhr

15 öffentliche Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederwallstraße 12.
Aula der 4. Gemeindeschule, Alte Jakobstr. 127.
Schultheiß am Kreuzberg, Lichterfelder Str. 11.
Schubertsaal, Bülowstr. 104.
Gesellschaft der Freunde, Potsdamer Straße 9.
Schultheiß Hasenheide, Hasenheide 22/31.
Brauerei Pfefferberg (früher Ribeck), Frankfurter Allee 313.
Köpenicker Hof, Köpenicker Straße 174.
Residenz-Festsäle, Landsberger Straße 31.
Englischer Garten, Alexanderstraße 28a.
Aula der Oberrealschule, Pasteurstraße 44/46.
Garde-Kasino, Sophienstraße 34.
Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176.
Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Bochumer Straße 8B.
Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25.

Tagesordnung: Vor der Entscheidung!

Auf zur Wahl für die Liste Friedr. Naumann!

Redner: Die Kandidaten zur Nationalversammlung

D. Friedr. Naumann, Schriftsteller
Gustav Hartmann, Verbandsvorsitzender
Dr. Marie Elisabeth Lüders
Dr. Otto Frentzel, Fabrikbesitzer
Albert Borchardt, Lehrer
Dr. Bruno Marwitz, Rechtsanwalt
Hugo Sommer, Handlungsgehilfe
Franz Rettig, Obermeister
Anna Schultze, Kaufmännische Angestellte
Dr. Max Apt, Syndikus
Anita Runze
Karl Löhning, Stadtrat
Max Madsen, Büroassistent
Richard Hildebrandt, Töpfermeister

und andere Parteiführer, Männer und Frauen.

Wähler und Wählerinnen! Erscheint in Massen zu dieser letzten Kundgebung vor dem Wahltag!

Deutsche demokratische Partei. Bezirksverband Berlin
Geschäftsstelle Zimmerstraße 5/6.

X-DD 249
IX-233

Aufheben!

Weitergeben!

Frauenausschuß der Deutschen demokratischen Partei

Köthenerstraße 35, Eingang Bernburgerstraße

An die Hausfrauen!

Hausfrauen, die Wahl zur Nationalversammlung braucht die Stimme jeder einzelnen von Euch!

Wollt Ihr untätig zusehen, wie andere das Haus bauen, in dem Ihr leben sollt?

Ihr habt geholfen, durch aufopferndes Schaffen und Sorgen, durch stets bereite Anpassung an die Kriegsnotlage, die Wirtschaft Eures Landes in vier schweren Jahren aufrecht zu erhalten.

Jetzt sollt Ihr den neuen Volksstaat mit aufbauen und wohnlich machen!

Hausfrauen, Eure Stimme darf nicht fehlen, wenn im Haushalt des Staates die Fragen der Ernährung, Kleidung, Wohnung, Kindererziehung beraten werden.

Überlaßt nicht der Berufsfrau allein Einfluß und Entscheidung, sie weiß Eure Interessen nicht wahrzunehmen, wählt und entscheidet selbst, es geht um Euer und Eurer Kinder Wohl!

Hausfrauen, Euer eigener Haushalt hängt vom Staatshaushalt ab.

Ihr dürft und müßt die Zusammensetzung der Nationalversammlung mitbestimmen, hier wird die Grundlage zum Glück jeder deutschen Familie geschaffen!

Welche Partei soll in der Nationalversammlung den Ausschlag geben?

Was wollt Ihr Hausfrauen vom deutschen Staat?

Wollt Ihr Ordnung und Ruhe, gesichertes Einkommen für Eure Männer?

So wählt für die Deutsche demokratische Partei!

Wollt Ihr das deutsche Familienleben erhalten, wollt Ihr den Einzelhaushalt, in dem Ihr selbst wirtschaften könnt, gewahrt haben?

So wählt für die Deutsche demokratische Partei!

Wollt Ihr den täglichen Bedarf des Hauses wieder durch den freien Handel befriedigt sehen, wollt Ihr so bald als möglich von dem lästigen Kartenzwang befreit sein?

So wählt für die Deutsche demokratische Partei!

X-DD 249
IX-234

17.I.19
Mittags Potsdamerstr.

Zur Beachtung!

1. Jeder Wähler und jede Wählerin muß mit einer **Legitimation** (Steuerkarte, Trauschein oder Geburtsschein) versehen sein.
2. Es ist zu empfehlen, der Wahlpflicht in den **Morgenstunden** zu genügen.
3. Es empfiehlt sich, daß die Familie mit den Hausangestellten **gemeinsam** zur Wahl geht, damit ungeschulte Wähler nicht verwirrt werden.
4. Es dürfen von den Listen der einzelnen Parteien keine Namen gestrichen und keine anderen eingesetzt und die Reihenfolge nicht geändert werden, da die Wahl sonst ungültig ist.
5. **Bürgerliche Frauen wählt bürgerlich!**

Die bürgerlichen Parteien sind:

Deutsche demokratische Partei,
Deutsche Volkspartei,
Christlich-Demokratische Volkspartei (Zentrum),
Deutschnationale Volkspartei.

R. Boll, Berlin NW. 6.

X-DD 249 IX-235

Die ausschlaggebende Partei.

Das deutsche Volk soll am nächsten Sonntag, den 19. Januar, seine Zukunft entscheiden. Wie die Wahl ausfallen wird, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Anhalt, Mecklenburg-Strelitz und Braunschweig im Norden — Baden, Württemberg und Bayern im Süden haben bereits ihre Landesversammlungen gewählt. In den kleinen Nordstaaten ist die Sozialdemokratie an die Herrschaft gekommen, in den großen süddeutschen Staaten ist überall die Deutsche demokratische Partei die ausschlaggebende Partei geworden. Die Unabhängigen Sozialdemokraten erzielten durchweg nur lächerliche Minderheiten. Ebenso haben die Konservativen, die sich jetzt schamhaft „Deutschnationale Volkspartei" nennen, und die Rechtsnationalliberalen der sogenannten „Deutschen Volkspartei" überall Ablehnung bei den Wählern gefunden. Nach den bisherigen Wahlen steht schon heute fest, daß diese Rückschrittler aller Richtungen von rechts und die unabhängigen Sozialisten von links kleine ausgiebige Minderheiten in der Deutschen Nationalversammlung sein werden. Darum wählt nicht „deutschnational" oder „Deutsche Volkspartei". Ihr verdammt euch damit selbst zur Einflußlosigkeit.

Die Partei des deutschen Bürgertums wird in der Nationalversammlung die Deutsche demokratische Partei sein.

In ausschlaggebender Stellung wird sie nach langen Jahren dem Bürgertum wieder eine einflußreiche Stellung sichern können. Ihr Kampf für Macht und Ordnung, für den freien Volksstaat und für soziale Gerechtigkeit kann um so nachdrücklicher geführt werden, je weniger Stimmen nach rechts hin absplittern.

„Deutschnationale" und „Deutschvolksparteiliche" führen den Kampf mit den Mitteln der Verzweiflung. Da sie den Kruppschen Generaldirektor Hugenberg auf eine gemeinsame Liste in Westfalen gesetzt haben, fehlt es ihnen nicht an Wahlgeldern. Sie überschütten Groß-Berlin mit Flugblättern, Plakaten und Handzetteln. In geheimen Anweisungen geben sie die Parole aus, daß „der Kampf besonders gegen die Demokraten" geführt werden soll. In ihren Versammlungen und Veröffentlichungen wird nach diesen Anweisungen gehandelt. Ihre ganze Agitation ist nichts anderes als Dolchstöße in den Rücken des demokratischen Bürgertums, das den schweren Kampf gegen die Sozialdemokratie aller Richtungen zu führen hat. Dabei sind es vergiftete Waffen, die die Reaktionäre anwenden. Mit den wertvollsten Geistesgütern versuchen sie kleinliche Parteigeschäfte zu machen. Dabei haben sie in Teltow-Charlottenburg Herrn Traub aufgestellt, dessen religiöse Ideen die konservative Presse einst als „modernes Heidentum" bezeichnete. Jetzt ist der „moderne Heide" über Nacht der wahre Schützer der christlichen Religion geworden! Gegenüber uns Demokraten, die für den vollen Schutz aller religiösen Interessen und für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule eintreten. Ihre Anhänger versuchen auch mit einem wüsten Antisemitismus Wählerfang zu treiben; dabei war die Mutter der Militandidatin Traubs selbst Jüdin. Sie leugnen konservativ zu sein, aber sie sind in allen Dingen treue Jünger Heydebrands. Wie Herr v. Heydebrand meinte, England in sechs Wochen zu vernichten, so erklärte auch der neue Chef der Deutschnationalen, Minister Hergt, die amerikanische



X-00249
IX-236

X-DD 249
IX-237

17.1.19.
4 Innere Gotha Straße

Frauenausschuß der Deutschen demokratischen Partei.

Parteibüro für den Wahlkreis 3 (Stadt Berlin) Berlin SW 68, Zimmerstraße 5/6.

Für den Wahltag.

Wählerinnen!

1. Unterrichtet Euch, zu welchem Stimmbezirk Ihr gehört und welches Euer Wahllokal ist.

2. Vergeßt nicht, zum Wählen eine Legitimation mitzubringen. Legitimationen sind: Steuerzettel, standesamtliche Papiere: wie Geburtsschein und Trauschein, polizeiliche Anmeldung, Mietsvertrag, Paß. Der Stimmzettel wird Euch entweder fertig gedruckt von Eurer Partei ins Haus geschickt oder Ihr erhaltet ihn vor dem Wahllokal. Den amtlich gestempelten Umschlag für den Stimmzettel erhaltet Ihr im Wahllokal.

3. Ihr dürft weder Zettel noch Umschlag mit einem Kennzeichen – Namensunterschrift oder dergl. – versehen, sonst ist Eure Stimme ungültig.

4. Ihr müßt den Stimmzettel, bevor Ihr ihn in den Umschlag tut, noch einmal genau ansehen und vergleichen, ob die Namen der Kandidaten auf Eurem Stimmzettel genau mit der Wahlliste Eurer Partei übereinstimmen. **Hütet Euch vor falschen Zetteln!** Die Liste, die Ihr wählen wollt, trägt die Namen:

1. D. Friedrich **Naumann.**
2. Gustav **Hartmann.**
3. Dr. Marie Elisabeth **Lüders.**
4. Dr. Otto **Frentzel.**
5. Lehrer Albert **Borchardt.**
6. Justizrat Dr. **Marwitz.**
7. Hugo **Sommer.**
8. Obermeister **Rettich.**
9. Anna **Schulze.**
10. Dr. **Apt.**
11. Frau Anita **Runze.**
12. **Löhning.**
13. Max **Madsen.**
14. Stadtverordneter **Hildebrand.**

Dr. Marie Elisabeth Lüders, Frl. Anna Schulze, Mitglied des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte, und Frau Pfarrer Runze sind die Frauen, die in der Nationalversammlung Eure Interessen vertreten werden.

5. **Streicht keinen Namen durch, setzt keinen hinzu.**

6. Ihr dürft den Stimmzettel nur in einem Nebenraum des Wahllokals oder an einem Nebentisch in den Umschlag stecken, sonst ist Eure Wahl ungültig. Mit dem Umschlag, der Euren Stimmzettel enthält, tretet Ihr dann an den Tisch des Wahlvorstehers und nennt Euren Namen. Sobald Euer Name mit der Wählerliste verglichen ist, nimmt der Wahlvorsteher Euch den Umschlag ab und legt ihn in die Wahlurne.

7. Bedenkt, daß der Wahlakt etwas Zeit erfordert: **Geht frühmorgens zur Wahl.** Lauft nicht fort, wenn das Wahllokal überfüllt ist. Kocht das Sonntagmittagessen schon am Tage vorher und setzt es in die Kochkiste. Ihr habt im Kriege ja gelernt „anzustehen", wenn es sich um Lebensmitteleinkauf und dergl. handelte. Nun beweist Eure Geduld, wo es Größeres gilt: **Das Geschick des Vaterlandes!**

8. Wählt für die Deutsche demokratische Partei!

Nr. 109. 1 010 000.

X-OD 249
IX-238

Frauenausschuss der Deutschen demokratischen Partei.

Berlin SW 11, Köthener Straße 35, Eingang Bernburger Straße 18.

Demokratische Frauen

verteidigen: ihr **Vaterland,**
schützen: ihr **Haus,**
behüten: ihre **Kinder**

gegen äußere und innere Feinde vor Zerstörung, Hunger und Not, deshalb **wählen** sie am 19. Januar für die **Deutsche demokratische Partei!**

Demokratische Frauen

lieben ihr **Vaterland** als Hort der **Freiheit** und des **Rechts,** als Quelle der **Arbeit:**

deshalb **verlangen** sie Frieden, Ruhe und Ordnung, Mitarbeit an den Aufgaben des Reiches, des Staates und der Gemeinde, an der Regelung des Arbeitsverhältnisses in allen Berufen, der Verteilung der Arbeit unter die Geschlechter nach Kraft und Eignung.

Demokratische Frauen

lieben ihr **Haus** als die **Heimstätte** ihrer **Männer** und **Kinder,** als **Wohnstätte** der **Sittlichkeit,** der **Liebe** und der **Menschlichkeit,** als **Pflanzstätte** alles **Guten** und **Wahren:**

deshalb **fordern** sie Teilnahme an der Regelung der Boden- und Besitzverteilung, der Ansiedelungs- und Wohnungsfrage, der Volksernährung und Volkserziehung.

Demokratische Frauen

lieben ihre **Kinder** als ihnen anvertrautes, **kostbares Gut,** als **Glück** ihres **Hauses,** als sicheres **Pfand** für eine **freie, glückliche Zukunft:**

deshalb **verlangen** sie Mitbestimmung an den Fragen der geistigen und sittlichen Erziehung, der Schule und Kirche, des Mutter- und Kinderschutzes, der Volksgesundheit und der öffentlichen Sittlichkeit.

Frauen verteidigen mit **Mut** ihr **Vaterland,**
denn sie **sind** und **wählen demokratisch.**

Frauen schützen mit **Kraft** ihr **Haus,**
denn sie **sind** und **wählen demokratisch.**

Frauen behüten mit **Liebe** ihre **Kinder,**
denn sie **sind** und **wählen demokratisch.**

Frauen errichten mit **Mut, Kraft** und **Liebe** ein **neues Deutschland,**
mit der

Deutschen demokratischen Partei.

Dr. Marie Elisabeth Lüders,
Kandidatin der Deutschen demokratischen Partei für Wahlkreis 3 (Stadt Berlin)
Liste Naumann.

18.1.19

Frauenausschuß der Deutschen demokratischen Partei
Berlin SW 11, Köthener Straße 35, Eingang Bernburger Straße

X-DD 249
IX-239

Hausangestellte!

Die Wahl zur Nationalversammlung ruft alle Mädchen und Frauen.

Ihr wißt alle: Wir brauchen einen neuen Staat, ein neues Haus für unser Volk. Ihr sollt bauen helfen!

Wählt am 19. Januar für die Nationalversammlung!

Ihr müßt die Liste einer Partei wählen, keinen Namen streichen, nichts ändern.

Also bedenkt, welche Partei Ihr wählt.

Welche meint es gut mit Euch?

Nur eine **demokratische** Partei, die keinen Unterschied des Standes mehr gelten lassen will.

Die **Sozialdemokratie** verspricht viel. Aber das haben wir in diesen Wochen gelernt: sie kann nicht **regieren!** Regieren heißt vor allem: Ordnung schaffen und Ordnung erhalten.

Die **Deutsche demokratische Partei** will den wahren Volksstaat bauen, stark nach außen, einig und geordnet im Innern. Sie will der Gesamtheit dienen. Sie will auch **Eure Berufsforderungen** erfüllen.

Was erhofft Ihr von der Zukunft?

Begrenzung der Arbeitszeit und ausgiebige Freizeit!
Gute Schulbildung für alle; Aufstieg jedem Tüchtigen!
Einführung der Pflichtfortbildungsschule auch für Hausangestellte, wie die Arbeiterin und die Handlungsgehilfin sie seit langem haben.
Einrichtung von Schiedsgerichten, zusammengesetzt aus Hausfrauen und Hausangestellten.

Nicht durch Bruderkrieg und Klassenkampf wird der neue Volksstaat geschaffen, nur durch friedliche Mitarbeit aller Stände.

Hausangestellte! Auch für **Eure Ziele kämpft die Deutsche demokratische Partei, so ist die Partei der Frauen.**

Wählt am 19. Januar nur die

Deutsche demokratische Partei.

Beitrittserklärung zur Deutschen demokratischen Partei

Name: ..... Vorname: ..... Beruf: .....

Wohnort: ..... Straße u. Hausnummer: ..... Fernspr.: .....

Einmalige Beitragsverpflichtung: Mk. ..... Jährliche Beitragsverpflichtung: Mk. .....

Wollen Sie sich im Parteiinteresse betätigen? Wie? .....

Bemerkungen: .....

Deutsche demokratische Partei

Bankkonto: „Demokratischer Wahlfchatz"
1. bei sämtlichen Kassen der Deutschen Bank.
2. bei sämtlichen Kassen der Dresdner Bank und ihrer Depositenkassen.

X-DD 249
IX-245

Deutsche Männer und Frauen

Durch die Gnade der Spartakisten ist es den konservativen Zeitungen in Berlin vergönnt worden, ungehindert zu erscheinen. Die reaktionären Zeitungen hielten es für angezeigt, zum Kampf gegen die

Deutsche demokratische Partei

aufzurufen. Wer sind denn die Kreise, die sich jetzt wieder als die alleinigen Hüter **der deutschen Nation und des Christentums** aufspielen? Es sind dieselben **alldeutschen** Elemente, die jetzt unter der neuen Firma der „deutschnationalen Volkspartei" erscheinen. Das Programm der **Konservativen, Junker und Antisemiten** ist hinübergenommen in die „deutschnationale Partei".

Deutsche Männer und Frauen!

Habt Ihr vergessen, daß die konservative Partei und der rechte Flügel der Nationalliberalen es gewesen sind, die zum **Kriege gehetzt,** den **uneingeschränkten U-Bootkrieg,** der uns die Kriegserklärung Amerikas einbrachte, veranlaßt haben? Erinnert Ihr Euch noch daran, daß diese alldeutsch-antisemitischen Kreise jeden Verständigungsfrieden durch die **wahnsinnigsten Annexionsforderungen** verhindert haben? Denkt an die sogenannte Finanzreform und Steuergesetzgebung der letzten Jahre! Die Konservativen besetzten alle einflußreichen Staatsstellen. Sie waren die Ratgeber des Kaisers. **Denkt an die Wahlrechtsreform in Preußen.** Wie haben die Konservativen mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen im Abgeordneten- und Herrenhaus gegen das **gleiche Wahlrecht** gewettert! Vergeßt es ihnen nicht, daß noch am 11. Juni 1918 sämtliche Konservative mit 36 Nationalliberalen und 25 Mitgliedern des Zentrums gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen stimmten!

Deutsche Frauen, vergeßt es ihnen nicht, daß sie allen Anträgen auf das Frauenstimmrecht nur mit Hohn und Spott begegnet sind! **Wenn sie ans Ruder kommen, habt Ihr einmal gewählt und nie wieder.**

Vergeßt nicht die aufpeitschenden Reden der Oldenburg, Westarp, Heydebrand, Kardorff und der „Fuhrmänner"; sie sind die Drahtzieher der Deutschnationalen Volkspartei!

Die Konservativen und Zentrumsleute haben sich stets als die Hüter der Religion und Kirche aufgespielt. Sie reden von christlicher Nächstenliebe und Duldung und hetzen jetzt ganz im Ton der Antisemiten Ahlwardt und Pückler gegen deutsche Volksgenossen, die nicht christlichen Glaubens sind.

Evangelische Frauen!

An Euch wenden sich die Konservativen und klerikalen Kirchenwächter mit besonderer Vorliebe, weil sie wissen, daß viele von Euch leider bisher der Politik ferngestanden haben.

Nr. 108 a. 205 000.

X-DD 249
TX-241

18.1.19

Wähler und Wählerinnen!

Euer Tag ist gekommen!

Die Nationalversammlung, die am 19. Januar gewählt werden soll, hat die Aufgabe, dem neuen Deutschland ein Staatsgrundgesetz, eine neue Verfassung zu geben. Erst wenn diese Grundlage zur Deutschen Republik geschaffen ist, kann Ruhe und Ordnung und der heiß ersehnte Frieden bei uns einkehren. Erst dann kann der Aufbau des neuen Deutschlands beginnen.

Kein Wähler und keine Wählerin darf darum der Wahlurne fernbleiben. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Wähler und Wählerinnen von Berlin! Die Konservativen, die Träger des alten zusammengebrochenen Regierungssystems, dürfen in der Nationalversammlung keinen Einfluß gewinnen. Im Gefühl ihrer Schwäche haben sich die Deutsch-Konservativen, die Freikonservativen, die Antisemiten und der Bund der Landwirte zu einer Partei verschmolzen, die sich die Deutschnationale Volkspartei nennt. Unter dieser Maske gehen die Konservativen, diese Beschützer des Großgrundbesitzes und der Adelsprivilegien, und diese Gegner aller volkstümlichen Reformen auf Wählerfang aus. Aber alle Mühe wird umsonst sein. Die Konservativen sind immer städtefeindlich gewesen, und ihre Feindschaft hat sich ganz besonders gegen Berlin gerichtet. Die Deutschnationale Volkspartei hat zu ihren Hauptführern Alldeutsche und frühere Mitglieder der deutschen Vaterlandspartei, also Vertreter jener verhängnisvollen Politik, die durch Aufstellung maßloser Kriegsziele unseren Feinden den Glauben an die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes geraubt, zur Verlängerung des Krieges beigetragen und so das Unglück Deutschlands verschuldet hat.

Die Sozialdemokraten üben jetzt bei uns eine Alleinherrschaft aus. Diese muß durch die Nationalversammlung gebrochen werden. Denn die letzten Wochen haben jedem die Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur Regierung gezeigt und jedem die Leiden eines sozialdemokratischen Regiments zur Genüge fühlbar gemacht. Wenn sich auch die Regierungssozialisten, die unabhängigen Sozialdemokraten und die Liebknechtschen Anhänger unter einander beschimpfen, und kein Schimpfwort gemein, kein Verbrechen schamlos genug ist, daß es der sozialdemokratischen Regierung und ihren Führern von den übrigen sozialdemokratischen Gruppen nicht nachgesagt wurde, so haben die Regierungssozialisten und die unabhängigen Sozialdemokraten in sehr vielen Wahlbezirken ihre Listen verbunden. Das ist nicht wunderbar; denn in ihrem Endziel, in das Privateigentum einzugreifen, stimmen alle sozialdemokratischen Richtungen, die um Ebert, die um Haase und die um Liebknecht überein! Wähler und Wählerinnen, vergeßt nicht, daß die Sozialdemokratie von den leitenden Stellen der Regierung alle nicht sozialdemokratischen Volksschichten ausgeschlossen hat, trotzdem nur durch die hingebende Arbeit der Beamten und anderer bürgerlichen Kreise der Bestand unseres Reiches aufrechterhalten worden ist. Die Sozialdemokratie, die sich unfähig gezeigt hat, Ordnung zu schaffen und Ruhe zu halten, die uns den Bürgerkrieg

X-DD 249

IX-242

Wie wähle ich?

3 Fragen — 12 Antworten.

I. Warum wähle ich **nicht sozialdemokratisch?**

1. Weil **nicht eine Partei allein im Staat regieren soll.**

2. Weil ich die **völlige Verstaatlichung des Wirtschaftslebens ablehne.** Wird **jetzt** verstaatlicht, so liefern wir **unser Wirtschaftsleben** dem Feinde aus, denn alles **Staatseigentum ist ihm ein Pfand** für seine unerhörten Forderungen. Wird später **alles** verstaatlicht, so treten die Uebel der Staatsverwaltung voll zutage. Daher nur Verstaatlichung der dazu geeigneten und dazu reifen Betriebe.

3. Weil ich für meine Person **ein bischen mehr Freiheit** verlange, als mir der reine sozialistische Staat zugestehen kann. Jeder soll die Möglichkeit haben, durch persönliche Tüchtigkeit vorwärts zu kommen.

Die **Sozialdemokratie** aber will **den Mittelstand beseitigen.** Sie will die bisherige **Zwangs- und Kartenwirtschaft beibehalten.**

4. Weil ich die Grundsätze des sozialdemokratischen Programms größtenteils ablehnen muß, so die Lehre von den versinkenden Mittelschichten (Kleinbürgern und Bauern).

Aus allen diesen Gründen **wähle ich nicht sozialdemokratisch.**

II. Warum wähle ich **nicht die deutsch-nationale Volkspartei?**

1. Weil sie in der **Nationalversammlung nichts zu sagen** haben wird, und ich also gar nicht vertreten bin, wenn ich sie wähle. Die schönen Versprechungen, die kann sie nicht halten, weil sie **eine verschwindende Minderheit** in der Nationalversammlung sein wird.

2. Weil sie Mißbrauch mit dem Worte „national" treibt. „National" sind in Deutschland fast alle Volksgenossen.

3. Weil in dieser Partei alle jene Kreise sich zusammengeschlossen haben, die am Elend Deutschlands schuld sind, **die Konservativen, Kriegsverlängerer, Vaterlandsparteiler und Alldeutschen.** Der einfachste Anstand hätte ihnen geboten, sich ganz, aber auch ganz ruhig zu verhalten. Sie tun's nicht, so mag der 19. Januar ihr Gerichtstag sein. Sie haben den **rechtzeitigen Frieden verhindert** und sind schuld an den furchtbaren Blutopfern, die wir bringen mußten.

4. Weil ich zu dieser sonderbaren „Volkspartei", in der die **Junker** das große Wort haben, kein Vertrauen habe. Vor ein paar Wochen waren diese Leute noch gegen das gleiche Wahlrecht und die geringsten Frauenrechte. Frauen, denen diese Kreise wieder ans Ruder kommen, **denen habt Ihr zum letzten Mal gewählt!** Dann gibt es dauernd den Bürgerkrieg. Die Feinde machen keinen Frieden mit den Bolschewisten, aber auch **keinen Frieden mit den Junkern! Wer „deutschnational" wählt, verhindert den Frieden u. ruft den Feind ins Land!**

III. **Warum wähle ich die deutsche demokratische Partei?**

1. Weil darin **alle Volksschichten** in starker Zahl vertreten sin

Diese Partei will keine Klassenherrschaft, sondern **die Gleichberechtigung aller.**

2. Weil sie **mit zur Regierung berufen** werden muß. Die Deutsche demokratische Partei kann auf eine starke Stimmenzahl rechnen, daß ohne sie nicht regiert werden kann.

3. Weil sie das auseinanderfallende **Deutschland zusammenhalten** will.

4. Weil sie gegen **Rückschritt** von rechts und Bolschewismus von **links** her kämpft. Sie verlangt eine kräftige und stetige Politik auf allen Gebieten und kämpft gegen alle Gewalttätigkeiten. Sie wird **die Kirche schützen** und **den Religionsunterricht** auch in der Schule erhalten. Sie will **die Kriegsgewinne erfassen** und **von den großen Vermögen** eine hohe Abgabe erheben. Sie will **den Mittelstand, Handel und Gewerbe kräftigen** und die großen Herrengüter aufteilen, dann freundliche **Bauernbörfer** entstehen. Sie wird Deutschland **wieder zu Glück und Wohlstand** bringen. Sie wird **Ordnung, Gleichheit und Freiheit**

Aus allen diesen Gründen wähle ich

die Deutsche demokratische Partei.

Die **Kandidaten** der Deutschen demokratischen Partei für den Wahlkreis Teltow-Charlottenburg sind:

1. Staatssekretär a. D. Bernhard **Dernburg.**
2. Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung" Otto **Nuschke.**
3. Frau Elli **Heuss-Knapp**-Schöneberg.
4. Privat-Angestellter E. Rich. **Schubert**-Steglitz.
5. Gemeindevorsteher Gustav **Mossig**-Königswusterhausen.
6. Lokomotivführer **Gründel**-Charlottenburg.
7. Buchdrucker Max **Koss**-Neukölln.
8. Frau Regine **Deutsch**-Wilmersdorf.
9. Stadtverordneter Architekt **Wenzke**-Charlottenburg.

Männer und Frauen! Wählt diese Liste Dernburg!

X-DD 249
IX-243

Die Deutsche Nation und die Nationalversammlung

DIE DEUTSCHE NATION, eine neue Zeitschrift für Politik, geschrieben von einem Kreise von Männern, die die Fehler des alten Regimes aus unmittelbarer Nähe erlebt und bekämpft haben und nun den Glauben an eine Wiederaufrichtung und Einigung unseres kranken und zerissenen Volkes nicht an der Wirrnis des neuen zugrunde gehen lassen wollen, wendet sich an alle, die bereit sind, ihre ganze Kraft für dieses Ziel einzusetzen.

DIE DEUTSCHE NATION ist nicht das Organ einer Klassenpartei. Sie fordert den Sieg des sozialen Gedankens in der Welt. Sie läßt keine privaten Interessen gelten, die einer Sozialisierung in Deutschland entgegenstehen. Aber sie verlangt, daß bei der Befriedigung der Arbeiterforderungen die Grenzen des Gesamtwohls anerkannt und geachtet werden.

DIE DEUTSCHE NATION sieht in den letzten Ereignissen den Beweis dafür, daß die Führer der sozialdemokratischen Parteien nicht in der Lage sind, das nationale Gewissen der arbeitenden Massen zu wecken. Sie sind gehemmt durch die Erfahrungen eines jahrelangen Klassenkampfes und die dogmatischen Forderungen alter Parteiprogramme, die sie selbst schon innerlich überwunden haben. So ist es gekommen, daß die Sozialdemokratie sich heute ganz ihren Parteifragen widmet, während die Fundamente des Reiches zerbrechen

DIE DEUTSCHE NATION hält ebenso die rechtsstehenden Parteien für unfähig, die Führung zu übernehmen. Die nationale Parole dieser Parteien klingt dem Volke verdächtig. Konservative und Rechtsnationalliberale sind es gewesen, die mit der Opferbereitschaft des Deutschen Volkes Mißbrauch getrieben und dadurch das Nationalgefühl unterhöhlt haben. Sie sind darum außerstande, uns den Weg zum Weltvertrauen freizumachen. Sie werden niemals die Anziehungskraft über Deutschlands Grenzen hinaus haben, die notwendig ist, damit alte Teile des Deutschen Volkes aus freien Stücken zu uns streben. Der großdeutsche Gedanke kann nicht durch Alldeutsche wirksam vertreten werden.

DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI ist noch in der Entstehung begriffen, aber Namen wie Max Weber und Friedrich Naumann geben das Vertrauen, daß die Partei von Männern geführt werden wird, deren nationale, soziale und internationale Zuverlässigkeit unbestritten ist.

DIE DEUTSCHE NATION glaubt in dieser ernsten Stunde die Mahnung aussprechen zu sollen: daß Männer und Frauen bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung sich nicht durch Furcht vor Bedrohung privater Interessen leiten lassen, sondern daß sie sich die Frage vorlegen:

X-DD 249
IX-244

19.1.19

Die Wahl zur National-Versammlung

findet am

Sonntag, 19. Januar cr.

von 9 Uhr früh bis 8 Uhr Abends statt.

Wahllokal:
Stadtbezirk 211.

Stimmbezirk 463: Artilleriestr. 18—19, Krausnickstr. 1—9 und 13—28, Monbijoustr. 1, 2, 4 und 5, Oranienburgerstr. 17—33 und 70—83, Ziegelstr. 14—23.
Wahllokal: Luisen-Schule, Ziegelstr. 12, Turnhalle.

Stimmbezirk 464: Gr. Hamburgerstr. 12—33, Krausnickstr. 1)—12a, Monbijouplatz 1—11, Oranienburgerstr. 1—16 und 81—92, Stadtbahnbogen 155—168, Uebergangsstr.
Wahllokal: Jüdische Knabensch., Gr. Hamburgerstr. 27, Turnh.

Wählt schon am **Vormittag: nachmittags** ist ein **furchtbarer Andrang**.

Wählt **keinen Sozialdemokraten.** Sie sind Schuld an dem furchtbaren Zusammenbruch Deutschlands, sie haben die **schmählichsten Waffenstillstandsbedingungen angenommen**, haben die Truppen **übereilt** entlassen, so daß unsere deutschen Mitbürger an der Grenze den Polen und Tschechen **schutzlos** ausgeliefert sind. Unsere armen Soldaten in der Ukraine und Ungarn sind abgeschnitten. In Berlin rasen die Spartakusleute.

Wählt **keinen Sozialdemokraten.** Seit ihrer Herrschaft tobt Aufruhr auf der Straße, fließt Bürgerblut! Eigentum wird zerstört, Gesetz und Recht hört auf! Hungersnot droht.

Wählt aber auch **keinen** Alldeutschen. Sie haben den Krieg nicht rechtzeitig beendet, dem Volk nicht rechtzeitig die Freiheit verschafft.

Wählt nur die **Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei,** den **Volksmann Naumann,** den **Arbeiterführer Hartmann,** die überzeugte Vertreterin der **Frauenbewegung Elisabeth Lüders** usw. **Sie** sind die **wahren** Volksfreunde.

Wer für **Freiheit** und **Gleichheit** im Volke, für **Ordnung** und **Zucht** im Staate, für einen **gerechten Frieden** nach außen ist,

wähle die Kandidatenliste der **Deutschen Demokraten**

Naumann, Hartmann, Lüders usw.

!! Auf die Wahllokale ist genau zu achten !!

Am 26. Januar findet die Wahl für die Preussische Nationalversammlung (Abgeordnetenhaus) zu derselben Zeit und in denselben Lokalen statt.

Nimm und lies! Nimm und lies!

Der Zusammenbruch

X-DD 249
IX-245

der

Deutschnationalen (konservativen) Partei!

In einigen Bundesstaaten haben die Landtagswahlen bereits stattgefunden. Es wurden gewählt:

In Anhalt	12	Demokraten	2 Nationale
„ Baden	24	„	7 „
„ Bayern	22	„	5 „
„ Braunschweig	13	„	16 „
„ Mecklenburg	16	„	4 „
„ Württemberg	38	„	11 „
Zusammen:	125	Demokraten	45 Nationale

Dieses Ergebnis bedeutet den Zusammenbruch der deutschnationalen (früher konservativen) Volkspartei, die der Sammelpunkt aller Junker, Agrarier, Schwerindustrieller und natürlich auch der Antisemiten unter dieser neuen Firma geworden ist.

Warum ist dieser Zusammenbruch erfolgt?

Weil die Wähler und Wählerinnen als Ursache des Zusammenbruchs des deutschen Volkes die

Mitverantwortschaft des alten Systems

richtig erkannt und rechtzeitig entdeckt haben,

wer sich hinter der Maske der deutschnationalen Volkspartei verbirgt.

Bei uns wollen die Deutschnationalen (Konservativen) eine derartige Wahlniederlage verhüten und anstatt einen ehrlichen Kampf um eine politische Weltanschauung auszufechten, greifen sie zu den Mitteln des

Rassenhasses

und wenden sich damit an die niedrigsten Instinkte der Menschen.

So beginnt z. B.

Herr Pfarrer Traub

der an der Spitze der konservativen Kandidatenliste steht, in der Weihnachtsnummer seiner „Eisernen Blätter":

„Zum Berliner Tageblatt gehe ich nicht."

Was Sie damit sagen wollen, Herr Traub, wissen wir. Aber Sie können damit nur unerfahrene Wähler täuschen. Sie müssen vielmehr sagen:

„Ich komme! vom Berliner Tageblatt."

Denn, Herr Traub, Sie sind langjähriger Mitarbeiter des Berliner Tageblatts gewesen und haben noch während der Kriegszeit folgende Artikel im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht:

„Briefe aus Kriegszeiten", Abendausgabe 2. Sept. 1914. Nr. 445.
„Siegbaftigkeit", Abendausgabe 5. Sept. 14. Nr. 451.
„Briefe aus Kriegszeiten", Morgenausgabe 27. Sept. 1914, Nr. 491.
„Vom Kriegsklassch", Abendausgabe 26. Nov. 1914, Nr. 602.
„Eine Prophezeiung und ein Testament", Morgenausgabe 17. Januar 1915.
„Österreich-Ungarn", Abendausgabe 25. Febr. 1915.

Als das konservative Kirchenregiment Ihre Absetzung als Pfarrer ergwungen hatte, fanden Sie Zuflucht bei meinen Parteifreunden, den Freisinnigen, und beim „Berliner Tageblatt". Damals haben Sie Herrn Theodor Wolff persönlich aufgesucht und um Unterstützung gebeten. Meine Partei hat Sie als Kandidaten aufgestellt, und ich habe Sie im Wahlkampf unterstützt, obwohl meine religiöse Überzeugung Ihrer verschwommenen philosophisch-pantheistisch gerichteten Weltanschauung nicht entspricht. Meine Freunde aber nahmen Sie auf, weil sie Gegner jedes Gewissenszwanges sind. **Damals** bezeichnete die konservative Presse Ihre religiöse Auffassung als

„Modernes Heidentum"

Heute verwendet dieselbe konservative Partei den „modernen Heiden" als Aushängeschild für ihre „christliche" Weltanschauung.

Und Sie lassen sich dazu mißbrauchen, obwohl Sie doch als Mann der „Wissenschaft und freien Forschung" Ihre Überzeugung nicht eines Mandates wegen geändert haben können! In Ihren „Eisernen Blättern" versuchen Sie Ihren Abmarsch zur Deutschnationalen Volkspartei zu rechtfertigen und schließen mit den Worten: „Mir zittert die Hand!" Herr Pfarrer! Mir zittert sie nicht bei diesen Feststellungen.

Glückliche Reise, Herr Pfarrer!

Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht „Flugblätter", in denen sie die evangelischen Christen gegen die jüdischen Mitbürger aufzuhetzen sucht und bekommt es fertig zu sagen: „Wähle die deutsche demokratische Partei, wenn Du Jude bist!" Die antisemitische Deutschnationale Partei nimmt keinen Anstand, einen Bilderbogen zu veröffentlichen, in denen der

Ehrendoktor der evangelischen Theologie,
Friedrich Naumann,

unter die „Kohn-Sorten" gesteckt wird.

Fräulein v. Gierke

Sie kandidieren nach Herrn Pfarrer Traub an zweiter Stelle in der Liste der Antisemiten.

Sie sind die Tochter einer Jüdin!

Freilich stehen Sie nicht auf dem Bilderbogen. Aber ist es für Ihre Person nicht beschämend, wenn man Ihre Kandidatur mit so schmutzigen Mitteln unterstützt? Gibt es zur Empfehlung Ihrer Kandidatur und der von Ihnen vertretenen Partei keine anderen Mittel als diese niederträchtigen Anwürfe?

Evangelische Mitbürger!

Ihr seht, auf welche abtrünnige Bahn die konservative Partei durch ihre Judenhetze geraten ist.

Früher haben die Konservativen — jetzt Deutschnationale genannt — ihre Wahlen mit dem Schlagwort geführt: „Für Thron und Altar!" Der **Thron** ist durch ihre Schuld zusammengebrochen. Der **Altar** aber wird von allen bürgerlichen Parteien geschützt, auch von den

deutschen Demokraten,

nur mit dem Unterschied, daß **wir** zur Verteidigung der Altäre

saubere Waffen

verwenden.

Die antisemitischen Deutschnationalen maßen sich in dem Bilderbogen an, den Geist

Luthers, Bismarcks und Hindenburgs

zu vertreten und meinen den Geist **Pfuelers und Ahlwardts.**

Besitzen die konservativen Politiker denn nicht soviel Takt, Luther, Bismarck und Hindenburg

dem ganzen deutschen Volke

zu lassen?

Im Auftrage und im Einverständnis zahlreicher evangelischer Bürger von Berlin-Schöneberg:

Zobel, Oberturnlehrer und Stadtverordneter,
1. Vorsitzender des Deutschen demokratischen Vereins für Schöneberg.

Deutsche demokratische Partei, Köthener Straße 35

Fernsprecher: Amt Nollendorf, No. 964 und 965. Bankkonto: „Demokraten-Schatz", bei sämtlichen Niederlassungen der Deutschen Bank, sowie der Nationalbank für Deutschland.

X-DD 249
IX:246

19.1.19

Deutsche Frauen!

wählt am 19. Januar, dem Tage der Wahl zur Nationalversammlung, eine Liste der bürgerlichen Parteien!

Das Bürgertum muß sich zusammenschließen gegen die Sozialdemokratie. Denn was ist von den Versprechungen der Sozialdemokraten zu halten?

1. Um die Massen zu beruhigen hat man die Brotration erhöht, obgleich diese Maßnahme bei dem Mangel an Getreide in wenigen Wochen zur Hungersnot führt.

2. Der achtstündige Arbeitstag wurde eingeführt, die Löhne wurden erhöht; jedoch in absehbarer Zeit werden die Betriebe still liegen und die Arbeiter entlassen werden müssen, weil die Reservefonds erschöpft sind.

3. In kurzer Zeit wird man Euch Eure sauer erarbeiteten Sparpfennige, die Ihr in Kriegsanleihe angelegt habt, bis auf einen geringen Rest abnehmen.

4. Denn die Arbeiter- und Soldatenräte bringen Verwirrung in alle hergebrachte Ordnung, indem sie Gesetze umstoßen und dafür neue schaffen. Damit vergeuden sie Milliarden, die Ihr als Steuerzahler aufzubringen habt.

5. Durch die Trennung von Staat und Kirche verbietet man Euren Kindern, daß sie in der Schule Weihnachtslieder singen und sich im Gebet an Gott zu wenden.

6. Erinnert Euch, daß man am Revolutionstage die Zuchthäuser und Gefängnisse geöffnet und Diebe und leichtfertige Personen willkürlich in Freiheit gesetzt hat, die nun bei dem ungenügenden Sicherheitsdienst Euer sorgsam gehütetes Hab und Gut bedrohen.

Siegt der Sozialismus, dann herrscht in Deutschland nicht das Recht, sondern die Gewalt und Willkür!

Deshalb, Deutsche Frau, hilf mit, daß wir durch die Nationalversammlung wieder zu geordneten Zuständen kommen! Das kann aber nur geschehen, wenn du am

19. Januar für die Liste der bürgerlichen Kandidaten stimmst!

X-DD 249

20,419

IX-247

Höchste Zeit!

Sie haben Ihr **Wahlrecht** noch nicht ausgeübt.

Kommen Sie sofort zum Wahllokal: **Stadtbezirk 216 Stimmbezirk 473**

Johannisstr. 11 bei Krüger

Es ist Ihre **heiligste Pflicht,** dem unglücklichen Vaterlande durch Abgabe Ihrer Stimme zu helfen.

Wir Bürger rufen um Hilfe **gegen die Gewaltherrschaft** der Sozialdemokraten

Aufruhr und Unordnung muss endlich aufhören!

Wir Bürger geben unsere Stimme auch **keinem Alldeutschen,** sondern **nur** den Kandidaten der **deutschen demokratischen Partei,** die für Gleichheit und Freiheit des ganzen Volkes eintreten.

Gebt dem Wahlvorsteher nur die Liste ab, die mit dem Namen

Naumann, Hartmann, Lüders usw. anfängt.

Schluß der Wahl um 8 Uhr. Warten Sie bei dem großen Andrang den letzten Moment nicht ab!

X-DD.249
IX-248

20.119

Aufheben! Weitergeben!

Frauenausschuß der Deutschen Demokratischen Partei

Berlin SW 11, Köthener Straße 35, Eingang Bernburger Straße

Fernsprecher: Amt Nollendorf 964, 965, 1666 · Telegramm-Adresse: Demopartei · Bankkonto: „Demokratischer Wahlschatz" 1. Bei sämtlichen Kassen der Deutschen Bank. 2. Bei sämtlichen Kassen der Nationalbank für Deutschland.

Wir demokratischen Frauen

wir verbitten uns:

Den Hochmut, der uns nur als Stimmvieh behandeln will,
das Geldprotzentum, das uns und alles glaubt kaufen zu können,
den Umsturzwahn derer, die erst einmal alles ruinieren wollen, ohne etwas aufbauen zu können,
die würdelose Selbsterniedrigung im Unglück.

Wir verlangen für uns und unsere Kinder:

Eine gute Erziehung aller Tüchtigen,
eine hinreichende Ernährung aller Hungrigen,
eine gerechte Entlohnung aller Fleißigen,
einen freien Glauben aller Hoffenden.

Wir bekennen:

Daß wir gut deutsch sind und bleiben wollen,
daß wir Vertrauen in Deutschlands Zukunft haben,
daß wir uns die Religion nicht nehmen lassen,
daß wir auf Freiheit und Selbstverantwortlichkeit bauen,
daß wir zur Deutschen Demokratischen Partei gehören.

Wir verpflichten uns:

Am Wahltage die Liste der Deutschen Demokratischen Partei abzugeben,
vor dem Wahltage für diese Liste zu werben,
uns selbst politisch zu bilden und Belehrung zu suchen,
auch nach der Wahl die Politik mit Frauengeist zu erfüllen.

Druck: Wilhelm Wagner, Berlin S 42, Brandenburgstr. 12.

X-DD 249
IX-249

Warum müssen wir am 26. Januar wieder wählen?

Bist du ein Preuße?

Die vergangene Wahl galt dem Deutschen Reich, die künftige am 26. Januar gilt dem Preußischen Staat. Die Preußische Nationalversammlung soll den Fortbestand Preußens sichern und Berlin als Hauptstadt festhalten.

Es ist die erste Wahl, die nicht unter dem **ungerechten** von uns stets bekämpften **Dreiklassen-Wahlrecht** stattfindet. Es ist eine **wahrhaft demokratische** Wahl. Glaubt nicht, mit dem einen Wählen sei nun genug geschehen. Noch stehen erst die Wände des Hauses, innen ist es noch nicht fertig.

Die Wahllokale werden vermehrt, Ihr braucht diesmal nicht so lange zu warten. Kommt und wählt für die

Deutsche demokratische Partei

Ihre Liste ist die Liste **Troeltsch**
Ihre Kandidatin Frieda **Wunderlich**

Frauenversammlungen finden statt am Sonnabend, den 25. Januar, abends 7½ Uhr

im Königstädtischen Lyzeum, Greifswalder Straße 25
in der Aula der Gemeindeschule Tilsiter Straße 4/5
in der Turnhalle Schönhauser Allee 166a
in dem Saal des Brüdervereins, Kurfürstenstraße 115/116.

Thema: **Warum müssen wir am 26. Januar wieder wählen?**

Rednerinnen: Frl. Else Lüders, Frl. Adele Friedländer, Frl. Hildegard Epstein, Frau Riegener.

X-DD 249

X-250

Deutscher Familienvater!

Deiner Frau und Deinen Töchtern von 20 Jahren an ist das Wahlrecht verliehen worden! Ihre Stimmen werden bei den Wahlen zur Nationalversammlung maßgebend sein, sogar entscheiden, denn die Frauen sind in der Überzahl. Es gibt etwa 2 Millionen mehr weib'iche Wähler als männliche.

Ob Du, dessen Wort in Deiner Familie gilt, einverstanden bist mit diesem neuen Wahlrecht? Nun, man hat Dich nicht gefragt!

Wir wenden uns an den Teil der deutschen Familienväter, die **nicht** einverstanden sind mit dieser Neuerung. Was gedenkt Ihr zu tun? Wollt Ihr unmutig beiseite stehen und selbst nicht wählen oder doch Eure Frauen und Töchter zurückhalten mit der Begründung: die Frau gehört ins **Haus**?

Bedenke was Du tust!

Wer wählt, unterstützt die Partei, der er selber angehört!

Wer seine Frau und Töchter aufklärt über die Ziele seiner Partei und sie für diese gewinnt, verstärkt sie um ein Vielfaches.

Wer nicht wählt, stärkt die Partei der Gegner!

Wer aus dem Bürgertum nicht wählt, hilft mit dazu, das Bürgertum rechtlos zu machen.

Deutscher Familienvater! Du brauchst Deine Stellung im häuslichen Kreis nicht zu ändern; bleib nur, der Du warst und der Du bist, aber hole Deine Frau und Deine Töchter heran, so ungewohnt es Dir auch ist, Politik mit ihnen zu verhandeln.

Bedenke! es geht um die Zukunft des ganzen deutschen Volkes, der Männer und der Frauen!

Du sollst Deiner Frau und Deinen Töchtern politischer Leiter und Führer werden.

Frauen sind die Ueberzahl!

Wählt und werbet für die Wahl!

Beitrittserklärung zur Deutschen demokratischen Partei

Name: _____ Vorname: _____ Beruf: _____

Wohnort: _____ Straße u. Hausnummer: _____ Fernspr.: _____

Einmalige Beitragsverpflichtung: Mk. _____ Jährliche Beitragsverpflichtung: Mk. _____

Wollen Sie sich im Parteiinteresse betätigen? Wie? _____

Bemerkungen: _____

Deutsche demokratische Partei

Berlin SW. 11
Köthener Straße 35
Eingang Bernburger Straße

Bankkonto: „Demokratischer Wahlschatz"
1. bei sämtlichen Kassen der Deutschen Bank.
2. bei sämtl. Kassen d. Nationalbank f. Deutschland.

Fernspr.: Nld. 964, 965, 1666.
Telegrammadresse: Demopartei.

Nr. 64. 140000. Druck von G. G. Germann in Berlin SW 29

X-DD 249
IX-251

In letzter Stunde!

Preussische Männer und Frauen!

Noch eine kurze Spanne, und das preußische Volk steht vor einer Entscheidung, die für das Schicksal unseres Landes von größter Tragweite ist. Der Tag zur Wahl der **preußischen Nationalversammlung** ist herangekommen, da gibt es nur ein

„Gebot der Stunde"!

Gehet zur Wahlurne.

Wer nicht wählt, versündigt sich am Vaterland!

Die Wahl, welcher Parteiliste man seine Stimme geben soll, kann nicht schwer fallen.

Nicht der Sozialdemokratie!

Diese erstrebt Aufhebung des Privateigentums, Beseitigung des Handwerks, des Kleinhandels, und des Bauernstandes, sie will Verstaatlichung aller Betriebe, sie ist eine reine Klassenpartei.

Durch die Nachgiebigkeit der sozialistischen Regierung ist Spartakus groß geworden, sie verschuldet die Störung der Ordnung, den Zerfall Preußens, die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens.

Keiner rechtsseitigen Partei!

Die **Deutschnationale Volkspartei** verspricht jetzt vor den Wahlen, wie immer, **alles,** aber die Wähler wissen, daß sie noch nie volkstümliche Politik getrieben hat. Sie ist die Partei der Junker, der Kriegsverlängerer, der Reaktionäre, die unter dem Deckmantel einer

Volkspartei

auf Stimmenfang ausgeht, sie ist die Partei, die dem Preußen-Volke das gleiche Wahlrecht verweigert hat, die immer volksfeindlich war und jeden Fortschritt verhinderte, die nur die Geschäfte der Großagrarier besorgte, das hat der Mittelstand, das haben die Landwirte, die Beamten, Angestellten und Arbeiter bitter empfinden müssen.

Die **Deutsche Volkspartei** hat sich mit ihr verbrüdert. Auch in ihren Reihen stehen ausgesprochene Vertreter des Rückschritts und Gegner jedes freien Wahlrechtes, die im Abgeordnetenhause über ein Jahr die Zeit vergeudet haben, um schließlich das gleiche Wahlrecht **abzulehnen,** sie sind **Mitschuldige** an der traurigen Lage, in der wir uns jetzt befinden.

Nicht das Zentrum

das sich jetzt, um Unerfahrene anzulocken, „christliche Volkspartei" nennt.

Männer u. Frauen, wählt diese Parteien nicht!

Für das freiheitlich gesinnte **Volk** in **Stadt** und Land bleibt demnach nur die

Deutsche demokratische Partei!

Diese allein ist eine **wahre Volkspartei,** sie tritt ein für ein demokratisches Preußen, für volle politische Gleichberechtigung, für Abwehr jeder Gewaltherrschaft von links und von rechts, für den Wiederaufbau unseres Staates in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe.

Sie liebäugelt nicht mit der Sozialdemokratie, sondern hat jede Listenverbindung mit ihr entschieden abgelehnt, ebenso wenig ist sie eine Partei des Internationalismus und des Großkapitals.

Auf der andern Seite ist ihr im Interesse einer freiheitlichen Entwicklung Preußens ein Zusammengehen mit reaktionären Elementen unmöglich, und sie will den Wahlkampf daher auch in Preußen aus eigener Kraft durchführen.

Die Deutsche demokratische Partei

will mit aller Entschiedenheit den preußischen Staat nicht zerstückeln lassen, sondern ungeschmälert erhalten.

Wer es mit dem preußischen Vaterlande wohl meint, der gebe seine Stimme der

Deutschen demokratischen Partei

und wähle

Liste Otto, Dominicus, Liepmann, v. Harnack, Klank, Welter, Mahlow, Mattes, Stapusch, Perl, Lindner, Dölz, Berliner.

Das Wahlbüro der Deutschen demokratischen Partei für den Bezirk Potsdam X (Teltow-Charlottenburg) befindet sich in Charlottenburg, Kantstr. 134 (Amt Steinplatz 1306).

X-DD 249
IX-252

24.1.19

Deutsche Männer und Frauen!

Zum zweiten Male tretet Ihr innerhalb weniger Tage an die Wahlurne. Es gilt jetzt, die Verfassung für das neue Preußen zu sichern!

Deutsche Männer und Frauen, haltet die Augen auf! Wieder sind die rückschrittlichen Kreise an der Arbeit, um Euch um alle Errungenschaften der Demokratie zu bringen. Die Deutschnationale Volkspartei, die Erbin der abgewirtschafteten Konservativen und Antisemiten, überschüttet Euch mit einem Wulst von schmutzigen Flugblättern, die Euch zum Klassen- und Rassenhaß aufforden! Die Deutschnationale Volkspartei ist diejenige Partei, die am meisten Schmutz und Verhetzung in den Wahlkampf hineingetragen hat! Sie will hierdurch das deutsche Volk innerlich noch mehr zerwühlen!

Wählerinnen bedenkt, daß dieselben Führer, die jetzt um Eure Stimmen betteln, die schärfsten Gegner des Frauenstimmrechts waren. Sie verdammten jede berufliche und politische Tätigkeit der Frauen mit der Begründung: Die Frau gehört in die Küche. Wenn die Deutschnationale Volkspartei großen Einfluß bekommt, so habt Ihr Frauen zum letzten Male gewählt.

Welche Partei war es denn, die das elendeste aller Wahlsysteme, das preußische Dreiklassenwahlrecht, für alle Zeiten verewigt haben wollte? Es war die konservative Partei oder, wie sie sich jetzt schamhaft nennt, die Deutschnationale Volkspartei! Diese Partei behauptet, die alleinige Beschützerin der christlichen Religion zu sein, und beschimpft die Deutsche demokratische Partei als kirchenfeindliche Judenpartei. Wenn diese Bezeichnung zuträfe, wie könnte an der Spitze der Berliner Liste der demokratischen Partei ein christlicher Theologe stehen, der Direktor für Religionswissenschaft an der Universität Berlin Dr. Troeltsch!

Wähler und Wählerinnen, bedenkt, daß in der Deutschnationalen Volkspartei die größten Kriegsgewinnler sitzen und daß die Feinde der Großstädte, namentlich Berlins, die Junker sind, von denen viele Euch die Lebensmittelpreise bis ins Unermeßliche getrieben haben, die auf ihren Schlössern gut gelebt haben, während ihr gehungert und gedarbt habt. Soldaten, heute, nachdem Ihr nach vier Jahren langer Kriegszeit in die Heimat zurückgekehrt seid, beschimpfen diese selben Leute Euch Unabständige als Vaterlandsverräter!

Ohne das herrliche Auftreten der Alldeutschen und Konservativen wäre die Pest des Bolschewismus und Spartakismus und mit ihm die verabscheuungswürdige Herrschaft der Herren Joffe, Trotzki, Liebknecht und Eichhorn nicht über Deutschland gekommen. Ein Extrem hat dem anderen in die Hand gearbeitet. Heute behaupten diese Herrschaften, von Furcht vor Vergeltung durch das Volk geschüttelt, die Juden seien am Ausbruch des Krieges und am Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht schuld. Sie seien Landesverräter. Nicht die Juden sind es gewesen, die jahrelang zum Krieg gehetzt haben, sondern Alldeutsche und Konservative waren es, die immer einen frischen fröhlichen Krieg haben wollten und so lange mit dem Feuer gespielt haben, bis es sich entzündet hat. Alldeutsche und Konservative, die jetzt die Deutschnationale Volkspartei bilden, sowie sie früher die deutsche Vaterlandspartei gebildet haben, waren es auch, die Deutschland im Auslande so unbeliebt gemacht und uns den Haß fast der gesamten Welt zugezogen haben. Als Deutschlands jetzigem Unglück tragen die Väter der Deutschnationalen Volkspartei die größte Schuld.

Diese Herrschaft der Konservativen und alldeutschen Vaterlandspartei — das ist in Wahrheit die Deutschnationale Volkspartei — darf niemals wiederkehren. Darum darf kein sozialistischer Staat werden, aber ebensowenig ein Staat, der dem durch reaktionäre Militär des Volkes Rechte mißachtet werden.

Im neuen Preußen muß alles durch das Volk und für das Volk geschehen!

Die reaktionären Kreise müssen jetzt endgültig abgewirtschaftet haben. So wenig das deutsche Volk sein Heil bei den Sozialdemokraten und Spartakisten finden kann, so wenig kann es dies bei der Deutschnationalen Volkspartei, deren Angehörige auf das Volk von jeher verächtlich herabgeblickt haben.

Die **Deutsche demokratische Partei** tritt ein für Aufrechterhaltung des

allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlrechts

in Reich, Staat und Gemeinde für alle Staatsbürger beiderlei Geschlechts. Sie fordert staatliche Anerkennung und Aufrechterhaltung aller bestehenden Religionsgemeinschaften, sowie Erhaltung des Religionsunterrichts ohne Gewissenszwang.

Gleiches Recht für alle, Arbeiter, Angestellte, Unternehmer, Beamte, Künstler und Gelehrte! Freie Bahn dem Tüchtigen!

Sicherung der Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer sowie ihrer Witwen und Waisen, schärfste Erfassung aller Kriegsgewinne. Ausgleichende Gerechtigkeit bei der Verteilung der Steuerlasten. Wer gegen den gewaltsamen Umsturz von rechts und links ist, der wählt die

Liste Troeltsch! – Deutsche demokratische Partei!

Zur preußischen Nationalversammlung sind alle Männer und Frauen wahlberechtigt, also auch Nichtpreußen, deren Namen in den Wählerlisten für die Wahl zum 19. Januar enthalten waren oder deren Namen nachträglich eingeschrieben sind

(-DD 249
IX-253

25. I. 19

An die preußischen Wähler!

Der 19. Januar 1919 hat der Deutschen demokratischen Partei den Sieg beschert. Aber noch dürfen unsere Kräfte nicht erlahmen, noch gilt es, ebenso Bedeutungsvolles zu erringen. Die Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung stehen vor der Tür. **Der Erfolg am 26. Januar muß dem Erfolg vom 19. Januar gleichstehen, ja, ihn übertreffen.**

Um was es geht, brauchen wir euch das noch zu sagen, preußische Wähler? In erster Linie handelt es sich um die **Einheit** unseres geliebten Vaterlandes, für welche die Deutsche demokratische Partei mit aller Kraft sich einsetzt. Kurzsichtige Politik will das, was jahrhundertelange pflichttreue, unermüdete Arbeit nicht nur der Dynastie, sondern auch vor allem des Volkes geschaffen und geeint hat, preisgeben und zerstücken.

Wir Preußen lassen uns unser Vaterland nicht nehmen.

Wir sind und bleiben Preußen, so gut wie die Bayern Bayern!

Aber nicht das alte Preußen wollen wir, sondern ein neues, verjüngtes, freies und besseres Vaterland wollen wir uns ausbauen und erhalten. **Freiheit dem Einzelnen und dem Ganzen!** Das ist der Wahlruf, unter dem wir kämpfen und siegen werden.

Wer sind unsere Gegner? Auf der einen Seite stehen die Sozialdemokraten, die mit zu weitgehenden Zielen die Volkswirtschaft gefährden, die mit zu weitgehenden Versprechungen das Volk aufreizen und zu gewinnen versuchen. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Die Begehrlichkeit des einzelnen droht der Gesamtheit zum Verhängnis zu werden. Wir wollen auch den einzelnen schützen, aber vor alle Sonderinteressen setzen wir das eine große Ziel: die Gesamtheit und ihr Wohl, das Volk und seine Entwicklung. So wollen wir nicht einzelne Klassen der Bevölkerung einseitig bevorzugen. Alle sollen teilhaben an den großen Segnungen der Zukunft, die wir unserem Vaterland zu verschaffen hoffen.

Auf der anderen Seite steht die Reaktion, steht namentlich die Deutschnationale Volkspartei. Habt ihr sie und ihre Gesinnung, preußische Wähler, nicht kennengelernt in dem Wahlkampf zur Deutschen Nationalversammlung? **Unter gleißendem Namen einer Volkspartei verbirgt sich das geschlagene alte Junkertum.** Glaubt ihr, daß die, die euch das allgemeine Wahlrecht verweigert haben, das ungerechteste aller Steuersysteme stets nur zu ihren Gunsten auszugestalten versuchten, glaubt ihr, daß die eure Interessen wirklich zu wahren entschlossen sind? Und habt ihr sie nicht erkannt in der Art, wie sie den Wahlkampf gegen die große Partei aller wirklich demokratisch Gesinnten geführt haben? Weil sie ihr Programm nicht zu enthüllen wagten! Haben sie nicht mit niedrigsten Mitteln versucht, uns zu beschimpfen? Sie haben uns nationales Empfinden abgesprochen und sich als die deutsche nationale Partei bezeichnet. Sie, die Deutschland durch ihre Ländergier, durch ihre Verachtung des Rechtes, durch ihre einseitige Betonung aller Standesinteressen in unsere furchtbare Lage gebracht haben. Sie, die Kriegsverlängerer, sie, die Kriegsverlierer, wagen, sich als Erbpächter des nationalen Empfindens aufzuspielen.

X-DD 242
IX-254

Die ausschlaggebende Partei.

Das deutsche Volk soll am nächsten Sonntag, den 19. Januar, seine Zukunft entscheiden. Wie die Wahl ausfallen wird, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Anhalt, Mecklenburg-Strelitz und Braunschweig im Norden — Baden, Württemberg und Bayern im Süden haben bereits ihre Landesversammlungen gewählt. In den kleinen Nordstaaten ist die Sozialdemokratie an die Herrschaft gekommen, in den großen süddeutschen Staaten ist überall die Deutsche demokratische Partei die ausschlaggebende Partei geworden. Die Unabhängigen Sozialdemokraten erzielten durchweg nur lächerliche Minderheiten. Ebenso haben die Konservativen, die sich jetzt schamhaft „Deutschnationale Volkspartei" nennen, und die Rechtsnationalliberalen der sogenannten „Deutschen Volkspartei" überall Ablehnung bei den Wählern gefunden. Nach den bisherigen Wahlen steht schon heute fest, daß diese Rückschrittler aller Richtungen von rechts und die unabhängigen Sozialisten von links kleine vorgelade Minderheiten in der Deutschen Nationalversammlung sein werden. Darum wählt nicht „deutschnational" oder „Deutsche Volkspartei". Ihr verdammt euch damit selbst zur Einflußlosigkeit!

Die Partei des deutschen Bürgertums wird in der Nationalversammlung die Deutsche demokratische Partei sein.

In ausschlaggebender Stellung wird sie nach langen Jahren dem Bürgertum wieder eine einflußreiche Stellung sichern können. Ihr Kampf für Macht und Ordnung, für den freien Volksstaat und für soziale Gerechtigkeit kann um so nachdrücklicher geführt werden, je weniger Stimmen nach rechts und links absplittern.

„Deutschnationale" und „Deutschvolksparteiliche" führen den Kampf mit den Mitteln der Verzweiflung. Da sie den Kruppschen Generaldirektor Hugenberg auf eine gemeinsame Liste in Westfalen gesetzt haben, fehlt es ihnen nicht an Wahlgeldern. Sie überschütten Groß-Berlin mit Flugblättern, Plakaten und Handzetteln. In geheimen Anweisungen geben sie die Parole aus, daß „der Kampf besonders gegen die Demokraten" geführt werden soll. In ihren Versammlungen und Veröffentlichungen wird nach diesen Anweisungen gehandelt. Ihre ganze Agitation ist nichts anderes als Dolchstöße in den Rücken des demokratischen Bürgertums, das den schweren Kampf gegen die Sozialdemokratie aller Richtungen zu führen hat. Dabei sind es vergiftete Waffen, die die Reaktionäre anwenden. Mit den wertvollsten Geistesgütern versuchen sie kleinliche Parteigeschäfte zu machen. Dabei haben sie in Teltow-Charlottenburg Herrn Traub aufgestellt, dessen religiöse Ideen die konservative Presse einst als „modernes Heidentum" bezeichnete. Jetzt ist der „moderne Heide" über Nacht der wahre Schützer der christlichen Religion geworden! Gegenüber uns Demokraten, die für den vollen Schutz aller religiösen Interessen und für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule eintreten. Ihre Anhänger versuchen auch mit einem wüsten Antisemitismus Wählerfang zu treiben, dabei war die Mutter der Mitkandidatin Traubs selbst Jüdin. Sie leugnen konservativ zu sein, aber sie sind in allen Dingen treue Jünger Heydebrands. Wie Herr v. Heydebrand meinte, England in sechs Wochen zu vernichten, so erklärte auch der neue Chef der Deutschnationalen, Minister Hergt, die amerikanische

X-DD 249 IX-255

Aufheben! Weitergeben!

Frauenausschuß der Deutschen Demokratischen Partei

Berlin SW 11, Köthener Straße 35, Eingang Bernburger Straße

Fernsprecher: Amt Nollendorf 964, 965, 1666 · Telegramm-Adresse: Demoparte. Bankkonto: „Demokratischer Wahlfchatz" 1. Bei sämtlichen Kassen der Deutschen Bank. 2 Bei sämtlichen Kassen der Nationalbank für Deutschland

Wir demokratischen Frauen

wir verbitten uns:

Den Hochmut, der uns nur als Stimmvieh behandeln will,
das Geldprotzentum, das uns und alles glaubt kaufen zu können,
den Umsturzwahn derer, die erst einmal alles ruinieren wollen, ohne etwas aufbauen zu können,
die würdelose Selbsterniedrigung im Unglück.

Wir verlangen für uns und unsere Kinder:

Eine gute Erziehung aller Tüchtigen,
eine hinreichende Ernährung aller Hungrigen,
eine gerechte Entlohnung aller Fleißigen,
einen freien Glauben aller Hoffenden.

Wir bekennen:

Daß wir gut deutsch sind und bleiben wollen,
daß wir Vertrauen in Deutschlands Zukunft haben,
daß wir uns die Religion nicht nehmen lassen,
daß wir auf Freiheit und Selbstverantwortlichkeit bauen,
daß wir zur Deutschen Demokratischen Partei gehören.

Wir verpflichten uns:

Am Wahltage die Liste der Deutschen Demokratischen Partei abzugeben,
vor dem Wahltage für diese Liste zu werben,
uns selbst politisch zu bilden und Belehrung zu suchen,
auch nach der Wahl die Politik mit Frauengeist zu erfüllen.

Druck: Wilhelm Wagner, Berlin S 42, Brandenburgstr. 23.

Nr. 18. 100 000.

X-DD 249 1
IX-256

Wir und die Anderen!

Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Christliche Volkspartei: soviel Volk gibt es gar nicht, wie zurzeit in Deutschland an „Volks"parteien aufmarschieren. Besonders jetzt zu den Wahlen liegt allen zum Volke herab. Die Leute, die sonst nur mit tiefster Verachtung vom Volke sprechen, bevölkern diese „Volks"parteien, zahlen schwere Summen zu den Wahlkosten, halten flammende Reden über des Volkes Wohl, schreiben Bücher und Aufsätze über Deutschlands Zukunft. Aber man darf sich nicht von ihren Worten betören lassen, sondern **muß nach ihren bisherigen Taten fragen.**

Eines der bekanntesten nationalistischen Blätter, die „**Rheinisch-Westf. Zeitung**", hat kürzlich in außerordentlich treffender Weise

eine Kennzeichnung aller dieser Parteien

gegeben. „In Nr. 318 vom 7. Mai sagte das Blatt, daß jetzt von allen Seiten gegen die Revolution geschrieben und gewettert werde. Warum sei es aber so weit gekommen? **Weil dreißig Jahre lang eine wahnwitzige Politik getrieben worden sei.** Das Blatt fährt fort:

„Man muß es laut aussprechen: Diejenigen, die an dieser wahnwitzigen Politik schuldig sind, diejenigen, welche damals in führenden Stellungen waren oder welche politische Führer des Volkes waren und diese Politik mitgemacht haben, alle diejenigen, welche es verschuldeten oder duldeten, daß das deutsche Volk in einen Krieg gerissen wurde gegen sämtliche Grundsätze und Weisungen der Ethik, sie mögen gehandelt haben aus Unkenntnis, aus Bequemlichkeit oder aus Feigheit, **sie alle sind unwürdig, auch heute noch das deutsche Volk zu leiten, sie sind unfähig, ein Staatsamt zu bekleiden oder vom Volke durch Wahlen empor getragen zu werden.** Wie die Geschäftsmänner mit diesen gesiebt sind, die uns in diese grausame Not hineingelenkt haben, so haben auch **die** ihre politische Zukunft verwirkt, die, welche als Politiker die Gefahr verkannt oder leichtfertig eingeschätzt haben. Das gilt natürlich zuerst von den Parteien, die am meisten an diesem unglücklichen Bündnis mit dem Hause Habsburg, an das sich das weitere Bündnis mit der Türkei anschloß, schuldig sind, **nämlich die gesamte „Demokratie" und das Zentrum;** es muß immer wieder gesagt werden, diesen Parteien entgegengeworfen werden, daß sie, welche heute in der Revolutionspolitik mitarbeiten, die **Hauptträger dieser wahnwitzigen Politik gewesen sind. Aber es gilt auch für die Rechtsparteien.**

Wer sind nun im einzelnen die **Parteien,** an denen diese berechtigte Kritik geübt wird?

Auf dem rechten Flügel steht die

Deutschnationale Volkspartei.

Sie hat sich diesen Firmenschild erst seit anderthalb Jahren beigelegt, nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch vom November 1918, als die alten Gewalten sich feige in ein Winkel verkrochen, weil sie die Rache des getäuschten und hintergangenen Volkes fürchteten. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich aus **der früheren Konservativen Partei, aus den Freikonservativen, aus dem Bund der Landwirte, aus den Antisemiten und aus mehreren anderen reaktionären Parteigruppen gebildet.** Den Ton geben bei ihr **die Junker und die Alldeutschen** an, dieselben Leute also, die bis zur Revolution in der Regierung gesessen oder die Regierung maßgebend beeinflußt haben.

Allen Erfordernissen der neuen Zeit stemmten sie sich entgegen. **Die Rechte der Arbeiterschaft** wurden von ihnen **mit allen Mitteln der Gewalt und der Lüge** verkürzt, nur in Ziel galt ihnen, die Erhaltung der Privilegien ihrer eigenen Klasse.

Und was **wollen die Deutschnationalen** heute? Die **Rückkehr der Hohenzollern,** die Wiederherstellung des alten Herrschaftsverhältnisses, die Aufhebung in einem neuen Revanchekrieg, **die Zurückversetzung der werktätigen Bevölkerung in die alte Rechtlosigkeit.** Wer jetzt noch einen Deutschnationalen wählt, für den gilt das alte Wort: **„Nur die allergrößten Kälber, wählen sich den Metzger selber!"**

Dann kommt die den Deutschnationalen gefährlich verwandte Partei,

die Deutsche Volkspartei.

Sie ist **gleichfalls nach dem** November-Zusammenbruch entstanden. Sie war vor allen Dingen aus dem rechten Flügel der **nationalliberalen** Partei. Die Deutschnationale Volkspartei **und beherrscht von den** großindustriellen Scharfmachern. Es ist **Dr. Neumann,** von seinem Verband **50000 Mark erhalten,** damit er sie für seine Kandidatur zu den Reichstagswahlen verwenden soll. Herr Dr. Neumann **will für die Deutsche Volkspartei auftreten.** Er hat aber erklärt, daß er noch weitere Hunderttausend Mark **braucht,** damit seine Kandidatur an erster Stelle **geschiert werde.** Wenn Herr Dr. Neumann ins Parlament einziehen sollte, so wird man bei diesem ehrenwerten Mitglied der Deutschen Volkspartei wissen: er ist **der Vertreter des Schmapskapitals,** dem die bisherigen fetten Gewinne noch nicht genügen.

Inzwischen hat sich ihm aber noch ein neuer Bundesgenosse hinzugesellt. Herr Dr. **Hugo,** der schon in der Nationalversammlung als **Vertreter des Lebergroßhandels** saß und der diese lohnende Beschäftigung auch im kommenden Reichstag wieder ausüben möchte. Dieser Dr. Hugo ist besoldetes Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Ledergroßhändler. Er hat in diesen Amtstag bei der Regierung die **Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder durchgesetzt,** mit dem Erfolg, daß die Preise für Leder um das Fünf- bis Sechsfache stiegen und der Lederhandel und die **Lederindustrie Gewinne bis zu 50 Prozent** einstecken konnten. Herr Dr. Hugo hat für seine Bemühungen **50000 Mark Entschädigung** vom Verband der Ledergroßhändler erhalten. Dr. Hugo ist politischer Vertreter der **Deutschen Volkspartei.**

Noch andere kapitalistische Kreise sorgen für den Wahlfonds der Deutschen Volkspartei. **Bayrische Brauereibesitzer haben 150000 Mk. gestiftet, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat 200000 Mk., der Hamburger Reedereiverband 50000 Mk., die Schlesische Montangesellschaft 25000 Mk.** und so fort in langer Reihenfolge. Wer also seine Stimme der Deutschen Volkspartei gibt, der muß jetzt wissen, daß er die Partei der politischen Korruption unterstützt. Er stärkt die Interessen des Großkapitals, er sorgt mit dafür, daß die werktätige Bevölkerung noch mehr als bisher vom Unternehmertum ausgebeutet wird!

Die Christliche Volkspartei

hat zu ihrem alten Firmenschild wieder aufgesetzt, sie ist wieder zu ihrem alten Namen zurückgekehrt.

Das Zentrum ist die Vertreterin der katholischen Kirche. Es behauptet, daß es die Interessen aller katholischen Kreise in gleichmäßiger Weise wahrnehme. In Wirklichkeit wird die Politik des Zentrums von den katholischen Kapitalisten und von den katholischen Agrariern beherrscht. Diese Kreise spielen dort die erste Rolle. **Die Bedürfnisse aller anderen Volkskreise, insbesondere der Arbeiter,** sind von jeher **vom Zentrum auf das gröblichste vernachlässigt worden.** Die Religion muß dieser Partei als Deckmantel für ihre volksfeindlichen Pläne herhalten.

Die Geschichte der Zentrumspartei ist eine Geschichte des Verrats an den Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Während des Krieges war das Zentrum **der getreue Schildhalter der deutschen Kriegführung.** Die Partei hat alle Kriegskredite bewilligt, sie hat trotz ihres angeblich christlichen Charakters nichts gegen, um das unchristliche Völkermorden zu beenden. Im Gegenteil, ihre führenden haben sich im Reichstag ausdrücklich mit den Eroberungszielen **der deutschen Regierung einverstanden erklärt.**

Als „Partei des Bürgertums" tritt die

Deutsche Demokratische Partei

auf. Auch diese Partei ist kein neues Gebilde, sondern lediglich **die Fortsetzung der alten Fortschrittspartei in Verbindung mit dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei.**

Die Liberalen waren von jeher die Vertreter des Bankkapitals und der verarbeitenden Industrie, also des Kapitals überhaupt und des kleineren Industriekapitals. Ihr Liberalismus mußte stets in Luft aufgehen, wenn er mit den Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Berührung kam. Die Fortschrittler und besonders die Nationalliberalen haben denn auch schon vor dem Kriege nichts getan, um die immer rücksichtslosere antiproletarische Reaktion zu bekämpfen, sie haben sich aber bei allen Gelegenheiten mit der Reaktion **verbündet, um die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu schädigen.**

Nach den Revolutionstagen des November 1918, als die Liberalen die Demokratische Partei gründeten, zeigte es sich sofort, daß diese nur das eine Ziel hatten, die **alte kapitalistische Wirtschaft wieder zu errichten und neu zu befestigen.** Sie haben während der letzten einviertel Jahre **die Schule an die Kirche verraten,** sie haben **das Betriebsrätegesetz** so unzulänglich, daß von den

X-DD 249

IX-257



DIE SOZIALDEMOKRATIE

„Genuß & Rausch für Alle!"



DIE UNABHÄNGIGEN

„Es leben die Ordnung!"



DIE DEUTSCHE VOLKSPARTEI

„Pflegt Euren seeligsten Ochsen!"



DIE DEUTSCH-NATIONALE VOLKSPARTEI

„Ich kann Nein Deutschen muß, ich kann nur noch Deutsch!"



DAS ZENTRUM

„Sinnbild Ich Triumpf!"

„Einigkeit und Ehrenhaftigkeit!"

„Freiheit und Arbeit"



DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI

X-DD 249
IX-258

Soldaten!

Die Heimat grüßt ihre wiedergewonnenen Söhne! Alle Herzen schlagen Euch entgegen! **Heißer Dank** wird Euch, unseren **tapferen Unüberwundenen**, die Ihr den heiligen Boden des Vaterlandes vor feindlichem Einbruch geschützt habt, die Ihr geblutet habt für Deutschlands Frauen und Kinder, die Ihr das **deutsche** Banner in Ehren gehalten habt einer Welt von Feinden gegenüber!

Eine **neue Heimat** ist es, in die Ihr zurückkehrt. Im brausenden Sturm der Revolution ist das Alte und Ueberlebte dahingesunken. Freiheit herrscht, wo einst Tausende von Banden den einzelnen umschlossen hielten! Groß ist die Zeit, da Ihr zurückkehrt, denn die Schicksale unseres Volkes werden heute von Euch, von uns allen, von dem deutschen Volke für Jahrhunderte geschmiedet.

Aber es liegen in der gegenwärtigen Stunde auch schwere Gefahren!

Was wollt Ihr, die Ihr in die Heimat zurückkehrt? Drei Dinge sind es, die heute jedermann heiß ersehnt:

Freiheit! Friede! Arbeit!

Freiheit! Sie kann nicht gedeihen durch die Reaktion, sie kann sich auch nicht entfalten unter dem Machtgebot einer Diktatur oder des Terrors. Einen Volksstaat haben wir gegründet: **Die deutsche Republik** nimmt Euch auf. Nur auf dem Boden der Demokratie des gleichen Rechts für alle kann die Freiheit bestehen, nur die **Nationalversammlung**, erwachsen aus dem gleichen Wahlrecht der deutschen Männer und Frauen, kann ihr die notwendige Grundlage des Gesetzes geben.

Friede! Der Friede kommt nicht ohne Freiheit! Unsere Gegner, die nach unserer Vernichtung strebten, schließen keinen Frieden mit einer kleinen Schicht von Menschen, die das andere Volk ganz in die Abhängigkeit zwingen.

Arbeit! Könnt Ihr Arbeit finden, wenn nicht Friede herrscht? Sollen wir Euch die Folgen schildern der allseitigen Arbeitslosigkeit, die eintreten muß, wenn wir **sehr nicht** zum Frieden kommen? Unsere Kinder müßten hungern, Eure Frauen müßten betteln gehen. Unversorgt bleiben die Witwen und Waisen Eurer auf dem Felde der Ehre gefallenen Brüder! Unversorgt bleiben all die Hunderttausende, die ihre Gesundheit dahingeopfert haben auf dem Altar des Vaterlandes und die nun von ihrem Volke den Ausgleich fordern, den sie zu fordern berechtigt sind.

Wir brauchen die Nationalversammlung so nötig wie nur möglich. Wir brauchen eine von ihr geschaffene Regierung, welche die Republik im Innern gestaltet und das Reich nach außen vertritt, so daß die Feinde bereit sind, Frieden zu schließen!

Soldaten! Die Deutsche demokratische Partei steht im Dienst dieser Gedanken; sie will für Euch und mit Euch tätig sein zum Wiederaufbau des Reiches, zur schleunigen Gewinnung von Frieden, Freiheit und Arbeit. Deshalb tretet in unsere Reihen, werdet Vorkämpfer für den demokratischen Gedanken, wie Ihr Kämpfer mit der Waffe gewesen seid.

Werbt! Helft! Arbeitet! Schließt Euch an!

Deutsche demokratische Partei.

Anmeldungen sind zu richten an das Parteibüro, Berlin W 62, Kurfürstenstraße 107.

X-DD 249
IX-259

Wähler und Wählerinnen!

Euer Tag ist gekommen!

Die Nationalversammlung, die am 19. Januar gewählt werden soll, hat die Aufgabe, dem neuen Deutschland ein Staatsgrundgesetz, eine neue Verfassung zu geben. Erst wenn diese Grundlage zur Deutschen Republik geschaffen ist, kann Ruhe und Ordnung und der heiß ersehnte Frieden bei uns einkehren. Erst dann kann der Aufbau des neuen Deutschlands beginnen.

Kein Wähler und keine Wählerin darf darum der Wahlurne fernbleiben. **Wahlrecht ist Wahlpflicht!** Wähler und Wählerinnen von Berlin! Die Konservativen, die Träger des alten zusammengebrochenen Regierungssystems, dürfen in der Nationalversammlung keinen Einfluß gewinnen. Im Gefühl ihrer Schwäche haben sich die Deutsch-Konservativen, die Freikonservativen, die Antisemiten und der Bund der Landwirte zu einer Partei verschmolzen, die sich die **Deutschnationale Volkspartei** nennt. Unter dieser Maske gehen die Konservativen, diese **Beschützer des Großgrundbesitzes** und der **Adelsprivilegien**, und diese Gegner aller volkstümlichen Reformen auf Wählerfang aus. **Aber alle Mühe wird umsonst** sein. Die Konservativen sind immer städtefeindlich gewesen, und **ihre Feindschaft hat sich ganz besonders gegen Berlin gerichtet.** Die Deutschnationale Volkspartei hat zu ihren Hauptführern Alldeutsche und frühere Mitglieder der deutschen Vaterlandspartei, also Vertreter jener **verhängnisvollen Politik, die durch Aufstellung maßloser Kriegsziele unseren Feinden den Glauben an die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes geraubt,** zur Verlängerung des Krieges beigetragen und so das Unglück Deutschlands verschuldet hat.

Die Sozialdemokraten üben jetzt bei uns eine Alleinherrschaft aus. Diese muß durch die Nationalversammlung gebrochen werden. Denn, die letzten Wochen haben jedem die Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur Regierung gezeigt und jedem die Leiden eines sozialdemokratischen Regiments zur Genüge fühlbar gemacht. Wenn sich auch die Regierungssozialisten, die unabhängigen **Sozialdemokraten und** die Liebknechtschen Anhänger unter einander beschimpfen, und kein Schimpfwort gemein, kein Verbrechen schamlos genug ist, daß es der sozialdemokratischen Regierung und ihren Führern von den übrigen sozialdemokratischen Gruppen nicht nachgesagt würde, **so haben die Regierungssozialisten und die** unabhängigen Sozialdemokraten in sehr vielen Wahlbezirken ihre Listen verbunden. Das **ist nicht wunderbar, denn in ihrem Endziel, in das Privateigentum einzugreifen, stimmen alle sozialdemokratischen Richtungen, die um Ebert, die um Haase und die um Liebknecht überein!** Wähler und Wählerinnen, vergeßt nicht, daß die Sozialdemokratie von den leitenden Stellen der Regierung alle nicht sozialdemokratischen Volksschichten ausgeschlossen hat, trotzdem nur durch die hingebende Arbeit der Beamten und anderer bürgerlichen Kreise der Bestand unseres Reiches aufrechterhalten worden ist. Die **Sozialdemokratie, die sich** unfähig gezeigt hat, Ordnung zu schaffen und Ruhe zu halten, die uns den **Bürgerkrieg**

X-DD 249 1

IX-260

Die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Frauen.

Was soll die Frau in der Politik?

1. Den Männerzank vermindern!
2. Die Volkseinheit erhalten.
3. Den Volksstaat für alle wohnlich machen!
4. Die Volksschule in Stadt und Land bessern!
5. Die Volkssitte und Volksgesundheit pflegen!
6. Sich selbst als Bürgerin fühlen!

D. Friedrich Naumann.

Parteibüro: Berlin SW 11, Köthener Str. 35.

Druck von H. G. Hermann in Berlin SW 19.

Nr. 85. 20000.

X-DD 249 IV-261

Demokraten heraus!

Es geht um alles!

Der Bestand des Deutschen Reiches

ist in ernstester Gefahr, wenn es der durch ungeheure Geldmittel unterstützten demagogischen Agitation der **rechtsstehenden Parteien** gelingen sollte, die Zahl ihrer Mandate im neuen Reichstage wesentlich zu erhöhen, oder wenn die beiden **sozialistischen Parteien** in die Lage kämen, allein die Regierung zu übernehmen und ihre letzten Ziele zu verwirklichen.

Die ruhige Entwicklung, die Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse, die Überwindung der herannahenden wirtschaftlichen Krisis und der allmähliche Wiederaufbau Deutschlands werden nur dann gewährleistet, wenn

die Deutsche Demokratische Partei erheblich gestärkt

aus dem Wahlkampf hervorgeht und einen größeren Einfluß als bisher in der auf absehbare Zeit unumgänglichen Koalitionsregierung ausüben vermag.

In dieser furchtbar schweren Zeit, in der das Deutsche Volk über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg einig sein sollte, um das für seine Zukunft Wichtigste,

die Revision des Friedensvertrags von Versailles,

zu erreichen, werben 13 Parteien in Berlin um die Stimmen der Wähler, darunter neue Gebilde, die keinerlei Aussicht auf Erringung von Mandaten haben; sie treiben in unverantwortlicher Weise den Keil der Zersetzung in das Volk.

Wähler! Seid auf der Hut!

Laßt Euch durch Angriffe und Verdächtigungen, die gegen uns geschleudert werden, ebenso wenig wie durch unerfüllbare Versprechungen von rechts und links irre machen. Der **Nationalismus der Kriegsverlängerer**, der Vorläufer der jetzigen **Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei**, hat Deutschland in das Verderben gestürzt, **der Sozialismus** ist und bleibt eine Utopie und das ungeeignetste Mittel, unserem verarmten Lande wieder zu geordneten Verhältnissen, zu Ansehen im Rate der Völker und allen Bürgern zu Glück und Zufriedenheit zu verhelfen.

X-DD 249
II 262

An die deutsche Jugend!

Die Stürme der Revolution haben Throne und Dynastien hinweggefegt und das Gebäude des alten Reiches in Trümmer gelegt.

Es erhebt sich die bange Frage: Wird es gelingen, trotz schwerster Bedrückung durch harte Waffenstillstands- und Friedensbedingungen in kürzester Frist dem deutschen Volke ein neues Haus zu bauen? Ein Staatsgebäude, erfüllt von freiheitlichem Geist, in dessen hellen und luftigen Räumen ein jeder Bürger sich heimisch fühlen kann? Sind die Baumeister zur Stelle? Und die Hände bereit zuzugreifen, um die Bausteine herbeizutragen? Aus dem Munde der an die eigene Zukunft glaubenden Jugend erschallt auf diese Frage vielstimmig die Antwort:

Ja, wir wollen helfen!

Wir, die wir todbereit zahllose Male unser junges Leben eingesetzt haben für unser Vaterland, wir geloben in dieser schwersten Stunde, die das deutsche Volk erlebt, in ungebrochener jugendlicher Begeisterung mit allen unseren Kräften mitzuarbeiten am Aufbau der neuen großen deutschen Republik.

Nicht einen Klassenstaat gilt es zu schaffen, in dem die alten Herrenkaste abgelöst wird durch eine neue bevorrechtigte Schicht, durch eine Diktatur des Proletariats. Nein, wahrhaft freiheitlich und demokratisch soll die Verfassung sein. Es soll endlich wahr gemacht werden das Wort:

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Überall! In Schule, Heer und Verwaltung, in Gewerbe, Handel und Industrie, in Kunst und Wissenschaft. Jeder soll vorwärts kommen können, ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis. Wir glauben nicht an die Theorien der proletarischen Klassenpartei, der allein seligmachenden Sozialdemokratie. Wir glauben insbesondere nicht an die versprochene sozialdemokratische Freiheit. Die Vorgänge der letzten Wochen lassen nur zu deutlich darauf schließen, daß in der rein proletarisch-sozialistischen Republik der Gewissenszwang, den Aufstieg der Tüchtigen und Charakterfesten hemmend, fortleben würde wie in dem zusammengebrochenen alten Obrigkeitsstaat.

Wir fordern:
Gewissensfreiheit für jeden!

Unser gesamtes Wirtschaftsleben muß von neuzeitlichem sozialen Geiste durchdrungen sein. Wir verwerfen aber überstürzte und gewagte sozialistische Experimente, die unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt aufs schwerste gefährden und die Erwerbsmöglichkeit der breiten Massen dauernd vermindern würden.

Auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, zu dem wir uns ehrlich bekennen, verlangen wir im Sinne der Vorkämpfer deutscher Bürgerfreiheit, der Helden der 48er Revolution, welche die Forderung der Einheit aller Deutschen auf ihre schwarz-rot-goldenen Fahnen schrieben, den Zusammenschluß mit Deutsch-Österreich. Verwirklichen wir die Ziele jener Männer, mit denen wir uns eins fühlen in glühendster Vaterlandsliebe!

Überzeugt, daß das Programm der Deutschen Demokratischen Partei unseren jugendlichen Idealen von Recht und Freiheit entspricht, tritt der

Demokratische Jugendverein Groß-Berlin

der es sich zur Aufgabe macht, die freiheitlich gesinnte Jugend Berlins zu sammeln und politisch zu schulen, auf den Boden der

Deutschen Demokratischen Partei.

Ihr alle, die Ihr noch abseits steht, schließt die Reihen! Jugendliche deutsche Bürger und Bürgerinnen, laßt uns gemeinsam kämpfen für die wahrhafte Demokratie!

Arbeiter und Angestellte, Kaufleute, Beamte, Studenten und Künstler!
Ihr alle seid uns willkommen!

Die Wahlen zur Nationalversammlung, die über die Zukunft des deutschen Volkes entscheiden werden, stehen vor der Tür.

Euer Schicksal ist in Eure Hand gegeben.

Vom 20. Jahre an hat jeder und jede Deutsche das Wahlrecht. Von der Haltung der Jugend hängt alles ab. Möge sie sich der Verantwortung bewußt sein.

Nur im Rahmen einer Parteiorganisation kann politische Arbeit geleistet werden.

Das Wahlrecht verpflichtet zur tätigen Anteilnahme am öffentlichen staatsbürgerlichen Leben.

Deshalb:

Demokratische Jugend, organisiert Euch!
Tretet ein in den Demokratischen Jugendverein Groß-Berlin!

Ihr erwerbt hierdurch die Mitgliedschaft in der Deutschen Demokratischen Partei.

Der Vorstand des Demokratischen Jugendvereins Groß-Berlin.

Für den *Demokratischen Jugendverein Groß-Berlin* nimmt Anmeldungen von Männern und Frauen bis zu 40 Jahren an und erteilt alle Auskünfte der Schriftführer Rechtsanw. *Dr. Hans Kaufmann, W. 57, Bülowstr. 90.*

Druck: Otto Herbert, Berlin S. 42, Ritterstr. 18.

X-DD 249
IX-263

Auf zur Wahl!

Am 6. Juni ist Reichstagswahl. Auf jede Stimme kommt es an. Wahlenthaltung darf nicht sein. Aber **keine** Stimme den Rechtsparteien, **keine** Stimme den Sozialisten.

Wählt Deutsch-demokratisch!

Ein Wahlerfolg der Rechtsparteien wäre das Unglück Deutschlands; der vollständige Zusammenbruch des Vaterlandes, Bürgerkrieg würden die Folge sein.

Ein Sieg der Sozialisten würde die gleichen Folgen zeitigen und die Vernichtung aller selbständigen Existenzen bringen.

Die **Demokratische Partei** ist die **Partei der Mitte, die Partei der Versöhnung, des Rechts und der Ordnung.**

Deshalb jede Stimme

für die Liste Carl Friedrich von Siemens, Gustav Hartmann, Dr. Marie Baum, Obermeister Schneider.

Frühzeitige Stimmabgabe ist sehr erwünscht. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr, nach 6 Uhr abends wird niemand mehr zur Stimmabgabe zugelassen.

Ihr Wahllokal befindet sich:

Bei Schulz, Sophienstraße 8.

Deutsche Demokratische Partei, Berlin XIII.

Der Vorstand:

Rechtsanwalt Ber. Kaufmann. Angestellte J. Graf. Wissenschaftlicher Hilfslehrer Landsberg. Frau Rechtsanwalt Bamburger. Städt. Verkaufsvermittler Rieser. Frau Geheimrat Drewes. Töpfermeister Krause. Kaufmann Feldt. Handelsrichter Heilmann, Bürgerdeputierter. Kaufmann Hollers. Frau Karminski. Kaufmann Rd. Levy. Apotheker Loetzinger. Lehrer Paserwaldt. Bezirksvorsteher Rudensohn. Kaufmann Wenck.

Berliner Industriedruckerei G. m. b. H. Berlin N. 39

X-DD 249
IX-264

Warum müssen wir am 26. Januar wieder wählen?

Bist du ein Preuße?

Die vergangene Wahl galt dem Deutschen Reich, die künftige am 26. Januar gilt dem Preußischen Staat. Die Preußische Nationalversammlung soll den Fortbestand Preußens sichern und Berlin als Hauptstadt festhalten.

Es ist die erste Wahl, die nicht unter dem **ungerechten** von uns stets bekämpften **Dreiklassen-Wahlrecht** stattfindet. Es ist eine **wahrhaft demokratische** Wahl. Glaubt nicht, mit dem einen Wählen sei nun genug geschehen. Noch stehen erst die Wände des Hauses, innen ist es noch nicht fertig.

Die Wahllokale werden vermehrt, Ihr braucht diesmal nicht so lange zu warten. Kommt und wählt für die

Deutsche demokratische Partei

Ihre Liste ist die Liste **Troelsch**
Ihre Kandidatin Frieda **Wunderlich**

Frauenversammlungen finden statt am Sonnabend, den 25. Januar, abends 7½ Uhr

im Königstädtischen Lyzeum, Greifswalder Straße 25
in der Aula der Gemeindeschule Tilsiter Straße 4/5
in der Turnhalle Schönhauser Allee 166a
in dem Saal des Brüdervereins, Kurfürstenstraße 115/116.

Thema: **Warum müssen wir am 26. Januar wieder wählen?**

Rednerinnen: Frl. Else Lüders, Frl. Adele Friedländer, Frl. Hildegard Epstein, Frau Riegener.

Fliegendes Blatt! Vom Flugzeug abgeworfen!

X-DD 249
IX-265

An Alle!

Deutschland verlangt nach Kraft und Rettung. Es wird von allen Seiten angefressen. Wo sind unsere deutschen Elsässer? Was geschieht mit den Deutschen in Westpreußen und Posen? Gedenket an Oberschlesien! Denkt an die Deutschen in Oesterreich! Jetzt sollten wir eine Volksregierung haben, die angetrieben vom Geiste des deutschen Nationalsinnes trotz der Niederlage den Mut hat, den Deutschösterreichern die Hand zu reichen und sie an Deutschland heranzuziehen! Wir alle wollen niemals die Rückkehr der verderblichen Eroberungspolitik der „Vaterlandspartei", wir verfluchen den Hochmut derer, die uns ins unsagbare Unglück hineingetrieben haben, aber als Abladeplatz für fremde Völker ist Deutschland auch jetzt noch zu gut. Noch immer gilt in aller Not und Qual für uns: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!" Das hoch zu halten, ist **Deutsche Demokratie!**

Als Demokraten verlangen wir die

Gleichheit aller Volksgenossen ohne Ausnahme.

Wir wollen keinen Konfessionsstreit und keinen Klassenhaß. Die gemeinsame Not soll und muß uns vereinen. Jetzt ist es ein Verbrechen am Volk, wenn jede Gruppe ihre besondere Suppe kochen will. Alles, was deutsch und freiheitlich ist, gehört zusammen: „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand!" Wer jetzt nicht Sozialdemokrat ist und nicht Rückschrittler, der findet sich zusammen in der

Deutschen demokratischen Partei.

In schweren Zeiten erscheint es uns noch unverantwortlicher als sonst, die gläubigen Grundsätze und Gefühle zu verletzen, wie es der bisherige preußische Kultusminister Adolf Hoffmann getan hat. Wir alle, mögen wir evangelisch sein oder katholisch, wissen, welchen heiligen Schatz unsere Vorväter in ihrer Religion uns hinterlassen haben und werden ihn gegen jede Regierung verteidigen, die mit roher Hand in zarte und innerliche Dinge eingreift. Wenn nach dem Verschwinden der Monarchen die Lostrennung der freien Kirche vom religionslosen freien Staate stattfinden muß, so hat sie unter Wahrung der gleichen Rechte aller Religionsgemeinschaften zu erfolgen. Der konfessionelle Unterricht soll auch in Zukunft überall dort ohne Zwang dargeboten werden, wo die Bevölkerung es will. Wir sind überzeugt, daß sie es fast überall wollen wird, denn ein Volk, das aus dem Verderben wieder auferstehen will, bedarf seiner ewigen Güter.

Die Staatsform der Zukunft soll der deutsche Volksstaat sein, die deutsche Republik. Damit erfüllt sich ein Herzenswunsch der alten Demokraten von 1848. Ganz Deutschland soll geeinigt sein unter einem vom Volke gewählten Präsidenten oder Kanzler. Er empfängt

X-DD 249
IX-266

Preußische Männer und Frauen!

Wem gebt Ihr Eure Stimme am Sonntag?

Der Deutschnationalen Partei?

Nein!

Der Deutschen Volkspartei?

Nein!

Dies sind die Parteien der Junker und Schlotbarone, der Kriegsverlängerer und Wahlrechtsfeinde!

Der Sozialdemokratie?

Nein!

Sie will den Mittelstand beseitigen und eine einseitige Klassenherrschaft aufrichten. Sie will unser altes schönes Preußen in mehrere Bundesstaaten zerteilen und die wirtschaftliche Bedeutung Berlins mindern.

Der Deutschen demokratischen Partei?

Ja!

Die Deutsche demokratische Partei will keine Zerstückelung Preußens; sie tritt ein für die Gleichberechtigung aller Volksschichten, sie wird auch in der preußischen Landesversammlung ebenso wie in der Nationalversammlung stark genug und ausschlaggebend sein, den Rückschritt von rechts und die zu weit gehenden Forderungen von links, die frühere Klassenherrschaft der Junker und die jetzige Klassenherrschaft des Proletariats zu verhindern.

Darum gehören Eure Stimmen der

Deutschen demokratischen Partei

der Liste

Troeltsch-Cassel

DD 249
DD 249
DD 249
IX-267

Kirchenglocken im neuen Deutschland!

Am 19. Januar wird die Nationalversammlung gewählt. Sie wird darüber zu entscheiden haben, wie sich das Verhältnis von Kirche und Staat im neuen Deutschen Reich gestalten soll. Die bisherige Regierung hatte uns Herrn

Adolf Hoffmann

als Kultusminister zugemutet. Dieser „Minister" verfügte sofort die

Trennung von Kirche und Staat.

Welche Absicht leitete ihn? Die Religion sollte aus dem neuen Deutschland ausgewiesen werden, wie ein lästiger Ausländer. Der Staat sollte hinfort die großen Religionsgemeinschaften weder unterstützen noch schützen. Die Religion sollte hinfort keine Heimatsberechtigung in den Schulen haben. Aus solchen Verfügungen spricht nicht der Geist der Klugheit, der Mäßigung und der Gerechtigkeit!

Die sonstigen Anordnungen der vorläufigen Regierung wurden von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt oder schweigend hingenommen. Die Verfügungen des „Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" aber riefen einen Sturm des Unwillens wach, der sich in lauten Protesten äußerte. Das deutsche Volk weithin empfand, daß eine frevelnde Hand das hehrste Heiligtum der Volksseele antasten wollte. Auch in den entbehrungsreichen Kriegsjahren hatte man es neu gelernt: Der Mensch lebt nicht von Brot allein! Darum riefen Evangelische und Katholische mit lauter Stimme der Regierung zu: Die Hände weg von unserem Heiligtum!

Was tat nun die Regierung? Sie hielt zwar einen Augenblick in ihrem Reformeifer erschrocken inne; aber ihre Absicht hat sie nur aufgeschoben, nicht aufgehoben!

Deutsche Volksgenossen! Wir erheben einmütig

lauten Protest

gegen derartige Maßnahmen und Absichten der Regierung! Für eine harte, schwere Zukunft erstreben wir die möglichst besten Lebensbedingungen für alle Glieder unseres deutschen Volkes.

Aber wir wünschen keine Politik, die nur an einen vollen Geldbeutel denkt, dabei aber die Schatzkammer des deutschen Gemütes entleert.

Religion ist eine persönliche Angelegenheit des einzelnen Menschen. Gewiß! Aber sie ist auch eine wichtige Angelegenheit des ganzen Volkes! Religiosität gehört zu dem wichtigsten Bestand der deutschen Kultur. Jeder Schlag gegen die Religion ist ein Schlag gegen die deutsche Volksseele! Wer die Religion schützt, arbeitet für das Heil des deutschen Volkes! Niemand darf ungestraft unsere Religion antasten! Wir treten schützend vor unsere Altäre! Wir verlangen mit aller Entschiedenheit

Sicherung und Schutz für die Ausübung der Religion!

Mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat sind auch wir einverstanden.

Aber es ist durchaus nicht gleichgültig, in welchem Geiste diese Neuregelung erfolgt! Nicht der blinde Haß gegen die Religion darf dabei das große Wort führen. Wir fordern den Geist des Verständnisses für die tiefsten Bedürfnisse der deutschen Volksseele. Nicht Uebelwollen, sondern Wohlwollen! Nicht kläpischen Unverstand, sondern klare Einsicht! Nicht hastige Ueberstürzung, sondern planmäßiges Vorgehen!

Wer da meint, für sich persönlich die Religion entbehren zu können, der wandle ungehindert seinen einsamen Pfad! Die Freiheit der Ueberzeugung sei ihm gewährleistet!

Wer sich außerhalb der kirchlichen Gemeinschaft stellen will, dem werde kein Hindernis in den Weg gestellt!

Aber das Recht der vielen Millionen, die eine große religiöse Gemeinschaft bilden wollen, verlangt vollen Respekt! Die hohe Würde der Kirche muß gewahrt bleiben, ihre materiellen Grundlagen müssen sichergestellt werden.

Wir verlangen, daß die Beamten und Lehrer der bestehenden Religionsgemeinschaften in ihrer Ausbildung und in der Ausübung ihres Berufes den staatlichen Schutz genießen.

Statt der laufenden staatlichen Geldunterstützungen eine gerechte finanzielle Abfindung! Für die finanzielle Verwaltung der Kirchen das Recht der Steuererhebung! Für die Ausübung des Kultus staatlichen Schutz! Im Lehrplan der Schule einen Platz für Religionsunterricht! Im Schulgebäude einen Raum für Religionsstunde! In keiner Lehrstunde darf in die Kindesseele Haß gegen die Religion gesät werden! Auf den Universitäten weiterhin die Möglichkeit für wissenschaftlich-theologische Studien!

Wer anderes will, der verständigt sich an unserem Volke! Eine Partei, die diese Forderungen nicht erhebt, hätte keinen Anspruch darauf, sich deutsch zu nennen.

Die Deutsche demokratische Partei erhebt mit Nachdruck diese Forderungen.

Ihr Wahlaufruf sagt: „Wir verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbstständigkeit der Kirche."

Deutsche Männer und Frauen! Freiheit des Gewissens und Freiheit des Glaubens! Wer diese Forderung nachdrücklich im neuen deutschen Staat erheben will, der werde Mitglied der Deutschen demokratischen Partei! Denkt daran, was euch selbst heilig ist, und was ihr euren Kindern sichern wollt, und tretet vertrauensvoll ein in die Deutsche demokratische Partei!

Im neuen Deutschland sollen weiterhin die Kirchenglocken läuten.

Deutsche demokratische Partei

Berlin SW 11
Köthener Straße 38
Eingang Bernburger Straße

Bankkonto: „Demokratischer Wahlfonds"
1. bei sämtlichen Kassen der Deutschen Bank.
2. bei sämtlichen Kassen der Nationalbank für Deutschland.

Fernspr.: Nollendorf 964, 96
Telegrammadresse: Demopartei

Lesen und an Männer und Frauen weitergeben!

XP 10 242 I
IX-268

Wähler und Wählerinnen!

Ein Wort zur Aufklärung.

Von der Wahlbeteiligung der demokratischen Wählerschaft Berlins hängt die Stärke der Deutschen demokratischen Fraktion im Stadtparlament ab. Tritt eine Wahlmüdigkeit ein, dann zieht außer einer großen sozialistischen Richtung mit ihren Enteignungsplänen und ähnlichen Experimenten eine verhältnismäßig zahlreiche Anhängerschaft der konservativ-bündlerischen-schwerindustriellen Parteien in das Rote Haus ein, das sind Parteien, die ihre Städtefeindlichkeit von jeher betont und ihre Unfähigkeit zur praktischen Mitarbeit in der Gemeindevertretung der Reichshauptstadt in den achtziger Jahren erwiesen haben. Damals wurde ein Sturm auf das Rote Haus entfesselt der mit seiner antisemitischen Hetze einige Erfolge zeitigte, und wenige Jahre darauf kam die Beseitigung des letzten dieser Art Stadtväter aus dem Rathause. Der Volkswille ging damals über die Vorläufer der heute sich „deutschnational" nennenden Konservativen und ihre Helfershelfer hinweg

Wollen die Berliner demokratischen Männer u. Frauen Sozialisten, Konservative u. die Gefolgschaft der Schwerindustrie im Roten Hause allein herrschen lassen? — Das kann, das darf, das wird nicht sein!

Dieser Antwort muß aber die Tat folgen, und das ist

eine starke Wahlbeteiligung am 23. Februar!

Allerdings waren in letzter Zeit Erscheinungen zu bemerken, die eine Wahlmüdigkeit erkennen ließen. **Sie zu verhindern, ist der Zweck dieses Wortes zur Aufklärung.**

Gemißbraucht wird das Schlagwort „Kommunalfreisinn", falsch gedeutet wird die Tatsache, daß die Aufstellung der Kandidatenliste der Deutschen demokratischen Partei nicht vom Parteitag, sondern vom Wahlausschuß erfolgte, und bemängelt wird, daß eine gewisse Anzahl bisheriger Stadtverordneter wieder aufgestellt worden ist.

Der „Kommunalfreisinn" gehört der Geschichte an und sicherlich wird diese einst — vielleicht bald — gerechter über die Verwaltung der Stadt Berlin durch liberale und freisinnige Männer urteilen, als es jetzt von einigen mißvergnügten oder falsch informierten Zeitgenossen geschieht.

Der Parteitag des Bezirksverbandes Berlin der Deutschen demokratischen Partei hatte, gewitzigt durch Vorgänge bei der Aufstellung der Kandidaten zu den Nationalversammlungen, um ein rechtzeitige Fertigstellung der Liste zur Stadtverordnetenwahl zu ermöglichen, die Aufstellung der Kandidaten dem bestehenden Wahlausschuß übertragen. Der Parteitag folgte damit einem — soweit zu übersehen ist — sowohl von andern Parteien als auch anderwärts von der eigenen Partei durchweg geübten Verfahren. Ein Vorwurf kann also nach dieser Seite hin nicht erhoben werden.

Der Ausschuß hat in echt demokratischer Weise seines Amtes nach Recht und Gewissen gewaltet. Nicht alle Vorschläge und Wünsche konnten Berücksichtigung finden, wie auch in weiten Kreisen anerkannt wird. Unzufrieden sind nur einzelne Persönlichkeiten, deren Kandidaturen nicht die nach ihrer Meinung erforderliche Berücksichtigung fanden, die jetzt aber ihren Einfluß in der Oeffentlichkeit gegen die eigene Partei ausnutzen.

X-DD 249
IX-269

Wähler und Wählerinnen Charlottenburgs!

Seit länger als anderthalb Jahrzehnten erfreut sich **Charlottenburg** einer von **liberalem Geiste beseelten Verwaltung.**

Ihr verdanken wir es,

daß **Charlottenburg** einen beispiellosen **Aufschwung** genommen hat,

daß es **auf dem Gebiete des Bildungswesens und der sozialen Fürsorge** den Gemeinden des preußischen Staates **vorangeschritten** ist,

daß trotzdem die **Steuerbelastung** der Bürgerschaft eine **mäßige** geblieben ist.

Wer die Fortsetzung und Fortentwicklung der bisherigen Gemeindepolitik wünscht, muß für die Liste der

Deutschen Demokratischen Partei

stimmen, in deren Reihen fast **alle bisherigen** nichtsozialdemokratischen **Stadtverordneten** stehen.

Was würde eine sozialdemokratische Mehrheit bedeuten?

Klassendiktatur des Proletariats; Abwanderung der Bemittelten; Auslieferung des gewerblichen Mittelstandes, Kleinhandels und Handwerks an unreife Sozialisierungsexperimente; Unfähigkeit der Gemeinde, ihre kulturellen und sozialen Aufgaben zu erfüllen und ihren **Verpflichtungen gegen ihre Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter** nachzukommen.

Die Gefahr ist groß!

Zwar steht hinter der Sozialdemokratie nur eine **Minderheit der Wählerschaft, aber sie hat mächtige Bundesgenossen in der**

Zersplitterung und Lauheit des Bürgertums.

Konservative und Antisemiten — unter dem irreführenden Namen **Deutsch-Nationale Volks-Partei** — und die ihnen verbündeten **Rechtsparteien** suchen der **Deutschen Demokratischen Partei das Vertrauen des Bürgertums abwendig zu machen.** Sie wissen, daß sie unsere Gemeindepolitik nicht angreifen können. Haben sie doch sogar **abtrünnige Mitglieder der demokratischen Fraktion** an die Spitze ihrer **Kandidatenlisten gestellt!** Deshalb bedienen sie sich der

verbrauchten Mittel der Demagogie!

Dieselben Politiker, die durch die Kriegshetze und den Wahlrechtsbetrug die Hauptschuld an der Revolution tragen, wagen es, in ihren Flugblättern die Demokratie für unser völkisches Elend verantwortlich zu machen!

Wähler und Wählerinnen!

Quittiert mit dem Stimmzettel über diese dreiste Spekulation auf eure Urteilslosigkeit!

Weist auch die Absplitterungsversuche zurück, die von angeblich „unpolitischen" Wirtschaftskreisen getrieben werden.

Unpolitische Interessenpolitik verurteilt den Mittelstand zu Macht- und Einflußlosigkeit.

Laßt uns die Laden aufrütteln!

Am 23. Februar wird über die Zukunft der Gemeinde, über die wichtigsten materiellen und ideellen Güter jedes Bürgers, jeder Bürgerin entschieden.

Prüft nicht allein die Programme der um eure Gunst werbenden Parteien und Gruppen, prüft, was sie für die Stadt geleistet haben, und was ihr von ihnen zu erwarten habt!

Wählt Liste Frentzel!

Deutscher Demokratischer Verein Charlottenburg.

Druck „Neue Zeit", Charlottenburg, Berlinerstr. 138

X-DD 249
IX-270

Mitbürger! Wähler!

Noch niemals ist bei Wahlen eine volksverhetzendere und verlogenere Agitation getrieben worden, als dies seitens der sogenannten Deutsch nationalen Volkspartei geschieht, trotzdem es in ihren Reden und Flugblättern von Versprechungen überfließt, daß sie die geeinte nationale Kraft des deutschen Volkes zum Wohl des Vaterlandes sammeln wolle. Wie entsprechen ihre Taten ihren Versicherungen! Verlogenerweise werfen sie die Deutsche demokratische Partei in einen Topf mit den Sozialdemokraten, und zwar verleumderisch, da sie wissen, daß die Deutsche demokratische Partei im Gegensatz zu der Sozialdemokratie den Klassenkampf verurteilt, das Privateigentum aufrechterhalten will und auf das Wohl der wirtschaftlich Selbständigen bedacht ist, insbesondere auf Pflege des Handwerks, des Kleinhandels den größten Wert legt.

Aber so wie den Klassenkampf verurteilt die Deutsche demokratische Partei auch das Schüren des Rassenhasses. Sie wird nicht gestatten, daß Parteien, in denen, wie in der Deutschen nationalen und in der Deutschen Volkspartei so viele Männer sitzen, die durch unerfüllbare annexionistische Kriegsziele den Krieg verlängert haben, durch das Eintreten für den verschärften Unterseebootkrieg die Mitschuld an dem Eintritt Nordamerikas in den Krieg tragen und damit die opferreichsten Anstrengungen unseres heldenmütigen Heeres vergeblich gemacht haben, die Haß und Verachtung ausspritzten gegen alle die, die zur Mäßigung in den Kriegszielen, zum Abschluß eines rechtzeitigen Friedens unter Wahrung des Besitzstandes und der Sicherheit Deutschlands mahnten, die Schuld an der Lage unseres Vaterlandes verlogen anderen zumessen wollen.

So versuchen sie jetzt, den Juden die Schuld an allen Übeln beizumessen. Sie beklagen sich über die Kriegsgewinnler unter den Juden. Gewiß, es gibt deren, zumal sie dadurch, daß man sie früher von allen anderen Berufen schädlicherweise fernhielt, zahlreich in Handel und Industrie tätig sind und unsere ganze Wirtschaft auf industrielle Produktion von Kriegsbedarf während des Krieges eingestellt werden mußte. Gibt es denn aber keine und nicht vielmehr recht zahlreiche andersgläubige Kriegsgewinnler? Haben die Schwerindustrie, die Geschütz- und Geschoßfabriken etwa nicht mit Gewinn gearbeitet? Und wie steht es mit der landwirtschaftlichen Produktion? Ist nicht der Wert der landwirtschaftlichen Güter infolge der Absperrung unserer Grenzen und der Meere aufs erheblichste gestiegen? Haben die Landwirte in ihrer Produktion nicht aus den so überaus erhöhten Preisen Kriegsnutzen gezogen? Wir wollen sie aber keineswegs darum tadeln, sofern sie sich an die Gesetze und Bestimmungen gehalten und nicht wie einzelne wahrhaftigen Lebensmittelwucher getrieben haben. Es fällt uns aber nicht darum ein, ganz allgemein die Landwirte zu bekämpfen und gegen sie zu hetzen.

Ein schändlicher und bewußt verlogener Vorwurf gegen unsere jüdischen Mitbürger geht dahin, daß sie nicht ihre Schuldigkeit als Soldaten getan, daß man keinen, oder nur, wie die Deutsch-Nationalen sagen, wenn ihnen Tatsachen entgegengehalten werden, ausnahmsweise einen in den Schützengraben gesehen habe. Dieser schmähliche Vorwurf, der immer weiter erhoben wird nach dem Grundsatz: Lüge nur tapfer drauf los, etwas bleibt immer hängen, entbehrt jedes nur irgend gerechtfertigten tatsächlichen Anhalts.

Obwohl die Juden noch nicht 1 % der Bevölkerung Deutschlands ausmachen, haben so viele die Heerespflicht geleistet, daß man 3 bis 4 mobile Armeekorps aus ihnen hätte bilden können. Gleich bei Beginn des Krieges meldeten sich außerordentlich zahlreiche, dem Alter nach noch gar nicht militärpflichtige junge jüdische Leute mit ihren christlichen Glaubensgenossen freiwillig für das Heer. Ältere jüdische Männer traten in das kämpfende Heer ein, lange bevor irgendeine Landsturmpflicht an sie herantrat. Tausende und aber Tausende sind gefallen, schwer verwundet, verstümmelt und verkrüppelt, an Krankheiten gestorben und siech geworden. Man braucht nur Blicke in die Familiennachrichten der Zeitungen, in die Programme der Schulen zu werfen, um sich dies klarzumachen. Gerade in Berlin gibt es kaum eine einzige jüdische Familie, die nicht nächste Verwandte, Kinder, Schwiegersöhne, Gatten, Väter als heldenmütige Kämpfer verloren hat. Ebenso wie in christlichen Familien gibt es zahlreiche jüdische, die ihre sämtlichen Söhne, ihre einzigen Kinder dem Vaterlande haben zum Opfer bringen müssen.

Die Tapferkeit der jüdischen Heerespflichtigen ist auch gebührend anerkannt. Es sind an sie mindestens gegen 15000 Eiserne Kreuze 2. Klasse, 800—1000 Eiserne Kreuze 1. Klasse, abgesehen von anderen Kriegsauszeichnungen, verteilt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im preußischen Heere und in den ihm angeschlossenen Kontingenten, sowie überhaupt in ganz Deutschland mit Ausnahme von Bayern kein jüdischer Heerespflichtiger einen höheren Rang im Offizierkorps als den Leutnantsrang bekleiden kann, weil vor dem Kriege, mit Ausnahme von Bayern, nirgends jüdische Heerespflichtige Offiziere werden konnten, obwohl zu allen Zeiten seit den Freiheitskriegen die Juden im Kriege ihre Pflicht getan haben. Dies ist schon im vorigen Jahrhundert noch im absoluten Staat durch die eingezogenen Berichte der preußischen kommandierenden Generäle festgestellt, welche die gute Führung der jüdischen Soldaten hervorgehoben haben. Schon 1813, 1814, 1815 wurden eine Anzahl Juden zu Offizieren ernannt, einer derselben, ein Berliner namens Burg, brachte es trotz aller Hindernisse im aktiven Dienst bis zum Major. Später wurden im Frieden wiederum Juden weder aktive noch Reserve-Offiziere. In den

X-DD 249
IX-271

Preußische Männer und Frauen!

Wem gebt Ihr Eure Stimme am Sonntag?

Der Deutschnationalen Partei?

Nein!

Der Deutschen Volkspartei?

Nein!

Der Sozialdemokratie?

Nein!

Sie will den Mittelstand beseitigen und eine einseitige Klassenherrschaft aufrichten. Sie will unser altes schönes Preußen in mehrere Bundesstaaten zerteilen und die wirtschaftliche Bedeutung Berlins mindern.

Dies sind die Parteien der Junker und Schlotbarone, der Kriegsverlängerer und Wahlrechtsfeinde!

Der Deutschen demokratischen Partei?

Ja!

Die Deutsche demokratische Partei will keine Zerstückelung Preußens; sie tritt ein für die Gleichberechtigung aller Volksschichten, sie wird auch in der preußischen Landesversammlung ebenso wie in der Nationalversammlung stark genug und ausschlaggebend sein, den Rückschritt von rechts und die zu weit gehenden Forderungen von links, die frühere Klassenherrschaft der Junker und die jetzige Klassenherrschaft des Proletariats zu verhindern.

Darum gehören Eure Stimmen der

Deutschen demokratischen Partei

der Liste

Troeltsch-Cassel

X-DD 249
IX-272

Deutsche demokratische Partei

Beamte und Lehrer! Männer und Frauen!

Kollegen! Die Sozialdemokratie wirbt jetzt um Eure Stimmen. Vor dem 9. November hat sie sich jedoch nicht besonders um Euch bekümmert. Wenn sie Euch daher heute umschmeichelt, dann tut sie das nur, weil sie empfindet, daß sie Eure Stimmen braucht, um dem Klasseninteresse der Arbeiter zum Siege zu verhelfen.

Kollegen! Habt Ihr wirklich ein Interesse an dem restlosen Siege der Sozialdemokratie? Habt Ihr Euch schon einmal ernstlich überlegt, ob die Sozialdemokratie ihrem ganzen Wesen nach überhaupt in der Lage ist, die schönen Versprechen, die sie Euch macht, auch wirklich zu halten? Schlagt einmal das Erfurter Programm auf, das die Ziele dieser Partei enthält, und lest nach, was darin über die Beamten gesagt ist! Das Erfurter Programm fordert ganz allgemein die

Wählbarkeit

der Beamten als sozialdemokratische Grundforderung

und zwar **aller** Beamten.

Wißt Ihr, was das bedeutet? Das bedeutet nicht nur den **Verlust Eurer gesicherten Existenz,** es bedeutet auch, das Euer höchster Ruhm, Eure von rein sachlichen Gesichtspunkten geleitete Pflichttreue systematisch untergraben werden soll. Wer wird künftig noch als Beamter seine Pflicht erfüllen können, wenn ihn jede gewissenhafte Amtshandlung der Gefahr aussetzt, von einer leicht irre zu leitenden Masse aus dem Amte gejagt zu werden?!

Kollegen! Laßt Euch nichts weismachen! Sie kommen her und erzählen Euch, daß es sich bei dieser Wählbarkeit der Beamten **„natürlich"** nur um die oberen Stellen handelt, daß von einer Wählbarkeit der mittleren und unteren Beamten keine Rede sein könne. Beamte! Glaubt ihnen nicht! Diese Behauptung sozialdemokratischer Versammlungsredner ist sehr jungen Datums, sie ist nicht älter als die Revolution selbst. **Vor** dem 9. November hat es kein Sozialdemokrat gewagt, diesem Punkte des Erfurter Programms eine solche Auslegung zu geben, **nach** dem 9. November aber gilt es, die einseitigste Diktatur ihrer Klasse endgültig zu befestigen, und dazu sollen nun auch Eure Stimmen gut genug sein.

X-DD 249
IX-273

An alle Beamte
im Reichs-, Staats- und Gemeindedienst

Beamte und Lehrer! Männer und Frauen!

Der alte Obrigkeitsstaat ist beseitigt. Der neue Volksstaat hat

freie Bahn

geschaffen für alle, die den ernsten Willen haben, durch ihre Mithilfe

ein freies Deutschland

zu zimmern.

Dies Ziel kann nur erreicht werden

durch Herstellung einer geordneten Wirtschaft,

die auch den Beamten und Lehrern

eine gesicherte Daseinsführung

gewährleistet. Volkswirtschaftliche Experimente würden auch für sie nur Unheil bedeuten. Nicht zu zerstören gilt es, sondern aufzubauen! Auch Beamte und Lehrer wollen nicht eine Wirtschaftsform, die Bestehendes rücksichtslos vernichtet und Unsicherheiten an Stelle von Ordnungszuständen setzt. Darum ist ihre dringendste Forderung

die Anerkennung wohlerworbener Rechte,

das heißt **Aufrechterhaltung der lebenslänglichen Anstellung** sowie der **Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenfürsorge.**

Die Forderung

einer grundlegenden Neuordnung der Beamten- und Lehrerbesoldung

steht zwar an erster Stelle, aber **Gehaltsaufbesserungen allein tun es nicht,** wenn nicht das Geld einen Wert hat, der ausreicht für die Befriedigung aller Lebensbedürfnisse.

Beamte und Lehrer haben unter der unerhörten Entwertung des Geldes besonders schwer gelitten. Um künftig den Gefahren der wirtschaftlichen Verelendung begegnen zu können, ist es erforderlich, daß mit dem neuen Besoldungssystem die Möglichkeit der

selbsttätigen Anpassung der Gehälter an die allgemeine Lebensverteuerung

geschaffen wird.

Auch die Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge bedürfen dringend der grundsätzlichen Neuregelung im Sinne der Erneuerung des Besoldungssystems der aktiven Beamten und Lehrer. Ebenso gilt es, einen gründlichen, zeitgemäßen Ausbau der Bezüge der Altpensionäre schleunigst herbeizuführen.

Aber die Beamtenfrage ist mehr als eine Gehaltsfrage, sie ist

eine politische Angelegenheit ersten Ranges,

die nicht gelöst werden kann ohne die tätige Mitarbeit der Beamten und Lehrer auf der Grundlage

eines freiheitlichen Beamtenrechts.

Gesetze und Verordnungen rückliegender Perioden, wie namentlich das preußische Disziplinargesetz aus dem Jahre 1852, sind durch die Entwicklung längst überholt, sie müssen beseitigt werden. Nicht Wohlwollen und Gnade dürfen künftig als Grundlagen des Beamtenrechts gelten, vielmehr müssen

Rechtszustände

geschaffen werden, die

- **allen Beamten und Lehrern ein freies Vereins- und Versammlungsrecht sowie vollkommene Preßfreiheit gewährleisten,**
- **eine gesetzliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten verbürgen,**
- **den Ausbau von Fürsorgebestrebungen (Krankenkasse, freie ärztliche Behandlung usw.) auf gesetzlicher Grundlage ermöglichen**
- **und weitgehende Anteilnahme der Beamten und Lehrer an der allgemeinen sozialpolitischen Neuordnung im Staate sicherstellen.**

Nur innerlich freie Menschen können wertvolle Mitarbeit leisten an dem Reichsaufbau, darum müssen Beamte und Lehrer an erster Stelle folgende **Allgemeinforderungen** erheben. Sie müssen fordern

- **das Recht der freien Persönlichkeit,**
- **die Beseitigung jedes Gewissenszwanges, namentlich in politischer und religiöser Beziehung,**
- **die rechtliche Anerkennung ihrer Organisationen**
- **und die Schaffung von Beamtenvertretungen auf gesetzlicher Grundlage (Beamtenausschüsse usw.).**

Nur so kann die **Hebung des Beamten- und Lehrerstandes** erreicht werden, die nötig ist, um auch diesen Schichten die **Freude am Staate** zurückzugewinnen.

Der Aufstieg aller Tüchtigen

darf gerade im Beamten- und Lehrertum keine Phrase bleiben. Waren hat es gelegen, daß so viele tüchtige Kräfte in der Beamten- und Lehrerschaft brachliegen mußten? **Das alte System war schuld daran!** Nun ist es zerbrochen und jedem einzelnen ist jetzt die Möglichkeit gegeben, aufzusteigen aus der untersten Stufe

hinauf bis zu den höchsten Stellen seiner Laufbahn.

Das ist wahre Demokratie!
Hinweg mit allem Kriechertum und Kastengeist!

X-DC 24
IX-274

Zur Wahl in Preussen!

Wähler und Wählerinnen!

Die am 26. Januar zu wählende preußische Nationalversammlung soll die Verfassung des neuen Preußens feststellen. Geht es nach dem Willen der Sozialdemokratie, so wird Preußen in eine Anzahl kleiner Bundesstaaten zerfallen. Berlin hörte dann auf, die Hauptstadt eines Vierzig-Millionen-Volkes zu sein, und, wenn es auch noch Reichshauptstadt bliebe, so würde es an Wert und Bedeutung außerordentlich verlieren. Jeder Berliner Bürger, mag er Beamter, Kaufmann, Handwerker oder Arbeiter sein, mag er einem anderen Berufe angehören, und jede Berliner Bürgerin darf schon deswegen keinen Sozialdemokraten in die preußische Nationalversammlung entsenden!

Durch Mitglieder der deutsch-nationalen Partei darf Berlin in der preußischen Nationalversammlung auch nicht vertreten werden. Diese Partei, die sich hauptsächlich aus den früheren konservativen Parteien zusammensetzt, hat bisher gerade Berlin aufs schwerste zu schädigen versucht. Die Eingemeindung der Berliner Vororte, die Elektrisierung der Stadtbahn, die Uebertragung der Wohlfahrtspolizei an die Stadt, alles wurde von den Konservativen bekämpft und teilweise verhindert.

Berliner Wähler und Wählerinnen! Die Deutsche demokratische Partei wurzelt im Berliner Bürgertum, und sie wird alles tun, um die notwendigen Verbesserungen in der Gemeindeverfassung Berlins und seiner Vororte endlich zur Durchführung zu bringen. Die Deutsche demokratische Partei will das ungeteilte Preußen als Vormacht des Reiches erhalten. Dieses Preußen muß aber ein Hort der Freiheit, des Rechts, der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und der Förderung des Mittelstandes und der Arbeiterschaft sein!

Wählt die Liste der Deutschen demokratischen Partei, die an erster Stelle

Universitäts-Professor

Dr. Ernst Troeltsch

und dann

Oskar Cassel, Notar
Dr. Hugo Preuß, Staatssekr. des Innern
Wilhelm Flügel, Lehrer
Frieda Wunderlich
Hermann Englert, Verbandssekretär
Dr. Otto Mugdan, Arzt
Karl Löhning, Stadtrat
Dr. Kurt Köhler, Direktor
Leopold Rosenow, Kaufmann
Paul Lucht, Hutmachermeister
Dr. Maximilian Runze, Pfarrer
Marie v. Bunsen

X-DD 249
X-275

Die Parteien des Zusammenbruchs – ihr Sündenregister

Sieh, deutscher Wähler, genau dir an — die Leute um Westarp und Stresemann
und merk dir dabei, daß ganz egal — ob Volkspartei oder deutschnational!

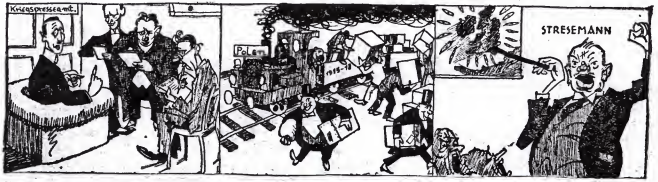
Zeichnungen von Theodor Leiser



Wer hat schon früher, Gott sei es geklagt,
dem Volke jedwede Freiheit versagt?

Wer war in jener Zeit nur zu haben
für Zölle und Branntweinliebesgaben?

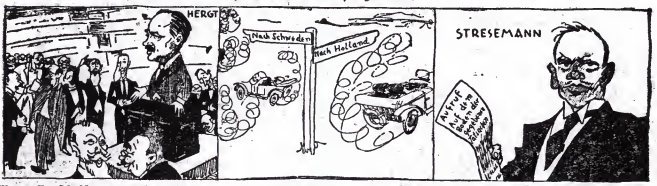
Wer hat beständig gedroht und geschwätzt
und uns damit in den Krieg gehetzt?



Wer hat, als das Wetter niedergegangen,
uns mundtot gemacht und mit Täuschung
umfangen?

Wann sind die Wucherer und Schieberhorden
entstanden und dick und fett geworden?

Wer wünschte mit wildem Kriegsgeschrei
den U-Boot-Krieg tagtäglich herbei?



Wer wollte sich schier vor Lachen biegen:
„Amerika könne nicht schwimmen und fliegen?"

Und als das Gebäude zusammengebrochen,
wer hat sich da versteckt und verkrochen?

Doch als sich die Wunden beinahe geschlossen,
wer pfuschte mit Lüttwitz, Kapp und Genossen?



Wer kauft, zu gewinnen der Wähler Interesse,
für schwere Millionen die halbe Presse?

Wer führte uns, erräng' er die Macht,
in neues Elend, in neue Nacht?

Die Volkspartei und die Deutschnationalen!
Geh, Deutscher, und merk' es dir bei den Wahlen!

Drum: laß dir raten — wähl' nur Demokraten!

X-DD 249

IX-276

Heute Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr

Große

Oeffentliche Wähler-Versammlung

Schützenhaus Schmargendorf

Chefredakteur Otto Nuschke

M. d. N., Reichstagskandidat für unseren Wahlkreis

spricht über:

„Die Schicksalsstunde des deutschen Bürgertums".

Freie Aussprache.

Wähler, erscheint in Massen!

Deutsche demokratische Partei

Ortsgruppe Schmargendorf.

X-DD 249
IX-277

Die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Frauen.

Was soll die Frau in der Politik?

1. Den Männerzank vermindern!
2. Die Volkseinheit erhalten.
3. Den Volksstaat für alle wohnlich machen!
4. Die Volksschule in Stadt und Land bessern!
5. Die Volkssitte und Volksgesundheit pflegen!
6. Sich selbst als Bürgerin fühlen!

D. Friedrich Naumann.

Parteibüro: Berlin SW 11, Köthener Str. 35.

Druck von H. G. Hermann in Berlin SW 19.

Nr. 84 780 000.

00 249
00 249
IX-278

Friedrich Naumann

spricht am **Sonntag, den 5. Januar, vorm. 11 Uhr**

im Klindworth-Scharwenka-Saal,

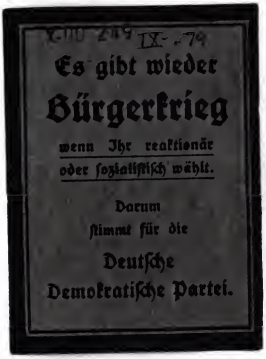
Lützowstr. 76

über:

„die berufstätige Frau in der Deutschen demokratischen Partei".

Frauen und Männer Groß-Berlins sind eingeladen!

Reimann Reichsdruckerei, Berlin SW. 68, Alte Jacobstr. 144.


Es gibt wieder
Bürgerkrieg
wenn Ihr reaktionär
oder sozialistisch wählt.
Darum
stimmt für die
Deutsche
Demokratische Partei.



X-DD 249
IX-280

X-DD 249
IX-281

1. Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg, Berlin-Grunewald.

2. Hauptschriftleiter Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

3. Frau Elly Heuss-Knapp, Schöneberg.

4. Privatangestellter E. Rich. Schubert, Berlin-Steglitz.

5. Gemeindevorsteher Gustav Mosig, Königswusterhausen

6. Lokomotiv-Führer Ernst Gründel, Charlottenburg.

7. Buchdrucker Max Ross, Neukölln.

8. Frau Regine Deutsch, Berlin-Wilmersdorf.

9. Stadtverordneter, Architekt Carl Wenzke, Charlottenburg.


- Theater „Zum Reichstag“ -
Am 13. März 1920
hat mit gütiger Genehmigung des Herrn Stresemann und seiner „Deutschen Volkspartei“ die einmalige Aufführung der verhängnisvollen Komödie
Der Fall Kapp
X DD 24 stattgefunden.
Preise: Die Kosten dieser Aufführung zahlt das gesamte deutsche Volk.
VORANZEIGE!
Sonntag, den 6. Juni 1920
Einmalige Aufführung der
- Antwort -
Erhebende Handlung in 1 Wahlakt, der die ganze reaktionäre Clique hinwegfegen soll.
Mitwirkende:
Das gesamte deutsche Volk
durch Abgabe der Stimmzettels
Elsie v. Siemens-Hartmann.

X-DD 249
IX-203

16.1.19. 4 Uhr nm
Postkarte

Deutsche Frau,

wilst Du ein einiges Deutschland, dem sich auch die österreichischen Bundesbrüder anschließen,

so wähle die Deutsche Volkspartei.

Deutsche Frau,

wilst Du ein wirtschaftlich neues Deutschland, in dem sich alle Schichten des Volkes ruhig entwickeln können,

so wähle die Deutsche Volkspartei.

Deutsche Frau,

wilst Du Deinen Kindern eine religiöse, sittliche Erziehung auch in Zukunft geben,

so wähle die Deutsche Volkspartei.

Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei:
:: Berlin W. 66, Wilhelmstraße 46. ::

Ich erkläre meinen Beitritt zur Deutschen Volkspartei:

Name	Stand	Wohnung

X-DD 249
IX-234

16.1.19
4me Bataillon
Abteilung

Die Parteien!

Die Flugblatt-Flut macht wirr und wild — hier die Parteien in Wort und Bild.

Spartakus-Sozi!



Unabhängige Sozi!



Mehrheits-Sozi!



Kohn-Sorten

X-DD 249
IX-285

16.1.19
Abwehr-
Zeitungsstelle

Was hat die Revolution gebracht?

Hat sie uns Freiheit gebracht?

Freiheit . . . . . für die **Entente mit** dem deutschen Volke zu machen was sie will und ihm — obwohl Ihr bis zuletzt unbesiegt waret — entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen des Waffenstillstandes täglich größere Lasten aufzuerlegen.

Freiheit . . . . . für die Feinde, für Polen, Dänen, Litauer, Tschechen, die Hand nach deutschem Eigentum und Land auszustrecken.

Freiheit . . . . . im Innern, eine Klassenherrschaft aufzurichten, engherziger und einseitiger als je zuvor. Kein einziger Vertreter bürgerlicher Parteien ist in der Regierung und Parlamente gibt es nicht.

Freiheit . . . . . für eine kleine Minderheit der überwiegenden Mehrheit mit gestohlenen Maschinengewehren ihren Willen oder vielmehr den Willen ihrer bolschewistischen Auftraggeber aufzuzwingen.

Freiheit . . . . . Umzüge zu machen, zu schwätzen und in Form sinn- und nutzloser Streiks zu faulenzen, zu einer Zeit, da Deutschland Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit braucht.

Hat sie uns Gleichheit gebracht?

Gleichheit . . . . . nämlich daß man **gleich** zugreift, wenn man Staatseigentum verschleudern oder sich selbst als „Rat" oder als „Beauftragter" einen fetten Posten zuschieben kann, wenn auch ohne Sachkenntnis oder Verantwortlichkeit.

Gleichheit . . . . . daß niemand zu befehlen und niemand zu gehorchen hat, so daß dadurch Deutschland in ein Chaos und Durcheinander gestürzt wird, das in kürzester Zeit zum völligen Ruin des Landes und jedes einzelnen persönlich führt.

Wenden!

X-DD 249
IX-286

Wesen und Wünsche der Deutschen Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei ist:

National wider den Internationalismus

Sozial wider Sozialismus und Kommunismus

Liberal wider Gewissensknechtung und Ertötung der Persönlichkeit in Kultur und Wirtschaft.

Die Deutsche Volkspartei fordert:

Schnellen und gerechten Frieden. Erhaltung und Sicherung der Reichseinheit. Neubegründung der deutschen Wehrkraft auf der Grundlage des Volksheers. Freiheit der Meere. Schutz der Auslandsdeutschen. Durchsetzung unseres natürlichen Anrechts auf koloniale Betätigung. Zielklare Auslandspolitik unter völliger Neuordnung des auswärtigen Dienstes.

Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und für gesunden Nachwuchs. Tatkräftige Förderung der Landwirtschaft, wesentliche Vermehrung der selbständigen Landwirte auf eigener Scholle. Kräftigung des Mittelstandes in Stadt und Land. Verständnisvolles Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern. Ausbau der Berufsverbände. Internationale Regelung des Arbeiterschutzes im Völkerbunde. Materielle und rechtliche Sicherstellung der Beamten und Offiziere, Lehrer und Geistlichen. Einführung der Reichs-Einkommen- und Ausbau der Reichs-Erbschafts-Steuer. Schärfste Heranziehung der Kriegsgewinne.

X-DD 249
IX-287

Für Recht und Freiheit!

Für Volk und Vaterland!

Der Tag der Wahlen für die Nationalversammlung naht. In die Hand des Volkes ist der Aufbau der neuen Verfassung des Deutschen Reiches gelegt. Das freieste Wahlrecht der Welt auszuüben zu Deutschlands gesundem Wiederaufbau ist Ehrenpflicht aller erwachsenen deutschen Männer und Frauen.

Was haben wir von der Politik im neuen Deutschland zu fordern?

Sie soll sein:

National. Des Volkes Ehre und Ansehen gilt es zu retten, den Frieden zu sichern, Deutschland Raum zu schaffen im Bunde der Völker.

Sozial — nicht sozialistisch. Des Volkes Kraft und Gesundheit ist neu aufzurichten nach Jahren härtester Strapazen und Entbehrungen.

Liberal. Unbedingter Schutz der persönlichen Freiheit, Redefreiheit in Wort und Schrift, Förderung des privaten Unternehmergeistes, Schutz des Privateigentums, um deutschen Wiederaufbau zu ermöglichen.

Sie soll bringen:

Zielklare Auslandspolitik unter völliger Neuordnung des auswärtigen Dienstes. Schutz der Auslandsdeutschen. Entschiedenes Eintreten für das Anrecht Deutschlands auf koloniale Betätigung. Sicherstellung der Volksernährung und Rohstoffversorgung.

Freie Bahn jedem Tüchtigen — keinen Terror durch die Arbeitsunlustigen. Weitgehende Selbstverwaltung und volle Gleichberechtigung.

Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Fürsorge für den Nachwuchs. Verständnisvolles Zusammenwirken von Unternehmern, Angestellten und Arbeitern. Ausbau der Berufsverbände. Internationale Regelung der sozialen Schutzgesetze im Völkerbund.

Tatkräftige Förderung von Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie, wesentliche Vermehrung der selbständigen Landwirte auf eigener Scholle. Kräftigung des Mittelstandes in Stadt und Land.

X-DD 249
IX-288
Ortsgruppe W
Potsdamerstr. 118c

Worte und Taten!

Seit zwei Monaten herrscht die Sozialdemokratie über Deutschland.
Was hat sie uns gebracht?

In Worten: **Schnellsten Abschluß des Friedens,** zu dessen Anbahnung die Waffenstillstandsbedingunge dienen sollten, mit deren Annahme die sozialdemokratische Regierung ihre Tätigkeit begann.

In der Tat: **Hinausschiebung der Friedensverhandlungen** durch die Feinde, die erklären, über de Frieden **mit einer Regierung nicht zu verhandeln,** die es nicht einmal fertigbringt, i eigenen Lande oder auch nur in der Reichshauptstadt **Ruhe und Ordnung herzustellen.**

In Worten: Sorgsame Erfüllung der **Waffenstillstandsbedingungen,** aber **Abweisung** der darüb hinausgehenden feindlichen Forderungen.

In der Tat: **Unterwerfung** unter alle, auch die weit über die Waffenstillstandsbedingungen hinausgehende **entehrenden, feindlichen Zumutungen,** Ablieferung aller deutschen **Kriegsschiffe,** U-Boo usw. in England, obgleich sie in neutralen Häfen interniert werden sollten.

In Worten: Einen Frieden der **„Verständigung"** und der **„Völkerverbrüderung".**

In der Tat: Die sichere Aussicht auf einen Frieden beispielloser **Unterdrückung** und **Gewalt,** da Deutsch land durch die Revolution **völlig wehrlos** geworden ist und die feindlichen Bedingungen **ei fach anzunehmen** hat.

In Worten: Sicherung der **Volksernährung** durch neue, ausgiebige Zufuhren, besonders aus Amerika u anderen überseeischen Ländern.

In der Tat: **Verschärfung der Absperrung Deutschlands,** Ausdehnung der Blockade auf die Ostse Ablehnung aller Zufuhren seitens der Feinde für so lange, als wir keine geordnete Regierung habe

In Worten: Das **Selbstbestimmungsrecht** für alle Völker, also **auch für das deutsche, Wahrun des deutschen Besitzstandes** und der deutschen Interessen.

In der Tat: Auslieferung deutscher Waffen an die Polen, **unverantwortliche schmähliche Preisgab** großer, für unsere Ernährung unentbehrlicher ostmärkischer Bezirke **(mit Hunderttausende deutscher Einwohner)** an die **Polen,** Darbietung **Nordschleswigs** an die **Dänen** dur die sozialdemokratische deutsche Regierung.

In Worten: **Uneingeschränkte Rede- und Pressfreiheit,** Abschaffung jeder **Zensur,** unbedingte Gewäh daß alle Parteien ungehindert die **Wahlen** vorbereiten können.

In der Tat: Brutale **Vergewaltigung** zahlreicher **Zeitungen** durch die Arbeiter- und Soldatenrät **Sprengung vieler Wahlversammlungen** der bürgerlichen Parteien durch sozialdemokratisch Sturmkolonnen, **Mißhandlungen** nationaler Flugblattverteiler, **Vorzensur für Wah flugblätter.**

In Worten: **Volksherrschaft** und **Volksregierung,** Verwerfung jeder **Diktatur,** Mitarbeit aller **Volksgenosse**

In der Tat: Die unerhörteste **Partei- und Klassendiktatur.**

In Worten: **Ruhe** und **Ordnung** im Lande, unbedingte **Gleichheit** aller vor dem **Gesetz.**

In der Tat: Die ungestörte **Straßentyrannei** Spartakus-Liebknechts und seiner bewaffneten Banden i **Groß-Berlin,** unterstützt durch den im Bolschewiki-Sold stehenden Polizeipräsidenten Eichhorn

18.1.19

X-DD 249
IX 289

Was trennt uns von der Deutschen demokratischen Partei?

Zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei besteht ein wesentlicher grundsätzlicher Unterschied: Die Gründer der Deutschen demokratischen Partei sind Nachbeter und Mitläufer der Revolutionspartei, die Deutsche Volkspartei dagegen bekämpft die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit. Herr Theodor Wolff, einer der Wortführer der Deutschen demokratischen Partei, hat erklärt, seine Partei werde ein gut Stück Weges mit der Sozialdemokratie zusammengehen. Demokraten und Sozialdemokraten werden also gute Kameraden sein. Die Deutsche Volkspartei sucht sich ihre Weggenossen nur unter den bürgerlichen Parteien. Vor allen Dingen in den nationalen Fragen! Das deutsche Volk hat infolge der Erschlaffung seines nationalen Willens den Krieg verloren. Die Sozialdemokraten und Organe vom Schlage des Berliner Tageblattes und der Frankfurter Zeitung tragen die Hauptschuld daran, wenn die Energie unseres Volkswillens nicht weit vom Ziele entfernt versagt hat. Sie haben dem Irrglauben an internationale Friedensmittel im deutschen Volke Tür und Tor geöffnet. Die einen haben der sozialistisch Internationalen geschmeichelt, die anderen dem Völkerbundsprophyten Wilson. Das deutsche Volk ist dabei schmählich betrogen worden. Gleichwohl schwimmen Demokraten und Sozialdemokraten auch heute noch im internationalen Fahrwasser. Sie wollen von einem deutschen Machtstaat nichts mehr wissen, sondern bauen unsere ganze nationale Zukunft auf unsere Zwangseinschaltung in den Völkerbund. Ihre Politik führt also dahin, daß eine uns feindlich gesinnte Welt ihre Macht auf unserer Erniedrigung aufbaut, daß unsere Grenznachbarn sich an deutscher Ohnmacht bereichern.

Die Deutsche Volkspartei folgt inmitten des internationalen Phrasennebels unbeirrt der Leuchtkraft und der Schöpferkraft des nationalen Gedankens. Der deutsche Reichsgedanke ist ihr ein heiliges Erbteil deutscher Geschichte, die deutsche Einheit der oberste Leitsatz ihrer Politik. Deutsches Reichsgebiet hält sie für unantastbar und sie fordert im Osten, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes, Anwendung von Gewalt gegen polnische Frechheiten. Dem Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich wird sie mit aller Kraft die Wege ebnen, auch gegen den Willen der uns feindlichen Mächte. In internationalen Vereinbarungen sieht sie keinen Weg, aus deutscher Ohnmacht wieder zur Gleichberechtigung unter den Völkern emporzusteigen. Sie glaubt nicht, daß der Völkerbund von unseren Feinden zu einer Vereinigung völlig gleichberechtigter Mächte ausgestaltet wird, sondern sie befürchtet, daß er in

X-DD 249
IX 290

18.1.19.
Anlage Postdamer ...

Lehrer und Lehrerinnen!

Beamte und Beamtinnen!

Der plötzliche Zusammenbruch der alten Staatsordnung hat Eurem Stande noch schwerere Not gebracht, als den andern. Ist doch durch die Umwälzung geradezu

Eure Existenz bedroht!

Durch den Untergang des starken, unabhängigen aufrechten Beamtentums würde aber dem ganzen Vaterlande gerade jetzt unberechenbarer Schaden zugefügt werden. Wenn Ihr daher Eure Existenz verteidigt, so erweist Ihr zugleich unserem so schwer geschlagenen deutschen Reich den größten Dienst.

Also auf zum Kampf für das Beamtentum!

In erster Linie prüft die Kandidaten, die Ihr in die Nationalversammlung schicken wollt.

Könnt Ihr den linksstehenden „demokratischen" Parteien Vertrauen schenken, daß sie Euch schützen werden? Nein, und nochmals nein! Schon ein auf internationaler Grundlage stehendes Beamtentum wäre kein deutsches.

Unsere Stellungnahme muß die Nationale sein!

Vertreter der demokratischen wie der sozialdemokratischen Parteien haben ziemlich unverhüllt gesagt, wie sie sich die zukünftige Stellung der Beamtenschaft denken: möglichst

Anstellung auf kurzfristige Kündigung,
Auswahl der Beamten nach ihrer politischen Gesinnung,
Abhängigkeit der Beamten von der politischen Auffassung ihrer Vorgesetzten sowie der Regierung.

Vertraut solchen Äußerungen gegenüber nicht auf unbestimmte Versprechungen, wie:

„Schutz wohlerworbener Rechte."

In dem Augenblick, in dem man glaubt, Euch entbehren zu können, wird man vor keinem Eurer Rechte haltmachen, die Ihr bisher gehabt habt.

Unsere Losung kann nur sein:

Aufrechterhaltung eines tüchtigen, vom alten Pflichtgefühl und von der neuen Lebensauffassung durchdrungenen Beamtentums.

NDD
IX-291

Die 14 Punkte

Was will die Deutsche Volkspartei

1. Die deutsche Zukunft	aufgebaut unter Wahrung der Reichseinheit zu einem vom na nalen Gedanken getragenen Staatswesen, in welchem jeder deut Stamm, einschließlich Deutsch-Oesterreichs seine Eigenart pfle kann.
2. Freiheit der Meere	und die Möglichkeit voller Aufrechterhaltung der Kulturgeme schaft mit den Deutschen im Auslande unter Sicherung ih rechtmäßigen Erwerbs.
3. Unabhängigkeit	und volle Freiheit der Nation nach außen und Wahrung unse unverjährbaren Kolonisationsrechte.
4. Den Völkerbund	unter zweifelsfreier Sicherung des gleichen Rechtes aller Staat
5. Freiheit nach innen,	demokratisches allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht n der Verhältniswahl für beide Geschlechter. Freiheit in Rede u Schrift, Vereins- und Versammlungsfreiheit, demokratische Selb verwaltung in Gemeinde, Kreis, Provinz, Gleichberechtigun aller Deutschen, Gewissensfreiheit für Geistliche, Lehrer und Elte unter Beibehaltung der Verbindung von Staat und Kirche und d Religionsunterrichts in der Schule, Beseitigung der geistlich Schulaufsicht.
6. Kräftigung des Mittelstandes,	Fürsorge für Landwirtschaft, Handels-, Gewerbe- und Bauer stand, großzügiger Ausbau des Siedelungswesens, wirtschaftlic und rechtliche Sicherstellung des Beamten- und Lehrerstandes, w der Offiziere, Gewährung der Organisationsfreiheit und Schu fung von Beamtenausschüssen.
7. Weiterführung der Sozialpolitik,	ein neues Arbeiter- und Angestelltenrecht und volle Koalitionsfreiheit, Versorgung unserer Invaliden und der Hinterbliebene unserer Gefallenen durch das Reich, ein neues Wohnungs- un Bodenrecht, Schaffung gesunder Wohnungen. Wahrung des Erb rechtes und Anerkennung des Privateigentums.
8. Gleichberechtigung der Frau	im öffentlichen und politischen Leben. Schutz der Wöchnerinne und Kinder.
9. Gerechte Verteilung der Steuerlast,	Erfassung der Kriegsgewinne und Vermögensabgaben ohne wirt schaftlich lähmendes Eingreifen. Reichseinkommen- und Erb schaftssteuer, Monopole, Reichseisenbahnen, Abbau der bürokra tischen Zwangswirtschaft.
10. Sicherung der Kriegsanleihen,	Staatsanleihen, Sparkassen- und Bankguthaben, der Pensions- und Rentenbezüge.

Wenden!

X-DD 249
IX-292

18.1.19

Vier Fragen an jedermann:

Warum wählst Du nicht die **sozialistischen** Parteien?

Weil sie die dauernde Herrschaft einer Volksklasse anstreben und damit das gegenwärtige Elend verewigen wollen; weil sie das Privateigentum zu beseitigen wünschen und durch die beabsichtigte Sozialisierung Wirtschaftsleben und Kultur in ihrem Bestande bedrohen; weil sie gegen Religion und Kirche kämpfen.

Warum wählst Du nicht die **demokratische** Partei?

Weil sie die Interessen des internationalen Kapitals über das Wohl Deutschlands stellt; weil diese Partei des „Berliner Tageblatts" kein Verständnis hat für die nationale Idee; weil sie, die „ein gut Stück mit der Sozialdemokratie gemeinsam gehen" will, nur Schleppenträgerin der Sozialdemokratie ist.

Warum wählst Du nicht die **deutschnationale** Partei?

Weil sie konservativ-agrarische Interessen vertritt.

Welche Partei wählst Du? Die

Deutsche Volkspartei!

Sie tritt **nach innen** ein für volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger männlichen und weiblichen Geschlechts, für wahre Freiheit, gepaart mit Recht und Ordnung, für Schutz des Handwerks und Gewerbes gegenüber den Kaufhäusern, für Befriedigung der Ansprüche von Beamten, Lehrern und Angestellten,

nach außen für Wiederaufrichtung eines einigen deutschen Reiches, mit Deutsch-Oesterreich vereinigt, für eine auf Recht **und** Macht beruhende geachtete Stellung Deutschlands in der Welt, für Deutschlands Ehre und Deutschlands Zukunft.

Sie ist die Partei des deutschen Volkes!

Darum wählt Liste Kahl!

Ortsgruppe W
Potsdamerstr. 118 c
19.1.19
XDD 249
IX 243

Frauen wählt!

Wen werdet Ihr wählen?

Denjenigen, der Eure Forderungen am besten vertritt.

Was forderst Du, deutsche Frau?

Ein einiges Deutschland,

das wieder geachtet in der Welt dastehen soll.

Ein fleißiges Deutschland,

in dem alle gleichmässig sich bemühen, für Deutschlands Wirtschaft zu arbeiten.

Ein christliches Deutschland,

in dem Religion und Sitte dem deutschen Volke erhalten bleiben.

Wer vertritt Eure Forderungen?

Die Deutsche Volkspartei!

Drum, deutsche Frau, werde Mitglied der Deutschen Volkspartei!

Geschäftsstelle: W. 66, Wilhelmstraße 46.

Auf zur Wahl-stimt für Kahl.

19. 1. 19.

X DR 249
IX=294

An Alle!

Der Heldenkampf unserer Soldaten, die Entbehrungen des deutschen Volkes sind vergeblich gewesen: **Wir haben den Krieg verloren, nicht, weil wir besiegt waren, sondern weil die innere Front, schon seit langem durch zielbewußte Agitation unterhöhlt, zusammenbrach.** Von einem mitleidlosen Feinde haben wir nichts zu erhoffen. Um so mehr gilt es, alle Kräfte aufzuraffen, um einen neuen Staat aufbauen zu helfen. Das Deutschland von 1919 ist zurückgeworfen auf die Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege. Wir müssen wieder von vorn beginnen, müssen vor allem Sorge tragen, daß unser Reich nicht vollends auseinanderfällt und sich in eine Reihe einflußloser Kleinstaaten auflöst. Diese Gefahr kann nur gebannt werden durch eine Regierung, die, getragen von der Mehrheit des Volkes, in sich stark genug ist, bolschewistische Unruhen und separatistische Umtriebe niederzuhalten. Deshalb wird auch die Deutsche Volkspartei, die das ideelle Erbe der Nationalliberalen angetreten hat, jede Regierung unterstützen, die für Einheit und Ordnung sorgt und den Frieden vorbereitet. Allerdings nur so lange, bis eine ordnungsmäßig gewählte Volksvertretung zusammengetreten ist. **Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar werden unsere ganze Zukunft entscheiden. Daher ist es Pflicht eines jeden Wählers, an diesem Tage seine Stimme abzugeben.**

Aber für wen? Die Sozialdemokraten aller Schattierungen hoffen, daß ihnen die Mehrheit zufallen wird. Ihre Aussichten sind nicht schlecht. Das Wahlrecht der Frauen bedeutet für sie eine starke Unterstützung. Hunderttausende sind ihnen zugefallen, die den Anschluß an die neuen Machthaber nicht verpassen wollten. Aber der Rückschlag hat bereits eingesetzt. Er mußte einsetzen, weil die Geschichte noch niemals eine Revolution gesehen hat, so arm an Ideen wie die deutsche, so arm, daß sie ihre Einrichtungen sklavisch nachahmen mußte den Russen, so arm, daß sie in den Umsturz nichts anderes zu setzen weiß als eine Lohnbewegung, die den fest begründeten Stand der deutschen Industrie auffrißt und uns dem wirtschaftlichen Hungertode naheführt. So arm an Ideen, daß sie mit der Macht, die ihr in den Schoß fiel, nichts anzufangen

X-DD 249
IX-295

Anliegender **Wahlzettel zur Nationalversammlung** enthält für

Die Deutsche Volkspartei

im **fünften Wahlkreis (Potsdam 10)** nur die zwei Namen:

Wilhelm Kahl, Wilmersdorf
Klara Mende, Tempelhof usw.,

um Irrtümer und Fälschungen zu erschweren.

Wer diesen Wahlzettel bei der Wahl **abgibt, wählt** damit zugleich **alle anderen Kandidaten unserer Wahlvorschlagsliste**, nämlich: 3. Geh. Baurat **Theodor Koehn**, 4. Pfarrer **Paul Luther**, 5. Kaufmann **Ludwig Kohnke**, 6. Oberpostschaffner **Franz Prange**, 7. Landgerichtsrat Dr. **Wilhelm Caspari**, 8. Oberlehrerin **Marta Bandau**, 9. Dr. **Joseph Silbermann**, Syndikus des Verbandes weibl. kaufmänn. Angestellter.

Zur Beachtung!

1. Wer anliegenden Wahlzettel zur **Wahl am Sonntag, den 19. Januar** schon mitbringt, braucht sich am Eingang zum Wahllokal keinen Wahlzettel mehr geben zu lassen und wird nicht irre gemacht durch die Zettel — darunter unter Umständen auch ungültige! — die ihm am Eingang auch von allen anderen Parteien aufgedrängt werden.
2. Der Wahlzettel darf **nicht** unterschrieben werden, darf keinerlei Zusätze oder Kennzeichen enthalten! — Der gestempelte Umschlag dazu wird **im** Wahllokal von amtlicher Seite ausgehändigt.
3. Jeder Wähler und jede Wählerin bringe zur Wahl die **Wahleinladung** des Magistrats oder einen Ausweis mit (Polizeiliche Anmeldung, Geburtsschein, Steuerzettel, Mietsvertrag, Dienst- oder Soldbuch, usw.). Angehörige desselben Haushalts können sich durch den mit Ausweis versehenen Haushaltsvorstand ausweisen lassen.
4. Geht möglichst früh am Vormittag (von 9 Uhr ab) zur Wahl! Am Nachmittag und kurz vor Schluß (8 Uhr abends) ist starker Andrang.
   Der Wähler erhält im Wahllokal einen abgestempelten Briefumschlag, begibt sich mit diesem in die Wahlzelle, steckt dort seinen Stimmzettel, den er zweckmäßigerweise von Hause mitgebracht hat, in den Umschlag und gibt diesen sodann unverschlossen dem Wahlvorstand. Letzterer prüft den Ausweis des Wählers und wirft den Umschlag mit dem Zettel in die Wahlurne. — Kranke und Gebrechliche dürfen in die Wahlzelle von einer zuverlässigen Person begleitet werden.
5. Wahlzettel und diesen Aufruf gut aufbewahren! Werbet im Haus und Bekanntenkreis für unsere Partei!
6. **Niemand darf am Wahltag seine Pflicht versäumen!**
   Es kommt auf jede Stimme an!
   Es gilt die **Errettung des Vaterlandes** und jedes Einzelnen aus dem gegenwärtigen Zustand der Unordnung, Rechtlosigkeit und Gewalttätigkeit!
   Es geht um die Erhaltung der Reichseinheit, der Schule, Kirche und Familie und der persönlichen Freiheit!
   Es gilt die **Abwehr aller Uebergriffe** der Sozialdemokratie im Innern, der Franzosen, Polen und Tschechen von außen!

Deutsche Männer und Frauen!

zeigt durch Eure Teilnahme an der Wahl **Eure Entschlossenheit und euren Mut** eigener Meinung **gegenüber der Sozialdemokratie** und ihren Anhängern.

Der Wahlausschuß der

Deutschen Volkspartei

für den fünften Wahlkreis (Potsdam 10)

X-DD 249
IX-296

Auf zur Preußenwahl!

Preußische Wähler tut eure Pflicht!

Die Wahlschlacht für die deutsche Nationalversammlung **ist geschlagen. Ein Wahlgang von ebenso großer Wichtigkeit, von ebenso unbegrenzter Tragweite steht noch bevor.** Preußens Männer und Frauen sollen darüber entscheiden, in wessen Hände das Schicksal ihres Staates gelegt wird.

Die Tage der Wahlträgheit sind in Deutschland vorüber, jeder Wähler, ob Mann oder Frau, hat die Pflicht an die Urne zu treten, **denn Preußens Zukunft steht auf dem Spiel.**

Wie dem Reiche, so droht auch Preußen der Zerfall. Der preußischen Nationalversammlung erwächst unter diesen Umständen die erste Pflicht, aus **Preußen wieder ein einheitliches Staatswesen** zu machen. Preußen darf nicht aufgelöst, nicht aufgeteilt werden. Der Staat, an dem Jahrhunderte gebaut haben, darf nicht durch den Schlag eines Tages in seinen Grundfesten erschüttert zusammenfallen. Preußen soll im Rang der Bundesstaaten bleiben, was es war und damit dem Deutschen Reiche einen starken Halt geben. Die preußische Nationalversammlung soll der Baumeister sein, der aus den Trümmern des alten Staates das neue Preußen schafft.

Sie hat auch die Pflicht, die Grundlagen des neuen Staates einzurichten. Wie immer auch die Reichsverfassung sich gestalten möge, **Preußen wird im Bereiche von Kultur und Wissenschaft sein eigener Herr** sein. Wie wird es in diesem Bereiche künftig aussehen?

Wir erheben **vor allem** die Forderung, daß **den christlichen Kirchen** ihre bisherige Heimstätte gewahrt **werde**, denn gerade in der Zeit nationalen Unglücks **ist die Religion** für unser Volk stets eine Quelle des Trostes und der inneren Erneuerung gewesen.

Der christlichen Kirche drohen Gefahren. Wie ein gellender Warnungsruf klingt der Name Adolf Hoffmann. Was er mit brutaler Hand dem Staate aufzwingen wollte, will auch die Mehrheitssozialdemokratie: **Die Verweisung der Kirche aus dem Staate, um sie arm und hilflos zu machen.**

Gegen derartige Versuche muß die preußische Nationalversammlung einen Schutzdamm aufrichten. Die christliche Kirche muß ihre bisherige Stellung behalten, die **Jugend wie bisher religiös** erzogen **werden.** Keine einseitige Trennung von Kirche und Staat! **Keine Entfernung der Religion aus dem Schulunterricht! Volksleben und Schule sollen ihren christlich-religiösen Charakter behalten!**

Für die vorstehend aufgestellten Ziele tritt mit aller Kraft ein die Deutsche Volkspartei. Wer sich zu diesen Zielen bekennt, wählt am 26. Januar die Liste der Deutschen Volkspartei. Sie trägt, um Wahlfälschungen zu verhüten, **nur einen Namen**, den des

Geheimen Regierungsrates Hugo Garnich.

Wer den Stimmzettel mit diesen Namen abgibt, wählt damit zugleich die **gesamte Vorschlagsliste der Deutschen Volkspartei**, die folgende Namen enthält:

1. Geheimer Regierungsrat Hugo Garnich;
2. Geschäftsführer Dr. Gerlich;
3. Schulvorsteherin Frl. Ida Klockow;
4. Heinrich Rippler, Herausgeber der Täglichen Rundschau;
5. Schlafwagenschaffner Eduard Neumann, Vorsitzender des Verbandes der Staatseisenbahnschaffner;
6. Justizrat Wagner;
7. Franz Schroer, Vorsitzender des Verbandes Deutsch. Eisenbahnweichensteller, Bahnwärter usw.;
8. Major Westphal;
9. Frau Helga Teicke, Sekretärin,
10. Rechnungsrat Rosenthal,
11. Studienrat Dr. Timpe;
12. Postsekretär Jungklaus;
13. Schlossermeister Ständlein;
14. Dr. Paul Mohr, Syndikus der Deutschen Technischen Gesellschaft;
15. Frl. Hoffmann, Lehrerin;
16. Telegraphendirektor Burmeister;
17. Pfarrer Freitag;
18. Kaufmann Ernst Kowes;
19. Otto Schroer, städtischer Arbeiter;
20. Frl. Konrad, Schneiderin;
21. Fabrikant Wilhelm Cronjäger.

X-DD 249
IX-297

26.1.19

Berliner!

Die Sozialdemokratie hat unser deutsches Reich zerschlagen, jetzt will sie auch Preußen zertrümmern und die wirtschaftliche Kraft Berlins vernichten!

Wer gegen die Zertrümmerung Preußens ist, wer die Vernichtung Berlins nicht will, jeder Einwohner Groß-Berlins, der nicht noch das letzte, was er hat, durch diese unsinnigen Pläne der Sozialdemokratie verlieren will,

der stimmt gegen die Sozialdemokratie!

Wer hilft den Sozialdemokraten bei diesem Wüten gegen Deutschland, Preußen, Berlin? Die deutsche demokratische Partei! Ihr Kandidat, Staatssekretär Preuß, hat den Plan zur Zertrümmerung Preußens und der Vernichtung Berlins ausgesonnen, jetzt hat sie Angst vor ihrem eigenen Kinde, jetzt wehrt die Partei sich gegen den Plan, der aus ihren Kreisen stammt!

Nichts wie Heuchelei, denn der Vater des verhängnisvollen Plans, Staatssekretär Preuß, bleibt Kandidat der Partei.

Daher stimmt gegen

die deutsche demokratische Partei.

Wer Preußen erhalten will, wer Berlin und seine Vororte vor Vernichtung bewahren will, der stimmt

für die Deutsche Volkspartei

Druck Otto Elsner A.-G., Berlin S 42

X-DD 249
IX-298

Preußische Männer und Frauen!

Auf zur Wahl am 26. Januar!

Wählt die Kandidaten der Deutschen Volkspartei!

Was wir wollen!

Wir wollen ein **unversehrtes und unzerstückeltes Preußen**, ein **freies Preußen**, ein **Preußen**, das unter den deutsche Staaten eine geachtete Stellung einnimmt. Posen, Oberschlesien, Westpreußen, Schleswig **gehören** zu uns und sollen preußisch sei und bleiben.

Wir werden auch für Preußen **eine neue Verfassung** aufbauen müssen, diese Verfassung **soll durch und durch** libera sein, gegründet auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht der Männer und Frauen, nach den Grundsätzen de Verhältniswahl. Wir werden neue Grundlagen schaffen für die Verfassung und Verwaltung unserer **Städte und Landgemeinde** der Kreise und Provinzen.

Unser **Beamtentum** und seine Stellung im Staate bedarf neuer Ordnung, **die alten Tugenden** des preußischen Beamten tums, die seinen **Ruhm** durch die Welt verbreitet haben, wollen wir auch in die neue Zeit hinübernehmen, aber auch hier müsse **bisher gebundene Kräfte künftig frei werden. Dem Beamten soll Sicherheit seiner Stellung, auskömmliches Gehalt** un Fürsorge für angemessene Ruhegehälter und die Versorgung seiner Hinterbliebenen gewährleistet werden. Mit und unter dem Volk **als** dessen Schutz und Berater, soll der Beamte wirken.

Wir wollen eine großzügige **innere Kolonisation**, Schaffung zahlreicher **neuer Bauernstellen**, die Möglichkeit des Auf stiegs für den **ländlichen Arbeiter** zum Landbesitzer, Förderung des Verkehrswesens, **Förderung** aller Zweige **landwirtschaftliche Produktion**, baldigste **Aufhebung** der kriegswirtschaftlichen **Zwangswirtschaft**.

Wir wollen ein **blühendes Handwerk**, die Fürsorge und Förderung des Handwerks wird künftig eine der Hauptaufgaben preußischer Staatsverwaltung sein.

Wir kennen die **Nöte des Kleinhandels**, wir betrachten den Kleinhandel als wesentlichen Teil des Mittelstandes, seine Er haltung und die Erleichterung seiner Existenzbedingungen wird die preußische Gesetzgebung und Staatsarbeit sich angelegen sein lassen

Die Sorge für den **ländlichen und industriellen Arbeiter** innerhalb der von dem Reiche durch seine Sozial- und Wirt schaftspolitik gegebenen Richtlinien, war ein Ruhmestitel des alten preußischen Staates, sie wird in noch höherem Maße Tätigkeit de neuen Preußens sein.

Was der Einzelstaat für den **neuen Mittelstand der Angestellten** tun kann, soll und muß geschehen.

Wir verlangen umfassende Unterstützung des **Kleinwohnungswesens**, Beseitigung aller ungesunden Spekulationen in Grund und Boden und eine soziale Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts. Wir werden zu **neuen Ordnungen in unserem Schul wesen** kommen, die geistliche Schulaufsicht, schon längst veraltet, muß völlig beseitigt, die hauptamtliche Fachaufsicht überall eingeführ werden. Zwischen den verschiedenen Schulsystemen ist eine viel engere Verbindung als bisher zu schaffen, der Grundsatz: **den Tüchtigen freie Bahn** überall durchzuführen, **kein Talent** darf aus Mangel an Mitteln **verkümmern**, die allgemeine und die Fachbildung unseres Volkes muß gehoben, dagegen alles Berechtigungsunwesen beseitigt werden.

Auf unsere **Eisenbahnen und unsere Staatsbetriebe** wird das Reich künftig in weitem Maße Einfluß üben, di preußischen Belange dabei zu wahren wird der preußischen Organe Aufgabe und Pflicht sein. Unser **Steuersystem** in Staat und Gemeinde wird auf ganz neue Grundlage im engen Anschluß an die Neuordnung der Finanzen des Reiches gestellt werden müssen

X-OD 249
IX-299

An den selbständigen Mittelstand in Stadt und Land!

Der Krieg hat keinen Erwerbsstand unseres Volkes so hart getroffen, wie den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand. Über zwei Drittel sämtlicher Mittelbetriebe sind im Kriege gezwungen gewesen, wegen der Einziehung des Inhabers zu schließen. Hunderttausende selbständige Existenzen sind vernichtet. Alle Ersparnisse sind aufgezehrt, die Läger an Vorräten aufgeräumt, die Maschinen und Werkzeuge entwertet. Die Arbeit mühevoller Jahre zum Aufbau einer selbständigen Existenz ist vergebens gewesen. Von vorn muß der selbständige Mittelstand beginnen, unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen den Wiederaufbau vorzunehmen. Die

Deutsche Volkspartei

sieht es deshalb als die vornehmste und wichtigste Forderung ihres Wirtschaftsprogramms an, die

Wiederaufrichtung des Mittelstandes

durch staatliche und gesetzgeberische Hilfe zu unterstützen. In erster Linie muß der

erforderliche Kredit

unter möglichst günstigen Zins- und Rückzahlungsbedingungen geschaffen werden. Staatlich beschlagnahmte Waren und Rohmaterialien sowie die amtlich zugestandene Einfuhr muß den Mittelbetrieben in demselben Maße zugeführt werden, wie der Industrie. Reich, Staat und Gemeinden sollen durch die schleunige Erteilung notwendig auszuführender Aufträge

Arbeitsgelegenheit

schaffen. Dabei muß den

Mißständen des Verdingungswesens

ein Ende bereitet werden durch die

Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen nach dem Grundsatze angemessener Preise.

Die Lebensfähigkeit des Mittelstandes darf auch nicht durch staatliche und kommunale Konkurrenz sowie durch großkapitalistische Übermacht erschwert und erdrückt werden. Der Staat hat ein Interesse daran, eine gesunde und lebensfähige Mittelschicht zu erhalten, nicht aber durch Aufnahme kaufmännischer Geschäfte das Betätigungsfeld des selbständigen Mittelstandes mehr und mehr zu vernichten. Angesichts der mangelnden Erwerbssicherheit und der Gefahr unzureichender Altersversorgung tritt die deutsche Volkspartei ein für die

Ausdehnung der sozialen Fürsorge-Gesetzgebung auf den selbständigen Mittelstand.

R-DD 249
IX-300

Auf zur Preußenwahl!

Preußische Wähler tut eure Pflicht!

Die Wahlschlacht für die deutsche Nationalversammlung ist geschlagen. **Ein Wahlgang von ebenso großer Wichtigkeit, von ebenso unbegrenzter Tragweite steht noch bevor.** Preußens Männer und Frauen sollen darüber entscheiden, in wessen Hände das Schicksal ihres Staates gelegt wird.

Die Tage der Wahlträgheit sind in Deutschland vorüber, jeder Wähler, ob Mann oder Frau, hat die Pflicht an die Urne zu treten, **denn Preußens Zukunft steht auf dem Spiel.**

Wie dem Reiche, so droht auch Preußen der Zerfall. Der preußischen Nationalversammlung erwächst unter diesen Umständen die erste Pflicht, **aus Preußen wieder ein einheitliches Staatswesen** zu machen. Preußen darf nicht aufgelöst, nicht aufgeteilt werden. Der Staat, an dem Jahrhunderte gebaut haben, darf nicht durch den Schlag eines Tages in seinen Grundfesten erschüttert zusammenfallen. Preußen soll im Rang der Bundesstaaten bleiben, was es war und damit dem Deutschen Reiche einen starken Halt geben. Die preußische Nationalversammlung soll der Baumeister sein, der aus den Trümmern des alten Staates das neue Preußen schafft.

Sie hat auch die Pflicht, die Grundlagen des neuen Staates einzurichten. Wie immer auch die Reichsverfassung sich gestalten möge, **Preußen wird im Bereiche von Kultur und Wissenschaft sein eigener Herr** sein. Wie wird es in diesem Bereiche künftig aussehen?

Wir erheben **vor allem** die Forderung, daß **den christlichen Kirchen** ihre bisherige Heimstätte gewahrt werde, denn gerade in der Zeit nationalen Unglücks **ist die Religion** für unser Volk stets eine Quelle des Trostes und der inneren Erneuerung gewesen.

Der christlichen Kirche drohen Gefahren. Wie ein gellender Warnungsruf klingt der Name **Adolf Hoffmann.** Was er mit brutaler Hand dem Staate aufzwingen wollte, will auch die Mehrheitssozialdemokratie: **Die Verweisung der Kirche aus dem Staate, um sie arm und hilflos zu machen.**

Gegen derartige Versuche muß die preußische Nationalversammlung einen Schutzdamm aufrichten. Die christliche Kirche muß ihre bisherige Stellung behalten, die **Jugend wie bisher religiös erzogen werden.** Keine einseitige Trennung von Kirche und Staat! **Keine Entfernung der Religion aus dem Schulunterricht! Volksleben und Schule sollen ihren christlich-religiösen Charakter behalten!**

Für die vorstehend aufgestellten Ziele tritt mit aller Kraft ein die Deutsche Volkspartei. Wer sich zu diesen Zielen bekennt, wählt am 26. Januar die Liste der Deutschen Volkspartei. Sie trägt, um Wahlfälschungen zu verhüten, nur einen Namen, den des

Geheimen Regierungsrates Hugo Garnich.

Wer den Stimmzettel mit diesen Namen abgibt, wählt damit zugleich die **gesamte Vorschlagsliste der Deutschen Volkspartei,** die folgende Namen enthält:

1. Geheimer Regierungsrat Hugo Garnich,
2. Geschäftsführer Dr. Gerlich,
3. Schulvorsteherin Frl. Ida Klockow,
4. Heinrich Rippler, Herausgeber der Täglichen Rundschau,
5. Schlafwagenschaffner Eduard Neumann, Vorsitzender des Verbandes der Staatseisenbahnschaffner,
6. Justizrat Wagner,
7. Franz Schroer, Vorsitzender des Verbandes Deutsch. Eisenbahnweichensteller, Bahnwärter usw.,
8. Major Westphal,
9. Frau Helga Teicke, Sekretärin,
10. Rechnungsrat Rosenthal,
11. Studienrat Dr. Timpe,
12. Postsekretär Jungklaus,
13. Schlossermeister Stäudlein,
14. Dr. Paul Mohr, Syndikus der Deutschen Technischen Gesellschaft,
15. Frl. Hoffmann, Lehrerin,
16. Telegraphendirektor Burmeister,
17. Pfarrer Freitag,
18. Kaufmann Ernst Kowes,
19. Otto Schroer, städtischer Arbeiter,
20. Frl. Konrad, Schneiderin,
21. Fabrikant Wilhelm Cronjäger.

X-DD 242 ,
IX-301

An alle Beamten und Beamtinnen!

Kollegen und Kolleginnen!

Jetzt regieren allein die politischen Parteien, und deshalb begeben sich Staatsbürger, die außerhalb der Parteien bleiben, des Einflusses, der ihnen auf die Regierung zusteht.

Darum hinein in die Parteien! Zu welche Partei? Prüfe ein jeder leidenschaftslos und gewissenhaft, der Verantwortung bewußt, die er seiner Familie, seinem Berufe und — vor allem — dem Vaterlande in dieser Frage schuldet. Fragen wir uns als Staatsbürger und Staatsdiener:

Können wir mit der gegenwärtigen Regierung zufrieden sein?

„Wir wissen alle zur Genüge, daß wir seit den Tagen der Revolution von Tag zu Tag ärmer geworden sind, daß das Ausland kein Vertrauen mehr zu Deutschland hat, daß alle guten Geister vom deutschen Volke abgerückt zu sein scheinen, daß die völlige Auflösung aller Organisationsbande sichtbar ist, daß die moralische Verwilderung von Tag zu Tag fortschreitet, daß Arbeitsunlust und Unehrlichkeit in politischen wie in wirtschaftlichen Dingen die Szene beherrschen. **Das ganze Volk, von der äußersten Linken bis hin zur äußersten Rechten, fühlt die Unmöglichkeit, in den bisherigen Bahnen fortzuwursteln.** Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der mit den Zuständen zufrieden ist, und jeder hat recht mit seiner Unzufriedenheit!"

Kollegen und Kolleginnen,

merkt auf, das schreibt ein Sozialist,

ein Redakteur des „Vorwärts" in Heft 23 der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke". Er spricht damit der Katterwirtschaft der Scheidemann, Bauer, Müller, Erzberger das Todesurteil. Seid Ihr denn zufrieden, deutsche und preußische Beamte und Beamtinnen, Lehrer, Lehrerinnen und Gemeindebeamten? Wo zeigt sich

die Mißwirtschaft der Regierung

deutlicher als in der Besoldungspolitik? Sie konnte die ungeheuerliche Verschwendung der Arbeiter- und Soldaten-Räte nicht hindern, sie schuf allerlei neue reichdotierte Stellen für ihre Anhänger, führte große Besoldungsordnungen für die Privatangestellten der Ministerien ein, gab den Staatsarbeitern — namentlich wenn sie streikten oder mit dem Streik drohten — immer neue Aufbesserungen, nur für Diätare, Beamte und Ruhegehaltsempfänger hatte sie nichts als Vertröstungen. Die erste Teuerungszulage im Dezember 1918 war ja nichts weiter als die Einlösung eines von der alten Regierung gegebenen Wortes. Was man inzwischen gab, mußte

nach endlosen Kämpfen

von den Beamtenverbänden und Parteien erst erzwungen werden. Man gab freilich allerlei. Man gab am 26. Februar den preußischen Beamten, die sich mit der Republik nicht abfinden wollten, das Recht, sich mit ¼ ihres Diensteinkommens in den Ruhestand versetzen zu lassen.

Man „verfügte".

das im Verordnungswege, ohne die Volksvertretung zu fragen (das ist „demokratisch"!) und hob dieses Recht ebenso im Verordnungswege für alle unteren und fast alle mittleren Beamten wieder auf. **Haben diese Beamtenklassen einen geringeren Anspruch auf Achtung ihrer Ueberzeugung?**

Man brüstet sich damit, nun freie Bahn dem Tüchtigen eröffnet zu haben. Wer hat bisher davon etwas gemerkt, als daß allerlei

Regierungsstützen und Novemberopportunisten,

Männer, vor deren Ueberzeugungstreue keiner, der sich im alten Deutschland offen und ehrlich zur Republik bekannte, Achtung haben kann, befördert wurden.

Man sicherte den Beamten Gesinnungsfreiheit zu, aber man bedroht alle Beamten, „die sich in die Zeit nicht schicken können", mit der Entlassung. Untere Beamte namentlich können

ein Lied von dem Terror

singen, dem sie ausgesetzt sind, wenn sie sich nicht zu den regierenden Parteien bekennen.

Nichts beleuchtet die Stellung der Regierung zur Beamtenschaft besser als die Tatsache, daß sie die durch die schreiende Notlage der Beamten veranlaßte

Beamteninterpellation der Deutschen Volkspartei,

die am 28. März 1919 eingereicht wurde, am 1. August erst zur Verhandlung kommen ließ. **Vier Monate lang fand man in der rein eigenen Nationalversammlung keine Zeit für die Beamtenschaft.** Eine Mißachtung, die nicht einmal die Beamtenvertreter der Mehrheitsparteien zu verhindern wußten. Merkt Euch das, Kollegen, und erkennt, wo Eure wahren Freunde sind.

Unser Volk kann weder mit konservativ-autokratischer, noch mit sozialistisch-internationalistischer Führung, noch durch die „Diktatur des Proletariats" aus der Not der Zeit herausgeführt werden. Wir können kein Vertrauen zu einer Partei haben, die sich allein auf einzelne Berufsstände oder Interessengruppen stützt. Was Deutschland not tut, das ist eine Partei, die in gewissenhafter Sorge alle Stände umfaßt, die sich bewußt gegen die zersetzende Internationale, die so jämmerlich zusammengebrochen ist, und gegen eine falsche Demokratie, die alle Fragen mit „Mehrheitsbeschlüssen" lösen will, wendet und alle Deutschen ohne Unterschied des Standes und des Glaubens einen will.

Vaterland und Freiheit sind unsere Ideale,

wir sind und bleiben **national, sozial und liberal!**

Helft uns, Beamte und Beamtinnen! Macht Euch nicht durch Eure Unentschiedenheit am Zerfall Deutschlands mitschuldig, das ohne tatkräftige Arbeit aller Einsichtigen dem Bankerott entgegengeht, der vor allem Euch Staatsangestellte am schwersten treffen würde. Laßt Euch nicht durch

traurige Machenschaften gegen die Deutsche Volkspartei

beirren. Prüft selbst, laßt die Tatsachen für sich sprechen. Die Deutsche Volkspartei sucht die Menge nicht durch Phrasen zu betören, nennt sich nicht etwa „Beamtenpartei" und hat doch einfach aus Pflichtgefühl und weil sie weiß, daß Deutschland zugrunde gehen muß, wenn ihm nicht sein bewährtes, pflichttreues und unbestechliches Beamtentum erhalten bleibt, mehr für dessen Erhaltung getan, als irgendeiner. Ihr seht es, weil im verständnisvollen

Zusammenarbeiten mit den Vertrauensmännern Eurer Organisation

die Abgeordneten Beck-Heidelberg, Meyer-Herford im Reichstage und Schröder-Cassel, v. Campe-Hildesheim u. a. im Landtage seit Jahren für Euch geschaffen haben, wie sie führend und anregend sorgten. Und trotz aller Entstellungen und aller Versuche,

X-DO 249
IX-302

Aufruf der Deutschen Volkspartei

Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Noch immer zittert die Revolution in Deutschland fort. Von links und rechts versucht n die organische Entwicklung, die allein unseres Volkes Zukunft verbürgt, zu durchbrechen! Klass haß zerreißt die Volksgemeinschaft. Ruhe, Ordnung und Arbeitssinn können nicht zu ihr Rechte gelangen. Die Wirtschaft droht im Elend zu versinken und ehrliche Arbeit gedeiht nicht me Am Ende dieser Volkszerrüttung steht Bolschewismus und roter Terror! Das ist das gebnis der Politik, die mit der Vernichtung der Staatsautorität durch die Novemberrevolut begann und aus der die heutigen Mehrheitsparteien den Weg zur Ordnung und zum Aufstieg ni finden haben.

Nun ruft der Wahltag das deutsche Volk zur Schicksalsentscheidung auf.

Neue Wege

müssen beschritten werden, wenn wir zur Gesundung kommen wollen. Nicht die Diktatur di Vormachtstellung einzelner Klassen, noch die formale Demokratie parlamentarischer Parteiherrsch kann Freudigkeit wecken oder uns auch nur aus dem Elend der Gegenwart befreien.

Wir verlangen, daß Lebenserfahrung und sachliche Tüchtigkeit die politische Arbeit ergänzen und fordern daher die Kammer der Arbeit, nicht nur als vorbereitendes und begutachtendes Organ, sondern als berufsständische Ergänzung des politischen Parlaments. Wir bekämpfen die parteipolitische Zersetzung des Beamtentums und wollen unser altes pflichtbewußtes, sachliches, unparteiisches und unbestechliches Beamtentum erhalten wissen.

Nicht Dilettanten, sondern Fachminister für die Leitung. Jeder Tüchtige, nicht nur der Gesinnung tüchtige, soll vorwärtskommen. Auswärtige Politik und Wehrmacht, Rechtspflege und Wirtsch sollen von Parteipolitik befreit werden. Alle aufbauenden Kräfte in unserem Volksleben ohne Unt schied der Partei und des Standes sollen sich zusammenfinden zu der Aufgabe, die über allem steht, d

Wiederaufbau unseres Vaterlandes und unserer Wirtschaft.

X-DD 249
IX-303

Ortsgruppe W
Potsdam

Die 14 Punkte der Deutschen Volkspartei für die Berliner Gemeindepolitik.

1. Wiederherstellung der alten Reichshauptstadt Berlin.

Die erste Vorbedingung einer gesunden Gemeindepolitik für Berlin ist die Wiederaufrichtung seiner geschichtlichen Stellung und seiner wirtschaftlichen Kraft. Es ist oberste Pflicht der Berliner Gemeindeverwaltung, mit aller Entschlossenheit dahin zu wirken, daß Berlin die Hauptstadt des Deutschen Reiches und des ungeteilten preußischen Staates bleibt.

2. Der werktätigen Bevölkerung ihr Recht.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Berlins erfordert die Erhaltung und Festigung der werktätigen Bevölkerung, sowohl des Mittelstandes der Handwerker und selbständigen Kaufleute, wie der Beamten, Angestellten, Akademiker und der andern freien Berufe.

Gewährung des notwendigen Kredits für die mittleren und kleineren Gewerbetreibenden aus öffentlichen Mitteln.

Neugestaltung des Verdingungswesens nach den Grundsätzen des angemessenen Preises und der kleinen Loose. Zuweisung der Gemeindeaufträge an die ortsansässigen selbständigen Handwerker.

Eintreten für alle berechtigten Interessen der Arbeiterschaft.

Behebung der bestehenden Mißstände im städtischen Zwischenhandel, insbesondere mit Lebensmitteln, schnelle Auflösung der Kriegsgesellschaften, Unterstützung des freien Handels.

Errichtung eigener Lehrwerkstätten zur Heranbildung tüchtiger Arbeiter und zur allgemeinen Hebung des Handwerks.

Alles dies unter Mitwirkung der berufsständigen Vertreter.

3. Der Arbeit ihren Lohn.

Neubelebung des alten Ruhmes der Arbeitsstadt Berlin. Anspornung des Fleißes der Vorwärtsstrebenden durch gerechte Löhne und Gehälter. Schutz der Arbeit gegen brutale Vergewaltigung durch wilde und willkürliche Streiks. Bekämpfung der Verstaatlichung der freien Berufe, des Handwerks und des Gewerbes, die von den Sozialdemokraten und ihren Verbündeten angestrebt wird und nur eine neue Form überlebter Bevormundung wäre, diesmal durch rote Gewalthaber.

4. Gerechte Steuerverteilung.

Rückkehr zur alten preußischen Sparsamkeit. Gerechte Verteilung der Gemeindesteuern nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Entlastung der durch den Krieg wirtschaftlich geschwächten Volkskreise. Schutz der Mieter vor unberechtigten Mietssteigerungen sowie des soliden Hausbesitzes gegen übermäßige Belastung. Reine Besteuerung der Lebensmittel. Gebührende Rücksichtnahme des Reiches und des Staates auf die Steuerbedürfnisse der Gemeinden.

5. Soziale, nicht sozialistische Verwaltung der Gemeinde.

Ausgestaltung der Gemeindebetriebe zu Musterbetrieben unter Ausschluß einseitiger Parteiinteressen. Angemessene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre gesetzlich geordneten Ausschüsse und Berufsverbände.

X-DD 249
IX 204

Kennst Du die Grundsätze der Deutschen Volkspartei?

Sie bekämpft:

Würdelosen Internationalismus und materialistische Verderbnis deutscher Art und Sitte.

Jede politische Vormachtstellung einzelner Klassen oder Stände, vollends das gegenwärtige Uebergewicht volksfremder Elemente im gesamten Leben der Nation.

Jede Diktatur oder Nebenregierung.

Jeden Verfassungsbruch und alle Loslösungsbestrebungen.

Alle das Wirtschaftsleben störenden sozialistischen Experimente.

Die Proletarisierung des Mittelstandes, der Beamtenschaft und der Angestellten.

Die religionslose Schule.

Jede ins Schädliche ausgedehnte Zwangswirtschaft.

Die politische und wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands.

Sie fordert:

Eine starke, vom Volkswillen getragene Regierung.

Die organische Entwicklung zum einheitlichen deutschen Volksstaat mit weitgehender Selbstverwaltung der einzelnen Landschaften.

Zur Befreiung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes von sachfremden parteipolitischen Einflüssen eine aus allen Berufsständen zu bildende Kammer der Arbeit (Reichswirtschaftsparlament) als vollberechtigten volkswirtschaftlichen Gesetzgebungskörper neben dem Reichstag.

Den sozialen Frieden auf der Grundlage der Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Die grundsätzliche Beibehaltung des Privateigentums unter Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Gesamtheit.

Den stufenweisen Abbau der Zwangswirtschaft.

Die Erhaltung einer gesunden Mittelschicht, die Möglichkeit des Aufstiegs der Befähigten zu allen Stellen.

Nationale Erziehung auf christlicher Grundlage, religiösen Unterricht nach dem hierfür maßgebenden Willen der Erziehungsberechtigten.

Die Revision des unerfüllbaren Friedensdiktats von Versailles.

Darum wähle Deutsche Volkspartei

Liste Stresemann!

Stimmzettel liegen bei, weitere sind im Wahlbüro — Restaurant Brauns, gegenüber dem Rathause — erhältlich.

Ortsverein Schmargendorf.

X-DD 249
IX-305

Sozialdemokratie u

Volkspartei

I. Sozialdemokratische Vorwürfe und volksparteiliche Antworten

1. Die Volksparteiler sind die ärgsten Feinde der Arbeiterbewegung und gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter.

Antwort: Das ist eine unwahre Behauptung, denn in den Grundsätzen der Deutschen Volkspartei (beschlossen auf dem Parteitag in Leipzig am 19. Oktober 1919) heißt es ausdrücklich (unter Punkt 16): „Die Deutsche Volkspartei tritt ein für gesetzliche Gewährung des Koalitionsrechtes und der Koalitionsfreiheit, insbesondere für Schutz der gewerkschaftlichen und politischen Ueberzeugung des einzelnen Arbeitnehmers, sowie für Anerkennung der Berufsverbände, für Schaffung eines zeitgemäßen Arbeiter- und Staatsarbeiterrechts."

2. Die Volksparteiler sind die Vertreter des Großkapitals.

Antwort: Diesbezüglich heißt es in den „Grundsätzen" (Punkt 6): „Einem auf unser Volkstum und Staatsleben zersetzend wirkenden Einfluß des Großkapitals, wie er bei demokratischer Staatsform zu befürchten ist, muß scharf entgegengetreten werden."

3. Die D. V. P. ist gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Wirtschaftsleben.

Antwort: In den „Grundsätzen" (15) wird erklärt: „Dem berechtigten Verlangen der Arbeiter und Angestellten, verantwortlich an der Regelung der Wirtschaft mitzuarbeiten, muß auf dem Boden der Gleichberechtigung zwischen den und ihren Mitarbeitern eine berufsständ aller schaffenden Arbeit bis hinauf zum R rat aufbauen."

4. Die Deutsche Volkspartei ist ga reform.

Antwort: Unter Punkt 16 der „G es: „Die Deutsche Volkspartei fordert **sozialen Fürsorge auf allen Gebieten.** Durchführung der sozialen Versicherung gesetze ist daher ein dringendes Erfordern

5. Schonung der Reichen ist das Deutschen Volkspartei.

Antwort: Die „Grundsätze" (23) kommen und Vermögen sind nach der L heranzuziehen. **Das Arbeitseinkommen** men aus Vermögen gegenüber zu bevorzu

6. Die D. V. P. ist eine „Feindin gleichen Wahlrechts".

Antwort: Die D. V. P. fordert (**„Volle politische Gleichberechtigung aller E**

7. Ja, aber wie steht's mit der E der Frauen?

Antwort geben die „Grundsätze" (9) Volkspartei tritt ein für die politische, w

X-DD 249
IX-306

Achtung, Mittelstand!

Die Feindschaft der Sozialdemokratie gegen den selbständigen Mittelstand ist bekannt

Die Sozialdemokratie will die kleinen selbständigen Betriebe in „Gemeinwirtschaf überführen, d. h. sie den bisherigen Eigentümern wegnehmen und sie durch die Gemeind betreiben lassen.

Schon vor einem halben Jahre haben in Berlin die Lebensmittelhändler dur einen zweistündigen Demonstrationsstreik gegen die Kommunalisierung des Lebensmitt handels protestiert.

Das hat nichts genützt!

Aus dem Entwurf des Kommunalisierungsgesetzes, den die Regierung jetzt de Reichsrat vorgelegt hat, geht die Haltung der heutigen sozialistisch-demokratischen Regierun gegenüber dem Mittelstand klar hervor.

In der Begründung zu dem die Entschädigung regelnden § 9 heißt es:

„Artikel 153 der Verfassung bestimmt, daß bei Enteignung angemessene Entschädigu zu leisten sei, und eine andere Formulierung hat sich auch für dieses Gesetz nicht find lassen, da neben gewaltigen Großbetrieben, wie Straßenbahnen, Gaswerken und äh lichen auch die **kleinsten Kleinbetriebe**, wie **Milchhandlungen** und **Grünkramhan lungen** unter das Gesetz fallen können."

Wer hat dies Gesetz verfaßt?

Das Reichsministerium des Innern!

Wer steht an seiner Spitze?

Der **Führer** der Demokraten: **Reichsminister Koch!**

Milchhändler, Grünkramhändler, Lebensmittelhändle
Kohlenhändler, Bäcker und Fleischer
wahrt Eure Interessen!

X-DD 249

IX- 307

Aufruf der Deutschen Volkspartei

Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Noch immer zittert die Revolution in Deutschland fort. Von links und rechts versucht ma die organische Entwicklung, die allein unseres Volkes Zukunft verbürgt, zu durchbrechen! Klasse hader zerreißt die Volksgemeinschaft. Ruhe, Ordnung und Arbeitssinn können nicht zu ihre Rechte gelangen. Die Wirtschaft droht im Elend zu versinken und ehrliche Arbeit gedeiht nicht meh **Am Ende dieser Volkszerrüttung steht Bolschewismus und roter Terror!** Das ist das E gebnis der Politik, die mit der Vernichtung der Staatsautorität durch die Novemberrevolutio begann und aus der die heutigen Mehrheitsparteien den Weg zur Ordnung und zum Aufstieg nic gefunden haben.

Nun ruft der Wahltag das deutsche Volk zur Schicksalsentscheidung auf.

Neue Wege

müssen beschritten werden, wenn wir zur Gesundung kommen wollen. Nicht die Diktatur od Vormundschaft einzelner Klassen, noch die formale Demokratie parlamentarischer Parteiherrscha kann Reichsfreudigkeit wecken oder uns auch nur aus dem Elend der Gegenwart befreien.

Wir verlangen, daß Lebenserfahrung und sachliche Tüchtigkeit die politische Arbeit ergänzen und fordern daher die Kammer der Arbeit, nicht nur als vorbereitendes und begutachtendes Organ, sondern als berufsständische Ergänzung des politischen Parlaments. Wir bekämpfen die parteipolitische Zersetzung des Beamtentums und wollen unser altes pflichtbewußtes, sachliches, unparteiisches und unbestechliches Beamtentum erhalten wissen.

Nicht Dilettanten, sondern Fachminister für die Leitung. Jeder Tüchtige, nicht nur der Gesinnungs tüchtige, soll vorwärtskommen. Auswärtige Politik und Wehrmacht, Rechtspflege und Wirtscha sollen von Parteipolitik befreit werden. Alle aufbauenden Kräfte in unserem Volksleben ohne Unter schied der Partei und des Standes sollen sich zusammenfinden zu der Aufgabe, die über allem steht, der

Wiederaufbau unseres Vaterlandes und unserer Wirtschaft.

X-DD 249 IX-308

Berliner! Berlinerinnen!

Eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite soll am 23. Februar durch Euch gefällt werden: die Entscheidung darüber, ob in der Gemeindeverwaltung der Reichshauptstadt eine sozialistische Gewaltherrschaft mit ihren wahnwitzigen Experimenten und Schrecken aufgerichtet werden soll, oder ob Ruhe und Ordnung, Gerechtigkeit und gesunder Menschenverstand, ernste Arbeit und würdige, sachgemäße Behandlung aller Gemeinde-Fragen Platz greifen sollen.

Abgetan für die Gemeinde Berlin ist die einseitige Vorherrschaft der ehemaligen „Fortschritts"-Partei, die sich jetzt „Deutsche demokratische Partei" nennt und unter der Leitung des Berliner Tageblattes und der ihm verwandten Kreise steht. Diese Richtung hat nicht deutsches, sondern internationales Gepräge. Die maßgebenden Leute sind Bankdirektoren und gewissen Finanzgruppen nahestehende Rechtsanwälte und Schriftleiter. Fremd ist ihnen das Wohl und Wehe des deutschen Volkes, der Handwerker, des mittleren und kleineren Gewerbestandes, der Angestellten und Arbeiter, der Beamten und Lehrer. Fern liegt jenen Kreisen das deutsche Geistesleben und die Sorge für seine Pflege, für deutsche Jugenderziehung und für die Förderung der deutschen Geistesarbeiter. Darum verzichten wir auf die Gemeindeverwaltung des Berliner sogenannten „Fortschritts" ohne besonderen Schmerz.

Verhängnisvoll aber wäre es, wenn nun an die Stelle der alten Stadtverordneten-Mehrheit eine neue, nicht minder einseitige rote Klassenherrschaft treten würde.

In dem Vierteljahr seit der Revolution haben wir einen gründlichen Anschauungsunterricht darüber durchgemacht, was die regierende Sozialdemokratie uns bietet. Sie war es, die den blutrünstigen Eichhorn, den Söldling der Bolschewik, zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannte und ihn so in den Stand setzte, die Spartakusbanden mit Maschinengewehren und Gewehren aufs reichhaltigste auszurüsten. Die regierende Sozialdemokratie hat viele Wochen lang ruhig zugesehen und keinen Finger gerührt, als sich die Spartakusbanden nicht nur durch Eichhorns werktätige Hilfe, sondern auch durch Diebstahl in den unter der Aufsicht der Regierung stehenden Dienstgebäuden mit Waffen und Schießbedarf versorgten.

Ausschließlich die regierende Sozialdemokratie trägt also die Verantwortung dafür, daß Berlin der Schauplatz eines blutigen Bürgerkrieges wurde, dem viele Hunderte, darunter Frauen und Kinder, zum Opfer gefallen sind.

Die Berliner Wählerschaft müßte hiernach vollkommen verblödet sein, wenn sie selbst durch ihre eigenen Wahlstimmen der Partei, die sich an Berlin in so ungeheurem Maße versündigt hat, die Berliner Gemeindeverwaltung ausliefern wollte.

Die Spartakisleute sind die Zwillingsbrüder der Unabhängigen und gehören diesen größtenteils als eingeschriebene Parteimitglieder an, und die Ebert-Scheidemannsche regierende Mehrheitssozialdemokratie hat soeben erst in Weimar die Unabhängigen liebreich eingeladen, in die Regierung einzutreten. Unmittelbar darauf erklärten sich die „deutschen" Demokraten hierzu bereit, nachdem schon bisher deren Führer Fischbeck, Preuß, Schiffer, von Gerlach mit in der sozialdemokratischen Regierung gesessen und alle ihre unverantwortlichen Taten mitgemacht und mitverschuldet hatten.

Hier gilt der Satz: „Gleiche Brüder – gleiche Kappen!"

X-DD 249
IX-309

Schwankende Gestalten

Die **Deutsche Volkspartei** ist die erste der nach der Novemberrevolution von 1918 neugebildeten Parteien gewesen, die sich ein Programm zulegte; sie hat auch mit zu den ersten Parteien gehört, die in der jetzigen Reichstagswahlbewegung mit einem Aufruf an die Wähler herausgekommen ist. Nun, da wäre ja wohl alles in Ordnung! Da wissen die Wähler jetzt ganz genau, wie sie mit der Deutschen Volkspartei daran sind, denn sie haben es ja von ihr schwarz auf weiß.

Ja, wenn das nur so einfach wäre! Wenn man nur bei der Deutschen Volkspartei auch immer wüßte, daß sie länger als 24 Stunden an dem festhält, was sie sagt! Damit hapert es aber ganz bedenklich. Diese Partei spricht und handelt heute so, morgen aber sagt und tut sie unter Umständen das gerade Gegenteil. Sie weiß eben nicht, was sie will — oder vielmehr: sie will nur eins: Wähler fangen. Und zu diesem Zweck paßt sie sich der jeweiligen Konjunktur an und verbrennt, wenn es sein muß, heute, was sie gestern angebetet hat, um das anzubeten, was sie gestern verbrannt hat.

Wähler, werdet Ihr einer Partei, die derartig haltlos ohne feste Grundsätze hin und her schwankt, die Stimme geben? Werdet Ihr Euch nicht, nachdem Ihr das Spiel durchschaut,

mit Entrüstung abwenden?

Damit sich jeder selbst über die unsichere und widerspruchsvolle Haltung der Deutschen Volkspartei ein Urteil bilden kann, seien einige Tatsachen aus der Geschichte dieser nunmehr anderthalb Jahre alten Partei kurz erwähnt.

Da ist zunächst die Frage des

Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie!

Als Herr Stresemann im Dezember 1918 die Deutsche Volkspartei gründete, rechtfertigte er seine Absonderung von der Deutschen Demokratischen Partei in erster Linie mit der verschiedenen Auffassung über das Verhältnis zur Sozialdemokratie. Er warf der Deutschen Demokratischen Partei vor, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammen eine parlamentarische Mehrheit bilden wolle, während die Deutsche Volkspartei ihre Ziele nicht im Bündnis mit der Sozialdemokratie, sondern

„im Kampf gegen die Sozialdemokratie"

zu erreichen suche. Nun muß man wissen, daß Dr. Stresemann es gewesen ist, der im alten Reichstag als Nationalliberaler **zusammen mit der sozialdemokratischen Partei** dem Mehrheitsblock angehörte und sich dabei sehr wohl fühlte. Im Dezember 1918 war seine Abneigung aber gegen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten so groß, daß er deswegen lieber eine besondere Partei gründete. Diese Partei erklärte dann in einer offiziellen Kundgebung im Januar 1919:

„Deshalb sind wir **unter keinen Umständen** gewillt, der **Sozialdemokratischen Partei** zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit die Hand zu reichen."

So im Januar 1919! Im Januar 1920 aber hatte sich die Deutsche Volkspartei schon wieder zu der entgegengesetzten Fassung durchgerungen, und Dr. Stresemann erklärte in der „Täglichen Rundschau":

„Man darf auch nicht vor dem Gedanken zurückschrecken, einmal im neuen Deutschland mit **Sozialdemokraten**, die sich auf den Boden eines ordnungsmäßigen Wiederaufbaus stellen, **in einem Kabinett zusammen zu sitzen.**"

In zwei Jahren also haben Dr. Stresemann und seine Anhänger in Bezug auf die Stellung zur Sozialdemokratie zweimal ihre Meinung gewechselt!

Sehr lehrreich ist auch das Verhalten der Deutschen Volkspartei zum

Betriebsrätegesetz.

In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei im April 1919 erkannte Dr. Stresemann an, daß in dem Rätesystem ein „gesunder Gedanke" liege. Der sich anschließende Parteitag der Deutschen Volkspartei nahm sogar eine Resolution zugunsten der

„Fruchtbarmachung des Rätegedankens"

an. Demgemäß erklärte auch in der ersten Lesung des Betriebsrätegesetzes der Vertreter der Deutschen Volkspartei, seine politischen Freunde seien „zu jeder Zeit bereit, an diesem Gesetz — das er als das „größte soziale Gesetz" rühmte — **mitzuarbeiten**, um das Gesetz so zu gestalten, daß es den Wünschen und dem Wohle der Allgemeinheit entspricht." Obwohl nun der Regierungsentwurf im Ausschuß und in den darauf folgenden Lesungen der Vollversammlung gerade in der Richtung des Allgemeinwohls umgestaltet wurde, erklärte sich die Deutsche Volkspartei im Januar 1920 **gegen** das Gesetz, und ihr Wortführer strafte sogar ausdrücklich seinen Fraktionskollegen, den Redner bei der ersten Lesung, Lügen, indem er erklärte, es liege überhaupt **kein Anlaß** im Wirtschaftsleben vor, eine solche Gesetzgebung (er nannte sie jetzt mit einem Mal „wirtschaftliche Revolution") ins Werk zu setzen.

Auch die

Beamten

wissen von der stets schwankenden Haltung der Deutschen Volkspartei ein Lied zu singen. Bei der Beratung des Reichs-Etats für 1919 und bei anderen Gelegenheiten floß die Deutsche Volkspartei über von Wohlwollen und Fürsorge für die Beamten. Als es nachher aber zum Klappen kam, stimmte die Partei **gegen den Etat** und suchte damit, was an ihr lag, alle Gehaltsaufbesserungen, alle Stellenvermehrungen und alle sonstigen sozialen Maßnahmen, die der Etat zugunsten der Beamten vorsah, zunichte zu machen. Das schönste aber war, daß

X-DD 249
IX-310

Trotz all unserer Bemühungen

haben Sie Ihre Stimme zur Rettung des geknechteten Vaterlandes immer noch nicht abgegeben.

All unsere übermenschliche Arbeit ist verloren, wenn die Wähler nicht kommen und wählen.

Die Sozialdemokraten und ihre Freunde, die uns vergewaltigen wollen, haben sicherlich nicht die Mehrheit, wenn ihr notleidenden Bürger und Bürgerinnen alle zur Wahl kommt. Aber die Sozialisten schleppen jeden Mann zum Wahltisch, während von uns leider viele bequem zu Hause bleiben. Hinterher über die Not schreien und klagen, hat keinen Zweck, vorher ist zu handeln.

Zum letzten Mal!

Kommt und wählt die Liste der Deutschen Volkspartei,
in der sich alle gegen die linksstehenden Radikalen vereinigen!

Wählt die Liste Kahl!

Höchste Zeit!

Deutsche Volkspartei, Wahlkreisverband Berlin, Zimmerstr. 72-74.

X DD 249 IX-311

Nieder!

Nieder mit der schwarz-weiß-roten Fahne!

Hoch die schwarz-rot-goldne Republik!

so gellt das Kampfgeschrei der Demokratischen Partei!

Deutsche
Männer und Frauen!
Laßt Euch nicht von diesen internationalen Geschäftspolitikern die unbesiegte schwarz-weiß-rote Fahne besudeln. 4½ Jahre haben unsere herrlichen Frontkämpfer mit unvergleichlichem Heldenmut unter dem Zeichen schwarz-weiß-rot ihr Blut vergossen und deutsche Hiebe ausgeteilt. Mit berechtigtem Stolz verlangten sie, schwarz-weiß-rot geschmückt durch's Brandenburger Tor zu ziehen. Gebt mit dem Stimmzettel den Milchbrüdern der Sozialdemokratie die richtige Antwort.

Wählt keine sogenannten deutschen Demokraten!

Wählt

Deutsche Volkspartei!

X-DD 249
IX-312

Wahl zur Nationalversammlung.

Wegweiser für die Wähler der Deutschnationalen Volkspartei.

I.

Vor dem Wahltag.

Jeder und jede Deutsche im Alter von zwanzig Jahren und darüber (Mann oder Frau) hat **eine** Stimme, kann aber das Stimmrecht nur ausüben, wenn die ordnungsmäßige **Eintragung** in die Wahllisten des Wohnortes **stattgefunden** hat.

Die Wahllisten liegen vom 30. Dezember 1918 ab auf die Dauer von 8 Tagen an der von der Gemeindeverwaltung bestimmten Stelle zur Einsicht aus (in **Wilmersdorf** bei der Wahlabteilung des Magistrats, Gasteiner Straße 11 II., in der Zeit von 8 bis 3 Uhr, in **Grunewald** und **Schmargendorf** im Rathaus in der Zeit von 8 bis 3 Uhr; an allen drei Orten auch am Neujahrstag und Sonntag, den 5. Januar 1919.) Es ist **dringende** Pflicht jedes Wählers, sich innerhalb dieser Frist davon, ob er und seine stimmberechtigten Familienmitglieder eingetragen sind, persönlich oder durch einen zuverlässigen Beauftragten zu überzeugen und sofort schriftlich oder zu Protokoll Einspruch zu erheben, wenn es nicht der Fall sein sollte.

II.

Am Wahltag.

Die Stimmabgabe findet **Sonntag**, den 19. Januar 1919 in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends in Wahllokalen statt, welche für die einzelnen Straßen und Plätze besonders bestimmt sind und deren Lage aus den amtlichen Bekanntmachungen an den Anschlagsäulen und in den Zeitungen zu entnehmen, nötigenfalls aber durch Anfrage im Rathaus festzustellen ist. Auskunft wird auch im Büro der Ortsgruppe der Partei, Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburger Str. 35 (Fernspr.: Amt Pfalzburg 3978) erteilt.

Jeder Wähler muß zur Abgabe der Stimme **persönlich** im Wahllokal erscheinen. **Stellvertretung** ist **unzulässig**. Auch Leidende und Gebrechliche müssen der guten Sache das Opfer bringen, trotz des Leidens zu kommen oder sich hinschaffen zu lassen. **Es kommt auf jede Stimme an!**

Die Stimme darf nur für einen oder mehrere Bewerber abgegeben werden, welche in einem der von den Parteien gemachten und amtlich bekannt gegebenen Wahlvorschläge aufgeführt sind. Die Abgabe der Stimme hat auf Zetteln aus weißem Papier von 9×12 cm Größe zu erfolgen. Der Zettel darf nur Namen aus einem einzigen der verschiedenen Wahlvorschläge enthalten und darf nicht mit einem Kennzeichen versehen sein. Er muß außerhalb des Wahllokals ausgefüllt werden.

Die Parteien lassen vor den Wahllokalen gedruckte Stimmzettel von vorschriftsmäßiger Form verteilen.

Die Stimmzettel der Deutschnationalen Volkspartei tragen an erster Stelle den Namen D. Traub. Hierauf ist genau zu achten und es ist dringend geboten, nur solche Stimmzettel zu benutzen. Wenn ein Wähler sich zur Wahrung des Wahlgeheimnisses Stimmzettel von den Verteilern verschiedener Parteien geben läßt, muß er genau darauf achten, daß er keine Verwechselung vornimmt, sondern nur den Stimmzettel mit dem Namen D. Traub verwendet die andern aber in der Tasche behält.

An diesem Stimmzettel ist keinerlei Änderung, weder durch Streichung noch durch Zusatz usw. vorzunehmen.

Der Wähler betritt mit ihm das Wahllokal. Dort wird ihm von einer amtlich bestellten Person ein abgestempelter Umschlag übergeben.

Demnächst wird der Wähler in einen mit dem Hauptraum in Verbindung stehenden Nebenraum oder einen Isolierraum verwiesen, wo er unbeobachtet seinen Stimmzettel in den Umschlag zu legen hat, der den Zettel **verdeckt**, der aber **nicht zugeklebt** wird und der **nicht** mit irgend einem **Kennzeichen** versehen werden darf. Hierauf kehrt der Wähler in den Hauptraum zurück und tritt dort an den Tisch des Wahlvorstandes. Er nennt Namen und Wohnung. Von den Beisitzern wird geprüft, ob er in die Wahlliste eingetragen ist. Zutreffendenfalls und wenn nicht die Identität des Erschienenen zu begründeten Zweifeln Anlaß gibt, nimmt der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter den Umschlag entgegen und legt ihn vor den Augen des Wählers in die Wahlurne, während einer der Beisitzer in der Wahlliste vermerkt, daß die Stimme abgegeben worden ist. Ergeben sich Zweifel an der Identität, so müssen diese behoben werden. **Um hierauf gerüstet zu sein, empfiehlt es sich dringend, daß jeder Wähler von vornherein Ausweispapiere** (Geburtsurkunde, **Steuerzettel**, abgestempelte polizeiliche Anmeldung usw.) **mitbringt.**

Nach 8 Uhr abends ist keine Stimmabgabe zulässig. Da abends der Andrang groß ist, muß jeder suchen, möglichst früh zur Wahl zu kommen, tunlichst **schon um 9 Uhr.**

Wähler! Tut Euere Pflicht!

Achtet genau auf die vorstehenden Weisungen!

Der Ausfall auch nur einer Stimme kann unwiderbringlichen Verlust bedeuten.

GDD 249
IX-312

Handwerker! Handwerkerinnen! Gewerbetreibende!

Ihr seid der Kern des Mittelstandes, habt in den Kriegsjahren geopfert und gelitten wie kaum ein anderer Stand.

Der Umsturz des 9. November hat Euch an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Todfeinde aller Selbständigkeit, nämlich

1. die Sozialdemokratie, die jetzt die Macht in Händen hält, und mit der Vergesellschaftung der Betriebe (Bäcker, Schlachter usw.) beginnt,
2. die deutsche demokratische Partei, welche dem Großbetrieb und internationalen Großkapitalismus dient, werden Euren sicheren Untergang herbeiführen.

Bekämpft die Gefahr beizeiten!

Laßt alle kleinlichen Bedenken fallen! Schließt Euch der großen zielbewußten

Deutschnationalen Volkspartei

an.

Was will sie für Euch tun?

Für den Handwerker:

1. Bekämpfung aller Euch drohenden Sozialisierungspläne.
2. Durchgreifende Umgestaltung des Submissionswesens nach den Wünschen des Handwerkerstandes, gesetzliches Verfahren bei der Ermittelung angemessener Preise; Fernhaltung schwindelhafter Unterbietungen.
3. Sicherung der Bauforderungen.
4. Schutz gegen den Wettbewerb der Arbeiten in Gefängnissen, sowie in staatlichen und städtischen Betrieben.
5. Ausbau des genossenschaftlichen Kredit- und Einkaufswesens.

Für den Gewerbetreibenden:

1. Schutz vor Übergriffen des Großhandels.
2. Schutz vor schrankenlosen Unterbietungen durch Warenhäuser, Konsumvereine, Abzahlungsgeschäfte, Hausierer usw.
3. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes jeder Art.

Stärkung des rechtschaffenen deutschen Geschäftsmannes in jeder Hinsicht.

Dafür wird die

Deutschnationale Volkspartei

ihr volles Gewicht in die Wagschale werfen.

Kommt alle in unsere Versammlungen; es werden dort Eure Lebensfragen besprochen! Nehmt selbst das Wort! Wir stehen Euch Rede!

Die Deutschnationale Volkspartei.

Für den Arbeitsausschuß:

Dr. Bohl, Sanitätsrat. **Friedrich,** Oberpostsekretär. **Gersch,** Postsekretär. **Ernst Hirt,** Konditor **Junge,** Kaufmann. **Koll,** Oberpostsekretär. **Lübsoll,** Sattlermeister. **Lunck,** Genossenschaftsdirektor. **Max Meyer,** Bezirksvorsteher. **Dr. Oehmigen,** Apotheker. **Pieper,** Buchhändler. **Reichstein,** Zigarrenhändler. **Scheel,** Briefträger. **Frau Stöber,** Bankbeamtin. **Wartenberg,** Bahnmeister a. D. **Wiegandt,** Buchhändler. **Damman,** Feldwebel.

Buchdruckerei A. Trapp, Berlin-Wilmersdorf, Ruhlebener Str.

Berlin-Wilmersdorf, den ..... 1918.

X-DD 249
IX- 314

5.1.19

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Der 9. **November** wird **kein Ehrentag** in der Geschichte des deutschen Volkes sein

Was hat er uns gebracht?

1. Einen Waffenstillstand mit den furchtbarsten Bedingungen,
2. die Aussicht auf den schmachvollsten Frieden, den die Weltgeschichte bisher geschaut hat,
3. den Verrat kostbaren deutschen Blutes, solange noch fast 1 Million Volksgenossen in Gefangenschaft schmachten müssen,
4. eine Mehrausgabe von 1 Milliarde in wenigen Wochen gegenüber der gleichen Frist des Vorjahres,
5. Abnahme des Vertrauens gegenüber Spar kassen und Banken,
6. erhebliche Entwertung des Geldes im In und Auslande,
7. Unsicherheit für Leben und Eigentum,
8. drohenden völligen wirtschaftlichen Zusammen bruch, Arbeitslosigkeit, Hunger, Anarchie,
9. Besetzung deutscher Landesteile durch Pole und Tschechen,
10. drohenden Einmarsch der Feinde in alle Teil des Reiches.

Jeder Tag länger dieses ungesetzlichen Zustandes muß die Gefahr vermehren.
Der völlige Untergang des Deutschen Reiches und Volkes kann nur aufgehalten werden durch di

Nationalversammlung.

Je schneller sie zusammentritt, desto besser.

Was erwarten wir von der Nationalversammlung?

Sie soll den Zustand der Gesetzlosigkeit beenden, unsere Staatsform für die Zukunft bestimmen und uns eine neue Verfassung geben.

Wie tust Du Deine Pflicht am Wahltage?

Die Nationalversammlung wird um so eher ihre Aufgabe erfüllen, um so mehr Deutschland zu geordneten und gesicherten Verhältnissen führen können, je mehr sie in ihrer Zusammensetzung in Gegensatz steht zu den jetzigen Machthabern.

Ob abhängige oder unabhängige Sozialdemokratie oder Spartakus-Gruppe: alle wollen mehr oder weniger, langsamer oder schneller die Aufhebung des Privateigentums und damit die Herbeiführung der wirtschaftlichen Verelendung, wie wir sie in dem benachbarten Rußland beobachten können

Die **demokratische Partei**, die im „Berliner Tageblatt" das Licht der Welt erblickte, wird ihre Vaterschaft nie verleugnen können. Wir können das Heil nur von **deutschen Männern** erwarten, nachdem uns nichtdeutsche Elemente in den Abgrund gestürzt haben.

Wer die wahre nationale Freiheit will, wer die christliche Religion erhalten und das Privateigentum schützen will, wer unser vorbildliches deutsches Familienleben schützen, wer guten deutschen Samen in die Herzen unserer Kinder ausstreuen will, damit sie deutschen Willen und deutsches Wesen nicht austerben lassen, der schließe sich der **Deutschnationalen Volkspartei** an und gebe am Wahltage für sie seine Stimme ab.

Dieser Tag wird über die Geschicke unseres Volkes und Vaterlandes entscheiden. Wer an diesem Tage versagt, begeht ein schweres Unrecht und verrät sein Vaterland. Diesen Tag vorbereiten heißt mit allen Mitteln werben für die **Deutschnationale Volkspartei.** Daß sie für jeden deutschen Mann, für jede deutsche Frau — wes Standes und Berufes sie auch seien — Kamm für Freiheit und Arbeit gibt, zeigen die umstehenden Leitsätze.

X-DD 249
DX-315

9.5.19.

Deutsche Frauen – Deutsche Treue!

Um die neue Zukunft unseres Volkes rollen die Würfel der Zeit. Noch ist keine endgültige Entscheidung gefallen. Noch liegt das Schicksal unseres Volkes in unser aller Hand — auch in deiner Hand, deutsche Frau! **Du selbst bist das Schicksal deines Volkes!** Wie du dich persönlich entscheidest in dem Kampf der Geister, die um die deutsche Zukunft ringen, so wird das Schicksal deines Volkes, das Geschick deiner Familie, das Los deiner Kinder, dein eigenes Los sein.

Deutsche Frau, mit dem **politischen Wahlrecht** ist dir nicht nur die Möglichkeit gegeben, bei der Entscheidung über das Geschick deines Volkes durch deine Stimme mitzuwirken, sondern zugleich auch **die heilige Pflicht** auf das Gewissen gelegt, von diesem deinem **Recht** mit der **Tat** Gebrauch zu machen. Du darfst nicht nur wählen; du mußt wählen. Wie willst du wählen? **Was mußt du wählen?**

Deutsche Frau, dein Volk braucht dich! Dein Volk vertraut auf dich und deine Treue!

Erkenne mit heiligem Ernst, was du zu tun schuldig bist! Erfasse klar und fest, was du zu verteidigen berufen und verpflichtet bist!

Sei treu deinem Wesen!

Der Frau ist die besondere Fähigkeit verliehen, die höchsten Werte zu pflegen und zu bewahren. Die deutsche Frau ist dazu berufen, die geistigen Güter, welche deutsche Art in Jahrhunderten verarbeitet hat, zu erhalten und auszubauen. **Unsere Zeit braucht echten deutschen Sinn!** Wenn Tausende und Abertausende heute deutsches Wesen verleugnen, und die hohen Güter deutscher Kultur preisgeben oder vernichten — deutsche Frau, **bleibe dir selber treu!**

Sei treu deiner Familie!

Jede echte deutsche Frau soll eine **Priesterin ihres Hauses** sein, welche das heilige Herdfeuer **deutscher Zucht** und **deutscher Sitte** hütet und ihren Kindern die heilige Flamme des Himmels, die **Religion**, als Kraft des Lebens ins Herz gibt. **Deutsche Frau, laß deinen Kindern dieses höchste Gut nicht rauben!** Stehe als christliche Frau für eine christliche Erziehung der Jugend nicht nur im **Hause**, sondern auch in der **Schule** ein! Du darfst und mußt eine **christliche Schule** verlangen, die deinen eigenen Kindern wie den Kindern deines Volkes die höchsten christlichen und nationalen Güter vermittelt. **Der Stimmzettel gibt dir die Macht in die Hand, diese heilige Forderung mit der Tat zu vertreten!**

Sei treu deiner Kirche!

Ein heiliges Gut ist dir, deutsche christliche Frau, deine **Religion**, dein **Christentum!** Du verdankst es deiner **Kirche**, gegen die man Sturm läuft. Willst du, daß der Einfluß **christlicher Gesittung** noch mehr aus dem Volksleben schwinde? Willst du, daß das Aufhören **kirchlicher Zucht** dem finsteren Heer schlimmster Laster noch weiter Tür und Tor öffnet? **Dem deutschen Volk muß die Religion erhalten bleiben! Darum schütze mit dem Stimmzettel in der Hand deine Kirche, die Trägerin deiner Religion, vor allen Angriffen!** Das bist du deinem Gott, deinem Volk, deiner Familie, dir selber schuldig!

X-DD 249
IX-316

9.1.19

An das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Unbesiegt haben das Frontheer und die Marine über vier Jahre die Heimat geschützt.

Wenn wir jetzt

Schande und Schmach

erleben, wie sie noch nie ein Volk erlebt hat, so ist das nicht Eure Schuld. Jene, die draußen im Granathagel und Dreck der Schützengräben oder auf hoher See zusammengestanden haben, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, jene besten Kräfte des deutschen Volkes haben mehr als ihre Pflicht getan. Aber während sie Leben und Gesundheit einsetzten, sind ihnen Einflüsse aus der Heimat selbst, für die sie kämpften, in den Rücken gefallen.

Jene Geister aus der Heimat haben Deutschland zu Boden gestreckt, nicht der Feind.

Ihr wißt, wer sie sind! Es sind vor allem jene, die feige ihre Kameraden in Stich ließen, die

Deserteure!

Die jetzt herrschenden Zustände führen Deutschland unrettbar wirtschaftlich und politisch in den Abgrund, wenn nicht jeder, der sein Volk und seine Heimat liebt und der nicht will, daß Deutschland ein

Volk von Bettlern

wird, mithilft am Neubau eines geordneten Staatswesens.

Wir wenden uns deshalb an die, die für Deutschland Leben und Gesundheit eingesetzt haben, an Heer und Flotte, weil wir erwarten, daß hier doch noch der Begriff der Ehre, Liebe und Treue für die Heimat lebendig ist.

Wir wollen keine Gegenrevolution und kein neues Blutvergießen. Aber wir wollen, daß Deutschland von Männern regiert wird, die etwas davon verstehen; denn Regieren muß genau so gut gelernt sein wie jeder andere Beruf. Mit endlosen Reden und Debatten ist es nicht getan.

Dieser Zustand, der Deutschland einem Tollhause gleich macht, muß aufhören.

Wir wollen es nicht dulden, daß

die Zuchthäuser geöffnet

und ihre Insassen auf das Volk losgelassen werden. Diebe und Räuber dürfen nicht, wie es geschehen ist, mit Waffen versehen werden, während der Bürger unbewaffnet ihrer Willkür ausgesetzt wird.

Wir verstehen unter „Freiheit" etwas anderes, als daß jeder auf Kosten der übrigen Volksgenossen tut, was ihm paßt.

Das ist keine Freiheit, die fortgesetzt durch die Maschinengewehre einer kleinen Minderheit bedroht werden kann.

Das ist keine Ordnung, die schon zufrieden ist, wenn nicht geradezu auf den Straßen geschossen wird, die im übrigen aber alles drunter und drüber gehen läßt.

Die Verschleuderung von Staatseigentum und Staatsgeldern in Milliardenwerten wollen wir nicht länger dulden. Schließlich müssen sie doch vom gesamten Volke aufgebracht werden.

Geregeltes Wirtschaftsleben und geordnetes Staatswesen muß auch schon deshalb schleunigst geschaffen werden, weil sonst der Feind einrückt, wie er schon angedroht hat, und wir unter jahrelanger drückender Fremdherrschaft mit allen ihren ungeheuren Lasten zu schmachten haben werden.

Wir wollen unbedingt

gleiches Recht für alle,

aber keine naturwidrige Gleichmacherei, die den Fleißigen und Tüchtigen entrechtet. Diese sollen alle Wege bis in die höchsten Stellen offen finden.

Wir wollen ein

neues freies Volksheer und Volksmarine.

An deren Aufbau und Neugestaltung sollen alle Angehörigen des Heeres und der Marine das weit-

XDC 249
IX-317

Einladung zur

Wähler-Versammlung

der

deutschnationalen Volkspartei

Freitag, den 10. Januar 1919, abends 8 Uhr

in der Urania, Wrangelstr. 11.

Der 19. Januar steht vor der Tür. Da schlägt Deutschlands Stunde für ein Jahrhundert. Was soll aus Deutschland werden?

Ein **Sklavenstaat,** geknechtet von den Feinden draußen?

Ein **Hungerstaat,** zertreten von den Feinden drinnen?

Ein **Proletarierstaat,** zerfressen von Armut und Elend?

Wachet auf, Deutsche Männer und Frauen!

Man will nehmen: dem **Bauern** seine Scholle, dem **Bürger** seinen Besitz, dem **Handwerker** seine Selbständigkeit, dem **Beamten** seine Pension, dem **Arbeiter** seine Arbeit, dem **Volke** das Christentum, der **Schule** die Religion, der **Ehe** ihre sittliche Kraft, der **Familie** ihren Bestand.

Wer **Arbeit, Recht, Eigentum, Freiheit, Ordnung, Familie, Religion** schützen will, der wähle die Kandidaten der

Deutschnationalen Volkspartei!

Versammlung: Freitag, den 10. Januar, abends 8 Uhr,

in der Urania, Wrangelstr. 11.

Deutsche Männer und Frauen, gleichgesinnt mit uns, Niemand darf fehlen!!!

Frau Pfarrer **Betenstedt,** Fabrikant **Hitzler,** Buchhalterin **S. Kallies,** Superintendent **Kliche,** Kaufmann **Metzer,** Rektor **Schulz,** Kaufmann **Wiedebach,** Pfarrer **Betenstedt,** Geheimer Baurat **Böttcher,** Lehrerin **F. Bosse,** Lehrer **Heinze,** Pfarrer Dr. **Heintzel,** Professor **Heinzel,** Schriftsetzer **Haese,** Korrektor **Jagdstein,** Kaufmann **Kniebandel,** Lehrer **Leitritz,** Pfarrer **Moschütz,** Arbeiter **Müller,** Gemeindehelfer **Misch,** Postsekretär **Nicht,** Schuhmachermeister **Parczaunny,** Kaufmann **F. A. Reschke,** Fuhrherr **Schenk,** Gummiarbeiter **Schlichtiger,** Kaufmann **Staub,** Sekretär **Stange,** Pfarrer Lic. **Ulrich,** Lehrer **Weyher.**

☛ **Meldungen freiwilliger Helfer und Helferinnen** auf der Geschäftsstelle des Süd-Ost-Bezirks der Nationalen Volkspartei, SO. 16, Köpenickerstr. 99.

Druck von Adolf Lindtmeyer, Berlin S.W. 4

X-DD 249
IX-318

16.5.19.
Abtlg. Bülowstr.

Wer ist schuld am Kriege?

Von den Feinden und auch gewissen pazifistischen Kreisen in Deutschland wird gestissentlich behauptet, „daß an der Entstehung dieses Weltkrieges Deutschland," insbesondere aber Kaiser Wilhelm II. und seine verantwortlichen Ratgeber im Jahre 1914, der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und von Jagow schuld seien. Es wird insbesondere behauptet, daß die Note, welche Oesterreich-Ungarn am 25. Juli 1914 an Serbien absandte, von Berlin aus diktiert und angeregt worden sei. Wir haben keine Veranlassung, uns zu Verteidigern der Bethmannschen Politik aufzuwerfen, für die wir Konservative um so weniger verantwortlich gemacht werden können, weil sie meist gegen uns geführt wurde. Aber wir müssen uns gegen die unwürdige Art wenden, in der die Demokratie jetzt die Schuld auf Deutschland nimmt, in dem jammervollen Wahn, dadurch die Feinde für die Friedensverhandlungen milder stimmen zu können. Demgegenüber ist zunächst hervorzuheben, daß nach wiederholter Feststellung die deutsche Reichsregierung von dem Inhalt dieser Note Kenntnis gehabt und daß sie sofort nach Bekanntwerden der Note auf eine entsprechende Milderung hingewirkt hat. Die deutsche Reichsregierung hat aber weiter auch in der entscheidenden Woche vor Ausbruch des Krieges alles getan, um den Streit zwischen Serbien und Oesterreich zu lokalisieren und nicht zu einem Weltbrand auswachsen zu lassen. Ihre Bemühungen waren aber leider ohne Erfolg, da Rußland, obwohl die Verhandlungen noch weiter gingen, inzwischen schon die Mobilmachung vollzogen hatte, und Deutschland daher zur Sicherung seiner Grenzen notgedrungen verpflichtet war, sich gegen einen unvermuteten Ueberfall zu schützen.

Ein guter Kronzeuge dafür, daß Deutschland oder irgend eine Person nicht an dem Ausbruch dieses Weltkrieges schuld ist, ist der Volksbeauftragte Scheidemann. In einer großen Versammlung von 4000 Unteroffizieren, die am 30. November 1918 im Zirkus Busch in Berlin stattfand, hat Herr Scheidemann gegenüber dem Versuch des Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, die Schuld auf Deutschland zu schieben, erklärt, daß nach seiner Ansicht irgend eine Person oder Personengemeinschaft an dem Ausbruch des Krieges nicht schuld sei. Der Krieg sei vielmehr entstanden durch das Bestreben des Kapitalismus, sich auszudehnen und ein größeres Feld für seine Tätigkeit zu suchen.

Damit hat der Herr Scheidemann eine Ursache dieses Weltkrieges richtig dargelegt. Der Weltkrieg ist entstanden aus rein kapitalistischen Gründen und hat seine Wurzel in dem Ausdehnungsbestreben der vertrusteten englischen und amerikanischen Großbanken, die immer mehr und mehr die Länder der ganzen Welt in ihren Bannkreis ziehen wollten. Der Krieg ging hervor aus den Balkanwirren und aus der Sucht der Großmächte, bei dem Auseinanderfall der Türkei sich dort Gebiete zu sichern. Das deutsche Wirtschaftsleben hatte ebenfalls auf dem Balkan neben dem englischen und französischen sich auszubreiten versucht und besonders in Kleinasien durch den Bau der Bahn nach Bagdad, die das Ideal der kapitalistischen Kreise von Hamburg bis Bagdad endlich erfüllen sollte, sich Einfluß zu verschaffen versucht. Hier stieß es auf die Interessen des internationalen Kapitalismus, die deshalb zu einem Weltbrand trieben.

Diesen Interessen entsprang die schon länger als ein Jahrzehnt vor dem Kriege eingeleitete englische Einkreisungspolitik, die den kriegerischen Zusammenstoß mit Deutschland bewußt vorbereitete. Diese Einkreisungspolitik wurde vor allem von dem verstorbenen König Eduard VII. von England betrieben. Ueber dessen Politik hat der französische Syndikalist Francis Delaisi in einem Schriftchen „Der kommende Krieg" („La guerre qui vient"), das im Jahre 1911 im Verlage der Guerre Sociale in Paris erschien, folgendes erklärt:

„Er war es also, der während der Jahre 1904 und 1905 im Einvernehmen mit dem englischen Kabinett und ohne jemand davon zu unterrichten, sich bemühte, Deutschland, „einzukreisen." Er arbeitete daran, Italien vom Dreibund abzuziehen; er unterhandelte in Petersburg; er intrigierte in Konstantinopel und legte es darauf an, daß England das isolierte Deutschland mit Hilfe Frankreichs vernichten könne."

Diese Einkreisungspolitik ist auch nach dem Tode Eduards VII. fortgesetzt worden. Schon im Jahre 1911 hielt Lloyd George anläßlich des Marokkokonflikts seine bekannte Kriegsrede gegen Deutschland, und alle Bemühungen des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg, mit England zu einer Verständigung zu kommen, scheiterten. Herr von Heydebrand hatte 1911 deutlich genug gewarnt und auf England als den Feind hingewiesen. Herr von Bethmann-Hollweg aber hielt an seinen Illusionen fest, bis er bei Abbruch der diplomatischen Beziehungen und bei der Kriegsansage Englands am 4. August 1914 mit Tränen in den Augen gestehen mußte: „Nun ist meine ganze Politik zusammengebrochen wie ein Kartenhaus."

Schriftenvertrieb der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin SW 11, Bernburgerstraße 24 I.
Werbeblatt Nr. 5.

X-DD 242

IX-319

Lohnarbeiter! Lohnarbeiterinnen!

Hört in letzter Stunde eine Mahnung zur Vernun

Zwei Monate lang sind Eure Leidenschaften aufgepeitscht durch Schlagworte wie „Internationalis „Kapitalismus", „Lohnsklaverei" und dergleichen.

Sie sind eine Lüge, eine bewußte Lüge, verbreitet von denjenigen, die ein Interesse daran haben, **unzufrieden zu erhalten, um Euch mit Versprechungen,** an die sie selbst nicht glauben, **bei der Stange zu h**

* * *

„Internationalismus."

Antwortet mir auf die Frage, können 80 Millionen Deutsche durch papierne Beschlüsse 450 Millionen Engl zwingen, international zu werden, von allen übrigen Völkern der Erde garnicht zu reden? Ist der „I nationalismus" denkbar, solange Klima, Sprache, Sitte, Religion auf Erden verschieden sind? Wollt Ihr wollen Eure Führer für den Internationalismus kämpfen, so schickt sie hinaus in die Welt, die sich gege Internationalismus stellt, und laßt sie dort für ihre Sache wirken. Das deutsche Volk ist durch den verlo Krieg so arm geworden, daß keiner von uns mehr Zeit hat, andere Völker zu beglücken, sondern jeder v grausam harte Notwendigkeit gestellt ist, im Schweiße seines Angesichts sein Brot zu verdienen. **Arbeiter nicht verzweifeln! Nicht reden, sondern handeln! Nicht demonstrieren, sondern zur Ruhe mahnen!**

* * *

„Kapitalismus."

Was ist Kapital? Erspartes, erarbeitetes, ererbtes, gewonnenes oder geraubtes Geld. **Ohne Geld es kein Wirtschaftsleben.** **Ein Arbeitgeber ohne Geld, ohne Kapital ist ein Unding.** Wollt in den Dienst eines Mannes oder eines Unternehmens treten, von dem Ihr nicht wißt, ob Ihr am Woche den Lohn Eurer Arbeit erhaltet? **Es gibt keinen Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapital. Es gibt keinen gensatz zwischen Arbeiter und Arbeitgeber.** Sondern es gibt nur einen Gegensatz zwischen schlechten und g dummen und klugen, leichtsinnigen und gewissenhaften Menschen. Das Kapital in der Hand eines guten, k und gewissenhaften Menschen befruchtet erst die Arbeit, die dem Arbeitgeber und dem Arbeiter den hereeht Lohn bringen. Das Kapital in der Hand eines schlechten, dummen und leichtsinnigen Menschen wirkt schä Der Schlechte mißbraucht es zu selbstsüchtigen Zwecken, der Dumme weiß es nicht genügend auszunutzen der Leichtsinnige verschleudert es und reißt die von ihm abhängigen Menschen mit in seinen Ruin hinein. Euch deshalb vor den **Wölfen im Schafspelz,** den Demokraten, die schlimmer sind als die S demokraten.

* * *

„Lohnsklaverei."

Es gibt keine Lohnsklaverei! Es gibt aber eine Organisationssklaverei. Wenn der Arbeitgeber von den t und ungeschickten Arbeitern gehindert wird, den tüchtigen und fleißigen Arbeiter besser zu bezahlen als so ist das eine Organisationssklaverei. Der Arbeitsmarkt richtet sich so gut wie jeder Markt nach Angebot

Werbeblatt Nr. 10.

16.1.19

Hänni Pötzdam Straße

X-DD 249
IX-320

Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei.

Unser Vaterland blutet nach Kriegsnot und Niederlage aus tausend Wunden. Unsere ruhmbedeckten Fahnen, an die auch in diesem Kampf gegen eine Welt von Feinden Sieg auf Sieg sich geheftet hat, liegen im Staube. Das deutsche Kaisertum, das Werk der großen Hohenzollern und Bismarcks, ist zerbrochen, der stolze Bau des Reiches zertrümmert. Wehrlos sind wir dem Willen unbarmherziger Feinde preisgegeben.

Die Revolution hat statt eines Friedens der Verständigung unserer völlige Unterwerfung gebracht und rüstet den Frieden selbst noch in weitere Ferne. Statt der verheißenen Freiheit gab sie uns Klassendiktatur und unerträgliche Willkür, statt des versprochenen Brotes schwerste Hungersnot, statt fruchtbarer Arbeit gefährliche Zerrüttung unserer Finanzen und unserer ganzen Wirtschaft. Rach außen wie im Innern drohen uns Auflösung und Vernichtung.

Vieles, was uns heilig und teuer war, ist unwiederbringlich dahin. Aber wir dürfen dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern, wenn nicht Deutschland unrettbar zugrunde gehen soll.

Wir dürfen es nicht, und wir wollen es nicht. Wir wollen unser Volk aufrufen zu neuem Lebens- und Zukunftswillen!

In der tiefen Not dieser Tage bekennen wir uns ungebeugten Mutes zu dem uns heiligen Glauben an die unzerstörbare Lebenskraft des deutschen Volkes und des deutschen Gedankens. Dieser Glaube wird die Grundlage unseres politischen Schaffens sein. In ihm wollen wir unsere Herzen und Hände stark machen zu opferbereitem, entschlossener Arbeit am Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkstums. Mit denen des nationalen Gedankens sollen die lebendigen Kräfte des Christentums in unserem Volke wirken und fruchtbar werden; von ihrer Vereinigung erwarten wir eine Durchdringung unseres gesamten öffentlichen Lebens mit sozialen Gesichtspunkten, reichen Segen für Schule und Kirche, Gesellschaft und Familie.

Gegenüber den Gefahren und Nöten des Augenblicks verlangen wir:

Reichseinheit aller deutschen Stämme und Gebiete auf föderalistischer Grundlage; Schutz und Erhaltung unserer bedrohten Grenzmarken in Ost, Nord und West; Schutz für die vertriebenen und bedrängten Auslandsdeutschen.

Schutz der persönlichen und politischen Freiheit und des Privateigentums, wirksame Sicherung gegen bolschewistische Umtriebe; sofortige Beseitigung jeder Willkürherrschaft; gleiches Recht für alle.

Unterstellung der weiteren Eingriffe in unseren politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechtszustand während der Dauer der provisorischen Regierung.

Beseitigung der wirtschaftlichen Anordnung und finanziellen Mißwirtschaft; strengste Sparsamkeit; öffentliche Finanzkontrolle.

Unbedingte Freiheit der Wahlen zur Nationalversammlung und ihrer Vorbereitung.

Wir sind überzeugt, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender, persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht. Wir werden aber in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes mitarbeiten und unsere politischen Auffassungen zur Geltung zu bringen suchen.

Wir hoffen, daß unsere deutschen Brüder in Oesterreich, deren Bedrängnisse wir wie unsere eigenen empfinden, im Anschluß an das Deutsche Reich Sicherheit für ihr nationales Dasein gewinnen werden.

Mit unauslöschlichem Dank im Herzen grüßen wir unsere tapferen, unbesiegt heimkehrenden Krieger, denen wir ein wohnliches Heim und eine gesicherte Existenz schaffen wollen.

Durch ihre bewundernswerten Leistungen in der Kriegszeit hat die deutsche Frau sich ein volles Anrecht auf die Mitwirkung an der Gestaltung unseres öffentlichen Lebens erworben. Wir heißen die Frauen als gleichberechtigte Mitarbeiter an der Wiederaufrichtung unseres Volkes herzlich willkommen.

Aus einer von nationalem Geiste erfüllten Jugend, die ich freudigstig ihrer Verantwortung gegenüber dem Ernste der Zeit bewußt wird, ruht die Zukunft unseres Volkes. Das Streben und die Bedürfnisse der deutschen Jugend werden bei uns verständnisvolle Würdigung und Förderung finden.

Mit diesen Zielen und Gedanken tritt die

Deutschnationale Volkspartei

vor das deutsche Volk.

Deutsche Männer, deutsche Frauen! Legt alle eure Hand an, auf daß die Seele unseres Volkes bewahrt werde vor Zerstörung der christlichen, sittlichen und nationalen Kräfte in Gesellschaft, Schule und Familie, sein Leib vor Entartung durch Kommunismus oder Vernichtung durch Bolschewismus! Klärt die Irrenden auf, rüttelt die Gleichgültigen auf, sammelt die Einigen und Zaghaften! Weiht euren Gedanken und Willen dem deutschen Volke, damit es nicht in dem Abgrunde versinkt, an dem es schon steht!

Es geht um alles! Um euch selbst, um das Glück eurer Kinder und Kindeskinder!

Es geht um eine heilige Sache!

Um das Dasein und die ganze Zukunft unseres geliebten Vaterlandes!

Richtlinien für unsere politische Arbeit.

I. Volk und Staat.

1. Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremdem Einfluß frei hält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein.

2. Der deutsche Staat muß eine gleichberechtigte Stellung im Staatenleben der Welt wiedergewinnen und behalten. Dazu fordern wir eine zielbewußte, von einem einheitlichen festen Willen geführte auswärtige Politik, die jede Zersplitterung unserer außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Interessen vermeidet, und die gründliche Reform des deutschen auswärtigen Dienstes, der nur den besten Köpfen ohne Rücksicht auf Namen, Herkommen und Parteistellung anvertraut werden darf. Dem deutschen Staat ist ein Volksheer unentbehrlich, das nach den Lehren des Weltkrieges zu schaffen ist. Wir bekämpfen jede unwürdige Behandlung oder Zurücksetzung von Angehörigen des Heeres und der Marine. Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen ist ebenso wie die rechtliche und wirtschaftliche Sicherstellung der Militärpersonen und der Pensionäre eine Ehrenpflicht des Reiches.

3. Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nur mehr die parlamentarische Regierungsform, getragen vom

X-DD 249 17. I. 19.

Zu einer IX-321 Montags Potsdamerstr

Großen Mittelstands- und Handwerkerversammlung

am

Freitag, den 17. Januar 1919, ½8 Uhr abends,

im **Sportpalast,** Potsdamer Straße 72, 72A

Vorsitzender: **Staatsminister Hergt,**
Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei

Redner: **Staatsminister v. Sydow**

Abgeordneter Hammer

ladet freundlichst ein

Die Deutschnationale Volkspartei

Ausschuß für Mittelstand.

X-DD 249
IX-322

Allgemeine Beamtenversammlung

im großen Saale des

Sportpalastes, Potsdamerstr. 72

(Untergrundbahnhof Bülowstraße)

am

Sonnabend, den 18. Januar, 8 Uhr abends,

unter Leitung des Staatsministers Dr. Schmidt

Redner:

Geh. Obermedizinalrat **Dr. Krohne,**

Professor **Dr. Hötzsch,**

sowie andere Vertreter der verschiedensten Beamtenkreise.

Wir laden alle Beamten des Reichs, Staats und der Gemeinden zu vollzähligem Erscheinen ein.

Die augenblickliche Lage und die bevorstehende Wahl zur Nationalversammlung legt jedem Beamten große politische Verantwortung auf; die Wahrung der eigenen wie der vaterländischen Interessen ist zur Notwendigkeit geworden.

Wir bitten um Verbreitung dieser Einladung unter den Berufsgenossen.

Deutschnationale Volkspartei.

X-DD 2
IX 232

Die Parteien!

Die Flugblatt-Flut macht wier und wild — hier die Parteien in Wort und Bild.

Spartakus-Sozi!



Unabhängige Sozi!



Mehrheits-Sozi!



Deutsch-



Kohn-Sorten

X-DD 249
TX-324

17.1.19, 4 Tage

Wähler, Wählerinnen!

von

Potsdam 10

(Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln).

Die Deutschnationale Volkspartei

gewährleistet euch

Wiederkehr von Ruhe und Ordnung, Sicherheit der Person und des Eigentums, Wohlfahrt, Erhaltung von Sitte und Religion!

Darum wählt

am 19. Januar 1919 in die deutsche Nationalversammlung die Kandidaten

der Deutschnationalen Volkspartei!

Wählt die Liste Traub!

Ihre Kandidaten sind:

1. Pfarrer Lic. **Traub**-Dortmund
2. Frl. Anna **v. Gierke**-Charlottenburg
3. Landwirt **Schade**-Buckow
4. Eisenbahn-Unterassistent **Ebersbach**-Pankow
5. Gewerkschaftssekretärin Marg. **Wolff**-Zehlendorf
6. Regierungsrat Dr. **Lahr**-Berlin-Dahlem
7. Lehrerin Frieda **Evers**-Charlottenburg
8. Tischlermeister **Hoffmann**-Charlottenburg
9. Landwirt **Zühl**-Sperenberg.

Deutschnationale Volkspartei

Wahlkreis Potsdam 10 (Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg)

Geschäftsstelle: **Berlin W 9, Schellingstraße 1a**

Fernruf: Lützow 5549 und 8946

Der Vorstand:

Geh. Regierungsrat **Gerhardt**-Zehlendorf, Vorsitzender. Eisenbahn-Obersekretär **Haseloff**-Zehlendorf. Prof. Dr. **Krüger**-Charlottenburg. Gutsbesitzer **Richter**-Mahlow. Kaufmann **Walter**-Nikolassee. Eisenbahnbetriebssekretär **Walther**-Berlin-Friedenau. Oberbibliothekar Dr. **Wille**-Berlin-Lichterfelde.

Landwirt **Böckmann**-Dahlwitz bei Rangsdorf. Generalsekretär **Brenning**-Schmargendorf. **Bühring**-Oberschöneweide. Postsekretär **Donner**-Berlin-Schöneberg (Friedenauer Ortsteil). Oberlehrer Dipl.-Ing. **Gaudig**-Neukölln. Regierungsrat **Heinrichs**-Grünau. Baurat **Jakobs**-Berlin-Dahlem. Dr. **Kahrstedt**-Steglitz. Generalsekretär Dr. **Kaufhold**-Berlin-Schöneberg. Ingenieur **Kirstein**-Berlin-Wilmersdorf. Kaufmann **Küppers**-Berlin-Lichterfelde. Oberlehrer **Liebig**-Nowawes. Bankdirektor **Lueder**-Nikolassee. Amtsgerichtsrat **Mahl**-Köpenick. Major a. D. **Mörner**-Silberberg (Storkow). Oberjustizrat **Preiser**-Berlin-Lankwitz. Pfarrer **Riemer**-Zehlendorf. Gutsbesitzer **Schade**-Buckow (Beeskow). Direktor Major a. D. **Schlieper**-Berlin-Friedenau. Dr. med. **Weiß**-Berlin-Südende. Landwirt **Zühl**-Sperenberg bei Zossen.

X-DD 249
IX-325

Deutschnationale Volkspart

Landesverband Groß-Berlin. Berlin W. 9, Schellingstr.

Beifolgend übersenden wir **Stimmzettel** mit unserer Ka
datenliste für Berlin. Wir bitten dringend, keine anderen Stimmz
zu verwenden und bei Mehrbedarf solche von unserer Landesgesch
stelle einzufordern.

Gleichzeitig geben wir nachstehend eine Wahlanweisung wie
die wir auf jeden Fall zu beachten bitten.

**Auch in Berlin müssen Kandidaten der Deutschnationa
Volkspartei zum Siege gelangen!**

Meine Pflicht als Wähler.

Vor der Wahl.

Jeder Wähler hat sich **vor** der Wahl zu versichern, wo sein **Wahllokal** ist und alle Vorbereitungen fü
Wahl zu treffen, damit er am Wahltage keine Zeit verliert.

Amtliche Bekanntmachungen in Zeitungen und an Anschlagsäulen sind darum genau zu beachten.

Wenn zu beaufsichtigende **Kinder oder Kranke** in den Familien sind, ist Vorsorge zu treffen, daß j
wahlberechtigte Mitglied des Hausstandes, das mit deren Pflege beauftragt ist, trotzdem sein Wahlrecht ausü
kann. — Mädchen, Diener usw. sind zur Wahl zu beurlauben und zu veranlassen.

Für gebrechliche oder fußleidende Angehörige sichere man sich rechtzeitig Fahrstühle, Wagen und Beg
personen.

Jeder Wähler versehe sich in der Geschäftsstelle seiner Ortsvereinigung oder in der des Landesverba
Groß-Berlin, W. 9, Schellingstraße 1, mit **Stimmzetteln**, verwahre sie sorgfältig und achte genau darauf,
keine Verwechselung mit anderen möglich ist.

Die Wahlzettel der Deutschnationalen Volkspartei für **Berlin** enthalten 14 Namen und begin
mit dem ersten Namen: **Lawerrenz**, Wilhelm, Regierungs- und Baurat.

Man teile die Zettel auch an Bekannte aus und kläre sie über ihre Pflicht und die
ihrer Ausübung auf.

Man sorge **rechtzeitig** für einen genügenden Ausweis, z. B. Taufschein, Geburtsurkunde, a
stempelte polizeiliche Anmeldung und ähnliches, woraus Alter, Wohnung und Nationalität hervorgehen

Wer seine Stimmzettel verloren hat, kann solche vor jedem Wahllokal von unseren Verte
erhalten. Er achte aber genau darauf, daß ihm keine gegnerischen Zettel in die Hand gedrückt werden.

Unsere Verteiler tragen ein Schild mit der Aufschrift: „Deutschnationale Volkspartei".

Die Entgegennahme der Zettel muß **vor** dem Wahllokal erfolgen, im Wahllokal selbst dürfen

X-DD 249 !
IX-326
17.2.19

Evangelische Männer und Frauen

Ernste Gefahren bedrohen das Erbe der Reformation, deren vierhundertjähriges Best
wir noch im vorigen Jahre feierten. Der Revolution blieb es vorbehalten, mit dem St
des deutschen Kaisertums auch die evangelische Kirche aufs schwerste zu erschüttern.

Die Sozialdemokratie ist fest entschlossen, die Uebergangszeit ihrer gesetzwidrigen **Diktatur gegen das Christentum auszunützen. Die Sozialdemokratie** erklärt die Religion für Privatsa **verzichtet also auf die lebendige Quelle des Evangeliums.** Ihre Führerschaft besteht fast schließlich aus Religionslosen oder Nichtchristen. Wie wenig die Sozialdemokratie die Gef anderer schont, lehrt die **Ernennung des Zehngebote-Hoffmanns zum Kultusminister.**

Adolf Hoffmann ist kein ebenbürtiger Gegner des Christenglaubens, Hohn und Spott ist verächtliche Waffe. Schon hat er, als Beauftragter der Sozialdemokratie, die Axt an die Wu des christlichen Religionsunterrichts gelegt. **Ein seichter, öder Moralunterricht soll das Ge unserer Kinder verflachen, verwirren.** Den großen Erzieher der Menschheit, **unsern Heila d J Christus, verbannt man aus der Schule.** Christliche Weihnachtslieder darf unsere Schuljug nicht mehr lernen, nicht mehr singen.

Die Kirche, die dem Staate von jeher unbegrenzte ewige Kräfte zuführte, die in den Ta der Erniedrigung Preußens dem Staate aus ihrem Besitze bedeutende Vermögenswerte vorstr verfallene Darlehen, die niemals zurückgezahlt wurden, **die Kirche soll nach dem Willen e Minderheit vom Staate getrennt werden.**

Eure katholischen Mitchristen finden in dem trutzigen Zentrumsturme der Christ Demokratischen Volkspartei sichere Zuflucht, machtvollen Schutz.

Wohin wollt ihr euch wenden, ihr deutsch-evangelischen Christen?

Etwa zu der Deutschen Demokratischen Partei Theodor Wolffs und des Berliner Ta blatts? Das könnt, das dürft ihr nicht! Die **Kerntruppe der Demokratie** bildet **der Freis** den Bismarck den **Wegbereiter,** die **Vorfrucht der Sozialdemokratie** nannte. **Die her rugenosten Rufer der Demokratie** sind wie bei der Sozialdemokratie **Nichtchristen, Nichtdeut**

Die anderen kleineren Parteigruppen sind viel zu schwach oder ohne ausreichendes V ständnis für die Gewissensnöte und Zukunftssorgen der deutsch-evangelischen Christenheit.

Volles Verständnis bringt der Kirche allein

die Deutschnationale Volkspart

entgegen. Schon in ihrem ersten Aufruf vom 22. November stellte sie sich entschieden auf christli Boden. Wie eine befreiende Erlösung aus lähmender Sorge wirst du es empfinden, evangeli Christ, evangelische Christin, wenn die Gründer der Deutschnationalen Volkspartei feierlich versich

„Im Mittelpunkte von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Me als sittliche Persönlichkeit stehen. **Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Fam sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein.“**

Dieser Partei mußt du deine Stimme geben. Aber das allein genügt noch nicht. **Du gel hinein in diese Partei!** Der einzelne ist ohnmächtig, nur der enge Zusammenschluß macht stark. werben nicht bloß um deine Stimme. **Dich selbst wollen wir haben,** deine ganze christliche Persön keit. Komm zu uns, hilf mit, daß die Deutschnationale Volkspartei in der Nationalversamml einen gewichtigen Einfluß in die Wagschale werfen kann.

Wenn du das Vermächtnis Martin Luthers, **die Evangelische Landeskirche,** bewah willst vor den Händen anmaßender Gottesleugner,

werde, wähle deutschnational!

Deutschnationale Volkspartei

Landesverband Groß-Berlin
Berlin SW. 11, Dessauer Straße 30.

Brandenburgischer Landesverba
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24.

X-DD 249

17.1.19. 4 Frau. Leipzig

IX-327

Fehlt uns die Demokratie?

Nein, die haben wir. Das Ziel ist erreicht. Deutschland ist demokratisiert. Gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter vom 20. Lebensjahre ab in Reich und Staat. Freie Bahn für alle Tüchtigen. Ein Pastor a. D. regiert im preußischen Kriegsministerium, eine Zeitungsausträgerin ist in Braunschweig Kultusminister geworden. Die demokratische Gesinnung ist die Hauptsache. Keine Standesvorrechte mehr, keine Bildungsvorrechte. Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, Preßfreiheit, Demonstrationsfreiheit. Den Schutzleuten sind die Waffen abgenommen. Der „Obrigkeitsstaat" ist endgültig dahin. So demokratisch, wie wir, hat sich kein anderes Volk eingerichtet.

Was soll da noch die „demokratische" Partei? Man braucht doch nicht etwas zu erkämpfen, was bereits da ist?!

Oder will die demokratische Partei das nunmehr Bestehende schützen und erhalten, also sozusagen die konservative Partei der neuen Weltordnung werden? Eine etwaige Gegenrevolution hintanhalten? Die demokratische Partei besteht im wesentlichen aus der Gefolgschaft des „Berliner Tageblatts" und der „Frankfurter Zeitung", deren Familienanzeigen man bloß durchzusehen braucht, um zu wissen, daß in ihren Kreisen das Geschäftemachen erblich ist und nicht das Kämpfen. Aber diese Leute, die in Banken und Börsen und in den Klubsesseln der Kriegsgesellschaften sitzen, **brauchen eine Schutztruppe**, die sie und ihre Gewinne behütet, und darum werben sie mit süßen Rattenfängerweisen deutsche Idealisten und vor allem deutsche Frauen für sich, von denen sie annehmen, daß sie — den Zweck der Partei nicht durchschauen.

Was will die deutsche demokratische Partei? Sie sagt:

„Ueber das Ziel sind wir und die Sozialdemokraten einig; nur über das Tempo verschiedener Meinung."

Also vor den dem Abgrund zurollenden Reichswagen sind zwei Pferde gespannt, ein Durchbrenner und ein Bedächtiger. Wird der Bedächtige den Durchbrenner zum Schritt zwingen oder der Durchbrenner den Bedächtigen zum Galopp? Das Tempo ist da schnell entschieden; wir wissen alle, wie reißend es bergab geht. Nein, wir brauchen weit eher eine Partei, die dem Gespann in die Zügel fällt, ehe es zu spät ist! Die Demokratie hat bei uns niemals den Umsturz hemmen können, weil sie eben seine Ziele auch als die ihrigen anerkannt hat! Wenn sie auch **vor den Wahlen** sich als Sozialistengegnerin maskiert, ist sie stets der Vorläufer der Sozialdemokratie gewesen. Schon bei der ersten Wahlrechtsdemonstration der deutschen Sozialdemokraten auf den Straßen Berlins schrieb der demokratische Abg. D. Naumann, der nicht genug Öl ins Feuer gießen konnte, am 31. Januar 1909 im „Berliner Tageblatt" wörtlich:

„Wir unsererseits sind immer dafür eingetreten, d
das Recht der freien Demonstration in Deutschla
ebensogut vorhanden sein muß, wie in England. We
aber einmal eine Partei von der gewaltigen Mitglied
zahl der Sozialdemokratie den Versuch macht, den Will
des Volkes öffentlich auf der Straße zu zeigen, da
muß auch die Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Stra
geradezu überschwemmt sein von Menschen!"

Und das Hauptziel der deutschen Demokratie war a
in den letzten Jahren das der Sozialdemokratie: nicht
starkes Deutschland, sondern vor allem die Vernichtung
„militärischen" Deutschlands. Mitten im Kriege,
10. Mai 1918, schrieb der demokratische Abg. Gothein
der „Neuen Freien Presse":

„Wer den Militarismus beseitigen will, der muß d
Frieden der Verständigung und Versöhnung herbeiführe

Das ist erreicht: die Vernichtung des Militarismus,
freilich nur des deutschen; und ein Friede der „Verständigu
und Versöhnung", — wie unsere Feinde ihn diktieren. E
Friede, der Deutschland zerstückelt, uns alle binnen wenig
Monaten zu Bettlern machen wird, die dann noch fr
sein müssen, wenn die Entente sie als Arbeitssklaven geg
Gewährung eines Hungerlohnes annimmt. **Das hat u
das demokratische Programm eingebrockt.** Auf dem Papi
liest es sich gut. Im Leben aber führt es zum Ruin d
ganzen Volkes, nachdem einzelne sich bereichert und ihr
Reichtum zumeist bereits — in Sicherheit gebracht habe
Können wir noch irgend einer Versprechung der demokratisch
Partei glauben, nachdem sie uns in der Frage um Se
oder Nichtsein des deutschen Volkes betrogen, uns mit de
Trugbild des Wilsonschen Versöhnungsfriedens genarrt ha

Oder haben ihre Schieber **selbst** an diesen Frieden geglaub

Dann hätten sie damit nur bewiesen, daß sie der groß
Politik wie einfältige Kinder gegenüberstehen, daß sie zu
Führung einer Nation jeder Führereigenschaft ermangeln
Können wir uns solchen Leuten weiter anvertrauen, u
uns jetzt nach der Demokratie die Anarchie droht? We
uns nottut, das ist ein starker **nationaler** Staat, der sein
Bürger und Bauern und Arbeiter zu schützen versteht.

Wir haben die Demokratie! Wir brauchen die Nation!

Wer die Schmach der heutigen Tage empfindet, we
die Not der kommenden Tage voraussieht, der muß ganz
Arbeit tun. Fort mit allem Halben! Wir können auc
die Nichts-als-Tempoverlangsamer auf dem Wege zu
Abgrund nicht brauchen. **Zurück vom Abgrund!** We
nach den 10 Wochen Revolution noch nach mehr gelüste
der freilich mag sozialdemokratisch wählen oder gleich mi

X-DD 249
12.1.19

Deutsches Volk wache auf!

Du hast lange geschlafen, zu lange. Du hast Dir vorreden lassen, es sei alles gut und habe keine Not. Deine Propheten haben gerufen: Friede, Friede, und ist doch kein Friede. Nun ist die Not über Dich gekommen, wie ein geharnischter Mann, und Du stehst am Abgrund, der Dich zu verschlingen droht.

Vergebens faßt Du Dich an den Kopf, wie war denn das nur möglich? Stand nicht unser Heer tief in Feindesland, nach den erstmaligen Rückzügen wieder neu gefestigt abwehrbereit! Sprachen nicht deutliche Anzeichen von wachsender Not der Feinde, winkte nicht in erreichbarer Nähe die Palme eines ehrlichen und ehrenhaften Friedens? Warum ist es nicht dazu gekommen?

Weil der Blödsinn einer Revolution uns die Waffen aus der Hand schlug und uns wehrlos und machtlos dem Feinde auslieferte; nun haben wir das Elend ohnegleichen. Solange der Krieg währte, hatten wir unser **Brot**, mochte es auch manchmal knapp sein, jetzt steht der **Hunger** vor der Tür. Solange der Krieg währte, hielt **Zucht und Ordnung** das Volk zusammen, jetzt herrscht die **Zuchtlosigkeit** und das Reich fällt auseinander. Solange der Krieg währte, hielten unsere Heere **die Feinde fern vom heiligen Boden des Vaterlandes,** jetzt **rücken sie ein,** von West und Ost, und während wir verblendet durch den Traum von der Solidarität der internationalen Demokratie, von dem Sturz des alten Regiments und der Demokratisierung unserer Regierung eine **Milderung der Waffenstillstandsbedingungen** und **einen erträglichen Frieden** erhofften, **spotten die Feinde** unser und **erdrosseln uns.**

Und wem danken wir das?

Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen vor der Tür, wen sollen wir wählen?

Die Sozialdemokratie

hat versagt. Der Traum der Volksverbrüderung ist ausgeträumt. Ihre Herrschaft bedeutet **Verelendung des Volkes nach allen Seiten.** Wählt keine Sozialdemokraten.

Die Demokratische Partei

sammelt alles, was unter der Fahne des Linksliberalismus marschiert, Fortschritt und Freisinn sind immer die Schrittmacher der Sozialdemokratie gewesen. Der Geist, der dort herrscht, **weiß nichts vom deutschen Vaterland,** sein Vaterland ist überall da, wo er gute Geschäfte machen kann.

Wer **deutsch** denkt und fühlt

X-OD 249
IX-329

ist für die

nationale Einigung

in einer starken und großen

Volkspartei!

Tretet dieser Partei bei und wählt die von ihr aufgestellten Wahlvertreter!

Deutschnationale Volkspartei
Berlin SW 11, Bernburgerstraße 24

Werbeblatt Nr. 15.

X-DD 249 IX-330 18.149

Wähler-Versammlung

der

deutschnationalen Volkspartei

Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr,

im „Deutschen Hof", Luckauer Str. 15.

Ein sinkendes Schiff,

mit Mann und Maus geht's unter, — das ist das deutsche Reichsschiff geworden. Unsern **Handel** trug es hinaus in die Welt, Lebensmittel brachte es herein ins Land. Wir hatten Arbeit und Brot.

Das ist aus. Wir sinken rettungslos! Helfen wir nicht retten, so schießen wir erbarmungslos in die Tiefe.

Was sinkt mit dem Reichsschiff? ? ?

Die deutsche **Arbeit,** die erste bisher in der Welt!
Der deutsche **Export,** in seiner Entwicklung bisher unerreicht in der Welt!
Das Deutsche **Reich,** gefährdet in seinem Bestande!
Das deutsche **Vermögen,** in mühevoller Arbeit geschaffen!

Die **Sicherheit des Bürgers,** der **Privatbesitz** des Einzelnen, der **Mut** des Unternehmers, der **Verdienst des Arbeiters,** die **Selbständigkeit** des Handwerkers.

Ein sinkendes Schiff!!!

Die **Religion** ist in Gefahr! Die **christliche Schule** ist in Gefahr! Die **christliche Familie und Sitte** ist in Gefahr!

Wer retten will,

wähle die Kandidaten der

Deutschnationalen Volkspartei!

Wählerversammlung am Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr,
im Deutschen Hof, Luckauer Straße 15.

Es sprechen: Werkmeister **Hürtgen,** Sup. a. D. **Kliche** und Frau **Anna Charlotte Lindemann** über

„Des Volkes Not und die deutschnationale Volkspartei".

Gesinnungsfreunde, Männer und Frauen, kommt! **Niemand darf fehlen!**

Frau Pfarrer **Betenstedt,** Fabrikant **Hitzler,** Buchhalterin **S. Kallies,** Superintendent **Kliche,** Kaufmann **Metzer** Rektor **Schulz,** Kaufmann **Wiedebach,** Pfarrer **Betenstedt,** Geheimer Baurat **Böttcher,** Lehrerin **F. Bosse,** Schriftsetzer **Haese,** Lehrer **Heinze,** Pfarrer Dr. **Heintzel,** Professor **Heinzel,** Korrektor **Jagdstein,** Rechtsanwalt **Jarius,** Kaufmann **Kniebandel,** Professor **Krenzlin,** Lehrerin **Kulke,** Lehrer **Leitritz,** Pfarrer **Moschütz,** Arbeiter **Müller,** Gemeindehelfer **Müsch,** Postsekretär **Nicht,** Schuhmachermeister **Parczanny,** Magistratsbeamter **Carl Radtke,** Kaufmann **F. A. Reschke** Tischlermeister **Schenk,** Gummiarbeiter **Schlichtiger,** Kaufmann **Staub,** Sekretär **Stange,** Pfarrer Lic. **Ulrich,** Lehrer **Wenker**

X-OD 249

IX-331

Aufruf!

An alle wahlberechtigten Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes!

Geschäftsinhaber, Handwerker, Angestellte!

Unser deutsches Vaterland ist durch den unglücklich verlaufenen Krieg in furchtbare Not geraten. Der gewerbliche Mittelstand ist durch die vierjährige Kriegswirtschaft auf das schwerste geschädigt und seiner Selbstständigkeit beraubt worden. Jetzt heißt es: Das Deutsche Reich und **das freie deutsche Wirtschaftsleben**, welches unser Vaterland einst groß und stark gemacht hat, wieder aufrichten und Ordnung schaffen. Aber starke Kräfte sind am Werke, das zu verhindern und an Stelle des **freien** Erwerbslebens und der **selbständigen** Tätigkeit des deutschen Bürgertums

die gefährliche Herrschaft des Sozialismus in Staat und Gemeinden

aufzurichten. Das bedeutet **Vernichtung des selbständigen Mittelstandes** und würde auch **jedes Vorwärtskommen Eurer Angestellten in Zukunft unmöglich** machen. Der Staatssozialismus führt nicht zur Freiheit, sondern hebt sie vollständig auf. Die Kriegswirtschaft hat das deutlich genug gezeigt. Darum fort mit der staatlichen und kommunalen Zwangswirtschaft. Dieselbe führt auch nicht zur Verbilligung, sondern zur Verteuerung; sie ruiniert und schädigt den ordentlichen Handel, fördert dagegen aber den wucherischen Schleichhandel.

Alle Kreise des Volkes rüsten jetzt für die Wahlen zur Nationalversammlung. Letztere soll entscheiden, wie das Schicksal und besonders das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes in Zukunft gestaltet werden soll. **Darum habt auch ihr die Pflicht**, Eure Interessen jetzt wahrzunehmen.

Allen über 20 Jahre alten Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes, Geschäftsinhabern und Handlungsgehilfen, Handwerksmeistern und Handwerksgesellen, Frauen, Söhnen und Töchtern rufen wir zu:

Auf zur Wahl für die Nationalversammlung!

Aber **wen** sollen wir wählen? Welche Partei **müssen** wir unterstützen, wenn wir wollen, daß der selbständige Mittelstand erhalten und seine berechtigten Forderungen erfüllt werden? So fragen jetzt viele unter Euch, weil sie bisher — zum größten Nachteil für ihren Stand und ihre eigene Existenz — ihr Wahlrecht nie ausgeübt und sich auch um die wirklich mittelstandsfreundlichen Parteien viel zu wenig gekümmert haben. Fragt Eure Führer, fragt Eure Organisationen, und sie werden Euch sagen, **daß die bisherigen mittelstandsfreundlichen Parteien** sich **vereinigt** haben zu einer

Deutschnationalen Volkspartei,

welche auch in Zukunft für die Erhaltung und Hebung Eures Standes mit allen Kräften eintreten wird.

X-DD 249
IX-332

An die

deutschen Wählerinnen!

Der Tag der Entscheidung naht heran! Bald sollen alle über 20 Jahre alten Deutschen die Verfassung gebende Nationalversammlung wählen, die unser Vaterland neu aufzubauen hat. Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand der Wählerinnen! Sie machen die starke Mehrheit der Wahlberechtigten aus. Es wäre darum geradezu gewissenlos, wenn eine Wählerin nicht zur Urne ginge.

Wahlrecht ist heute Wahlpflicht!

Können sich die Frauen die Sache nicht leicht machen, indem sie einfach ebenso stimmen wie ihre Männer? Nein! Wozu hat man ihnen denn das Wahlrecht gegeben, wenn nicht zu dem Zweck, daß sie nach ihrer

eigenen Überzeugung

stimmen?

Der sozialdemokratischen Partei gehörten im Frühjahr 1914 175 000 weibliche Mitglieder an; drei Jahre darauf waren es nur noch 67 000, ein ganz winziger Bruchteil der 21 Millionen deutscher Frauen und Mädchen. Der Krieg hat also eine

Massenflucht der Frauen aus der Sozialdemokratie

gebracht, obgleich nach dem Parteibericht „der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen: Frauenerwerbsarbeit, grössere wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau, Lebensmittelnot und Teuerung günstige Vorbedingungen" für die sozialdemokratische Werbung unter den Frauen geschaffen hatte. Die große Mehrzahl der Frauen, die sich zum Anschluß an die Sozialdemokratie verlocken ließen, kehrte ihr wieder den Rücken, sobald sie diese Partei näher kennen gelernt hatte!

Viel mögen hierzu die sozialdemokratischen Führerinnen beigetragen haben. Die bekannteste unter ihnen,

Rosa Luxemburg

ist eine polnische Jüdin, die von den Genossen meist die „blutige Rosa" genannt wird. Auf dem Jenaer Parteitag warf ihr der Führer der Partei, der Abgeordnete Bebel, „Verdrehungen", Unwahrheiten", „vollständige Unterschlagung" und „Niedertracht" vor, und der Münchener sozialdemokratische Führer und jetzige Minister Auer bezeichnete ihr Auftreten als

„bodenlose Gemeinheit."

dem Kriege vom Reichsgericht wegen Landesverrats auf die Festung geschickt wurde, an der Spitze der „Spartakusgruppe", die sich bemüht, den blutigen Bürgerkrieg in Deutschland zu entfesseln.

Die Frauen haben die schweren Mängel unserer Ernährungswirtschaft am gründlichsten kennen gelernt. Wer aber trägt dafür die Verantwortung? Diese Einrichtungen sind nach den Wünschen der Sozialdemokratie geschaffen und unter der Leitung des sozialdemokratischen Staatssekretärs Dr. August Müller ausgebaut worden. Jetzt wollen die Führer der Sozialdemokratie trotz aller üblen Erfahrungen

die Kriegswirtschaft im Frieden aufrechterhalten und noch weiter ausdehnen

Die Frauen und Mädchen haben aber selbstverständlich den Wunsch, daß der freie Handelsverkehr und damit die frühere, bessere Versorgung mit Lebensmitteln bald wiederhergestellt werde.

Wo ist denn das Paradies, das der Umsturz dem Volke bringen sollte? Heeresbedarf im Werte von vielen Milliarden und ungeheure Lebensmittelvorräte, die in der Heimat dringend notwendig gewesen wären, sind an die Feinde verschleudert oder einfach ihrem Schicksal überlassen worden. Die durch die Revolution neugeschaffene Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, eine Nachäffung des russischen Bolschewiki-Unwesens, hat sich sehr schnell als die

entsetzliche Schandwirtschaft

erwiesen. Bereits in den ersten vier Wochen haben diese Herrschaften, wie der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Schiffer feststellte, „mehr als eine Milliarde in die Luft gehen lassen", d. h. annähernd denselben Betrag, den wir vor dem Kriege in einem Jahre für Heer und Flotte ausgegeben haben. Die Mitglieder des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte haben sich selbst für den Kopf monatlich 1500 Mark bewilligt, ihren guten Freunden, die sie als sogenannte „Kuriere", d. h. Boten, einstellten, 1200 M. monatlich und den zugehörigen Tippfräulein 900 Mark. Das ist ein Geschäft, das bringt doch noch was ein!

Das Hauptziel der Sozialdemokratie ist bekanntlich die sogenannte „Sozialisierung", auf deutsch: die Verstaatlichung aller Arbeitsbetriebe. Jetzt hat schon die Ankündigung, daß damit nächstens begonnen werden soll, zu einer

Lähmung fast aller

X-DD 249
IX-333

Augen auf! Ohren auf!

Der englische General Maurice schreibt in der „Daily News“:

„Die deutsche Armee war vor dem Kriege die erste Europas. Bei dem Waffenstillstand befanden sich die Truppen der Alliierten und des Feindes an der Westfront im Verhältnis fünf zu dreieinhalb. Die deutsche Armee ist von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden. Das Verhalten der Matrosen der deutschen Flotte kann man nur mißbilligen. Sie zogen es vor, zu rebellieren und dem Feind ihre Schiffe auszuliefern, statt dem Tod zu trotzen. Sie waren es, die Paris retteten.“

Michel! Merkst Du immer noch nicht, wo Dein Feind steht?

Der **rote Wahnsinn** ist Deine Krankheit gewesen; sie ist es **noch**!

Die Soldaten haben gekämpft und gesiegt. — Die Maulhelden haben gewimmert und um Frieden gebettelt.

Die deutschen Arbeiter haben gearbeitet. — Die Maulhelden, die sich ihre Führer nennen, haben die Unzufriedenheit geschürt und die Arbeiter aufgewiegelt, der Frontarmee in den Rücken zu fallen. Dafür haben ihre Brüder ihr Leben gelassen! **Ewige Schande über die Verräter am Volke!** Was geschieht jetzt? Die Maulhelden versprachen dem Volke Frieden, Arbeit, Brot! Die heimgekehrten Krieger und die Arbeiter hungern mit Weib und Kind in längstens 2 Monaten, weil dann alles aufgegessen oder verdorben ist, was mühsam zusammengehalten wurde, um bis August 1919 zu reichen.

Wo sind die englischen, französischen, amerikanischen und italienischen Genossen? Sie schicken Euch Begrüßungstelegramme und fordern Eure Waffen, Euer Geld, Euer Land! Sie fordern ihre gefangenen Brüder, geben aber die Euren nicht heraus.

Soziale **Theorie** beim Besiegten, soziale **Praxis** beim Sieger!

Wie lange wollt Ihr dem roten Lappen noch nachlaufen? Bis Deutschland aufgeteilt ist und Ihr als Sklaven eine **fremde** Sprache zu **fremden Herren** sprechen müßt??

Brüder, **wacht endlich auf** aus Eurem Rausch! **Werdet einig** und sorgt, daß in die

National-Versammlung

Männer einziehen, die die **Welt** kennen und das Regieren **verstehen**, die Euch wieder treue und erfahrene Beamte geben, die arbeiten für das ganze Volk in stiller Anspruchslosigkeit für ein angemessenes **Beamtengehalt** und nicht für Müllkutscherlöhne! Wählt Männer, die wissen, was Verantwortung ist, die nicht Euer Haus einreißen, ehe sie ein neues gebaut haben und Euch dann in Regen, Sturm und Frost im Freien sitzen lassen!

Ein großes Land zu regieren, ist eine **große** und **schwere Kunst**, die gelernt sein will. Wie wenig die jetzigen Führer diese Kunst verstehen, liegt wohl vor aller Augen!

Gegen den internationalen Völkerbeglückungswahn, auf den auch die Deutschen hineingefallen sind, die Feinde aber pfeifen, gegen das **internationale Kapital werden immer kämpfen die Anhänger der**

Deutschnationalen Volkspartei!

Tretet ihr bei!

Schriftenvertrieb der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin SW 11, Bernburgerstraße 24 I.

Werbeblatt Nr. 11.

X-DD 249
IX-334

18.1.19

Das Rückgrat des deutschen Volkes ist der Mittelstand!

Das Rückgrat und das Mark jeden Volkes ist der **Mittelstand.** Der deutsche **Mittelstand** steht vor dem Untergange. Der Krieg hat ihm schwere Wunden geschlagen. Schwerere als irgend einem anderen Stande. Wer soll diese Wunden heilen?

Zwei gute Freunde drängen sich an sein Krankenbett. Beide wollen selbstlos ihm helfen. Die Sozialdemokratie und die demokratische Volkspartei. Weißt du, weshalb sie dies tun?

Weil der Mittelstand für sie das Mittel sein soll, das sie in den Stand setzt, die Macht zu erlangen. Beide Parteien umwerben dich, du Kaufmann, Handwerker, Angestellter Beamter, Gewerbetreibender. Jede verspricht dir Heilung. Jede erklärt, ohne dich, ohne deine Stimme nicht leben zu können. Der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel, also erst recht den Mittelstand.

Was ist dieser Zweck? Der Zweck ist die Macht. Die Macht dich totzuschlagen und zu beerben. Weshalb? Weil die Sozialdemokratie keine ausgeprägte Persönlichkeit, keine selbständige Wirtschaft oder Tätigkeit duldet. Die Persönlichkeit soll in der Masse, jede Wirtschaft, sei sie auch noch so klein, in der Vergesellschaftung untergehen. Weil die demokratische Partei, gegründet von dem großkapitalistischem Berliner Tageblatt, nur internationale großkapitalistische Interessen vertritt. Weil du Mittelstand ihr von jeher bei der rücksichtslosen Ausbeutung des Volkes im Wege gestanden hast!

Wer kann dir aber helfen? Zunächst du dir selbst. Erkenne, was diese „Freunde" bezwecken. Dann weise ihnen die Tür. Laß dich nicht durch schöne Reden, Versprechungen und Parteiprogramme blenden.

Bedenke, daß du das Rückgrat der deutschen Nation bist. Deutschland steht und fällt mit dir. Du aber stehst und fällst mit Deutschland. Deine Rettung, Mittelstand, ist nur ein starkes Deutschland. Frei ebenso von öder Gleichmacherei und staatlicher Zwangswirtschaft wie von internationalem großkapitalistischen Ausbeutertum.

Welche Partei ist es nun, die nur für das deutsche Volk und seinen Kern, dem Mittelstand, für Deutschlands Zukunft und neue Blüte eintritt? Dies ist die

Deutschnationale Volkspartei.

Schließe dich also ihr an. Kämpfe, wie deine Angehörigen es auf dem Felde der Ehre taten, auch jetzt hier im Innern für deutsche Art und deutsches Wesen. Bedenke, daß du ein Deutscher bist, daß deine ideellen und materiellen Interessen nur von einem starken deutschen Volke gewahrt werden können. Rette Deutschland und dich selbst, indem du am Tage der Wahl eintrittst für die Deutschnationale Volkspartei!

Werbeblatt Nr. 28.

X-DO 249
IX-335

19.1.19

Mitbürger!

Deutsche Männer und Frauen!

Was haben euch die Führer der Revolution versprochen?

Friede! Freiheit! Brot!

Was haben sie gehalten? Was haben sie euch gegeben?

1. Frieden haben wir nicht! Ob die Feinde Frieden schließen werden, das wird von dem Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung und der durch diese beschlossenen Staatsform abhängen.

Zum Friedensschlusse war die Revolution überhaupt nicht nötig; im Gegenteil, sie hat ihn nur verzögert! Die Friedensverhandlungen waren schon vor Wochen von der alten Regierung eingeleitet; die Waffenstillstandskommission unterhandelte bereits mit Marschall Foch. — Bis zur Revolution hatten unsere Unterhändler noch ein starkes, zum nachdrücklichen Widerstand fähiges und bereites Heer hinter sich. Die Kraft der Feinde war aber bereits im Erlahmen. Englische Führer haben bei der Uebergabe unserer U-Boote offen eingestanden, daß England höchstens noch bis in den Januar hinein hätte weiterkämpfen können. Ein baldiger und ehrenvoller Friede war uns also sicher! In diesem entscheidenden Augenblick kam die Revolution und ermöglichte es unseren Feinden erst, uns als Antwort auf die Vorgänge in Kiel so überaus harte Bedingungen aufzuerlegen. Der englische General Maurice schrieb darüber in der „Daily News": „Die deutsche Armee sei von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden. Die deutschen Matrosen hätten Paris gerettet."

Demnach hat allein die Revolution

den Friedensschluß verzögert,
den Rechtsfrieden verhindert,
den Feind zum Sieger gemacht.

2. Brot haben wir nicht! Dafür aber eine Verschärfung der feindlichen Blockade, so daß wir noch weniger Lebensmittel erhalten als vorher! Durch die Mißwirtschaft und die willkürlichen Eingriffe zahlreicher Arbeiter- und Soldaten-Räte sind Riesenmengen von heimischen Nahrungsmitteln vernichtet worden, ebenso durch die beschlennigte Demobilmachung und die überstürzte Herausziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten, so daß die Hungersnot vor der Tür steht.

3. Freiheit haben wir nicht! Leute, die nationale Flugblätter verteilen, werden auf der Straße verhaftet und eingesperrt! Die Presse wird an vielen Orten von den Arbeiter-Räten und von den Spartakus-Leuten vergewaltigt und geknebelt, die „Regierung" schreitet nicht energisch genug dagegen ein. Aber Spartakus darf Maschinengewehre und Handgranaten kaufen so viel er will! Ob die Verfügung der jetzigen Regierung, wonach Waffen und Kriegsgerät abzuliefern sind, Erfolg haben wird, steht dahin, da es ja der Regierung, die selbst das Heer zermürbt, an den nötigen Machtmitteln fehlt. Die Arbeiter-

X-DD 249
IX-336

19.1.19

Die Wahrheit ist heraus!

Rund 10 Millionen Mark

haben die Juden für die Deutsche demokratische Partei aufgebracht.

Einen Schutzwall von Geld müssen wir um uns bauen'

rief vor einigen Wochen der Jüdische Zentralverein in einem Geheimschreiben seinen Mitgliedern zu.

Dieser Schutzwall ist jetzt da. Mit Geld wirft die Deutsche demokratische Partei geradezu um sich. Kein Mittel ist ihr zu schlecht! Mit unzähligen Flugblättern überschwemmt sie die Wähler! Papier ist geduldig! Auf ein paar Unwahrheiten mehr kommt es nicht an! Sie verspricht alles! Es gibt keinen Beruf, dessen Wünsche nicht erfüllt werden sollen.

Sollte der deutsche Michel wirklich so töricht sein und auf diesen Leim gehen?

Deutsche Wähler! Denkt daran, daß die Juden es waren, die mit ihrer großen demokratischen Presse unser furchtbares Unglück verursacht haben. — Die Judenzeitungen, das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung, standen an der Spitze aller Flaumacher, die dem deutschen Volke den Siegeswillen nahmen und **das feindliche Ausland zum Ausharren ermutigten.** Auf den Trümmern der Monarchie wollen sie die Judenherrschaft errichten. Und so kommt es auch? Die Welt zeigt immer dasselbe Bild.

Aus der Revolution erhebt sich zum Schluß

als allmächtiger Herrscher das jüdische Kapital.

So war es in Frankreich, so war es überall, so kommt es in Deutschland,

wenn das deutsche Volk nicht noch in letzter Stunde aufwacht.

Deutsche Wähler und Wählerinnen, hört auf uns, die wir Verfolgungen schlimmster Art erduldeten, um unser Volk zu retten,

Es gibt jetzt nur eine Partei,

die Deutschland schützen kann, das ist die große

Deutschnationale Volkspartei!

Werbt Mitglieder und Kapital auch für den Deutschen Volksbund! — Wählt nur Deutschnational!

Deutscher Volksbund,

Berlin-Schöneberg, Vorbergstr. 4.

19. 1. 19.

X-DD 249
IX-337

Staats- und Gemeinde-Beamten, Beamtinnen und Angestellte!

In einem an die Beamtinnen im Staats- und Gemeindedienst gerichteten Flugblatt **brüstet sich die Sozialdemokratie** mit ihren angeblichen Errungenschaften für die Beamten:

Sie behauptet:

sie habe ihnen das Recht freier Meinungsäußerung, das Recht freien Zusammenschlusses und das Recht freier Vertretung der Beamteninteressen gebracht.

Wie steht's damit in Wahrheit?

Auch früher hatte der Beamte das Recht freier Meinungsäußerung, nur wurde von ihm verlangt, von diesem Recht **nicht in Formen** Gebrauch zu machen, die im **Volk**, über dessen Wünsche er mitzubefinden hatte, das **Bertrauern** lockern mußten.

Ebenso hatte der Beamte auch vorher das Recht freien Zusammenschlusses, wie die **zahlreichen Beamtenvereine und -verbände** beweisen, die die Interessen der Beamten vertreten.

Wie achtet die Sozialdemokratie diese Rechte?

Alle Tage bringt die Presse Berichte über **Knebelung** der freien Meinungsäußerung. Versammlungen, in denen **abweichende** Meinungen vertreten werden, werden **gesprengt**, Redner **anderer Parteien niedergebrüllt** oder gar rücksichtslos **hinausgeworfen.** Zeitungen **anderer Richtungen** können **nicht erscheinen** oder werden **unter Zensur gestellt.**

Ein Minister der sozialdemokratischen Regierung erklärt ebenso wie andere Parteigenossen, die **Nationalversammlung** würde mit Maschinengewehren **auseinandergejagt**, wenn keine sozialdemokratische Mehrheit gewählt würde. Und dieser Minister bleibt im Amt!

So sieht in Wahrheit die Freiheit der Meinung aus, die die sozialdemokratische Herrschaft auf ihre Fahne geschrieben hat.

Und wie steht es mit den wirtschaftlichen Interessen der Beamten?

Die **Sozialdemokratie** betont, daß das **Gehalt zu gering** sei, aber sie **hütet sich,** mit klaren Worten für eine **Besserung** einzutreten:

Sie **kann** dies auch **gar nicht,** denn nach ihrem Programm soll der Beamte in die Klasse der **„Lohnarbeiter"** eingereiht werden.

Was folgt daraus?

1. **Statt lebenslänglicher Anstellung — stellung auf kurzfristige Kündigung.**

Was die Beamten erwartet, die nicht Genossen oder werden wollen, bedarf keiner Hervorhebung. dem von der Sozialdemokratie anerkannten Gru **„Wer nicht pariert, der fliegt"**, wird sie vo **Kündigungsrecht unerbittlich Gebrauch mach**

2. **Statt des festen Gehaltes — Arbeitslohn**

3. **Statt des Ruhegehaltes und Witwen-Waisengeldes — Renten nach Zeit und Höh Arbeitslohnes.**

Zwar haben die **Inhaber der augenblicklichen rungsgewalt** in den ersten Tagen der Revolution **sprochen,** alle wohlerworbenen Rechte der Beamte wahren, auf eine unmittelbare **Anfrage** —den Wolthe sowie dem Beamtenbund aber geantwortet, **daß die scheidung hierüber vorbehalten bleiben müsse.**

Dies zeigt jedem, der nicht mit Bl heit geschlagen ist, was von sprechungen der Sozialdemokratie halten ist.

Nicht erhalten will die Sozialdemokratie den trotz mancher Angriffe mit Recht **hochgeachteten amtenstand**, sondern **vernichten.**

Allerdings haben die Beamten unter ihrer Her eine weitere Kriegsteuerungszulage erhalten, abe wäre auch unter der alten Regierung bewilligt. diese hierbei **wie bei allen finanziellen** Maßn auf die **Staatseinnahmen Rücksicht** nehmen mu in einem Staate **mit geordneter Verwaltung** verständlich.

Wirtschaftet die Sozialdemokratie so weite bisher, so sind in kurzer Zeit die **Staatskassen** und es kann **nicht nur keine** weitere Zulage bei sondern **nicht einmal das Gehalt** gezahlt werden dankt entfallen alle Versprechungen der Sozialdem in nichts, und **die Beamten sind mit ihren Fa dem Elend** preisgegeben.

In ihrem Flugblatt zählt die **Sozialdemo weiter auf,** was die Beamten nicht vergessen sollen. gegenüber sei hingewiesen:

Auf die **Mißherrschaft der Arbeiter- und datenräte,** die sich anmaßen, die auf **gründlicher bildung** und langjähriger Erfahrung beruhende der Beamten ersetzen zu können, und die es **gegen Gesetz und Recht** solche **Beamte** ihres zu entsetzen.

Man halte sich die Mißherrschaft in der Bes **der Aemter** vor Augen; wie sie **jetzt** geübt **Fähigkeit** und **Tüchtigkeit** öffneten die We höheren Stellungen auch **bisher** schon. Nie abe **„gute Beziehungen"** und **„kriechende Unterw**

X DD 249
IX-338

24.I.19

Preussens Baumeister!



„Die Welt ruht nicht sicherer auf den Schultern des Atlas als Preußen auf den Schultern seiner Armee."



„Wenn wir einig sind, bilden wir einen Block in Europa, den keiner anfassen darf, ohne sich die Finger zu zerquetschen!"

Das Werk ist zertrümmert!

Die Totengräber

sind die geeinten Sozialdemokraten und Demokraten vom Schlage Liebknecht, Luxemburg, Hirsch, Levy, Kohn, Haase, Scheidemann, Theodor Wolff, Cohen, Ledebour, Gädke, Gerlach.



Wieso?



Hört sie selbst: Das Mitglied des Soldatenrates **Vater** in Magdeburg hat bekundet, daß seit **Januar 1915 der Umsturz systematisch vorbereitet** worden ist. Er hat wörtlich gesagt: „Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert (wohl mit russischen Dr. Cohn- und Liebknecht-Geldern?), mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftlosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Verfall allmählich, aber sicher vollzogen."

Der frühere russische **Botschafter Joffe** äußerte sich einem Vertreter der russischen Telegraphenagentur gegenüber folgendermaßen: „Die strategische Lage war für Deutsch-

X-DD 249
IX-339

26.I.19

Meine Pflicht als Wähler

ist, der Deutschnationalen Volkspartei

am 26. Januar

zum Siege zu verhelfen.

Darum wähle ich

Landrichter a. D. **Dr. Franz Alexander Kaufmann**

X-DD 249
IX-340

An das preußische Volk!

Noch ist es Zeit, das Furchtbarste abzuwenden, noch eine Wahl steht bevor, die Wahl zur preußischen Nationalversammlung.

Am 19. Januar hat das deutsche Volk **gegen sich** entschieden. Die seit Jahrzehnten getriebene Verhetzung **der breiten Volksmassen** und

die ungezählten Millionen des internationalen Kapitals haben gesiegt.

Wie konnte es auch anders sein. Seit Anbeginn der Welt haben sich die Massen vor dem goldenen Kalbe gebeugt. In Amerika, im Lande der sogenannten Freiheit, ist es nicht anders, auch dort regiert heute der große Geldsack. Die Geschichte der Welt zeigt immer wieder, daß sich aus den Revolutionen, die mit der Herrschaft der Masse beginnen,

als furchtbarster Tyrann das Kapital

erhebt. Nur ein Mittel gibt es da, unser Volk vor äußerer und innerer Knechtschaft zu schützen.

„Lasset", wie unser Bismarck uns mahnend zurief, „den nationalen Gedanken wieder knechten vor den Völkern Europas." Preußen hat schon mehrmals Deutschland gerettet aus tiefster Schmach und grenzenlosem Elend.

Preußen muß uns wieder retten!

Preußen darf nicht zerfallen

in eine Menge ohnmächtiger Staatsgebilde, die sich gegenseitig beneiden und bekämpfen. Die Kleinstaaterei war der Grund unseres nationalen Unglücks und unseres wirtschaftlichen Elends. Wir könnten unserem Todfeinde England gar keinen größeren Dienst erweisen, als durch diese unsagbar törichte Selbstvernichtung.

Preußen darf nicht sein Schicksal und seine eigensten Angelegenheiten bestimmen lassen durch die Männer der deutschen Nationalversammlung. Sollten denn preußische Männer und Frauen kein Verständnis mehr dafür haben, wie unter den demokratischen Phrasen ein Stück preußischer Würde und Größe nach dem andern in Trümmer fällt? Schon ist Berlin nicht mehr der Mittelpunkt unseres politischen Lebens. Wie 1848 in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. die Ohnmacht Deutschlands durch die demokratische Phrase besiegelt wurde, so soll jetzt in Weimar, fern von Berlin, die Zukunft Preußens und Deutschlands vernichtet werden.

Preußen! Hört auf die Stimme der Vernunft!

Laßt Euch nicht wieder betören von den sozialdemokratischen und demokratischen Phrasen. Seht Ihr denn **noch nicht ein,** daß diese Phrasen uns immerfort betrogen haben?

Was ist aus der Verkündigung der Völker geworden?

Die furchtbarste Knechtung und Mißhandlung des deutschen Volkes, das den demokratischen Phrasen glaubte.

Was ist aus der **Versöhnung** mit den **Polen** geworden?

Die rücksichtsloseste, brutalste Vergewaltigung aller Deutschen, die in den Händen der Polen sind.

Was wird aus unserer **Kirche,** wenn unser preußisches Volk den demokratischen Phrasen glaubt?

Wie 2 Millionen Polen heute 60 Millionen Deutsche verhöhnen und vergewaltigen, so werden die Ungläubigen und Kirchenfeinde **unsere Kirche und die Religion** vernichten.

Was wird aus unseren **Finanzen,** wenn die Phrasen über die nackte Wirklichkeit auch in Preußen siegt?

Zwei Milliarden hat die Revolution bereits verschlungen. Weitere Milliarden werden folgen, und

der Staatsbankerott wird unausbleiblich sein.

Nicht die demokratische Phrase macht uns frei und führt uns aufwärts.

Heraus aus der tiefsten völkischen Schmach,
heraus aus dem größten wirtschaftlichen Elend,
heraus aus völkischer Zerrissenheit

führt uns nur die nationale Tat.

Jedes Volk ist bisher zugrunde gegangen, das den nationalen Gedanken und die Religion seiner Väter preisgab.

Preußen! In Eure Hände ist **am 26. Januar Euer und aller Deutschen Schicksal gelegt.**

In Preußen muß die Wiedergeburt des deutschen Volkes beginnen. **Weist von Euch alle kleinlichen Wünsche und Sonderinteressen; sie gehen unter mit dem Ganzen.**

Schart Euch um **die Deutschnationale Volkspartei!**

Die deutschnationale Volkspartei umfaßt alle Stände und Berufe, sie kämpft nicht für Sonderinteressen und Einzelwünsche. Die deutschnationale Volkspartei kämpft mit allen Mitteln, kämpft mit den Besten unseres Volkes für Preußens Rettung vom Untergang. Darum, Preußens Männer und Frauen!

jede Stimme der

Deutschnationalen Volkspartei!

Schriftenvertrieb der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24, I.
Werbeblatt Nr. 23.

X-DD 249 !
IX-341

Eure jetzigen Führer!



Hirsch, Min.-Präsident



Dr. Schiffer, stellv. Finanzminister



Katzenstein (U. S. P.) M. d. N.



Dernburg, stellv. Präs. d. Reichsbk.



Landsberg, Reichsjustizminister



Ernst, Polizei-Präsident



Preuß, Staatssekretär



Kautsky, Unterstaatssekr.



Meyer, Unterstaatssekr.



Eduard Bernstein



Radek, Bolschewistenführer



Clara Zetkin (U. S. P.) M. d. N.



Walter Rathenau, Kriegswirtschaft



Anita Augspurg



Davidsohn (S. M. P.) M. d. N.



Cohn, Führer der U. S. P.



Rosenfeld, Führer der U. S. P.



Geyer (U. S. P.) M. d. N.



Cohen (Cohn), Friedensdelegierter Deutschlands in Versailles



Simon, Preußens Bankier

Wollt Ihr Andere?

Dann wählt deutschnational!

X-DD 249
DE 342

Lohnarbeiter! Lohnarbeiterinnen!

Hört in letzter Stunde eine Mahnung zur Vernunft!

Zwei Monate lang sind Eure Leidenschaften aufgepeitscht durch Schlagworte wie „Internationalismus", „Kapitalismus", „Lohnsklaverei" und dergleichen.

Sie sind eine Lüge, eine bewußte Lüge, verbreitet von denjenigen, die ein Interesse daran haben, Euch **zufrieden zu erhalten, um Euch mit Versprechungen,** an die sie selbst nicht glauben, **bei der Stange zu halten.**

* * *

„Internationalismus."

Antwortet mir auf die Frage, können 80 Millionen Deutsche durch papierne Beschlüsse 450 Millionen Engländer zwingen, international zu werden, von allen übrigen Völkern der Erde garnicht zu reden? Ist der „Internationalismus" denkbar, solange Klima, Sprache, Sitte, Religion auf Erden verschieden sind? Wollt Ihr oder wollen Eure Führer für den Internationalismus kämpfen, so schickt sie hinaus in die Welt, die sich gegen den Internationalismus stellt, und laßt sie dort für ihre Sache wirken. Das deutsche Volk ist durch den verlorenen Krieg so arm geworden, daß keiner von uns mehr Zeit hat, andere Völker zu beglücken, sondern jeder vor die grausam harte Notwendigkeit gestellt ist, im Schweiße seines Angesichts sein Brot zu verdienen. **Arbeiten und nicht verzweifeln! Nicht reden, sondern handeln! Nicht demonstrieren, sondern zur Ruhe mahnen!**

* * *

„Kapitalismus."

Was ist Kapital? Erspartes, erarbeitetes, ererbtes, gewonnenes oder geraubtes Geld. **Ohne Geld gibt es kein Wirtschaftsleben.** Ein Arbeitgeber ohne Geld, ohne Kapital ist ein Unding. Wollt Ihr in den Dienst eines Mannes oder eines Unternehmens treten, von dem Ihr nicht wißt, ob Ihr am Wochenende den Lohn Eurer Arbeit erhaltet? Es gibt keinen Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapital. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Sondern es gibt nur einen Gegensatz zwischen schlechten und guten, dummen und klugen, leichtsinnigen und gewissenhaften Menschen. Das Kapital in der Hand eines guten, klugen und gewissenhaften Menschen befruchtet erst die Arbeit, die dem Arbeitgeber und dem Arbeiter den berechtigten Lohn bringen. Das Kapital in der Hand eines schlechten, dummen und leichtsinnigen Menschen wirkt schädlich. Der Schlechte mißbraucht es zu selbstsüchtigen Zwecken, der Dumme weiß es nicht genügend auszunutzen und der Leichtsinnige verschleudert es und reißt die von ihm abhängigen Menschen mit in seinen Ruin hinein. Hütet Euch deshalb vor den **Wölfen im Schafspelz,** den Demokraten, die schlimmer sind als die Sozialdemokraten.

* * *

„Lohnsklaverei."

Es gibt keine Lohnsklaverei! Es gibt aber eine Organisationssklaverei. Wenn der Arbeitgeber von den trägen und ungeschickten Arbeitern gehindert wird, den tüchtigen und fleißigen Arbeiter besser zu bezahlen als jenen, so ist das eine Organisationssklaverei. Der Arbeitsmarkt richtet sich so gut wie jeder Markt nach Angebot und

X-DD 249 IX-343

Wie es dem Dummen scheint — Wie es der Kluge sieht

jetzt

Sozialdemokratisch ist **Streben** — nach den Ministersesseln und Futterkrippen
Sozialdemokratisch ist **Fortschritt** — auf der Bahn des Verderbens
Sozialdemokratisch ist **Wohlhabenheit** — der engros gezüchteten Schieber und Wucherer
Sozialdemokratisch ist **Freiheit** — für jeden Narren und Lumpen

früher

Deutsch-national ist **Stehenbleiben** — auf dem Boden deutscher Kraft und Größe
Deutsch-national ist **Rückschritt** — zu anständigen Verhältnissen
Deutsch-national ist **Verarmung** — der gewissenlosen Gauner und Tagediebe
Deutsch-national ist **Beschränkung** — im Treiben unklarer Köpfe und Bösewichter

---

? Dadurch sind wir um Jahrhunderte zurückgeworfen
Dadurch sind Erzberger und Matthias bekannt
Dadurch ist die Pest des Bolschewismus im Sachsen
Dadurch ist unser Geld so furchtbar entwertet
Dadurch ist der Sittenverfall so erschreckend
Dadurch ist der Deutsche ein ehrloser Bettler und Tagedieb **?**

? Wo sind unsere Provinzen geblieben
Wo sind unsere Kolonien geblieben
Wo sind unsere Schiffe geblieben
Wo sind unsere Reichtümer geblieben
Wo sind unser Ansehen, unsere Ehre geblieben
Wo sind deutsche Ehrlichkeit und Fleiß geblieben **?**

Fragt die

Sozialdemokratie

und ihre Anhänger.

Wollt Ihr aus dem roten Sumpf, in dem Ihr bis zum Halse steht, raus, gebt ihnen **keine einzige Stimme**, wählt

Deutsch-national!

Jede Stimme ist ein Streiten für Ordnung und Recht. Sagt nicht, auf mich kommt's nicht an:

Viele Sandkörner geben einen gewaltigen Berg.

Wählt zwischen jetzt und früher. Laßt uns nicht langsam in die Arme des russischen Bolschewismus gleiten. Hungersnot, Mord und grenzenlose Vergewaltigung lauern hinter ihrer lockenden Maske.

Wacht auf, ehe es zu spät ist!

Werbeblatt Nr. 112
1. Auflage 50000.

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.
Berlin SW 11, Bernburger Straße 24.

X-DD 249
IX-344

An das preußische Volk

Noch ist es Zeit, **das Furchtbarste abzuwenden, noch eine Wahl steht bevor, die Wahl zur preußisch Nationalversammlung.**

Am 19. Januar hat das deutsche Volk **gegen sich** entschieden. Die seit Jahrzehnten getriebene Verhetz der breiten Volksmassen und

die ungezählten Millionen des internationalen Kapitals haben gesiegt.

Wie konnte es auch anders sein. Seit Anbeginn der Welt haben sich die Massen vor dem goldenen Ka gebeugt. In Amerika, im Lande der sogenannten Freiheit, ist es nicht anders, auch dort regiert heute der große Geld Die Geschichte der Welt zeigt immer wieder, daß sich aus den Revolutionen, die mit der Herrschaft Masse beginnen,

als furchtbarster Tyrann das Kapital

erhebt. Nur ein Mittel gibt es da, unser Volk vor äußerer und innerer Knechtschaft zu schützen.

„Lasset“, wie unser Bismarck uns mahnend zurief, **„den nationalen Gedanken wieder leuchten vor Völkern Europas.“** Preußen hat schon mehrmals Deutschland gerettet aus tiefster Schmach und grenzenlosem Ele

Preußen muß uns wieder retten!

Preußen darf nicht zerfallen

in eine Menge ohnmächtiger Staatsgebilde, die sich gegenseitig beneiden und bekämpfen. Die Kleinstaaterei u der Grund unseres nationalen Unglücks und unseres wirtschaftlichen Elends. Wir könnten unserem Todfei England gar keinen größeren Dienst erweisen, als durch diese unsagbar törichte Selbstvernichtung.

Preußen darf nicht sein Schicksal und seine eigensten Angelegenheiten bestimmen lassen durch die Männer deutschen Nationalversammlung. Sollten denn preußische Männer und Frauen kein Verständnis mehr dafür hat wie unter den demokratischen Phrasen ein Stück preußischer Würde und Größe nach dem andern in Trümmer fä Schon ist Berlin nicht mehr der Mittelpunkt unseres politischen Lebens. Wie 1848 in der Nationalversammlung Frankfurt a. M. die Ohnmacht Deutschlands durch die demokratische Phrase besiegelt wurde, so soll jetzt in Weim fern von Berlin, die Zukunft Preußens und Deutschlands vernichtet werden.

Preußen! Hört auf die Stimme der Vernunft!

Laßt Euch nicht wieder betören von den sozialdemokratischen und demokratischen Phrasen. Seht Ihr d **noch nicht ein**, daß diese Phrasen uns immerfort betrogen haben?

Was ist aus der Verständigung der Völker geworden?

Die **furchtbarste Knechtung und Mißhandlung** des deutschen Volkes, das den demokratischen Phrasen glaul

Was ist aus der **Versöhnung** mit den **Polen** geworden?

Die **rücksichtsloseste, brutalste Vergewaltigung aller Deutschen**, die in den Händen der Polen sind.

Was wird aus unserer **Kirche**, wenn unser preußisches Volk den demokratischen Phrasen glaubt?

Wie 2 Millionen Polen heute 60 Millionen Deutsche verhöhnen und vergewaltigen, so werden die Ungl bigen und Kirchenfeinde **unsere Kirche und die Religion vernichten.**

Was wird aus unseren **Finanzen**, wenn die Phrase über die nackte Wirklichkeit auch in Preußen siegt?

Zwei Milliarden hat die Revolution bereits verschlungen. Weitere Milliarden werden folgen, und

der Staatsbankerott wird unausbleiblich sein.

Nicht die demokratische Phrase macht uns frei und führt uns aufwärts.
Heraus aus der tiefsten völkischen Schmach,
heraus aus dem größten wirtschaftlichen Elend,
heraus aus völkischer Zerrissenheit

führt uns nur die nationale Tat.

Jedes Volk ist bisher zugrunde gegangen, das den nationalen Gedanken und die Religion seiner Vä preisgab.

Preußen! In Eure Hände ist am 26. Januar Euer und aller Deutschen Schicksal gelegt.
In Preußen muß die Wiedergeburt des deutschen Volkes beginnen. Weist von Euch alle kleinlichen Wünsc und Sonderinteressen; sie gehen unter mit dem Ganzen.

Schart Euch um **die Deutschnationale Volkspartei!**

Die deutschnationale Volkspartei umfaßt alle Stände und Berufe, sie kämpft nicht für Sonderinteressen und Einzelwünsc Die deutschnationale Volkspartei kämpft mit allen Mitteln, kämpft mit den Besten unseres Volkes für Preuße **Rettung vom Untergang.** Darum, Preußens Männer und Frauen!

jede Stimme der

Deutschnationalen Volkspartei!

Schriftenvertrieb der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin SW. 11, Vernburger Straße 24, I.
Werbeblatt Nr. 52.

X-DD 249
IX-345

Wie wähle ich am 6. Juni?

Eine Gewissensfrage in letzter Stunde!

Wer die trostlose Lage unseres Vaterlandes nicht verkennt, aber herzlos und gleichgültig dieser Not gegenübersteht, seine eigene Bequemlichkeit höher stellt als ein kleines Opfer zum Wohle seiner Mitmenschen und unserer h wachsenden Jugend, **der wählt überhaupt nicht.**

Wer in dem Bolschewismus die Rettung unseres Volkes erblickt und noch nicht weiß, daß unter dem russischen Bo wismus alle von den Arbeitern erkämpften Rechte und Freiheiten (Streikrecht, Betriebsrätegesetz) längst w abgeschafft sind, daß dort von 11 Millionen Industriearbeitern nur noch 1 Million in ihrem Berufe ihr Brot dienen und diese täglich, auch Sonntags, 12 Stunden harte Arbeit unter Fabrikdirektoren mit diktatorischer G verrichten müssen, wer sich nach der Diktatur des Proletariats sehnt und aus den Vorgängen in Ungarn München nicht gelernt hat, daß nur russische und galizische Juden dabei die Oberhand gewinnen, während Arbeiter am Ende nur das Recht haben, ihre Haut zu Markte zu tragen, nachdem ihre jüdischen Verführer ihr bares Leben in Sicherheit gebracht haben, **der wählt unabhängig.**

Wer unter der 1½jährigen Herrschaft der sozialistischen Regierung noch nicht gemerkt hat, daß alles, was diese H 50 Jahre lang dem Volk versprochen haben, nichts als blauer Dunst war, daß das Volk bei all den Re und Freiheit, die es erhalten hat, schließlich doch nun verhungert und daß trotz der andauernd steigenden L und diesen Streiks die Lebenshaltung immer teurer wird, wer durch Sozialisierung und Kommunalisierung Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens erwartet und nicht einsehen will, daß gerade bei den sozialis und kommunalisierten Betrieben (Eisenbahn, Post, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken) die Betriebskoste unglaublicher Weise gestiegen sind, so daß diese nur noch auf Kosten der Steuerzahler durch Milliardenzuso aufrechterhalten werden können, kurz, wer an dieser „Schweinewirtschaft", wie Noske sagt, Gefallen findet, in den Juden seinen geborenen Führer und im französischen Arbeiter und chinesischen Kuli seinen Bruder, im deutschen Bauern und Bürger seinen natürlichen Feind erblickt, **der wählt mehrheitssozialistisch.**

Wer sich gern an Phrasen berauscht, wie von Verständigungsfrieden, Weltgewissen, Völkerbund, wer Wilson für Ideal eines Menschheitsbeglückers hält, wer seine politischen Kenntnisse aus der von Juden im Interesse Juden geschriebenen Presse wie „Berliner Tageblatt", „Volkszeitung", „Vossische Zeitung", „Berliner Abend usw. zu schöpfen für richtig befindet, wer in den Juden seine berufensten Vertreter in Regierung und Verwal erblickt (Schiffer, Gothein, Friedberg, Preuß, Lippmann und viele andere), wer es für das Bequemste hält, haupt keine eigene Politik zu treiben, sondern einfach durch dick und dünn mit den Mehrheitssozialisten zu g und es diesen erst dadurch zu ermöglichen, durch ihre sozialistischen Experimente Industrie und Handel, Landwirtsch und Handwerk zu ruinieren, **der wählt demokratisch.**

Wer als gläubiger Katholik es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, einen Mann der Moral eines Erzberger führenden Parteigenossen zu ertragen, wer glaubt, daß das kostbare Gut der christlichen Religion am sicher gepflegt und die christliche Erziehung unserer Jugend am besten gewährleistet wird durch ein Zusammeng mit religionslosen Sozialisten und verjudeten Demokraten, **der wählt die Zentrumsliste.**

Wer national denkt und fühlt, wer ernstlich bestrebt ist, am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, an der Wi herstellung von Zucht und Ordnung in unserem Volke mitzuarbeiten, und wer da glaubt, daß dies Ziel durch Fortbestehen der jetzigen Regierungskoalition, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten Hinzutritt der Deutschen Volkspartei in dauernder Kampfstellung nicht nur gegen die Linksradikalen, son auch gegen die rechtsstehenden Deutschnationalen — eine naheliegende Möglichkeit, die im Bereiche Stresemann Politik liegt — erreicht werden kann, wer in dem etwas reichlichen Zustrom überzeugter Demokraten, namen solcher jüdischer Rasse, nicht eine Gefährdung der monarchischen und nationalen Grundsätze der Partei erblickt die damit verbundene Abhängigkeit vom jüdischen Großkapital für unbedenklich hält, **der wählt die D der Deutschen Volkspartei.**

Wer als erste Voraussetzung für den Wiederaufstieg unseres Volkes, die grundsätzliche Abkehr vom jetzigen St betrachtet, wer der Ueberzeugung ist, daß das deutsche Volk nur dann den ihm gebührenden, seiner Tüchti entsprechenden Platz im Rate der Völker wieder erlangen wird, wenn die Pflege der inneren Einigkeit die nehmste und selbstverständlichste Pflicht jedes deutschen Volksgenossen wird, wenn jeder wieder gelernt haben daß alle Deutschen, ob sie in Industrie oder Landwirtschaft, in Handel oder Gewerbe, als Beamte oder Le oder in freien Berufen tätig sind, nützliche und unentbehrliche Glieder unseres Volkes sind, wer sich zu der Ein durchgerungen hat, daß dies hehre Ziel nur erreicht werden kann, wenn die systematische Verhetzung un Volksgenossen gegeneinander, der Städter gegen die Bauern, der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber nur dad unterdrückt werden kann, wenn man den Hebern selbst durch wirksame gesetzliche Maßnahmen das Handw gründlich legt, wenn man den Einfluß der Juden — denn das sind die Hauptzeter — in Presse, Theater, K Literatur, in Regierung und Verwaltung und nicht zuletzt in den Kriegsgesellschaften radikal beseitigt, wer schleunigsten Abbau der Zwangswirtschaft, für Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, für Rückkehr uns Volkes zu geregelter schaffender Arbeit eintritt, wer zur Mitarbeit bereit ist an der Hebung der erschreckend sunkenen Volksmoral, die sich in der Unehrlichkeit des Schiebertums, der Beamtenbestechlichkeit, in den zunehm den Verbrechen gegen Leben und Eigentum äußert, kurz, wer trotz der demütigenden Erfahrungen der le Jahre noch fest an die Zukunft unseres Volkes glaubt, **der wählt Deutschnational.**

X-00 249
IX 346

Achtung! — Das Wahlproblem!

Wen wählst Du?

Spartakus, Unabhängige oder Kommunisten? Die Partei der Bürgerkriege, des bewaffneten Terrors im Solde von Lenin, Trotzki und Radek? Die Partei, die uns dem **Bolschewismus** ausliefern will?

oder die **Mehrheitssozialisten?** Die Partei der Revolution von 1918? Die Partei der **Schlagworte** von Volksbefreiung und Gleichberechtigung, die jeden anders denkenden entrechtet und besitzlos macht! Die Partei der Internationale, die Arbeit versprach und Armut brachte!

oder auch die **Deutsch-Demokraten?** Das wäre ja die Partei des ungesunden **Kapitalismus,** der den selbständig Arbeitenden um den Lohn seiner Arbeit bringt. Sie arbeitet im Wettlager mit Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten für die Vorherrschaft des **Judentums** mit seinem zersetzenden Einfluß. Wer saß denn sonst in der Regierung des vergangenen Jahres und an allen einflußreichen Stellen? Fremdstämmigkeit und Internationale herrschten! Und dann — vergeßt nicht den **Generalstreik** vom März 1920!

Wie ist es mit dem **Zentrum?** Bei den Wahlen 1919 versprach das Zentrum den nationalen Wählern nationale Mitarbeit — auf deutschen Schultern zog es in die Nationalversammlung, auf internationalen Anschauungen steht es. Es ist **nicht** die Partei der **national** denkenden **Katholiken.** Es ist die Partei **des internationalen Ultramontanismus. Erzbergers** Politik hängt ihm für immer an: er ist wieder Reichstagskandidat!

Alle diese Parteien, die seit 1917 für die Regierung maßgebend waren, tragen die Verantwortung für den Schmachfrieden von Versailles. Sie suchen überall nach der **Schuld am Kriege,** aber ihre **Schuld am Frieden** wiegt tausendfach schwerer!

Bietet die **Deutsche Volkspartei** die Gewähr dafür, daß nicht das starke Gewicht der zugelaufenen Demokraten die **Schaukel** dieser Partei doch **nach links herunterdrückt?**

Was wollen wir?

Die **Deutschnationale Volkspartei** will charakterfeste, deutsche Männer und Frauen von tadelloser Lauterkeit in den Reichstag senden. Sie sollen eintreten: für eine starke Regierung, die unabhängig von engherziger Parteipolitik kraftvoll das Deutsche Reich nach außen und innen vertritt.

Dem deutschen Volk soll das wiedergegeben werden, was durch die Revolution verloren gegangen ist: Kultur und Sitte, Ordnung und Gerechtigkeit, Ruhe und gesetzmäßiges Dasein, Arbeit und Fleiß, Sicherheit eines jeden für seine Person und seine Arbeit, christliche Staatsanschauung!

Wir wollen:

die wahre Gleichberechtigung aller Staatsbürger, deren vornehmstes Recht sein soll, mitzuarbeiten für die Gesundung unseres deutschen Vaterlandes.

Willst Du das auch? Dann wähle am 6. Juni die **Liste der**

Deutschnationalen Volkspartei

Laverrenz, Berndt, Ulrike Scheidel

Deutschnationale Volkspartei. Landesverband Berlin, Schellingstrasse 1 III.

X-DD 249
IX-347

Werbeblatt Nr. 10.

Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei.

Unser Vaterland blutet nach Kriegsnot und Niederlage aus tausend Wunden. Unsere ruhmbedeckten Fahnen, an die auch in diesem Kampf gegen eine Welt von Feinden Sieg auf Sieg sich geheftet hat, liegen im Staube. Das deutsche Kaisertum, das Werk der großen Hohenzollern und Bismarcks, ist zerbrochen, der stolze Bau des Reiches zertrümmert. Wehrlos sind wir dem Willen unbarmherziger Feinde preisgegeben.

Die Revolution hat statt eines Friedens der Verständigung unsere völlige Unterwerfung gebracht und rückt den Frieden selbst noch in weitere Ferne. Statt der verheißenen Freiheit gab sie uns Klassendiktatur und unerträgliche Willkür, statt des versprochenen Brotes schwerste Hungersgefahr, statt fruchtbarer Arbeit gefährlichste Zerrüttung unserer Finanzen und unserer ganzen Wirtschaft. Nach außen wie im Innern drohen uns Auflösung und Vernichtung.

Vieles, was uns heilig und teuer war, ist unwiederbringlich dahin. Aber wir dürfen dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern, wenn nicht Deutschland unrettbar zugrunde gehen soll.

Wir dürfen es nicht, und wir wollen es nicht. Wir wollen unser Volk aufrufen zu neuem Lebens- und Zukunftswillen!

In der tiefen Not dieser Tage bekennen wir uns ungebeugten Mutes zu dem aus heißer Liebe geborenen Glauben an die unzerstörbare Lebenskraft des deutschen Volkes und des deutschen Gedankens. Dieser Glaube wird die Grundlage unseres politischen Schaffens sein. In ihm wollen wir unsere Herzen und Hände stark machen zu opferbereiter, entschlossener Arbeit am Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkstums. Mit denen des nationalen Gedankens sollen die lebendigen Kräfte des Christentums in unserem Volke wirken und fruchtbar werden; von ihrer Vereinigung erwarten wir eine Durchdringung unseres gesamten öffentlichen Lebens mit sozialen Gesichtspunkten, reichen Segen für Schule und Kirche, Gesellschaft und Familie.

Gegenüber den Gefahren und Nöten des Augenblicks verlangen wir:

Reichseinheit aller deutschen Stämme und Gebiete auf föderalistischer Grundlage; Schutz und Erhaltung unserer bedrohten Grenzmarken in Ost, Nord und West; Schutz für die vertriebenen und bedrängten Auslandsdeutschen.

Schutz der persönlichen und politischen Freiheit und des Privateigentums, wirksame Sicherung gegen bolschewistische Umtriebe; sofortige Beseitigung jeder Willkürherrschaft; gleiches Recht für alle.

Unterlassung jeder weiteren Eingriffe in unseren politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechtszustand während der Dauer der provisorischen Regierung.

Beseitigung der wirtschaftlichen Unordnung und finanziellen Mißwirtschaft; strengste Sparsamkeit; öffentliche Finanzkontrolle.

Unbedingte Freiheit der Wahlen zur Nationalversammlung und ihrer Vorbereitung.

Wir sind überzeugt, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender, persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht. Wir werden aber in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes mitarbeiten und unsere politischen Auffassungen zur Geltung zu bringen suchen.

Wir hoffen, daß unsere deutschen Brüder in Oesterreich, deren Bedrängnisse wir wie unsere eigenen empfinden, im Anschluß an das Deutsche Reich Sicherheit für ihr nationales Dasein gewinnen werden.

Mit unauslöschlichem Dank im Herzen grüßen wir unsere tapferen, unbesiegt heimkehrenden Krieger, denen wir ein wohnliches Heim und eine gesicherte Existenz schaffen wollen.

Durch ihre bewundernswerten Leistungen in der Kriegszeit hat die deutsche Frau sich ein volles Anrecht auf die Mitwirkung an der Gestaltung unseres öffentlichen Lebens erworben. Wir heißen die Frauen als gleichberechtigte Mitarbeiter an der Wiederaufrichtung unseres Volkes herzlich willkommen.

Auf einer von nationalem Geiste erfüllten Jugend, die sich frühzeitig ihrer Verantwortung gegenüber dem Ernste der Zeit bewußt wird, ruht die Zukunft unseres Volkes. Das Streben und die Bedürfnisse der deutschen Jugend werden bei uns verständnisvolle Würdigung und Förderung finden.

Mit diesen Zielen und Gedanken tritt die

Deutschnationale Volkspartei

vor das deutsche Volk.

Deutsche Männer, deutsche Frauen! Legt alle mit Hand an, auf daß die Seele unseres Volkes bewahrt werde vor Zerstörung der christlichen, sittlichen und nationalen Kräfte in Gesellschaft, Schule und Familie, sein Leib vor Entkrankung durch Kommunismus oder Vernichtung durch Bolschewismus! Klärt die Irrenden auf, rüttelt die Gleichgültigen wach, sammelt die Säumigen und Zaghaften! Weckt neuen Lebenswillen im deutschen Volke, damit es nicht in dem Abgrunde versinkt, an dem es schon steht!

Es geht um alles! Um euch selbst, um das Glück eurer Kinder und Kindeskinder!

Es geht um eine heilige Sache!

Um das Dasein und die ganze Zukunft unseres geliebten Vaterlandes!

Richtlinien für unsere politische Arbeit.

I. Volk und Staat.

1. Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremdem Einfluß frei hält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein.

2. Der deutsche Staat muß eine gleichberechtigte Stellung im Staatenleben der Welt wiedergewinnen und festhalten. Dazu fordern wir eine zielbewußte, von einem einheitlichen festen Willen geführte auswärtige Politik, die jede Zersplitterung unserer außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Interessen vermeidet, und die gründliche Reform des deutschen auswärtigen Dienstes, der nur den besten Köpfen ohne Rücksicht auf Namen,

X-DD 249
IX-348

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Der 9. November wird kein Ehrentag in der Geschichte des deutschen Volkes sein.

Was hat er uns gebracht?

1. Einen Waffenstillstand mit den furchtbarsten Bedingungen,
2. die Aussicht auf den schmachvollsten Frieden, den die Weltgeschichte bisher geschaut hat,
3. den Verrat kostbaren deutschen Blutes, solange noch fast 1 Million Volksgenossen in Gefangenschaft schmachten müssen,
4. eine Mehrausgabe von 1 Milliarde in wenigen Wochen gegenüber der gleichen Frist des Vorjahres,
5. Abnahme des Vertrauens gegenüber Spar kassen und Banken,
6. erhebliche Entwertung des Geldes im In und Auslande,
7. Unsicherheit für Leben und Eigentum,
8. drohenden völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch, Arbeitslosigkeit, Hunger, Anarchie,
9. Besetzung deutscher Landesteile durch Polen und Tschechen,
10. drohenden Einmarsch der Feinde in alle Teile des Reiches.

Jeder Tag länger dieses ungesetzlichen Zustandes muß die Gefahr vermehren.
Der völlige Untergang des Deutschen Reiches und Volkes kann nur aufgehalten werden durch die

Nationalversammlung.

Je schneller sie zusammentritt, desto besser.

Was erwarten wir von der Nationalversammlung?

Sie soll den Zustand der Gesetzlosigkeit beenden, unsere Staatsform für die Zukunft bestimmen und uns eine neue Verfassung geben.

Wie tust Du Deine Pflicht am Wahltage?

Die Nationalversammlung wird um so eher ihre Aufgabe erfüllen, um so mehr Deutschland zu geordneten und gesicherten Verhältnissen führen können, je mehr sie in ihrer Zusammensetzung im Gegensatz steht zu den jetzigen Machthabern.

Ob abhängige oder unabhängige Sozialdemokratie oder Spartakus-Gruppe: alle wollen mehr oder weniger, langsamer oder schneller die Aufhebung des Privateigentums und damit die Herbeiführung der wirtschaftlichen Verelendung, wie wir sie in dem benachbarten Rußland beobachten können.

Die **demokratische Partei**, die im „Berliner Tageblatt" das Licht der Welt erblickte, wird ihre Vaterschaft nie verleugnen können. Wir können das Heil nur von **deutschen Männern** erwarten, nachdem uns nichtdeutsche Elemente in den Abgrund gestürzt haben.

Wer die wahre nationale Freiheit will, wer die christliche Religion erhalten und das Privateigentum schützen will, wer unser vorbildliches deutsches Familienleben schützen, wer guten deutschen Samen in die Herzen unserer Kinder ausstreuen will, damit sie deutschen Willen und deutsches Wesen nicht aussterben lassen, der schließe sich der **Deutschnationalen Volkspartei** an und gebe am Wahltage für sie seine Stimme ab.

Dieser Tag wird über die Geschicke unseres Volkes und Vaterlandes entscheiden. Wer an diesem Tage versagt, begeht ein schweres Unrecht und verrät sein Vaterland. Diesen Tag vorbereiten, heißt mit allen Mitteln werben für die **Deutschnationale Volkspartei.** Daß sie für jeden deutschen Mann, für jede deutsche Frau — wes Standes und Berufes sie auch seien — Raum für Freiheit und Arbeit gibt, zeigen die umstehenden Leitsätze.

X-DD 249
IX-349

Die Mitschuld der demokratischen Partei an den drohenden Verlust der Ostmark

Die Kornkammer des preußischen Staates, die Provinz Posen, zum größten Teile in den Hän der aufständischen Polen, Berlin durch Abschneiden der Lebensmittelzufuhren mit Hungersnot bedroht.

Das ist die schlimme Gegenwart!

1—2 Millionen Deutsche im Osten unter Fremdherrschaft, Ostpreußen vom Reiche abgeschnitt die oberschlesischen Kohlenbezirke verloren, Berlin unter dem Feuer der weittragenden feindlichen Geschü

Das ist die schlimmere Zukunft, die uns droh

Vor 14 Tagen, erklärte Minister Ernst am 1. Januar, sei es vielleicht noch möglich gewe mit militärischer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Vormachtstellung Posen aufrecht zu erhalten. Jetzt sei es zu spät.

Wen trifft die Schuld an diesem Zuspät

Die Unabhängigen Sozialdemokraten und in noch höherem Grade **Herrn v. Gerlac dem Führer der deutschen demokratischen Partei!** Er ist du die revolutionären Gewalten als Unterstaatssekretär in das preußische Ministerium des Innern beru worden und ist dort insbesondere mit der Polenfrage befaßt. Er hat offiziell mit den Polen verhandelt, immer gegen ein starkes deutsches militärisches Einschreiten im Osten aufgetreten und hat noch ganz kürzem die Entsendung deutscher Truppen dorthin mit der Begründung bekämpft, man liefere damit den Polen Waffen und Munition.

Gewiss gibt es im Osten auch bolschewistisch durchseuchte, unzuverlässige Truppen; aber d deshalb ein preußischer Unterstaatssekretär alle deutschen Soldaten ohne Unterschied der Feigheit u Pflichtvergessenheit beschuldigen?

Ihr Krieger, die Ihr 4 Jahre lang der halben Welt widerstanden habt, wollt Ihr Euch diese B leidigung ruhig gefallen lassen? Merkt es Euch, es war **ein führendes Mitglied der demokr tischen Partei,** der sich so geäußert hat!

Merkt es Euch, alle Ihr Wähler und Wählerinnen; es ist **ein führendes Mitglied d deutschen demokratischen Partei,** das ein gerütteltes Maß von Mitschuld trägt an furchtbaren Gefahr jetzt **unseren Osten zu verlieren!**

Weiß Herr v. Gerlach nichts von der Selbsthilfe der Posener Deutschen, von der Bildu von Offiziersbataillonen, der Bewaffnung der Eisenbahner in Posen und anderen Beamten?

Die Ostmarkdeutschen sind von tiefstem Grimme über Her v. Gerlach und seine Tätigkeit erfüllt.

Hat man aber von irgend welchem Einschreiten der deutschen demokratischen Partei geg Herrn v. Gerlach und sein Treiben gehört? Keineswegs! Die Partei ist dadurch mitschuldig geworde an den Taten des Herrn v. Gerlach. Eine Partei, die solche Männer in ihren Reihen duldet, gibt ni die Gewähr für eine tatkräftige nationale Politik, wie wir sie nach dem Kriege brauchen. Mag auch deutsche demokratische Partei Männer von unzweifelhaft nationaler Gesinnung zu ihren Mitgliedern zähle ihre Tätigkeit wird durch Politiker wie v. Gerlach, Theodor Wolff u. a. lahmgelegt werden.

Wer eine entschieden nationale Politik will, der kann sein Stimme nur einer Partei geben, die ausschließlich national zuverlässig Männer und Frauen umfaßt.

Eine solche Partei ist die Deutsch-nationale Volkspartei!

Darum wählt Deutsch-national

X-DD 249
IX-350

Revolution und Gottesglauben

Die französische Revolution beseitigte den König. Alsdann erklärte sie auch den lieben Gott für abgeschafft. An seine Stelle trat die „reine Vernunft". Was man damals so unter Vernunft verstand.

Heute ist man viel aufgeklärter. Man beseitigt den Kaiser und glaubt so dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Dabei kann man natürlich nicht Kaiser bleiben. Unentwegt und folgerichtig gibt man nun auch Gott, was Gottes ist. Man erklärt den Religionsunterricht für abgeschafft. Dafür wird wissenschaftlicher Unterricht erteilt. Was man so unter Wissenschaft versteht. Bekanntlich war früher unser Wissen Stückwerk. Heute haben wir es so herrlich weit gebracht, daß wir auf Religion vergichten können, da wir ja alles wissen. Nur nicht, wie wir aus der Klein herauskommen sollen, in der wir sitzen.

Doch das ist Nebensache. Hauptsache ist das Prinzip, das Parteiprogramm.

Welches verlangt Trennung von Kirche und Staat. Mag darüber beides zugrunde gehen!

Soll es so kommen? Deutsche besinnt Euch! Denkt daran, Ihr Frontkämpfer, wie manches-mal ihr mit abgenommenem Stahlhelm am Massengrab Kamerad und Vaterunser in seiner göttlichen Schönheit erkanntet. Wie oft Ihr in den weiten Steppen Rußlands und den zerschossenen Kirchen Frankreichs dem Choral der Regimentsmusik lauschtet und Mut und Festigkeit gewannt. Denkt daran, Ihr Daheimgebliebenen, wie oft Ihr im Gebet und im Bettraum auf den Höchsten Euch aufrichtetet und neue Kraft fandet, Schweres und Schwerstes zu ertragen.

Soll das Erbe Eurer Kinder verschlossen bleiben? Sollen sie nichts wissen von dem, der da sprach: Lasset die Kindlein zu mir kommen!

Ihr meint vielleicht, das Christentum braucht keinen Verteidiger, es wird auch ohne Euer Zutun die lebendige Kraft bleiben. Gewiß, das ist richtig! Was wir wollen, ist aber etwas anderes. Wir wollen unserem Volke den Leidensgang ersparen, den jedes Volk gehen muß, das Gott verleugnet. Seht in die Geschichte: Der Untergang jedes Volkes begann mit der Mißachtung der Religion, sein Aufstieg mit der Erkenntnis des Höchsten. Die Furcht Gottes ist der Weisheit Anfang. Wer also will, daß seinen Kindern die göttliche Lehre und Herz gelegt wird, wer will, daß in unserem Staat Gottesfurcht und Gottvertrauen herrscht und das deutsche Volk aus der Tiefe seines Sturzes wieder zu lichter Höhe aufsteige, der wähle die Partei, welche eintritt für Christentum und Kirche, der wähle die

Deutschnationale Volkspartei!

Beitrittserklärung zur Deutschnationalen Volkspartei.

Name: _____ Beitrag zum Wahlfonds _____

Stand: _____ Bemerkungen: _____

Wohnort (genaue Anschrift): _____ _____

_____ _____

Deutschnationale Volkspartei.
Berlin SW 11, Bernburger Straße 24 I.
Bankverbindung: Dresdner Bank, Wechselstube A, Berlin W. 8, Französische Strasse 35-36.
Postscheckkonto, Berlin 7160.
Postscheckkonto der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin 50842.

X-DD 249
IX-351

Lügen • Phrasen • Wahrheit!

Wer ist schuld am Kriege?

Englands Handelsneid, Frankreichs Revanchedurst, Rußlands Panslavismus.

Beweise: Die Reden der englischen und französischen Staatsmänner gehören der Geschichte an. (Z. B.: **Wenn Deutschland morgen vernichtet sein wird, wird es keinen Engländer geben, der nicht um soviels viel reicher wäre.)** — Eduard VII. Einkreisungspolitik. — Die belgischen und Petersburger Geheimdokumente. Der Suchomlinow-Prozeß. Mitschuldig ist, ohne es zu wollen, die Regierung Bethmann, die es verstanden hat, sich dauernd zwischen zwei Stühle zu setzen, die es mit keinem verderben wollte und es nachher mit allen verdarb.

Wer ist Militarist!

„Militarismus" ist ein englisches Schlagwort, eine englische Leimrute, für den deutschen Michel bestimmt. Tatsächlich beweisen Zahlen besser als lange Reden, wer Militarist war:

Die Rüstungsausgaben Deutschlands betrugen auf den Kopf der Bevölkerung 1913 21.91 Mk., Englands 34.16 Mk., Frankreichs 29.79 Mk. Und doch, trotzdem Deutschland im Gegensatz zu Frankreich und England nach allen Seiten bedrohte Grenzen hat.

Eine deutsche Militärpartei, die den Krieg gewollt hat, hat es nie gegeben. Gegenteilige Behauptungen sind keine Beweise, sondern bewußte, vaterlandsfeindliche Verleumdungen und Lügen.

War die deutsche Führung schuld am unglücklichen Ausgang des Krieges!

Tannenberg, die Masurischen Seen, Tarnow-Gorlice, die Siegeszüge im Baltikum, in Polen, Serbien, Rumänien, Italien, die Offensive 1918 in Frankreich sind nur dank übergroßer Führung gegen sechsfache Uebermacht geglückt. Das Urteil der Feinde erkennt dies an, nur der deutsche Michel will sich das Gegenteil einschwatzen lassen. Die Geschichte hat ihr Urteil über die deutschen Heerführer bereits gefällt, sie wird es auch über die Erbärmlichkeit und Undankbarkeit vieler Deutschen fällen.

Hat der deutsche Offizier versagt!

Das deutsche Offizierkorps war das beste der Welt. Vom alten aktiven Offizierkorps liegen etwa 65 Prozent unter dem Rasen oder sind dauernd invalide. Gesamtverluste des alten aktiven Offizierkorps betragen 94 Prozent. Die Verluste des **gesamten** Offizierkorps betrugen 39 Prozent, die der Mannschaften dagegen 19 Prozent.

Jeder einzelne überlege sich einmal, wie viel besonders tüchtige Offiziere er in seiner Kompagnie gekannt hat.

Was ist an den angeblichen Verfehlungen der Offiziere!

Sie sollen besser gegessen haben als die Mannschaften. Denkt darüber nach, wie oft die Offiziere mit Euch aus demselben Kessel gegessen haben! Denkt darüber nach, ob Ihr nie und nimmer gelebt habt, z. B. beim großen Vormarsch in Frankreich, in Serbien, in Italien, als 1918 die großen Lebensmittelvorräte der Engländer erbeutet wurden, usw.

Sie hätten auch dann Lebensmittel nach Hause geschickt, wenn es den Mannschaften verboten gewesen sein. Wenn es den Mannschaften verboten war, war es den Offizieren genau so verboten. Wo es dann Offiziere doch taten, handelten sie gegen den Befehl. — Haben Mannschaften das nie getan?

Sie hätten mehr Urlaub gehabt als die Mannschaften! Für alle Truppenteile war für Offiziere und Mannschaften die gleiche Prozentzahl Urlauber bestimmt. Wo es anders gehandhabt wurde, geschah es entgegen den Bestimmungen. Aber die Fälle werden an den Fingern herzuzählen sein. Oft geschah es auch umgekehrt.

Sie hätten auf Kosten der Mannschaften mehr Verpflegung empfangen. Das ist unter 1.0 Fällen 99 mal eine unwahre Behauptung.

Sicher sind in einem so großen Offizierkorps, wie es der Krieg fand, auch schlechte Elemente gewesen, Verfehlungen vorgekommen. Aber sind die bei den Mannschaften nicht vorgekommen? — Wir sind alle keine Engel! Aber trotzdem, wenn Ihr den Leuten, die solche böswilligen, verhetzenden Gerüchte ausstreuen, einmal mit peinlich genauen Fragen auf den Leib rückt, haben sie meist plötzlich Truppenteil und Namen vergessen. Aber wenn sie Namen nennen, geht einmal der Sache nach — Ihr werdet entdecken, daß es die betreffe den Namen bei den Truppenteilen nie gab.

Spar aus-Lügen — Heimtriegerei!

Wer sind die Hetzer!

Dieselben, die während des Krieges zu Hause ihre **schmutzigen Schiebungen** gemacht haben. Sie wissen, daß sie diese Dinge am besten verbergen können, wenn sie das Volk in Unordnung und Revolution hineinhetzen.

Seht sie Euch einmal etwas genauer auf ihre Namen und Herkunft an! Die Namen klingen nicht sehr deutsch, wenn sie nicht nach russischem Muster geändert sind.

Wer ist schuld am Zusammenbruch!

Hört einen der Schuldigen selbst!

Das Mitglied des Soldatenrates Vater in Magdeburg hat bekundet, daß seit Ja-

X-DD 249

IX-352

Der Demokratische Schafspelz!

Deutsche Frauen und Männer, seid auf der Hut!

Die „Deutsche" Demokratische Partei fährt jetzt, wenige Tage vor der Wahl zur Preußischen Nationalversammlung alles Geschütz auf.

Die machtvoll aufflammende Deutschnationale Bewegung im Vaterlande bedroht sie selbst in ihren Hochburgen. Sie möchte aber weiter im Trüben fischen, gerade so, wie sie es **früher als „Fortschritt" und „Freisinn"** getan hat. Deshalb holt sie die ältesten Ladenhüter aus dem armseligen Schrein ihrer geistigen Massen und verdächtigt und verleumdet frisch drauf los. Sie behauptet, daß wir Deutschnationalen nichts anderes, als die früheren Konservativen seien. Das tut sie, trotzdem sie weiß, daß viele Tausende von Liberalen heute sich mit Stolz und Freude zu uns zählen, daß Männer mit Namen von Klang und Ruf, die nie daran dachten, sich zu den Konservativen zu rechnen, in unseren vordersten Reihen kämpfen gegen das Unglück, das die Demokratie über unser Vaterland gebracht hat.

Die „Deutschen" Demokraten lügen also bewußt; sie lügen auch weiter, wenn sie die früheren Konservativen für alles Unheil, das über uns gekommen ist, verantwortlich machen. Sie laden alle Schuld auf

„das frühere Regierungssystem",

das zusammengebrochen sei, weil darin die Konservativen unbegrenzten Einfluß hatten. **Wie siehts denn aus?**

Wer waren die Männer der alten Regierung?

War Bethmann konservativ? War Kühlmann konservativ? Waren die Lichnowski, von Wedel, von Schön usw. konservativ? Oder waren sie nicht vielmehr Männer nach dem Herzen des „Berliner Tageblattes" und des früheren „Fortschrittes"?

Wer waren die Ratgeber des Kaisers?

Waren es konservative Männer oder waren es nicht vielmehr die Ballin und Rathenau und James Simon und viele andere fädöffliche Gestalten? Wer hat bei Wilhelm II. den Gedanken einer Versöhnung mit England immer von neuem wach gehalten, sodaß wir mit Rücksicht auf dies Hirngespinst unsere überlegenen Kriegswaffen — Zeppeline, U-Boote, Flammenwerfer, Gasbomben — immer und ewig zu spät anwandten und immer und ewig warteten, bis unsere Gegner entweder selber überlegene Waffen hatten, oder wirksame Abwehrmaßregeln dagegen durchgeführt hatten? War nicht das internationale Händlertum und seine Wortführer bei Wilhelm II. daran schuld, daß wir unseren unbarmherzigen Feinden nicht mit demselben Trotz entgegentraten? **Weil das Großkapital und das Händlertum seine Geschäfte machen wollte, mußte das deutsche Volk den Krieg verlieren!** Und dieses Händlertum mit seinem internationalen Jobber- und Schacherzeist ist die Stütze der Deutsch-Demokratischen Partei!

Daran denkt, deutsche Männer und Frauen und **handelt danach!**

Laßt Euch nicht betören von alten routinierten Volksaussaugern und Volksbetrügern, die über ihr Teufelsfell den Demokratischen Schafspelz gezogen haben, damit man ihre wahre Natur nicht sieht. Glaubt ihnen nicht, wenn sie Euch vorschwatzen, daß früher die Junker geherrscht haben, lest nach in dem Buche des freisinnigen Regierungsrats Martin „Deutsche Machthaber", die Stellen, die von der Vorherrschaft der großen jüdisch-kapitalistischen „Patrizierfamilien" handeln, und wo es unter anderem heißt:

„Die Zeiten, da in Deutschland die Junker zu herrschen gewohnt waren, sind längst vorbei. Alle ostelbischen Junker zusammen vermögen für die Gestaltung unserer Regierungspolitik nicht so viel, wie eine einzige dieser Familien, deren Einfluß bis in die kleinsten Reichsämter und Staatsbehörden gehe!" Und Walter Rathenau, jetzt einer der „Großen" bei den Deutsch-Demokraten, schrieb: „Die Preußische Regierung besetzt und befördert jährlich Dutzende von Juden, die durch [illegible] Merkt Ihr es, Volksgenossen, wie sie verdrehen und lügen? weiter: jetzt ärgern sich die Deutsch-Demokraten sogar darü daß wir das Wort „national" in unserem Parteinamen tra Freilich, alles was national ist, war den Leuten stets ein D im Auge! Aber uns stimmert solch Aerger nicht, wir behau vielmehr, daß die Deutsch-Demokraten zu Unrecht das W „deutsch" in **ihrem** Parteinamen führen! Was ist d **deutsch** an ihnen? Die Führer? Seht sie Euch an!

1. Herr Theodor Wolff.

Rudolf Mosses Neffe und Agent Frankreichs. Der Mann, von sich selber im „Berliner Tageblatt" sagte, er sei 1914 ob nationalen Begeisterung des deutschen Volkes „vom St **gefallen".** Und nur „feixelnd" habe er die Volkserhebung deutschen Volkes am 4. August 1914 miterlebt. Er ist der M der in seinen Aufsätzen im „B. T." systematisch alles das u grub, was dem deutschen Namen draußen Ehre und Auf verleihen konnte. Er, der am deutschen Volke im Interesse goldenen Internationale gesündigt hat wie kaum ein and er, der ein freiwilliges Werkzeug Nortcliffes war, der mit s Presse-propaganda ganz Deutschland vergiftete, er, The Wolff, hat jetzt auf **Ströme von Bürgerblut** gesehen die Geister, die gerade er durch seine deutschfeindliche und bandsfreundliche Politik wachgerufen hat, haben das Ver Ulrtbad angerichtet. Und — welch ein Treppenwitz der 2 geschichte! — der so oft im „Tageblatt" verfluchte „Milita mus" mußte dann als Retter in der Not auftreten, um Tageblatthaus wieder zu befreien und unsere bra **deutschen Jungen waren jetzt gut genug d** sich **für die Rettung des Mosestempels Spartakushand die Knochen zerschießen lassen!** Herr Theodor Wolff hat sich selber gern als „geistigen Vater" der Deutsch-Demokratischen Partei bezei Bisher hat niemand von den mutigen Herren gewagt, diese V schaft abzuschütteln. Sie fühlen sich wohl in solcher Obhut!

2. Herr Bernhard Dernburg, Exzellenz!

Der Mann, der unsere Kolonien dem Großkapital auslie der während des Krieges alles tat, um die Stimmung in An gegen uns zu verschlechtern, dessen Tätigkeit in den Vereir Staaten schließlich zu einem öffentlichen Aergernis wurde! Typus des jüdischen Groß-Bankiers. 38 facher Aufsichtsrat

3. Herr Walter Rathenau.

Liebhaberpolitiker, 36 facher Aufsichtsrat, Finanzjüdischer Fa tionist; früher Bestzer eines direkten Telephonanschlusses Wilhelm II.; Verfasser des bekannten Buches:

„300 Männer, von denen jeder jeden kennt, leit wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suche Nachfolger aus ihrer Umgebung. Diese jetzigen G nung wirft in das Dunkel der künftigen sozialen Em lung einen Schimmer . . . . . "

Dieser Schimmer ist durch den Weltkrieg zur hellen Fl angefacht worden und hat es auch dem blindesten Auge li macht, wie diese 300 Machthaber des jüdisch-internationale pitals die Völker für ihre Geldsenkel haben bluten lassen!

Das sind die Paradeexporte der Deutsch-Demokraten.

will [illegible] Männer als „deutsch" bezeichnen! Herr Mämann Naumann in dieser Gesellschaft sich befinden, ist bedau aber nicht verwunderlich für jeden, der die Gesinnungslump kennt, die sich dieses Verwandlungspolitikers kennt, der stets von einer hänger Stickers über den nationalen Deutschtum in mammonistischen Demokraten umzuwandeln.

Aber halt: Herrn **Hello von Gerlach** hätten w nahe vergessen! Dieser Naumann-Junker der Deutsch-kraten, der die „Welt am Montag" bisher mit skurrile Leitartikeln versah, ist der Mann, der uns die Waffen stets gesetzt hat, der durch seine Hetz-Artikel [illegible] darauf von den Posen [illegible] daß unsere Soldaten

DO 249
IX-353

Arbeiter! Handwerker! Kaufleute und Beamte!

Was wird aus Preußens Zukunft werden?

Werden unsere Nachkommen Preußen bleiben!

Wem sollen wir unsere Stimme zur Preußischen Nationalversammlung geben?

Nur den Männern, die unsere Sache würdig und gerecht vertreten!

Nicht denen, die die Preise für unsere Lebensmittel und für alle anderen Sachen in so wucherischer Weise in die Höhe getrieben haben!

Wir fordern Abschaffung der unerhörten Wucherpreise

Was ist besser? Ein Tagelohn von Mk. 25,–, aber Mk. 30,– für 1 Pfund Butter und Mk. 1,– für 1 Ei
oder: ein Tagelohn von M. 6,–, aber Mk. 1,50 für 1 Pfund Butter und 5 Pfennig für 1 Ei!

Entscheidet darüber und gebt den Männern Eure Stimmen, die für das Volk eintreten, nicht für das internationale Groß-Kapital!

Treue Arbeit! **Deutsche Treue!**

Wählt am 26. Januar die Deutschnationale Volkspartei!

Der Stimmzettel beginnt mit dem Namen **Dr. Kaufmann**

E. Semmler, Berlin SW, Fidicinstr. 18.

X-DD 249
IX-354

Wir lieben unser Preussenland!

Das Land unserer tapferen Helden, die Deutschland bauten, als sie Preußen schufen.

Wir lieben unser Preussenland!

Das Land unserer Väter und Vorväter, die Hartes trugen und doch nicht verzagten und darum immer wieder aus schweren Zeiten neue Kraft schöpften für Volk und Vaterland.

Wir lieben unser Preussenland!

Unser Heimatland, wo Vater und Mutter uns liebten, das Land unserer Kinder, denen wir das Elternhaus bauten. Das Land, in dem Gottes Sonne zuerst uns leuchtete und Gottes Wort uns ins Herz geprägt wurde. Das Land mit der großen Schar vorbildlicher Männer und Frauen, zu denen wir aufschauen und denen wir nachstreben von unserer Jugend an.

Wir wollen, daß Heldensinn, Pflichtgefühl, Vaterlandsliebe, Heimattreue bei uns in Preußen in Ehren bleiben.

Wir wollen, daß christlicher Geist und christliche Art in Familie und Volk ihre Macht behalten.

Wir wollen, daß Ordnung und Gerechtigkeit, wirkliche Freiheit, vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller Stände, rechter sozialer Sinn bei uns herrschen.

Darum wollen wir alle am 26. Januar zur Wahl gehen und für die Preußische Landesversammlung solche Männer und Frauen wählen, die auf diesen Grundlagen Preußen neu aufbauen wollen.

Zu beziehen durch die Wahlberatungsstelle der Vereinigung evangel. Frauenverbände Deutschlands, Berlin NW. 6, Charitéstr. 2.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam.

X-DD 249
DF 355

Die

Deutschnationale Volkspartei

sorgt für

wahre Freiheit, Ordnung und Recht.

X-DD 249

IX-356

Wer schützt den deutschen Mittelstand
vor der Vernichtung?



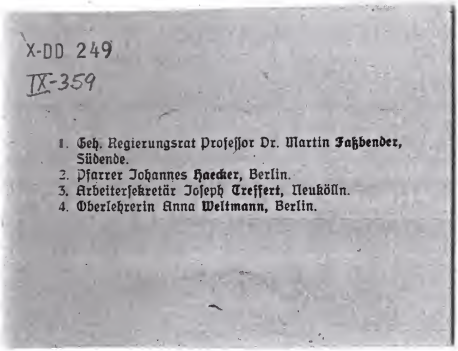
Die deutschnationale Volkspartei!

X-DD 249
IX-357

Deutschnationale Volkspartei.

1. **Laverrenz**, Wilhelm, Regierungs- und Baurat, M. d. R.
2. Berndt, Emil, Stadtrat.
3. Scheibel, Ulrike, Oberlehrerin.
4. Rüffer, Paul, Arbeitersekretär.
5. Brunk, Ernst, Hauptmann a. D.
6. Lübbeke, Hertha, Hausfrau.
7. Timm, Anton, Buchdruckereibesitzer.
8. Müller, Wilhelm, Ingenieur.
9. Jaebicke, Octavia, Telegraphen-Beamtin.
10. Eckerlein, Carl, Schuhmacherobermeister.
11. Kluge, Paul, Graveur.
12. Heldt, Paul, Pfarrer.


X-DD 249
IX-358
1. Laverrenz, Wilhelm, Reg.- und Baurat.
2. v. Kardorff, Siegfried, Landtagsabgeordneter.
3. Hürtgen, Oswald, Werkmeister.
4. Behm, Margarete, Verbandsvorsitzende.
5. Koch, Frida, Postbeamtin.
6. Conrad, Paul, Dr., Pfarrer.
7. Schoder, Gustav, Goldschmiedemeister.
8. v. Wilamowitz-Moellendorff, Univers.-Prof.
9. Rüffer, Paul, Generalsekretär.
10. Pachali, Johanna, Lehrerin.
11. Linke, Otto, Kaufmann.
12. Knorr, Anna, Arbeiterin.
13. Hartwig, Johannes, Lokomotivführer.
14. Hering, Paul, Handlungsgehilfe.


X-DD 249
IX-359

1. Geh. Regierungsrat Professor Dr. Martin **Faßbender**, Südende.
2. Pfarrer Johannes **Haecker**, Berlin.
3. Arbeitersekretär Joseph **Treffert**, Neukölln.
4. Oberlehrerin Anna **Weitmann**, Berlin.


X-DD 249
X-DD 249
IX-360

Universitäts-Professor
Wilhelm Kahl
Berlin-Wilmersdorf
Kaiserallee 23.

MDD 249
IX-361

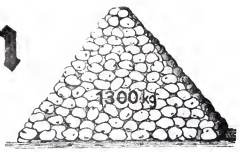
Dr. **Anton Höfle**, Verbandsdirektor, Bln.-Lichterfelde

Dr. **Carl Dunkmann**, Prof. d. evang. Theologie,
z. Zt. Bln.-Steglitz

Treffert, Arbeitersekretär, Neukölln

V.ND 249
X-362

Die Oſtmarken



erzeugen auf den Kopf der Bevölkerung

1300 kg Kartoffeln jährlich

(Speiſe-, Futter- und Induſtriekartoffeln),

das übrige Deutſche Reich

nur 570 kg Kartoffeln jährlich.



Es bleibt alſo in den Oſtmarken ein

Überſchuß von 80 Millionen Doppelzentnern,

der es ermöglicht, wöchentlich auf den Kopf der Bevölkerung 4½ Pfd. Kartoffeln mehr zu verteilen.

Die Hälfte Deiner Kartoffel-Wochen-Ration ſtammt aus den Oſtmarken!

Willſt Du ſie den Polen überlaſſen?

Das Deutſche Reich o h n e die öſtlichen Provinzen erzeugt auf den Kopf der Bevölkerung jährlich . . . . . **200 kg Brotgetreide.**

(für Brot, Mehl und Teigwaren)

Die Oſtmarken erzeugen auf den Kopf ihrer Bevölkerung

413 kg — alſo 213 kg mehr!

Der jährliche Überſchuß der Oſtmarken erlaubt auf den Kopf der Bevölkerung 72 Pfund Brotgetreide mehr zu verbacken, d.h. wöchentlich 1¾ Pfund Brot.



Faſt die Hälfte Deiner Brotration ſtammt aus den Oſtmarken!

Willſt Du ſie den Polen überlaſſen?

Das Kohlenrevier Oberſchleſiens fördert jährlich 50 Millionen Tonnen Steinkohlen, das iſt ein Viertel der jährlich in Deutſchland geförderten Kohlen.

Ohne Kohlen keine warme Stube, kein warmes Eſſen, kein Gas, keine Arbeit!

Wollt Ihr es der Gnade der Polen überlaſſen, ob Ihr das alles habt oder nicht?

Deutſche!

Laßt Euch die deutſche Oſtmark von den Polen nicht rauben. Der dauernde Verluſt der Oſtmark bedeutet für Deutſchland die dauernde

Hungersnot!

X-DD 249
X-363

15. III 19

Das Saargebiet muß deutsch bleiben!

Die auf den 4. März anberaumte Kundgebung mußte infolge des Generalstreiks und der dadurch entstandenen Schwierigkeiten vertagt werden. Die politischen Ereignisse gestatten eine längere Zurückhaltung nicht. Unsere Volksgenossen an der Saar warten auf unsere Stimme.

Darum rufen wir alle deutschen Männer und Frauen auf zur Teilnahme an der am

Montag, den 17. März 1919, abends 7 Uhr,
im Sportpalast zu Berlin, Potsdamerstraße 72

stattfindenden

großen Protestkundgebung

gegen

den Raub des rein deutschen Saargebiets durch Frankreich

Namhafte Redner aller Parteien, insbesondere die Abgeordneten des Saargebiets werden sprechen.

Erscheint in Massen, helft uns!

Der Saal ist geheizt.
Film- und Lichtbilder.

Der Ausschuß für Saargebietsschutz,
Berlin S.W. 68, Zimmerstraße 72.
J. A.: Kurz.

X-DD 249
X-364

Aufruf!

Deutsche Brüder!

Die Heimat ist in Gefahr!

Polnische Verbände brachen trotz des Waffenstillstandes in alte deutsche Lande ein, besetzten urdeutsche Städte und dringen weiter nach Westen vor.

Ein Überfluten der **bolschewistischen Welle** über unsere östlichen Grenzen droht von Rußland und im eigenen Lande regen sich **bolschewistische Kräfte der Zersetzung!** Wenn dem nicht sofort ein kräftiger Damm entgegengesetzt wird, ist unser Land der wirtschaftlichen Vernichtung und neuer Kriegsnot ausgesetzt.

Freiwilligentruppen für den Schutz unserer Ostgrenzen, zum Schirm der deutschen Heimat haben sich gebildet! Aus allen Schichten der Bevölkerung melden sich Männer jeden Alters und Standes, die bereit sind, weiter ihr Leben für unser deutsches Vaterland und unsere bedrohten Brüder einzusetzen!

Brüder! Wer seine Person für diese rein vaterländische Sache nicht einsetzen kann, der muß nach Kräften den Freiwilligentruppen für den Ostschutz Geldmittel zur Verfügung stellen, um Ihnen die Durchführung ihrer schweren Aufgabe zu erleichtern und Not und Sorge von ihnen fernzuhalten.

Große Mittel sind nötig!

Helft sofort!

Noch vor Friedensschluß müssen unsere Grenzen gesichert sein, damit unsere Brüder in den bedrohten deutschen Gebieten sich frei zu uns bekennen können.

Eile tut not!

Nachstehend aufgeführte Bankhäuser und ihre sämtlichen Depositenkassen und Zweigniederlassungen sind bereit, Beiträge unter dem Stichwort **„Osthilfe“** entgegenzunehmen:

Bank für Handel und Industrie,
S. Bleichröder,
Delbrück, Schickler & Co.,
Direktion der Diskonto-Gesellschaft,
Hardy & Co., G. m. b. H.,
Mitteldeutsche Creditbank,
Berliner Handels-Gesellschaft,
Commerz- und Diskonto-Bank,
Deutsche Bank,
Dresdner Bank,
Mendelssohn & Co.,
Nationalbank für Deutschland.

Haussammlungen sind strengstens verboten!

Die Verfügung und Kontrolle über diese Spende liegt in den Händen einer Kommission, der u. a. angehören:

der Befehlshaber der Freiwilligentruppen,
ein Mitglied der Preußischen Regierung,
ein Mitglied des Kriegsministeriums als Verwaltungsbehörde sämtlicher Truppen.

Berlin, den 4. Februar 1919.

Die Reichsregierung: Noske

Freiwillige Wirtschaftshilfe für den Ostschutz („Osthilfe“) (E. V.): Vallach

Die Preußische Regierung: Landsberg

Hauptgeschäftsstelle: Berlin W. 9, Köthenerstraße 44, I. (9—3)
Telegramm-Adresse: „Ostschutzhilfe Berlin“. Fernsprecher: Lützow 2209, Steinplatz 9045.

Kob. Wiedemann, Berlin C.

X-DD 249
X-365

Schleswig-Holsteiner!
Eure Heimat ist in Gefahr!

Dänemark beansprucht für sich den nördlichen Teil Schleswigs, unter anderem auch Städte und Dörfer mit überwiegender deutscher Mehrheit. Weite Kreise Dänemarks verlangen außerdem noch Mittelschleswig bis zur Schlei, ja sogar das ganze Herzogtum Schleswig bis zur Eider.

Landsleute,

wollen und müssen wir uns das ohne Widerspruch gefallen lassen, soll unser alter Wahlspruch „Up ewig ungedeelt" der Vergangenheit angehören? Nein, und abermals nein!

Schleswig-Holsteiner von Groß-Berlin, auf zum Protest!

Die unterzeichneten landsmännischen Vereine laden sämtliche Landsleute zu einer

Protest-Versammlung

nach dem **Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41,** zum

Sonntag, den 23. Februar 1919, vormittags 11 Uhr, ein.

Redner:

Herr Dr. **Andreas Blunck,** Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, früher Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Tondern.

Herr **Werner Fiehler,** Flensburg.

Verein der Schleswig-Holsteiner zu Berlin (1888).

Schleswig-Holsteiner Verein „Doppeleiche".

Vereinigung: Schleswig-Holsteinischer Abend.

X-DD 249
X-366

Rücktritt Erzbergers?

Versailles: Über Genf wird aus Versailles gemeldet:

Genfer Vertrauensmann hatte erneut eine Unterredung mit demselben hervorragenden Mitgliede der amerikanischen Friedensdelegation, über dessen Äußerungen wir kürzlich berichteten. Dieses erklärte:

„Es hat mich sehr interessiert, von der Wirkung zu hören, welche die von Ihnen veranlaßte Veröffentlichung unserer letzten Unterredung auf die deutschen Staatsmänner, Politiker und Journalisten ausübte, vor allem aber, daß man sie für apokryph gehalten hat. Es entspricht ganz der deutschen politischen, oder besser gesagt unpolitischen Denkweise, in jeder dem gesunden Menschenverstand entsprungenen Äußerung einer Person, die Deutschlands Bestes will, wenn sie auch einer zurzeit feindlichen Macht angehört, eine Intrigue innerpolitischer Gegner zu suchen, — wie dies nach Ihrer Mitteilung sogar der Berliner Mitarbeiter des „Berner Bund" getan hat.

Halten Sie einmal alledem diesen Ausschnitt aus der englischen Zeitschrift „Nation" gegenüber, welchen ein befreundeter liberaler englischer Politiker mir gesandt hat. Es heißt darin: „Die Unwissenheit, Unfähigkeit und unerklärliche Hartnäckigkeit der selbstzufriedenen deutschen Hohlköpfe, seien sie Staatsmänner oder Politiker, würde nicht glaublich erscheinen, wenn die Folgen, die sich aus den Gedankengängen und Handlungen dieser Leute zwangsläufig ergeben mußten, nicht in den gestrigen Blättern zu lesen ständen. Trotzdem war das brave deutsche Volk töricht genug, auf diese Leute zu hören."

Wenn ich Ihnen gerade von **Erzberger** gesprochen habe, so geschah das, weil **Erzberger** der Prototyp derjenigen Leute ist, die Deutschland zugrunde gerichtet haben. Ich meine damit nicht den **Erzberger,** der ein Annexionsprogramm, noch auch den **Erzberger,** der einen Völkerbundsentwurf ausarbeitete, sondern den **Erzberger,** der sich auf den Trümmern Deutschlands einen Ministersessel aufgebaut hat, der zum Entsetzen des Präsidenten Wilson die mörderischen militaristischen Bedingungen des Marschalls Foch unterschrieb, den **Erzberger,** der die deutsche Kriegsflotte auslieferte, den **Erzberger,** der die deutsche Handelsflotte preisgab, den **Erzberger,** der die Truppen des polnischen Generals Haller nach Polen ließ.

Erzberger hat eine Aktion des Präsidenten Wilson zur Milderung der Waffenstillstandsbedingungen des Marschall Foch vereitelt, weil **Erzberger** die Be-

X-DD 249
X-367

Deutsche Männer und Frau

protestiert

gegen den Raub
des Saargebietes
durch Frankreich

am **Dienstag, den 4. März,** abends 7 Uhr in
Sport-Palast, Potsdamer Straße 72.

Erscheint in Massen!

Es sprechen Redner aller Parteien.

Ausschuß Saargebietsschu

J. A.: Rupp.

Der Saal ist geheizt. **Lichtbild**

X-DD 249 X-368

Brauchen und dürfen wir auf unsere Ostmarken verzichten?

Nein! Niemals! Unter keinen Umständen! Warum nicht?

I. **Wir besitzen ein historisches und moralisches Recht auf die Ostmarken, denn:**

1. sie sind vor der Einwanderung der Polen von **germanischen Stämmen** bewohnt gewesen;
2. nach der Besitzergreifung durch die Polen sind sie von den durch diese selbst ins Land gerufenen **deutschen Bauern** und **Bürgern** seit **8 Jahrhunderten in friedlicher Arbeit der deutschen Kultur erschlossen worden;**
3. nach **ihrer Eingliederung in den Preußischen Staat** 1772 und 1793 **verdanken sie** ihren gegenüber Galizien und Russisch-Polen unvergleichlichen **kulturellen Aufstieg der Fürsorge des preußischen Staates.** Alle **kulturellen, sozialen** und **wirtschaftlichen Errungenschaften** waren stets und sind noch heute **nur deutsch.** Eine polnische Kultur hat es dort nie gegeben.

II. **Nach den Wilson'schen Thesen braucht kein Fußbreit unserer Ostmark an Polen abgetreten zu werden, denn:**

1. es gibt **keinen einzigen unzweifelhaft polnischen Kreis** in der Ostmark; wenn die Polen auch in manchen Kreisen, namentlich des Reg.-Bez. Posen die rein zahlenmäßige Überlegenheit besitzen, so **überwiegen die Deutschen im Grundbesitz, steuerlicher und wirtschaftlicher Leistung;**
2. Deutsche und Polen wohnen so durcheinandergemengt, daß es nicht möglich ist, eine reinliche Scheidung nach Nationalitäten durchzuführen; nach Wilson dürfen aber **„Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere, wie Steine in einem Spiel, herumgeschoben werden."**

III. **Die Ostmarken sind als landwirtschaftliches Überschußgebiet für Deutschland unentbehrlich, denn:**

1. die **Hälfte unserer Brotration** stammt aus den Ostmarken;
2. die **Hälfte unserer Kartoffelration** verdanken wir der ostmärkischen Landwirtschaft. **Der dauernde Verlust der Ostmarken bedeutet daher für Deutschland die dauernde Hungersnot!**
3. Oberschlesien fördert **¼ unserer gesamten Kohlen;**
4. Posen bildet die unbedingt notwendige **Verbindungsbrücke zwischen Schlesien und Ostpreußen;**
5. die Preisgabe der Ostmarken bedeutet die **Verlegung der strategischen Grenze an die Oder. Berlin, die Reichshauptstadt, würde somit unter polnischem Geschützfeuer liegen.**

Darum können und müssen die Ostmarken unbedingt beim Deutschen Reiche verbleiben!

In dieser Forderung sind alle Deutschen ohne Unterschied der Partei einig.

Wilhelm Greve, Buchdruckerei, Berlin SW 68.

X-DD 249
I-369

Die Einheit des Reiches ist durch die Revolution in Frage gestellt.

In Ost und West, in Nord und Süd droht man, die alten, deutschen Grenzmarken vom deutchen Reichs- und Volksgebiete loszureißen.

Will man die deutsche Bevölkerung der Provinzen **Posen** und **Westpreußen** der Fremdherrschaft des fanatischen, deutschfeindlichen Polentums ausliefern? Nirgends im Osten ist unzweifelhaft polnisches Land. Die Polen verlangen aber nicht nur alle gemischt-sprachigen Gebiete für sich, sondern sogar die

rein deutsche Stadt Danzig.

Die Ostmark ist die Kornkammer des Reiches. Wird sie uns entrissen, so droht uns dauernd Hungersnot.

In **Ober-Schlesien** — seit über 800 Jahren von Polen getrennt, und seit Jahrzehnten gut preußisch gesinnt — wird bereits offen der Abfall vom Reiche und der Anschluß an den Polnischen oder Tschechischen Staat vorbereitet. Schon strecken die Tschechen frech ihre Hand nach großen Teilen Schlesiens und nach der **Lausitz** aus. Was würde aus unserer Industrie ohne die Kohlenschätze Ober-Schlesiens?

Erhebliche Teile der alten, Preußischen Ordenslande, die zu den fruchtbarsten Gebieten Ostpreußens gehören, sucht die litauische Agitation loszureißen und dem Litauischen Staatswesen einzuverleiben.

Im **Norden** hat sich die Revolutions-Regierung zur Abtretung **Nord-Schleswigs** an Dänemark und damit zur Zerstörung der Unteilbarkeit der alten Elbe-Herzogtümer und zur Aufgabe der Errungenschaften von 1864 bereit erklärt.

Elsaß-Lothringen gibt man anscheinend schon schimpflich verloren, obwohl es sich um eine fast zu 90 vom Hundert deutsche Bevölkerung handelt.

Die Abtretung all dieser Gebiete widerspricht dem Wortlaute und dem Geiste der Wilson'schen Friedensvorschläge.

Deutsch-Böhmen und **Deutsch-Mähren** mit ihrem rein deutschen Volkstum sind von Tschechen besetzt. Im Süden haben die Welschen ihre Hand auf **Deutsch-Süd-Tirol** gelegt.

Deutschland die Ohnmacht und Unentschlossenheit der Regierung

X-DD 249
X-370

Die deutsche Ostmark in Gefahr!

Wir protestieren auf das schärfste gegen die schwächliche und beschämende Haltung der Regierung in der Frage des Schutzes der Ostmarken. Das rechtzeitige Einsetzen unserer Machtmittel hätte uns die Schmach erspart, unsere Ostgrenzen von schwachen polnischen Aufrührerbanden überrannt zu sehen. So sind wertvollste Reichsinteressen kampflos preisgegeben, so ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Grundlage des Waffenstillstandes, ohne tatkräftigen Widerstand der Reichsregierung in sein Gegenteil verkehrt worden. Deutsches Blut ist ungesühnt durch feige Meuchelmörder vergossen worden. Wir fordern, daß die Regierung mit größter Energie alle Mittel anwendet, um dieses neue schwere Unglück von unserem Vaterlande fernzuhalten. Wir stellen uns hinter unsere deutschen Brüder. Noch sind unsere Ostmarken nicht verloren.

Der Geschäftsführende Ausschuß
der Deutschen demokratischen Partei.

Nr. 100. 2060.

X-DD 249
X-371

Polacy!

Pod obcymi sztandarami, za obcą sprawę, za sprawę swoich wrogów, zaczynacie piąty rok wojny.

Łudzono was, że wojna skończy się za miesiąc za dwa, za rok za dwa – ale miesiące i lata mijają, trudne i żmudne i straszne – **a końca wojny nie widać...** Teraz po czteroletniem doświadczeniu nie uwierzylibyście nawet, gdyby kto was zapewniał, że wojna musi się skończyć w tym piątym roku.

A jednak wojna w tym piątym roku skończyć się może. Skończyć się może wtedy, **gdy wszystkie narodowości** wchodzące w skład tej różnojęzycznej wieży Babel jaką jest Austrya, **przyjdą wreszcie do przekonania, że nie ludność istnieje dla wygody rządu, ale rząd dla wygody ludności.** Rząd jest bowiem poto, by ułatwiać i czynić znośnem współżycie tylu a tylu milionów ludzi mieszkających w danem państwie. Tak też jest u narodów niepodległych, rządzących się samymi sobą, do czego każdy naród ma niezaprzeczone prawo. Ale w Austryi tak nie jest. **Austrya jest instytucyą stworzoną jedynie dla wygody znikomej ilości Niemców, o których dba ze szkodą innych, nieniemieckich ludów,** a które w Austryi stanowią dwie trzecie całej ludności. Tak się więc dzieje w Austryi obecnie, a możecie być pewni, że byłoby jeszcze gorzej na przyszłość, gdyby Niemcy mieli zwyciężyć.

Czy Niemcy zwyciężą?

Nie, – chwała Bogu – **Niemcy nie zwyciężą!** Nie przeczymy, że początkowo mieli jakie takie powodzenie broni, ale co im z tego? Mają Rosyę i Ukrainę, ale co im to pomaga? Myśleli, że z upad-

X-DD 249
X-372

7. X4

Danzig polnisch?

Niemals!

Danzig ist kerndeutsch.

Was soll, nach Wilson, zu Polen kommen?
Länder mit einer **unzweifelhaft polnischen Bevölkerung.**

Danzig **ist** deutsch.
Danzig **bleibt** deutsch.

Wilson sagt es.
Nehmt ihn beim Wort!

Druck der Danziger Allgemeinen Zeitung, Akt.-Ges., Danzig.

Die Deutsche demokratische Partei in Berlin veranstaltet am

Mittwoch, den 12. Februar, abends 7½ Uh

X-DD 249
XI-373

15

öffentliche Versammlunge

in folgenden Versammlungsräumen:

Wilhelmshof, Anhaltstr. 12.
Aula des Falk-Realgymnasiums, Lützowstr. 84c.
Schultheiß am Kreuzberg, Lichterfelder Str. 11.
Kaisersaal bei Buggenhagen, Moritzplatz.
Aula der 29. Gemeindeschule, Köpenicker Str. 125.
Aula der Fortbildungsschule, Waldemarstr. 77.
Aula der Fortbildungsschule, Langestr. 31.
Aula der 109. Gemeindeschule, Tilsiter Str. 4.
Aula der 66. Gemeindeschule, Friedenstr. 16.
Aula des Königstädtischen Lyceums, Greifswalder Str. 25.
Aula des Sophien-Lyceums, Weinmeisterstr. 16/17.
Aula der Oberrealschule, Pasteurstr. 44/46.
Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176.
Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25.
Aula der Kirschner-Oberrealschule, Zwinglistr. 2.

Tagesordnung:

Die Stadtverordneten-Wahlen in Berlin!

Wählt die Liste der

Deutschen demokratischen Partei

Frauen und Männer! — Erscheint in Massen zu diesen Kundgebungen des Berliner Bürgertums

Gedruckt bei Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.

X-DD 242
XI-374

Alle lesen und weitergeben!

Zur Stadtverordnetenwahl am 23. Februar.

Niemand, der ernst und wahrhaft prüft, wird verkennen, daß an dem großen Aufschwung der Stadt Berlin die Stadtvertretung durch eine die Bedürfnisse der Bevölkerung sorglich ins Auge fassende Verwaltung, insbesondere durch sorgfältige Pflege der wirtschaftlichen, sozialen und Kulturinteressen den größten Anteil hat.

Im Schulwesen haben sich gegenüber der Zeit vor 20 Jahren die Ausgaben verdoppelt, für die Wohlfahrtspflege und für die Krankenpflege wurden sie verdreifacht, für das Armenwesen in allen seinen Verzweigungen wiederum mehr als verdoppelt, und gleichartig geschah es mit allen Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich während dieser 20 Jahre die Bevölkerung Berlins nur um etwa ein Sechstel vermehrt hat.

Von den Fortschritten auf den verschiedensten Gebieten können hier nur einzelne angeführt werden:

In dieser Zeit sind die Gemeindeschulen von 6klassigen zu 8klassigen umgewandelt, hat die Organisation des Hilfsschulwesens für Schwachbegabte stattgefunden, sind die Schulärztstellen geschaffen worden, die Schulspeisung Bedürftiger Kinder eingeführt zur Fürsorge für den Gesundheitszustand der Schulkinder, Schulklinken und heute wirtschaftlicher Unterricht für die Schülerinnen der Gemeindeschulen geschaffen, ist die so bedeutsame Einrichtung des Pflichtfortbildungsschulen für Knaben und Mädchen erfolgt, unter den neu errichteten höheren Lehranstalten auch ein Mädchen-Real-Gymnasium errichtet worden.

Gegen 100 neue Gemeindeschulen sind gebaut, die Handwerker- und die Baugewerkschulen aufs ausgiebigste gefördert, eine höhere technische Lehranstalt ist errichtet worden, um jungen Leuten aus Handwerk und Gewerbe die Möglichkeit zu einer höheren Ausbildung in ihrem Fach zu gewähren.

Zur Leitung des gesamten Gesundheitswesens ist ein städtischer Medizinalrat als Mitglied des Magistrats an die Spitze dieser Verwaltung gestellt und ein besonderes städtisches Gesundheitsamt mit einem Stabe von hervorragenden Ärzten und Chemikern begründet worden.

Park- und Gartenanlagen im Innern der Stadt sind auf allen nur irgendwie geeigneten Plätzen errichtet und der schöne Schillerpark angelegt worden. Der Viktoriapark ist ausgestaltet. Die 500 ha große Waldfläche angekauft, ebenso die große Herrschaft Lanke, welche nach Herstellung der erforderlichen Verbindung der wachsenden Bevölkerung den Besuch herrlicher Wälder und Seen ermöglichen wird. Die bedeutende Vermehrung der öffentlichen Badeanstalten, die Errichtung der Säuglingsstation, des städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamts, zeugt weiter von der der Pflege der Gesundheit gewidmeten Fürsorge. Die Kanalisation ist vollendet, ein Osthafen angelegt und die Anlage des Westhafens, einer Zentral-Großmarkthalle beschlossen worden. Die Hoch- und Untergrundbahn ist geschaffen, die Anlage weiterer Bahnen gesichert, deren Vollendung durch den Krieg verzögert ist. Die so wichtige Nord-Südbahn wird der Eröffnung des Betriebes sobald als möglich entgegengeführt.

Für städtische Arbeiter ist vom 10. Dienstjahr ab Ruhegehalt bewilligt, Erholungsurlaube sind eingeführt.

Im Kriege hat die städtische Verwaltung die umfassendste Fürsorge für die Zurückgebliebenen unserer Kriegerfamilien zu Kriegsbeihilfen, Mietsunterstützungen, die Kriegswochenhilfe usw. im Betrage von weit über 300 Millionen eintreten lassen, mit großen Kosten und Zuschüssen von weit über 15 Millionen die Volksspeisung in einer großen Anzahl von Küchen veranstaltet, die Vereinigungen, welche die Familien der Kriegsteilnehmer mit Wäsche, Kleider, Stiefeln versorgten, durch Gewährung von Mitteln aufs Reichhaltigste unterstützt, für Heiz- und Kohlenversorgung, Möbel-Fürsorge Millionen von Mitteln bewilligt, für Hunderte von Millionen Lebensmittel für die Bevölkerung eingekauft und alles getan, um das Durchhalten während des Krieges zu erleichtern. Dem ganzen Heer der ehrenamtlichen Gemeindebeamten, die Hilfe von zehntausenden und aberzehntausenden von Frauen war nötig, um die furchtbaren Übel des Krieges einigermaßen zu mildern. Frühzeitig ist von der Stadt die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in Angriff genommen durch möglichste Herstellung ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit durch Unterbringung in Berufen.

Den städtischen Beamten und Lehrern, sowie den Angestellten und Arbeitern sind laufende Kriegszulagen und Teuerungszulagen in viel höherem Maße als vom Reich und Staat bewilligt, im Oktober und Dezember 1918 an einmaligen außerordentlichen Teuerungszulagen für diese allein über 55 Millionen bewilligt worden.

Mitten im Kriege haben auch neue erhebliche Fortschritte stattgefunden. So ist das Jugendamt eingerichtet worden, welches die heranwachsende Jugend betreut, durch Veranstaltung von Spielen und Ausflügen in freier Luft, durch Schutz vor Tuberkulose und Mißhandlung, durch Versendung zu Erholungsaufenthalten in den Ferien, durch

X-DD 249
XI-375

Aufruf!

Die letztverflossenen Tage haben uns mit Schaudern und Entsetzen Dinge erleben lassen, gegen welche die spartakistichen Putschversuche des Januar beinahe wie ein Spiel erscheinen könnten. Der Abschaum aller lichtscheuen Elemente scheint sich zusammengerottet zu haben, um uns ein Schauspiel von solch abschreckender Bestialität und unersättlicher Raubgier zu geben, dass dadurch selbst die tollsten Lügenmärchen unserer Feinde über unsere Grausamkeit während des Krieges verblassen müssen.

Ganz unübersehbar und entsetzlich wären die Folgen, wenn jene Horden die Ueberhand gewinnen sollten, und nur der Unverzagtheit und dem zähen Mut der regierungstreuen Truppen ist es allein zu verdanken, wenn dies bisher nicht geschehen ist, sondern im Gegenteil alle Anzeichen dafür sprechen, dass es gelingen wird, diese ausser allem Gesetz stehenden Banden zu überwältigen.

Umso grösser ist aber die Dankbarkeit, welche jeder freiliebende Bürger gegen diese Männer fühlen muss, die unverzagt ihr Leben zu seinem Schutze wagen, und umso höher ist die Pflicht, ihnen diese Dankbarkeit auch in greifbarer Form zum Ausdruck zu bringen.

Wir richten daher an alle Bürger, insbesondere an die Geschäftswelt der Reichshauptstadt, die allerdringlichste Bitte, uns durch Geldmittel oder in irgend einer anderen Form in weitgehendstem Masse zu unterstützen, um unsere treuen Kämpfer durch Liebesgaben zu erfreuen und in ihnen das Bewusstsein zu erwecken, dass wir das, was sie freiwillig für uns tun, wohl zu würdigen wissen.

Berlin, im März 1919.

Die Abteilung für Liebesgaben des Reichsverein zur Beschaffung und Erhaltung von Garnison- und Lazarett-Büchereien.

I. A. des Gesamtvorstandes:
Otto von Gellhorn
Delegierter des Kommissars und Militär-Inspekteurs
der freiwilligen Krankenpflege, Schatzmeister.

X-DD 249
IX-376

Nummer 1 Dienstag, 4. März 1919 10 Pfennig.

Mitteilungsblatt

des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin.

Politischer Generalstreik in Groß-Berlin.

Die große Streikwelle, die über das ganze Reich hinwogegeht, ist jetzt auch über Berlin gebrandet. Zwei Millionen Proletarier haben die Arbeit niedergelegt und protestieren gegen die ganze Rücksichtslosigkeit der jetzigen Regierung, geben ihrem Groll darüber Ausdruck, daß bis heute die dringendsten Forderungen des Proletariats nicht allein nicht erfüllt, sondern mit Füßen getreten worden sind. Sie protestieren vor allen Dingen dagegen, daß die angeblich demokratische Regierung ihre Macht stützt mit den brutalsten Gewaltmitteln und statt Ordnung und Ruhe zu sichern, immer neuen Groll und Verbitterung in die Massen hineinträgt. Die Proletarier glauben nicht mehr an den guten Willen der schwarz-rot-goldenen Regierung, mit der Sozialisierung Ernst zu machen und wollen durch Entziehung ihrer Arbeitskraft den herrschenden Gewalten zeigen, daß sie gewillt sind, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die in der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, die die zusammengefaßte Macht des arbeitenden Berlins darstellen, haben sich gegen eine verschwindende geringe Minderheit für den Streik entschlossen. Das Organ dieser Vollversammlung, der Groß-Berliner Vollzugsrat, ist mit der Leitung des Streiks beauftragt. Pflicht der Arbeiterräte und der Arbeiter ist es, sich den Anweisungen dieser Streikleitung in freiwilliger Selbstdisziplin unterzuordnen und für eine geschlossene und einmütige Durchführung des Kampfes einzutreten. Es gilt, eine

8. Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätswerke, soweit sie an der von der Streikleitung für erforderlich gehaltenen Stromerzeugung für notwendig erachtet worden.
9. Oeffentliche Wohlfahrts- und Unterstützungseinrichtungen.

Die Forderungen der Streikenden.

A. Politische Forderungen.

1. Anerkennung der R.- und S.-Räte.
2. Sofortige Durchführung der Hamburger Punkte, die Kommandogewalt betreffend.
3. Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere Freilassung des Genossen Ledebour, Niederschlagung aller politischen Prozesse, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Verweisung aller militärischen Vergehen an die Zivilgerichte, insbesondere sofortige Aufhebung aller militärischen Standgerichte, sofortige Verhaftung aller Personen, die an politischen Morden beteiligt waren.
4. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr.
5. Sofortige Auflösung aller durch Werbung zustandegekommenen Freiwilligenverbände.
6. Sofortige Anknüpfung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetregierung Rußlands.

hyß. Kleinbetriebe in sinngemäßer Anwendung auf die genannten Unternehmungen.

c) Für die Arbeiterräte, die die freien Berufe vertreten, gelten folgende Bestimmungen:

1. Ueberwachung und Sicherung der völligen Freiheit der Presse, der Literatur, Kunst und aller geistigen Arbeit.
2. Förderung starker Talente auf dem Gebiete der bildenden und darstellenden Künste, des Schrifttums und der Musik.
3. Eintreten für eine angemessene und gerechte Entlohnung jeder geistigen und künstlerischen Arbeit.
4. Fürsorge für arbeitsunfähig gewordene Vertreter der freien Berufe und ihrer Hinterbliebenen.
5. Einfluß der geistigen Arbeiter im Angestelltenverhältnis auf ihre Betriebe, entsprechend den Bestimmungen für die Groß- bzw. Kleinbetriebe.

d) Für die Arbeiterräte der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe, soweit sie Betriebe gewerblichen und landwirtschaftlichen Art betreffen, gelten die sinngemäß angewandten Bestimmungen für die Groß- bzw. Kleinbetriebe.

Den Arbeiterräten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden (Post, Eisenbahn, Justiz, Verwaltung, Lehranstalten usw.) steht der ausschlaggebende Einfluß auf den Geschäftsgang dieser Behörden sowie auf Entlohnung, Beförderung, Disziplinarverfahren, Entlassung usw. innerhalb der eingelegten Rahmen zu.

e) Die Arbeiterräte der selbständigen Gewerbetreibenden betreffen die Interessen derjenigen Gewerbetreibenden, die keinerlei Personen gegen Entgelt beschäftigen.

Die Arbeiterräte erhalten für ihre Tätigkeit im Interesse der ihnen unterstellten Betriebe und Arbeiter eine angemessene Entschädigung, die der Unternehmer zu tragen hat. Diese

X-DD 249
XI-377

5.11.19

Arbeitslosenfrage und Arbeitsnot.

In diesen beiden Worten liegt der **Schlüssel zur Zukunft des neuen Deutschlands.** Diese beiden Worte bergen ein **Problem,** das kein Problem bleiben darf, wenn nicht

durch Hungersnot

unser Volk erdrückt werden soll. Ward je eine unter dem

Banner der Freiheit

hoffnungsvoll atmende, vom Druck jahrhundertelanger Knechtschaft befreite neue Menschheit, ward je eine in

Feuer und Blut geschmiedete Republik

vor schwierigere Aufgaben gestellt?

Wir sind durch Umwertung ein Ganzes, ein Gemeinsames geworden; aus preußischen, unter der Knute des Militarismus lebenden **Untertanen** hat uns die Revolution zu einem großen

Organismus der Gesamtheit

zusammengeschweißt. Heute steht keiner mehr abseits der großen Heerstraße unter der Fronfuchtel disziplinierter Treiber. Jeder ist auf sich selbst gestellt und nimmt mit Körper und Geist teil an der Gestaltung des Staatswesens.

Neue Werte sind geschaffen.

Aber die Mitarbeit jedes einzelnen ist notwendig, diesen neuen Werten über das Programm hinaus zum Leben zu verhelfen. Nur so geben sie uns die Sicherheiten für die

Existenz unseres Volkes.

Es gilt zunächst, das **Heer der Arbeitslosen** wieder geregelter, nützlicher Arbeit zuzuführen. Der Mut zur Arbeit allein kann uns retten. Die Millionen Aufrufe sind nutzlos, solange dem einzelnen die Einsicht fehlt, wohin wir treiben. **Weiß der deutsche Arbeiter denn nicht, daß seine Kraft in der Stunde äußerster Gefahr verzehnfachten Wert bekommen hat?**

v. OB 249
XI-378

Um die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlin vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren, hat das Preußische Staatsministerium auf Grund der §§ 2 ff. des Belagerungszustandsgesetzes beschlossen:

Verordnung.

Für den Landespolizeibezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim wird mit dem heutigen Tage der

Belagerungszustand

erklärt. Die vollziehende Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken, Reichswehrminister **Noske**, über.

Die Artikel 5, 6: Persönliche Freiheit und Unverletzlichkeit der Wohnung
7: Ordentliche Gerichtsbarkeit;
27, 28: Freiheit der Presse;
29, 30: Vereins- und Versammlungsrecht und
36: Beschränkung militärischer Befugnisse

der Preußischen Verfassungsurkunde bezw. die an ihre Stelle getretenen reichsgesetzlichen Vorschriften werden außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 3. März 1919.

Das Preußische Staatsministerium

gez.: Hirsch. Braun. E. Ernst. Fischbeck. Hoff. Haenisch. Dr. Südekum. Heine. Reinhardt.

Wenden

0296BI Aug. 13 42

X DD 249
XI-379

7.III.19

Arbeitervolk Berlins!

Die Vollversammlung des Arbeiterrats für Groß-Berlin hat am Donnerstag mit kleiner Mehrheit beschlossen, der Bevölkerung Groß-Berlins

Gas, Wasser und Elektrizität

zu sperren.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Streikleitung haben daraufhin sofort ihren Rücktritt erklärt.

Sie übernehmen keinerlei Verantwortung für das Unheil und Elend, das durch diesen Beschluß heraufbeschworen ist. Die in Weimar erfolgreich eingeleiteten Einigungsverhandlungen sollen auf diese Weise zerschlagen werden. Es soll zu keiner Verständigung kommen, darum soll der Streik nicht beendet, sondern noch verschärft werden.

Aus rein partei-politischen Gründen ist über die Bevölkerung Berlins, über Frauen und Kinder, und Kranke selbst eine

grausame Strafmaßregel

verhängt worden, wie sie schlimmer auch ein unmenschlicher Feind nicht ersinnen könnte.

Wenn Gas und Elektrizität gesperrt werden, so bedeutet das volle Dunkelheit für das lichtlechzende

Lichtstreik bedeutet Verbrecherfreiheit!

Der Arbeiterfrau wird das Gas gesperrt, auf dem sie das Essen kocht und die Milch für den Säugling wärmt.

Das Kochen hat aber auch überhaupt ein Ende, wenn auch das Wasser fehlt. Was kein Henkersknecht seinem Gefangenen im Kerker verweigert — den Krug Wasser — auch er soll den Berlinern genommen werden.

Wassersperre heißt Durst, Schmutz, Gestank, Ungeziefer, verstopfte Aborte und Seuchen.

Aber auch für die Fiebernden, Sterbenden sollen wir kein Glas Wasser mehr haben, so will es der neueste Streikbeschluß. Ist jemals schon solch ein höllischer Wahnsinn erdacht worden?

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr alle werdet es billigen, wenn die sozialdemokratischen Arbeiterräte die selbstmörderischen Tollheiten nicht mitmachen. Für diese Tollheiten und alles, was aus ihnen wird, mögen andere die Verantwortung tragen. Ihr werdet sie zur Verantwortung ziehen! Des sind wir gewiß.

Wir fordern Euch auf, Euch in Massen gegen die neuen größenwahnsinnigen Tyrannen zu erheben. Seid Euch darüber klar:

Dieser Streik — wie auch der einzelne bis-

X-DD 249
XI-380

Arbeitervolk Berlins!

Die Vollversammlung des Arbeiterrats für Groß-Berlin hat am Donnerstag mit kleiner Mehrheit beschlossen, der Bevölkerung Groß-Berlins

Gas, Wasser und Elektrizität

zu sperren.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Streikleitung haben daraufhin sofort ihren Rücktritt erklärt.

Sie übernehmen keinerlei Verantwortung für das Unheil und Elend, das durch diesen Beschluß heraufbeschworen ist. Die in Weimar erfolgreich eingeleiteten Einigungsverhandlungen sollen auf diese Weise zerschlagen werden. Es soll zu keiner Verständigung kommen, darum soll der Streik nicht beendet, sondern noch verschärft werden.

Aus rein partei-politischen Gründen ist über die Bevölkerung Berlins, über Frauen und Kinder, und Kranke selbst eine

grausame Strafmaßregel

verhängt worden, wie sie schlimmer auch ein unmenschlicher Feind nicht ersinnen könnte.

Wenn Gas und Elektrizität gesperrt werden, so bedeutet das Lichtstreik bedeutet Verbrecherfreiheit!

Der Arbeiterfrau wird das Gas gesperrt, auf dem sie das Essen kocht und die Milch für den Säugling wärmt.

Das Kochen hat aber auch überhaupt ein Ende, wenn auch das Wasser fehlt. Was kein Henkersknecht seinem Gefangenen im Kerker verweigert — den Krug Wasser — auch er soll den Berlinern genommen werden.

Wassersperre heißt Durst, Schmutz, Gestank, Ungeziefer, verstopfte Aborte und Seuchen.

Aber auch für die Fiebernden, Sterbenden sollen wir kein Glas Wasser mehr haben, so will es der neueste Streikbeschluß. Ist jemals schon solch ein höllischer Wahnsinn erdacht worden?

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr alle werdet es billigen, wenn die sozialdemokratischen Arbeiterräte die selbstmörderischen Tollheiten nicht mitmachen. Für diese Tollheiten und alles, was aus ihnen wird, mögen andere die Verantwortung tragen. Ihr werdet sie zur Verantwortung ziehen! Des sind wir gewiß.

Wir fordern Euch auf, Euch in Massen gegen die neuen größenwahnsinnigen Tyrannen zu erheben. Seid Euch darüber klar:

Dieser Streik

X.90 249
XI-381

8.11.19

Extrablatt.

In einer überaus stark besuchten Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebs-Vertrauensleute und Arbeiterräte Gr.-Berlins wurde am gestrigen Tage mit einstimmig — gegen 4 Stimmen — folgender Beschluß gefaßt:

Die aus 5. Märs tausende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der 6. U. D. Groß-Berlins nimmt von den bisherigen Maßnahmen der sozialdemokratischen Vertreter im Arbeiterrat und in der Streikleitung Kenntnis. Sie stellt fest, daß der Streik

gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei

und ihrer Vertreter im Groß-Berliner Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige beeinflußten Versammlung der Arbeiterräte eingeleitet worden ist. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung kann die Konferenz

eine weitere Fortsetzung des Generalstreiks nicht unterstützen,

wenn auch die Kommission des Vollzugsrates mindestens dieselben Zugeständnisse der Regierung mitbringt. In dieser Voraussetzung werden die sozialdemokratischen Arbeiterräte beauftragt, den

Abbruch des Streiks

zu beantragen und im Fall der Ablehnung dieses Antrages den Streik selbständig aufzuheben. Die Konferenz erklärt weiter, daß auf diejenigen Betriebe, die durch **geheime Urabstimmung** die Teilnahme am Generalstreik ablehnen, kein Streikzwang ausgeübt werden darf.

Einstimmig wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das verbrecherische Vorgehen unverantwortlicher Elemente, die versuchen, Berlin in blutigen Bürgerkrieg hineinzutreiben. Ruhe und Besonnenheit sind jetzt schon an der Tagesordnung. Sie fordert alle ernstlich denkenden Arbeiter auf, mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung zu nehmen. Die Ehre der Arbeiterschaft erfordert es dringend, diese Elemente von sich abzuschütteln und sie so zu behandeln, wie es Verbrecher verdienen."

Die Debatte.

Die Beratungen fanden unter dem Eindruck der inzwischen bekanntgewordenen weitgehenden Zusagen, die in Weimar die Regierung der von unsern Genossen Berlin entsandten Kommission gemacht hat. Der Berichterstatter Genosse Ludemann rechtfertigte die, von den sozialdemokratischen Vertretern im A.- und S.-Rat eingenommene Haltung. Sie verwarfen den Generalstreik, sie wollen aber diejenigen, die zum Streik aufgerufen wurden, nämlich die Arbeiter selber darüber in ihren Betriebsversammlungen durch geheime Abstimmung entscheiden lassen. Nachdem die Mehrheit des A.- u. S.-Rates das abgelehnt hatte, enthielten sie sich bei der darüber Abstimmung der Stimme, weil sie sich nicht mitschuldig machen wollten an dem Beschluß einer Körperschaft, die hierüber gar nicht entscheiden durfte. Dem Beschluß für Generalstreik fügten sie sich aber und sie stellten es danach für ihre Pflicht, sich an der Streikleitung zu beteiligen. Durch Annahme des Antrages unserer Genossen, daß der Streik sich nur insoweit gegen die Regierung richtet, als von ihr die Erfüllung der unbestritten sachlichen politischen Forderungen verlangt wird, wurde Klarheit darüber geschaffen, daß der Streik nicht einen Kampf gegen die Regierung als solche bedeutet, sondern nur die Durchsetzung gewisser politischer Ziele bezweckt. Nach einem am Mittwoch früh gefaßten Beschluß wollten unsere Genossen unter restloser Beteiligung an der Durchführung des Streiks sich ihre weitere Stellungnahme bis zur Rückkehr der vom Vollzugsrat nach Weimar entsandten provisorischen Kommission vorbehalten. Schonnach den Zusagen, die der Kommission unserer Genossen in Weimar gemacht worden sind, sei — schloß Ludemann — die Hoffnung auf baldigste Beendigung des Generalstreiks berechtigt. (Lebhafter Beifall). Dann berichtete Gen. Amlonf für die aus Weimar zurückgekehrte Kommission unserer Genossen. Sie habe von der Regierung gefordert, ihren Willen zur Tat zu zeigen. Umlauf teilte die Antwort der Regierung mit, die unsere Leser aus dem „Vorwärts" vom Mittwoch abend bereits kennen. Er hob hervor, daß eigentlich, was bisher schon getan worden war, viel zu wenig bekannt geworden sei. Der Regierung sei es groß mit ihren Sozialisierungsabsichten, das, sehe man an den einschlägigen Gesetzentwürfen. Man müsse aber bedenken, daß damit Stauschstreiche gespielt werden, auf die bei den Friedensverhandlungen die Entente die Hand legen kann. Den Hungern über die Lebensmittelnot würde schneller abgeholfen sein, wenn wir Kohle und Industrie-Erzeugnisse ausführen könnten und die erforderlichen Transportmittel hätten. Auch der Unabhängige Wurm, der bis vor wenigen Wochen der Ernährungsbläutator war, sei der Schwierigkeiten nicht Herr geworden. Die Regierung habe schnellste Durchführung ihrer Zusagen versprochen. In der

Diskussion

sprach zunächst Genosse Kulinski, der in der Kommission gehört hat. Er bedauerte, daß dieses unterlassen worden sei, was zu tun schon früher nötig gewesen wäre. Tätiger Aufbau sei unerläßlich, Aufbau auf politischem, auf wirtschaftlichem und auf allgemeinem kulturellen Gebiet.

Gehen nicht Hunderttausende aufs Land, so werden alle Lebensmittellieferungen der Entente uns nicht vor Hunger schützen,

und ebenso nötig ist die schöpferische Arbeit für die Industrie.

X-DD 249
XI 382

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der ungeheuerliche Plan, der Groß-Berliner Bevölkerung Gas, Wasser und Elektrizität abzusperren und so ein unübersehbares Unheil heraufzubeschwören, ist von den Vertretern der Unabhängigen und der Kommunisten im Groß-Berliner Arbeiterrat beschlossen worden.

Die Urheber

dieses Beschlusses sind

die Unabhängigen.

Sie haben in ihrer Fraktion, die etwa 300 Mann stark ist, mit allen gegen nur 5 Stimmen für diesen Be-

15.11.19

X-DD 247
XI-383

Wir stehen vor einer Weltenwende!

Der Friede, der jetzt abgeschlossen werden soll, muß ein neues Zeitalter bringen!

Nicht ein Zeitalter des Mordens und der Gewalt, sondern Jahre **voll Frieden und Versöhnung!**

Die Völker wollen sich nicht mehr gegenseitig zerfleischen und als Opfer von Machtgelüsten verbluten!

Sie wollen **arbeiten** und ihre Leistung **gegenseitig achten.** Die Völker wollen nicht mehr, daß es Regierungen gibt, die um der Macht willen das Recht vergewaltigen.

Wir wollen einen Frieden **des Rechts und der Gerechtigkeit!** Ihn durchzuführen ist der Auftrag, den das deutsche Volk seiner Friedens-Delegation gestellt hat.

Die Friedens-Delegation reist in diesen Tagen ab!

Wenn sie bei den Verhandlungen einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit verlangt, und gegen Entrechtung und Vergewaltigung protestiert, wird sie das ganze deutsche Volk hinter sich haben!

Die Zeit derer, die Politik und Moral trennten, ist vorüber!

Wir fordern einen wirklichen Frieden, nicht einen Zustand, der Haß und Gewalt und neue Kriege zur Folge haben muß!

Wir fordern einen Friedensschluß, der uns wirklichen Frieden bringt!

Hinweg mit aller Gewaltpolitik!

Wir wollen Frieden und nichts als Gerechtigkeit!

M. Warcher Buchdruckerei, Berlin S 14.

V.DD 249
XI-384

Nummer 1. Freitag, den 19. März 1920. Einzelpreis 20 Pf.

Nachrichtenblatt

der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin.

An die werktätige Bevölkerung!

Die Politik der Regierung Bauer-Noske führte, wie die Unabhängige Sozialdemokratie vorausgesagt, zu einem offenen Putsch der monarchistischen Militaristen. Gegen diesen konterrevolutionären Vorstoß erhob sich die Arbeiterklasse mit ihrer ganzen Kraft. Die Kapp-Lüttwitz sind davongejagt. Die opferreichen Kämpfe gegen die Söldnerscharen dauern fort.

Die Regierung Bauer-Noske versucht durch ein **feiges Kompromiß** ihr fluchwürdiges Regiment wieder aufzurichten. Der Junker von Lüttwitz ist fort, ein anderer Junker, General von Seeckt, hat auf Anordnung der Regierung Bauer-Noske den Befehl über die Berliner Truppen übernommen. Seine erste Tat war, anzuordnen, daß der von Ebert am 13. Januar verkündete Belagerungszustand weiter aufrechterhalten wird. Die Preußische Staatsregierung erklärt sogar in ihrem Aufruf vom 17. März „die Sicherung der Reichshauptstadt übernehmen die der Regierung treugebliebenen Bestandteile der Sicherheitswehr und der bereits früher in Berlin einquartierten Reichswehr". Das bedeutet, daß die Militärdiktatur noch da ist, daß keine Aenderung des Systems, sondern nur Wechsel der Personen erfolgte. In der Regierung aber herrschen Noske und seine Mitschuldigen weiter.

Preußische Offiziere kommandieren immer noch über die bewaffnete Macht. Die Baltikumtruppen bleiben im Besitz ihrer Waffen. Sie bedrohen weiter das Volk. Die Reichswehr besteht noch. Die Sicherheits- und die Einwohnerwehren denen noch wie vor als Stützen der Reaktion. werden muß, bis durch die proletarische Machtergreifung der Sozialismus verwirklicht werden kann. Führt diesen Kampf geschlossen und zielbewußt! Laßt Euch nicht durch Phrasen über die Scheindemokratie der Bourgeoisie verwirren! Das Volk wird aus allen seinen Leiden, die durch den Kapitalismus, Krieg und Reaktion heraufbeschworen sind, nur erlöst werden können, wenn durch die proletarische Diktatur alle Klassen beseitigt, jede Klassenherrschaft aufgehoben und die sozialistische Demokratie erreicht sein wird.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte!

Der geschlossen und wuchtig durchgeführte Generalstreik hat Euch die Kraft des Proletariats gezeigt und Euch mit Siegeszuversicht erfüllt.

Vorwärts für den revolutionären Sozialismus!

Wir fordern alle Arbeiterorganisationen auf, im Kampfe für folgende Forderungen zu verharren:

1. Die Auflösung jedes konterrevolutionären Söldnerheeres. Auflösung aller militärischen, Zivil- und Polizeiformationen, der Einwohnerwehren in Stadt und Land, der technischen Nothilfe, der Polizeitruppen. Entwaffnung des Bürgertums und der Grundbesitzer. Errichtung

X-DD 249
XI-385

Kamerad, – hör zu!

Was gebieten uns Pflicht und Ehre?

Deutschlands Entehrung und Selbstbeschmutzung muß aufhören.

Eine Million unserer Kameraden liegt draußen in fremder Erde und umgibt ihr Heimatland wie mit einem heiligen Ring, als wollten sie es noch verteidigen. Dort liegen unsere besten Kameraden.

Was rufen sie uns zu?

„Lebt und arbeitet für dasselbe Große, wofür wir gestorben sind, — **für Deutschlands Ehre.**"

Wie aber stehen wir da vor diesen unseren edelsten Kameraden, wenn wir tatenlos der Zerstörung und Verderbnis in Deutschland zusehen?

Deutschland ist das Paradies der Schieber, worin Bestechung und Unehrlichkeit jeder Art von unten bis oben sich breit macht. Ja, ganz oben in den Regierungssesseln sitzt die **dicke, fette Korruption und will uns regieren;** uns Deutsche, die wir stolz darauf sein durften, daß wir bisher immer eine anständige, innerlich vornehme und reinliche Regierung gehabt haben. Ist es denkbar, daß sich dieses Volk auf die Dauer eine solche Schweinerei gefallen läßt! Besteht die neue Freiheit darin, daß wir von der Gemeinheit in den Sumpf herunter getrampelt werden müssen?

Ist es erträglich, **daß auf den Sesseln, wo Bismarck und seine Mitarbeiter gesessen haben,** sich ein Mann wie Erzberger breitmachen konnte, Kriegsgewinnler und Hochverräter in einer Person, welcher nicht nur an Kapitalienverschiebung beteiligt ist, sondern an einer noch schlimmeren Verschiebung über die Grenze Schuld trägt, nämlich an der Verschiebung der gefährlichen Czernin'schen Denkschrift, die den Kriegswillen unserer Feinde wieder aufgepeitscht hat, dadurch den Krieg verlängert und uns den Zusammenbruch gebracht hat, nachdem die Erzbergersche Friedensresolution ihn vorbereitet hatte. Wir fürchten, daß mit dem Prozeß Erzberger **das Reinigungswerk noch** lange nicht getan sein wird.

Fast ebenso schlimm wie die sittliche Fäulnis ist die heillose Finanzwirtschaft.

Sie führt uns ebenfalls direkten Weges in den Abgrund. Wir sollen es nur nicht sehen. Man gibt zwar Lohn- und Gehaltszulagen. Aber was steckt dahinter? Auch wieder **Korruption!** Nämlich die Korruption derer, für welche bei dieser Gelegenheit neue Stellen mit hohen Gehältern geschaffen werden. Eine Regierung, welche solche Papierwirtschaft betreibt, handelt schlimmer als ein betrügerischer Bankrotteur; denn dieser muß doch wenigstens seine Angestellten mit gutem Gelde bezahlen. Diese Finanzkünstler verdoppeln alle Gehälter. Womit? Mit Papier. **In einigen Monaten werden die Preise ebenfalls auf die doppelte Höhe steigen, und dann ist alle Welt noch schlimmer dran, als vorher.** Schließlich kommt der Augenblick, wo das ganze Gehalt zu Klosettpapier wird.

Darf ein einsichtiges Volk eine solche Regierungskunst tatenlos über sich ergehen lassen?

Es gibt aber noch etwas viel Traurigeres, was uns bedroht. **Das graue Hungergespenst** streckt seine knochigen Hände nach Hunderttausenden von Männern, Frauen und Kindern aus. Im Erzgebirge fängt es schon an damit. **Ratlos und hilflos** steht die jetzige Regierung der

21. III. 20.
X-DD 249
XI-386

An Alle!

Der Generalstreik bricht zusammen!

In München, Nürnberg, Braunschweig und Frankfurt a. M. ist die Arbeit wieder aufgenommen. In Hannover, Hildesheim, Bremen und ganz Schlesien, Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Württemberg, Hessen herrscht vollkommene Ruhe.

Laßt Euch darum nicht irre machen durch **bolschewistische und spartakistische Lügen.**

Bleibt einig und stark!

Macht Front

gegen den alles vernichtenden

Bolschewismus!

Im Namen der Reichsregierung.

von Seeckt. **Schiffer.**

X-DD 249
XI-387

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Der verbrecherische Plan, der Groß-Berliner Bevölkerung Gas, Wasser und Elektrizität abzusperren und so ein unübersehbares Unheil heraufzubeschwören, ist von den Vertretern der Unabhängigen und der Kommunisten im Groß-Berliner Arbeiterrat beschlossen worden.

Die Urheber dieses Beschlusses sind die **Unabhängigen.**

Sie haben in ihrer Fraktion, die etwa 300 Mann stark ist, mit allen gegen nur 5 Stimmen für diesen Beschluß, der der Berliner Bevölkerung das Leben abschneiden sollte, gestimmt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Merkt Euch das!

Y-DD 249
XI-388



Früher,

als noch in den deutschen Fabriken gearbeitet wurde und Lohn und Arbeitsleistung sich die Wage hielten,

1 Mark gleich 100 Pfg.

da gab es auch noch etwas zu kaufen, da waren die Preise erschwinglich, und unser gutes Geld hatte noch wirklichen Wert



Heute,

wo fast alle Räder stillstehen, ein Streik den andern ablöst und die Arbeitsleistung immer tiefer sinkt, aber die Löhne ins Ungeheuerliche wachsen,

1 Mark gleich 20 Pfg.

da gibt es von Tag zu Tag weniger Ware zu kaufen, da steigen die Preise, und unser gutes Geld wird immer weniger wert!

Darum:

Arbeiter: Schafft, schafft

zu angemessenem Lohne! Dann gibt es auch wieder Waren auf dem Markt, dann bekommt ihr auch wieder

Friedenspreise

und euer gutes Geld wird wieder etwas wert!!!

X-DD 249
XI-389

Wer streikt noch nach der Sozialisierung?

Das allgemeine Sozialisierungsgesetz ist verabschiedet. Alle Bodenschätze und Naturkräfte werden von nun an in die Gemeinwirtschaft, d. h. in die Verwaltung des deutschen Volkes übergeführt werden.

Der erste Schritt dazu ist bereits getan. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist Gesetz. Das Kohlensyndikat, die Organisation des Kohlenhandels, wird als erstes in den Besitz des Reiches übergehen. **Der Ertrag des Kohlenbergbaues fließt also nunmehr in die Tasche des deutschen Volkes,** und die deutsche Arbeiterschaft hat das Mitbestimmungsrecht an der Ausnutzung und Verwaltung der deutschen Bodenschätze und Naturkräfte.

Wer wird da noch streiken?

Im kapitalistischen Unternehmerstaat war der Streik die einzige Waffe des Lohnarbeiters gegen seine Ausbeuter. Heute, nach der Sozialisierung, schädigt jeder Streik nicht mehr das Privatkapital, sondern die Sache des Sozialismus selbst. **Denn die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft ist die erste Probe auf die praktische Durchführbarkeit des sozialistischen Programms.** Heute, nach der Sozialisierung, ist jeder Streik im Kohlenbergbau aber auch ein Vergehen an dem natürlichen und jetzt gesetzlichen Anrecht des deutschen Volkes auf den Ertrag seiner Bodenschätze und Naturkräfte.

Die deutsche Arbeiterschaft ist sich ihrer sozialistischen Verantwortung bewußt. Sie wird den Beweis erbringen, daß auch nach der Sozialisierung die deutsche Industrie ertragsfähig arbeiten kann und wird dem deutschen Volke den dauernden Ertrag seiner Bodenschätze und Naturkräfte gewährleisten.

Die deutsche Arbeiterschaft wird nach der Sozialisierung nicht mehr streiken!

Druck von Rudolf Mosse in Berlin.

X-DD 249.
IX-390

Kolleginnen und Kollegen!

Der soziale Entscheidungskampf der deutschen Angestelltenschaft gegen das Unternehmertum ist entbrannt. Aus einer unerträglichen wirtschaftlichen Notlage heraus haben sich alle, kaufmännischen und technischen Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie wie ein Mann erhoben, um sich nach mehrmonatlichen ergebnislosen Tarifverhandlungen endlich eine ausreichende und gerechte Entlohnung zu erringen.

Die kraftvolle Entschlossenheit und der ideelle Schwung, mit dem die Ausstandsbewegung der 50 000 Industrie-Angestellten vom ersten Tage an einsetzte, waren aber nur dadurch denkbar, daß es diesmal nicht nur um materielle Werte ging, sondern im Mittelpunkt dieses gewaltigen Kampfes als hohes, ethisches Ziel die Forderung nach dem

Mitbestimmungsrecht

steht. Wir sind nicht länger gewillt, lediglich Lohnsklaven des Kapitales zu bleiben und unser Arbeitsschicksal der Willkür des Unternehmertums zu überlassen. Es darf künftig nicht von der Entscheidung des Unternehmers allein abhängen, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit über

Sein oder Nichtsein

der Angestellten zu entscheiden.

Die unerhörten Verstöße, die sich die Metall-Industriellen bis in die letzte Zeit gegen die Vertrauensleute und Sprecher der Angestellten durch Maßregelungen noch leisten durften, müssen ein- für allemal unmöglich gemacht werden. Es kann auch ferner nicht dem alleinigen Ermessen der Firmenleitungen überlassen bleiben, in wieweit sie überhaupt ihre Betriebe aufrecht erhalten und damit Angestellte beschäftigen wollen. Die Massenarbeitslosigkeit, die wir heute zu beklagen haben, ist mit auf die passive Resistenz zahlreicher Unternehmer zurückzuführen, die ohne jede Rücksicht auf die deutsche Volkswirtschaft ihre egoistischen Profitinteressen glaubten wahren zu müssen. Unsere oberste Streikforderung konnte nach alledem nur lauten:

Mitbestimmungsrecht der Angestellten-Ausschüsse!

Der Angestellten-Ausschuß hat das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, insbesondere sollen Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen nicht ohne vorherige Zustimmung des Angestellten-Ausschusses erfolgen.

Nach 12tägigem, unentwegtem Ringen glauben die Berliner Metall-Industriellen, die wir als Schrittmacher des gesamten Unternehmertums ansehen, uns unser Mitbestimmungsrecht immer noch streitig machen zu können. Auch die Reichsregierung, die nach langem Zögern grundsätzlich unsere Forderung anerkannte, hat bisher den beharrlichen Widerstand des Unternehmertums nicht brechen können. Auf die

Eigene Kraft

gestellt, haben die streikenden Berliner Industrie-Angestellten erneut den festen Willen bekundet, ungeachtet aller Opfer, im Kampf bis zum erfolgreichen Abschluß durchzuhalten.

Es erfüllt uns mit stolzer Genugtuung, auf Berliner Boden

Vorkämpfer der gesamten Angestellten- und Arbeiterschaft

zu sein.

Kolleginnen und Kollegen! Unser Kampf ist Euer Kampf. Unser Sieg ist Euer Sieg.

Wir rufen Euch auf, nicht länger Zuschauer dieses Machtkampfes zu sein. Es wäre der deutschen Angestelltenschaft unwürdig, wollte ihre Mehrheit nach beendetem Kampf nur Nutznießer dieses Erfolges sein, während eine einzelne Gruppe von Industrie-Angestellten allein die Opfer zu bringen hätte. Alle Angestellten müssen solidarisch sein, um die Vormachtstellung der Unternehmer zu beseitigen.

Tretet ein in die Reihen der Kämpfenden!

Eröffnet sofort den Solidaritätsstreik um das Mitbestimmungsrecht!

Einer für Alle und Alle für Einen!

Zentral-Streikleitung
der Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Alles Nähere erfahren die Angestellten-Ausschüsse sämtlicher Betriebe durch die Zentral-

X-DD 249
XI-391

Die Sozialisierung ist da!

Das Kohlensyndikat

wird sofort **sozialisiert.** Dadurch **gewinnt** das Reich, d. h. **das ganze Volk** noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst **maßgebenden Einfluß auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie.**

Die Sozialisierung des Kalibergbaus ist in schleunigster Vorbereitung.

Das allgemeine **Sozialisierungsgesetz,** das der Nationalversammlung vorgelegt ist,

begründet

an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft die

deutsche Gemeinwirtschaft

Die Sozialisierung ist da!

249
X-DD 249
XI-342

Das Kohlensyndikat

wird sofort sozialisiert. Dadurch gewinnt das Reich, d. h.

das ganze Volk

noch vor der Sozialisierung der Gruben selbst

maßgebenden Einfluß

auf die gesamte Kohlen- und Schwerindustrie.

Die Sozialisierung des Kalibergbaus

ist in schleunigster Vorbereitung.

Das allgemeine Sozialisierungsgesetz,
das der Nationalversammlung vorgelegt ist,

begründet

an Stelle der früheren schrankenlosen Privatwirtschaft

die deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich, d. h. wir alle,
regeln diese deutsche Gemeinwirtschaft.

Das Reich wird dafür sorgen,

daß überall nach den Forderungen des Gemein-Interesses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird.

Und das ist Sozialismus!

Das Reichsministerium.

X-DD 249 XI-343

Deutscher Arbeiter,

denkst du daran?

Viereinhalb Jahre hat dich der grauenvolle Irrsinn der Welt, der Militarismus, gezwungen, in Erdhöhlen zu hausen, Hunger zu leiden, mit jämmerlichem Lohn dich zu begnügen, Mordwerkzeuge zu führen.

Und warum?

Um deinen Bruder zu morden, um Häuser zu zerstören, um Felder zu verwüsten.
Heute bist du ein freier Mensch!

Der freieste Arbeiter der ganzen Welt.

Jeder Zwang hat aufgehört, außer dem deiner eigenen Vernunft. Und in diesem Augenblick hörst du auf zu arbeiten? Ist deine Vernunft so schwach?

Geh in dich! Überlege!

Du weißt daß auf dem Lande 1 Million und im Bergbau 600000 Arbeiter fehlen.
Du weißt daß das Feld nicht bestellt wird und daß keine Kohlen gefördert werden.
Du weißt daß die Hälfte aller Gas- und Elektrizitätswerke, aller Fabriken, aller Verkehrsmittel in Deutschland still liegen aus Kohlenmangel.
Du weißt daß du arbeitslos bist, weil Kohlen fehlen, und daß du die Lebensmittel nicht bezahlen kannst, weil nicht genügend produziert werden. Der Staat, deine Familie, du selbst willst leben.

Dazu mußt du arbeiten, hart arbeiten!

Geh aufs Land, geh in die Bergwerke! Du findest dort bessere Wohnung und Nahrung als im Schützengraben. Du erhältst soviel Lohn, daß du und deine Familie davon existieren können.

Du hast ein Arbeitswerkzeug in der Hand

und kein Mordwerkzeug! Und doch, du legst die Hände in den Schoß? Du verdienst deine Freiheit nicht! Du hast lieber Schandtaten unter der Peitsche des Militarismus verrichtet, als jetzt Arbeit zu leisten aus freien Stücken.

Deutscher Arbeiter, arbeite!

A·M·C. 27.
Berlin-Schbg. 3

X-DD 242
IX-394

Wähler und Wählerinnen!

Zum dritten Mal binnen wenigen Wochen seid Ihr berufen, an die Wahlurne zu treten. Diesmal gilt es, das **Stadtparlament** nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht zu wählen.

Laßt Euch nicht betören von den bürgerlichen Parteien, von den Feinden des freien Wahlrechts!

Jeder weiß, daß nur die **sozialdemokratische Mehrheitspartei** die wirkliche Interessenvertretung aller schaffenden Kräfte ist, daß nur ihre Vertreter eine

freie Entfaltung der kommunalen Selbstverwaltung

verbürgen. Was der Allgemeinheit gehört, muß auch uneingeschränkt von ihr verwaltet werden. Die Sozialdemokratie will **keine Entrechtung** irgendeines Standes, aber auch **keine Bevorzugung.** Alle bestehenden Privilegien müssen abgeschafft werden!

In der Gemeinde gilt mehr denn je die Forderung:

Gleiches Recht für Alle!

Die Schule muß **Einheitsschule** sein, nur die Befähigten haben Anspruch auf höhere Bildung und wissenschaftliche Betätigung. Das **Bildungswesen,** das bisher nur den Besitzenden uneingeschränkt offen stand, muß **Allgemeingut** werden.

Die **öffentliche Gesundheitspflege** muß nach sozialen Gesichtspunkten ausgebaut werden, nicht durch Armenärzte, sondern durch Uebernahme aller notwendigen Institute auf die Gemeinde. Nicht nur durch Hilfe in Krankheitsfällen, sondern durch wirksame Vorbeugungsmaßnahmen, um die Bevölkerung gesund zu erhalten. Das ist die vornehmste Aufgabe und Pflicht der Gemeinde.

Kommunalisierung des Verkehrs muß erfolgen, um die jetzt bestehenden, **unhaltbaren** Zustände zu beseitigen.

Sozialisierung aller dazu reifen Betriebe

ist die vornehmste Aufgabe der nächsten Zeit, ebenso die **gerechte Regelung der Lebensmittelversorgung.**

Die Arbeitsverhältnisse der Beamten und Angestellten der Gemeinde müssen so geregelt werden, daß sie es als eine Lust empfinden, für die Allgemeinheit zu arbeiten. Frei und gleichgestellt in sozialer wie politischer Hinsicht, muß jeder Arbeiter und Angestellte der Gemeinde sich wohl fühlen und nicht wie in dem bisher bestehenden Abhängigkeitsverhältnis nur ausführendes Organ zu sein.

Große Aufgaben sind zu lösen!

Um diese zu erfüllen, braucht die Stadtverwaltung Männer und Frauen, welche die Gewähr bieten, daß sie imstande sind, diese Arbeiten zu verrichten.

Deshalb ergeht hiermit der Ruf:

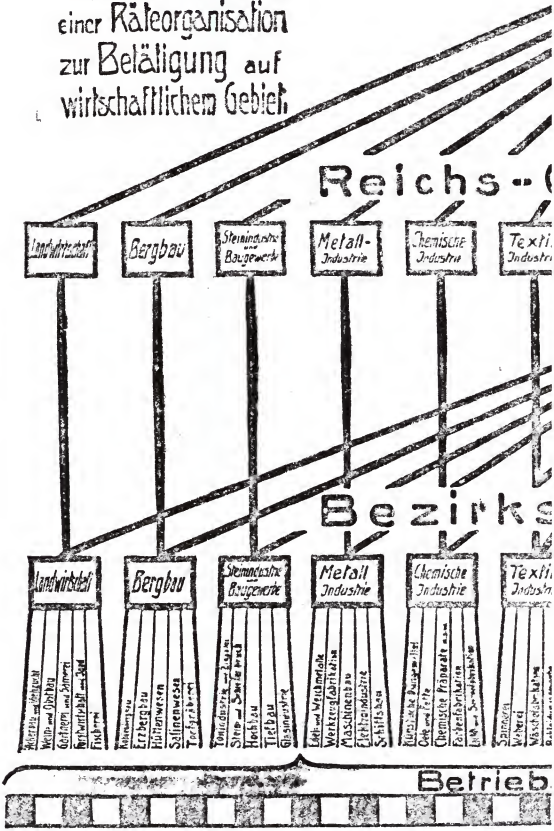
Jede Frau, jeder Arbeiter, Angestellter, Beamter, Kaufmann und Gewerbetreibender, welcher obige Forderungen anerkennt,

wähle am 23. Februar die Liste der Sozialdemokratischen Partei

Hugo Heimann!

X-DF 249 1
IX-395

Graphische Darstellung einer Räteorganisation zur Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet



Die Erläuterungen für diesen Organi
Verlage des „Arbeiter-Rat", Berlin, e

X-DD 249
XI-346

Ist der Streik in der Filmindustrie berechtigt?

Der Vorstand und Hauptausschuß des „Zentralverbandes der Film- und Kino-Angehörigen" versucht, seinen Mitgliedern und der Oeffentlichkeit gegenüber den Streik in folgender Weise zu begründen:

1. „Unsere Bemühungen, die Tarifverhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen, sind an dem Widerstand der Arbeitgeber gescheitert."

Diese Behauptung ist unwahr. Der Streik hat vielmehr die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gepflogenen Tarifverhandlungen unterbrochen, ohne daß den Arbeitgebern vom „Zentralverband" die Forderungen bekannt gegeben worden sind, deren Nichterfüllung den Streik begründen sollte.

2. „Seit mehr als 3 Wochen haben wir in eigner Gemeinschaft mit den Vertretern der freien Gewerkschaften versucht, Euren gerechten und billigen Forderungen Geltung zu schaffen. Die Arbeitgeber haben es auf alle mögliche Weise verstanden, trotz der Dringlichkeit, die wir immer wieder betonten, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen."

Diese Behauptung ist unwahr, denn erst auf energisches Verlangen der Arbeitgeber hat sich der Zentralverband entschlossen, die Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.

Es ist unwahr, daß von seiten der Arbeitgeber eine Verschleppung beabsichtigt oder herbeigeführt worden ist, denn die Arbeitgeber haben vom ersten Tage an die Bereitwilligkeit zu schnellster Verhandlung betont und hervorgehoben.

3. „Unsere in wochenlangen Beratungen auf das Gewissenhafteste durchgeführten Forderungen wurden als maßlos und unannehmbar bezeichnet. Aus der Art, in der die Verhandlungen von seiten der Arbeitgeber geführt wurden, ging klar hervor, daß es ihnen nicht auf eine gedeihliche Zusammenarbeit ankam, sondern daß sie die Frage des Tarifs zu einer Kraftprobe machen wollten."

Es ist unwahr, daß die Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen den sozialen Gedanken auch nur einen Augenblick außer acht gelassen haben; es ist vielmehr wahr, daß die Arbeitgeber gerade im Interesse aller Angestellten der Filmindustrie, auch der kleinsten Betriebe, derartig maßlose Forderungen, wie eben wiedergegeben, abgelehnt haben, Forderungen, die wegen der eintretenden Verteuerung der Betriebe mit zwingender Notwendigkeit zu Entlassungen geführt und damit viele Existenzen brotlos gemacht hätten.

Die Arbeitgeber haben nur betont, daß auch die Betriebs- und Arbeiterräte gegen von der Notlage der Unternehmer diktierte Betriebseinschränkungen und Schließungen keinen Einspruch erheben könnten. — Der „Zentralverband" fordert:

1. „Gerechte Löhne und Gehälter!"

Die Arbeitgeber haben durch Bewilligung der Tarife der Fabrikations- und Atelierarbeiter bewiesen, daß sie gerechte Löhne und Gehälter durchaus bewilligen wollen.

2. „Gerechte der Eigenart unserer Industrie entsprechende Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten!"

Die Arbeitszeiten sind durch den überall durchgeführten Achtstundentag festgelegt.

Die Arbeitsbedingungen finden in den vorgelegten Tarifen keine Erwähnung, sind aber ohne Zweifel besser als in jeder anderen Industrie.

3. „Paritätische Arbeitsnachweise!"

Der paritätische Arbeitsnachweis ist bisher nicht verhandelt und daher auch nicht abgelehnt worden.

4. „Schaffung menschenwürdiger Zustände in der „Filmbörse!"

Ueber die „Filmbörse" ist bisher nicht ver-

X-00 249

XI-397

Hört! Hört!

Der Mittelstand ist in Gefahr!

Wir lassen hier nur die Gegner sprechen, damit Jedermann weiß, wie diese selbst sich über den Mittelstand geäußert haben.

Jeder Zusatz von unserer Seite würde abschwächend wirken.

Wir werden immer bestrebt sein, den Untergang des Klein-Gewerbes zu beschleunigen. Je eher es verschwindet, desto besser
Sächsische Arbeiter-Zeitung. 1890.

Uns, als Arbeiter, kann der Untergang des Mittelstandes gleichgültig sein. Wir können seinen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen.
Schuhmacher Fachblatt, 26. 4. 1903. (Bock, Gotha, soz. Abgeordneter.)

Wer ernstlich das Genossenschaftswesen fördern will, muß anerkennen, daß es keinen anderen Weg gibt, als daß der Mittelstand wegfällt.
Peus, soz. Abgeordneter 1902.

Die Sozialdemokratie verwirft alle gesetzgeberischen Vorschläge zur Rettung oder auch nur zum Schutze des Mittelstandes.
Leipziger Volkszeitung 1903, No. 121.

Die Sozialdemokratie hat mit dem Mittelstand absolut nichts zu tun und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, d. h. der Handwerker, Ladenbesitzer und Klein-Industriellen zu vertreten.
Ledebour, soz. Abgeordneter 1903.

Der gesamte Handel hat bisher nur als Parasit von dem Arbeitsprodukt anderer gelebt.
Bebel, „Unsere Ziele".

Sollten am Tage nach der Revolution noch immer Klein-Gewerbetreibende vorhanden sein, so werden sie so schnell wie möglich beseitigt werden.
Kautsky, „Die soziale Revolution.

Man muß an diese beliebig zu vermehrenden Auslassungen sozialistischer Führer immer und immer wieder erinnern, damit der Mittelstand erkennen lernt, wo der Feind steht.

Der Mittelstand gräbt sich selbst das Grab, wenn er nicht Alles daran setzt, die Wahl von Sozialisten zu verhindern.

Das gilt für den gewerblichen Mittelstand

ebenso wie für

Beamte und Angestellte.

Die Sozialdemokratie war und ist Klassen-Partei, sie vertritt nur die Interessen der Arbeiter.

Angestellte und Beamte, die sozialdemokratisch wählen, unterstützen diese Ziele der Sozialdemokratie und verschlechtern damit ihre eigene politische und wirtschaftliche Lage. Deshalb

Mittelstand von Wilmersdorf,

Handwerker, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte,

gebt keine Stimme den Sozialdemokraten, sondern wählt die

Liste Fabian—Gehl.

Der Bürger-Block von Wilmersdorf.

Druck: Arthur Lehmann, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 40/41.

X-DD 249
XII-38e

13. Mai 1917. Rogate.

Frohe Botschaft

XXII. Jahrgang. Nr. 24.

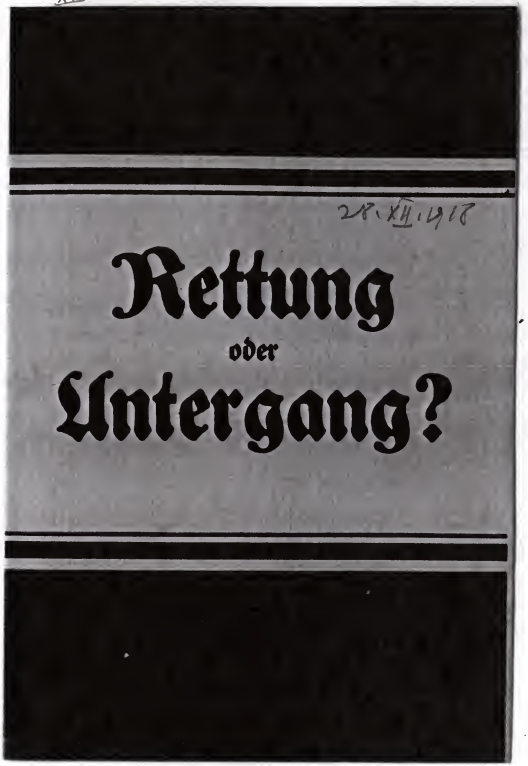
Aufgefahren gen Himmel.

Gott fähret auf mit Jauchzen und der HErr mit heller Posaune. Psalm 47, 6.

Die Worte unserer Ueberschrift: Aufgefahren gen Himmel, die am bevorstehenden Himmelfahrtsfest wiederum von der christlichen Kirche auf Erden feierlich gelesen und bekannt werden, kommen wirklich vielen in unseren Tagen vor wie eine Versteinerung innerhalb unseres Glaubensbekenntnisses. Gewiß ehrfurchtsvoll als Inhalt eines früheren, jetzt längst überholten Glaubensstandes der christlichen Gemeinde, aber nunmehr doch als unhaltbar erwiesen vor den Augen und dem Richterstuhl moderner Forschung. Doch halt! Was bleibt denn überhaupt noch übrig von dem Bekenntnis unserer Väter? Die moderne Wissenschaft hat bekanntlich den höchst modernen Entwicklungsgedanken auch in die Religion und in das Christentum hineingetragen. Es ist alles Entwicklung und Wachstum wie bei einem Baum, und darum wird sich auch das Christentum zu höheren Formen noch entwickeln. Das Glaubensbekenntnis ist nur ein Niederschlag früherer Zeiten, und ein Wort wie dieses: „Aufgefahren gen Himmel" ist nichts anderes mehr als eine Versteinerung, die wir wohl bewundern, und an der wir uns freuen können — — das ist aber dann auch alles.

Lieben Freunde! Dann bleiben aber schließlich von unserem Glaubensbekenntnis nichts anderes mehr als Versteinerungen übrig.

X-DD 249
XII - 399



X-DD 249 XII-400

Verfassunggebende
deutsche
Nationalversammlung.

Weimar, den _____ 1919.

X-DD 249
XII-401

Wer bringt Christentum und Deutschtum in Gefahr?

Rechtsstehende politische Parteien gebärden sich jetzt wieder zwecks Stimmenfang, als ob Christenglaube und Deutschtum von ihnen allein gesichert würden.

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Laßt Eure gesunde Vernunft nicht durch gedankenlosen Redeschwall umnebeln, der schon soviel Unheil über unser Volk gebracht hat!

Lest, was ein **evangelischer Geistlicher** der preußischen **Landeskirche** Euch darüber zu sagen hat, und damit Ihr wißt, mit wem Ihr es zu tun habt: Dieser evangelische Geistliche gehört nicht, wie bekannt ist, zu denen, die nach der Revolution mit einem Male ihr demokratisches Herz entdeckten. Schon während des Krieges hat er für demokratische Ideen, gegen Kriegsverlängerer und für einen schnellen Frieden mit Wort und Schrift gekämpft.

Der Stimmenfang vor den Kirchtüren

Von **Lic. Dr. Aner**, Pfarrer an der Berliner Trinitatiskirche.

Am Neujahrstag wurden nach meiner Predigt an den Ausgängen der Trinitatiskirche Werbezettel der „**Deutschen Volkspartei**“ verteilt. Dieselbe geschieht zurzeit wohl allgemein **vor Großberliner Kirchen**, auch vorzeiten der „**Deutsch-nationalen Volkspartei**“. Weder die Geistlichen noch die kirchlichen Gemeindekörperschaften haben die Möglichkeit, diese Mißbräuche zu verhüten. Ihre Ordnungsbefugnis erstreckt sich nicht auf den Platz vor dem Kirchengebäude. Eine Verteilung im Innern des Kirchenraums oder auf den Stufen zu demselben würde selbstverständlich mit dem Charakter der Andachtsstätte unvereinbar sein. Ich halte es jedoch für meine Pflicht, öffentlich auszusprechen, daß ich auch an dem Inhalt dieser Flugblätter Anstoß nehme.

Abgesehen von den unerträglichen Phrasenschwall und den aufreizenden Schelten auf die „nichtdeutschen Elemente“, die uns in den Abgrund gestürzt hätten — waren Stinnes und Ludendorff etwa keine Deutschen? — empört mich das Getue mit deutschem Wesen und deutscher Würde. Wo war denn Euer Gefühl für deutsche Würde, ihr Männer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, als unsere militaristische Gewaltpolitik alle Verträge brach, als die berüchtigte „Auffassung“ des Herrn Michaelis der Widerspruch zwischen der kaiserlichen Antwort an den Papst und der heimatlichen Pazifistenhetze, der Brester Friede u. a. dem deutschen Wort den Makel der Zweideutigkeit anhefteten? Wo war Eure Achtung vor dem deutschen Volk, als Eure Führer ihm leichtfertige Siegesphantasien vorzugaukeln oder die preußische Wahlrechtskomödie vorzuspielen für gut befanden?

Nicht minder empört mich **die religiöse Draperie** unserer **Wahlaufrufe**. Wo war denn Euer Christentum während des Krieges? Hat Eure Presse die Friedenswilligen, die es in aller Welt gab, gestärkt oder hat sie nicht vielmehr nur Haß und Rachgier in Innern wie beim Feind geschürt? Euer „Christentum“ vertrug sich sowohl mit annexionistischer Vergewaltigung des Rechts und beschimpfte mit leichtem Spott die heiligen Ideen des Völkerbundes und Weltfriedens. Euer „Christentum“ war nichts als nationalistischer Siegesglaube und weit entfernt von dem echt religiösen Glauben, dem Demut und Ergebung wesentlich sind. Euer „Christentum“ stemmte sich von jeher gegen Reformen des wirtschaftlichen Lebens, die aus dem Geist der Brüderlichkeit hervorgehen, und wird auch weiterhin unter der Maske „Schutz dem Privateigentum“ der Ueberwindung des kapitalistischen Egoismus durch einen gerechteren und weitbliekenden Sozialismus widerstreben.

Der Stifter der christlichen Religion hatte nichts übrig für die Frömmigkeit der großen Worte; eins seiner Gleichnisse stellt sogar den Sohn, der zuerst im Weinberg des Vaters zu arbeiten sich weigert, dann aber doch hingeht, hoch über den andern, der sich sofort mit dem Munde bereit erklärt aber hernach sein Versprechen zu umgehen weiß. Die Deutsche Volkspartei wirft heute der Deutschen Demokratischen Partei vor: sie habe für die idealsten Lebensinteressen des deutschen Volks kaum ein Wort übrig, und deutet dies in niedrigster Weise als Rücksicht auf jüdisches Geld und Liebäugeln mit der Sozialdemokratie. Von jenem Gleichnis Jesu aus könnte man jedoch geneigt sein, **das wahre Christentum heute in ganz anderen Kreisen zu suchen als bei den Parteien, die sich als Hüter der christlichen Religion aufspielen!**

Man sucht den braven Kirchenchristen grausich zu machen. „Die Kirche ist bedroht! Unser Heiligstes ist in Gefahr! Die christliche Religion soll aus dem Herzen des Volkes gerissen werden!“ Nun Ihr rettet sie nicht — weder durch erzwungenen Religionsunterricht noch durch Eure betonte Kirchlichkeit. Die **Religion** Jesu trägt die **Kraft der Wahrheit in sich und kann darum nicht untergehen. Sie wird auch die wieder anziehen, die heute ihr den Rücken kehren, weil politischer Mißbrauch sie ihnen verekelte.** Zumal gegen die Kirche hat sich ein tiefes Mißtrauen in breiten Schichten eingefressen; der Heilungsprozeß will seine Zeit haben. Vor allem dienen heute gewisse Kreise der Religion wie dem Vaterlandsgefühl am meisten, wenn sie von beiden schweigen.

Aus der „Neuen Zeit“ (Charlottenburger Zeitung) vom 4. Januar 1919.

Herausgeber, Druck und Verlag: Fritz Taschler, Berlin S. Stechbarte, St.

X-DD 249 XII-402 4.I.19

Die Trinkgeldbettelei in den Hotels, Restaurants u. Kaffees soll aufhören!

Die Kellner und die übrigen gastwirtschaftlichen Angestellten verlangen, daß sie einen festen Lohn für ihre Arbeit bekommen.

Sie wollen, daß sie ebenso wie jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte vom Unternehmer **bezahlt werden** und daß zukünftig nicht mehr das in den Restaurants und Kaffees verkehrende Publikum durch das schon längst verpönte Trinkgeldsystem belästigt wird.

Der gastwirtschaftliche Unternehmer soll, genau so wie der Kaufmann, der Gewerbetreibende oder Industrielle, **die für ihn tätigen Arbeitskräfte entlohnen** und sie nicht auf die Mildtätigkeit der Gäste verweisen.

Dieses für die gegenwärtige Zeit geradezu

beschämende Trinkgeldsystem,

das viele Tausende schwer arbeitende Männer eines achtbaren Berufes zu Almosenempfängern herabwürdigt,

darf nicht weiter aufrechterhalten bleiben.

Nicht nur die Kellner usw. selbst, sondern die ganze Bevölkerung hat ein erhebliches Interesse daran, daß **dieser unwürdige Zustand endlich restlos beseitigt wird.**

Ebenso notwendig ist die

Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause,

unter dem das **Hilfspersonal** zu leiden hat.

Diejenigen Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausbetriebe, welche die Forderungen der gastwirtschaftlichen Angestellten **anerkannt** und in denen feste Löhne an Stelle des Trinkgeldsystems bezahlt werden, sind durch **grüne Plakate,** welche mit dem Stempel der zuständigen Berufsorganisation (Verband der Gastwirtsgehilfen) versehen sind, kenntlich gemacht.

Das Publikum wird gebeten, hierauf zu achten.

Verband der Gastwirtsgehilfen
Ortsverwaltung Groß-Berlin
Berlin N. 24, Elsässer Straße 86-88
Fernsprecher: Amt Norden Nr. 804 und 1815.

B. Schlicke & Co., Berlin N 24.

X-DD 249
XII-403

Wie sollen wir aber wählen?

Die alte Reichstagswahlordnung gehört der Vergangenheit an. Wir wählen keine einzelnen Abgeordneten mehr, sondern Parteien. Wir wählen nicht mehr nach Wahlkreisen, sondern nach großen Wahlbezirken. Der Wahlmodus ist die Verhältnis- oder Listenwahl. Der einzelne Wähler wählt die Liste der Kandidaten, die von seiner Partei oder von verbündeten Parteien aufgestellt wird. Deshalb muß sich jeder Wähler oder jede Wählerin klar sein über die Parteizugehörigkeit. Infolge der Staatsumwälzung vom 9. November sind deshalb auch die verschiedensten Parteien in der Neuordnung begriffen. Die sozial-gesinnten Kreise des deutschen Volkes werden deshalb eine Liste von den drei sozialdemokratischen Parteien wählen, und zwar entweder die Liste der alten Mehrheitspartei, oder die der unabhängigen Sozialdemokraten oder endlich auch die des Spartakus-Bundes. Die Wählermassen auf bürgerlichem Boden werden — soweit sie dem bürgerlich demokratischen und großdeutschen Gedanken huldigen, die Liste der deutsch-demokratischen Partei wählen. Eine zweite Gruppe, die sich aus der früheren national-liberalen Partei gebildet hat, wird die Liste der deutschen Volkspartei wählen. Die Wählerkreise dagegen der früheren Zentrumspartei werden die Kandidatenliste der christlich-demokratischen Volkspartei küren. Wieder andere Wählermassen, die früher dem antisemitischen Gedanken huldigten, werden in der jetzigen Wahlbewegung die Kandidatenliste der national-demokratischen Partei wählen und endlich die evangelisch-christlich gesinnten Massen werden der Liste der deutsch-nationalen Volkspartei oder auch der evangelischen Volkspartei ihre Stimme geben. So wird die

religiöse, soziale und nationale

Grundstimmung des deutschen Volkes in der Nationalversammlung ihren reinsten Ausdruck finden.

Die Wahltechnik

ist im wesentlichen dieselbe, wie bei den früheren Reichstagswahlen. Der einzelne Wähler legt den Stimmzettel, auf dem jetzt nicht mehr nur ein Name, sondern die Namen der sämtlichen Kandidaten seines Wahlbezirkes und seiner Partei stehen, in die Wahlurne. Eine Stellvertretung der Wahl gibt es nicht. Jeder hat seinen Mann selber zu stehen. Darum:

Auf zur Wahl am Wahltage!

Damit der Wille des Volkes unbeeinflußt und unverfälscht die Richtung geben kann, in der das Reichsschiff nach den Stürmen des Weltkrieges zum Heile des deutschen Volkes gesteuert werden kann.

Druck: Arbeitsgemeinschaft, Berlin W 35.

X-DD 249
XII-404

Berliner!

Die Reichsregierung hat mir das Amt des Ersten Kommandanten von Gross-Berlin übertragen, mit dem Befehl, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Helft mir! Ich kann die schwere Aufgabe nicht erfüllen, wenn Ihr nicht folgende Weisungen befolgt:

1. Die Anordnungen der Regierungs-

X DD 249
XII - 405

Genossen!

Die Spartakusleute haben sich den Kopf eingerannt an der Mauer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins. Wie **ein** Mann hat diese sich gegen die Blutherrschaft der Wenigen empört, die ihr den **„Vorwärts"** geraubt, die **Bahnhöfe und Proviantämter** besetzt haben, um durch **Unterbindung der Ernährung** das Chaos herbeizuführen und die seit Sonntag Abend in einer durchaus friedlichen Stadt **Maschinengewehre und Handgranaten als Mittel des politischen Kampfes** eingeführt haben. Niemand dachte daran, gegen die eigenen Brüder an die Waffen zu appellieren, nur sie!

Jetzt merken sie, daß sie **nicht durchkommen.** Der Ruf der Regierung an die wahrhaft sozialdemokratischen Massen hat viele Tausende in die Werbebüros der Mehrheitspartei geführt. Die Blätter lügen, welche behaupten, die Regierung rufe „Offiziere, stellenlose Bürgersöhnchen und die Kriegshetzer der bürgerlichen Presse" zu ihrer Unterstützung. **Der klassenbewußte Arbeiter, der Parteigenosse ist es, der den Kampf gegen die Vergewaltigung aufgenommen hat, um ihr ein für allemal ein Ende zu machen.** Spartakus sieht sein blutiges Spiel verloren. Schon hat er nach Moskau telegraphiert, der Kampf müsse möglichst bald abgebrochen werden, die Berliner Arbeiterschaft sei noch nicht reif für die Diktatur des Proletariats, das heißt:

Die Berliner Arbeiterschaft weist Terror und Bürgerkrieg mit Entrüstung von sich!

Nun erhebt sich der „Schrei nach Einigung".

Genossen!

Die Regierung hat tagelang verhandelt, um diese Einigung zu erzielen, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. Währenddessen hat Spartakus die Regierung und seine Freunde, die Unabhängigen, beschimpft und verhöhnt und für sich **jegliche Verhandlung abgelehnt.** Nur eine Bedingung hat die Regierung und der Zentralrat als selbstverständliche Voraussetzung für die Verhandlungen gestellt:

Wiederherstellung der Pressefreiheit!

Und dazu haben sich die Räuber der Berliner Zeitungsbetriebe nicht verstehen wollen, zu der Erfüllung jener einfachen Forderung der Demokratie.

Gestern haben Arbeiter der A. E. G. und der Schwartzkopff-Werke die Forderung als **berechtigt** anerkannt und erklärt, daß sie, die teils der S. P. D., teils der U. S. P. D., teils der K. P. angehören, sich für ihre Erfüllung einsetzen wollten, um die Einigung zu ermöglichen. Das war gestern abend. Bis heute nachmittag haben sie **nichts von sich hören lassen,** ob ihr Vermittlungsvorschlag bei den andern Parteien auf ebensoviel Bereitwilligkeit gestoßen ist, wie bei bei Regierung und Zentralrat.

Genossen! Ist der „Schrei nach Einigung" echt?

Dürfen wir, dürft Ihr an seine Wahrhaftigkeit glauben? Wie stimmt zu ihm der **Aufruf zum Generalstreik,** der von den revolutionären Obleuten, dem Berliner Zentralvorstand der U. S. P. und vom Spartakusbund unterzeichnet ist?

Können wir glauben, daß die mit uns sich einigen wollen, die uns in diesem Aufruf **„Verräter des Proletariats,** elende Handlanger der kapitalistischen Blutsauger, die Verkörperung der Gegenrevolution" nennen? Die schamlos genug sind, zu behaupten: „die vom Urteil des Volkes gerichteten Mörder geben das verruchte

X-DD 249 XII-406

11. I. 18 8 Abends

Not und Entbehrung

ist heute das sichere Schicksal eines Jeden, der vom Lande, von der Kleinstadt weg in die Großstadt kommt. Ist nicht noch die **klägliche Ernährung,** die die Großstädte während des Krieges ihren Bewohnern bieten konnten, in aller Erinnerung? Zur Zeit ist es mit der **Ernährung** nicht besser, sondern schlechter geworden! Denn

die Vorräte sind aufgezehrt

und **die Zufuhren infolge Kohlen- u. Wagenmangel gering.**

Auch die Vergnügungen, die Abwechselungen, Zerstreuungen, die die Großstädte bieten, sind wertloser Schein. Wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Die Fremdenstätten und Restaurants haben über die kärgliche Zuteilung hinaus weder Speisen noch Getränke zu verabreichen. Infolge Kohlenmangels schließen sie ihre Pforten früh oder öffnen sie überhaupt nicht. **Und gibt es nicht Kino, Konzerte, Theater auch in der Kleinstadt?** Der eigentliche Zauber der Großstadt, die unendliche Fülle des Lichtes, ist einem trüben Dunkel gewichen. Selbst die Hauptstraßen sind nicht anders beleuchtet als im Frieden die Straßen der Kleinstadt.

Dazu die Gefahren der Straße bei den riesigen Demonstrationen und Aufläufen für junge unerfahrene Menschen.

In den Großstädten ist in den nächsten Monaten alles ungewiß.

Deshalb soll, wer auf dem Lande und in der Kleinstadt wohnt, dort getrost bleiben und warten, bis bessere Zeiten kommen. Die Bewohner der Kleinstädte und des Landes sollen aber auch Angehörige und Verwandte, die sich in den Großstädten befinden, zurückzuholen suchen, um sie vor der Not der kommenden Zeiten zu schützen. Neue Arbeitsgelegenheiten sind zur Zeit in der Großstadt so gut wie garnicht vorhanden; für jede freie Stelle melden sich hunderte von Bewerbern. Der Arbeitsmarkt ist überfüllt, und die Verhältnisse werden mit jedem Tag schlimmer.

Deshalb meidet die Großstädte

und Industriezentren! Bleibt in der Heimat. Besser in der Heimat sein Brot essen, als in der Großstadt hungern!

Druck von H. S. Hermann in Berlin.

X-DD 249
XII-407

15. I. 1919 Arbeits. Bibliothek

Ruin oder Aufstieg?

Einer ultraradikalen Gruppe beliebt es, die deutsche Revolution mehr und mehr zu einer maßlosen, die Leistungsfähigkeit unserer Produktion völlig verkennenden

Lohnbewegung,

herabzuwürdigen.

Ganz gewiß hat jeder Arbeiter und jeder Mensch im Staate ein Recht darauf, einen angemessenen Teil unserer verfügbaren Produktion an Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln zu erhalten, und dazu muß ihm das nötige Geld in die Hand gegeben werden. Wenn aber auch auf diese Weise einem jeden eine unserem Volkswohlstand entsprechende Existenz gewährleistet werden soll, so muß mit aller Gewissenhaftigkeit darauf geschen werden, daß nicht einzelne Kreise zum Schaden der anderen ein größeres Maß von Existenzmitteln an sich reißen, als ihnen zusteht. Wir haben vor der Revolution deswegen gegen unberechtigte Ansammlung von Reichtümern auf Kosten anderer durch die Kapitalisten kämpfen müssen: **heute gibt es Arbeiterschichten, die es nicht besser machen als jene.**

Wir sind ein armes Volk geworden, mehr als 4 Jahre Krieg haben unseren Wohlstand zerstört, haben uns ausgepumpt, ausgesogen und an den Rand des Nichts gestellt. Wir sind es daher allen unsern Brüdern und Schwestern im Volke schuldig, mit unseren Ansprüchen an das Leben auf alle Rücksicht zu nehmen.

Wer jetzt von unserer Wirtschaft mehr verlangt, als sie mit Rücksicht auf die gleichen Existenzansprüche der Volksgesamtheit leisten kann, begeht ein Verbrechen an seinen Volksgenossen.

Der ganze Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse ist begründet auf der Theorie von Karl Marx, nach der dem Arbeiter der **volle Reinertrag** seiner Arbeitskraft zusteht.

Mehr Lohn zu verlangen, als Werte erzeugt werden, ist jedoch ein Unsinn, eine Verkehrung Marxscher Wirtschaftstheorien in ihr gerades Gegenteil! Wir Arbeiter dürfen für uns nicht mehr fordern, als die Kraft unserer Produktion zu leisten vermag, und wenn wir wollen, daß unser Verdienst größer werde, dann gibt es dafür nur ein Mittel:

die Produktion durch fleißige Arbeit zu steigern.

Die ungezügelten Lohnforderungen, die wir jetzt allenthalben erleben, haben zwei Folgen, die letzten Endes die Volksmassen nur wieder selbst treffen. Einmal lähmen sie die Industrie, deren Unternehmungslust stark abflaut (wodurch die Arbeitsgelegenheit geringer wird), und dann verteuern sie zugleich auch alle Produkte, wodurch wiederum alle anderen Gruppen der werktätigen Bevölkerung ebenfalls zu neuen Forderungen gezwungen werden. Die Preise für alle Bedarfsartikel werden so rasch steigen, daß sehr bald die geforderten hohen Löhne als zu gering erscheinen müssen. Neue Streiks und neue Betriebsstillegungen werden die Folge sein. So beißt sich die Katze in den Schwanz! Unser Wirtschaftselend kommt nicht mehr zur Ruhe, **jede geregelte Produktion muß aufhören,** und unsere Armut an allen Dingen, die wir fürs Leben nötig haben, wird sich naturnotwendig vergrößern. Wir können uns dann aus der tiefen Erschöpfung nicht mehr erholen und **treiben rettungslos dem völligen Ruin entgegen.**

X-DD 249
XII-408
16.5.19.

Der 19. Januar

ist der Schicksalstag des Deutschen Volkes

Hast du dich einer Partei angeschlossen?
Hast du andere Frauen für die Wahl geworben?

Frauen!
wählet und werbt für die Wahl!

X-DU 242
XII-409

Warum wird nun nicht sofort sozialisiert?

Nach 4½ jährigem Krieg, nach beispielloser Ausbeutung von Arbeiterkraft und Volksvermögen ist das alte Regime in Schmach und Schande zusammengebrochen. Wir stehen am Morgen einer neuen Zeit, und wer es miterlebt, kann wie Goethe am Abend nach der Schlacht bei Valmy sagen: „Von heute und hier aus beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte, und Du kannst sagen, Du seiß dabei gewesen." — Wir ändern jetzt den alten Staat um! Kann ein vernünftiger Mensch verlangen, daß wir zugleich auch Früchte ernten? Und doch ist's so, daß viele Arbeiter schon jetzt nicht nur die Verwirklichung aller sozialistischen Forderungen erwarten, sie wollen auch schon die Ernte davon genießen. Sie sagt ist das natürlich nicht eingetreten und daher mit die große Erbitterung, die immer wieder aufzuschäumen droht: Warum wird nicht sofort sozialisiert?

Eduard Bernstein hat schon kürzlich gesagt: Es steckt in dieser Frage ein Stück Wunderglaube an die unmittelbare Wirkungskraft der Vergesellschaftung.

Nehmen wir das Größte vorweg. Arbeiten müssen wir auch nach der völlig durchgeführten Sozialisierung der gesamten Produktion. Wir kommen nicht ins Schlaraffenland. Sozialismus ist Arbeit.

Der eine bildet sich ein, sozialisieren heiße, den Unternehmer aus dem Betriebe hinauswerfen und einen Beamten hineinsetzen, der andere glaubt, es geht auch ohne Beamten und der dritte ist der Meinung, das Wesen der Sozialisierung bestehe darin, daß man irgend jemandem irgend etwas „wegnehme" und dies an die Arbeiter verteilt.

Ihr Arbeiter, vergeßt doch nicht, Sozialisierung ist nicht Selbstzweck, sondern ist nur ein Mittel zum Zweck. Der eigentliche Zweck ist eine völlige Umgestaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens, die heute Sozialisierungsfähige so umgestaltet werden, daß seine Mark vergeudet und kein Pfennig in faulenzende Hände fließt. Wenn das so einfach wäre, dann hätte die sozialistische Regierung das doch längst gemacht, schon um die Arbeiter los zu werden, die sich nicht genug tun können in den Schimpfen auf die faulen, verspießerten und inkompetenten Leute in der Regierung.

Der Wirtschaftsleben muß unter die Kontrolle der Allgemeinheit gestellt werden! Das ist keine Kleinigkeit. Diese Forderung zu verwirklichen ist eine vielseitige Aufgabe. Die dürfen die jetzt auf schwachen Füßen stehende deutsche Industrie nicht erschüttern, wir leben ja auch jetzt noch von ihr! Wer will so dumm sein, daß er die Hand, die uns Milch gibt, schlachtet?

Beileibe doch, die deutsche Industrie ist im ganzen jetzt lahmgelegt. Wir haben keine Rohstoffe, wir haben keine nennenswerte Warenausfuhr. Wir können aber doch nur dort sozialisieren, wo Ueberschüsse vorhanden sind. Es soll doch für die Allgemeinheit bei der Sozialisierung etwas herauskommen, wir können doch nicht aus dem Staatssäckel zubuttern.

Die erste Voraussetzung für Sozialisierung ist also, daß gearbeitet wird. Dann kann die Sozialisierung vor sich gehen daraus, daß man bestimmte Industrien direkt übernimmt, sei es in Staatsbetrieb, sei es in Gemeindebetrieb, sei es in Reichsbetrieb. Die wird dabei aber auch noch so vorsich gehen, daß die Allgemeinheit durch Gesetze und durch Verordnungen immer stärker eingreift in die Kontrolle des Wirtschaftslebens. Schritt um Schritt muß dieses Eingreifen verstärkt werden. Es muß sich ausdehnen auf Preisbestimmung und Gewinne, auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, auf den Markt, auf den Absatz.

Wer wagt zu behaupten, daß das Aufgaben von Tagen seien, die man mit einigen Federstrichen durchführt? In Rußland hat man das probiert. Das Resultat ist ein Chaos. Dabei kann Rußland solche Experimente immer noch eher aushalten als wir, weil es ein im wesentlichen agrarisches Land ist. Wir leben von der Industrie, in Industrie und Handel finden Xder deutschen Bevölkerung ihren Verdienst.

Ihr Arbeiter, traut Euren Führern, die Jahrzehntelang für Euch gekämpft haben. Glaubt ihr, daß sie nur in Aufregung einer neuen Zeit, unserer Zeit, nicht das schaffen wollen, was für uns alle möglich und nützlich ist? Also laßt Euch nicht durch die Ziel fangen, die sich immer wieder einbilden, Sozialisierung, das sei so ähnlich, wie Verboten und Anstellen, damit Jedermann ein Stückchen bekomme.

Sozialisten-Ersatz.

Es gibt auch solchen Ersatz. Er ist im besonderen Novembler-Fabrikat. Vorgestern schrieben sie und sagten sie, daß sie jede Gewaltanwendung, um ihre Ideen durchzusetzen, verachten und verneinen. Gestern brüllten sie: „An die Laterne mit den Bluthunden", heute entrüsten sie sich darüber, daß „die Post" zufällig ebenso reaktionär ist und meint, daß man Spartakus-Leute an die Laterne hängen solle. An einem Tag verlangen die beim Generalstreik, am andern erklären sie, daß das nicht das richtige Mittel zum Siege sei. Gestern waren sie für Bewaffnung und Straßenkampf, heute sind sie Apostel der Einigung. Dabei ist die Einigung, wie sie sie meinen, auch weder ein aufgeklärter Schwindel.

Das sind die Leuchten. Seht Euch aber mal ihre Mitläufer genauer an. Fragt sie, was sie früher waren, wie sie früher gedacht haben, welche Zeitung ihre tägliche geistige Kost gewesen ist, was sie vom Kriege gesehen haben, was sie von der Arbeiterbewegung kennen?

Wir sind Alle mal jung und dumm gewesen und Sozialisten geworden. Das ist selbstverständlich und Jeder muß aufgeklärt werden und einsehen lernen, was für die Arbeiter gut und richtig ist. Aber wenn solche Leute, die gestern keinen Dunst von Sozialismen hatten, heute sich als Propheten verstellen, dann danken wir für diesen Sozialistenersatz.

Pech bei der Postbestellung.

Am 14. d. Mts. sagte im Gewerkschaftshaus am Engelufer der Zentralrat der Soldatenräte des III. Armeekorps, der nach achtstündiger Verhandlung zu einer Abstimmung kam. Dabei ergaben sich 97 Stimmen gegen und nur ungefähr 30 für die Regierung.

Ein bedenkliches Zeichen, nicht wahr? Alle Anhängigen sitzen die Ohren und prophezeien, wie die anderen alten Weiber aus dem Kaffesatz oder Kaffee-Ersatzsatz, sie aus diesem Ereignis den baldigen Sturz Ebert's und Noske's.

Aber die Propheten mögen sich schonen! Die Sache ist nämlich ganz einfach. Den einladenden Herren Jungbuhn und Noske ist nämlich das bedauerliche Pech passiert, daß ihre beim Postamt W. 10 aufgegebenen Einladungen gerade jene Truppenteile und Garnisonen nicht rechtzeitig erreichten, die als regierungstreu angesehen wurden! Merkwürdig, was? Aber — ach — was kann man gegen die Unzuverlässigkeit der Post machen, die sich dann so deutlich im Abstimmungsergebnis ausprägt? Pech ist eben Pech .....

X-DD 249
XII -410

Große

öffentliche Versammlung

Zirkus Busch

Donnerstag, den 16. Januar

abends 8 Uhr

Das Gebot der Stunde

Redner:

Georg Bernhard

Oberst Reinhard

Wehrfähige Männer! Deutsche Frauen!

Erscheint in Massen!

Der Bürgerrat von Groß-Berlin

Dr. Ing. W. Koch

Flugblatt 5.

17.1.19

X-DD 249
XII-411

Christliche Eltern!

Die gegenwärtigen Machthaber halten sich für berechtigt, ohne Befragen der noch zu Recht bestehenden Volksvertretung, ohne Rücksichtnahme auf Eure heiligsten Gefühle, auf die Stimmung und Wünsche der Mehrheit des preußischen Volkes, noch vor Einberufung der Nationalversammlung schonungslos im Namen der Freiheit in den durch Verfassung und Gesetz verbürgten Bau der christlich-deutschen Schule einzugreifen.

Christliche Eltern,

erkennt die Gefahren, die das Heil Eurer Kinder bedrohen!

Wenn früher Eure Kinder angehalten wurden, am Religionsunterricht teilzunehmen, jetzt wird den Vierzehnjährigen von amtswegen gestattet, ihm fernzubleiben, auch wenn Ihr die Teilnahme Eurer Kinder wünscht, die neuen Gewalthaber geben ihnen das Recht, gegen Euren Wunsch und Willen, auf den Besuch des Religionsunterrichtes zu verzichten.

Wenn Ihr Wert darauf legt, daß der Religionsunterricht Euren Kindern bestimmte Kenntnisse vermittelt — die neuen Gewalthaber verbieten, daß gelernt wird, sie verbieten jegliche häusliche Aufgabe; das Auswendiglernen des Katechismus, der biblischen Geschichte, der Kirchenlieder.

Wenn bisher der Religionsunterricht in den Augen der Schüler eine gewisse Bedeutung empfing, dadurch, daß die Religion Prüfungsfach war — die Religion hört nunmehr auf, Prüfungsfach zu sein.

Wenn früher Eure Kinder von der Schule angehalten wurden, gemeinsam den Gottesdienst zu besuchen, die hl. Sakramente zu empfangen — Eure Kinder werden jetzt von jeder Verpflichtung zum

X-DD 249 XII-412

ja nach dem Verhältniswahlsystem statt, wobei die Abgeordneten nach dem Verhältnis der für jede Partei abgegebenen Stimmen auf die Parteien verteilt werden. Es sind immer diejenigen Abgeordneten gewählt, wie sie in der Kandidatenliste der Reihenfolge nach genannt sind. Erhält die Partei, für die Sie stimmen, zum Beispiel 3 Abgeordnete, so sind die drei ersten Namen der Liste, die Sie abgegeben haben, gewählt. Nimmt einer der Gewählten die Wahl nicht an, oder scheidet einer im Laufe der Wahlzeit durch Tod oder aus einem sonstigen Grunde aus, so tritt an seine Stelle ohne Nachwahl der nächste Kandidat der betreffenden Liste."

„Was sind denn eigentlich verbundene Wahlvorschläge?" Davon habe ich neulich auch einmal reden hören."

„Ja, sehen Sie, es gibt doch auch Parteien, die nicht so stark sind, daß sie gegenüber ganz großen Parteien einen eigenen Kandidaten bei den Wahlen durchbringen könnten. Das neue Wahlrecht will es aber auch kleinen Minderheiten ermöglichen, ihre Stimmen mit Erfolg zur Geltung zu bringen. Deshalb hat es gestattet, daß mehrere solcher Parteien sich bei der Wahl zusammenschließen, ohne daß die einzelne etwas von ihrem Standpunkte aufgibt. Jede dieser Parteien stellt ihre eigene Kandidatenliste auf und gibt auch für diese ihre Stimmen ab. Nur bei der Zählung der Stimmen und der Verteilung der Abgeordneten gelten diese Parteien als ein Ganzes und bekommen die ihre Gesamtstimmenzahl zustehende Zahl von Abgeordneten, die sie dann unter sich wieder verteilen."

„Nun, damit habe ich ja auch nichts zu tun. Gibt es denn sonst noch etwas Wichtiges, das ich wissen muß?"

„Nein! Sie wissen jetzt alles Nötige. Nun gehen Sie auch am 19. Januar hin und machen von Ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch. Den Nutzen haben Sie selbst, haben wir schließlich alle davon."

„Sie haben recht, liebste Freundin. Auf denn am 19. Januar zur Wahlurne!"

Druck und Verlag: Kulturpolitik E. V., Berlin-Schöneberg.

Eine Unterhaltung über die Wahlen.

„Nun, liebe Freundin, haben Sie auch in den Wählerlisten nachgesehen, ob Ihr Name darin verzeichnet steht?"

„Ich? Nein! Wozu denn das?"

„Wozu? Wenn Sie nicht in der Wählerliste stehen, können Sie ganz einfach auch nicht wählen."

„Na, wenn schon. Das schadet ja auch nicht viel. Ich habe noch nie gewählt, und es ist auch ohne mich gegangen."

„Gewiß ist es auch ohne Sie gegangen, aber früher war es auch etwas ganz anderes. Früher durften wir Frauen ja gar nicht wählen. Die Revolution hat uns aber doch das Frauenwahlrecht gebracht, und nun müssen wir auch von diesem Recht Gebrauch machen."

„Ach was, wählen! Das ist Männersache. Meine Sache sind die Kochtöpfe, und solange darin noch etwas kocht, bin ich zufrieden. Da brauche ich nicht wählen zu gehen."

„Liebe Freundin, Sie sagen sehr richtig, solange etwas in den Töpfen ist. Sie bedenken aber dabei gar nicht, daß Sie durch Ausübung Ihres Wahlrechtes dazu beitragen können, daß Sie auch wirklich etwas zum Kochen haben."

„Nanu?"

„Ja, sehen Sie einmal! Wir Frauen haben es jetzt in der Hand, mit unseren Stimmen dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung wieder im Lande einkehren. Wir können mit unseren Stimmen dazu beitragen, daß **die** Parteien, die dafür eintreten, in der künftigen Nationalversammlung auch die Mehrheit bekommen. Oder denken Sie etwa, daß wir bei den jetzigen Zuständen noch lange etwas in den Kochtöpfen haben werden? Nicht einmal im Ofen wird mehr etwas sein, was uns das Wasser zum Kochen bringt. Wenn die Radaubrüder und Straßenhelden, die Spartakisten und Liebknechtianer so weitermachen, dann, des dürfen Sie versichert sein, wird es bald mit allem zu Ende sein. Ist das denn jetzt überhaupt noch ein Leben? Sind denn das noch menschenwürdige Zustände? Geht man nur eben

X-DD 249 X-DD 249
XII-413

18.1.19

Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten Gross-Berlins!

Es ist noch nicht so lange her, daß man in Deutschland die Streiter für die Verwirklichung des Sozialismus in die Gefängnisse warf, sie im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben ächtete. Mit allen Mitteln kämpfte man gegen den Sozialismus an. Schreckensbilder aller Art, von geschickten Gegnern verbreitet, sollten die Massen ganz dem Bann sozialistischer Ideen entziehen.

Alles Bemühen nach dieser Richtung hin, wirkte nur im **entgegengesetzten Sinn, man trug wesentlich zum Erstarken der Bewegung bei.**

Heute ist der Sozialismus ein Faktor von höchst kultureller und politischer Bedeutung. Das Wissen um ihn ist gering.

Jugendfreunde! Ihr steht noch nicht im politischen Tageskampf, nur von ferne hört Ihr den Donner der Parteischlachten und Interessenkämpfe.

Euch trägt der Idealismus. Ihr solltet empfänglich sein für den wahren, reinen Gehalt des Sozialismus.

Gemeinsame Arbeit soll uns ihm näher bringen.

Sendet Eure Adressen an den

Sozialistischen Werbeausschuss
für die höheren Lehranstalten Gross-Berlin
i. A. **Herbert Berger**
C. 2, Gr. Präsidentenstr. 10.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

X-NO 249
XII - 414

Kapitalismus und Bürgertum.

Niemals waren die Worte „Bürgertum“ und „Bürger“ so in aller Mund und hatten eine so eigenartige Betonung und Bedeutung wie gerade jetzt. Es scheint, als ob man mit diesen Worten irgend etwas besonderes kennzeichnen wollte, was vorher garnicht die große Beachtung gefunden hat, als ob Bürgertum und Bürger Erscheinungen wären, die innerhalb der Revolution eine ganz neue, vorher nicht gekannte Gestalt bekommen hätten. Als ob sich die Bürger von anderen Bewohnern des deutschen Reiches, von anderen Volksgenossen in einer ganz besonderen Weise unterschieden und zwar in einer Weise, die aus ihnen

Gegner der Freiheit!

Gegner der Revolution machten. Der Grund zu dieser ganz ungerechtfertigten Beurteilung liegt aber viel weniger in den anderen Volksschichten als im Bürgertum selbst.

Niemand wird leugnen, daß ein Bürgertum besteht, aber es setzt sich aus so vielerlei Volksteilen zusammen, und ihm rechnen sich so vielerlei Stände, Berufe und Angehörige aller möglichen Erwerbszweige zu, daß von einem einheitlichen Bürgertum nicht die Rede sein kann. Der Grund hierzu lag vor allem darin, daß sich innerhalb des Bürgertums

jede klare Erkenntnis der eigenen Interessen immer vermissen ließ.

In der politischen Betätigung, in der Wahrung dieser eigenen Interessen trat dies stets zutage, und so ist vielleicht keine Volksschicht in sich und auch nach außen so stark zersplittert wie gerade die bürgerliche.

Das war der größte Fehler,

dessen sich die Bürger schuldig gemacht haben, zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden ihres Ansehens nach rechts und nach links.

Alle großen Parteien schließen die verschiedensten Stände und Berufe in sich. In der sozialdemokratischen und in der Zentrumspartei waren immer die verschiedensten Erwerbsgruppen vertreten, aber wenn es sich darum handelte, im Staate etwas zu erreichen, bestimmte politische Ziele sich zu sichern, so verschwanden Stand und Beruf und traten zurück hinter das gemeinsame Streben. Damit war keineswegs ausgeschlossen, daß jeder einzelne Stand seine Sonderinteressen hatte und zu vertreten wußte, aber sie wurden nicht in den Vordergrund geschoben und störten nicht den gemeinsamen Weg. Der Maurer stand nicht gegen den Schlosser, der Tischler nicht gegen den Schmied, wenn es galt, den politischen Kampf durchzuführen. Hier galt es nur die gemeinsame politische Überzeugung, und der Beitrag gab den Parteien die einheitlichen Organisation recht.

Wie sieht es aber bei den Bürgern aus?

So beklagenswert es ist, so muß doch gesagt werden, daß die Sonderinteressen fast immer vor den politischen eine Vorzugsstellung einnahmen und damit die politische Einheitlichkeit und der politische Erfolg verloren gingen.

Die Revolution und die gewaltige Umwälzung des deutschen Reiches, die energischen Forderungen, mit denen andere große Parteien in den Vordergrund traten, versagen jedoch geblendet ein

Erwachen des Bürgertums.

Jede private Entscheidung, welcher Art sie immer sein mag, hat im jetzigen Augenblick unbedingt zurückzutreten vor dem gemeinsamen Gedanken des Neuaufbaues unserer Gesellschaft!

Niemals hatte im politischen Sinn das Wort Einigkeit eine so gewaltige Bedeutung wie in dieser ernsten Stunde, in der man alle Kräfte vereinigt, um den Bau des Reiches, der zu stürzen droht, aufrecht und bewohnbar zu erhalten. Bewohnbar für alle Stände, bewohnbar auch für das Bürgertum.

Es macht sich das Bestreben geltend — jedem Denkenden wird das von Tag zu Tag klarer —

das Bürgertum auszumieten

X-DD 249
XII-415

78.I.19

Aufruf an die Jugend.

Wir Wissende und Sehende, die wir wissen, daß das Leben der Güter höchstes ist, der Uebel größtes aber die Gewalt, und die wir sehen, wie man jetzt wieder versucht, junge Menschen zu bewegen, ihr Leben für unsinnige und falsche Ideale und Spuks (Grenzschutz Ost, Wiederherstellung der Ordnung etc.) herzugeben, wollen die Jugend nicht erlösen. Weil wir's nicht können und weil wir's nicht wollen. Was wir können und wollen aber ist, der Jugend die Augen zu öffnen, damit sie dann selbst ihr wahres Ich, jetzt verschüttet durch Erziehung und Verhetzung, erkennen kann. Wir wollen alle Kameraden aufrufen, die einsehen, daß ein Schuß kein Argument ist und eine Handgranate kein Beweis. Diese fordern wir auf, sich vorderhand in einem antimilitaristischen Jugendbund zu vereinigen, dessen Angehörige nur durch den Willen vereint sind, keiner Heeresformation freiwillig anzugehören. Was darüber hinausgeht, wie z. B. organisierte Weigerung bei Einberufungen von Jahrgängen, soll erst erforderlichenfalls unternommen werden. Vorderhand genügt uns vollkommen der eine Satz: Du sollst nicht töten. Es ist auch die Gründung eines Jugendbundes Tolstoi geplant, dessen Aufgabe es wäre, das Werk dieses Großen zu verwirklichen mit Mitteln der Ehe, Militärdienst-, Steuer- und Wahlablehnung, die aber stets ohne Gewalt nur im Prinzip der Gehorsamsverweigerung angewandt werden würde. Wenn einige Menschen wirklich mit dem Neuaufbau und der wahren Neuorientierung beginnen wollten, ginge dieser Weg nur über die Auflösung der heutigen Zwangsstaaten zum Ziele der Freiheit des Individuums, stets unter der erhabenen Losung: Widerstrebe nicht dem Uebel.

Wer mit uns mitarbeiten will, sende seine Adresse an

Fritz Groß, Berlin-Wilmersdorf,
Holsteinischestraße 60.

X-DD 249
XII-416

19.1.19

Frauen-Merkblatt
für die Wahl zur
National-Versammlung.

Das lang ersehnte und erstrebte Ziel ist erreicht; zum ersten Male werden die Frauen zur Wahlurne schreiten und so mitstimmen und mitbestimmen für ihr eigenes Geschick und zugleich für das Geschick des ganzen deutschen Volkes und Reichs.

So einfach im Grunde genommen der ganze Wahlakt und seine Technik ist, so bedarf es doch einiger Erläuterungen für die Frauen, die bisher keine Gelegenheit hatten, tätig an einer Wahl teilzunehmen.

Man merke also:

1. Wählerlisten.

Das ganze Reich wird in **Wahlkreise** eingeteilt, deren Umfang von der Regierung bestimmt ist.

Für jeden Wahlkreis bildet sich eine **Wahlkommission**, die mit der Wahrnehmung des Wahlgeschäftes betraut wird. Diese Wahlkommission besteht aus dem von der Regierung ernannten **Wahlkommissar**, ferner für jeden Stimmbezirk aus einem **Wahlvorsteher** und einem **Stellvertreter**. Der Wahlvorsteher ernennt aus den Wahlberechtigten des Stimmbezirkes **drei bis sechs Beisitzer** und einen **Schriftführer**.

Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste aufgelegt. Vier **Wochen vor dem Wahltag** werden die Wählerlisten während eines Zeitraumes von acht **Tagen ausgelegt. Es ist Sache jeder Frau, sich zu vergewissern, ob sie auch in der Wählerliste eingetragen ist.** Ist man nicht oder falsch eingetragen, so muß man bei der Gemeindebehörde **Anspruch erheben und Richtigstellung** beantragen.

Spätestens drei Wochen vor der Wahl müssen beim Wahlkommissar die **Wahlvorschläge** eingereicht werden, die von mindestens hundert Wählern des betreffenden Wahlkreises unterzeichnet sein müssen. In diesen Vorschlägen dürfen **nur so viel Namen** genannt sein, wie Abgeordnete in dem Wahlkreis **zu wählen sind.**

Die Gesamtzahl aller Abgeordneten wird in der Weise festgesetzt, **daß auf je 150 000 Einwohner** des Reiches **ein Abgeordneter** entfällt.

2. Der Stimmzettel.

Die Stimmzettel sind von einer **genau festgesetzten** Beschaffenheit.

Die Stimmzettel müssen von mittelstarkem **weißen Papier** sein, **andere Farben** sind **nicht** gestattet. Die Größe der Stimmzettel ist mit 9 : 12 cm bestimmt. Diese Vorschriften haben den Zweck, mit die **geheime** Wahl zu sichern. Die Stimmzettel **dürfen keinerlei Zeichen tragen**, aus dem die Person des Wählers erraten werden könnte.

Zu den Stimmzetteln werden **nur dazu gehörige Umschläge verwendet**, die bei der Stimmabgabe **im Wahllokal** verteilt werden.

Jeder Stimmzettel muß in **deutlich lesbarer Schrift**, mit der Hand oder Maschine geschrieben oder gedruckt, **die Namen der zu wählenden Abgeordneten enthalten. Unleserliche** Stimmzettel sind ungültig.

[redacted]

X-DD 249
XII-417

14.1.49

Deutsche Frauen!

wählt am 19. Januar, dem Tage der Wahl zur Nationalversammlung, eine Liste der bürgerlichen Parteien!

Das **Bürgertum** muß sich zusammenschließen **gegen** die Sozialdemokratie. Denn was ist von den **Versprechungen** der **Sozialdemokraten** zu halten?

1. Um die Massen zu beruhigen hat man die **Brotration erhöht**, obgleich diese Maßnahme bei dem Mangel an Getreide in wenigen Wochen zur **Hungersnot** führt.

2. Der **achtstündige** Arbeitstag wurde eingeführt, die Löhne wurden erhöht; jedoch in absehbarer Zeit werden die Betriebe still liegen und die **Arbeiter entlassen** werden müssen, weil die Reservefonds erschöpft sind.

3. In kurzer Zeit wird man Euch Eure sauer erarbeiteten **Sparpfennige**, die Ihr in **Kriegsanleihe** angelegt habt, bis auf einen geringen Rest abnehmen.

4. Denn die **Arbeiter- und Soldatenräte** bringen Verwirrung in alle hergebrachte Ordnung, indem sie Gesetze umstoßen und dafür neue schaffen. Damit **vergeuden sie Milliarden**, die Ihr als **Steuerzahler** aufzubringen habt.

5. Durch die **Trennung von Staat und Kirche** verbietet man Euren Kindern, daß sie in der Schule **Weihnachtslieder** singen und sich im **Gebet** an Gott zu wenden.

6. Erinnert Euch, daß man am Revolutionstage die Zuchthäuser und Gefängnisse geöffnet und Diebe und leichtfertige Personen willkürlich in Freiheit gesetzt hat, die nun bei dem ungenügenden Sicherheitsdienst Euer sorgsam gehütetes **Hab und Gut bedrohen.**

Siegt der **Sozialismus**, dann herrscht in Deutschland **nicht** das **Recht**, sondern die Gewalt und Willkür!

Deshalb, Deutsche Frau, hilf mit, daß wir durch die Nationalversammlung wieder zu **geordneten Zuständen** kommen! Das kann aber nur geschehen, wenn du am

19. Januar für die Liste der bürgerlichen Kandidaten stimmst!

X-DD 249
XII - 418

Frauen: der Tag ist da!

Wir stehen dicht vor dem Wahltag und zum erstenmal freien auch wir als Wählerinnen mit auf den Plan.

Wie oft ist dem Frauenmund bei früheren Wahlen der Ausruf entflohen:

O, könnten wir doch mit wählen!

Nun diesmal können wir Frauen alle, zwanzigjährige bis zur Greisin, unseren Willen durch den Stimmzettel kund tun.

Frauen, Ihr alle habt es also selbst in der Hand, durch Euren Stimmzettel die Frau dauernd frei und gleichberechtigt neben den Mann zu stellen durch die Wahl der Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Frauen, zeigt, daß Ihr die Sachlage wohl erkennt und Euch nicht in Rechtlosigkeit zurückschieben lassen wollt.

Zeigt, daß Ihr die Gesetze, denen Ihr als Volksangehörige gleich wie der Mann unterstellt seid, mit schaffen wollt.

Zeigt, daß Ihr dauernd Frieden wollt und daß Ihr die Männer des Volkes nicht noch einmal dem Kriege opfern wollt. Zeigt durch die Wahl der sozialistischen Friedenspartei, daß dies der letzte Krieg gewesen sein soll.

Mütter, seid verantwortlich bei Eurer Stimmabgabe vor Euren Kindern, die dereinst, als ein vorgeschrittenes Geschlecht, Euch als Wegbereiter achten sollen. Mütter, wollt Ihr, daß Euren Kindern eine bessere Schuldbildung zuteil wird, als sie Euch gegeben wurde, wollt Ihr, daß Eure Kinder besser durch die Welt kommen, so wirkt für sie, indem Ihr der Sozialdemokratie bei den Nationalratswahlen zur Mehrheit verhilft.

Frauen, denkt an die große Sterblichkeit der Proletarierkinder im zartesten Lebensalter, im Gegensatz zu den Kindern der bemittelten und der reichen Bevölkerungsklasse.

Mütter, wollt Ihr diese Kindesopfer nicht, so bedarf es eines viel besseren staatlichen Schutzes der Schwangeren und Wöchnerinnen.

Wählerinnen, in Eure Hand ist es gegeben, einen solchen ausgedehnten Schutz zu schaffen durch die Wahl von Sozialdemokraten, die stets — wie keine andere Partei — für weitgehendsten

Arbeiterinnen-, Mütter- und Kinderschutz

eingetreten ist.

Frauen und Erwerbstätige! Auch an der Steuergesetzgebung seid Ihr stark interessiert. Die Steuern werden unerträglich hoch werden durch die Schuldenlast, die Deutschland nach diesem Kriege zu tragen hat. Kommen nun auch noch die alten Gewalten, die Verleger der bestbezahlten Klassen wieder ans Ruder, so werden sie durch indirekte und direkte Steuern jedenfalls höher als früher und die Lasten werden wieder hauptsächlich auf die breiten werktätigen Massen abgeladen.

Frauen, kein Klagen wird Euch dann nützen, wenn Ihr jetzt den Tag der Abrechnung vergeht, wenn Ihr es versäumt, durch die Wahl von Sozialdemokraten für eine Steuerpolitik einzutreten, wonach der Kriegsgewinner, der Starke und Reiche die Unkosten des Krieges zu bezahlen hat.

Mütter, Hausfrauen und Mädchen, denkt daran, daß Ihr nicht zusehen dürft, was das Heer der politisch geschulten Männer vom Sieg der Sozialdemokratie erhofft. Laßt Euch nicht hetzen vom Geschrei der Brigantinen über vorgefallene Erschreitungen, für die die Sozialdemokratie nicht verantwortlich ist. Die mit allen Blutaten und Wucherverbrechen des Krieges belasteten Bürgerlichen wollen dahinter nur ihre eigene ungeheuere Schuld verschwinden lassen.

Frauen und Mädchen: für das hatbverblutete Volk kann es nur Rettung geben im Anschluß an die Sozialdemokratie. Wird sie nicht stark genug in der Nationalversammlung um sich durchzusetzen, dann wehe den Massen des Volkes.

Das aber liegt hauptsächlich bei Euch, Frauen und Mädchen!

Was Ihr diesmal versäumen solltet, holt das Volk vielleicht in einer Generation nicht wieder zurück!

Darum tretet an:

Wir wollen durch! Wir wollen empor
Zum Licht! Wer will uns hemmen?
Wer will sich uns am Zukunftstor
Dauernd entgegenstemmen?!

Druck: Ges. m. b. H. Graphische Kunstanstalt, Berlin SW. 68

X-DD 249
XII - 419

19,119.

Trennung von Schule und Kirche?
Trennung von Kirche und Staat?

Schlagworte regieren die Welt und am Klang der Worte hängen die Menschen am meisten fest. So ergeht es in diesen Wochen dem viel besprochenen Schlagwort: Trennung von Schule und Kirche und dem verwandten: Trennung von Kirche und Staat. Sie wurden zum Schlachtruf und haben Kämpfe in unserem Vaterlande entfesselt, das in seinen äußeren Schicksalen und seinen inneren Nöten ohnehin schwer um Dasein und Zukunft zu ringen hat. Der Widerspruch vieler Männer und Frauen in Preußen heftet sich, wie es scheint, vor allem an das Wort „Trennung". Trennung: das schneidet wie Messerklinge und droht wie Schwertstich. Die früher eingeprägte Formel ist ungutreffend; denn sie tut denen Unrecht, die jetzt die „Trennung" erneut in Vorschlag bringen. Die Männer der Regierung, die sich bis zur endgültigen Wahl der bisherigen neuen Regierung in Preußen verantwortlich wissen für die Leitung der Staatsgeschäfte, wollen und werden der preußischen Landesversammlung und der deutschen Nationalversammlung in keinem Stück vorgreifen. Sie sind sich der ernsten Verantwortung bewußt, die sie für die ungekrachene Reichsfreudigkeit aller Deutschen im gesamten Bundesstaat Preußen in seinen verschiedenen Provinzen vor Gott und Menschen tragen.

Worum tritt man in Preußen und anderen Bundesstaaten demnach für eine **Trennung von Schule und Kirche** ein? Werden hier nicht alte geheiligte Beziehungen zerrissen, deren Fortbestand zahlreichen deutschen Eltern ein wahres Herzensanliegen bedeutet? Sollen etwa ihre Kinder inmitten eines bisher christlichen Staates als Heiden aufwachsen? Doch wie? Die Schule ist zweifellos eine Einrichtung des Staates, der lediglich weltliche Aufgaben zu erfüllen hat, obwohl die deutschen Kirchenväter jeder Richtung sich um die Gründung und Pflege der Volksschulen wie der höheren Schulen erhebliche Verdienste erworben haben. Die Staatsschule kann nur die irdische Aufgabe erfüllen, alle ihre Kinder zu brauchbaren Staatsbürgern zu erziehen. **In allen weltlichen Fächern,** darin sind wir einig, **dürfen nicht konfessionelle Rücksichten den Gang des Unterrichts bestimmen,** sondern lediglich der jeweilige Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis. Anders scheint es beim Religionsunterricht zu liegen. Denn die Religion lebt in den verschiedenartigen Konfessionen der christlichen Kirchen in unserm Volk, und ihre Bekenner achten streng darauf, daß ihre Kinder in den Glauben an ihre konfessionelle christliche Lehrform hineinwachsen, an der sie selber festhalten. Nun kann aber diese religiöse Sonderpflege des konfessionell gefärbten Christentums (und Judentums) nicht Aufgabe der Schule des weltlichen Staates sein. **Sie muß zukünftig in die Hand der Kirchen gelegt werden.** Dann werden beide Teile ihr ungeschmälertes Recht erhalten; die Kirche wie die Schule.

Verschwindet damit der Religionsunterricht aus der Schule? Der weltliche Staat legt hohen Wert darauf, seinen Zöglingen das Verständnis zu wecken für den geschichtlichen Werdegang der christlichen Religionen und der übrigen Religionen der Menschheit. Darüber hinaus muß es sein Wunsch sein, durch den Geist des gesamten Unterrichts ebenso wie in einer besonderen religionskundlichen Unterweisung die Jugend zu Charakteren zu erziehen. Diesen Unterricht, der seinem Wesen nach auf das Gemüt wirken muß, mag die Kirche ergänzen in dogmatischen und katechetischen Stunden, die auf das Bekenntnis der Kirche eingestellt sind. **Die Ehrfurcht vor den innersten Bedürfnissen der Menschenseele** soll diese Willenserziehung der Schuljugend beherrschen. Ist dies der Wille der neuen Regierung, dann darf man der Entwicklung der Dinge mit Ruhe und mit gutem Gewissen entgegensehen. Denn wie man hört, sind die konfessionellen Staatsschulen willens, den Religionsunterricht der Kirchen, an welchem sich neben den Geistlichen besonders auch freiwillige Lehrer beteiligen mögen, in den Schulstundenplan aufzunehmen und auch in den Schulräumen zuzulassen.

Die Trennung der Schule von der Kirche wird dadurch in der Tat annehmbar! Sie gibt dem Staate auf der Schwelle einer neuen Zeit das zurück, was seinem Wesen als weltlichem Erzieher entspricht, und sie verbürgt den Kirchen ihre ungehemmte religiöse Einwirkung auf das heranwachsende Menschengeschlecht. Zugleich befreit sie die Religion von dem Fluch, ihre Bekenntnisse zwangsweise angeeignet zu sehen.

X-DD 249
XII-430
25.5.11

Rettung.

Die Lage unseres Vaterlandes ist am Schlusse des Weltkrieges außerordentlich ernst. Seiner Wehrhaftigkeit infolge der unmenschlich harten Waffenstillstandsbedingungen beraubt —, seiner Weltmachtstellung verlustig gegangen —, seine wirtschaftliche Produktion gefährdet —, das Gespenst des Hungers und der Reichsauflösung vor der Tür —, ist das noch vor kurzer Zeit so hochgemute und siegesgewisse deutsche Volk auf Gnade und Ungnade der Willkür seiner übermächtigen Feinde preisgegeben.

In dieser verzweifelten Lage beschwören wir die Schatten der Vergangenheit und suchen aus ihr Mut und Zuversicht zu schöpfen für den Ernst der Gegenwart. Denn noch verzweifelter war die Lage des deutschen Volkes am Schlusse des dreißigjährigen Krieges. Nur 4 Millionen verarmter und verelendeter Menschen erlebten die neue Friedenszeit. Deutschland lag in Jammer und Not, und es schien, als läge der Fluch Gottes auf ihm. Auf 10 Meilen in der Runde traf man höchstens nur einen Greis oder eine alte Frau. So schildern die Zeitgenossen die damaligen Verhältnisse. Aus dem Jammer jener Zeit rettete das deutsche Volk

das Merkantil-System und das absolute Fürstentum.

Das Problem jener Zeit hieß: Menschen und Geld. Das absolute Fürstentum beschränkte in Brandenburg die überlebte ständische Verfassung und trieb eine großzügige **Einwanderungs- und Siedelungspolitik.** So wurden die menschenleeren Gefilde bevölkert. Das Merkantil-System — **zu deutsch: auf den Handel sich gründend** — bezweckte durch seine Maßnahme die **Steigerung der Produktion** und die Verminderung der Einfuhr. Beide Systeme gelangten in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. zur höchsten Vollendung. Unter ihm wurde die Staatsgewalt wie ein **„rocher de bronce"** — wie ein Felsen von Erz — auf den Trümmern der vernichteten Standesverfassungen des Mittelalters aufgerichtet, und auf wirtschaftlichem Gebiete ging ebenfalls die Leitung ganz an die Staatsgewalt über. Diese beiden Systeme erhielten ihren Todesstoß bei **Jena** und **Auerstädt.** Der Geist der wirtschaftlichen und politischen Freiheit siegte über das alte staatliche Bevormundungs-System. Der Niederschlag dieses neuen Geistes ist in der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung zu erblicken.

„Dieser Geist der politischen und wirtschaftlichen Freiheit oder des Liberalismus"

wurde die Rettung aus der Niederlage nach Jena und Auerstädt. Der Geist des Liberalismus durchwallte so in den nächsten Jahrzehnten die deutsche Menschheit. Er befähigte das preußische und deutsche Volk zu den Befreiungskämpfen 1813—1815. Im Geiste des Liberalismus — der Einheit und Freiheit — **litten die Burschenschafter,** — fielen die Barrikadenkämpfer von 1848 — **stritten die Männer in der Paulskirche** für Deutschlands Einheit, siegten die **preußischen Waffen** bei **Düppel und Königgrätz** und in diesem Geiste hieben endlich aus den Reihen der Franzosen die deutschen Bataillone die Hohen-

x DD 249
XII- 421

26 I. 19

Der 26. Januar

Nur nicht müde werden!

Du mußt noch einmal zur Wahl gehen. Es kann auch hier für dich kein Schwanken geben. Du mußt wissen, wem du deine Stimme geben willst. Du sehnst dich nach Ordnung. Du willst eine feste Regierung haben. Gesetz und Recht sollen wieder Geltung besitzen in unserem Volk. Die Freiheit des Eigentums und der Person soll geschützt werden. Du willst, daß deine Kinder christlich erzogen werden können in Schule und Haus. Du willst, daß deine Kirche ihre Arbeit unbehindert und ungeknechtet tun kann.

Wenn du das willst, mußt du am 26. Januar bei der Wahl zur Preußischen Landesversammlung deine Stimme einer Partei geben, welche für Christentum, Freiheit, Ordnung und gleiches Recht für alle eintreten will.

Deutsche Frau und Mutter!

Auf dir ruht eine große Verantwortung für die Zukunft des preußischen Volkes. Es muß für dich Gewissenssache sein, zur Wahl zu gehen.

Preußische Frauen und Mädchen!

Eure Stimmen geben auch hier den Ausschlag. Ihr seid es, die über Preußens Zukunft bestimmen.

Wählt Männer und Frauen, welche für eure heiligsten Güter eintreten.

Zu beziehen durch die Wahlberatungsstelle der Vereinigung evangel. Frauenverbände Deutschlands, Berlin NW. 6, Charitéstr. 2.

Vereinsdruckerei G. m. b. H., Potsdam.

X-DD 249
XII-422

20/II. 19.
Vorwärts-Beilage



X-00 249
XII - 423

Nach Entbehrungen ohnegleichen, nach einem verlorenen Krieg /

gewiß: man begreift die allgemeine Unlust und Verzagtheit, man begreift die schmerzliche Gleichgültigkeit, die sich,

Kamerad Arbeiter,

Deiner bemächtigt hat.

Man hat Dir in hohem Ton von Menschheitsrechten und heiligen Menschheitsgütern gesprochen. Man hat Dich belogen und betrogen. Du bist stumpf und wund geworden oder einer verzweifelten Sucht anheimgegeben, ohne Rücksicht auf Deine Mitmenschen an Dich zu raffen, was immer zu erraffen ist. Man hat ja auf mich auch keine Rücksicht genommen, denkst Du. Aber Du bist Sozialist, besuchst voll innerster Anteilnahme die Versammlungen, hast den Drang zur Mitteilsamkeit und zum Austausch mit Deinen Kameraden. Du fühlst:

Ichsucht ist unfruchtbar,

Du fühlst Dich unwillkürlich noch einsamer und heimatloser in Deiner Heimat. Und unausbleiblich schließlich wäre

der sittliche Verfall,

wenn Du die Konsequenzen nicht aus Deiner Erkenntnis zögest.

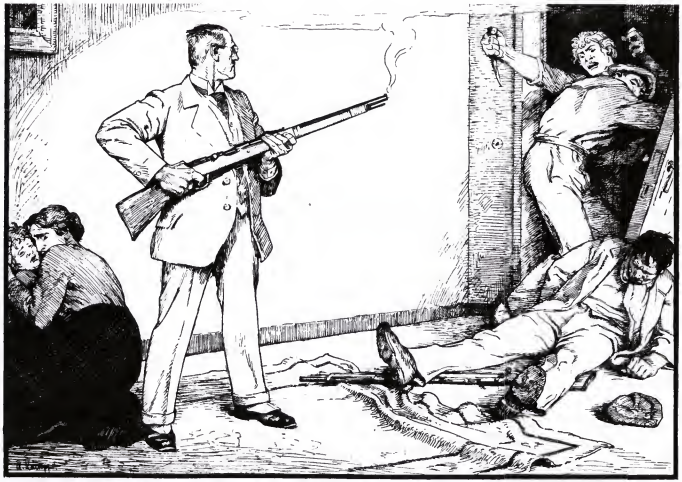
Verarmt an Produktionsmitteln, ohne Hilfe und Kredit von außen her, sind wir einzig auf die eigene Kraft angewiesen. Nie wurden an die Energie und Ausdauer eines Volkes solche Anforderungen gestellt. Gewiß, es kostet Opfer, es kostet Schweiß,

aber: Kamerad Arbeiter, hast Du Deinen Ehrgeiz vergessen? — Willst Du Dich unterkriegen lassen?

Du hast ertragen, daß der Krieg verloren wurde, denn im eigentlichen Sinn wurdest nicht Du, ein verhaßtes System wurde besiegt.

Aber könntest Du ernstlich ertragen, daß Du persönlich der Entente gegenüber eine Niederlage erlittest, daß fremder Militarismus Dich unterjochte und fremdes Kapital, daß die Erfüllung der Revolution ein jahrhundertweit hinausgeschoben würde?

23.III.19
XOD249
XII 424



Berliner! Schützt Euch und Eure Familie!

Meldet Euch zur Einwohnerwehr! Meldestellen: Für Berlin: Eden-Hotel, Garde-Kavallerie-Division, Abt. VIII. Friedenau: Königin-Luise-Gymnasium, Goßlerstr. 14. Schöneberg: Neues Rathaus, Zimmer 44. Steglitz: Rathaus. Dahlem: Podbielskiallee 78. Wilmersdorf: Schaperstr. 25. Charlottenburg: Rathaus, Zimmer 21. Lichterfelde: Direktor, Gymnasium.

X-DD 249
XII-425

16. VI. 1919

Die Wahrheitsliebe der Berliner Buchdruck-Unternehmer!

Die Lohnbewegung des technischen Hilfspersonals in den Buchdruckereien wird seitens der Unternehmer mit den schmählichsten Mitteln bekämpft. Vor allem sucht man den Berliner Zeitungslesern klar zu machen, daß wieder die von den Arbeitgebern in letzter Zeit so oft herangezogene

„Begehrlichkeit der Arbeiterschaft diese Bewegung verschuldet."

Zu diesem Zweck erscheint in dem Blättchen

„Die neue Zeitung"

am 14. Juni abends eine scheinbar von der Unternehmerorganisation hineinlanzierte Notiz unter der Überschrift

„Streik im Berliner Zeitungsgewerbe"

die ihren Lesern folgende Lügen auftischt:

„Im Berliner Zeitungsgewerbe ist ein Streik des technischen Hilfspersonals ausgebrochen. Sie fordern eine monatliche Teurungszulage von ungefähr 100 Mark. Da man mit einer wirtschaftlichen Forderung des übrigen technischen Personals ohne weiteres zu rechnen hat, falls dem Verlangen der Hilfsarbeiter nachgegeben würde, so stellen sich die Berliner Zeitungsbetriebe diesen Forderungen vorläufig ablehnend gegenüber. Bis jetzt ist zwischen den beiden Parteien noch nicht verhandelt worden."

Hierzu stellen wir fest:

Es ist eine wissentliche Unwahrheit; wenn behauptet wird, daß die beiderseitigen Kommissionen noch nicht verhandelt haben.

Die erste Verhandlung fand am 5. Juni statt.

Die Prinzipalskommission bot den Arbeitnehmern an: für männliches Personal 8 Mark, für weibliches Personal 5 Mark und für jugendliches Personal 3 Mark pro Woche.

Dies Angebot konnte von den Arbeitnehmer-Vertretern nicht akzeptiert werden.

Die zweite Verhandlung fand am 12. Juni statt.

Die Unternehmer boten den Arbeitnehmern jetzt an:

für männliches Personal	10 Mark,	
„ weibliches „	6 „	und
„ jugendliches „	4 „	pro Woche.

Die Arbeitnehmerkommission machte dagegen folgende Vorschläge: für männliches Personal 12 Mk.

- **„ weibliches „ 9 „**
- **„ jugendliches „ 5 „**

Die Unternehmerschaft mag zur Kenntnis nehmen, daß es in der Ortsgruppe Berlin unseres Verbandes keine Spaltung in der politischen Richtung in ihrem Sinne gibt.

Erst die letzte große Mitgliederversammlung hat festgestellt, daß sich beide Parteien innerhalb der Berliner Organisation, Unabhängige wie Mehrheitssozialisten vollständig einig in gewerkschaftlichen wie politischen Fragen sind und geschlossen die Wege gehen, die ihnen die Versammlung gewiesen hat.

Trotzdem die Arbeitsniederlegung in den Riesen-Zeitungsbetrieben in aller Ruhe, ohne jede Störung vor sich ging, haben die Unternehmer diese Großbetriebe zur selben Zeit mit einer großen Zahl Regierungstruppen besetzen lassen.

Die Unternehmerschaft betrachtet eben jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, die in den Ausstand treten, um existenzfähige Löhne zu erringen, als Verbrecher. Auch gegen diese Handlungsweise legen wir schärfsten Protest ein.

Warum fordern die Arbeitgeber nicht geschlossen von der Regierung die Herabsetzung der Lebensmittelpreise auf ein vernünftiges Maß?

Warum fordern sie nicht ferner von der Regierung die Herabsetzung der Preise für Wirtschaftsartikel, Kleidung, Wäsche usw.? Die Arbeiterschaft wird alle diese Bestrebungen weitgehendst unterstützen und falls dies erreicht wird,

auf einen vernünftigen Abbau der Löhne eingehen.

Statt dessen sind die leitenden Kreise eifrig bestrebt, der Arbeiterschaft die Lebenshaltung möglichst zu erschweren. Das ergibt sich aus dem in den letzten Wochen festgesetzten Preis von 25 Mark für einen Zentner Kartoffeln und elf Mark für ein Pfund Schweinefleisch.

Die Unternehmer stehen dieser Lage der Arbeiterschaft verständnislos gegenüber und behaupten bei jeder Gelegenheit, daß das Buchdruckgewerbe keine Belastung mehr tragen kann. Dabei bringt jede Teurungszulage an die Personale ihnen eine Druckpreiserhöhung ein; im letzten Vierteljahr waren von 70 Prozent höchstens 35 Prozent an Teurungszulagen vorausgabt worden. In diesen 35 Prozent sind die Teurungszulagen, die das Hilfspersonal fordert, aber noch nicht erhalten hat, eingeschlossen.

Dagegen rüstet aber die Unternehmerschaft durch Gründung eines Arbeitgeber- [illegible] Arbeiterschaft und es gewinnt den Anschein, [illegible]

X-DD 249
XII-426

Wähler! Wählerinnen!

Am 6. Juni entscheidet Ihr das Schicksal der deutschen Republik und des deutschen Volkes, Euer eigenes Schicksal. Ihr wählt nicht wie im alten Deutschland einen machtlosen Reichstag, sondern einen Reichstag, aus dessen Mitte die neue Regierung hervorgehen soll und der die höchste verfassungsmäßige Macht darstellt. Reichstag und Regierung sind in der deutschen Republik die Vertreter des Volkswillens.

Alle Macht geht vom Volke aus!

Deutsch-Nationale und Deutsche Volkspartei werben um Eure Stimmen und versuchen, Euch über ihre früheren **Sünden** und **Verbrechen** hinweg zu täuschen. **Wähler! Denkt daran,** daß diese Parteien es waren, die Euch früher die gleichberechtigte Mitbestimmung in Reich, Staat und Gemeinde verweigerten, und das Dreiklassen-Wahlrecht mit allen Mitteln aufrecht erhalten haben.

Denkt daran, daß die reaktionären Parteien Arbeiterschutz, Soziale Versicherung und freies Koalitionsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten bekämpft und die ganze Staatsmacht in den Dienst des kapitalistischen Unternehmertums gestellt haben, daß sie bis zum letzten Tage ihrer Macht die Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und Dienstboten aufrecht erhalten haben.

Denkt daran Ihr Frauen, daß diese Parteien Euch stets das Wahlrecht und die **Gleichberechtigung verweigerten,** daß sie aber dem Kapitalismus die weiteste Möglichkeit zur Ausbeutung auch der weiblichen Kräfte gegeben haben.

Denkt daran Ihr Beamte, daß Deutsch-Nationale und Deutsche Volkspartei, als sie noch an der Macht waren, Euch zu ihren Knechten machten, daß sie Euch das Recht, gewerkschaftlichen Organisationen anzugehören, verwehrten, daß Ihr willenlose Sklaven Eurer Vorgesetzten wart, daß man Eure Wünsche nach ausreichender Bezahlung unbeachtet ließ.

Traut auch nicht den **Deutsch-Demokraten,** die nur Unternehmer- und Kapitalinteressen vertreten.

Welche Partei ist **immer** eingetreten

für Gleichberechtigung der Frau,
für freies Koalitionsrecht,
für Arbeiterschutz und Sozialgesetzgebung,
für ein freies Beamtentum?

Allein die Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)

Als die Sozialdemokratische Partei durch die Revolution zur Macht kam, hat sie begonnen, ihre früheren Forderungen

sofort zu verwirklichen

und verteidigt das Erreichte mit aller Kraft.

Wollt Ihr Euer Recht sichern, so wählt **am 6. Juni die Liste der**

Sozialdemokratischen Partei (S. P. D.)

1. Im Kreise Stadt Berlin:
Heimann — Klara Bohm-Schuch — Fischer.

2. Im Kreise Teltow — Beeskow — Storkow — Charlottenburg:
Bernstein — Elfriede Kyneck — Krüger.

3. Im Kreise Niederbarnim:
Wissel — Marie Juchacz — Sidow.

Hesse & Stahl, Berlin S. 42 (Verr. Notophot Act.-Ges.)

0290B1 Aug. 13 42

X 90 249
XII- 427

Warum brauchen wir die Nationalversammlung?

1. Weil wir **nicht weiter hungern** und im Frühjahr nach Verbrauch unserer eigenen Ernte **nicht verhungern** wollen. Denn ohne die Gewähr geordneter Verteilung wird Amerika die uns schon im Waffenstillstand zugesagte Lebensmittelunterstützung immer wieder versagen.

2. Weil wir **weder Arbeitslosigkeit noch Elend** über unser Volk bringen wollen, sondern ihm die Aufhebung der Blockade, die Wiederzulassung zum Weltverkehr und dadurch die ihm bitter notwendige Versorgung mit Rohstoffen ermöglichen wollen.

3. Weil wir überhaupt erst einmal bei Unternehmern und Arbeitern den gelähmten Willen zur **Produktion** neu beleben wollen. Denn Arbeit kann nur da vollbracht werden, wo öffentliche Ordnung und Sicherheit für jeden Staatsbürger garantiert ist, wo Macht nie und nimmer vor Recht geht.

4. Weil **die drückende Finanzlage des deutschen Volkes** es nicht länger erlaubt, daß Nationaleigentum und das Geld aller Steuerzahler weiterhin unverantwortlich vergeudet und verschwendet wird. Denn „alles ist unsicher; sicher ist nur der Ruin, wenn es so weitergeht, wie es jetzt getrieben wird" (Staatssekretär Schiffer am 9. 12. 1918).

5. Weil **dieser Ruin** ohne allgemeine Rechtssicherheit und tatsächliche Verantwortlichkeit aller Behörden **unaufhaltsam** ist.

6. Weil wir aller Kleinstaaterei für alle Zeiten überdrüssig sind und **ohne die deutsche Reichseinheit überhaupt nicht** leben können. Denn nur durch die Bildung einer vom ganzen deutschen Volke gewählten Reichsregierung nehmen wir zugleich den Eigenbrötlern im eigenen Volke den Vorwand zur Nachfertigung ihrer verhängnisvollen Absonderungspläne.

7. Weil **das deutsche Volk über jede Art der Gewaltherrschaft**, unter welcher Flagge sie auch segelt, ein für allemal hinaus ist.

8. Weil wir vielmehr glauben an die Reife des deutschen Volkes zur **„Selbstbestimmung"**.

9. Weil wir **auch über die eigenen Grenzen unseres Volkes hinaus** blicken und ohne Scheuklappen mit eigenen Augen **sehen, was rechts** und links von uns vorgeht.

10. Weil wir dem **Präsidenten Wilson** und den Arbeiterparteien Englands und Frankreichs in ihrem ohnedies schon ungleichen Kampfe gegen die Eroberungspolitiker ihrer Länder durch Verwirklichung **des demokratischen Gedankens** in unserem eigenen Hause moralisch **zu Hilfe kommen** wollen.

11. Weil wir endlich **unserem Volke den längst verdienten Frieden nicht** einen Tag länger **vorenthalten wollen**, als es mit unserem eigenen Gewissen vereinbar ist. Denn diesen Frieden werden die Gegner unter allen Umständen von der Schaffung einer vom ganzen deutschen Volk gewählten und **ihm** verantwortlichen Reichsregierung **abhängig** machen.

Alles ist unsicher, nur eines ist sicher:

Die Nationalversammlung kommt!

Entschließen wir uns nicht freiwillig dazu, dann zwingt uns der Gegner, denn er braucht sie zum Friedensschluß ebenso wie wir!

Ohne Nationalversammlung keinen Frieden!

Druck: Arbeitsgemeinschaft, Berlin W 30.

X-DD349
X-428



X-DD 249
XII- 429

Ultimatum oder verhandeln?

Die Mitteilungen aus Frankreich, England und Amerika zeigen deutlich, daß die feindlichen Unterhändler in zwei Lager geteilt sind. Die eine Partei will mit Deutschland verhandeln, die andere Partei jede Abänderung des Vertrages ablehnen und uns ein kurzfristiges Ultimatum stellen. Kommt es zwischen diesen beiden Parteien zur Einigung? Bisher sind unsere Feinde stets einig geblieben, weil Deutschland alles angenommen hat, was ihm geboten ist. Daraus werden die Feinde ihre Lehren ziehen. Kein Mensch in Deutschland kann sich wundern, wenn jetzt von feindlicher Seite ein Ultimatum kommt. Die beiden feindlichen Parteien werden sich verständigen unter der Formel:

„Zunächst der Versuch eines Ultimatums — Deutschland hat bisher ja stets alles angenommen —, versagt das Ultimatum, erst dann wird verhandelt!"

Läßt Deutschland sich durch ein Ultimatum verblüffen, dann unterschreibt es sein eigenes Todesurteil. Lehnt es das Ultimatum ab, so ist nicht eine Fortsetzung des Krieges die Folge — auch unsere Feinde brauchen dringend Frieden —, die Folge sind Verhandlungen, deren Ergebnis ein Fortbestehen Deutschlands unter erträglichen Bedingungen sein wird.

X-UD 249
XII - 430

Schützt das Eigentum der sozialen Republik!

Ein Ruf an Alle!

Die Reichsregierung und das Kriegsministerium haben folgenden Aufruf erlassen:

„Millionenwerte gehen dem Reich verloren, dadurch, daß Heeresgeräte, Waffen, Bekleidung und Pferde von unberechtigter Seite unter der Hand verkauft werden. Alle Kommandobehörden und Arbeiter- und Soldatenräte werden dringend ersucht, diesem unrechtmäßigen Verkauf mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die unberechtigten Verkäufer und Käufer von Staatseigentum setzen sich schwerster Bestrafung aus. Alle militärischen und Zivilbehörden werden ersucht, herrenloses Heeresgerät zu sammeln und für gesicherte Ablieferung an die zuständigen Sammellager zu sorgen."

Was uns die Machthaber des militärischen Deutschlands verschweigen wollten, das wissen wir heute: daß wir den Krieg verloren haben, daß es schwere Opfer kosten wird, mit leidlich heiler Haut aus dem Zusammenbruch herauszukommen. Vier Jahre hat man uns in Träume einwiegen wollen, daß wir reich sein würden. Heut wissen wir, daß wir arm sein werden, und daß wir nur durch unermüdliche, pflichttreue Arbeit wieder in die Höhe kommen können. Wir werden es! Es wäre nicht das erste Mal, daß Deutschland aus einem Niedergang, der hoffnungslos schien, sich wieder emporgehoben hat zu Glück und Wohlstand, zu Ansehen und Ehre. Fleiß, Ernst und Verantwortungsgefühl haben unser Volk den Dreißigjährigen und Siebenjährigen Krieg und die schwere Zeit der napoleonischen Herrschaft überwinden lassen, sie werden uns helfen, daß wir auch diese schwere Zeit überstehen.

Unermüdliche Arbeit im Neuaufbau ist dazu nötig, aber auch strengste Sparsamkeit und sorgfältigste Schonung aller vorhandenen Güter. Wer öffentliches Gut, welcher Art es auch sei, verunreut oder leichtfertig vergeudet, begeht ein Verbrechen an der Allgemeinheit.

Unermeßliche Werte sind schon verloren gegangen.

Der Vollzugsrat des Berliner A.- und S.-Rates hat folgenden Aufruf erlassen müssen:

Kameraden! Jedem am 9. November 1918 und später aus dem Heere ausscheidenden Unteroffizier und Mann sollte unentgeltlich ein Entlassungsanzug mitgegeben werden.

Durch Eingriffe und Beschlagnahme Unberufener, durch Plünderung und unberechtigten Verkauf in den ersten Tagen nach der Revolution sind die Kammerbestände und Bekleidungslager fast vollständig geleert.

Neue Anzüge müssen erst wieder angefertigt werden. Ihre Herstellung kostet Zeit. Es wird alles daran gesetzt werden, sie rasch bereitzustellen. Soweit neuer Vorrat da ist, wird zunächst das Feldheer versorgt werden. Das Heimatheer wird sich mit den Sachen begnügen müssen, die es bereits hat. Sie sind durchschnittlich nicht so verbraucht wie die Anzüge des Feldheeres. Wer künftig einen besseren Anzug erhält, muß den alten unbedingt zurückgeben; er wird dringend zur Herstellung weiterer Entlassungsanzüge gebraucht. Kameraden! Wir bitten euch: würdigt die Lage, die nicht durch uns verschuldet ist. Habt Geduld und Vertrauen! Seid maßvoll in euren Ansprüchen! Sorgt für Rücklieferung unrechtmäßig zurückgehaltener Bekleidung! Schützt die Kammerbestände, hindert den Verkauf und die Verschleuderung.

Die Schamröte steigt einem ins Gesicht, wenn man das liest. Gefindel, das unter der neu errungenen Freiheit der sozialen Republik nur die Befriedigung seiner Gier versteht, hat es soweit gebracht, daß unseren Brüdern und Söhnen, die nach viereinhalb Jahren unsagbarer Leiden heimkehren, nicht ihr Recht gewährt werden kann, daß man ihnen den versprochenen Entlassungsanzug nicht geben kann, weil die Vorräte durch Mißbrauch und Plünderung geleert sind.

Das darf nicht sein!

Jeder muß hier helfen.

An erster Stelle stehen die Ansprüche des Feldheeres! Wer nicht in Lumpen geht, trete zurück. Jeder helfe unrechtmäßig erworbene oder zurückgehaltene Kleidungsstücke und anderes Heeresgut wieder zur Stelle zu schaffen!

Damit wir uns nicht vor den Heimkehrenden schämen müssen!

Vereinigte Kunstinstitute Akt.-Ges., Berlin-Schöneberg, Feurigstr. 59

X-DD 249
XII-431

Kundgebung.

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Die Vertreterkonferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erklärt, daß sie von den durch ihren Verhandlungsausschuß mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien erzielten Vereinbarungen zwar nicht restlos befriedigt ist, ihnen aber gleichwohl zustimmt und hiermit den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklärt.

Berlin, den 20. März 1920, morgens 7.05 Uhr.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund C. Legien.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände E. Aufhäuser.
Deutscher Beamtenbund Kugler. Scherff.

Das Ergebnis der Verhandlungen über Beendigung des Generalstreiks.

Die im preußischen Staatsministerium am Nachmittag des 19. März aufgenommenen und bis zum heutigen Tage morgens um 5 Uhr fortgesetzten Verhandlungen zwischen den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes, sowie der Berliner Gewerkschaftskommission einerseits und Vertretern der Reichs- und Staatsministerien, sowie der drei Regierungsparteien andererseits, haben zu nachstehenden Vereinbarungen geführt:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Persönlichkeiten von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gestellt und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.
2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der Verfassungsmäßigen Regierungen schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.
3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiederherstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.
4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
5. Tatkräftiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.
6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzugezogen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.
7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.
8. Bürgschaft Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Noske und Heine ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der Schutzhaft der in ihr Befindlichen zu dringen.

Mit wuchtigen Schlägen hat das arbeitende Volk Deutschlands, insonderheit das Berlins, den monarchistischen Putsch niedergeschlagen und die republikanische Freiheit gerettet. Darüber hinaus sicherte sich die organisierte Arbeiterschaft weitgehenden Einfluß auf die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und schuf Garantien für die Verhütung gegenrevolutionärer Erfolge.

Glänzend hat sich in diesem Kampfe die Organisation des arbeitenden Volkes bewährt. Sie muß und wird auch in Zukunft unser stärkstes Bollwerk sein.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
C. Legien.

K.00 249
XII-432

An das deutsche Volk!

Arbeiter, Bürger, Soldaten!

Die Regierungskrise hat die Lösung gefunden, die das deutsche Volk **erwartet** hat. **Die Unabhängigen sind ausgeschieden,** die Reichsregierung wird aus den Reihen der **Mehrheitssozialisten ergänzt** werden und, von inneren Hemmungen frei, an die Lösung ihrer großen Aufgaben gehen: die **Wahlen zur Nationalversammlung** und den **Frieden** vorzubereiten und bis dahin die Aufrechterhaltung einer **freiheitlichen Ordnung** sicherzustellen.

Die Vertreter der Unabhängigen sind ausgetreten, weil der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gegen sie entschieden hat. Der Zentralrat hat erklärt:

> „Die Volksbeauftragten **Ebert, Landsberg** und **Scheidemann** haben dem Kriegsminister lediglich den Auftrag erteilt, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten von dem [illegible] bekannt geworden ist, daß er **für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garantieren könne.** Das **billigt** der Zentralrat."

Nach diesem Schiedsspruch von der **höchsten Instanz,** von den Vertrauensleuten sämtlicher A.- und S.-Räte Deutschlands, sind die Unabhängigen aus der Regierung geschieden. Sie haben sie in einem Augenblick verlassen, wo alles [illegible] **waltsame Eingriffe zu schützen,** und mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre **eigene Arbeitsmöglichkeit** und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten — **auf diese Frage haben die Unabhängigen geschwiegen!**

Vor der Beantwortung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes haben sie sich gedrückt! **Damit haben sie bewiesen, daß sie die erste Pflicht jeder Regierung nicht erfüllen wollen: Die Sicherheit innerhalb des Staates zu gewährleisten!**

Die Revolution ist nicht Anarchie, sondern **erhöhte** Sicherheit, gestützt auf den **freien** Willen gleichberechtigter Staatsbürger!

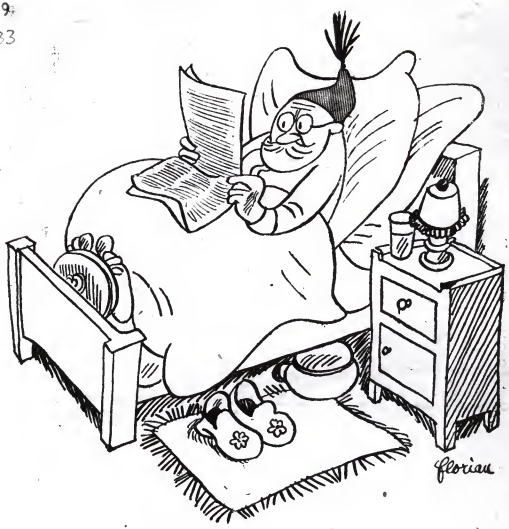
Indem die Unabhängigen die Mittel zur staatlichen Sicherung ablehnten, haben sie sich als **regierungsunfähig** erwiesen.

Für uns ist die Revolution keine Parteiparole, **sondern das kostbarste Gut des ganzen** schaffenden [illegible]

Wir übernehmen ihre Aufgaben als Beauftragte des Volkes mit dem Schwur: **Alles für die Revolution, alles durch die Revolution!** Aber auch mit der festesten Absicht, jedem unerbittlich entgegenzutreten, der aus der Revolution des Volkes den **Terror einer Minderheit** machen will.

Hunderttausende demonstrieren heut für die **neue Regierung,** um den skrupellosen Mißbrauchern der Straße zu beweisen, wo die Mehr-

X-DO 249
XII- 433



Die neue Zeit will neue Leute,
Auf, aus dem Bett,
und wählt sie heute!

Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche
und wirtschaftliche Bildung, Berlin W 35

V-DD 249
XII-434

Aufruf an die Jugend!

Aus allem Chaos, aus dem Schrecken und Wirrnis dieser entsetzlichen Zeit, von der keiner weiß, wie sie enden wird, — darf, kann und soll sich nur ein Gedanke erheben: uns und alle kommenden Generationen zu solchen Resultaten nicht noch einmal gelangen zu lassen. Und damit ist auch schon der Inhalt meines Programms gegeben: Kampf gegen den Krieg. Ich rufe alle Jungen Menschen auf, sich in einem großen Jugendbunde zusammenzuschließen, der unter dem erhabenen Namen Tolstois und in seinem Sinne wirksam sein soll. Wir wollen uns nur an die Jugend wenden, an die zwischen 14 und 21, weil wir die größte Gefahr gerade für diese sehen, weil sie, unkritisch und begeisterungsfähig, mit derselben Freiwilligkeit sich und ihr junges, gutes Leben weihen wird einem törichten, unerfaßbaren Ideal, wie sie bis heute — und mit welchen furchtbaren Resultaten — getan hat und noch weiter tut. Wir wenden uns nicht an die Älteren und Alten, weil diese durch ihre politische Betätigung ja die Möglichkeiten haben, für ihr Staatsideal zu arbeiten und weil wir — dennoch oder deswegen — wissen, daß sie einen Irrweg gehen, daß jede Politik in sich schlecht, kompromißlich und verfehlt ist; daß wir ihnen aber nicht helfen können, — weil wir's nicht können und nicht wollen. Die heutige Generation ist dem Untergang geweiht; so wollen wir wenigstens die nächste, d. h. die wenigen, die nicht verhungert, verrückt oder geschlachtet sind, retten, erlösen. Erlösen aus dem Starrkrampf des Staates, aus der Schemenwelt verbrecherischer und verruchter Ideale und Moralbegriffe. Nie ist es dulce, für's Vaterland zu sterben, und immer wird der, der dazu aufruft, ein ebensolch gottloser Massenmörder sein wie der scheußlichste General — und trägt er auch den Namen des größten Pädagogen!

Jugend, du, aller Stände: Das Leben ist der Güter höchstes, der Übel größtes aber ist Gewalt. Wir setzen ihr und ihrem Symbol, der Staatsgewalt, das entgegen, das sie nie haben und begreifen wird: Liebe, bewußte, leidenschaftliche, tätige und verantwortliche Liebe. Deren reinster Ausfluß Demut ist, die niemanden beherrscht, aber auch von niemandem beherrscht sein will, nur durchströmt vom Willen Gottes, also der Liebe. Für uns sprach einer vor 2000 Jahren am Berge zu den Bedrückten und Unterdrückten, und für uns lief einer vor 10 Jahren im Greisenalter in den Schnee. Wir wollen ihnen leben. Im Denken und in der Tat. Wenn wir Verfolgungen erleiden, werden wir sie auf uns nehmen. Haben wir nur Mut zu uns, zu unserer Jugend, zu unserer Wahrhaftigkeit und zu dem Göttlichen in uns, das keinen Mord, keine Gewalttat kennt und das wir Seele nennen. Wir wollen der Welt den ewigen Frieden bringen, wir „Idealisten, Narren und Phantasten", damit die Welt endlich zu sich und sich finde. Wir wollen die Jugend lehren, Götter ehren, aber nicht Speere und Flammen werfen. Wir wollen das Glück den Menschen bringen, uns und den kommenden, wir wollen Streiter sein im Heere des Lichts, im Namen des Geistes!

Diese Forderungen stelle ich zur Diskussion:

Ich will das Werk Tolstois in Wort und Tat vertreten, verteidigen und verwirklichen.

Ich will das Phantom „Staat" durch Militärdienstverweigerung, eventuell auch Eid-, Steuerzahlung- und Wahlenthaltung, beseitigen.

Ich will mich nie gewaltsamer und terroristischer Mittel, wie Drohung, Erpressung oder Waffenanwendung, bedienen.

Zuschriften an:

Fritz Gross

Berlin-Wilmersdorf, Holsteinische Straße 60.

Buchdruckerei Otto Hellwig, Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstr. 61.

X-DD 249
XII - 435

Was versteht man unter Sozialisierung?

Das große Wort, unter dem die deutsche Revolution einherzog, war die Forderung nach der Sozialisierung der deutschen Wirtschaft.

Millionen von Arbeitern, die bisher den Sozialismus nur dem Namen nach kannten, die nicht in der Lage waren mit diesem Worte einen bestimmten Begriff zu verbinden, griffen dieses Wort auf mit der Leidenschaft, mit der sich primitive Menschen an ein neu aufgestelltes Dogma klammern. In ihrer großen Not des beengten Lebensmittelspielraumes und in der Sorge um die dahlige gründliche Besserung ihrer Lebenslage war ihnen ein brünstiger Glaube an die Allmacht des Sozialismus erwachsen.

Sie wußten nicht was der Sozialismus begrifflich ist, welche Segnungen durch ihn erzielt werden können und in welchem Tempo eine Milderung unserer Wirtschaftsnöte erreichbar ist. Sie glaubten an den Sozialismus wie an jenes märchenhafte Tischlein-deck-dich, wie an ein Schlaraffenland und wie an ein Instrument, mit dem man den Himmel öffnen und sofort reichlich Manna auf die Erde niederregnen lassen könne.

Darum auch die Glut, die bis zum Fanatismus gesteigerte Leidenschaft, mit der gerade die Tätigsten stürmisch auf den Sozialismus drängten, die sich früher nie mit ihm beschäftigt hatten und die auch heute noch unfähig und unlustig sind, sich die tiefe Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu beschaffen, die notwendig ist, um den Sozialismus durch verantwortungsvolles Handeln und kluges Abwägen uns näher zu bringen.

Sie sind die leicht erregbaren Elemente, die

das ganze Werk der Sozialisierung zu verderben

und in den Aftersozialismus zu verlästern drohen, unter dem sich die russische Wirtschaft zur Zeit verbirgt. Sind die Aufregungen und die Nationalversammlung bis zur Stunde an garantien für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens geschaffen haben, erscheint ihnen nichts. Nach jeder neuen Bewilligung der Arbeiterforderungen, nach jedem neuen Schritt des Entgegenkommens, nach jeder neuen Verordnung und nach jedem neuen Gesetz im Sinne ihrer Klüfte gewahrten sie, daß damit die erhoffte sofortige Erlösung aus ihrer Alltagsnot nicht gekommen war, sie sahen in all dem nichts als ein Stück Papier und wußten damit nichts anzufangen. Sie konnten darum nichts damit anfangen, weil sie in

absoluter Unkenntnis der Bedingungen für wirtschaftliche Umgestaltung

waren, weil ihnen die Fähigkeit abging, für den Sozialismus selbst aktiv zu wirken und weil sie glaubten, die Regierung müsse wie eine Kindsmagd jedem die mit Milch gefüllte Saugflasche an den Mund halten.

Das kann die Regierung nicht. Das konnte weder die Regierung Wilhelms II., noch kann es die Regierung Lenins und Trotzkis. Die Regierung ist nichts anderes als der oberste Verwaltungsausschuß der Volksinteressen. Sie vermag nur zu geben.

was das Volk zu geben vermag.

Das gesamte Volk, also der Staat, vermag wirtschaftliche Reichtümer aber nur dann zu verteilen, wenn die tätigen Produktivkräfte des Volkes diese Reichtümer erzeugen. Was für das Volk getan werden kann, muß

durch das Volk

getan werden.

Die Regierung hat die Demokratie fest verankert. Alle Teile des Volkes ohne Ansehen der Person können mit gleicher, gerechter Anteilnahme auf die Gestaltung der Volksgesetze einwirken. Die Erwählten des Volkes in Parlament und Regierung haben durch ihre gesetzgeberische Tätigkeit den Weg zu bauen, auf dem die den Interessen des Gesamtvolkes dienende Entwicklung verlaufen soll. Die Regierung mit dem Parlament ist sich einig darüber, daß die privatkapitalistische Wirtschaftsweise zugunsten der sozialistischen abgebaut werden muß, und daß die Ausbeutung der Lohnarbeiter durch das Unternehmertum verschwinden muß.

Dieses Ziel kann nur durch die Sozialisierung geschehen, dadurch, daß die Betriebe unter der Mitverwaltung und Kontrolle der Arbeiter tätig sind und daß sie in den Besitz des gesamten Volkes übergeführt werden. Für diese Aufgabe kann die Regierung nichts anderes leisten, als die dazu erforderlichen Gesetze zu erlassen. Durch gesetzliche Maßnahmen kann nur rein formell die Sozialisierung geschaffen werden.

Der praktische Sozialismus

auf durch die Tätigkeit der Arbeiter selbst herbeigeführt werden. Sozialisierungsgesetze sind lediglich die Instrumente, mit deren Hilfe die Arbeiterschaft je nach dem Grad ihrer Wichtigkeit und produktiven Genossenschaftstätigkeit die Segnungen des Sozialismus praktisch gestalten können.

Die Sozialisierung des Kohlensyndikats, die durch Gesetz herbeigeführt ist, und die danach folgende Sozialisierung des Kohlenbergbaues ändern zunächst rein äußerlich wahrnehmbar noch nichts. Damit werden vorerst die Kohlenpreise diese so bleiben und damit wird kein Brocken Kohle mehr erzeugt werden. Damit werden

X-DD 249
XII-436

Sozialisierung des Bergbaues!

In der Nationalversammlung in Weimar ist am Sonnabend folgender

Antrag der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion

gestellt worden:

1. Das Eigentum an den zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen steht allein der Nation zu.

2. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Überführung der Bergwerke und Erzeugung der Energie in öffentliche Betriebe (Sozialisierung) mit möglichster Beschleunigung zu betreiben und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) zur Kontrolle und Verwaltung heranzuziehen.

X-00 249
XII-437

Arbeit oder Hungersnot!

Mit dem **Frühjahr** beginnen wieder die gesteigerten **Ernährungsschwierigkeiten.** Von der deutschen Ernte sind nur noch knappe Reste da. Helfen kann uns nur **gesteigerte Arbeit** im Innern und **Zufuhr von außen.**

Dazu brauchen wir:

Im Inland

Mehr Kohle
mehr Maschinen

Für's Ausland

Mehr Kohle, mehr Kali
mehr Farbstoffe mehr Chemikalien

X-DD249
XII-438



x-00 249
XII-439

Nach Entbehrungen ohnegleichen, nach einem verlorenen Krieg /

gewiß: man begreift die allgemeine Unlust und Verzagtheit, man begreift die schmerzliche Gleichgültigkeit, die sich,

Kamerad Arbeiter,

Deiner bemächtigt hat.

Man hat Dir in hohem Ton von Menschheitsrechten und heiligen Menschheitsgütern gesprochen. Man hat Dich belogen und betrogen. Du bist stumpf und wund geworden oder einer verzweifelten Sucht anheimgegeben, ohne Rücksicht auf Deine Mitmenschen an Dich zu raffen, was immer zu erraffen ist. Man hat ja auf mich auch keine Rücksicht genommen, denkst Du. Aber Du bist Sozialist, befuchst voll innerster Anteilnahme die Versammlungen, hast den Drang zur Mitteilsamkeit und zum Austausch mit Deinen Kameraden. Du fühlst:

Ichsucht ist unfruchtbar,

Du fühlst Dich unwillkürlich noch einsamer und heimatloser in Deiner Heimat. Und unausbleiblich schließlich wäre

der sittliche Verfall,

wenn Du die Konsequenzen nicht aus Deiner Erkenntnis zögest.

Verarmt an Produktionsmitteln, ohne Hilfe und Kredit von außen her, sind wir einzig auf die eigene Kraft angewiesen. Nie wurden an die Energie und Ausdauer eines Volkes solche Anforderungen gestellt. Gewiß, es kostet Opfer, es kostet Schweiß,

aber: Kamerad Arbeiter, hast Du Deinen Ehrgeiz vergessen? — Willst Du Dich unterkriegen lassen?

Du hast ertragen, daß der Krieg verloren wurde, denn im eigentlichen Sinn wurdest nicht Du, ein verhaßtes System wurde besiegt.

Aber könntest Du ernstlich ertragen, daß Du persönlich der Entente gegenüber eine Niederlage erlittest, daß fremder Militarismus Dich unterjochte und fremdes Kapital, daß die Erfüllung der Revolution ein jahrhundertweit hinausgeschoben würde?

X.DD 249 1
II-440

Brauchen und dürfen wir au
unsere Ostmarken verzichten

Nein! Niemals! Unter keinen Umständen! Warum nich

I. **Wir besitzen ein historisches und moralisches Recht auf die Ostmarke**
denn:

1. sie sind vor der Einwanderung der Polen von **germanischen Stämmen** bewohnt gewese
2. nach der Besitzergreifung durch die Polen sind sie von den durch diese selbst ins La gerufenen **deutschen Bauern** und **Bürgern** seit 8 **Jahrhunderten in friedlich Arbeit der deutschen Kultur erschlossen worden;**
3. nach **ihrer Eingliederung in den Preußischen Staat** 1772 und 1793 **verdanken** ihren gegenüber Galizien und Russisch-Polen unvergleichlichen **kulturellen Aufstieg d Fürsorge des preußischen Staates.** Alle **kulturellen, sozialen** und **wirtscha lichen Errungenschaften** waren stets und sind noch heute **nur deutsch.** Eine polnis Kultur hat es dort nie gegeben.

II. **Nach den Wilson'schen Thesen braucht kein Fußbreit unserer Os mark an Polen abgetreten zu werden, denn:**

1. es gibt **keinen einzigen unzweifelhaft polnischen Kreis** in der Ostmark; wenn Polen auch in manchen Kreisen, namentlich des Reg.-Bez. Posen die rein zahlenmäß Überlegenheit besitzen, so **überwiegen die Deutschen im Grundbesitz, steuerlich und wirtschaftlicher Leistung;**
2. Deutsche und Polen wohnen so durcheinandergemengt, daß es nicht möglich ist, eine re liche Scheidung nach Nationalitäten durchzuführen; nach Wilson dürfen aber **„Völ und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere, wie Stei in einem Spiel, herumgeschoben werden."**

III. **Die Ostmarken sind als landwirtschaftliches Überschußgebiet f Deutschland unentbehrlich, denn:**

1. die **Hälfte unserer Brotration** stammt aus den Ostmarken;
2. die **Hälfte unserer Kartoffelration** verdanken wir der ostmärkischen Landwirtsch **Der dauernde Verlust der Ostmarken bedeutet daher für Deutschland dauernde Hungersnot!**
3. Oberschlesien fördert **¼ unserer gesamten Kohlen;**
4. Posen bildet die unbedingt notwendige **Verbindungsbrücke zwisch Schlesien und Ostpreußen;**
5. die Preisgabe der Ostmarken bedeutet die **Verlegung der strategischen Gren an die Oder. Berlin, die Reichshauptstadt, würde somit unt polnischem Geschützfeuer liegen.**

Darum können und müssen die Ostmarke unbedingt beim Deutschen Reiche verbleibe

In dieser Forderung sind alle Deutschen ohne Unterschied der Partei ein

Wilhelm Greve, Buchdruckerei, Berlin SW 68.

X-( ) 249
XII-441

licher **Krankheitsverbreitung** rückt infolge des Zusammenströmens der Massen zurückkehrender Krieger und bei dem Mangel an kräftiger Nahrung und heller Wohnung in der Großstadt immer näher — auf dem Lande ist Licht und Luft!

Trotzdem sehen wir in der Großstadt immer bedrohlicher zunehmenden **Ueberfluß** an **Arbeitskräften** bei abnehmender **Arbeitsgelegenheit** und auf dem Lande **Mangel** an Arbeitskräften bei **wachsender** Arbeitsgelegenheit. Darum kennt die Demobilmachung im Augenblick keine dringenderen Aufgaben als die beiden: **Erhaltung und Steigerung der Produktion und Abwanderung aus der Großstadt** — zwei fast übermenschliche Aufgaben! Gelingt es der unablässigen Aufklärung und der praktischen Organisation **nicht**, dieser beiden Schwierigkeiten der Stunde Herr zu werden, dann kommt es nicht nur nicht zur Ordnung, dann kommt es zum

Zusammenbruch!

Darum:

An die Arbeit und heraus aus dem „Massengrab" der Grossstadt!

Nur das ist unsere

Rettung!

An die Arbeiter- und Soldatenräte!

Von dieser Schrift, die für die Arbeiter- und Soldatenräte zur Aufklärung ihrer Berufsgenossen und Kameraden bestimmt ist, sowie von anderem Propagandamaterial sind beliebige Mengen unentgeltlich von der **Aufklärungs-Abteilung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung**, [Berlin W 35,] Potsdamer Straße 21, anzufordern und zu beziehen.

Arthur Scholem, Berlin SW 19, Beuthstr. 6.

Die dringendsten Aufgaben der Demobilmachung.

Die wirtschaftliche Zukunft unterliegt gegenwärtig der denkbar schwersten Belastungsprobe. Auch ohne die harten Waffenstillstandsbedingungen hätte die Demobilisierung nur unter Anspannung aller Kräfte einen geordneten Verlauf nehmen können. Nun kommt hinzu, daß sie gerade im **Winter** erfolgt, wo der Verkehr gehemmt, die Arbeit im Freien erschwert und die landwirtschaftliche Arbeit beschränkt ist. So konzentriert sich vorläufig alle Sorge allein auf die nächsten Wochen. Gelingt es, über die hinwegzukommen, dann ist schon viel gewonnen.

Das kann aber nur allein gelingen:

1. bei alsbaldiger erheblicher **Steigerung der Produktion,**
2. bei **Wiederentvölkerung der Großstadt** und Versorgung des Landes und der Kleinstädte mit ausreichenden Arbeitskräften,
3. bei Vermeidung wirtschaftlich unmöglicher **Forderungen und Eingriffe der Arbeiter**, die die Betriebe in kurzem zum Erliegen bringen müssen.

Ohne Verwirklichung dieser drei Voraussetzungen ist der Zusammenbruch unaufhaltsam.

Die drohende Katastrophe.

Es ist charakteristisch, daß die Sozialisierungskommission an die Spitze ihres Arbeitsprogramms gestellt hat: die Wiederbelebung der Produktion. Die Erreichung dieses Zieles ist aber unbedingt abhängig von der Produktion des eigentlichen Grundrohstoffes: der **Kohle.**

X-DD 249
XII-442

Aufruf!

An die Intellektuellen aller Stände!

Eine der wüstesten Orgien völkerumfassenden Vernichtungswillens feiert höchste Triumphe. Abgestümpft durch 4 Jahre technisch entwickeltsten Massenmordens liegt ein dumpfer, lastender Druck auf der Menschheit. Die Zeitgeschichte eines vervollkommnetsten Materialismus erreichte ihren Höhepunkt. Umso jäher und entsetzlicher ist ihr Zusammenbruch. —

Da ist es nicht nur ein flüchtiges, vergängliches Zeichen der Zeit, dass geistig Hochgebildete aller Stände sich mehr und mehr plötzlich den geheimsten Problemen der Natur zuwenden, und tieferen, edleren Problemen in Natur und Mensch nachzuforschen beginnen. Man erlebte die furchtbarste aller Erfahrungen seit Bestehen der Weltgeschichte, und nach so grandiosem Zusammenbruch einer alles beherrschenden Materialisten-Epoche beginnt anstelle eines Nichts das Ahnen einer unnennbar herrlichen Wahrheit, die gesamten Daseinsbedingungen menschlicher Existenz zu erschüttern und allen Leiden und schwerster Not zum Trotz entwickelt sich ein alle denkenden Hirne und leidenden Herzen von den Schlacken verrannter Weltanschauungen und verirrten Naturerkenntnissen befreiender, universeller Geist!

Kosmische Denkart — okkulte Naturanschauung — längst heimlich gehütet von einer grossen Zahl durchgebildeter Wissenschaftler und Forscher — beginnt sich lawinenartig zu erweitern und breiteste Schichten bestimmend zu beeinflussen! Der Materialismus ist vernichtet. Wir stehen am Abgrund des Zusammenbruches! Und trotzdem, nein, gerade deshalb eröffnen sich uns eben jetzt durch intensives Vordringen der psychischen Wissenschaften in die verschlossensten Mysterien der Allnatur ungeahnte neue Lebensformen.

Noch stehen wir im Zeichen brutalster materialistischer Politik! Wir erleben ein völliges Versagen dieser Politik in den elementarsten Grundprinzipien menschlicher Gemeinschaft: Im Völkerfrieden! Welcher deckt in der Menschheit Organismen wurzelnd zu universeller Arbeitsgemeinschaft führen soll, und zwar sowohl der gesamten werktätigen, wie der geistigen Menschheit.

Hier setzt nun die gewaltige neue Strömung ein, welche einem frischen Odem gleich die gesamten Lebens- und Daseinsformen revolutionierend zu grundstürzend veränderten Anschauungen führt und menschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen auf eine ganz andere Basis stellen!

Hier liegt das Alpha und Omega unseres Aufstiegs oder Verderbens!

Darum heraus, Ihr Denker und Forscher, heraus Ihr geistig Schaffenden, legt selbst mit Hand an das gigantische Belehrungswerk, um aller Not die Bitternis, allen im mechanischen Wirken Gefesselten das Joch zu nehmen!

Erscheint geschlossen zu einer grossen Aussprache all dieser universellen Probleme am

Dienstag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, in den Kammersälen, Teltowerstrasse 1—4

(Hallesches Tor), zu welcher der Vortrag des Schriftstellers Heinrich Büchner-Breslau Veranlassung gibt. Belebt den frischen Zug einer neuen Zeit mit all den noch brach liegenden Energien, und wir kommen nicht nur durch den traurigen Niedergang hindurch, sondern finden jetzt in restloser wissenschaftlicher Arbeit den Weg zu den lichten Höhen der Menschheit!

Der Einberufer.

XOD 249
XII - 443

An Deutschlands akademische Jugend!

Kommilitonen!

Das Wahlgesetz zur Nationalversammlung hat den meisten von Euch die Möglichkeit gegeben, zum erstenmal bestimmend an dem Geschicke unseres Vaterlandes mitzuwirken.

Nun, da Ihr zur Urne gerufen seid, erbittet das Zentrum als christliche Volkspartei Eure Mithilfe. Erstlich fordern wir Euch auf: Tretet ein in unsere Reihen! Dann bitten wir: werbet für unsere Sache, sie ist auch die Eure!

Unsere Grundsätze sind Euch bekannt. Wir erstreben auf Grundlage der christlichen Weltanschauung, ohne das Religionsbekenntnis oder die innere Ueberzeugung eines Volksgenossen anzurühren, **die volle Freiheit der Wissenschaft und Lehre.** Wir erstreben für Euch, wenn Ihr aus dem Studiengang übertretet in das Berufsleben, eine gesicherte Zukunft.

Studenten und Studentinnen!

Eure Zahl ist klein, gemessen an der Gesamtheit der Wähler zur Nationalversammlung; groß aber ist der Einfluß, der von Euch ausgehen kann, wenn Ihr als Werber für uns tätig seid,

Studenten und Studentinnen!

vereinigt Euch in der Arbeit für unseren Positivismus. Es geht bei den nächsten Wahlen auch um die Sicherung Eures Lebens und Eurer Zukunft. Diese Zukunft ist bedroht, wenn Banausentum oder Gewaltherrschaft eines einzelnen Standes im deutschen Vaterlande das Uebergewicht gewinnen. Darum tretet der christlichen Volkspartei bei, werbet für sie!

Der Generalsekretär der deutschen Zentrumspartei
(christliche Volkspartei)
Dr. Pfeiffer,
M. d. N.

Druck der Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Berlin C 2. Stralauer Str. 25

X-00 249
XII-444

Zur Aufklärung!

Warum wir uns so nachdrücklich für die Kirche einsetzen? —

Weil wir ein christliches Volk bleiben und immer mehr werden wollen!

Warum ein christliches Volk? —

Weil der Christenglaube jeden, der es ernst mit ihm nimmt, verpflichtet ein edler, ehrlicher, treuer Mensch zu sein! Christ sein heißt: an sich arbeiten, daß man immer noch besser wird!

Warum braucht unser Volk solche Menschen? —

Weil es sonst in Schande und Laster versinkt, von Haß, Neid, Geldgier Unsittlichkeit und allerlei verderblichen Gelüsten heillos zerfressen wird und schmachvoll zu Grunde gehen muß! —

Wie bewahren wir unser Volk vor solch furchtbarem Schicksal? —

Indem wir alle Stände und Berufsarten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Männer und Frauen zu gemeinsamer Gesinnungspflege in unseren Kirchengemeinden vereinigen. Vor Gott sind alle Menschen gleich. Je mehr wir uns dessen bewußt werden, um so mehr werden wir einer den anderen nicht nur achten, sondern auch lieben lernen. Um so mehr werden wir auch einer den anderen verstehen und ihm gerecht werden.

Danach wäre also die Kirche eine für das Volksleben geradezu unentbehrliche Einrichtung? —

So ist's. Sie ist um des Volkes willen da, und hat die Aufgabe, ohne Ansehen der Person es jedem, der nicht nur dem Namen nach, sondern mit Ernst Christ sein will, zur Gewissenspflicht zu machen:

Liebe Gott, und liebe deinen Nächsten als dich selbst!

Auf dieser Grundlage allein ist der

soziale Ausbau

unseres Volkslebens möglich und verheißungsvoll.

Darum treten wir für die Kirche ein,

und bitten alle Männer und Frauen, die der gleichen Ueberzeugung sind, daß unser schwergeprüftes deutsches Volk sich nur dann wieder aufrichten kann, wenn es mit den Lebenskräften christlichen Geistes erfüllt wird sich uns anzuschließen und mit uns der Kirche zur Erfüllung ihrer segensreichen Aufgabe an der Seele unseres Volkes den Weg in die Zukunft zu ebnen.

Zu einer grossen Kundgebung im Zirkus Busch am Sonntag, den 12. Januar, mittags 11 ½ Uhr, werden hierm't alle Freunde der Deutschnationalen Volkspartei eingeladen.

X-DD 249
XII-445

Die Sozialisierung marschiert!

Aus der Erklärung der Reichsregierung:

Während Nationalversammlung und Reichsregierung in voller Erkenntnis und Würdigung der ihr vom freien deutschen Volk übertragenen großen Aufgaben am demokratischen Fundament der Republik arbeiten, droht wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerstören. Terroristische Elemente wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung beseitigen.

Demgegenüber erklären wir:

Die Arbeit der Nationalversammlung an der Ueberwindung politischer und wirtschaftlicher Nöte darf nicht gehindert werden. Sie soll uns den Frieden bringen.

Noch größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes.

Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit! Nur sie kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher dem Abgrund.

Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter erklären wir auch heute:

Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie!

Nur sie kann alle Kräfte wecken und am Werke halten, die unsern völligen Untergang abzuwenden vermögen.

Wir sind dabei, das

Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie

zu schaffen.

Das einheitliche soziale Arbeiterrecht auf freiheitlicher Grundlage.

Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen.

Die Betriebsräte, wie wir sie schon in den Verhandlungen mit den Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene berufenen Vertreter aller Arbeiter sein müssen.

Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen.

Die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage, all das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Uebernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können.

Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein, Müßiggang und genußsüchtiges Drohnentum mit allen Mitteln unterdrückt und ausgemerzt werden. Vorwärts drum auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit. Steht zu uns, wie wir zu euch stehen! Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!

Das Reichs-Ministerium:

Scheidemann, Schiffer, Bauer, Bell, Graf Brockdorff-Rantzau, David, Erzberger, Giesberts, Gothein, Koch, Landsberg, Noske, Preuß, Robert Schmidt, Wissell.

Druck A. Bay, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 80

X-DD 249
XII - 446
22 K5



Am häuslichen Herd

von Clara Viebig

Herausgegeben und verlegt von der Arbeitsgemeinschaft staatsbürgerliche u. wirtschaftliche Bildung Berlin W 35

X-NO 249
XII-447

Militarismus und Bildung.

Der deutsche Militarismus ist nicht mehr. Die Volkserhebung des 9. November hat ihn hinweggefegt. Über dem Grabe des alten Militär- und Obrigkeitsstaates soll nun der neue Volksstaat erblühen, in dem die Bahn frei ist zur Erfüllung der höchsten Kulturaufgaben des Volkes.

Was hat der alte Staat für diese Kulturaufgaben aufgewendet? Nur einen geringen Teil der Gelder, die ihm das Volk steuerte!

Für neun Millionen Schulkinder in sechzigtausend deutschen Volksschulen hat er jährlich nur 350 Millionen Mark ausgegeben; davon mußten 2/3 die Gemeinden und Private tragen.

Für Heer und Marine aber sind schon einige Jahre vor dem Kriege jährlich etwa

1½ Milliarden Mark

ausgegeben worden (einschließlich der Verzinsung der Reichsschulden für militärische Zwecke), also mehr als das Vierfache!

Wem sind die Ausgaben für das Heereswesen zugute gekommen? Sie haben freilich Arbeit für tausende werktätige Hände gebracht, aber den Gewinn hatten zum allergrößten Teil Großkapital und Großindustrie. An den Lieferungen und Bauten, an der Herstellung von Ausrüstungen und an der Waffenfabrikation sind einzelne zu Millionären geworden. Die große Masse der Arbeiter, der kleineren und mittleren Bürger hatte aber keinen Anteil an diesen Gewinnen, sondern nur die Lasten immer vermehrter Abgaben und langer persönlicher Dienstpflicht zu tragen.

Der neue Staat braucht kein stehendes Heer mehr, er wird sich eine Volkswehr schaffen, in der jeder einzelne Volksgenosse in freier Wehrhaftigkeit für seine Heimat einsteht. Streitigkeiten zwischen den Völkern sollen auf schiedsgerichtlichem Wege ausgetragen werden.

Jetzt werden die Mittel und Kräfte des Staates frei für die großen Aufgaben der Kultur. Die Bildung soll Gemeingut des gesamten Volkes werden, nicht mehr an das Vorrecht von Stand und Besitz geknüpft sein.

Der Krieg ist tot! Es lebe die Volksbildung!
Statt eines Kanonenrohres, eine Klasse der Einheitsschule!
Statt Krupp — viele Volkshochschulen!

X-DD 249
XII-448

Volksabstimmung!

Wir fordern

Volksabstimmung über Westpreußens Schicksal.

Das

Selbstbestimmungsrecht der Völker

fordern wir!

Was sagt Wilson?

Er sagt, daß Völker und Provinzen **nicht wie Steine auf einem Brett** herumzuschieben sind.

Wir fordern Volksabstimmung über unser Schicksal.

Druck der Danziger Allgemeinen Zeitung, Akt.-Ges., Danzig.

X-DD 249
XII-449

Arbeit macht das Leben süß,
Macht es nie zur Last,
Mit der Arbeit ist es nichts,
Wenn Du keine hast.

Arbeit gibts nicht in Berlin,
Wenn man wirklich will:
Keine Kohle, kein Benzin,
Alle Räder still.

Draußen aber gibts genug
Arbeit, Brot und Lohn!
„Mag, ich seh mir auf den Zug,
Kommste mit, mein Sohn?

Eh Du hier verhungern kannst,
Oder fällst beim Puffch
Komm uf's Kaff, Du Hungerwanst,
Mach Dir auf den Rutsch!"

Geht zum nächsten Arbeitsnachweis!

Hoher Lohn! Gute Unterkunft!

X-DD 249 XII-450

Der Tag der Abrechnung!

(Amerikanische Urteile.)

Die New Yorker Monatsschrift „Viereck the American Monthley", November 1919, bringt eine Reihe höchst beachtenswerter politischer Artikel, von denen Prof. Schiemann zwei in längeren Auszügen in der „Täglichen Rundschau" wiedergibt. Der erste behandelt die Schuldfrage im allgemeinen, der zweite rechnet mit Wilson ab.

I. Die Schuldfrage.

Herr Silvester Viereck beginnt folgendermaßen: Bekenntnisse abzulegen, mag der Seele wohltun. Aber es fällt schwerer, einen stichhaltigen Grund für die düsterischen Anklagen gewisser Deutscher zu finden, welche die Schuld am Kriege dem eigenen Vaterland aufzubürden versuchen.

Große Kriege entstehen wie große Erdbeben

aus vielen Ursachen, die sich menschlicher Kontrolle entziehen. Oekonomische und Rassenfragen spielen mit, die bei den Schauspielern auf der politischen Bühne, wenn überhaupt, so doch nur im Unterbewußtsein vorhanden sind.

Aber die Deutschen sind nicht die einzigen, die sich zu erniedrigen: auf Oesterreicher, Engländer, die Russen zumal fällt die gleiche Schuld, wenn anders man Schuld nennen darf, was alle tun. Aus dem Zeugnis ihrer eigenen Staatsmänner müssen wir schließen, daß erstens Rußland, zweitens England, drittens Deutschland, viertens Oesterreich schuldig sind, den Krieg begonnen zu haben. Aber das ist nicht alles. Die Schuld Serbiens ist klar erwiesen durch den mörderischen Schuß, der von Serajewo aus einen Widerhall in der ganzen Welt fand.

Der französische Schrei nach „Revanche",

der 40 Jahre lang wiederholt wurde, während Deutschland den Frieden Europas aufrecht erhielt, macht eine französische Beichte überflüssig, obgleich die französischen Sozialisten ihren anklagenden Finger gegen den französischen Imperialismus erhoben. Im Jahre 1911 hat der Franzose François Delaisi

das englisch-französische Komplott,

das Deutschland zerschmettern wollte, in seinem „Inevitable War" enthüllt, das in englischer Sprache 1915 bei Small, Maynard u. Co. erschien. Die Herausgeber unterdrückten später das Buch, aber die einmal ausgesprochene Wahrheit kann nicht geleugnet werden.

Eine andere, keineswegs unbedeutende Ursache des Krieges war das unsichere Gleichgewicht auf dem Balkan. Der ganze Balkan mag nicht die Knochen von Bismarcks pommerschen Grenadieren wert sein. Trotzdem sind die Funken des Balkanbrandes in die Pulvermagazine von sechs Kontinenten geflogen. Wir müssen deshalb zu den Urhebern des Krieges fünftens die Balkanslawen (speziell Serbien) und sechstens Frankreich rechnen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß

die russische Autokratie hoffte,

sich durch einen erfolgreichen Krieg vor der drohenden Revolution zu retten. Wir wissen, daß die russische Mobilisierung, trotz des Gegenbefehls des Zaren, der zu spät erfolgte und von seinen Untergebenen ignoriert ward, die deutsche Kriegserklärung unvermeidlich machte. „Dies ist mein Krieg", erklärte der russische Botschafter Iswolski voller Stolz in Paris. Aber Iswolski muß seine Schuld (oder seinen Stolz) mit König Eduard teilen, dessen

Politik der Einkreisung Deutschlands

eine geistige Atmosphäre schuf, die notwendig zum Konflikt führen mußte. Eduard VII. war jedoch das Werkzeug von Kräften, die stärker waren als er, und von denen er nicht einmal eine schwache Vorstellung hatte. Auch muß Eduard seine Lorbeeren mit Sir Edward Grey teilen, dem neuen britischen Botschafter in Washington. Dafür haben wir nicht nur das Zeugnis der Tatsachen, sondern das Zeugnis seines eigenen Kollegen Lords Loreburn. Der

X-DD 249

XII-451

Freiwillige vor!

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperalismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostsee-Provinzen zu keinem ungestörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten. Ihr sollt das Ueberrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. Freiwillige vor!

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Druckerei Lehmann, Berlin SW.